

DD
261
.4
D38

vol. 3
1955/56

Deutsches Institut für
Zeitgeschichte

Dokumente
zur Außenpolitik der Regierung
der
Deutschen Demokratischen Republik

Band III

Vom 22. Mai 1955 bis zum 30. Juni 1956



RUTTEN & LOENING
BERLIN

Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin

F56 / 701

1. Auflage 1956

Copyright 1956 by Rütten & Loening, Berlin W 8

Lizenz-Nr. 220/415/35/56

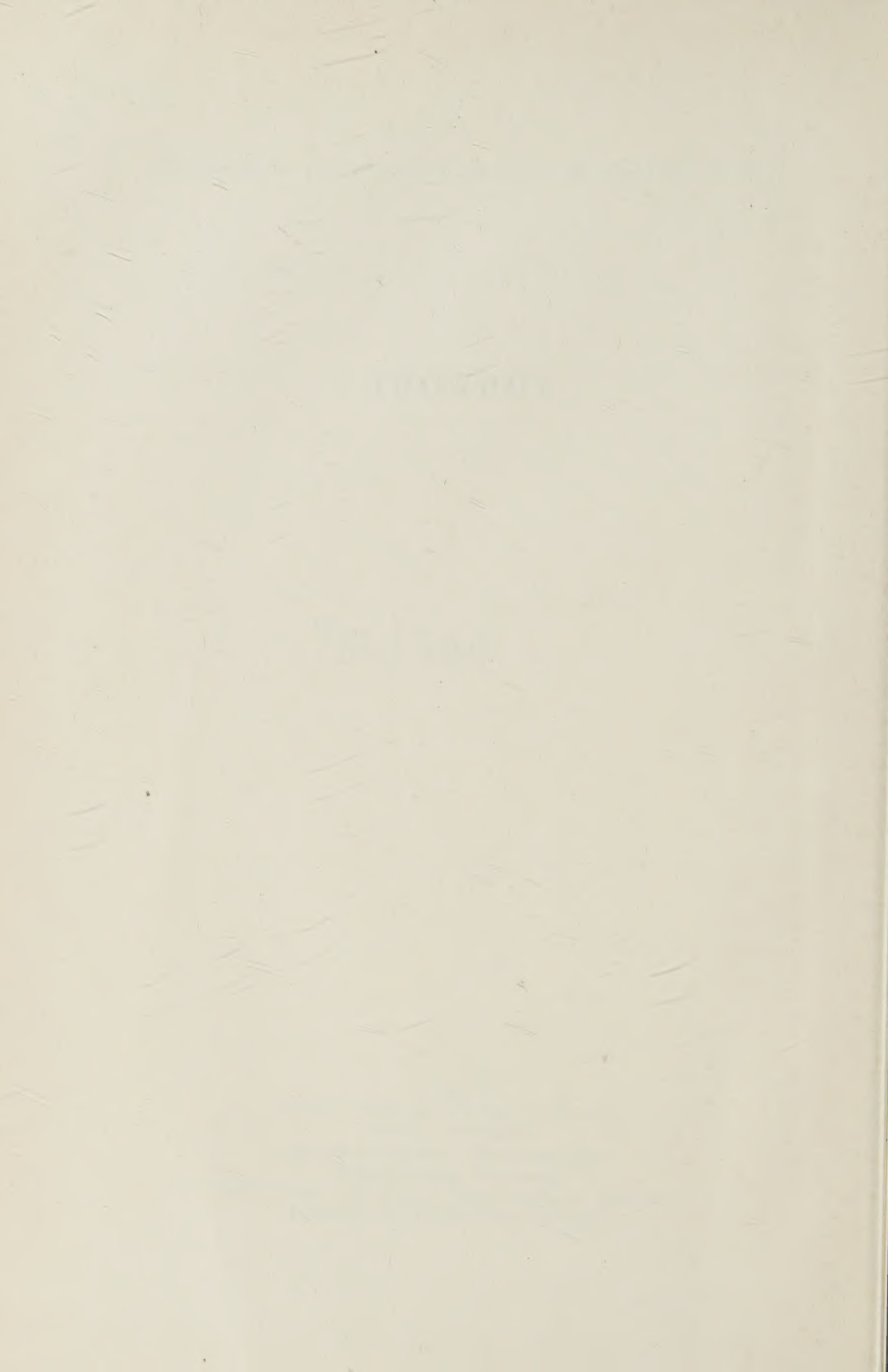
Alle Rechte vorbehalten · Printed in Germany

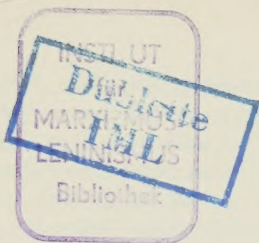
Einband: Leipziger Volkszeitung

Satz und Druck: (36) Druckerei Tägliche Rundschau, Berlin W 8

Einbandentwurf: Kollektiv Rütten & Loening

VORWORT





Die Herausgabe einer Sammlung außenpolitischer Dokumente der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Zweck, die zum größten Teil bereits in der Presse veröffentlichten Materialien über außenpolitische Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik in zusammengefaßter Form den interessierten Personen zu vermitteln.

Diese Sammlung ist ein Beweis für die zunehmende Aktivität und für die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete der Außenpolitik. Sie legt gleichzeitig Zeugnis ab von der ständig wachsenden Festigung und Stärkung des Ansehens und der Autorität unseres Staates im internationalen Leben.

Diese Dokumente sind der sichtbare Ausdruck dafür, und sie verstärken die Zuversicht, daß in nicht allzu ferner Zeit die Deutsche Demokratische Republik auch von den Staaten anerkannt wird, die ihre Existenz heute noch nicht wahrhaben wollen. Die Geschichte beweist, daß eine Realität, wie sie die Deutsche Demokratische Republik darstellt, auf die Dauer von keinem Staat negiert werden kann.

Der in diesem Band behandelte Zeitraum ist gekennzeichnet durch eine internationale Entspannung und die immer breitere Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit verschiedenen sozialen und gesellschaftlichen Systemen. Wenn sich auch diese Faktoren noch nicht in vollem Umfang auf die internationale Stellung der Deutschen Demokratischen Republik auswirken, so hat sie jedenfalls, wie die nachstehenden Dokumente beweisen, alles getan, um von sich aus diese Entwicklung zu fördern.

Bekanntlich ist die Deutsche Demokratische Republik seit dem 26. März 1954 vollkommen frei in der Entscheidung aller innen- und außenpolitischen Fragen und in der Gestaltung der Beziehungen zu anderen Staaten. Diese Tatsache wirkte sich in einer gesteigerten Aktivität der Deutschen Demokratischen

Republik auf außenpolitischem Gebiet aus. Die bereits vor diesem Zeitpunkt bestehenden Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR, der Volksrepublik China und den übrigen volksdemokratischen Staaten wurden weiter ausgebaut, und zwar in erster Linie — was vorher nicht in dem Maße der Fall war — auf Initiative der Deutschen Demokratischen Republik.

In dem behandelten Zeitraum entwickelte die Deutsche Demokratische Republik auch die zu den nichtsozialistischen Staaten der Zone des Friedens bereits bestehenden Verbindungen weiter und knüpfte neue Beziehungen an. Das gilt ebenso für das Verhältnis der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber den internationalen Organisationen und Konventionen.

Dies trug sehr nachdrücklich dazu bei, die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik als dem ersten friedliebenden und demokratischen deutschen Staat in der Geschichte zu beweisen und die internationale Stellung der Deutschen Demokratischen Republik insgesamt zu verbessern.

Genau wie die Innenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik steht auch die Außenpolitik im Dienste des Volkes und wird von dessen Interessen bestimmt. Das höchste Ziel der Politik unserer Regierung ist die Erhaltung des Friedens. Ihr galten zahlreiche Schritte der Regierung und anderer staatlicher Organe der Deutschen Demokratischen Republik, die in diesem Band dokumentiert werden. Die Deutsche Demokratische Republik bekennt sich zur Politik der Verständigung, d. h. der Verpflichtung zur Lösung strittiger Fragen auf dem Verhandlungswege. Sie gewährt Kräften, die der Gewalt das Wort reden, keinen Spielraum. Jede Hetze gegen andere Völker und Rassen ist unter Strafe gestellt. Die Verherrlichung von Angriffskriegen ist verboten, und das ganze Erziehungswerk des Staates steht im Dienste der Vertiefung der Völkerfreundschaft. Die Deutsche Demokratische Republik verfolgt eine Politik der friedlichen Koexistenz, die auf den Prinzipien der Gleichberechtigung der Nationen und Staaten, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten beruht. Sie hält diese Prinzipien für geeignet, eine dem Charakter des Arbeiter- und Bauern-Staates entsprechende Politik des Friedens und der Sicherheit durchzuführen. Die Deutsche Demokratische Republik weiß sich bei der Durchführung ihrer Außenpolitik in Übereinstimmung mit den Interessen aller Staaten des

Friedenslagers und mit den Interessen und Wünschen aller Völker der Erde. Sie erkennt die Vordringlichkeit einer wirk-samen internationalen Abrüstung an, weil nur sie geeignet ist, die Kriegsgefahr zu bannen. Ihre Verwirklichung wäre ein Schritt auf dem Wege zu einem umfassenden Sicherheitssystem sowie zur Wiedervereinigung Deutschlands. Es ist offensichtlich, daß die heutige internationale Stellung unseres Staates in bedeutendem Maße das Ergebnis seiner konsequenten Friedens-politik ist.

Eckpfeiler der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik sind die Freundschaft und brüderliche Verbundenheit mit der Sowjetunion und die feste Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager. Diese beiden Faktoren sind die außen-politische Garantie für die Stärkung und Festigung der Staatsmacht, die Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur und die ständige Hebung des Lebensstandards des Volkes. Es ist deshalb selbstverständlich, daß bei der Einschätzung der außen-politischen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Repu-blik im vorliegenden Band solchen Ereignissen größte Bedeu-tung zukommt, die die Beziehungen der Deutschen Demokra-tischen Republik zur Sowjetunion und den volksdemokra-tischen Staaten betreffen.

Einen besonderen Platz nimmt dabei der Vertrag über die Be-ziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR vom 20. September 1955 ein. In diesem Ver-trag wird bestätigt, daß die Deutsche Demokratische Republik ein souveräner Staat und völlig frei in der Gestaltung ihrer Beziehungen zu anderen Staaten ist. Damit wurde die Erklä-rung der Regierung der Sowjetunion vom 26. März 1954, in der diese beschloß, mit der Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Beziehungen aufzunehmen wie mit anderen souve-ränen Staaten, bekräftigt und in zweiseitiger Form bestätigt. Der Vertrag vom 20. September 1955 beruht auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Anerkennung der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates. Er ist der Be-weis für die ständig enger werdende brüderliche Zusammenarbeit der beiden Staaten auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Der zweite bedeutende Staatsvertrag in dieser Periode ist der Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und

der Volksrepublik China über Freundschaft und Zusammenarbeit vom 25. Dezember 1955. Darin verpflichten sich die beiden Staaten, die freundschaftlichen Beziehungen auf allen Gebieten auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens zu verstärken und zu erweitern.

Diese beiden Verträge mit den größten und mächtigsten Staaten des sozialistischen Lagers sind in Verbindung mit dem bereits früher abgeschlossenen Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 ein festes Fundament für die internationale Stellung der Deutschen Demokratischen Republik und gleichzeitig die Grundlage für den weiteren allseitigen Ausbau der Beziehungen zu den an diesen Verträgen beteiligten Staaten.

In dem hier behandelten Zeitraum hat sich auch die Zusammenarbeit der im Warschauer Vertrag vereinten Staaten auf der Grundlage dieses Vertrages weiter gefestigt. Am 27. und 28. Januar 1956 fanden in Prag Beratungen des gemäß Artikel 5 des Warschauer Vertrages gebildeten Politischen Beratenden Ausschusses statt. Von den dort beschlossenen Maßnahmen waren zwei insbesondere für die Deutsche Demokratische Republik von größter Bedeutung, da sie deren völlige Gleichberechtigung mit den anderen Mitgliedstaaten unterstrichen: Nach Schaffung der Nationalen Volksarmee werden deren Kontingente in die Vereinigten Streitkräfte der Vertragsmächte einbezogen, und der Minister für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik wird einer der Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte.

Die Deutsche Demokratische Republik hat einen unermüdlichen und beharrlichen Kampf um die Schaffung der Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands geführt und Vorschläge zur Verständigung der Deutschen über den Weg zur friedlichen Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation unterbreitet. Unsere Regierung begrüßte stets alle Schritte, die der Entspannung der internationalen Lage dienten. Sie förderte solche Schritte, wo sie nur konnte, und enthielt sich jeder Maßnahme, die zur Verschärfung hätte führen können. Dabei bestand die Aufgabe der Außenpolitik unserer Republik vor allem darin, zur Beseitigung der internationalen Hindernisse beizutragen, die von den reaktionären

Kreisen auf dem Wege zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates errichtet wurden.

Auf Grund ihrer internationalen Stellung ist sich die Deutsche Demokratische Republik als staatlicher Repräsentant der Interessen des deutschen Volkes ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Nation bewußt. Sie handelt in der internationalen Arena im Interesse des deutschen Volkes. Das läßt sich an vielen Beispielen in der Berichtsperiode nachweisen.

Die Regierung der DDR nahm durch verschiedene Handlungen Einfluß auf die Probleme der Abrüstung und der kollektiven Sicherheit und brachte immer wieder ihre Meinung zu diesen Fragen zum Ausdruck.

Leider kann man von der Außenpolitik des zweiten in Deutschland bestehenden Staates, der Bundesrepublik, nicht behaupten, daß diese in der gleichen Richtung verläuft und die gleiche Zielsetzung hat. Die westdeutsche Regierung bezeichnet die Bundesrepublik als den einzigen deutschen Staat. Dieser Ausschließlichkeitsanspruch ist durch nichts begründet und unreal, weil er von der Nichtexistenz der Deutschen Demokratischen Republik ausgeht. Die Bundesregierung maßt sich an, für das ganze deutsche Volk zu sprechen und zu handeln. Sie vertritt stur die Politik der Stärke, lehnt alle auf die internationale Entspannung abzielenden Vorschläge zur Lösung der offenen Fragen ab und weigert sich, die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik anzuerkennen. Es liegt aber auf der Hand, daß ohne die Mitwirkung der Deutschen Demokratischen Republik heute keine Deutschland betreffende Frage erfolgreich und rechtsverbindlich gelöst werden kann. Es war deshalb z. B. auch selbstverständlich, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Berichtsperiode zu einer so aktuellen Angelegenheit wie der Saarfrage Stellung bezogen und Vorschläge unterbreitet hat. Darin und bei anderen Anlässen zeigt es sich, daß die Deutsche Demokratische Republik in internationalen Fragen mitspricht und ihre Rechte geltend macht.

Der friedliche Grundcharakter unserer Außenpolitik und die stete Beachtung der Prinzipien des Völkerrechts, die Vertragstreue, die Mitarbeit auf dem Gebiet der internationalen Organisationen sowie die stetige Entwicklung und Festigung unserer

Republik haben ihr Ansehen gesteigert und viele Beziehungen geschaffen, die uns mit anderen Staaten verbinden. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein fester und untrennbarer Bestandteil des demokratischen Lagers. Die Festigung und Entwicklung der Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zu den befreundeten Staaten fand seinen konkreten Ausdruck dabei in der Hauptsache in zwei Richtungen. Einmal im Ausbau der vertraglichen Beziehungen zu diesen Staaten und andererseits durch die vielfältigen Besuche und persönlichen Kontakte von Politikern, Wissenschaftlern, Spezialisten, Künstlern usw.

Die vertraglichen Beziehungen erlebten besonders auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet einen Aufschwung. So wurde eine große Zahl von Vereinbarungen über den Handels- und Zahlungsverkehr sowie über die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit getroffen. Daneben wurden mit verschiedenen befreundeten Staaten Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs, des Gesundheitswesens, des Pflanzenschutzes, des Veterinärwesens usw. abgeschlossen. Für den kulturellen Sektor sei besonders auf die Kulturabkommen und die Kulturarbeitspläne hingewiesen. Große Bedeutung in den zwischenstaatlichen Beziehungen nehmen die Besuche von Regierungsdelegationen ein. Diese Besuche sind in der Regel nicht nur der Ausdruck eines engen Verhältnisses zwischen beiden Regierungen, sondern in ihrem Verlauf kommt es auch zu einem Meinungsaustausch über beide Seiten interessierende Fragen und zur Festlegung dieser Standpunkte in bedeutsamen Dokumenten. Das gilt in der Berichtsperiode insbesondere für den Besuch des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, und des Mitgliedes des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschtschow, vom 24. bis 27. Juli 1955 in Berlin, für den Besuch der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion in der Zeit vom 16. bis 21. September 1955, den Besuch der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. bis 30. Dezember 1955 in der Volksrepublik China, in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und in der Mongolischen Volksrepublik sowie für die beiderseitigen Besuche von Delegationen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen aus Anlaß des 5. Jahres-

tages der Unterzeichnung des Vertrages über die Oder-Neiße-Grenze im Juli 1955.

Die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik war und ist stets darauf gerichtet, den Kampf der kolonialen und halbkolonialen Völker um ihre Unabhängigkeit und staatliche Souveränität zu unterstützen. So wie die Deutsche Demokratische Republik für sich die Anerkennung als souveräner Staat fordert, achtet sie die Souveränität der anderen Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik tritt gegen die Politik der Unterdrückung des Souveränitätsanspruches anderer Staaten auf und begrüßt die Unabhängigkeitsbestrebungen anderer Völker. Deren Freiheitskampf zu fördern, war auch in der Berichtsperiode eine Aufgabe, der die Regierung die größte Beachtung gewidmet hat. Dies fand u. a. seinen Ausdruck in der bedeutsamen „Gemeinsamen Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China“ vom 25. Dezember 1955, in der der Standpunkt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu dieser Frage niedergelegt wurde. Darin erklärt die Deutsche Demokratische Republik ihre entschlossene Ablehnung jeder Form des Kolonialismus und ihre Bereitschaft, alle Staaten und Völker im Kampf für die nationale Unabhängigkeit und für die Verteidigung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität zu unterstützen. Davon ausgehend, begrüßte die Deutsche Demokratische Republik z. B. die Unabhängigkeit der Republik Sudan und erkannte die Republik Sudan als souveränen Staat an. Die gleiche Haltung kam in den Telegrammen von Präsident Wilhelm Pieck an den Sultan von Marokko und den Bey von Tunis vom 11. April 1956 und von Ministerpräsident Otto Grotewohl an die Ministerpräsidenten von Marokko und von Tunis von demselben Tage zum Ausdruck.

Die Deutsche Demokratische Republik war auch in der Berichtsperiode bestrebt, ihre Beziehungen zu den vom kolonialen Joch befreiten Staaten ständig auszubauen und zu verbessern. Sie vereinbarte mit einer Reihe dieser Staaten eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels- und Zahlungsverkehrs. Das Volumen des Warenaustausches wurde erhöht und andere Maßnahmen, welche die Entwicklung dieser Staaten fördern, durchgeführt. Diese Vereinbarungen wurden bei Besuchen von Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen

Republik in den betreffenden Staaten bzw. von Vertretern dieser Staaten in der Deutschen Demokratischen Republik getroffen, wobei der persönliche Kontakt zwischen den Staatsmännern wesentlich zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen beitrug. Besonders zu erwähnen sind hierbei die Reise einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Heinrich Rau, nach Indien und den Ländern des Nahen Ostens im Oktober/November 1955, der Besuch einer Regierungsdelegation der Union von Burma vom 13. bis 29. Oktober 1955 in Berlin, die Anwesenheit einer ägyptischen Regierungsdelegation zur Leipziger Frühjahrsmesse 1956 und der Besuch des Stellvertreters des Ministerpräsidenten der Republik Sudan, Ibrahim El Mufti, vom 13. bis 19. Mai 1956 in Berlin.

Die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht nur darauf gerichtet, gute Beziehungen zu den befreundeten Staaten und den nichtsozialistischen Staaten der Zone des Friedens zu unterhalten. Von den Grundprinzipien ihrer Außenpolitik ausgehend, ist die Deutsche Demokratische Republik bestrebt, normale Beziehungen auch zu allen anderen Staaten aufzunehmen, denn die Herstellung derartiger Beziehungen trägt wesentlich zur Normalisierung der internationalen Lage bei und begünstigt die internationale Zusammenarbeit. Dabei geht die Deutsche Demokratische Republik von der Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderbestehens von Staaten mit verschiedenen politischen Systemen aus. Eine besondere Rolle bei der Herstellung solcher Beziehungen kommt naturgemäß dem Außenhandel zu, der ein wichtiges Mittel einer aktiven Koexistenz ist. Die Deutsche Demokratische Republik hat bei der Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern in der Berichtsperiode beachtliche Erfolge erzielt. Unser Außenhandel ist für die Länder des kapitalistischen Weltmarktes von großem Interesse, weil sich die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in einer stetigen Aufwärtsentwicklung befindet und krisenfrei ist. Mit der Erweiterung des Warenaustausches konnten in zunehmendem Maße die wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten durch Abkommen auf verschiedenen Ebenen normalisiert werden. Dabei sind die Ab-

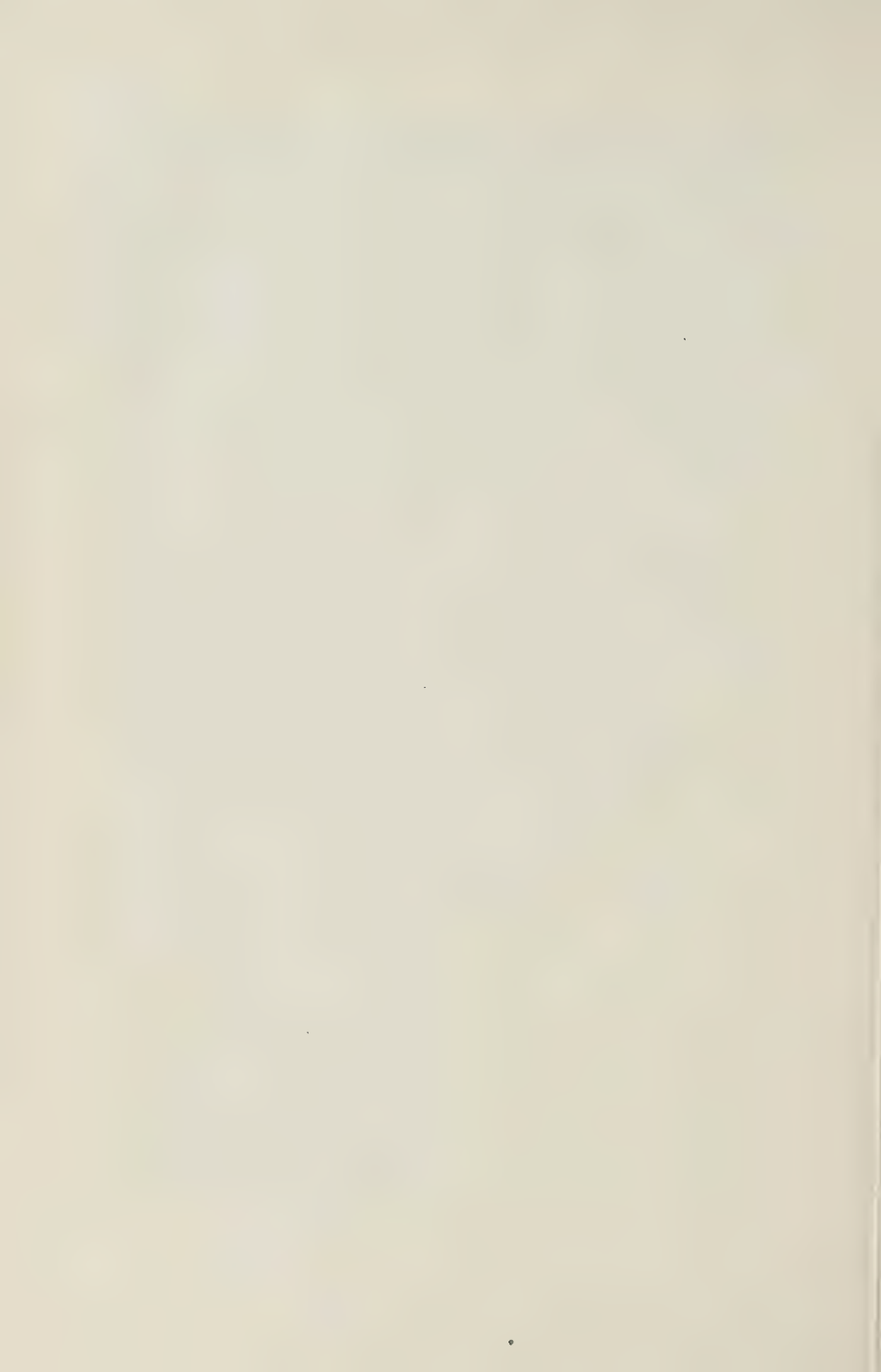
schlüsse von Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Regierungen anderer Staaten auch große politische Erfolge für die Deutsche Demokratische Republik.

Entsprechend der großen Bedeutung, die den internationalen Organisationen im zwischenstaatlichen Leben zukommt, war die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auch in der Berichtsperiode bestrebt, an der Arbeit der ECE und anderer wichtiger Organisationen der UN teilzunehmen. Trotz der Schwierigkeiten, die seitens der Regierung der Bundesrepublik und einiger anderer kapitalistischer Länder gemacht wurden, trat die Deutsche Demokratische Republik einer Reihe von Organisationen und Konventionen bei und arbeitete aktiv in solchen mit, zu denen sie noch keinen Antrag auf Beitritt gestellt oder man ihr diesen bisher verweigert hat.

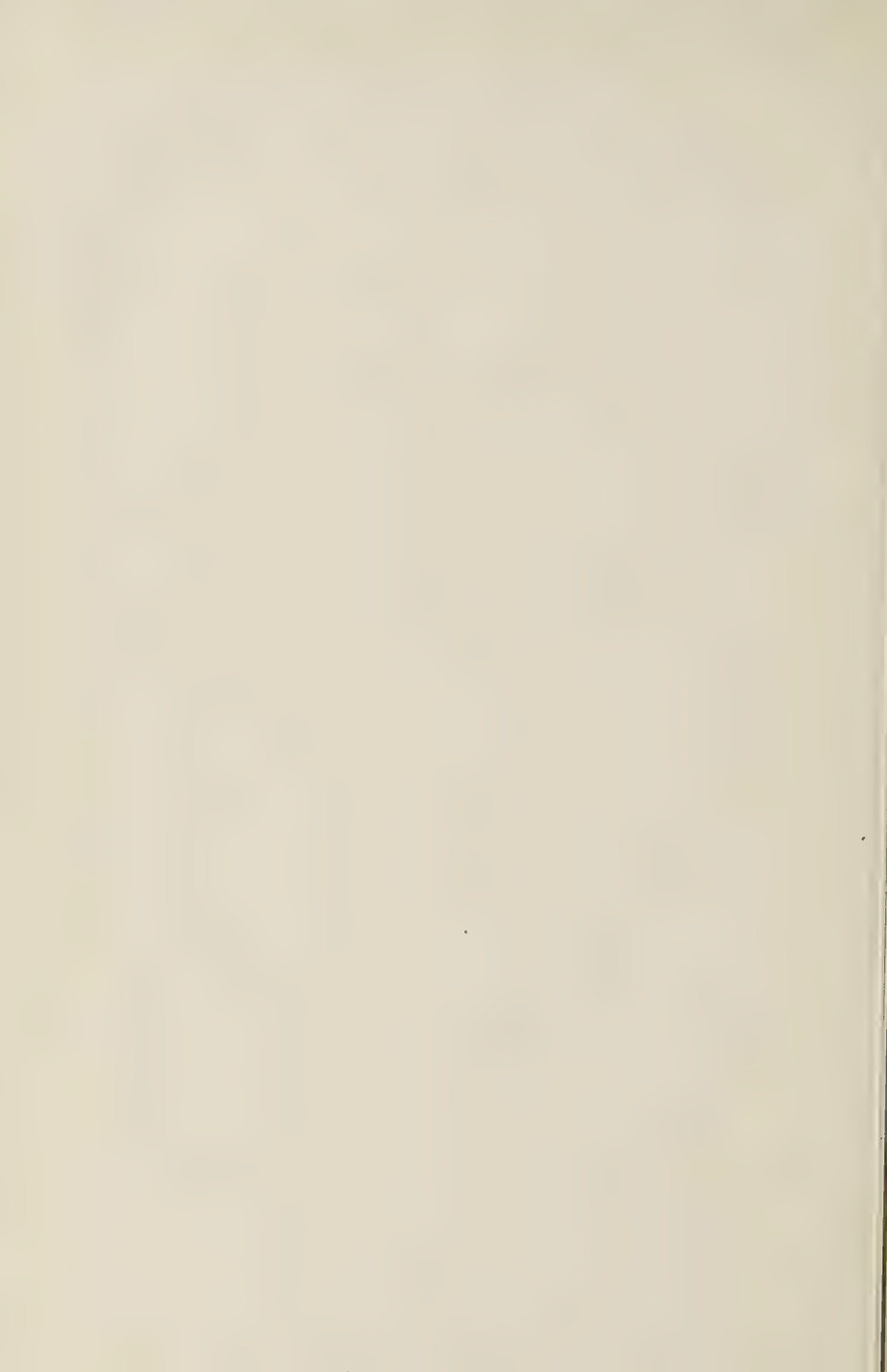
In diesen einleitenden Bemerkungen wurde auf einige Schwerpunkte der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik in der in diesem Band behandelten Periode hingewiesen. Darüber hinaus gab es die vielfältigsten außenpolitischen Maßnahmen, denen zwar im einzelnen eine nicht so große Bedeutung zukommt, die aber als Bausteine bei der Festigung der internationalen Stellung der Deutschen Demokratischen Republik von großem Wert sind. Die nachfolgenden Dokumente werden zumindest einen annähernden Überblick über den Gesamtumfang der außenpolitischen Tätigkeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Periode von Mai 1955 bis zum Juni 1956 vermitteln.

Berlin, September 1956

Deutsches Institut für Zeitgeschichte



AUSSENPOLITISCHE ERKLÄRUNGEN
DER REGIERUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
ZUM KAMPF UM DEN FRIEDEN
UND DIE EINHEIT DEUTSCHLANDS



1.

Interview des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Note der Regierung der UdSSR vom 7. Juni 1955 an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik

Ministerpräsident Otto Grotewohl beantwortete am 10. Juni 1955 einem Vertreter des ADN folgende Frage: Wie ist die Einstellung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Note der Sowjetregierung an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik über die Aufnahme diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik?

A n t w o r t : Im Zusammenhang mit der Note der Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik greifen gewisse westdeutsche Zeitungen zu allerlei Erfindungen, um den Standpunkt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in dieser Frage zu entstellen. Es ist jedoch gut bekannt, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nach Kräften bestrebt ist, die grundlegende nationale Aufgabe des deutschen Volkes — die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands — zu lösen. Sie läßt sich dabei von den Interessen der Sicherung des Friedens in Europa leiten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war immer der Ansicht, daß die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik den Interessen aller Deutschen entspricht.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß dieser Standpunkt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bei meiner Unterredung mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die im Juni 1954 in Moskau stattfand*, bereits klar zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die durch den sowjetischen Botschafter in Berlin über die Note der Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik informiert wurde, unterstützt auch jetzt entschieden den Schritt der Sowjetregierung. Sie hat mit Genugtuung die Mitteilung zur Kenntnis genommen, daß die Öffentlichkeit und die politischen Parteien Westdeutschlands sich für die Annahme des Vorschlages der Sowjetunion über die Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik ausgesprochen haben.

* siehe Band II, Nr. 53

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht davon aus, daß die Aufnahme diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik nicht nur zur weiteren Minderung der internationalen Spannungen, was für die Sicherung des Friedens in Europa wichtig ist, sondern auch zur Verständigung zwischen den Deutschen selbst beitragen wird, ohne die die Frage der Schaffung eines geeinten, freien, demokratischen Deutschlands nicht gelöst werden kann.

(ADN 10. 6. 55)

2.

Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur bevorstehenden Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Genf

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt das bevorstehende Zusammentreffen der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Sie erblickt darin neue Möglichkeiten zur weiteren Entspannung der internationalen Lage und zur Förderung der Regelung ungelöster internationaler Probleme.

Das Hauptanliegen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und aller patriotischen Deutschen ist die friedliche Regelung der Deutschlandfrage, die durch positive Ergebnisse der Genfer Konferenz der Regierungsoberhäupter der vier Großmächte begünstigt werden würde. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht unverändert davon aus, daß der wichtigste Beitrag zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands von den Deutschen selbst geleistet werden muß, indem sie sich untereinander über den Weg verständigen, der zur Herstellung der nationalen Einheit unseres Landes auf demokratischer Grundlage führt. Gemäß den Beschlüssen der Volkskammer ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit, jederzeit mit Vertretern Westdeutschlands an Verhandlungen teilzunehmen, die der Entspannung der Lage in Deutschland und seiner friedlichen Wiedervereinigung dienen. Das gesamt nationale Interesse erfordert es, daß sich die Vertreter beider Teile Deutschlands über die Probleme der friedlichen Lösung der deutschen Frage verständigen und einen

entsprechenden gemeinsamen Standpunkt ausarbeiten. Solche Verhandlungen werden von der Bundesregierung nach wie vor abgelehnt, wie der westdeutsche Außenminister Brentano am 14. Juni in Bonn auf einer Pressekonferenz erneut bestätigte. Mit dieser Haltung gerät die Bonner Regierung in zunehmendem Maße in Gegensatz zur Bevölkerung Westdeutschlands, die immer energischer die Verständigung zwischen beiden Teilen Deutschlands fordert.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erachtet es als eine Selbstverständlichkeit, daß bei Verhandlungen der vier Großmächte, die die Deutschlandfrage betreffen, die Vertreter beider Teile Deutschlands die Möglichkeit haben, ihren Standpunkt zur Wiedervereinigung Deutschlands und zum deutschen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu begründen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erwartet, daß den Vertretern beider Teile Deutschlands diese Gelegenheit gegeben wird. Sie wird ihrerseits die notwendigen Vorbereitungen treffen, um eine Delegation zur Konferenz zu entsenden, die den Standpunkt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darlegt.

(ADN 16. 6. 55)

3.

Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl: Für Ausarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunktes zur Genfer Viermächtekonferenz

*Aus einem Interview mit dem Zentralorgan der Polnischen
Vereinigten Arbeiterpartei, „Trybuna Ludu“*

Wir werden unsere konsequente Verständigungs- und Friedenspolitik im Kampf um die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands fortsetzen. Die Deutsche Demokratische Republik hat die Losung „Deutsche an einen Tisch“ auf die Tagesordnung gesetzt. Sie ging dabei davon aus, daß die Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes in erster Linie eine Angelegenheit der Deutschen selbst ist. Wir treten gegenwärtig vor allem dafür ein, daß von Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik ein gemeinsamer deutscher

Standpunkt zur kommenden Viermächtekonferenz ausgearbeitet wird, der die Forderung nach Abzug der Besatzungstruppen, Beseitigung der Militärstützpunkte, Abschluß eines Friedensvertrages und Aufnahme eines bündnisfreien Deutschlands in ein kollektives Sicherheitssystem zum Inhalt hat. Das gemeinsame Auftreten der Deutschen auf der Viermächtekonferenz mit einem gemeinsamen Programm würde eine positive Lösung in der Deutschlandfrage erleichtern. Eine solche positive Lösung aber würde allen europäischen Völkern nutzen, denn sie würde einen Kriegsherd im Herzen Europas beseitigen, dem deutschen Volke und allen Völkern Sicherheit und Frieden garantieren.

(Neues Deutschland, Berlin 5. 7. 55)

4.

Rundfunkansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 16. Juli 1955 zur Genfer Viermächtekonferenz

Am Montag (18. Juli 1955, d. H.) beginnt in Genf eine Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte. Das ganze deutsche Volk begrüßt diese Konferenz und wünscht nichts sehnlicher als eine Verständigung der Großmächte im Sinne eines dauerhaften friedlichen Zusammenlebens der Völker. Das deutsche Volk lebt inmitten großer Spannungen in der Welt. Kommen diese Spannungen zu einer explosiven kriegserischen Entladung, so kann das nicht ohne großen Schaden und ohne neue Leiden für uns Deutsche und für Deutschland abgehen. Die Zukunft unserer Kinder würde erneut grau und dunkel, ohne Aussicht und ohne Freude sein. Schuld daran ist die Tatsache, daß die Welt in Waffen starrt und sich in Mißtrauen gegenübersteht. Gelingt es in Genf, dieses Mißtrauen zu beseitigen, so ist zu hoffen, daß Abrüstungserfolge und Verbote für Atom- und Massenvernichtungswaffen den „kalten Krieg“ aufheben können und daß die Verständigung der Völker vorwärtsschreitet. Das deutsche Volk kann nur Erfolge für diese gute Sache wünschen, denn in einer solchen entgifteten Atmosphäre kann auch das deutsche Volk hoffen, eine friedliche Regelung seiner Fragen zu finden. Das Hauptanliegen des deutschen Volkes aber war, ist und bleibt die friedliche Wiedervereinigung seines Vaterlandes auf demokratischer Grundlage. Das wiedervereinigte Deutschland

muß ein demokratischer, friedliebender und souveräner deutscher Staat sein, in dem zwei Prinzipien gelten:

1. er muß die Lebensinteressen unseres deutschen Volkes wahren, und
2. er muß dem Sicherheitsbedürfnis seiner Nachbarvölker entsprechen.

Es gibt aber Politiker in Westdeutschland, die den Weg zur Verwandlung Westdeutschlands in einen militaristischen Staat in dem Glauben gehen, sie könnten mit militärischen Mitteln eine „Lösung“ des deutschen Problems erzwingen. Das ist die alte gefährliche Politik der Vereinigung Deutschlands, die Bismarck unter der Parole „Blut und Eisen“ betrieb. Ausdruck dieser Politik sind die Maßnahmen der Bonner Regierung zur Schaffung vollendeter Tatsachen auf militärischem Gebiet noch vor der Genfer Konferenz. Wir alle wissen, daß amerikanische Kreise einen starken Druck auf Westdeutschland ausüben. Aber steht nicht das Interesse des friedliebenden deutschen Volkes höher als die Interessen von Rüstungsfabrikanten?

In den letzten Wochen wurden im Zusammenhang mit der Genfer Konferenz die verschiedensten und verwirrendsten Spekulationen verbreitet. Die Fragen, die auf dieser Konferenz zur Debatte stehen, sind zu ernst, als daß sie zum Gegenstand solcher Spekulationen gemacht werden dürfen. Unser Standpunkt zur Frage der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist klar und eindeutig: Den Hauptbeitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands kann nur das deutsche Volk selbst leisten. Sie kann nur durch eine Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland erfolgen. Hierzu haben wir immer wieder unsere Vorschläge an die verantwortlichen Stellen in Westdeutschland gerichtet. Wir stehen nach wie vor zu diesen Vorschlägen.

- Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat alles getan, um eine Verständigung mit Westdeutschland herbeizuführen, die es ermöglicht hätte, der Genfer Konferenz einen gemeinsamen deutschen Standpunkt zu den unser Volk berührenden Problemen darzulegen. Bonn hat auf diesen Vorschlag mit den ersten Gesetzen zur Einberufung seiner faschistischen Wehrmacht geantwortet.

So kann man zwar die Sache der Einheit erschweren und verzögern, aber niemals beseitigen. Die Erfahrung der Geschichte lehrt, daß das Lebensrecht einer Nation auf ihren eigenen einheitlichen Staat sich über alle Hindernisse hinweg durchsetzt. Auf die Dauer kann eine Verständigung der Deutschen unter-

einander nicht verhindert werden. In Westdeutschland wächst die Erkenntnis der Notwendigkeit, mit der Deutschen Demokratischen Republik in Verhandlungen zu treten, um Schritt für Schritt eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands zu fördern. Es wächst in Westdeutschland die Zahl der Menschen, die sich lieber mit ihren deutschen Brüdern in der Deutschen Demokratischen Republik über die Schaffung eines souveränen deutschen Staates verständigen, als durch die Einbeziehung Westdeutschlands in einseitige Militärblocks die Spaltung unseres Vaterlandes vertiefen wollen. Die Grundsteine für dieses neue Deutschland hat die Deutsche Demokratische Republik gelegt; denn die Grundsätze unserer Politik des Friedens und der Demokratie sind wegweisend für die glückliche Zukunft der gesamten deutschen Nation.

Von den Großmächten erwarten wir, daß sie dem edlen Streben unseres Volkes nach Frieden und Einheit keine Hindernisse bereiten, sondern ihm jede Unterstützung gewähren. Das ganze deutsche Volk würde es von Herzen begrüßen, wenn sich die Genfer Konferenz den Vorschlag der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu eigen machen und beschließen würde, daß die Besatzungsmächte ihre Truppen aus Deutschland zurückziehen, alle ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden auflösen, den revanchelüsternden militaristischen Kreisen jede Hilfe versagen und Westdeutschland von einseitigen militärpolitischen Verpflichtungen befreien. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist davon überzeugt, daß die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, dem alle europäischen Staaten angehören, darunter auch Deutschland, sei es auch vorläufig durch zwei deutsche Staaten vertreten, eine ernste und wirkungsvolle Maßnahme zur Befriedung Europas wäre. Auch die Sicherheit vor jeglicher ausländischen Bedrohung, die das deutsche Volk für sich fordert, würde durch ein System der kollektiven Sicherheit gewährleistet sein.

Darum würden wir es begrüßen, wenn sich die Großmächte in Genf für ein solches System der kollektiven Sicherheit entscheiden würden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird, wie bisher, so auch während der Genfer Konferenz mit der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in einem ständigen Gedankenaustausch über alle Fragen stehen, die Deutschland betreffen. Sie hat eine Beobachterdelegation

unter Leitung des Staatssekretärs im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Georg Handke, nach Genf entsandt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands jeden Schritt zur Entspannung der internationalen Lage begrüßen und unterstützen.

(Neues Deutschland, Berlin 17. 7. 55)

5.

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer am 12. August 1955 über die Aufgaben der Deutschen Demokratischen Republik nach der Genfer Konferenz

Die Vorbereitungen der Großmächte zu dem Treffen der Regierungsoberhäupter in Genf wurden von allen Völkern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Heißen Herzens wünschten die friedliebenden Menschen dieser wichtigen Konferenz einen günstigen Verlauf. Es ist verständlich, daß das Interesse des deutschen Volkes an der Genfer Konferenz in besonders starker Weise zum Ausdruck kam.

Mit ungeteilter Aufmerksamkeit und Spannung verfolgte das deutsche Volk den Verlauf jeder einzelnen Sitzung in Genf. In ganz Deutschland empfanden die Menschen richtig, daß diese Konferenz ein entscheidender Schritt ist, um die gefährliche Phase des „kalten Krieges“ zu beenden und die Menschheit vor neuen Kriegen zu bewahren. Die Genfer Konferenz zeigte mit aller Deutlichkeit, daß der Wille der Völker nach Verständigung, Sicherheit und Frieden sich erfolgreich durchzusetzen beginnt und daß Regierungen und Diplomaten den Volkswillen nicht mehr übergehen können. Von größter Bedeutung ist die Tatsache, daß die Regierungschefs der vier Mächte nicht nur zu persönlichen Kontakten und Besprechungen kamen, sondern daß ein positives Ergebnis erzielt wurde, obwohl die Vertreter von Ländern mit verschiedenartiger Wirtschafts- und Staatsordnung am Verhandlungstisch saßen.

Die Genfer Konferenz förderte die Minderung der internationalen Spannungen und legte den Grundstein für die Herstellung des notwendigen Vertrauens zwischen den Großmächten. Sie leitete einen Umschwung in den Beziehungen

zwischen der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich ein. In all diesen Tatsachen liegt die große historische Bedeutung der Genfer Konferenz.

Natürlich konnte das nur ein Anfang sein, aber es war ein Anfang, der von dem Bestreben zum gegenseitigen Verstehen getragen war. Der Weg zur friedlichen Koexistenz hat sich auch in Genf als gangbar erwiesen. Das hat die friedliebenden Menschen darin bestärkt, ihren Kampf für Verständigung und Frieden mit größerer Entschiedenheit als bisher zu führen. Die Genfer Konferenz gibt ihnen die volle Zuversicht, daß es möglich ist, den „kalten Krieg“ zu beenden. Die Klärung strittiger Fragen zwischen den Staaten auf dem Wege der Verhandlungen hat sich als Prinzip durchgesetzt, das ist eine Widerspiegelung der gewaltigen Kraft der Weltfriedensbewegung, die sich — daran ist nicht zu zweifeln — auch noch in Westdeutschland volle Geltung verschaffen wird.

In Genf kamen die Regierungschefs der vier Großmächte zu einem Übereinkommen und beauftragten ihre Außenminister mit der weiteren Prüfung der besprochenen Fragen und der Ausarbeitung von Vorschlägen im Sinne der von der Konferenz beschlossenen Direktive.

Diese Direktive trifft Feststellungen für die Fortsetzung der Viermächtebesprechungen durch die Außenminister dieser Mächte, die im Oktober erfolgen wird. Die Genfer Direktive bestimmt, daß die Außenminister die Frage der Gewährleistung der europäischen Sicherheit und das deutsche Problem, die Probleme der Abrüstung und der Herstellung von Kontakten zwischen Ost und West behandeln und Vorschläge zu diesen Fragen ausarbeiten.

Der positive Abschluß der Genfer Konferenz paßt den Anhängern des „kalten Krieges“ begreiflicherweise nicht in ihre politischen Pläne. Nachdem sie das Zustandekommen und den positiven Abschluß der Genfer Konferenz nicht verhindern konnten, versuchen die aggressiven Kräfte des westdeutschen Monopolkapitals und ihre Presse jetzt, das Ergebnis der Konferenz zu bagatellisieren. Diese Presse stellt aufgetretene Meinungsverschiedenheiten in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen und hofft, ihre Leser damit über die Bedeutung der Genfer Konferenz hinwegtäuschen zu können.

Natürlich gab es in Genf Meinungsverschiedenheiten. Niemand hat erwartet, daß die Genfer Konferenz ohne Meinungsverschiedenheiten ablaufen oder alle Differenzen beseitigen

wird. Das Entscheidende an dieser Konferenz sind aber nicht die aufgetretenen und noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, sondern ist die erneute Bestätigung, daß erfolgreiche Verhandlungen zwischen den Großmächten durchaus möglich sind. Die Direktive von Genf hat das eindeutig bewiesen. Sie ist der konkrete Beweis dafür, daß die Friedenspolitik der Sowjetregierung, die konsequent für die Milderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen eintritt und die Lösung der internationalen Probleme durch Verhandlungen fordert, sich immer mehr durchsetzt. Die Genfer Konferenz verlief im Geiste der von der Sowjetregierung geforderten und durchgeführten Politik der gegenseitigen Verständigung.

Gleichzeitig ist die Direktive an die Außenminister aber auch der Beweis dafür, daß alle Erpressungsversuche gegenüber der Sowjetunion wirkungslos sind, daß die sogenannte Politik der Stärke zwecklos ist. Aus dieser Tatsache gilt es, die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen: Strittige internationale Probleme können und müssen durch Verhandlungen gelöst werden.

Zahlreiche Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit beweisen, daß Verhandlungen und die Bereitschaft zur Verständigung positive Ergebnisse bringen. Denken wir an die Beendigung des Krieges in Korea, an die Vereinbarungen über die Einstellung der Kampfhandlungen in Vietnam, an den Abschluß des Österreichischen Staatsvertrages, an die sowjetisch-jugoslawischen Verhandlungen und besonders an die Direktive der vier Regierungschefs in Genf. Alle diese Maßnahmen sind der Ausdruck dafür, daß sich das Prinzip der Verständigung überall da, wo man es anzuwenden beginnt, auch durchgesetzt hat. Heute wird allgemein anerkannt, daß internationale Streitfragen nur durch die Politik des Handelns einer Klärung zugeführt werden können. Nur die ewig Gestrigen glauben, daß die „Politik der Stärke“ Erfolge verspricht. Diese Menschen wollen nicht begreifen, daß in Genf begonnen wurde, die „Politik der Stärke“ und den sogenannten „kalten Krieg“ zu Grabe zu tragen, daß ein neues Prinzip des Zusammenlebens zwischen den Völkern wirksam wird, nämlich das Prinzip der Verständigung.

Genf hat eindeutig gezeigt, daß mit der „Politik der Stärke“ kein Ergebnis zu erzielen ist. Die „Politik der Stärke“ ist kein Mittel, um internationale Fragen zu lösen, auch nicht die Deutschlandfrage. Diese klare Feststellung ist für das deutsche

Volk von besonderer Bedeutung, weil die Adenauer-Regierung ihre gesamte Politik auf dieser Konzeption aufgebaut hat und der Bevölkerung Westdeutschlands immer noch einzureden versucht, daß die Lebensfragen unseres Volkes durch die gescheiterte „Politik der Stärke“ gelöst werden könnten.

In Genf erlitt jedoch nicht nur die „Politik der Stärke“ Schiffbruch. Auch die Antisowjethetze wurde in Genf tödlich getroffen. Seit Jahren versuchen die aggressiven Kreise, ihr Lügennetz um die Sowjetunion zu spinnen. Was wurde den Völkern und besonders der westdeutschen Bevölkerung nicht alles an Lügen aufgetischt. Diese Lügen sind durch die jüngsten Erfolge der sowjetischen Friedenspolitik wiederum eindeutig widerlegt worden. Welcher vernünftige Mensch kann heute noch an Aggressionsabsichten der Sowjetregierung glauben, auch wenn sie von Bonner Ministern behauptet werden, nachdem der Friedenswille der Sowjetunion in Genf sichtbar in Erscheinung trat?

Wer kann noch daran zweifeln, daß die Sowjetregierung die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands anstrebt, nachdem Adenauer entgegen allen Warnungen der Wiedervereinigung durch die Pariser Verträge und die Bonner Militärgesetze gewaltige Hindernisse in den Weg gelegt hat? Die Behauptung, mit der Sowjetunion könne nicht verhandelt werden, ist so offenkundig widerlegt worden, daß die Anhänger des „kalten Krieges“ nunmehr die lächerliche Behauptung aufstellen, die Sowjetunion verhandle jetzt nur deshalb, weil sie schwach sei und eine Krise durchmache. Aber diese Behauptung wird überall als lächerlich empfunden. Immer dann, wenn die Sowjetunion erpreßt werden sollte, haben ihre Gegner die Behauptung von der angeblichen Schwäche des Sowjetstaates aufgestellt. Aber sie sind dann stets von den Ereignissen widerlegt worden. Besonders die Hitlerfaschisten, die am lautesten über die Schwäche der Sowjetunion schrien, haben sich von der wirklichen Stärke der sozialistischen Großmacht überzeugen müssen. Alle Versuche, die Sowjetunion als schwach hinzustellen, sie zu erpressen und ihr Bedingungen zu diktieren, haben sich als wirkungslos und verhängnisvoll für ihre Urheber erwiesen. Die Verhandlungen in Genf erfolgten, nicht weil die Sowjetunion schwach ist, sondern weil sich die andere Seite unter dem Druck der Volksmassen endlich bereit finden mußte, aus den realen Tat-

sachen die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen und in echte, fruchtbare Gespräche einzutreten.

Die auch in den USA so laut gepriesene „Politik der Stärke“, die ihren Ausdruck in der Drohung mit der Atomwaffe fand, ist gescheitert, die amerikanische Regierung kam mit Verhandlungsabsichten nach Genf.

Kein Politiker wird sich verhehlen, daß die Haltung des amerikanischen Regierungschefs nicht zuletzt als ein Ausdruck seiner Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage zu bewerten ist. Dadurch hat sich die amerikanische Regierung auf den Weg der Verständigung begeben, und die Adenauer-Regierung, die alles auf die „Politik der Stärke“ setzte, ist in eine Sackgasse geraten. Das sture Festhalten an dieser Politik kann die Isolierung, in die Adenauer nach der Genfer Konferenz geraten ist, nur noch verstärken.

Die Wünsche des deutschen Volkes sind seit langem auf die Herbeiführung einer weiteren internationalen Entspannung gerichtet.

Die bitteren Erfahrungen unseres Volkes haben den allgemeinen Wunsch lebendig gemacht, daß den Menschen jeder weitere Krieg erspart bleibt. Auch das deutsche Volk hat ein lebhaftes Verlangen danach, daß so wichtige Fragen wie die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, die Abrüstung, die Nichtanwendung von Atomwaffen und die Sicherung des Friedens endlich gelöst werden. Die Erkenntnis, daß jeder Beitrag zur internationalen Entspannung zugleich auch ein Beitrag ist zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, setzt sich in Deutschland immer mehr durch. Deshalb steht das deutsche Volk den zähen und zielbewußten Friedensschritten der Sowjetregierung mit großer Sympathie gegenüber.

Die westdeutschen Imperialisten und ihre Adenauer-Regierung haben dagegen die sowjetischen Erklärungen, daß die Verwirklichung der Pariser Kriegsverträge eine gefährliche Lage in Europa schaffe und die friedliche Lösung der deutschen Frage verhindere, bedauerlicherweise nicht ernst genommen.

Sowohl die Westmächte als auch die Adenauer-Regierung haben die Warnungen der Sowjetunion vor den Folgen der Politik der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland und der Einbeziehung Westdeutschlands in eine aggressive militärische Gruppierung in den Wind geschlagen.

Sie haben geglaubt, mit der überstürzten Ratifizierung und Durchführung der Pariser Verträge sowie mit der Schaffung

von Militärgesetzen in Bonn unabänderliche Tatsachen vor der Genfer Konferenz zu schaffen und die Konferenz zu stören. Das ist nicht gelungen, denn die friedliebenden und demokratischen Staaten Europas haben angesichts dieser Lage ihre Kräfte vereint, was mit dem Abschluß des Warschauer Vertrages seinen Ausdruck fand. Das zeigte bereits, daß die Frage der Schaffung der europäischen Sicherheit immer mehr zum Hauptanliegen der europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes wird. Es ist doch klar: Entspannung, Sicherheit und Frieden können in Europa nicht gedeihen, wenn ein Teil Deutschlands, Westdeutschland, remilitarisiert und aufgerüstet wird. Wo die uneingeschränkte Herrschaft des Monopolkapitals besteht, wo den alten faschistischen Generalen und Wirtschaftsführern wieder das Heft überlassen bleibt, wo die militaristisch-faschistischen Thesen des Ostlanddrittes, der „Befreiung des Abendlandes“ und der „Neuordnung Europas“ gepredigt werden, wie es sich vor kurzem selbst der Bonner Außenminister, Herr Brentano, in Augsburg erlaubte, wo offen der „Politik der Stärke“ das Wort geredet wird, dort entsteht ein gefährlicher Nährboden für die Geißel der Menschheit, für den Krieg.

Die Menschen aber wollen den Frieden. Sie fordern unmißverständlich: Nie wieder darf von deutschem Boden aus eine neue Aggression, ein neuer Krieg seinen Ausgang nehmen. Auf Grund ihrer geschichtlichen Erfahrungen verlangen sie mit vollem Recht, daß das wiedervereinigte Deutschland unter keinen Umständen die Möglichkeit haben darf, die Sicherheit anderer europäischer Völker zu bedrohen und sie in neue, noch ungeheuerlichere und blutigere Kriegsabenteuer zu stürzen. Folglich, und diese Erkenntnis setzt sich nicht nur in Deutschland immer mehr durch, kann und wird die Wiedervereinigung Deutschlands nur in einem Europa verwirklicht werden, dessen Sicherheit fest gewährleistet ist. Wir haben auf diese Tatsache bereits vor der Ratifizierung der Kriegspakte hingewiesen. Adenauer hat sie trotz aller Warnungen durchgesetzt. Die Erschwerung einer Lösung der Deutschlandfrage ist also das Werk Adenauers.

Angesichts der geschilderten Schwierigkeiten für die Lösung unseres nationalen Anliegens war nicht damit zu rechnen, daß in Genf die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands vor der Frage der Sicherheit gelöst werden konnte. Die Genfer Konferenz hat eine bestimmte Klarheit in bezug auf die Posi-

tion der vier Mächte zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gebracht.

In welcher Weise geschah das nun?

Die Westmächte haben auch in Genf den Vorschlag unterbreitet, die Durchführung der Pariser Verträge weiterzuführen. Ja, sie schlugen vor, ganz Deutschland diesen Verträgen zu unterwerfen und es dem Nordatlantikpakt und der Westeuropäischen Union anzuschließen. Es versteht sich, daß dieser Weg die gefährlichsten Folgen für Europa und für Deutschland mit sich bringen müßte. Ein militarisiertes Deutschland würde zu neuen Kriegsabenteuern führen und zum Ausgangspunkt schwerer Leiden für alle Völker Europas und nicht nur Europas werden. Das hat aber mit der Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens der europäischen Völker nichts gemein, das ist die alte Position des „kalten Krieges“, der die Völker in den „heißen Krieg“ treibt und die friedliche Lösung der deutschen Frage verhindert. Dieser Weg würde vor allem das deutsche Volk in eine neue, ungeheure Katastrophe führen. Darum muß uns vollkommen klar sein, daß der Versuch, ein wiedervereinigtes Deutschland den Pariser Verträgen zu unterwerfen und in das Atlantikpaktsystem einzubeziehen, für das deutsche Volk völlig und für alle Zeiten unannehmbar ist und von uns abgelehnt werden muß.

Die Gefährlichkeit dieses Standpunktes der Westmächte und der Bundesregierung können auch nicht die Versuche vertuschen, sich mit Worten für die Wiedervereinigung auszusprechen, die deutsche Frage als Hauptfrage zu bezeichnen und sogar die Remilitarisierung als „Wegbereiter“ der deutschen Einheit zu offerieren. In der Politik entscheiden bekanntlich die realen Tatsachen, die Handlungen und Maßnahmen. Über die realen Tatsachen hatte die Sowjetunion bereits vor der Ratifizierung der Pariser Verträge völlige Klarheit geschaffen. Bonn hat sie in den Wind geschlagen und die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands damit erschwert und kompliziert.

Die konstruktiven Vorschläge, die der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Genosse Bulganin, in Genf zu den Fragen der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in zwei Etappen und des Abschlusses eines Vertrages zwischen den Westblockstaaten und den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf

Anwendung von Gewalt und über die Lösung von Streitfragen mit friedlichen Mitteln machte, sind Vorschläge, die sich logisch aus der bestehenden internationalen Situation ergeben.

Sie sind für alle Staaten annehmbar, weil sie dem Bedürfnis aller Menschen nach Frieden und Sicherheit entsprechen. Sie sind geeignet, Vertrauen zwischen den Staaten herzustellen und alle strittigen Fragen auf dem Wege der friedlichen Übereinkunft zu klären. Diese Vorschläge könnten bei gutem Willen aller Teilnehmerstaaten schließlich in ein System der kollektiven Sicherheit in Europa münden, das die Sicherheit und den Frieden aller europäischen Staaten endgültig garantiert. Eine solche Entwicklung gibt dem deutschen Volk die Möglichkeit, seine Lebensfragen zu regeln.

Der Vertreter der Sowjetunion hat in Genf mit aller Klarheit darauf hingewiesen, daß Deutschland zehn Jahre nach Kriegsschluß anders aussieht als im Jahre 1945. In Deutschland haben sich in den verflossenen zehn Jahren zwei Staaten mit verschiedener politischer und ökonomischer Ordnung entwickelt. Während in Westdeutschland die politische und ökonomische Macht des Monopolkapitals wiedererrichtet wurde und durch die Remilitarisierung wieder der Weg räuberischer Aggressionskriege beschritten werden soll, wurde in der Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiter-und-Bauern-Macht errichtet und der Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten, der nur im Frieden durchgeführt werden kann.

Die beiden deutschen Staaten sind von vielen anderen Ländern anerkannt worden und unterhalten mit ihnen diplomatische, Handels- und kulturelle Beziehungen. Angesichts der realen Existenz dieser beiden deutschen Staaten ist es völlig klar, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht durch eine mechanische Vereinigung der beiden Teile erfolgen, sondern nur Schritt für Schritt auf dem Wege der Zusammenarbeit und der Annäherung der beiden deutschen Staaten herbeigeführt werden kann.

Das ist der reale Weg, den die Regierung der Sowjetunion in Genf vorgeschlagen hat. Das ist der Weg, der zur Wiedervereinigung Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates führt, der für die anderen Völker keine Bedrohung wäre, der Deutschland nicht in den Kriegsschauplatz eines Atom- und Wasserstoffbombenkrieges verwandelt, sondern dem deutschen Volke und den europäischen Völkern eine glückliche und friedliche Zukunft garantiert.

Die Sowjetunion hat mit aller Klarheit gezeigt, daß unter den gegebenen Bedingungen, da Westdeutschland in die Westeuropäische Union und den Nordatlantikpakt einbezogen ist und remilitarisiert wird, das Problem der Vereinigung Deutschlands nur gelöst werden kann durch die Minderung der Spannungen in Europa, die Herstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Staaten als der unerläßlichen Voraussetzung für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit und der Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten.

Obwohl also auf der Genfer Konferenz sich zwei Auffassungen gegenüberstanden, ist die Konferenz nicht resultatlos abgeschlossen worden, sondern die Regierungschefs haben die Außenminister beauftragt, weiter an der Lösung der strittigen Fragen zu arbeiten.

Gemäß ihrer bisherigen Politik der konsequenten Vertretung der nationalen Interessen des deutschen Volkes und der Festigung des Friedens in Europa schließt sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dem von N. A. Bulganin dargelegten Standpunkt der Sowjetregierung an und erklärt sich bereit, an einem europäischen Sicherheitssystem teilzunehmen.

Aus den Ergebnissen der Genfer Konferenz ergibt sich die Frage: Sollen deshalb die Völker Europas das Problem ihrer Sicherheit und des Friedens vertagen? Natürlich nicht! Im Gegenteil! Die Lösung des Problems der europäischen Sicherheit wird die Hindernisse aus dem Wege räumen, die heute der Lösung der Deutschlandfrage entgegenstehen!

Darum können die Völker Europas und insbesondere das deutsche Volk nicht noch länger zulassen, daß die Regelung ihrer herangereiften wichtigsten Lebensfrage von der Sabotage Adenauers abhängig gemacht wird. Das Lebensinteresse der Völker gebietet es, daß alle Anstrengungen für die Gewährleistung der Sicherheit und die Erhaltung und Festigung des Friedens unternommen werden. Wir begrüßen deshalb aufrichtig das Ergebnis von Genf, weil es den Weg dazu geebnet hat. Das kommt auch in der Direktive der Großmächte an ihre Außenminister zum Ausdruck, in der die Frage der Sicherheit in Europa an erster Stelle behandelt wird.

Der einzig reale Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands besteht in gemeinsamen Anstrengungen der vier Mächte und des deutschen Volkes. Die Genfer Konferenz hat vollauf

unseren Standpunkt bestätigt, daß die Lösung des deutschen Problems ohne die Deutschen unmöglich ist. Sie ist geradezu eine Aufforderung an das deutsche Volk, in seiner eigenen Angelegenheit endlich in würdiger und patriotischer Weise gemeinsam aufzutreten.

Wenn die vier Mächte in Genf sich zu Verhandlungen zusammenfinden und eine Entspannung herbeiführen konnten, so schlußfolgert jeder vernünftige und vaterlandsliebende Deutsche, dann müssen erst recht die Deutschen in Ost und West das auch können und zu Verhandlungen und zur Verständigung der Lebensfragen der deutschen Nation zusammenkommen.

Entspannung, Verständigung und Annäherung, das ist die Devise von Genf, das kann und muß auch die Devise in Deutschland sein. Das Prinzip des absoluten Vorranges friedlicher Verhandlungsmethoden zur Lösung strittiger Fragen, das sich in Genf erneut als erfolgreich erwiesen hat, war und ist für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein unabdingbares Gebot. Wir sind entschlossen, auch künftig für dieses Prinzip einzutreten. Darum bereiten wir uns vor, an der Konferenz im Oktober teilzunehmen, um die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen. Wir erheben es zur nationalen Forderung des deutschen Volkes, daß auf der Konferenz der Außenminister im Oktober die Vertreter des deutschen Volkes gehört werden.

Wir wollen diesen Weg aber nicht mit Illusionen gehen, sondern die realen Verhältnisse, wie sie Genf uns zeigte, nüchtern und kühl beachten. Wenn wir das tun, ergibt sich folgende Schlußfolgerung:

Die Vereinigung Deutschlands ist nur unter der Voraussetzung der Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik und unter voller Berücksichtigung der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer inneren und äußeren Position möglich. Es kann keine Wiedervereinigung Deutschlands auf Kosten der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, auf Kosten ihrer Interessen geben.

Die werktätigen Menschen der Deutschen Demokratischen Republik werden niemals die Errungenschaften preisgeben, die sie in zehn Jahren harter Arbeit erworben haben.

Die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik als auch der Deutschen Bundesrepublik können nur dann be-

rücksichtigt werden, wenn die deutsche Frage unter Beteiligung der Deutschen selbst gelöst wird. Die Aufgabe der friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes ist es, die realen Voraussetzungen für die Vereinigung Deutschlands unter Berücksichtigung der entstandenen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in dem einen und dem anderen Teil des Landes vorzubereiten. Dabei vertritt die Deutsche Demokratische Republik den Standpunkt, daß in Westdeutschland die Herrschaft der Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer gebrochen werden muß, wie dies von den Alliierten im Potsdamer Abkommen festgelegt worden ist und den Interessen des deutschen Volkes und der Sicherung des Friedens entspricht. In welche Richtung kann und muß die Schaffung der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands gehen?

Die erste Gruppe von Voraussetzungen ist, umfassende Maßnahmen zur Minderung der internationalen Spannungen zu ergreifen. Die wichtigste dieser Maßnahmen ist die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa. Die Minderung der internationalen Spannungen durch Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit muß unvermeidlich in der Zukunft zur Annullierung der Pariser Verträge und des Nordatlantikpaktes führen. Dadurch wird eines der Haupthindernisse auf dem Wege zur Vereinigung Deutschlands beseitigt. Was die Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik am Warschauer Vertrag betrifft, so stellt sie keinerlei Hindernis für den Abschluß eines Vertrages für kollektive Sicherheit dar, da der Warschauer Vertrag ausdrücklich seine Außerkraftsetzung vorsieht, wenn ein System der kollektiven Sicherheit geschaffen wird. Die Beteiligung beider deutscher Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — am System der kollektiven Sicherheit in der ersten Etappe und ihre gemeinsame Arbeit zur Gewährleistung des Friedens im Rahmen dieses Systems würde unbedingt eine günstige Atmosphäre in den Beziehungen zwischen ihnen schaffen und damit die Möglichkeit der Vereinigung Deutschlands erleichtern.

Eine andere Gruppe von Voraussetzungen, die für die Vereinigung Deutschlands notwendig sind, bilden die Maßnahmen zur unmittelbaren Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik auf innerdeutscher Grundlage.

Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nicht erzielt werden, ohne daß die Deutschen aus Ost und West sich zusammenfinden und gemeinsam Maßnahmen beraten, die geeignet sind, die gegenwärtige Spaltung zwischen den beiden Teilen Schritt für Schritt zu überwinden.

Solche Maßnahmen wären vor allem auf folgenden Gebieten durchzuführen:

1. Systematische Milderung der bestehenden Spannungen zwischen den beiden Teilen, um den sogenannten kalten Krieg innerhalb Deutschlands zu beenden und eine günstige Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen.

2. Erweiterung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Erweiterung dieser Beziehungen würde auch die Beseitigung der wirtschaftlichen Barrieren fördern, die durch die Spaltung des Landes entstanden sind, und würde zur besseren Ausnutzung der Produktionskapazitäten und zur besseren Beschäftigung der Bevölkerung, zur Steigerung des Warenumlaufes und zur allgemeinen Hebung des Wohlstandes der deutschen Bevölkerung führen.

Eine wichtige Maßnahme zur Annäherung zwischen beiden Staaten Deutschlands könnte auch die Gewährung von gegenseitigen Dienstleistungen bei der Erweiterung der äußeren Märkte, die Förderung des deutschen Exports sowohl in die Länder des Ostens als auch in die Länder des Westens sein.

3. Allseitige Förderung der Entwicklung kultureller Beziehungen zwischen den beiden Staaten Deutschlands als wichtiger Beitrag zur Annäherung zwischen ihnen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht keinen Grund zur Behinderung des breitesten Austausches von Delegationen von Vertretern der Kultur, Wissenschaft, von Sportdelegationen wie auch des Austausches von Informationen auf allen Gebieten der Kunst, der Wissenschaft und des Sports.

4. Verbesserung der Bedingungen für den Verkehr der Bevölkerung zwischen den beiden Staaten Deutschlands und Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für diesen Verkehr.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Ansicht, daß die Einleitung solcher Maßnahmen ein Mittel ist, das zur Annäherung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik beitragen wird. Es

kommt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bei diesen Vorschlägen zunächst darauf an, das gegenwärtige politische Klima in Deutschland zu verbessern, weil dieser Schritt die Voraussetzung für die Lösung konkreter Einzelfragen ist.

Erfüllt von dem Bestreben, ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland zu schaffen, ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit, zu jedem Zeitpunkt mit den entsprechenden Instanzen Westdeutschlands zur Lösung dieser Frage in Verhandlungen zu treten oder über andere Vorschläge zu beraten.

Die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten, der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik, ist unter den gegebenen realen Bedingungen der einzig mögliche Weg zur Vorbereitung der innerpolitischen Bedingungen zur Wiedervereinigung.

Die Versuche, die Frage gesamtdeutscher Wahlen in den Vordergrund zu stellen, können unter den gegebenen Verhältnissen nur als Ausflüchte gewertet werden. Es ist dem ganzen deutschen Volke bekannt, daß seitens der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt Vorschläge und Angebote zur Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen gemacht wurden. Wir waren durchaus bereit, die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege gesamtdeutscher Wahlen herbeizuführen — aber alle unsere diesbezüglichen Angebote sind von Bonn abgelehnt worden. Adenauer hat der westdeutschen Bevölkerung sogar das demokratische Recht der Volksabstimmung über die Pariser Kriegsverträge verweigert. Nach der Ratifizierung der Pariser Kriegsverträge und der Annahme der Bonner Wehrgesetze ist eine neue Lage entstanden, die es nicht gestattet, die Frage gesamtdeutscher Wahlen in alter Weise zu stellen. Wir haben davor ausdrücklich und rechtzeitig gewarnt. Das deutsche Volk kann nicht die historische Lehre vergessen, daß auch Hitler Wahlen zur Vorbereitung seiner Aggressionskriege ausgenutzt hat. Darum steht nach der Annahme der Pariser Verträge an erster Stelle die Sicherung des deutschen Volkes und der Völker Europas vor einem neuen Aggressionskrieg des deutschen Imperialismus.

Erst wenn Sicherungen gegen eine neue Aggression der deutschen Imperialisten und gegen die Ausnutzung von Wahlen zu Aggressionszwecken geschaffen sind, werden wirklich freie, demokratische Wahlen in ganz Deutschland möglich sein.

In Verbindung mit der Genfer Konferenz steht die außerordentliche Beachtung, die der Deutschen Demokratischen Republik durch den Besuch der sowjetischen Delegation erwiesen wurde. Bereits auf der Durchreise nach Genf versicherte der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Genosse Bulganin, daß die Sowjetunion nach wie vor die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage verfechten werde. In der Unterredung mit der sowjetischen Delegation über die mit der Genfer Konferenz zusammenhängenden Fragen, vor allem über die Deutschlandfrage, wurde, wie aus dem in der Presse veröffentlichten Kommuniqué* ersichtlich ist, volle Übereinstimmung in dem beiderseitigen Streben nach der Wiedervereinigung Deutschlands festgestellt. Bei dieser Unterredung wurde auch die Angelegenheit der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen erörtert, die eine Strafe für von ihnen gegen das Sowjetvolk begangene Verbrechen verbüßen.

Es wurde beschlossen, die Erörterung dieser Frage unter Berücksichtigung der Wünsche der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fortzusetzen.

Der auf die Konferenz folgende Besuch der Regierungsdelegation der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik gestaltete sich zu einem historischen Ereignis für das ganze deutsche Volk. Diese Tage verliefen in einer überaus herzlichen Atmosphäre, sie wurden zu Höhepunkten der Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und dem deutschen Volk.

Wer den Frieden liebt und ein einheitliches, geachtetes, demokratisches Deutschland will, wird der Regierung der Sowjetunion für ihre freundschaftliche und uneigennützigte Hilfe von Herzen dankbar sein. Lassen Sie es mich aussprechen, daß alle Spekulationen auf eine Ausschaltung der Deutschen Demokratischen Republik, auf die Liquidierung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften keinen Pfifferling wert sind. Den realen Tatsachen Rechnung tragend, werden wir aber niemals im Kampf um eine Annäherung und Verständigung auf friedlichem und demokratischem Wege ermüden.

Wir begrüßen deshalb auch die Vorschläge der Sowjetregierung zur Herstellung diplomatischer, kommerzieller und kultureller Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundes-

* siehe Nr. 77

republik. Die Normalisierung dieser Beziehungen wird zu einer Entspannung beitragen und die Annäherung von Ost und West fördern.

Es ist aber höchste Zeit, daß im Westen der beschränkte Standpunkt über das Nichtvorhandensein der Deutschen Demokratischen Republik aufgegeben wird. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein realer Faktor, sie findet immer stärkere Anerkennung, weil ihre Haltung und Politik zur Festigung des internationalen Friedens beiträgt. Das kann selbst der stärkste Starrsinn nicht verhindern.

Aus der gewachsenen Stärke und Autorität der Deutschen Demokratischen Republik ergeben sich auch die konkreten Aufgaben, die nach der Genfer Konferenz vor dem ganzen deutschen Volke und besonders vor der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik stehen, um den Frieden, die Milderung der internationalen Spannungen und die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern. Diese Aufgaben sind:

1. Verstärkung des Kampfes gegen die Verwirklichung der Pariser Kriegsverträge, Verhinderung der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, damit Westdeutschland nicht zu einem neuen Kriegsherd in Europa werden kann;

2. Beendigung des „kalten Krieges“ zwischen den beiden Teilen Deutschlands, Herstellung normaler, freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Deutschen in Ost und West auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, Beendigung der Verleumdungen gegen die Deutsche Demokratische Republik;

3. allseitige Förderung der Beziehungen zwischen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland, Herstellung enger Kontakte zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, besonders der Organisationen der Arbeiterschaft, sowie zwischen einzelnen Bürgern, Anbahnung von Kontakten zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik;

4. allseitige Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als dem Bollwerk des deutschen Volkes im Kampf um Frieden, Sicherheit und Wiedervereinigung.

Festigung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und aller ihrer Organe, Verstärkung der Verbundenheit aller Staatsorgane mit den breiten werktätigen Massen. Ökonomische Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik durch noch breitere Entfaltung des Wettbewerbes zur Erfüllung des Volkswirtschafts-

planes, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der Qualität der Produkte, zur Erhöhung der Rentabilität der sozialistischen Betriebe; rasche und verlustlose Einbringung unserer guten Ernte und fristgemäße Ablieferung an den Staat.

Weitere Entfaltung des kulturellen Lebens und engere Verbindung der gesamten Kulturarbeit mit den breiten Volksmassen.

Indem unsere schaffenden Männer, Frauen und Jugendlichen in Stadt und Land an der Erfüllung dieser Aufgaben arbeiten, leisten sie einen bedeutenden Beitrag zur Lösung der großen internationalen Probleme, die auf der Konferenz der Außenminister im Oktober in Angriff genommen werden.

Gegenüber der konstruktiven Konzeption der Deutschen Demokratischen Republik zeigt sich vor aller Welt, daß die Konzeption der Bonner Regierung, die auf der „Politik der Stärke“ basiert, mit dem Gang der internationalen Entwicklung nicht übereinstimmt und keinerlei Aussichten auf Erfolg hat.

Diese Erkenntnis wächst unter dem Einfluß der Ideen der Verständigung und der friedlichen Verhandlung, die sich in Genf so erfolgreich durchgesetzt haben, in allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands, diese Erkenntnis gewinnt in ganz Europa immer mehr an Boden. Daher ist es eine ganz natürliche Folge, daß die starre Haltung der Bonner Regierung in aller Öffentlichkeit kritisiert wird und in Westdeutschland immer stürmischer die Forderung nach einer Änderung der Bonner Politik erhoben wird.

Die westdeutsche Bevölkerung begreift sehr gut, daß die Genfer Konferenz die Adenauersche Konzeption zerschlagen hat und daß die beschleunigte Aufstellung westdeutscher Divisionen einerseits und das geplante Verbot der KPD andererseits keineswegs der deutschen Sache auf der kommenden Außenministerkonferenz dienlich sein kann.

Für alle Welt wird klar und deutlich, daß die Politik Adenauers nicht mit den Wünschen, Forderungen und Interessen der Bevölkerung übereinstimmt.

Immer unüberhörbarer wird der Ruf ganz Deutschlands nach friedlicher Verständigung der beiden Staaten Deutschlands und nach Abkehr vom Wege der Militarisierung und der Position der Stärke, weil nur dadurch der Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in einem demokratischen Staate eröffnet wird.

Das deutsche Volk selbst muß zur Herstellung der Sicherheit in Europa seinen Beitrag leisten, es muß sich über gesamtdeutsche Schritte und Maßnahmen verständigen und damit den Weg zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands beschreiten.

Die bevorstehende Außenministerkonferenz erfordert gebieterisch die Festlegung des deutschen Standpunktes. Die Genfer Vereinbarung läßt die Teilnahme deutscher Vertreter an der kommenden Außenministerkonferenz ausdrücklich zu. Es widerspricht daher völlig den deutschen Interessen, wenn sich Herr Adenauer bereits jetzt gegen die Teilnahme deutscher Vertreter an dieser Konferenz ausspricht und sich damit gegen die den Außenministern gegebene Direktive wendet.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird alles tun, um zu einem erfolgreichen Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz beizutragen. Sie hält es für zweckmäßig, daß ein gesamtdeutscher Standpunkt erarbeitet und gemeinsam mit den Vertretern Westdeutschlands in Genf zu Gehör gebracht wird.

Sie ist aber auch bereit, wenn die Bonner Regierung weiterhin auf ihrem antinationalen, ablehnenden Standpunkt beharrt, selbständig und allein in Genf die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Das deutsche Volk kann sicher sein, die Deutsche Demokratische Republik wird seine nationale Sache unentwegt weiterführen. Die Genfer Konferenz hat dem deutschen Volk die Richtung zur Lösung seiner Lebensfragen gewiesen. Sie hat dem deutschen Volk eine gewaltige Chance geboten. Handeln wir danach im Interesse der Sicherheit in Europa und damit im Interesse der friedlichen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und im Interesse des Friedens!

(Neues Deutschland, Berlin 13. 8. 55)

6.

Entschließung der Volkskammer zur Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte

Die Volkskammer billigt vollinhaltlich die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Genfer Konferenz vom 18. bis 23. Juli 1955 und über ihre Auswirkungen auf Deutschland.

Die Volkskammer begrüßt insbesondere die zwischen der

sowjetischen Regierungsdelegation und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik getroffene Vereinbarung über die weitere Vertiefung und Erweiterung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik.*

Die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik müssen ihren Beitrag zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit leisten und dadurch die Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands fördern. Der von der Regierungsdelegation der Sowjetunion auf der Genfer Konferenz vorgeschlagene Gesamteuropäische Vertrag über die kollektive Sicherheit ist die beste Gewähr für den Frieden und gegen eine neue Aggression in Europa. Die Regierungserklärung betont deshalb unsere Bereitwilligkeit, an einem europäischen Sicherheitspakt teilzunehmen.

Mit aufrichtiger Freude begrüßt die Volkskammer, daß die vier Regierungschefs in der Direktive an die vier Außenminister die Hinzuziehung von Vertretern beider deutscher Staaten zur Erörterung der deutschen Frage beschlossen haben. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik spricht die Erwartung aus, daß auch Westdeutschland das von den vier Regierungschefs eingeräumte Recht zur Wahrung der nationalen Interessen des deutschen Volkes und der Gewährleistung der europäischen Sicherheit in Anspruch nimmt. Die Deutsche Demokratische Republik erklärt ihre volle Bereitschaft, in jedem Falle auf der am 27. Oktober 1955 beginnenden Konferenz der vier Außenminister bei der Beratung der deutschen Frage die deutschen Interessen zu vertreten.

Die Volkskammer ist bereit und ersucht alle gesellschaftlichen Organisationen sowie die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, alle Schritte zu unternehmen, die der Entspannung auch in Deutschland dienen und die geeignet sind, das deutsche Volk dem Ziel der Herstellung eines einheitlichen Deutschlands als eines wahrhaft friedliebenden und demokratischen deutschen Staates näherzubringen. In diesem Sinne begrüßt die Volkskammer insbesondere die in der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Maßnahmen für eine enge Zusammenarbeit aller Deutschen auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Berlin, den 12. August 1955

(ADN 12. 8. 55)

* siehe Nr. 77

7.

Interview

des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, zu den Erklärungen des westdeutschen Außenministers von Brentano im Washingtoner Fernsehfunk

Am vergangenen Sonntag (2. Oktober 1955, d. H.) zeigte sich der Außenminister der westdeutschen Bundesrepublik, Herr Dr. Heinrich von Brentano, in Washington im Fernsehfunk und gab Erklärungen über die Politik der Adenauer-Regierung ab. Er sagte klipp und klar, das Ausscheiden Westdeutschlands aus dem westlichen Paktsystem würde zwar zu einer baldigen Wiedervereinigung führen, die Adenauer-Regierung sei aber nicht bereit, die Bindung Westdeutschlands an den Nordatlantikkriegspakt und die Pariser Verträge „für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu opfern“; die Bundesrepublik sei „mit den atlantischen Verbündeten untrennbar verbunden“.

Brentano hat also offen ausgesprochen, daß die Adenauer-Regierung die nationale Einheit Deutschlands der Mitgliedschaft Westdeutschlands im aggressiven Nordatlantikkblock geopfert hat und gewillt ist, daran festzuhalten, das heißt also, die in Genf längst entlarvte „Politik der Stärke“ und des „kalten Krieges“ fortzusetzen. Das bedeutet das zynische Eingeständnis des nationalen Verrats.

Brentano enthüllt gleichzeitig das trügerische Doppelspiel Adenauers in seiner Vorbereitung auf die bevorstehende Genfer Außenministerkonferenz der vier Mächte. Adenauer erörtert plötzlich Pläne über europäische Sicherheitspakete und die Wiedervereinigung Deutschlands, aber nur, um die Bereitschaft zu einer europäischen Sicherheitsregelung und den Wunsch nach Wiedervereinigung Deutschlands vorzutäuschen und die Völker Europas, die immer stärker Frieden und Sicherheit fordern, und das deutsche Volk, das eine friedliche und demokratische Lösung seiner nationalen Lebensfragen verlangt, hinters Licht zu führen. In Wirklichkeit hält die Adenauer-Regierung — Brentano hat das klar ausgesprochen — an der Zugehörigkeit Westdeutschlands zum nordatlantischen Kriegspaktsystem fest und bringt ihr die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes bewußt zum Opfer. Die mit soviel Stimmenaufwand betriebene Vorbereitung Adenauers für Genf ist also nichts als ein Täuschungsmanöver.

Der Weg zur Sicherung des Friedens in Europa ist die Schaffung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit, wie es von der Regierung der Sowjetunion auf der Genfer Konferenz im Juli dieses Jahres vorgeschlagen wurde. Die Schaffung eines derartigen europäischen Sicherheitssystems, das zur Überwindung der bestehenden Militärgruppierungen führt, eröffnet reale Wege zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Die Deutsche Demokratische Republik hat wiederholt ihre ausdrückliche Bereitschaft erklärt, an der Errichtung eines solchen europäischen Sicherheitssystems mitzuwirken, und sich damit zur Sprecherin aller friedliebenden Kräfte im deutschen Volke gemacht.

(ADN 5. 10. 55)

8.

Aus der Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf dem Staatsakt anläßlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in der Deutschen Staatsoper zu Berlin am 6. Oktober 1955

In dem hinter uns liegenden Jahre stand unsere gesamte Arbeit in hohem Maße unter dem Einfluß und Eindruck nationaler und internationaler Ereignisse von größter Bedeutung. Unsere ökonomischen Grundlagen festigten sich und wuchsen weiter. Unser kultureller und sozialer Aufstieg wurde fortgesetzt. Unsere Handelsbeziehungen erweiterten sich. Unsere freundschaftlichen Beziehungen vertieften sich und schufen neues Vertrauen in die Deutsche Demokratische Republik.

Auch die Beratungen unserer Regierungsdelegation in Moskau vom 17. bis 20. September dieses Jahres und ihre Ergebnisse* sind ein weiterer großer Vertrauensbeweis der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Völker der Sowjetunion in unsere Politik des Friedens und der Völkerverständigung. Das Vertragswerk von Moskau ist ein historisches Dokument und zugleich ein Friedenswerk von höchster Bedeutung. Sein Abschluß war nur möglich zwischen zwei Staaten, in denen die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz die Macht besitzt. Unser Vertrag entspricht der vorwärtsdrängenden gesellschaftlichen Entwicklung in der gegenwärtigen Periode, in der die Wah-

* siehe Nr. 91—96

rung der Volksinteressen auf die Arbeiterklasse als die führende Kraft übergegangen ist.

In unserer Republik wird nach dem Willen des gesamten werktätigen Volkes eine Politik des Friedens und des wirtschaftlichen Fortschritts gemeinsam von der Volkskammer, von der Regierung und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland geführt. In der Zusammenballung aller dieser Kräfte liegt das Geheimnis unserer Erfolge.

In gegenseitiger Achtung, getragen von der gemeinsamen nationalen Verantwortung gegenüber den Lebensinteressen der gesamten deutschen Nation, haben wir unsere Arbeit erfüllt und werden sie in gleichem Sinne fortführen. Das große nationale Ziel heißt: Wiedervereinigung unseres zerrissenen Vaterlandes. Hierbei offenbart der Moskauer Vertrag seine Zielsetzung von wahrhaft historischer Bedeutung, indem er bestimmt, daß es das Hauptziel zwischen den vertragschließenden Seiten ist, auf dem Wege entsprechender Verhandlungen eine friedliche Regelung für ganz Deutschland herbeizuführen. In Übereinstimmung hiermit sollen die erforderlichen Anstrengungen für eine friedensvertragliche Regelung und für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage unternommen werden.

Aber es heißt sich selbst einer leichtfertigen Täuschung hingeben, wenn man annehmen wollte, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine leichte und schnelle Angelegenheit sein könne. Gewiß leben wir in einer Periode der Entspannung und der Verständigung. Man kann den von uns in Moskau unterzeichneten Vertrag nur richtig einschätzen und in das politische Geschehen Deutschlands und Europas eingliedern, wenn man davon ausgeht, daß dieser Vertrag ein echtes und wahres Friedenswerk ist, das auch der in Genf eingeleiteten Entspannung und Verständigung dient. Die Sowjetunion hat ihre auf Entspannung, Verständigung und Frieden gerichtete Politik seit der Genfer Konferenz zum Segen der Völker konsequent fortgesetzt. Davon zeugen die bereits durchgeführten Maßnahmen zur Abrüstung. Davon zeugt die Verständigung mit der westdeutschen Bundesrepublik, die zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen geführt hat. Davon zeugen die Verhandlungen mit Finnland, dem bedingungslos der Militärstützpunkt Porkkala durch die Sowjetunion zurückgegeben wurde. Davon zeugen die Verhandlungen mit der Deutschen

Demokratischen Republik und der Abschluß des Vertrages über die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten.

Aber wir wären Illusionspolitiker, wenn wir nicht gleichzeitig die Schwierigkeiten für die Genfer Konferenz der Außenminister sehen würden, die bereits auf der Vorbesprechung der drei westlichen Außenminister mit Herrn von Brentano vor wenigen Tagen in New York wiederum auf den Weg der Verständigung gerollt sind. Obwohl in dem Abschlußkommuniqué der vier Regierungschefs in Genf die Frage der Sicherheit als die entscheidende für die Außenministerkonferenz bezeichnet wurde, versucht man bereits jetzt in New York, wieder zurückzuspringen auf den Status der Verhandlungen vor der Genfer Konferenz. Man will ganz Deutschland gemeinsam in die Pariser Verträge und in den Atlantikpakt zwingen. Das ist eine Politik, die unter dem Wort steht: „Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo!“ Die Pariser Verträge und die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO verhindern ja gerade die demokratische und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Eine Übertragung dieser Verträge auf ganz Deutschland ist ganz unmöglich.

Die Verhandlungen der drei westlichen Außenminister mit Herrn von Brentano in New York zeigen uns, daß die alten Kräfte wieder am Werk sind, die die Spaltung Deutschlands herbeigeführt haben. Es wird nachgerade Zeit, daß wir die Schuldigen an der Spaltung Deutschlands aus der Vergangenheit wieder herausziehen, damit das deutsche Volk nicht wiederum neuen Täuschungsmanövern erliegt.

Der erste Schritt zur Spaltung Deutschlands wurde bereits im Dezember 1946 und der gegenwärtig letzte auf der Besprechung der westlichen Außenminister mit Herrn von Brentano vor einigen Tagen in New York gemacht. 1946 wurde ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und England getroffen, durch das die sogenannte „Bi-Zone“ gebildet wurde, von der der amerikanische General Clay bereits am 29. Oktober 1947 verkündete, daß sie die Grundlage für eine vorläufige Regierung bilden könnte. Als die Sowjetunion einen Monat später gegen diese Pläne auftrat und durch Molotow auf der Außenministerkonferenz in London ein Fünf-Punkte-Programm zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und Schaffung eines Friedensvertrages unterbreitete, sprengte der amerikanische Außenminister Marshall diese Konferenz. Die „New York Herald Tribune“ hob den Schleier von der Hand-

lungsweise Marshalls, indem sie feststellte: „Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen.“

Auf der Londoner Konferenz am 23. Februar 1948 begann man mit dieser Arbeit durch die Schaffung einer separaten Währungsreform für Westdeutschland und Westberlin sowie durch die Vorbereitung zur Bildung einer westdeutschen Regierung. Es ist ganz klar, daß diese Maßnahmen, an denen deutscherseits Adenauer und seine Berater aus den deutschen Großbanken und Monopolkreisen mitwirkten, auf die endgültige Spaltung und Zerstückelung Deutschlands gerichtet waren. Das Ganze diene lediglich der Restaurierung der Monopol- und Junkerherrschaft.

Nach jedem der beiden Weltkriege, in die Deutschland durch die Kräfte des Militarismus gestürzt worden war, stand die Frage der Beseitigung der Monopol- und Junkerherrschaft. Nach 1918 vermochten die Monopole unter der Weimarer Gesetzgebung und unter dem Vorhandensein der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse ihre Kräfte zu sammeln und ihre Macht erneut zu entfalten. Sie kauften Hitler als ihre Hausmacht, und das deutsche Volk ging 1939 zum zweiten Male auf die Schlachtbank des kapitalistischen Krieges. Nach 1945, nach einer Niederlage ohne jeden geschichtlichen Vergleich, stand die Frage der Beseitigung der Monopol- und Junkerherrschaft erneut vor dem deutschen Volk.

In einem Teil Deutschlands, auf dem heutigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, gelang das dank der Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht. Hier wurden die Kriegsverbrecher bestraft, Monopole und Junker enteignet. Ihr Eigentum ging in die Hände des Volkes über und dient heute dem friedlichen Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, dem Sozialismus. Ganz anders aber vollzog sich die Entwicklung in Westdeutschland unter dem Einfluß der westlichen kapitalistischen Besatzungsmächte. Dort gelang es den Monopolherren und Junkern, ihre Herrschaft zu restaurieren und die Macht wiederum an sich zu reißen. Dazu trennte man Westdeutschland von dem Gesamtgebiet Deutschlands ab. Denn nicht wir bildeten zuerst einen Staat in Deutschland, sondern die kapitalistische westliche Welt, die in ihrem Dreimächteabkommen zwischen den USA, England und Frankreich unter Mithilfe der westdeutschen kapitalistischen Regierung in

Washington im April 1949 das Besatzungsstatut und die Errichtung einer deutschen Bundesrepublik beschloß.

Wiederum versuchte die Sowjetunion, diesen Akt der Spaltung zu vereiteln, indem sie auf der 6. Tagung des Außenministerates im Juni 1949 den Vorschlag unterbreitete, innerhalb von drei Monaten einen Friedensvertrag mit Deutschland auszuarbeiten und binnen einem Jahre nach Abschluß des Vertrages die Besatzungstruppen aus Deutschland abzuführen. Die Antwort aber darauf war die Ausrufung der Bundesrepublik und damit die völlige Spaltung Deutschlands.

Damit nicht ganz Deutschland der Restauration des beutelüsternden deutschen Monopolismus und kriegertischen Militarismus anheimfalle, gründeten wir am 7. Oktober 1949 zur Sicherung des Friedens und unserer Errungenschaften die Deutsche Demokratische Republik. Damit aber waren auf deutschem Territorium infolge des vom Westen hervorgerufenen nationalen Notstandes und der vollzogenen Spaltung zwei Staaten entstanden. Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Akt der nationalen Selbsthilfe, um ganz Deutschland vor der kapitalistischen Ausbeutung durch die Monopole, vor dem Militarismus und vor einem drohenden dritten Kriege zu retten. Diesen Weg sind wir in der Vergangenheit gegangen, diesen Weg gehen wir heute, und diesen Weg gehen wir auch in Zukunft.

Zweimal in den letzten 50 Jahren hat die verhängnisvolle Politik des deutschen Militarismus das deutsche Volk in Weltkriege mit unermeßlichen Opfern an Gut und Blut für die Völker Europas und nicht zuletzt für das deutsche Volk gestürzt. Wir wollen diesen Weg nicht noch ein drittes Mal gehen und sind überzeugt, daß uns die deutschen Menschen im Osten wie im Westen verstehen werden, sobald sie sich einmal gründlich mit den politischen Problemen Deutschlands beschäftigen. In der deutschen Arbeiterbewegung und unter breiten Kreisen des fortschrittlichen Bürgertums vollzieht sich dieser Klärungsprozeß bereits heute. Wir sind tief von seiner Wirksamkeit überzeugt, denn: „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift!“

Wir wollen ein friedliches und demokratisches, einheitliches Deutschland erbauen. Es soll frei sein von der Herrschaft der Militaristen, damit es friedlich sein kann. Es soll frei sein von der Herrschaft der Monopolisten, damit es demokratisch sein kann. Alle Elemente der Ökonomie, des sozialen Zusammen-

lebens und der Kultur in unserer Republik entsprechen diesen Voraussetzungen.

Darum ist die Deutsche Demokratische Republik der einzige rechtmäßige Staat in Deutschland, der die Lebensinteressen der deutschen Nation, nämlich den Frieden, sichert.

Die Deutsche Demokratische Republik ist der Grundstein eines friedlichen und demokratischen Deutschlands,

weil in ihm die Kräfte des Krieges — die Monopolisten, Junker und Militaristen — bereits entmachtet sind, weil die Mehrheit des Volkes, die Arbeiter und werktätigen Bauern, und nicht die hauchdünne Schicht der Monopolisten und Junker die Macht ausübt.

Darum ist die Arbeiter-und-Bauern-Macht der einzig wahre Ausdruck für eine wahre Demokratie und nicht jene westdeutsche Scheindemokratie, in der Monopole Parlamentsmandate und ausländische Spionagezentralen Kanzler kaufen.

• • •

In wenigen Wochen beginnt die Periode des zweiten Fünfjahresplanes.

• • •

Die stürmische Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs und des Handels der Deutschen Demokratischen Republik in den vergangenen Jahren zeigt sich auch in der ständigen und planmäßigen Ausweitung unseres Außenhandels. Auf der Grundlage des wachsenden Wirtschaftsvolumens der Deutschen Demokratischen Republik entfaltet sich der Außenhandel von Jahr zu Jahr stärker. Setzt man das Außenhandelsvolumen des Jahres 1950 gleich 100, so stieg es 1955 auf 292 Prozent.

Diese Erfolge im zwischenstaatlichen, friedlichen Handel mit allen Völkern der Welt waren nur möglich durch den unermüdlischen Fleiß und das hohe Können der deutschen Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler. Die deutsche Qualitätsarbeit hat in der Welt wieder einen guten Namen errungen. Entsprechend den Grundprinzipien ihrer Außenhandelspolitik ist die Deutsche Demokratische Republik bereit, mit jedem Land, ungeachtet seiner Gesellschaftsordnung, friedliche Handelsbeziehungen aufzunehmen, wenn der Partner die Prinzipien der Gleichberechtigung anerkennt und den Willen besitzt, die vertraglich übernommene Verpflichtung zu erfüllen.

Welche Hilfe und welche Möglichkeiten uns die Länder des Friedenslagers geben, zeigt die Entwicklung unserer wirtschaft-

lichen Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Das Handelsvolumen mit den Ländern des Friedenslagers hat sich von 100 im Jahre 1950 auf 287 Prozent entwickelt.

Die Erfolge der diesjährigen Leipziger Herbstmesse beweisen, daß immer neue Möglichkeiten geschaffen werden, die wirtschaftlichen Beziehungen zu erweitern. Die mit allen Kreisen der Wirtschaft und des Handels auf dieser internationalen Messe geführten Gespräche der gegenseitigen Verständigung und des guten Willens zeigen, daß auch in Zukunft unsere internationalen Handelsbeziehungen einen weiteren Aufschwung erhalten werden. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein interessanter Handelspartner für die wirtschaftlich schwach-entwickelten, kolonialen und abhängigen Länder in Übersee. Unsere Wirtschaft ist in der Lage, für die industrielle Entwicklung dieser Länder Maschinen und Ausrüstungen für die Produktionsmittel- wie auch die Konsumtionsmittelindustrie sowie komplette Fabrikanlagen zu günstigen Bedingungen, ohne jede wirtschaftliche Benachteiligung und versklavende Knebelung, zu liefern.

Wir gehen von dem Gesichtspunkt aus, daß der Außenhandel dazu beitragen muß, die wachsenden Bedürfnisse unserer Bevölkerung zu befriedigen. Wir sind auch nach wie vor für eine Erweiterung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Diese Wirtschaftsbeziehungen liegen letzten Endes auch im Interesse vieler Wirtschaftskreise Westdeutschlands. Die Bundesregierung müßte es als eine ihrer nationalen Aufgaben betrachten, der westdeutschen Wirtschaft die notwendige Freizügigkeit im Handel zwischen den beiden deutschen Staaten, so wie es von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik seit Jahren immer wieder vorgeschlagen wurde, zu geben, anstatt alles zu tun, den innerdeutschen Handel zu knebeln und in ein starres Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren zu pressen.

Die Deutsche Demokratische Republik hat oft ihre Bereitschaft erklärt, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu vertiefen. Eine Erweiterung dieser Beziehungen würde auch die Annäherung beider deutschen Staaten fördern.

...

Die Verwirklichung unserer großen Pläne zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur, durch die unsere Republik immer mehr zu einem überzeugenden Beispiel

für ganz Deutschland werden wird, ist in entscheidendem Maße von den Menschen abhängig, die uns zur Verfügung stehen, von ihren Fähigkeiten und von ihrem Können, von ihrem Willen, ihr Bestes für die Festigung und Stärkung unserer Republik, für die Erhaltung des Friedens zu geben.

...

Während im früheren kapitalistisch-junkerlichen Deutschland die Jugend in der Schule im Geiste des Rassenhasses, Chauvinismus und Militarismus erzogen wurde, erzieht die Schule bei uns die junge Generation im Sinne der Demokratie, des Humanismus und der Völkerfreundschaft.

Unsere Schule erzieht Patrioten, Menschen, die ihr Vaterland und den Frieden lieben, die bereit sind, ihr Vaterland und den Frieden zu verteidigen. Unsere Schule erzieht Menschen, die gewillt sind, mit allen anderen Völkern, besonders den Völkern der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion, feste Freundschaft zu halten.

Das kulturelle Niveau eines Volkes und Staates wird indes nicht nur von dem Charakter seiner allgemeinbildenden Schulen bestimmt. Die Gestaltung und Entwicklung der Zukunft hängt auch wesentlich von dem Gesicht unserer jungen Generation ab, die an den Universitäten und Hochschulen heranwächst. Dort bilden wir heute diejenigen Wissenschaftler, Techniker, Künstler, Ärzte und Pädagogen heran, die morgen die Wirtschaft und den Staat leiten sowie das gesellschaftliche Leben der Republik bestimmen werden... Altes Unrecht konnte gutgemacht werden: Arbeiter- und Bauernkinder, denen in früheren Jahren der Weg zur akademischen Bildung versperrt war, bilden heute die große Mehrzahl der gesamten Studentenschaft. In Westdeutschland beträgt dieser Prozentsatz an Arbeiter- und Bauernkindern nach amtlichen Statistiken etwa zwei bis vier Prozent. Unsere Universitäten sind also wahrhaft Universitäten des Volkes geworden.

Im Rahmen der sich ständig erweiternden Kulturabkommen reisen unsere Wissenschaftler in die befreundeten Länder, besuchen uns ausländische Wissenschaftler und entfacht sich ein breiter wissenschaftlicher Erfahrungsaustausch.

In den befreundeten Ländern verfolgt man die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik sehr aufmerksam. Diese Freundschaftsbande gilt es, gerade jetzt nach Abschluß des Moskauer Vertrages noch mehr zu festigen.

In dieser Entwicklung erwächst uns eine junge neue Generation, der wir alle Kräfte vermitteln, gemeinsam mit uns eine Zukunft und ein glückliches Leben zu bauen und zu schützen. Ein Leben, das frei ist von sozialer Ungerechtigkeit und Ausbeutung, ein Leben, das Wohlstand für alle schenkt, ein Leben, das durch die Freundschaft der Völker den Frieden sichert. Unerschütterlich sollen bestehen bleiben das Recht auf unser Volkseigentum, das Recht auf den Boden, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Erholung, das Recht auf Bildung, die Gleichberechtigung der Frau, die Rechte der jungen Generation. Niemals werden wir diese Errungenschaften preisgeben!

Für die Sicherung und Festigung eines solchen Staates der Arbeiter und Bauern, für ein solches Leben hat unsere Volkskammer am 26. September 1955 das höchste Gesetz der Selbsterhaltung durch eine Ergänzung zu unserer Verfassung mit den Worten festgelegt:

„Der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen ist eine ehrenvolle nationale Pflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.“

Das bedeutet noch nicht die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, aber der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik wird jene Maßnahmen treffen, die die ehrenvolle nationale Pflicht der Bürger regeln.

Für ein solches Leben wirken, schaffen und kämpfen wir. Ein solches Leben führt uns auf die Höhen der Menschlichkeit und schenkt uns alle Schätze der Kultur. . . .

Wir wissen sehr wohl, daß es einer großen Verständigung bedarf, um die Menschen in Deutschland wieder einander näherzubringen. Darum muß noch für lange Zeit auf den Gebieten aller Lebensäußerungen die Parole „Deutsche an einen Tisch!“ das Leitmotiv deutscher Politik im Inneren Deutschlands bleiben. Das Wiederzusammenleben der Deutschen ist ohne entscheidende Mitwirkung der Deutschen nicht zu erreichen.

Man kann die Wiedervereinigung eines zerrissenen Volkes nicht so erreichen, wie man einen zerrissenen Bogen Papier wieder zusammenfügt. Wir wissen, daß dazu eine lange und geduldige Arbeit nötig sein wird, besonders, solange auf der Gegenseite bei der Erfüllung dieser Aufgabe diejenigen Kräfte ablehnend entgegenstehen, die die Spaltung Deutschlands mit herbeigeführt haben. Wir wissen auch, daß wir dabei nicht auf die Hilfe der uns umgebenden Länder verzichten können. Darum werden wir bestrebt sein, unsere Beziehungen — auch

diplomatische — zu allen Völkern, die dazu bereit sind, pfleglich nach den Grundsätzen der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse zu fördern. Darin lassen wir uns nicht beirren, gleichgültig, ob Herr Adenauer das als einen „unfreundlichen Akt“ ansieht oder nicht. Ganz besonders aber werden wir unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, zum großen chinesischen Volk und zu allen Volksdemokratien weiterhin herzlich vertiefen und brüderlich weiterentwickeln. Das ist das Unterpfand für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation.

Unser Dank gilt darum heute auch all unseren Freunden im demokratischen und sozialistischen Lager, die uns in unserem Kampf immer wieder ihre brüderliche Hilfe geschenkt haben.

Die Deutsche Demokratische Republik ist in ihrem Bestand und in ihrer Fortentwicklung vollständig gesichert durch ihre eigene Kraft, durch den Schutz des Warschauer Vertrages und durch den in Moskau abgeschlossenen Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR.

Dennoch übersehen wir nicht, daß für den anderen Teil Deutschlands ein Militärpakt besteht, der seinen aggressiven Charakter schon dadurch demonstriert, daß er die Aufnahme der Sowjetunion ablehnt, weil der NATO-Pakt dann seinen Charakter verliere. Der Charakter der NATO ist also Aggression und neue furchtbare Leiden für die Menschheit. Es lebt sich nicht gut zwischen Militärpakten, man muß sie darum überwinden und Schritt für Schritt auflösen in einen allgemeinen europäischen Sicherheitspakt. Darum begrüßen wir aufs wärmste die Vorschläge der Sowjetunion zur Schaffung eines allgemeinen europäischen Sicherheitspaktes, eines Paktes, der alle Völker in Europa umfaßt zum gleichen Ziele: der Sicherung des Friedens.

Wir sind auch bereit und haben das in der Volkskammer eindeutig erklärt, bis zur Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands einem solchen Sicherheitspakt beizutreten. Wir wünschen und erwarten darum, daß die Deutsche Bundesrepublik sich in ihrer Politik zu einem Wandel bereit findet und sich ebenfalls einem gesamt-europäischen Sicherheitspakt nach den Vorschlägen der Sowjetunion anschließt. So schaffen wir die Voraussetzungen für ein

friedliebendes, demokratisches, einheitliches Deutschland. Daneben müssen wir eine Verständigung der Deutschen über die Beseitigung der Monopoldiktatur in Westdeutschland nach den in dem Potsdamer Abkommen niedergelegten Grundsätzen herbeiführen. So schaffen wir die Voraussetzungen für ein demokratisches Deutschland.

Wenn diese Voraussetzungen herbeigeführt werden,
dann können auch Verhandlungen über die Einheit eines friedlichen und demokratischen Deutschlands von Erfolgen begleitet sein,

dann kann Deutschland friedliebend sein, weil wir es befreit haben von den Pariser Verträgen und vom Militarismus,
dann kann Deutschland demokratisch sein, weil wir es befreit haben von der Diktatur der Monopole und Junker,
dann kann Deutschland einer langen Periode des Friedens entgegengehen, weil es im Schutze eines allgemeinen europäischen Sicherheitsvertrages lebt,

dann kann Deutschland einer glücklichen Zukunft entgegengehen, weil es in guten Nachbarschaftsverhältnissen mit den Völkern friedlichen Handel treiben kann, der dem Wohlstand dient,

dann kann Deutschland frei und froh in der Familie der Völker leben, weil es mit allen friedliebenden Völkern des sozialistischen Lagers brüderlich vereint ist.

(Neues Deutschland, Berlin 7. 10. 55)

9.

Interview des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Abstimmung im Saargebiet am 23. Oktober 1955

Frage: Am 23. Oktober 1955 soll die Bevölkerung des Saargebietes über das sogenannte Europäische Statut abstimmen. Wie ist die Stellung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu diesem Statut?

Antwort: Das sogenannte Statut zur Europäisierung des Saargebietes ist ein Schacher zwischen den deutschen und französischen Imperialisten. Es entspricht weder den Interessen des deutschen noch des französischen Volkes. Das Bezeichnende ist, daß der Abschluß der Vereinbarungen über das Saarstatut im Oktober 1954 im Zusammenhang mit den Pariser Kriegs-

verträgen erfolgte. Das war damals der Preis, den Adenauer den herrschenden französischen Kreisen für die Billigung der Aufstellung der westdeutschen Divisionen zu zahlen gewillt war.

Das Statut und der zu seiner Ergänzung vorgesehene französisch-saarländische Wirtschaftsvertrag bedeuten die De-facto-Abtrennung des Saargebietes von Deutschland. Ihre Inkraftsetzung würde die weitere politische und ökonomische Vorherrschaft der französischen Monopole an der Saar sichern und der Friedensvertragsregelung mit Deutschland vorgreifen. Diese sogenannte Saarregelung verletzt die nationalen Interessen unseres Volkes und läßt die Interessen der werktätigen Volksschichten Deutschlands und Frankreichs völlig außer acht; sie ist eine ernste Gefahr für den Frieden.

Das Saarstatut würde die Sicherheit in Europa bedrohen, weil es die Gegensätze zwischen den Monopolen Deutschlands und Frankreichs verschärft und neue Konfliktstoffe anhäuft. Man muß sich darüber im klaren sein, daß die deutschen Imperialisten „Politiker der Stärke“ sind und stets bleiben werden. Jetzt ist es ihr Hauptziel, so schnell wie möglich zu den Divisionen zu kommen, um ihre Forderung preußisch-militärisch unterstreichen zu können. Einen Tag nach der Unterzeichnung des Saarabkommens schrieb der Westberliner „Tagesspiegel“ ganz unverfroren, daß eine „Saarlösung letztlich von staatsrechtlichen Konstruktionen unabhängig sein wird“, d. h., die Bonner Regierung übernimmt vertragliche Verpflichtungen, von deren Einhaltung sie sich später mit Hilfe des Schwertes zu befreien gedenkt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bereits am 19. November 1954 erklärt,

„daß mit der Bezahlung der deutschen Divisionen durch die Verschacherung des Saargebietes bereits die Peitsche geflochten wird, die — einmal in den Händen der unverbesserblichen deutschen Militaristen — das französische Volk erneut bedroht“.

Das Nein zum Saarstatut ist daher ein Nein zum Krieg!

Das hat die Saarbevölkerung, die sich auf zahlreichen Versammlungen und Kundgebungen gegen das Statut ausgesprochen hat, auch sehr richtig erkannt. Sie weiß, daß ein entschlossenes Nein zum Saarstatut den imperialistischen Schacher durchkreuzt. Die Saarbevölkerung und mit ihr das ganze deutsche Volk fordert neue Verhandlungen, die von den

friedlichen Interessen der Menschen, nicht aber von den Interessen der Monopole ausgehen.

Frage: Von französischer Seite wird erklärt, daß im Falle der Ablehnung des Statuts der jetzige Zustand im Saargebiet beibehalten würde. Wie ist Ihre Auffassung dazu?

Antwort: Diese Erklärungen sind ein Versuch, auf die Abstimmung einzuwirken. Ich zweifle nicht daran, daß niemand an der Saar sich dadurch davon abhalten lassen wird, gegen das Statut zu stimmen.

Das Rad der Geschichte läßt sich nicht rückwärts drehen. Der Druck der Völker, ungelöste Fragen durch ehrliche Verständigung und aufrichtige Verhandlungen auf friedliche Weise zu regeln, ist heute so groß, daß es völlig ausgeschlossen ist, die Regelung der Saarfrage auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Imperialisten Deutschlands und Frankreichs auch nach der Ablehnung des vorliegenden Statuts einen neuen Versuch des Saarschachers machen. Auch diese Versuche müssen durch die Stärke und Entschlossenheit des deutschen und französischen Volkes, die gleichermaßen am Frieden und an einer dauerhaften Lösung der Saarfrage interessiert sind, zum Scheitern gebracht werden.

Frage: Wie schätzen Sie die Versuche Adenauers und des französischen Ministerpräsidenten Faure ein, die Bevölkerung des Saargebietes zur Stimmenabgabe für das Statut zu bewegen?

Antwort: Diese Versuche sind eine Einmischung in die freien Entscheidungsbefugnisse der saarländischen Bevölkerung, die selbst nach den für die Abstimmung aufgestellten Prinzipien unzulässig ist. Diese Einmischung zeigt, daß sich jene Kreise, die die Politik der Pariser Kriegsverträge betreiben, sehr wohl bewußt sind, welche großen Schwierigkeiten ihnen die Ablehnung des Statuts bereiten wird. Sowohl die Rede Adenauers in Bochum als auch die jüngste gemeinsame Erklärung Adenauers und des französischen Ministerpräsidenten Faure zur Saarfrage sind Versuche, die Annahme des Saarstatuts zu erreichen, um die Durchführung der Pariser Kriegsverträge zu sichern. Diese Politik steht, das braucht nicht besonders betont zu werden, im offenen Widerspruch zu dem Genfer Geist der Verständigung, zu dem Streben der Völker nach Entspannung und Frieden.

Frage: Wie ist nach Ihrer Meinung eine demokratische Lösung der Saarfrage zu erreichen?

Antwort: Die Auffassung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bekannt. Ich verweise auf die Erklärungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. März 1950 und vom 19. November 1954*, in denen eindeutig und klar festgestellt wurde, daß die Saar deutsches Gebiet war, ist und bleibt. Die De-facto-Abtrennung des Saargebietes ist durch nichts gerechtfertigt und wird abgelehnt. Zwischen einem einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschland und Frankreich ist eine friedliche und dauerhafte Verständigung über das Saargebiet jederzeit möglich auf der Grundlage der Anerkennung der Tatsache, daß das Saargebiet ein untrennbarer Bestandteil Deutschlands ist und Frankreichs Interessen in Fragen der Sicherheit und in wirtschaftlicher Hinsicht Berücksichtigung finden. Eine solche Lösung der Saarfrage wird im Zusammenhang mit der Schaffung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems und der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage möglich sein.

In der jüngsten Vergangenheit sind im Saargebiet einige Parteien aufgetreten, die sich mit scharfen Worten gegen das Statut wenden. Die Tätigkeit dieser Parteien ist von einer nationalistischen, chauvinistischen Welle begleitet, die das unmittelbare Ergebnis der revanchistischen Adenauer-Politik und auch der Kolonialpolitik der französischen Großbourgeoisie gegenüber der Saarbevölkerung ist. Eine solche Haltung kann niemals der friedlichen und demokratischen Lösung der Saarfrage dienen.

Die Mehrheit der Saarbevölkerung wünscht keinen neuen deutschen Großmachtchauvinismus, sondern die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die friedliche Regelung der Saarfrage. Diesem Ziel dienen weder die Stimmungsmache Adenauers für das Statut noch der nationalistische und antifranzösische Feldzug dieser sogenannten deutschen Saarparteien. Eine echte und dauerhafte Regelung der Saarfrage ist nur auf der Grundlage guter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volk möglich. Die Herstellung eines solchen guten Verhältnisses zwischen unseren beiden Völkern ist eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und aller friedliebenden Deutschen.

(Neues Deutschland, Berlin 18. 10. 55)

* siehe Band I, Seite 43 und Band II, Nr. 7

10.

Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 28. Oktober 1955 zur Saarabstimmung

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik beglückwünscht die Bevölkerung des Saargebietes zum Ergebnis der Abstimmung und begrüßt ihr entschiedenes Nein zum Saarstatut. Mit diesem Nein lehnte sich die Bevölkerung des Saargebietes gegen einen imperialistischen Schacher auf, der den Lebensinteressen sowohl des französischen wie des deutschen Volkes widerspricht. Das Nein zum Saarstatut ist ein Nein der Saarbevölkerung zur Politik der Pariser Verträge und der NATO, ein Nein zu Adenauers Volks- und Landesverrat, ist ein Ja zu einem Deutschland des Friedens, zu einem Deutschland, das in guter Nachbarschaft und aufrichtiger Freundschaft mit dem französischen Volk lebt. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß auch die Bevölkerung in den westlichen Teilen unserer Heimat gegen die Pariser Verträge ist, dann wurde er durch die Saarabstimmung erbracht.

Jetzt kommt es darauf an, daß die an der Saar bestehenden Einengungen der demokratischen Freiheiten beseitigt werden. Im Saargebiet müssen Verhältnisse geschaffen werden, in denen die demokratischen Kräfte der Bevölkerung ihren Willen zur Geltung bringen können, frei vom Einfluß deutscher und ausländischer Monopole. Auf diese Weise wird die Bevölkerung des Saargebietes auf der Grundlage der unabdingbaren Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland ihren Willen zum Frieden und zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa durchsetzen können.

Gemeinsame Aufgabe des deutschen und des französischen Volkes ist es, jeden Versuch der Imperialisten, das Saargebiet zu einem Schacherobjekt zu machen, zum Scheitern zu bringen. Das muß und wird gelingen, weil das deutsche und das französische Volk gleichermaßen am Frieden interessiert sind.

(Neues Deutschland, Berlin 29. 10. 55)

11.

Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an die Genfer Außenministerkonferenz vom 31. Oktober 1955

Der Leiter der Beobachterdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Genfer Konferenz, der

Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Georg Handke, hat den vier Außenministern am 31. Oktober 1955 ein Schreiben von Ministerpräsident Otto Grotewohl nebst einer Anlage übermitteln lassen. Das Schreiben, das dem Generalsekretär der Konferenz, Herrn Jerofejew, abschriftlich übergeben wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik habe ich die Ehre, der Konferenz der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich die beiliegende Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zu überreichen.“

(ADN 31. 10. 55)

12.

Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an das deutsche Volk und an die Konferenz der Außenminister der vier Mächte in Genf

Beschlossen vom Ministerrat am 28. Oktober 1955

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik brachte die Meinung der großen Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck, als sie die Beschlüsse der Genfer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs als einen historischen Schritt zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten begrüßte. Auf dieser Konferenz haben die vier Mächte erneut ihre Verpflichtung bekräftigt, geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit und zur Lösung des deutschen Problems in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes zu ergreifen. Entsprechende Aufgaben wurden der zur Zeit in Genf tagenden Außenministerkonferenz gestellt.

Überall in Deutschland wurde es mit Genugtuung aufgenommen, daß die Regierungschefs der vier Mächte in ihrer Direktive an die Außenminister die Notwendigkeit gebührend beachten, anderen interessierten Parteien die Teilnahme an der Erörterung der sie betreffenden Fragen zu ermöglichen. Eine solche interessierte Partei ist in Fragen Deutschlands zweifel-

los das deutsche Volk. Das deutsche Volk besteht darauf, daß zehn Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen endlich auch seine Vertreter, das heißt Vertreter der in Deutschland bestehenden beiden deutschen Staaten, die Möglichkeit erhalten, gemeinsam mit den Vertretern der vier Großmächte am Konferenztisch die Deutschland betreffenden Fragen zu erörtern.

Mit Befremden stellen die deutschen Menschen jedoch fest, daß die Außenminister der USA, Englands und Frankreichs es ablehnten, Vertreter des deutschen Volkes zur Konferenz zuzulassen. Das steht offenkundig im Widerspruch zum Geist der Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte. Ungeachtet der nationalen deutschen Interessen hat sich auch die Regierung der Bundesrepublik gegen jede Teilnahme von Vertretern des deutschen Volkes an der Genfer Außenministerkonferenz ausgesprochen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält eine solche Mißachtung der souveränen Rechte des deutschen Volkes für unzulässig. Sie besteht auch weiterhin auf der rechtmäßigen Forderung, zur Erörterung der Deutschlandprobleme auf internationalen Konferenzen Vertreter der beiden deutschen Staaten hinzuzuziehen.

Im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung erachtet es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als ihre Pflicht, vor dem ganzen deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit ihre Auffassungen über die Fragen darzulegen, die auf der Konferenz der Außenminister der vier Mächte zur Debatte stehen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß sie die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa für die gegenwärtig wichtigste Aufgabe hält. Sie erwartet, daß von der Genfer Außenministerkonferenz jede Chance zur Minderung der internationalen Spannungen, jede Verständigungsmöglichkeit über die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, über die Beseitigung der bestehenden militärischen Gruppierungen und über die Abrüstung genutzt wird.

Deutschland erlitt in diesem Jahrhundert eine Katastrophe nach der anderen, weil es den Weg des Krieges ging. Darum ist das deutsche Volk in besonders hohem Maße daran interessiert, daß die aggressiven Militärblocks, in die Westdeutsch-

land einbezogen wurde, durch ein System der kollektiven Sicherheit überwunden werden.

Solche Militärblocks, die anderen Staaten gegenübergestellt sind, gefährden das friedliche Zusammenleben der Völker. So beschworen der Militärblock zwischen dem kaiserlichen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, der sogenannte Dreibund, und der Militärblock der zur sogenannten „Entente“ zusammengeschlossenen Staaten die Katastrophe des ersten Weltkrieges herauf. Der Militärblock zwischen Hitlerdeutschland, dem faschistischen Italien und dem militaristischen Japan, der sogenannte „Antikominternpakt“, stürzte das deutsche Volk in die noch weitaus schlimmere Katastrophe des zweiten Weltkrieges. Die Verantwortung für diese Kriegskatastrophen tragen deutscherseits die deutschen Monopolherren und Junker, die deutschen Militaristen.

Sie waren es, die die Regierungen bestellten, eine Politik der Zwietracht zwischen den Völkern, eine Verhetzung des deutschen Volkes gegen andere Völker, eine Politik der Aggression und des totalen Krieges betrieben. Sie brachten damit ungeahntes Leid über das deutsche Volk und die Völker Europas. Die Verantwortung der deutschen Monopolherren und Junker für diese Verbrechen ist in völkerrechtlich verbindlichen Dokumenten festgehalten. Angesichts der unheilvollen geschichtlichen Erfahrungen kann und darf nicht zugelassen werden, daß Europa durch die NATO und die Westeuropäische Union in einen dritten Weltkrieg gestürzt und Deutschland in einen Kriegsschauplatz und in eine Zone der Verwüstung verwandelt wird.

Mit der Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in die NATO und die Westeuropäische Union haben die Regierungen der Westmächte und der Bundesrepublik gleichzeitig neue Hindernisse auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands aufgetürmt. Die Teilnahme Westdeutschlands an aggressiven Militärblocks und seine Remilitarisierung sind mit der Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischen und friedliebenden Staat unvereinbar. Es ist kein Geheimnis, daß die Pariser Verträge darauf gerichtet sind, die Herrschaft der westdeutschen Militaristen auf ganz Deutschland auszudehnen und das wiedervereinigte Deutschland in aggressive Militärbündnisse hineinzuzerren. Diese Zielsetzung ist in den Pariser Verträgen eindeutig formuliert, obwohl es allen klar sein dürfte, daß solche Absichten am Widerstand der

Deutschen Demokratischen Republik und der mit ihr verbündeten friedliebenden Staaten sowie der friedlichen Kräfte aller anderen europäischen Staaten scheitern müssen.

Westdeutsche Militaristen und andere Kreise treten mit Vorschlägen auf, in denen sie vorgeben, die Einheit Deutschlands anzustreben. In diesen Vorschlägen wird nicht mehr und nicht weniger gefordert, als ganz Deutschland der Herrschaft der Militaristen zu unterwerfen und an aggressive Militärblocks zu binden. Das würde nichts anderes bedeuten, als Deutschland zum drittenmal in eine Katastrophe zu führen. Solche Vorschläge haben mit einem ehrlichen Streben nach einer Wiedervereinigung Deutschlands nichts gemein und sind nur als eine bewußte Irreführung des deutschen Volkes zu werten. Sie berücksichtigen in keiner Weise die reale Lage.

Die Regierungen der friedliebenden Staaten, einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik, haben die Verfasser der Pariser Verträge rechtzeitig vor den Folgen ihrer Politik gewarnt. Die Regierungen der Westmächte und der Bundesrepublik haben diese Warnungen in den Wind geschlagen und einen Damm in Deutschland errichtet, der die nationale Wiedervereinigung Deutschlands verhindert. Sie tragen hierfür die alleinige volle Verantwortung. Nunmehr liegt es an ihnen, diesen Damm abzutragen und den Weg zum friedliebenden und demokratischen Deutschland zu öffnen. Der geeignete Schlüssel hierzu wäre ein System der kollektiven Sicherheit, dem die beiden bestehenden deutschen Staaten angehören. Darum gewinnt die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit erstrangige Bedeutung auch für eine erfolgreiche Lösung der Aufgabe, Deutschland als friedliebenden und demokratischen Staat wiederzuvereinigen.

Der Abschluß eines Vertrages über kollektive Sicherheit, an dem zunächst die beiden deutschen Staaten und später das wiedervereinigte Deutschland beteiligt sind, ist die wirksamste Maßnahme zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Europa. Jeder Schritt in dieser Richtung dient unmittelbar dem Frieden.

Sind alle europäischen Staaten und Völker, die großen wie die kleinen, gegen Aggressionen durch Beistandsverpflichtungen aller anderen Staaten gesichert, dann wird die Spaltung Europas in gegeneinander gerichtete militärische Gruppierungen überwunden, dann schwinden die Spannungen, wächst das Vertrauen zwischen den Staaten und Völkern, werden auch die

äußeren Hindernisse hinweggeräumt, die heute noch einer Wiedervereinigung Deutschlands entgegenstehen. Dem deutschen Volk wäre garantiert, daß ihm die Schrecken neuer Kriege erspart blieben und daß es seine Kräfte auf die friedliche und demokratische Regelung seiner inneren Aufgaben konzentrieren könnte.

Das Problem der Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit kann bereits auf der gegenwärtigen Konferenz der Außenminister in Genf gelöst werden. Hierzu ist nur notwendig, daß die Teilnehmerstaaten der Konferenz den guten Willen haben, zur Minderung der internationalen Spannungen zusammenzuarbeiten und dem deutschen Volk bei der Schaffung der Voraussetzungen für die demokratische und friedliche Wiedervereinigung zu helfen.

Die Deutsche Demokratische Republik ist das Bollwerk der demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes. Sie ist gewillt, ihren Beitrag zu leisten, um den Frieden in Europa durch gemeinsame Maßnahmen aller europäischen Staaten zu sichern. Sie ist bereit, die Rechte und Pflichten eines gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit zu übernehmen.

Zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten in einem einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, souveränen Deutschland sind erst die notwendigen äußeren und inneren Voraussetzungen zu schaffen.

Die vier Großmächte haben bei Beendigung des zweiten Weltkrieges eine bestimmte Verantwortung für Deutschland übernommen. Entsprechend dieser Verantwortung können sie den Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage beschleunigen. Dazu ist notwendig, daß ihrerseits nichts getan wird, um die Spannungen in Deutschland zu verschärfen, sondern alles getan werden muß, um entstandene Spannungen zu mindern.

Bisher behinderten die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs eine Verständigung der beiden deutschen Staaten untereinander und spielten einen Teil Deutschlands gegen den anderen aus. Es ist eine Tatsache, daß sich die Westmächte jeder Normalisierung ihrer Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten entgegenstellen, was sich negativ auf die Anbahnung eines gegenseitigen Verständnisses zwischen den Deutschen in Ost- und Westdeutschland auswirkt. Wenn die Westmächte ernsthaft die Wiedervereinigung Deutschlands

anstreben, wie sie es vorgeben, warum verzichten sie dann nicht auf den „kalten Krieg“ gegen die Deutsche Demokratische Republik?

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verweist demgegenüber auf die völlig anders geartete Politik der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die Sowjetunion unterhält schon seit langem herzliche und freundschaftliche Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik. Sie hat normale diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit der Deutschen Bundesrepublik aufgenommen. Damit trägt sie zur Minderung der Spannungen in Deutschland und zur Annäherung der beiden deutschen Staaten bei.

Mit dem Ziel, eine Verständigung über die Lösung des deutschen Problems zu erleichtern, hat die Sowjetregierung den Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland und die Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden vorgeschlagen. Eine Vereinbarung der vier Mächte über derartige Maßnahmen wäre zweifellos ein bedeutungsvoller Beitrag zur Herstellung normaler Verhältnisse in Deutschland.

Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben in der Vergangenheit mehrfach den Vorschlag unterbreitet, zu einer Verständigung über die Zahl, Bewaffnung und Stationierung der Formationen zu kommen, die zum Schutze der Grenzen und der Territorien der beiden deutschen Staaten unbedingt notwendig sind. Im Interesse der innerdeutschen Entspannung hält die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auch heute noch eine Verständigung über diesen Vorschlag für möglich.

Während die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf der Notwendigkeit besteht, die äußeren Bedingungen für die Lösung des Deutschlandproblems durch die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen, vertritt sie zugleich die Meinung, daß die Wiedervereinigung selbst vor allem Sache des deutschen Volkes ist. Bemühungen der vier Mächte allein können nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands führen, wenn die Regierungen der gegenwärtig bestehenden beiden deutschen Staaten, das deutsche Volk, dieses Werk nicht in ihre eigenen Hände nehmen. Die Wiedervereinigung kann nicht von außen kommen, nur das deutsche

Volk selbst kann einen demokratischen, friedliebenden, einheitlichen deutschen Staat aufbauen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war und bleibt ein Verfechter von wirklich freien gesamtdeutschen Wahlen. Sie hat zum wiederholten Male dementsprechende Vorschläge an die Regierung der Bundesrepublik gerichtet. Alle Vorschläge wurden von den herrschenden Kreisen Westdeutschlands abgelehnt, weil sie keine freien Wahlen, sondern mit Hilfe der Pariser Verträge und der Remilitarisierung ganz Deutschland auf den verderblichen Weg der Vergangenheit zurückzerren wollen. Die Politik der Pariser Verträge läßt die wahren Absichten ihrer Urheber erkennen, die Entstehung eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands zu verhindern. Um die deutschen Menschen über ihre Ziele zu täuschen und das ehrliche Streben eines jeden deutschen Patrioten nach nationaler Wiedervereinigung zu mißbrauchen, tun die Regierungen der Bundesrepublik und der Westmächte heute so, als hätte sich in Deutschland nichts verändert.

Tatsache ist aber, daß sie die Pariser Verträge ratifiziert und damit die Bundesrepublik auf einen militärischen Entwicklungsweg gestoßen haben. Tatsache ist, daß die Pariser Verträge Westdeutschland an die aggressiven Militärpakte, an die NATO und die Westeuropäische Union binden. Tatsache ist, daß die Pariser Verträge die Besetzung Westdeutschlands auf ein halbes Jahrhundert verewigen sollen und den fremden Truppen Ausnahme Gesetze einräumen, die mit der Unabhängigkeit des deutschen Volkes unvereinbar sind. Tatsache ist, daß die Bundesregierung eine Volksabstimmung über die Pariser Verträge verhinderte, weil die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung die Pariser Verträge genauso ablehnt, wie an der Saar das Saarstatut abgelehnt wurde. Die Pariser Verträge sind in der Tat mit einer freien Entscheidung des Volkes unvereinbar.

Zahlreiche Dokumente und Kassenbelege weisen einwandfrei nach, daß in der Bundesrepublik mit Unternehmern Millionen politische Macht gekauft wird. Das von der Adenauer-Regierung betriebene Verbot der KPD findet seine Fortsetzung in der reaktionären Offensive gegen die Gewerkschaften, deren Spaltung betrieben wird, deren entschiedenste Vertreter diffamiert und verfolgt werden. Durchaus mit Recht haben die sechs Millionen Gewerkschaftsmitglieder im Beschluß ihres 3. Bundeskongresses die Bundesrepublik als einen militaristischen Obrigkeitsstaat bezeichnet, der das Ende der politischen, wirtschaft-

lichen und sozialen Demokratie bedeutet. Maßgebliche Vertreter des demokratischen Bürgertums haben öffentlich festgestellt, daß die Wiederbelebung des übelsten deutschen Militarismus mit Demokratie unvereinbar ist.

Es ist eine unleugbare geschichtliche Wahrheit, daß die antidemokratischen und militaristischen Kreise in Deutschland oftmals ihre Pläne mit Hilfe von Wahlen verwirklichten. Bekanntlich kam durch Wahlen ein solcher Mann wie Papen zur Macht, der den Ausnahmezustand verkündete und die sozialdemokratische Regierung Preußens verjagte. Auf dem gleichen Wege wurde der Junker und Militarist Hindenburg Reichspräsident, der Hitler die Regierungsmacht auslieferte. Ebenso ist bekannt, daß Hitler Wahlen ausnutzte, um der faschistischen Diktatur den Anschein der Legalität zu geben. Hitler wurde von den Kräften des Monopolkapitals und des Junkertums unterstützt, die heute die Bundesrepublik beherrschen. Sie finanzierten die nationalistischen und faschistischen Parteien; sie unterdrückten die Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse mit wirtschaftlichem und politischem Terror; sie führten mit den Revancheparolen breite Massen des Volkes irre; sie schürten den Nationalismus bis zur Weißglut und errichteten auf diese Weise mit angeblich freien Wahlen die blutige Hitlerdiktatur, um den zweiten Weltkrieg vorzubereiten. Derartige Wahlen brauchen die Monopolisten und Junker heute, um die Herrschaft der Militaristen in einem einheitlichen Deutschland wiederherzustellen, um der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik die volkseigenen Betriebe zu rauben und sie den Kriegsverbrechern zu übereignen, um den Bauern den Boden, den sie durch die Bodenreform erhalten haben, zu entreißen und ihn den Junkern zurückzugeben, um die volkseigenen Güter und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu beseitigen, um alle sozialen Errungenschaften der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik aufzuheben. Es ist klar, daß es unter den Bedingungen einer Beherrschung Westdeutschlands durch die Militaristen, einer Remilitarisierung der Bundesrepublik und ihrer Bindung an aggressive Militärblocks keine freien gesamtdeutschen Wahlen geben kann.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt im Namen aller friedliebenden Kräfte, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossen sind, mit aller Entschiedenheit, daß eine Rückkehr in die Ver-

gangenheit und die Verwandlung ganz Deutschlands in einen militaristischen Obrigkeitsstaat nicht zugelassen wird. Ein wiedervereinigtes, friedliebendes und demokratisches Deutschland darf in keiner Weise durch Experimente politischer Abenteuer gefährdet oder in sein militaristisches Gegenteil verkehrt werden.

Auf dem Wege zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischen und friedliebenden Staat gibt es keinen ernsthaften Schritt vorwärts, ohne die unbestreitbare Tatsache anzuerkennen, daß gegenwärtig zwei deutsche Staaten bestehen, in denen sich unterschiedliche soziale und ökonomische Systeme herausbildeten.

In der Deutschen Demokratischen Republik haben die Arbeiter und Bauern die politische Macht und benutzen sie, um den Frieden und den sozialen Fortschritt zu sichern. In der Bundesrepublik diktieren 150 Multimillionäre, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Politik des Staates in eigennützigem Interesse.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Bodenreform durchgeführt, und ein freier Bauer arbeitet auf freier Scholle. In der Bundesrepublik blieb der Großgrundbesitz erhalten, die adligen Junker sind wieder die Träger des Militarismus, die Bauern sind der Schuldknechtschaft ausgeliefert.

In der Deutschen Demokratischen Republik sind die Grundprinzipien der Antihitlerkoalition verwirklicht, die die Beseitigung des Faschismus und Militarismus vorsahen und von der Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt wurden. In der Bundesrepublik erfolgt eine Wiederherstellung des Militarismus und werden Nazihenker als Helden gefeiert.

In der Deutschen Demokratischen Republik wird die Außenpolitik von den Werktätigen bestimmt, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern wünschen. In der Bundesrepublik dient die Außenpolitik dem Streben der deutschen Imperialisten nach erneuter Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker.

In der Deutschen Demokratischen Republik haben die Gewerkschaften als Massenorganisation der Arbeiterklasse in den Betrieben das volle Mitbestimmungsrecht. In der Bundesrepublik ist den Gewerkschaften durch das reaktionäre Betriebsver-

fassungsgesetz die Mitbestimmung versagt, werden Gewerkschaftsfunktionäre gemäßregelt und wegen der Verteidigung von Arbeiterrechten verfolgt.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist die volle Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens verwirklicht. In der Bundesrepublik besteht die alte Benachteiligung der Frauen durch niedrigere Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen, behinderte Berufswahl und mangelnden Schutz von Mutter und Kind.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist das Bildungsmonopol gebrochen, steht allen Befähigten der Zugang zu den Fach- und Hochschulen, den Universitäten und Forschungsinstituten offen. In der Bundesrepublik dagegen sind die Kinder der Arbeiter und Bauern faktisch von der höheren Bildung ausgeschlossen.

In der Deutschen Demokratischen Republik erfahren Kultur und Kunst die großzügigste Förderung. In der Bundesrepublik werden die Grundlagen der deutschen Kultur und Kunst von fremden, antihumanistischen Einflüssen überwuchert.

Zahlreiche fortschrittliche Gewerkschafter und Politiker Westdeutschlands fordern auch für die Bundesrepublik ähnliche soziale und demokratische Errungenschaften und Einrichtungen, wie sie in der Deutschen Demokratischen Republik seit langem bestehen.

Es ist selbstverständlich, daß keine Wiedervereinigung Deutschlands möglich ist, die auf Kosten der sozialen, politischen und kulturellen Errungenschaften der werktätigen Menschen der Deutschen Demokratischen Republik gehen würde. Ebenso klar ist, daß es bei der Unterschiedlichkeit der Entwicklung im Westen und Osten Deutschlands keinen mechanischen Zusammenschluß der gegenwärtig bestehenden beiden deutschen Staaten geben kann.

Die ureigensten Interessen des deutschen Volkes gebieten eine Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik mit dem Ziel, Schritt um Schritt die inneren Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung zu schaffen. Darum tritt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und für ihre gegenseitige Annäherung ein. Die gleiche Forderung wurde auch in Westdeutschland in zahl-

reichen Beschlüssen politischer und gewerkschaftlicher Organisationen und in vielen Erklärungen nationalbewußter Vertreter des Bürgertums erhoben. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt alle aufrichtigen patriotischen Bestrebungen, gangbare Wege zur Verständigung, Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten zu finden.

Die Regierung der Bundesrepublik hat bisher nicht das geringste unternommen, um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Sie ist bestrebt, die Entwicklung wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zwischen Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern. Von Westdeutschland und Westberlin aus entsenden zahlreiche Organisationen Spione und Terroristen in die Deutsche Demokratische Republik, um deren Friedenswirtschaft zu unterwühlen, Anschläge und Provokationen zu verüben. Der „kalte Krieg“ muß jedoch auch in Deutschland beendet werden. Im Interesse des ganzen deutschen Volkes ist es notwendig, die naheliegendsten und möglichen praktischen Schritte zur Minderung der Spannungen in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu tun.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß es an der Zeit ist, ein gesamtdeutsches Organ zu schaffen, das alle Anstrengungen koordinieren könnte, deren Ziel die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten, die Wiedervereinigung Deutschlands ist.

Die Anstrengungen der beiden deutschen Staaten müssen gleichzeitig auf eine Zusammenarbeit mit den anderen Staaten bei der Festigung der europäischen Sicherheit gerichtet sein.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates vor, in den die gesetzgebenden Körperschaften der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik ihre Vertreter entsenden. Dabei sind alle demokratischen Parteien und Organisationen in gegenseitigem Einverständnis zu berücksichtigen. Die Aufgabe dieses Gesamtdeutschen Rates soll es sein, auf eine gegenseitige Annäherung der Deutschen aus West- und Ostdeutschland hinzuwirken und eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten der innerdeutschen Beziehungen zu organisieren.

Die Erfahrungen der Entwicklung Deutschlands in den vergangenen zehn Jahren, die Erfordernisse des praktischen

Lebens, die unmittelbaren Interessen der Bevölkerung gebieten die Schaffung eines solchen gesamtdeutschen Organs. Die Bürger der beiden deutschen Staaten haben im Ergebnis der anormalen Unterbrechung der geschichtlich entstandenen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den verschiedenen Gebieten Deutschlands großen Schaden erlitten. Dieser Schaden kann Schritt um Schritt gemindert werden, wenn eine gegenseitige Verständigung erfolgt und der Gesamtdeutsche Rat sowie seine entsprechenden Fachausschüsse eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens herbeiführen. Wir Deutschen müssen endlich zur praktischen Verwirklichung von Maßnahmen übergehen, damit sich die beiden Teile Deutschlands nicht noch mehr entfremden und dadurch die Wiedervereinigung Deutschlands in die Ferne gerückt wird.

Die Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik in einem Gesamtdeutschen Rat wäre ein realer Schritt zum einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland.

Der Gesamtdeutsche Rat soll Empfehlungen an die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu allen Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands ausarbeiten. Hierzu gehören Fragen des innerdeutschen Handels, des freien Verkehrs in ganz Deutschland, Fragen der deutschen Währung, des innerdeutschen Zahlungsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens sowie andere Fragen, die die alltäglichen Bedürfnisse der Bevölkerung berühren.

Der Gesamtdeutsche Rat soll die Entwicklung wissenschaftlicher und kultureller Beziehungen sowie den Sportverkehr fördern. Er soll dazu beitragen, eine gemeinsame Vertretung Deutschlands auf internationalen wissenschaftlichen Konferenzen, bei internationalen kulturellen Wettbewerben oder Sportwettkämpfen zu gewährleisten.

Der Gesamtdeutsche Rat soll Empfehlungen geben zur Sammlung statistischer Angaben und Unterlagen über die Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs, des Gesundheitswesens, der Volksbildung, des Arbeitsrechts und dergleichen mehr durch Organe für Statistik. Auf diese Weise wäre es möglich, die Entwicklung beider Teile Deutschlands

zu verfolgen, Vergleiche anzustellen und gegebenenfalls eine Verständigung und Annäherung zu erreichen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt den gesetzgebenden Körperschaften der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik vor, in gegenseitige Verhandlungen zu treten, damit die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates beschlossen wird.

Die gemeinsamen Anstrengungen des deutschen Volkes und der vier Mächte müssen darauf gerichtet sein, die Voraussetzungen für die Entstehung eines wahrhaft friedliebenden und demokratischen Deutschlands zu schaffen, das den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Sicherheitsinteressen der anderen Völker Europas entspricht.

In der Wirtschaft und Verwaltung des wiedervereinigten Deutschlands kann kein Platz für Militaristen und Kriegsinteressenten sein. Aus zwei Weltkriegen und ihren Lehren ergibt sich die unabwiesbare Forderung nach Sicherheiten gegen den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht für die Vorbereitung und Führung von imperialistischen Kriegen. Diese Sicherheiten fordert nicht nur das deutsche Volk, sie entsprechen auch dem Verlangen aller europäischen Völker nach einem dauerhaften Frieden.

Ein wiedervereinigtes, friedliebendes Deutschland muß auch frei sein von der Herrschaft der militaristischen Junker. Das setzt die Durchführung der Bodenreform voraus, wie es 1947 bereits auf der Moskauer Außenministerkonferenz der vier Mächte festgelegt wurde. Sie würde Hunderttausenden landarmen Bauern, Landarbeitern und Umsiedlern eine gesicherte Existenz geben und eine demokratische Entwicklung des Dorfes ermöglichen.

Im künftigen einheitlichen Deutschland muß garantiert sein, daß die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik nicht angetastet werden und sich frei entwickeln können. Neben dem Volkseigentum und dem verschiedenartigsten genossenschaftlichen Eigentum wird es in dem wiedervereinigten Deutschland auch kapitalistisches Eigentum geben. Der Privatinitiative wird in Industrie, Landwirtschaft und Handel ein weiter Spielraum geboten sein. Das Handwerk wird allseitig gefördert werden. Die Unternehmer und Geschäftsleute werden nicht mehr dem Druck der großen

Banken ausgesetzt sein, und sie werden ihre Tätigkeit frei entfalten können. Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften wird dazu beitragen, den Mißbrauch des Kapitals für volksfeindliche Zwecke zu unterbinden.

In einem solchen Deutschland wird das demokratische Grundrecht der Frau, ihre volle Gleichberechtigung, verwirklicht sein. Die Jugend wird die ihr gebührenden Grundrechte erhalten und eine allseitige Förderung erfahren. Das Zusammenwirken aller Kräfte für den friedlichen Aufbau wird dieses Deutschland einer neuen wirtschaftlichen Blüte entgegenführen.

Ein wiedervereinigtes Deutschland wird die Pflege seiner nationalen humanistischen Kultur, die Pflege der Wissenschaft und Kunst zu einer Sache des ganzen Volkes machen. In ihm wird es kein Bildungsmonopol geben. Den begabten Söhnen und Töchtern des Volkes wird der Zugang zur höchsten Bildung offenstehen. Alle künstlerischen Talente werden aufs beste gefördert und die Schätze der Kunst gemeinsamer Besitz des ganzen Volkes sein.

In diesem einheitlichen Deutschland wird jedem Bürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert sein. Jeder Bürger wird seine Weltanschauung ungehindert vertreten können. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet sein.

Ein wiedervereinigtes, friedliebendes Deutschland muß im Besitz der vollen staatlichen Souveränität sein. Es muß frei sein von allen ausländischen militärischen Stützpunkten und allen ausländischen Truppen sowie von allen Bindungen an Militärbündnisse. Die Unantastbarkeit seiner Grenzen wird durch einen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa garantiert, dem Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten angehört. Dieses einheitliche, demokratische, friedliebende Deutschland wird als souveräner Staat über eigene nationale Streitkräfte für die Verteidigung der Heimat verfügen.

Das künftige einheitliche Deutschland, das die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anstrebt, wird eine Republik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts sein. Es wird einen geachteten Platz im Kreise der friedliebenden Völker Europas und der Welt einnehmen.

Geleitet von der hohen Verantwortung vor dem deutschen Volk, richtet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Außenministerkonferenz der vier Mächte in Genf folgende Vorschläge:

1. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sollen konkrete Maßnahmen zur Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit beschließen. Ein solcher Beschluß würde zur weiteren Minderung der internationalen Spannungen beitragen, zur Auflösung der einander gegenüberstehenden Staatengruppierungen und zur Sicherung des Friedens aller europäischen Völker führen sowie die äußeren Hindernisse beseitigen, die gegenwärtig einer Lösung des deutschen Problems im Wege stehen.

2. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sollen alle Maßnahmen unterstützen, die einer Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik und ihrer Annäherung dienen. Denn nur durch eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und durch eine gerechte Lösung der gemeinsamen Probleme unter Berücksichtigung der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik können die inneren Voraussetzungen geschaffen werden, um auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands erfolgreich vorwärtzuschreiten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an das ganze deutsche Volk und schlägt den Parlamenten der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik die Bildung des Gesamtdeutschen Rates vor. Die Tätigkeit des Gesamtdeutschen Rates im Interesse einer Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten wird zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischer und friedliebender Staat beitragen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weiß sich einer Meinung mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, wenn sie sich mit den oben dargelegten Vorschlägen an die Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs wendet. Es ist die Hoffnung des deutschen Volkes, daß diese Konferenz zur weiteren Minderung der Spannungen in Europa führen möge, damit der Friede gesichert wird und die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands näherrückt.

(Neues Deutschland, Berlin 1. 11. 55)

**Erklärung des Leiters der Beobachterdelegation der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Staatssekretärs Georg Handke, vor der internationalen Presse
in Genf am 3. November 1955**

In der Direktive der Regierungschefs der vier Mächte an die Außenminister vom Juli dieses Jahres hieß es im Punkt 1 hinsichtlich der Erörterung der Frage der Sicherheit und des deutschen Problems:

„Die Außenminister können beliebige Maßnahmen durchführen, die sie bezüglich der Teilnahme oder Konsultation anderer interessierter Parteien für wünschenswert erachten.“

Das deutsche Volk leitet aus dieser Feststellung die berechtigte Erwartung ab, daß auf der jetzigen Außenministerkonferenz Vertretern der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeit gegeben werde, ihren Standpunkt zur deutschen Frage darzulegen. Das deutsche Volk ist mit Recht der Meinung, daß das Mitwirken seiner Vertreter die unerläßliche Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage darstellt. Diese an die Genfer Direktive vom Juli geknüpfte Erwartung ist schwer enttäuscht worden, weil die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs den Antrag Außenminister Molotows, Ministerpräsident Grotewohl und Bundeskanzler Adenauer zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, abgelehnt haben.

Im Namen der hier in Genf weilenden Beobachterdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik spreche ich das tiefste Bedauern darüber aus, daß die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs dem Wunsche des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung so wenig Verständnis entgegenbringen. Man kann nicht verschweigen, daß diese Weigerung der Westmächte, den Standpunkt der deutschen Regierung zu berücksichtigen, dazu beiträgt, die Lösung der deutschen Frage hinauszuschieben und zu erschweren. Wir halten eine solche diskriminierende Behandlung des deutschen Volkes für unverträglich sowohl mit seiner nationalen Würde wie auch mit seinem unveräußerlichen Recht auf nationale Selbstbestimmung. Wir halten die Verweigerung des Mitwirkens deutscher Vertreter bei der Lösung der ureigensten Angelegenheiten des deutschen Volkes nicht nur für ein Abgehen von den Direktiven der vier Regierungschefs, sondern auch

für unvereinbar mit den Souveränitätsrechten der deutschen Nation und den Grundsätzen der UN-Charta.

Namens der Beobachterdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erkläre ich, daß wir uns mit dieser Mißachtung der nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht abfinden werden. Wir protestieren in aller Form dagegen, daß zehn Jahre nach Beendigung des Krieges nach der Methode verfahren werden soll, über Deutschland ohne die Teilnahme der Deutschen zu verhandeln. Wir verlangen, daß endgültig mit dieser Form der Behandlung des deutschen Volkes gebrochen wird. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik daher beschlossen, sich unmittelbar an die vier Außenminister in Genf selbst zu wenden, um auf diese Weise der Stimme des deutschen Volkes Gehör zu verschaffen. Das ist der Sinn der Erklärung, die unsere Delegation am 31. Oktober den hier tagenden Außenministern übergeben hat.

Der wesentliche Inhalt dieser Erklärung besteht in der Feststellung, daß die deutsche Frage nicht gelöst werden kann, wenn nicht auch auf deutschem Boden der „kalte Krieg“ beendet wird. Der „kalte Krieg“ kann aber auf deutschem Boden nur liquidiert werden, wenn die beiden bestehenden deutschen Staaten in normale Beziehungen zueinander treten. Das ist die entscheidende Voraussetzung für die innerdeutsche Entspannung. Unsere Regierung hat seit ihrer Existenz stets die Bereitschaft zur Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik bewiesen.

Die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt keine Zweifel darüber, daß sie in voller Übereinstimmung mit dem mehrfach bekräftigten Willen des deutschen Volkes die Verwandlung ganz Deutschlands in einen militärischen Obrigkeitsstaat nicht zulassen wird, ganz gleich, unter welchen pseudodemokratischen Parolen und Verkleidungen die Verfechter einer militaristischen Revanche- und Eroberungspolitik nach der Erreichung ihrer dunklen Ziele trachten mögen. Unsere Regierung erklärt mit der gleichen Deutlichkeit, daß die Ratifizierung und Durchführung der Pariser Verträge dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes widerspricht. Auch für diese Feststellung gibt es unumstößliche Beweise, so in jüngster Zeit das Ergebnis der Saarabstimmung.

Wir wissen, daß die Lösung des deutschen Problems zwei Seiten hat, eine internationale und eine nationale. Unsere Regierung wendet sich daher an die vier Mächte mit dem Ersuchen, sie möchten durch den Abschluß eines europäischen Sicherheitspaktes die notwendigen äußeren Voraussetzungen für die Lösung des deutschen Problems schaffen.

Unsere Regierung liefert zugleich einen positiven Beitrag zur Schaffung der inneren Voraussetzungen der deutschen Wiedervereinigung, indem sie den Vorschlag unterbreitet, unter Berücksichtigung aller demokratischen Parteien und Organisationen aus den gesetzgebenden Körperschaften der beiden deutschen Staaten ein gesamtdeutsches Organ — den Gesamtdeutschen Rat — zu bilden. Er soll die Aufgabe haben, alle Anstrengungen darauf zu richten, den „kalten Krieg“ auf deutschem Boden zu liquidieren und alle Bemühungen zu koordinieren, deren Ziel die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist.

Bedeutung und Funktion dieses Gesamtdeutschen Rates sind in der Erklärung unserer Regierung klar umrissen. Der Gesamtdeutsche Rat soll weder die Funktion einer provisorischen Regierung noch die eines gesamtdeutschen Parlaments haben. Er soll den beiden in Deutschland existierenden Regierungen Empfehlungen vermitteln, die der Annäherung der beiden Teile Deutschlands auf wirtschaftlichem, verkehrspolitischem, währungstechnischem und kulturellem Gebiet dienen und die Wiedervereinigung vorantreiben. Über das Zustandekommen dieses Gesamtdeutschen Rates besagt die Erklärung: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt den gesetzgebenden Körperschaften der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik vor, in gegenseitige Verhandlungen zu treten, damit die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates beschlossen wird.“

Dieser Vorschlag unserer Regierung ist die logische Fortsetzung einer Politik, die stets darauf gerichtet war, mit der Methode des Handelns der innerdeutschen Entspannung zu dienen und dem deutschen Volke das Recht zu verschaffen, sich in freier Selbstbestimmung und von außen unbeeinflusster Willensentscheidung wieder zu vereinen. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an die Vorschläge, die die Delegation der Deutschen Volkskammer am 19. September 1952 dem Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers überreichte, als er

sie im Bundeshaus in Bonn empfang. Es ist nicht einzusehen, warum der damals eingeschlagene Weg, der seinerzeit große Hoffnungen im deutschen Volke weckte, jetzt nicht weiter beschritten werden soll.

Da zahlreiche Journalisten an unsere Delegation die Frage gerichtet haben, wie wir uns ein wiedervereinigtes Deutschland vorstellen, gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang einige Punkte hervorzuheben:

Wenn in der Regierungserklärung gesagt wird, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik den Grundstein für ein wiedervereinigtes Deutschland erblicken, so denken wir deshalb keineswegs an eine schematische Übertragung der Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik auf ganz Deutschland. Wir stellen uns vor, daß in einem wiedervereinigten Deutschland eine neue, demokratische Ordnung errichtet wird, in der die demokratischen, antimilitaristischen Kräfte des deutschen Volkes den maßgebenden Einfluß haben. Neben volkseigenen Betrieben sollen auch kapitalistische Betriebe existieren, und es muß vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit herrschen. Die innere Ordnung muß ihrem ganzen Wesen nach eine wirksame Garantie dafür bieten, daß die aggressiven, faschistischen Kräfte des deutschen Militarismus nicht wieder die Macht ausüben können. Es dürfte für jeden einsichtigen Menschen klar sein, daß dieses große Werk von uns Deutschen selbst vollbracht werden muß.

Wer es daher ablehnt, mit deutschen Vertretern zu verhandeln, oder zu verhüten sucht, daß diese beiden deutschen Staaten in normale Beziehungen zueinander treten, trägt die Verantwortung für die Verzögerung der Wiedervereinigung Deutschlands unter solchen Bedingungen, die die demokratische und friedliche Entwicklung verbürgen und die Sicherheit der europäischen Völker gewährleisten. Ich gebrauche absichtlich den Ausdruck Verzögerung und möchte damit die Überzeugung aussprechen, daß es letzten Endes niemandem in der Welt gelingen kann und wird, die friedliche Lösung des deutschen Problems zu verhindern.

Wir sind fest überzeugt, daß die deutsche Frage trotz ihrer Kompliziertheit dank des zähen Willens unserer Nation und der unermüdlichen Bemühungen unserer Regierung eine Lösung finden wird, die den Interessen unseres Vaterlandes und dem Frieden Europas dient. Die Lösung des deutschen Problems wird in dem Maße Fortschritte machen, wie aktiv

die nationalbewußten, demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, allen voran die Arbeiterklasse in ganz Deutschland, auftreten und mit welcher Entschlossenheit sie für die Herstellung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa und die vollständige Entmachtung der Militaristen kämpfen. Das ist der wirksamste Beitrag zur internationalen Entspannung, den das deutsche Volk leisten kann.

Mit allem Ernst machen wir die hier in Genf vertretenen vier Mächte darauf aufmerksam, daß es keine gültige Entscheidung über Deutschland geben kann ohne die Beteiligung der beiden deutschen Regierungen. Als souveräner deutscher Staat nimmt die Deutsche Demokratische Republik für alle internationalen Konferenzen, die sich mit der deutschen Frage befassen, das Recht in Anspruch, als vollberechtigter Konferenzpartner teilzunehmen. Wenn die Regierung der Deutschen Bundesrepublik auf das legitime Recht der Vertretung der deutschen Interesses verzichtet, so dokumentiert sie damit einmal mehr, wie das bereits in den Pariser Verträgen geschehen ist, daß sie nicht das Recht hat, im Namen des deutschen Volkes aufzutreten. Die Deutsche Demokratische Republik gibt dieses Recht unter keinen Umständen preis und beweist damit ihre Legitimation, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

(Neues Deutschland, Berlin 4. 11. 55)

14.

Erklärung der Beobachterdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. November 1955 zur Frage von gesamtdeutschen Wahlen

Der von den Außenministern der Westmächte am 4. November neu unterbreitete Vorschlag, seitens der vier Mächte ein deutsches Wahlgesetz auszuarbeiten und gesamtdeutsche Wahlen unter Kontrolle der vier Mächte durchzuführen, ist ein neuer Versuch, die Pariser Verträge auf ganz Deutschland auszudehnen. Die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen ist von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt und schon vor Jahren vorgeschlagen worden. Auch der Konferenz der Außenminister hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in ihrem Memorandum erklärt, daß sie ein Verfechter wirklich freier gesamtdeutscher Wahlen war und bleibt. Da aber die Regierung der Bundesrepublik die

Pariser Verträge ratifiziert und bereits Maßnahmen zu ihrer Durchführung ergriffen hat, können freie Wahlen in Westdeutschland erst durchgeführt werden, nachdem die Bundesrepublik durch Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa von den Pariser Verträgen befreit ist und die gegenwärtig die Bundesrepublik beherrschenden antidemokratischen und militaristischen Kräfte ihre Machtpositionen verloren haben.

Schritt um Schritt muß das deutsche Volk selbst die Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung schaffen. Der Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, einen Gesamtdeutschen Rat zu bilden, bietet eine gute Möglichkeit, um das Auseinanderleben der beiden deutschen Staaten zu beenden. Durch ihn kann der Weg der Annäherung besritten und die Wiedervereinigung herbeigeführt werden.

Der Vorschlag der Außenminister der Westmächte läßt das Ziel der Errichtung eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands völlig außer acht. Er ignoriert den Anspruch beider deutscher Staaten auf Souveränität und den Anspruch des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung. Der Vorschlag geht an den Realitäten vorbei und erfüllt in keiner Weise die Erwartungen der europäischen Völker, daß das Wiedererstehen des deutschen Militarismus verhindert werde.

Der Vorschlag der Außenminister der Westmächte wird daher weder in Deutschland noch anderswo einen positiven Widerhall auslösen. Überall wird man die mit ihm verfolgte agitatorische Absicht deutlich erkennen. Die Herbeiführung der deutschen Wiedervereinigung erfordert konstruktive Vorschläge, vor allem aber die Bereitschaft zur Verständigung auf einer friedlichen und demokratischen Grundlage.

(ADN 5. 11. 55)

15.

Ministerpräsident Otto Grotewohl zur Genfer Außenministerkonferenz und zu den künftigen Aufgaben des deutschen Volkes

Aus einer Rede vor den Werktätigen des VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ in Zwickau am 11. November 1955

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik be dauert die Haltung der Außenminister der Westmächte auf der

Genfer Konferenz. Die Erklärungen der Herren Dulles, Mac-Millan und Pinay lassen erkennen, daß es nach wie vor ihr Ziel ist, ganz Deutschland in den Nordatlantikpakt einzu-beziehen. Das ganze deutsche Volk sieht jetzt, daß die Außen-minister der Westmächte, die angeblich die deutsche Einheit befürworten, tatsächlich mit ihren Vorschlägen und ihren Handlungen nur dem Gegenteil, nämlich der Vertiefung der Spaltung Deutschlands, dienen. Die Einbeziehung Deutschlands in die NATO bedeutet, ganz Deutschland auf den Weg der Militarisierung zu zwingen. Das dient nicht der Entspannung, sondern führt zu einer noch größeren Verschärfung der Lage in Europa, zur Verstärkung der Spannungen in den zwischen-staatlichen Beziehungen und zu einer großen Gefahr für den Frieden. Eine solche Entwicklung kann und wird das deutsche Volk niemals zulassen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich zum Sprecher aller friedliebenden Deutschen gemacht, wenn sie erklärt, daß die Erhaltung und Sicherung des Frie-dens in Europa die gegenwärtig wichtigste Aufgabe ist. Erst auf dieser Grundlage kann die Deutschlandfrage mit Erfolg gelöst werden.

Die Vorschläge der Westmächte berücksichtigen in keiner Weise die reale Situation, die durch die Existenz zweier deut-scher Staaten in Europa entstanden ist, weil sie den Stand-punkt der Deutschen Demokratischen Republik mißachten, die als souveräner deutscher Staat die friedlichen Interessen des ganzen deutschen Volkes wahrnimmt.

Die Versuche der Westmächte, ihre Auffassung in Genf von der Position der Stärke aus durchzusetzen, ihre beleidigenden Ausfälle gegen die Sowjetunion und die Deutsche Demokra-tische Republik mit dem Ziel, die Genfer Konferenz zum Scheitern zu bringen und zur Politik des „kalten Krieges“ zu-rückzukehren, werden keinerlei Erfolg haben. Sie werden scheitern, da die Sowjetunion mit ihren Vorschlägen zur Schaffung eines europäischen Sicherheitspaktes, zur Abrüstung und der Schaffung von Kontakten zwischen Ost und West die wirklichen Interessen des deutschen Volkes und aller europäischen Völker vertritt.

Die sowjetischen Vorschläge tragen der realen Lage Rechnung, sie sind konstruktiv, entsprechen den Direktiven der Genfer Konferenz der vier Regierungschefs und sind geeignet, die Wiedervereinigung eines friedlichen und demokratischen

Deutschlands herbeizuführen. Die Politik der Außenminister der Westmächte in Genf führt nicht nur zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands, sondern sie erschwert auch die Verständigung der Deutschen untereinander.

Mit Empörung nehmen wir von der Haltung der Bonner Regierung Kenntnis, die durch die Weigerung, ihren Standpunkt in Genf zu vertreten, die Verständigung beider deutscher Staaten verhinderte und der Sache der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes schweren Schaden zufügte.

Angesichts dieser Lage erklärt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik: Das deutsche Volk muß selbst handeln, es muß sich verständigen und die Lösung seiner Lebensfragen in die eigenen Hände nehmen. Äußere Voraussetzungen dazu liegen in der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa. Innere Voraussetzungen aber sind die Verständigung und die Annäherung der beiden deutschen Staaten. Nur auf diesem Wege kann Deutschland Schritt für Schritt wiedervereinigt werden.

Einer der ersten Schritte dazu, den die Deutschen selbst tun müssen, ist die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates, in den die gesetzgebenden Körperschaften der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik ihre Vertreter entsenden. Vordringlichste Aufgabe dieses Gesamtdeutschen Rates ist es, auf eine gegenseitige Annäherung der Deutschen aus West und Ost hinzuwirken und eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten der innerdeutschen Beziehungen zu organisieren. Die Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik in einem Gesamtdeutschen Rat wäre ein realer Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands entsprechend den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit.

Wir appellieren an das gesamte deutsche Volk, sich nicht irreführen und gegeneinanderhetzen zu lassen, sondern den Weg der gegenseitigen Verständigung über ein friedliebendes, demokratisches Deutschland weiterzugehen.

(ADN 11. 11. 55)

Interview des Leiters der Beobachterdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretärs Georg Handke, zum Ausgang der Genfer Außenministerkonferenz

Frage: Was sagen Sie, Herr Staatssekretär, zum Abschluß der Konferenz?

Antwort: Man kann nicht umhin, festzustellen, daß die Genfer Direktive vom Juli nicht erfüllt wurde. In keinem der drei Punkte — Sicherheit und Wiedervereinigung, Abrüstung, Ost-West-Kontakte — kam es zu konkreten Vereinbarungen. Wir bedauern das. Die sowjetische Delegation hat zu allen Fragen konstruktive Vorschläge gemacht, die samt und sonders von den drei Westmächten abgelehnt wurden.

Frage: Hat die Konferenz Ihrer Meinung nach überhaupt nichts Positives gebracht?

Antwort: Das kann man nicht sagen. Positiv ist, daß jetzt in vielen Dingen Klarheit herrscht, die vorher noch nicht bestand. Damit ist ein neuer realistischer Ausgangspunkt gewonnen für weitere Bemühungen um Sicherheit und Frieden. Die Bereitschaft, diese Bemühungen auf verschiedener Ebene fortzusetzen, würde den Wünschen der europäischen Völker entsprechen.

Frage: Warum kam es zu keiner Vereinbarung in der Frage der kollektiven Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands?

Antwort: Wenn die Vertreter der Westmächte auf der Konferenz von Wiedervereinigung sprachen, so verstanden sie darunter stets das Vorverlegen der NATO-Truppen bis an die Oder. Wenn sie von Sicherheit sprachen, so meinten sie die Verstärkung ihrer Position. Aus ihrem Memorandum zum Punkt 1 der Direktive geht hervor, daß sie die Unterwerfung ganz Deutschlands unter das Diktat der militaristischen Kräfte Westdeutschlands anstreben. Das ist auch der Zweck ihres Geredes von „freien Wahlen“. Es dürfte für jeden einsichtigen Menschen klar sein, daß das eine völlige Verkennerung der Realitäten darstellt. Dieser Plan ist deshalb gescheitert und wird auch in Zukunft scheitern. Das deutsche Volk wird im Bunde mit den Friedenskräften der ganzen Welt verhindern, daß die Urheber des Hitlerkrieges noch einmal in ganz Deutschland „die Macht ergreifen“.

Frage: Aber die Vertreter der Westmächte haben das Wort „Wiedervereinigung“ doch ständig im Munde gehabt.

Antwort: Das ist verständlich. Sie tun das deshalb, weil sie verdecken wollen, daß sie gegen die Wiederherstellung eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands sind, in dem die Kräfte ein für allemal entmachtet sind, die Deutschland in die Katastrophen von 1914 und 1939 geführt haben.

Frage: Worin sehen Sie den Beweis für diese Feststellung?

Antwort: Die Außenminister der drei Westmächte versuchten, das friedliebende deutsche Volk bei der Entscheidung über seine Lebensfrage auszuschalten. Sie haben es abgelehnt, deutsche Vertreter zur Behandlung des Deutschlandproblems hinzuzuziehen. Ohne die Deutschen kann man jedoch die Deutschlandfrage nicht lösen.

Frage: Was sagen Sie zum Verhalten des Bonner Außenministers Brentano?

Antwort: Die Vertreter der Bundesrepublik haben in Genf eine klägliche Rolle gespielt. Sie haben mitgeholfen, die Teilnahme deutscher Vertreter an der Konferenz zu verhindern.

Frage: Sind dies Ihrer Meinung nach die einzigen Gründe dafür, daß es im Punkt 1 zu keiner Vereinbarung gekommen ist?

Antwort: Nein, die drei Außenminister haben nicht anerkennen wollen, daß angesichts der Wiederbewaffnung der deutschen Militaristen durch die Pariser Verträge die Organisation der Sicherheit gegen eine neue Aggression das legitime Bedürfnis und die unabdingbare Forderung aller europäischen Völker ist, einschließlich des deutschen. Ohne die Erfüllung dieser Forderung gibt es daher keine Wiedervereinigung. Ihr Verlangen, daß ganz Deutschland der NATO eingegliedert wird, torpediert ein kollektives Sicherheitssystem in Europa. Die Westmächte haben Deutschland gespalten, indem sie die Bundesrepublik schufen und den deutschen Militarismus wiederbewaffnen. Sie vertieften die Spaltung, indem sie den Abschluß eines Sicherheitspaktes verhindern.

Frage: Was erwarten Sie, Herr Staatssekretär, von weiteren Bemühungen der vier Mächte in der Deutschlandfrage?

Antwort: Was zukünftige internationale Konferenzen betrifft, so werden sie in der Deutschlandfrage kaum einen

Fußbreit weiterkommen, wenn nicht die Vertreter der beiden deutschen Staaten an ihnen teilnehmen.

Frage: Sind Sie der Auffassung, daß deutscherseits etwas dazu getan werden könnte, um die Hinzuziehung deutscher Vertreter zu erreichen?

Antwort: Ja, vor allem muß die Bundesrepublik ihren unrealistischen Standpunkt fallenlassen, die Teilnahme an Viererkonferenzen zu verweigern, weil sie in diesem Falle mit den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik zusammentreffen würde. Im übrigen zeigen das Memorandum unserer Regierung, das unsere Delegation den vier Außenministern übermittelt hat, und die Programmerkklärung der Nationalen Front, auf welchem Weg die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten normalisiert werden können.

Frage: Glauben Sie, daß dieses Ziel erreicht werden kann?

Antwort: Unbedingt. Wir haben hier in Genf zahlreiche Delegationen aus Westdeutschland und aus Frankreich empfangen und Tausende von Zuschriften erhalten. Wir haben mit sehr vielen politischen Persönlichkeiten verschiedener Richtung aus der Bundesrepublik gesprochen. Wir haben festgestellt, es ist der Wille der Bevölkerung, daß mit dem „kalten Krieg“ innerhalb Deutschlands Schluß gemacht wird. Ja, es herrscht in Westdeutschland eine ausgesprochene Empörung, daß man in Bonner Regierungskreisen von einer Wiederbelebung des „kalten Krieges“ spricht. Es kommt jetzt darauf an, daß alle Schichten der deutschen Bevölkerung diesen ihren Willen zur Entspannung und zur Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik in entschiedener Weise zur Geltung bringen.

(ADN 17. 11. 55)

17.

Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. November 1955 zum Abschluß der Genfer Außenministerkonferenz

Die Genfer Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs hat mit aller Deutlichkeit bestätigt, daß die Sicherung des Friedens das Hauptproblem der europäischen Völker ist. Dazu sind ernsthafte Anstrengungen aller friedliebenden Menschen erforderlich.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat der Genfer Konferenz in ihrem Memorandum vom 1. November 1955* die Forderung des deutschen Volkes nach Sicherung eines friedlichen Zusammenlebens der europäischen Völker durch ein System der kollektiven Sicherheit und durch die Auflösung aller bestehenden militärischen Gruppierungen vorgebracht. Damit würden gleichzeitig die äußeren Voraussetzungen für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen. Die Bonner Regierung hat lediglich die Erklärung abgegeben, daß sie wünscht, daß ganz Deutschland in die NATO eingegliedert wird. Diese Forderung ist gegen die Wiedervereinigung Deutschlands gerichtet und bedeutet den Weg zum Krieg.

Die Genfer Konferenz hat gezeigt, daß ein einheitliches Deutschland nur als friedliebender und demokratischer Staat möglich ist. Niemals werden die militaristischen Kräfte Westdeutschlands, die Deutschland in der Vergangenheit von einer Katastrophe in die andere stürzten, ihre Herrschaft auf ganz Deutschland ausdehnen können. Die friedliebenden, demokratischen Kräfte des deutschen Volkes werden das niemals zulassen.

Die Genfer Konferenz hat erneut bestätigt, daß die deutsche Frage nicht gelöst werden kann, solange die Deutschen die Sache der Wiedervereinigung Deutschlands nicht in ihre eigenen Hände nehmen. Die Westmächte haben, von der Adenauer-Regierung unterstützt, jede Teilnahme von Vertretern des deutschen Volkes an der Beratung der Fragen, die das Schicksal Deutschlands betreffen, abgelehnt und somit eine fruchtbare Erörterung des deutschen Problems auf der Genfer Konferenz verhindert.

Die Lage in Deutschland ist gegenwärtig so, daß zwei selbstständige Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entstanden sind, die sich in verschiedenen Richtungen entwickeln. Es ist klar, daß unter diesen Bedingungen der einzig mögliche Weg zur Vereinigung Deutschlands als friedliebender Staat nur der Weg der Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik und der Herstellung der Zusammenarbeit zwischen ihnen sein kann. In realer Einschätzung der in Deutschland entstandenen Lage hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates vorgeschlagen,

* siehe Nr. 12

dessen Aufgabe es sein sollte, auf eine gegenseitige Annäherung der Deutschen von Ost- und Westdeutschland hinzuwirken und eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten der innerdeutschen Beziehungen zu organisieren. Dieses gesamtdeutsche Organ sollte auch bei der Herstellung der Zusammenarbeit beider deutscher Staaten mit den anderen Ländern zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit eine wichtige Rolle spielen. Die Tätigkeit des Gesamtdeutschen Rates würde also dazu beitragen, sowohl die äußeren als auch die inneren Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen. Dieser Vorschlag hat die Unterstützung breiter Kreise des deutschen Volkes als ernsthafter Schritt zum einheitlichen Deutschland gefunden. Dennoch haben die Westmächte und die Bonner Regierung diesem Vorschlag ihr Nein entgegengestellt und damit gegen die Wiedervereinigung Deutschlands gehandelt.

Dem Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der den sehnlichsten nationalen Hoffnungen des deutschen Volkes entspricht, haben die drei Westmächte ihre Pläne der Remilitarisierung und Eingliederung ganz Deutschlands in die aggressiven Gruppierungen der Westmächte entgegengestellt. Dasselbe Ziel verfolgt auch ihr Vorschlag über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen bereits im kommenden Jahr. Es ist klar, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen, da noch nicht die erforderlichen Voraussetzungen dafür geschaffen sind und da Westdeutschland den Weg der Remilitarisierung beschritten hat, die Verwirklichung dieses Vorschlags zur Verwandlung ganz Deutschlands in einen imperialistischen, militaristischen Staat führen und die Gefahr der Entfesselung eines neuen Weltkrieges in Europa verstärken würde.

Darauf wird das deutsche Volk niemals eingehen.

Nach der Genfer Konferenz verstärken sich in der ganzen Welt die Forderungen, die Bemühungen zur Entspannung der internationalen Lage und zur unmittelbaren Sicherung des Friedens fortzusetzen.

Im Gegensatz dazu erklärt die Bonner Regierung, sie werde nunmehr die Remilitarisierung Westdeutschlands beschleunigen. Dem Bundestag wurden bereits die Militärgesetze zur Bestätigung zugeleitet. Das bedeutet, daß Westdeutschland in beschleunigtem Tempo in eine NATO-Militärbasis umgewandelt und somit zu einem ständigen Herd der Unruhe und

der Konflikte in Westeuropa wird, während Deutschland für lange Zeit gespalten bleibt.

Im Interesse der Sicherung des Friedens muß jedoch auch in Westdeutschland eine Politik der Entspannung wirksam werden, die den „kalten Krieg“ beendet und die Remilitarisierung Westdeutschlands verhindert. Westdeutschland muß sich von der amerikanischen Bevormundung frei machen und zu einer deutschen Politik im Interesse unseres Volkes übergehen. Wenn die Bonner Regierung und der Bundestag die Remilitarisierung Westdeutschlands fortsetzen, so können Westdeutschland und Westberlin nur noch als Militärbasis der aggressiven NATO betrachtet werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik tritt für die Entspannung in Deutschland und für die Beseitigung aller Hindernisse auf dem Wege zu einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland ein. Sie appelliert an die Regierung Westdeutschlands, alle Maßnahmen zur Remilitarisierung Westdeutschlands einzustellen und damit ihren Beitrag zur Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für die friedliche Regelung der deutschen Frage zu leisten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist auch bereit, gemeinsam mit der Regierung der Deutschen Bundesrepublik die erforderlichen Anstrengungen zur Bildung eines Gesamtdeutschen Rates zu unternehmen, was ein großer Schritt zur Annäherung beider deutscher Staaten im Interesse der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wäre.

(Neues Deutschland, Berlin 26. 11. 55)

18.

Interview des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, zur Indienreise des westdeutschen Vizekanzlers Franz Blücher

Frage: Der Vizekanzler der Bundesrepublik, Franz Blücher, befindet sich gegenwärtig in Indien. Nach seiner Erklärung soll seine Reise zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Indien beitragen. Was ist Ihre Meinung zu den Bestrebungen der Bonner Regierung?

A n t w o r t: Es ist bekannt, daß vor kurzem der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außen-

und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, zur Eröffnung der indischen Industrieausstellung in Indien weilte und sich als Gast der indischen Regierung in Neu Delhi aufhielt. Seine Reise diente der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Indien. Da beide Staaten sich in gleicher Weise zu den Grundsätzen bekennen, die für eine gedeihliche Zusammenarbeit unerlässlich sind, nämlich den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Verpflichtung zum Nichtangriff und der Wahrung des beiderseitigen Vorteils, ist die Dauerhaftigkeit und die weitere Entwicklung dieser Beziehungen gewährleistet.

Die Erklärungen, die Herr Blücher in Indien abgegeben hat, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung in Bonn von ganz anderen Grundsätzen ausgeht. Nicht nur die Tatsache, daß sich die Bonner Regierung für die Beibehaltung des portugiesischen Kolonialbesitzes in Indien ausgesprochen hat, sondern auch die anmaßende Drohung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die diplomatische Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik aufnehmen, sind neue Beweise dafür, daß in dem Teil Deutschlands, wo das Monopolkapital herrscht, auch die alten anmaßenden Praktiken der wilhelminischen und nazistischen Außenpolitik fortgesetzt werden, die Deutschland in der Vergangenheit in der Welt so verhaßt gemacht haben. In Indien versucht Herr Blücher den Anschein zu erwecken, als ob die Bonner Regierung gegen die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz nichts einzuwenden habe; gleichzeitig bezeichnet in Bonn Herr Hallstein, der Staatssekretär des westdeutschen Außenministeriums, die fünf Prinzipien als „Magna Charta für die kommunistischen Kräfte Asiens“. Die Bonner NATO-Politik, die mit ihr verbundene Bedrohung des europäischen Friedens und die Verhinderung der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands sind mit den fünf Prinzipien unvereinbar.

Nicht im Interesse der Pflege von Beziehungen im Geiste dieser fünf Prinzipien ist Herr Blücher nach Indien gefahren. Ganz im Gegenteil! Seine Reise steht nicht im Dienste der Kräfte und der Politik der Entspannung und des Friedens, sondern im Dienste der Kräfte und der Politik des Imperialismus und Kolonialismus, denen ja die Bundesrepublik ihre

Existenz verdankt. An der Reise Herrn Blüchers nach Indien sind offensichtlich die amerikanischen Monopolherren nicht in letzter Stelle interessiert.

Frage: Was halten Sie von der Erklärung Blüchers, daß die Bundesrepublik der einzige deutsche Staat sei?

Antwort: Es bleibt Herrn Blücher überlassen, sich nach Kräften lächerlich zu machen. Es wird ihm nicht gelingen, in Neu Delhi jemanden davon zu überzeugen, daß ein souveräner Staat wie die Deutsche Demokratische Republik, die von zahlreichen Staaten in der Welt anerkannt ist und insbesondere mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China in engen freundschaftlichen Beziehungen steht, nicht existiert. Herr Blücher wird sich davon überzeugen müssen, daß beispielsweise die Ergebnisse der Reise unserer Regierungsdelegation nach Asien in Asien selbst nicht unbekannt und wirkungslos geblieben sind.

Frage: Würden Sie sich noch zu der Erklärung des Herrn Blücher äußern, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands beiträgt?

Antwort: Ich denke, daß die Beantwortung der vorhergehenden Fragen bereits genügend klargestellt hat, was der Versuch bedeutet, die Bonner Bundesrepublik der Monopolherren und Militaristen als einzigen deutschen Staat zu repräsentieren. Das bedeutet nichts anderes als das Verlangen nach internationaler Anerkennung der Remilitarisierung Westdeutschlands, der Politik der Stärke und der Politik der Verhinderung der Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage.

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, ein friedliebendes und demokratisches Gesamtdeutschland zu errichten. Diese Aufgabe kann nur nach Schaffung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und durch schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten gelöst werden, was am besten durch die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates geschehen kann. Die Deutsche Demokratische Republik ist das Fundament der demokratischen und friedliebenden Kräfte ganz Deutschlands. Ihre Außenpolitik und der Ausbau ihrer diplomatischen Beziehungen fördern die Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes — insbesondere die Wiedervereinigung Deutschlands — im Interesse des Friedens in Europa und der ganzen Welt.

(ADN 14. 1. 56)

**Bericht des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl über den
Freundschaftsbesuch der Regierungsdelegation der Deutschen
Demokratischen Republik im Fernen Osten vor der Volks-
kammer am 18. Januar 1956**

Siehe Nummer 170

19.

**Erklärung des Präsidenten der Volkskammer,
Dr. h. c. Johannes Dieckmann,
auf der Sitzung der Volkskammer am 8. Februar 1956**

Vor wenigen Tagen sind — wie bekannt — in Prag die Vertragsmächte des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zu einer Konferenz zusammengetreten, deren Ergebnis in der Prager Deklaration vom 28. Januar 1956* niedergelegt und der Welt bekanntgegeben wurde.

Der wesentliche Inhalt der Prager Deklaration ist einmal die Realisierung der im Warschauer Vertrag von der Deutschen Demokratischen Republik übernommenen grundsätzlichen Verpflichtung, wie alle anderen europäischen Staaten des Friedenslagers mit ihrer nunmehr entstehenden Nationalen Volksarmee zur Verteidigung des Friedens beizutragen; zum anderen der gemeinsame Entschluß aller Staaten des Warschauer Vertrages, in ihren Bemühungen um die Erhaltung und Sicherung des Friedens trotz aller provokatorischen Reden und Handlungen der Gegenseite nicht nur fortzufahren, sondern dieses höchste Ziel auf immer neuen Wegen anzustreben. Auf der gleichen Linie liegen die von aufrichtigstem Friedenswillen diktierten präzisen Anregungen und Vorschläge der Prager Konferenz über die Schaffung einer beide Teile Deutschlands einschließenden Europazone der Rüstungsbeschränkung und -kontrolle, über den Abzug oder die Begrenzung der in Deutschland stationierten ausländischen Truppen sowie über die bewaffneten Kontingente in beiden deutschen Staaten mit dem Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Territorium und endlich über den als Vorstufe zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem gedachten Abschluß von Nichtangriffspakten.

* siehe Nr. 35

Wir erklären auch hier und heute wieder unsere Bereitschaft, an der internationalen und nationalen Entspannung nach allen Kräften mitzuwirken.

Diese unsere Bereitschaft kann uns allerdings keinen Augenblick dazu verführen, unseren schweren Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens und damit nicht zuletzt um die friedliche Lösung der deutschen Frage etwa schon als gewonnen anzusehen. Wir wissen vielmehr nur zu gut, daß die andere Seite in dem gleichen Maße, in dem die Friedenskräfte von Erfolg zu Erfolg schreiten, ihre Anstrengungen verdoppelt, den im letzten Sommer in Genf bereits eingesargten „kalten Krieg“ neu zu beleben, und daß selbst das lebensgefährliche Spiel mit dem Feuer des „heißen Krieges“ noch keineswegs aufgehört hat. So stark die Stimmen selbst in Amerika sind, die sich empört gegen Dulles' Rezept von einer Politik am Rande eines Krieges wenden, so gering war bisher die Bereitschaft Washingtons, diesen unheilvollen Kurs aufzugeben.

Gerade in der letzten Zeit hat die amerikanische Politik auch auf deutschem Boden ihre in der Richtung dieses verderblichen Kurses liegenden Bemühungen und Handlungen verstärkt. Ich erinnere hier nur an die berüchtigte amerikanische Ballonaktion, durch die nicht nur die Sicherheit der als Flugziele dieser Ballons gewählten Staaten erschüttert werden sollte, sondern durch die auch die Flugsicherheit über Europa auf das ernsteste gefährdet wird. Die Initiatoren dieser Aktion mögen zur Kenntnis nehmen, daß die Deutsche Demokratische Republik nicht willens ist, untätig zuzusehen, daß Bürgern unserer Republik ein gleiches Schicksal bereitet wird wie dem Fernost-Korrespondenten des „Neuen Deutschland“, Dr. Fritz Jensen, der im April 1955 zusammen mit zehn Korrespondenten und Mitgliedern der auf dem Wege zur Bandung-Konferenz befindlichen, die indische Verkehrsmaschine „Kaschmir Princess“ benutzenden Reisenden nach der Explosion des Flugzeuges im Meere ertrank. Monatelang haben die westlichen Regierungen und ihre Presse unter schweren Ausfällen gegen die Sowjetunion und Volkschina abgestritten, daß der Explosion dieses Flugzeuges ein verbrecherischer Anschlag zugrunde lag, bis das britische Kolonialministerium Anfang Januar dieses Jahres endlich offiziell zugegeben hat, daß das indische Flugzeug von Tschiangkaischek-Agenten durch einen Sprengstoffanschlag zum Absturz gebracht wurde. Der Verbrecher wurde nach dieser britischen Regierungsmitteilung als der zum Personal

des Flugplatzes von Hongkong gehörende Angestellte Tschau Tse-ming ermittelt, der von seinem Auftraggeber Tschiangkai-schek für die gute Ausführung seines Verbrechens hunderttausend Hongkong-Dollar erhielt und nach Aufdeckung des Tatbestandes ungehindert nach Taiwan fliehen konnte, wo er sich weiterhin der Freiheit erfreut. Mit den elf Insassen des Flugzeuges fielen auch die vier Piloten und Monteure, zusammen also 15 Menschenleben, diesem grauenvollen Anschlag zum Opfer.

Wir werden — ich wiederhole das — das Leben unserer Bürger nach den uns hier im vollen Umfange zur Verfügung stehenden Möglichkeiten vor den die Sicherheit des Flugverkehrs auf das schwerste gefährdenden amerikanischen Spionageballons zu schützen wissen. Diejenigen, die es angeht, wären gut beraten, wenn sie sich rechtzeitig klarmachen würden, daß der Weg dieser amerikanischen Ballons, ebenso aber des Luftverkehrs der westalliierten Länder nach Berlin, über das Lufthoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik führt. Wir halten es für richtiger, für besser und für die von uns gewünschte friedliche Entwicklung für förderlicher, wenn wir in großem Ernst dies heute sehr offen aussprechen, und wir tun das mit dem einzigen Ziele, eine Gefährdung von Menschenleben zu verhüten und Komplikationen zu vermeiden, die der internationalen Entspannung nur abträglich sein könnten.

In diesem ganzen Zusammenhang ist weiter wohl noch ein Wort zu sagen zu dem in Westdeutschland künstlich entfachten „Proteststurm“ gegen im Januar dieses Jahres gefällte Urteile des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik. Auch diese Aktion erweist sich bei näherem Zusehen sehr schnell als eine Maßnahme des von der amerikanischen und Bonner Politik gegen die Deutsche Demokratische Republik organisierten Propaganda- und Verleumdungsfeldzugs, als eine Teilaktion des „kalten Krieges“.

Der Sachverhalt ist folgender: Ende Januar hat der Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik vor dem Ersten Strafsenat des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik gegen vier Personen Anklage erhoben wegen ihrer verbrecherischen Betätigung als geworbene Agenten des amerikanischen Geheimdienstes (CIA). Die Angeklagten standen in enger Zusammenarbeit mit dem westdeutschen sogenannten „Batelle-Institut“, dessen Mitarbeiter als Professoren und Austauschassistenten an deutschen Insti-

tuten tätig sind. Diese besorgen entsprechende Informationen, schaffen Forschungsergebnisse ganzer Industriezweige in Westdeutschland in die USA und versuchen, ihre Verbreichen auf die Deutsche Demokratische Republik auszudehnen. In diesem Sinne waren die vier Angeklagten als bezahlte Spione seit Jahren tätig. Wie sie dabei vorgingen, das beleuchtet u. a. folgende vor dem Obersten Gericht gemachte Aussage des Hauptangeklagten Rudert.

Er sagte:

„Etwa kurze Zeit nach meiner Anwerbung zur Spionagetätigkeit durch den Hauptagenten des amerikanischen Geheimdienstes, Klaus Winkler, beauftragte mich dieser, ihm Namen von Angehörigen der technischen Intelligenz aus dem VEB Funkwerk Erfurt zu benennen. Dabei interessierte er sich besonders für die Spezialisten der Hochfrequenz und Elektrotechnik, die leitende Funktionen innerhalb des Funkwerkes Erfurt bekleiden. Von diesen Personen sollte ich ihm die Personalien, politische Einstellung sowie irgendwelche moralische Schwächen preisgeben. Im Verlaufe von Gesprächen mit dem Hauptagenten konnte ich feststellen, daß er diese Fachkräfte zur Republikflucht veranlassen will, um damit die wirtschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik zu hemmen.

Nachdem ich von Winkler den Auftrag erhalten hatte, ihm Wissenschaftler und Angehörige der technischen Intelligenz aus dem VEB Funkwerk Erfurt zur Anwerbung vorzuschlagen, informierte ich mich innerhalb des Betriebes über einige der wichtigsten Fachkräfte. Seit dem Jahre 1951 bis zu meiner Festnahme habe ich Winkler etwa 10 Wissenschaftler und Angehörige der technischen Intelligenz aus dem VEB Funkwerk Erfurt benannt.

Einen dieser Spezialisten, und zwar meinen damaligen Abteilungsleiter Otto Becker, habe ich bei der gemeinsamen Ausführung von Montagearbeiten im September 1951 im VEB für Fernmeldewesen (HV) Oberschöneweide angesprochen und zu einem Besuch eines Bekannten von mir in Westberlin aufgefordert.

Nachdem Becker damit einverstanden war, führte ich ihn dem Hauptagenten Winkler zur Abwerbung zu. Der Becker, Otto, sowie weitere Spezialisten aus dem VEB Funkwerk Erfurt, die ich Winkler zur Anwerbung vorgeschlagen hatte, sind bereits republikflüchtig. Im September 1951 suchte ich gemeinsam mit

meinem damaligen Abteilungsleiter Becker den Hauptagenten Winkler in seiner Treffwohnung Berlin-Kreuzberg, Gneisenaustraße, auf, wo ich beide Personen miteinander bekannt machte. Im Anschluß daran wurden Becker und ich von Winkler zu einem gemeinsamen Besuch einer Gaststätte am Mehringdamm in Berlin-Kreuzberg eingeladen. Nachdem wir in dieser Gaststätte gemeinsam Mittag gegessen hatten, kehrten wir in Winklers Treffwohnung zurück, wo wir uns über die fachliche Entwicklung sowie die derzeitige Tätigkeit von Becker unterhielten. Dabei brachte Winkler gegenüber Becker im Verlauf des Gesprächs zum Ausdruck, daß er ihm bei einer Flucht aus der DDR eine Anstellung mit guten Verdienstmöglichkeiten in Westdeutschland und sogar in den USA beschaffen könnte. Am Abend desselben Tages suchten wir die Bekannte des Winkler, eine gewisse Spritzer, in Westberlin auf, deren Wohnanschrift mir nicht mehr in Erinnerung ist. Zu diesem Treff brachte Winkler noch zum Ausdruck, daß mich Becker nach Möglichkeit bei der Sammlung von Spionageinformationen unterstützen solle...“

„In der Folgezeit erhielt ich von Becker die Informationen über die Materialsituation Glühender und Hexomedenmeßtisch sowie das Besprechungsprotokoll der Vertreter der Hauptverwaltung RFT. Mit Ausnahme der Fotografien über den Hexomedentisch übergab mir Becker sämtliche weiteren Unterlagen während einer gemeinsamen Montage im VEB Werk für Fernmeldewesen, Berlin-Oberschöneweide...“

Ich gab diese Aussage des Rudert hier ausführlich wieder, weil Rudert in der gleichen Weise wie den Ingenieur Becker auch die Ingenieure Knobelsdorf und Musiolek charakterisierte. Diese drei vor der Aufdeckung ihrer Verbrechen aus der Deutschen Demokratischen Republik geflüchteten Ingenieure stellten auf der am 3. Februar 1956 in Bonn vom Kaiser-Ministerium abgehaltenen Pressekonferenz die lügenhafte Behauptung auf, daß sie nicht von Rudert abgeworben worden seien, sondern die Deutsche Demokratische Republik aus freien Stücken verlassen hätten.

Das Oberste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik hat am 27. Januar gegen die beiden Hauptangeklagten Held und Rudert die Todesstrafe ausgesprochen. Der Vizepräsident des Obersten Gerichts, Walter Ziegler, hat den Urteilsspruch des Gerichts ausführlich begründet, worüber die gesamte demokratische Presse eingehend berichtet hat. Sie erhielten ihre

Strafe wegen ihrer fortgesetzten Kriegshetze und wegen ihrer außerordentlich umfangreichen und intensiven Spionagetätigkeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Der Hauptangeklagte Held erfüllte alle Aufträge des CIA unterschiedslos und überantwortete sein Spionagematerial dem amerikanischen Geheimdienst. Der Hauptangeklagte Rudert nutzte überdies seine Vertrauensstellung als Mitglied der BGL aus, um nichtsahnende Kollegen zu veranlassen, ihm interne Informationen zu verschaffen, die er dann dem amerikanischen Geheimdienst übermittelte.

Das ist der Sachverhalt. Ein klarer Tatbestand, der von der westlichen Propaganda, von Bonner Regierungsstellen und auch im Bonner Bundestag in ungeheuerlicher Weise verfälscht worden ist. Welches Ausmaß die mit dieser Lügenpropaganda erstrebte Verwirrung in westdeutschen Köpfen angenommen hat, dafür ist ein Brief bezeichnend, den ich gestern von einer studentischen Vereinigung aus Marburg erhielt und in dem es heißt, daß unser Oberstes Gericht Todesurteile gefällt habe, die in krassem Widerspruch stünden zu dem in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik gewährleisteten Recht, sich an jedem beliebigen Ort niederzulassen. In dem Brief wird weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Verurteilten möglicherweise auch eine „Verletzung materieller Werte“ begangen hätten. Man muß diesen Ausdruck dreimal lesen, um dann endlich zu begreifen, daß sich Spionage- und Diversionshandlungen der vom amerikanischen Geheimdienst bezahlten Agenten in den durch westdeutsche Lügenpropaganda verwirrten Köpfen westdeutscher Studenten als „Verletzung materieller Werte“ darstellen. Nein, ihr jungen Studenten in Marburg und an anderen westdeutschen Hochschulen! Die von unserem Obersten Gericht Verurteilten haben ihre harte Strafe erfahren, weil sie als Feinde des deutschen Volkes im Solde eines ausländischen Spionagedienstes jahrelang den friedlichen Aufbau unserer Republik auf das empfindlichste gestört, der amerikanischen Kriegsvorbereitung gedient und damit die Existenz des deutschen Volkes bedroht und zahlreiche Bürger unseres Staates bewußt und systematisch auf das ernsteste gefährdet haben.

Ich möchte diesen Studenten und allen denen, die in dem gleichen Irrtum wie sie befangen sind, aber noch folgendes sagen und bin dabei der Zustimmung aller Mitglieder des Hohen Hauses sicher:

Es gibt einen sehr einfachen, ohne Schwierigkeiten sofort beschreitbaren Weg, derartige Straftaten und solche Urteile für die Zukunft zu vermeiden. Die Bonner Regierung und die hier wohl ebenfalls im besonderen Maße berufenen Leitungen der christlichen Kirchen in Westdeutschland brauchten nur alle Staatsbürger — und insbesondere die jugendlichen Staatsbürger — der Bundesrepublik öffentlich vor jeglicher Zusammenarbeit mit den auf westdeutschem Boden befindlichen aus- und inländischen Spionagezentralen zu warnen und diejenigen, die sich in diese lebensgefährliche Zusammenarbeit begeben haben, nur eindringlichst aufzufordern, diesen Weg zu verlassen!

Die Spionage- und die Diversionstätigkeit und der Menschenhandel durch ausländische und Bonner Agenturen brauchen nur eingestellt zu werden, dann wird es keine Spionage und Diversion in der Deutschen Demokratischen Republik mehr geben, und dann braucht kein Gericht unseres deutschen Friedensstaates mehr harte Urteile zu fällen.

Die Deutsche Demokratische Republik achtet in allen ihren Handlungen auf das genaueste die geschriebenen und auch die ungeschriebenen Grundsätze des Völkerrechts. Von der Deutschen Demokratischen Republik aus werden keine Spionageballons nach Westdeutschland geschickt, um auf diese Weise Militär- und Industriespionage zu treiben. Von der Deutschen Demokratischen Republik aus wird niemand nach Westdeutschland geschickt, um dort Industriewerke, Verkehrsanlagen usw. in die Luft zu sprengen, Maschinen unbrauchbar zu machen und was derartige Diversionsakte mehr sind. Wenn auch Westdeutschland künftig so verfährt und auch seinerseits das Völkerrecht achtet, wird es keine Todesurteile unserer Gerichte gegen Diversanten und Spione mehr geben. Ebenso unmißverständlich aber muß erklärt werden, daß bei einer Fortsetzung der Spionage- und Diversionsakte die Schuldigen die volle Härte des Gesetzes erfahren werden.

Zum Schluß noch dieses: In der Volkskammersitzung vom 19. November 1954 hat der Vorsitzende des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerpräsident Otto Grotewohl, in seiner Erklärung über das Programm des Ministerrats unter anderem folgendes ausgeführt:

„Viele Agenten imperialistischer Geheimdienste haben bereits den deutschfeindlichen, antinationalen Charakter ihrer verbrecherischen Tätigkeit erkannt und sich freiwillig den

Organen der Deutschen Demokratischen Republik gestellt. Sie alle gehen jetzt einer friedlichen Arbeit nach, die ihnen von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegeben wurde. Allen Agenten“ — so fuhr Ministerpräsident Grotewohl fort —, „die zur Zeit noch eine verbrecherische Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik ausüben und bisher keine Konsequenzen aus den Veröffentlichungen und Hinweisen staatlicher Organe der Deutschen Demokratischen Republik gezogen haben, wird es unweigerlich und ohne Rücksicht so gehen wie jenen Agenten und Schädlingen, die von den Gerichten unserer Republik verurteilt wurden. Wer sich von ihnen aufrichtig bei uns stellt, kann nach wie vor damit rechnen, daß ihm der Weg zu einem normalen Leben in unserer Republik geboten wird.“

Ich bin ermächtigt, zu erklären, daß die Deutsche Demokratische Republik und ihre Regierung auch heute noch und im vollen Umfange zu dieser Erklärung stehen. Das möge besonders in Westdeutschland um so besser verstanden werden, weil sich auch in der westdeutschen Presse in den letzten Wochen und Monaten viele warnende Stimmen gegen eine Fortsetzung der verbrecherischen Arbeit der westlichen, Westberliner und westdeutschen Agenten- und Spionagezentralen erhoben haben. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, alles eben Gesagte noch einmal wie folgt zusammenfassen:

Unser Arbeiter-und-Bauern-Staat ist ein Staat des Friedens und der Demokratie. Unser höchstes Ziel ist die baldige friedliche Wiedervereinigung der deutschen Nation in einem in Frieden gesicherten demokratischen deutschen Staat. Mit heißem Herzen und nach allen unseren Kräften unterstützen wir alles, was uns der Erreichung dieser hohen Friedensziele näherbringen kann. Mit der gleichen Entschlossenheit werden wir, wie bisher, so heute und künftig erst recht das große Friedenswerk unserer Werktätigen, die Errungenschaften unserer arbeitenden Menschen im Bunde mit unseren vielen und mächtigen Freunden in aller Welt gegen jeden Angriff schützen, weil wir wissen, daß wir auch damit ehrlichsten Dienst an der Erhaltung und Sicherung des Friedens leisten. Wir sind dessen gewiß, daß keine Macht der Welt uns auf dem Wege aufhalten kann, der am Ende zu einem wahrhaft befriedeten Europa und zu einem wiedervereinigten Deutschland führt, über dem die Sonne des Friedens schön wie nie scheinen wird.

(Neues Deutschland, Berlin 9. 2. 56)

**Ministerpräsident Otto Grotewohl zu den
Londoner Abrüstungsverhandlungen und zur Frage
der kollektiven Sicherheit in Europa**

Aus einer Rede in Erfurt am 5. April 1956

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt erklärt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der beste Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in der Schaffung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems besteht, das an die Stelle der Militärgruppierungen tritt und sie ersetzt. Damit würden die notwendigen äußeren Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage geschaffen, deren Durchführung die ureigenste Sache des deutschen Volkes selbst ist.

Leider stehen der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa noch viele Hindernisse im Wege. Bestimmte Staaten beschreiten den Weg der Militarisierung und des Wettrüstens und zeigen keine Bereitschaft, mit allen europäischen Staaten zum Zwecke der dauerhaften Festigung und Sicherung des Friedens in einem europäischen Sicherheitspakt zusammenzuarbeiten. Darum begrüßen wir, daß ernsthafte Bemühungen unternommen werden, durch Abrüstungsverhandlungen auf dem Wege zu Frieden und Sicherheit vorwärtszuschreiten. Das liegt ganz im Sinne der Vorschläge, denen die Volkskammer in ihrer Sitzung am 18. Januar 1956 einstimmig zustimmte.* Diese Vorschläge sahen vor, daß sich beide deutsche Regierungen für einen Vertrag der kollektiven Sicherheit in Europa und für die Verminderung der ausländischen Truppen in Deutschland einsetzen. Beide Teile Deutschlands sollen sich verpflichten, jede Gewaltanwendung gegeneinander zu unterlassen. Sie sollen die Propaganda und die Vorbereitung des Atomkrieges auf deutschem Boden unterbinden und ausdrücklich auf die Herstellung von Atomwaffen verzichten. Wir haben ferner im Interesse der Annäherung beider deutscher Staaten die Herstellung normaler Beziehungen zwischen ihnen vorgeschlagen.

Die von der sowjetischen Delegation in London unterbreiteten Vorschläge zur Abrüstung und Schaffung einer neutralen

* siehe Nr. 170

Zone in Europa sind sehr bedeutungsvoll für die weitere Minderung der Spannungen, für die Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten und für die Sicherung des Friedens. Wir unterstützen sie, weil diese Schritte den nationalen Interessen unseres Volkes entsprechen und ihre Realisierung die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und die friedliche Lösung der Deutschlandfrage näherbringen kann.

In diesem Zusammenhang sei mir eine Bemerkung zu den jüngsten Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten, Herrn Mollet, gestattet. Niemand kann uns verübeln, wenn wir nicht in allen Punkten seinen Standpunkt teilen. Wir stimmen jedoch mit Herrn Mollet überein, wenn er feststellt, daß die „Wiedervereinigung Deutschlands in einer Periode der Aufrüstung nur schwer in Erwägung zu ziehen und viel leichter zu erzielen ist, wenn man damit beginnen würde, das Abrüstungsproblem zu regeln. Denn dann wäre auch die Frage der europäischen Sicherheit leichter zu lösen.“

Die Forderung der Bundesregierung, die Frage der Abrüstung untrennbar mit der Deutschland-Konzeption der Bonner Regierung zu verknüpfen, dient ebensowenig dem Frieden, der Sicherheit und der friedlichen Lösung der Deutschlandfrage wie der Versuch, die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems von der Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen des NATO-Systems abhängig zu machen.

Abrüstung und kollektive Sicherheit erleichtern die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, weil sie die Hindernisse beseitigen, die der Schaffung eines friedlichen, demokratischen und unabhängigen Deutschlands im Wege stehen und weil sie solche friedlichen Bedingungen schaffen, unter denen allein die friedliche Lösung der Deutschlandfrage möglich ist. Dagegen führt die Aufrüstung der Bundesrepublik und die von der Adenauer-Regierung betriebene „Politik der Stärke“ zur Verschärfung der Spaltung Deutschlands, sie verstärkt die Spannungen in Europa und beschwört die Kriegsgefahr herauf.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt aufrichtig jeden Schritt, der zur Minderung der Spannungen, zur Abrüstung, zur Schaffung von Frieden und Sicherheit beiträgt, und ist bereit, ihn nach Kräften zu unterstützen. Sie drückt die Hoffnung aus, daß die Londoner Abrüstungsverhandlungen zu konkreten Ergebnissen führen mögen, die der Stärkung des Friedens und der Sicherheit dienen und damit Voraussetzungen schaffen, die unser Volk der friedlichen

und demokratischen Wiedervereinigung seines Landes näherbringen.
(Neues Deutschland, Berlin 6. 4. 56)

21.

Interview des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretärs Georg Handke, zur Bonner Haltung in der Abrüstungsfrage

Frage: Herr Staatssekretär, würden Sie uns bitte sagen, was der Sinn der Erklärung des Bonner Außenministeriums zur Londoner Abrüstungskonferenz ist?

Antwort: Nach meiner Ansicht handelt es sich bei dieser Erklärung um einen Schlag gegen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Ganz im Gegensatz zum Verlauf der Genser Außenministerkonferenz zeigt sich in London eine Möglichkeit zur Vereinbarung konkreter Schritte, um das Wettrüsten zu beenden und der Sicherung des Friedens näherzukommen. Das entspricht dem Verlangen aller Völker. Solche Schritte würden nicht nur die Gefahren beseitigen, die sich aus der westdeutschen Aufrüstung ergeben, sondern sie würden auch zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems beitragen, das die äußere Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands ist. Damit würde der Weg der deutschen Annäherung erleichtert, und beide deutschen Staaten könnten erfolgreich über Maßnahmen beraten, die zur Wiedervereinigung führen.

Während Ministerpräsident Otto Grotewohl die günstigen Möglichkeiten bei den Abrüstungsverhandlungen in London begrüßt hat, veröffentlicht das Bonner Außenministerium eine Erklärung, die deutlich zeigt, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands über die Gefährdung ihrer Aufrüstungspläne erschreckt sind. Jetzt, da reale Möglichkeiten zu Vereinbarungen in der Abrüstungsfrage herangereift sind, wendet sich die Bonner Regierung plötzlich gegen solche Vereinbarungen und stellt Bedingungen, von denen sie selbst weiß, daß sie unerfüllbar sind. Sie stehen auch im Gegensatz zu früheren Erklärungen Adenauers, der mehrfach erklärt hat, daß „eine allgemeine Rüstungsbegrenzung eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine allgemeine Entspannung“ und „für die Schaffung einer Atmosphäre sei, um die Ursachen der internationalen Spannungen zu beseitigen“. Die letzte Erklärung

Bonn entspricht freilich ihrer bisherigen Politik der Verhinderung jeglicher Verständigung. Das zeigte sich bekanntlich auch während der Genfer Außenministerkonferenz, wo die Adenauer-Regierung die Vereinbarung einer europäischen Sicherheitsregelung durch die Forderung der Eingliederung ganz Deutschlands in die NATO verhinderte. Es erweist sich wieder einmal, daß die Adenauer-Regierung zwar von der Wiedervereinigung Deutschlands redet, aber in keiner Weise bereit ist, diese durch Verständigung der beiden deutschen Staaten auf friedlicher Grundlage herbeizuführen.

Frage: Wie ist Ihre Meinung zu der Bonner Reaktion auf das Interview des französischen Ministerpräsidenten Mollet?

Antwort: Ich denke, daß es nicht den Interessen der europäischen Völker dient, wenn in Bonn versucht wird, die Meinung eines europäischen Staatsmannes zu entstellen. Die Bonner Behauptung, daß der Standpunkt des französischen Ministerpräsidenten sich gegen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands richtet, ist unbegründet. Richtig ist nur, daß die Vorschläge Mollets mit dem Wiederaufrustungskurs der Adenauer-Regierung nicht übereinstimmen.

Die Art und Weise, wie in Bonn auf diese Tatsache reagiert wird, kennzeichnet die Gefährlichkeit der westdeutschen „Politiker der Stärke“.

Die Adenauer-Presse propagiert die Schaffung eines außenpolitischen Rates im Rahmen der NATO. Damit will man, wie „Der Tag“ schreibt, „für die Einheitlichkeit der Politik gegenüber den Staaten des Ostblocks sorgen“. Außerdem wird erklärt, daß sich Bonn noch stärker als bisher an die amerikanische Politik anlehnen werde. Das alles bedeutet nichts anderes, als den von den USA beherrschten Nordatlantikpakt als außenpolitisches Instrument zu benutzen, das jede unliebsame Abweichung der westeuropäischen „Partner“ vom Kurs der „Politik der Stärke“ verhindern soll.

Frage: Herr Staatssekretär, ist es nicht auch Ihre Auffassung, daß die Bonner Erklärung jeden Vergleich mit den anmaßenden Erklärungen deutscher Staatsmänner während der wilhelminischen und der Hitlerzeit aushält?

Antwort: Ja, ein solcher Vergleich drängt sich auf, wenn man in der Bonner Erklärung liest, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, „Vorschläge ernsthaft zu diskutieren, die die Entspannung auf der Grundlage auch nur vorübergehender Anerkennung oder stillschweigender Hinnahme der Teilung

bewirken wollen“, und Bonn kategorisch jede Regelung in der Abrüstungsfrage von der Eingliederung ganz Deutschlands in die NATO abhängig macht.

Diese Erklärung ist eine offenbare Herausforderung aller Staaten, die sich um eine allgemeine Abrüstung und damit um eine internationale Entspannung bemühen. Denn sie lehnt nicht nur alle Maßnahmen zur Abrüstung in Westdeutschland und eine Verständigung über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ab, sondern sie versucht, jede Minderung internationaler Spannungen zu verhindern. Das und nichts anderes ist der Sinn der Erklärung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik.

Kein Staat und keine Regierung hat das Recht, Verhandlungen zu torpedieren, die auf Erhaltung und Festigung des Friedens gerichtet sind. Die Fortsetzung der „Politik der Stärke“ auf deutschem Boden, die Politik der Verhinderung der friedlichen Wiedervereinigung und das Streben nach der „Einverleibung“ der Deutschen Demokratischen Republik in den Bonner Staat und in den NATO-Pakt ist eine ernste Gefährdung des Friedens in Europa und in der Welt.

Es entspricht weder dem Willen des deutschen Volkes noch dem der Völker Europas, daß die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit am deutschen Militarismus und Revanchismus scheitert. Die Menschen sehen immer klarer, daß die forcierte Aufrüstung der Bundesrepublik und die Fortführung der „Politik der Stärke“ in eine Sackgasse führen. Ich bin überzeugt, daß die Menschen aller Länder, besonders aber beider deutscher Staaten, Vereinbarungen begrüßen werden, die zur Abrüstung führen und eine gute Voraussetzung für eine allgemeine internationale Entspannung sein würden. Eine solche Entwicklung würde auch günstige Bedingungen schaffen für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage. (ADN 9. 4. 56)

22.

Erklärung des Präsidenten Wilhelm Pieck zu Fragen der Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands vom 17. April 1956

Die außerordentliche Tagung des Weltfriedensrates hat in ihrem Appell an die öffentliche Meinung der Welt u. a. erklärt, daß jeder Schritt auf dem Wege der Abrüstung die friedliche

Lösung der deutschen Frage fördern wird. Als Präsident der Deutschen Demokratischen Republik halte ich es für geboten, dieser Erklärung ausdrücklich und öffentlich meine Zustimmung zu geben.

Vor nun beinahe fünf Jahren habe ich in einem Brief an den Präsidenten der Bundesrepublik, Professor Dr. Theodor Heuß, davor gewarnt, daß die Entscheidungen der Bonner Regierung über die Remilitarisierung und die Eingliederung der Bundesrepublik in den aggressiven Atlantikpakt die Spaltung Deutschlands in der verhängnisvollsten Weise vertiefen und unser Vaterland der Gefahr aussetzen müssen, zum Schauplatz eines unvorstellbar verheerenden Krieges gemacht zu werden. Heute ist für jedermann offenkundig, daß die mit den Pariser Verträgen eingeleitete Aufrüstungspolitik, um derentwillen von der Bonner Regierung alle Verständigungsangebote der Deutschen Demokratischen Republik abgelehnt wurden, die Spaltung Deutschlands tatsächlich enorm vertieft hat.

Die heftig erörterte Erklärung General Gruenthers hat zudem erkennen lassen, daß nach den strategischen Plänen des Oberkommandos der NATO-Armee unserer westdeutschen Heimat das grauenhafte Los zugebracht ist, durch den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln zu einer Atomwüste, bar allen Lebens, gemacht zu werden. Nach dem Sturm der Empörung gegen General Gruenthers Erklärung kann es für unser Volk nicht gerade eine Beruhigung sein, daß er durch den Befehlshaber des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki ersetzt werden soll.

So hat sich die sogenannte Politik der Stärke, die dem deutschen Volke schon mehrfach zum nationalen Verhängnis geworden ist, erneut als untauglich, schädlich und unermesslich gefahrvoll erwiesen. Unser deutsches Volk muß endlich einen anderen Weg beschreiten, den Weg der Sicherung des Friedens und der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern, denn nur auf diesem Wege kann es auch der Wiederherstellung seiner nationalen Einheit näherkommen. Mit dieser Mahnung wende ich mich an meine Landsleute in beiden Teilen Deutschlands, an alle verantwortungsbewußten Männer und Frauen in den Parlamenten und Regierungen in Berlin und Bonn und selbstverständlich auch an den Präsidenten der Bundesrepublik, Herrn Professor Dr. Heuß.

Die in der internationalen Politik erreichten ersten Erfolge einer Entspannung haben eine neue Phase im Ringen um die

Abrüstung eingeleitet. Die Völker sind von der berechtigten Hoffnung erfüllt, daß die Abrüstungspolitik aus der bisherigen Erstarrung gelöst wird und die Lasten und Gefahren der Aufrüstung sich vermindern werden.

Die Hoffnungen der friedliebenden Menschen aller Nationen wurden durch die Vorschläge beflügelt, die die Regierung der Sowjetunion am 27. März zur Abrüstungsfrage machte. Mit ihren Vorschlägen für eine Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen, für die Kontrolle und Überwachung der vereinbarten Maßnahmen ist die Sowjetregierung den bisherigen Vorschlägen der Westmächte weit entgegengekommen.

Die Lösung des gesamten Abrüstungsproblems würde zweifellos sehr erleichtert, wenn in Europa eine Zone der Begrenzung und der Inspektion der Rüstungen geschaffen würde, die beide Teile Deutschlands und die ihnen benachbarten Staaten einschließt.

Das deutsche Volk selbst ist in stärkstem Maße daran interessiert, daß für die Truppen, die von den USA, der UdSSR, England und Frankreich in dieser Zone stationiert werden, eine Höchstzahl festgelegt wird.

Das Interesse an der eigenen Sicherheit gebietet unserem Volke auch, dafür einzutreten, daß Atomwaffen und die dazugehörigen Spezialeinheiten in der Zone der Rüstungsbeschränkung keinen Raum haben.

Eine gemeinsame Inspektion der Staaten, die am Abkommen beteiligt sind, darunter auch die beiden deutschen Staaten, hat die Einhaltung der Verpflichtungen zur Rüstungsbeschränkung in dieser Zone zu überwachen.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Verwirklichung dieses Vorschlages ein wichtiger Schritt zu einem System der kollektiven Sicherheit in Europa wäre, das einen langen und dauerhaften Frieden garantiert. Bei der gegebenen Sachlage ist für eine solche Friedenssicherung in erster Linie eine Verständigung der Großmächte über die Abrüstung erforderlich. Deshalb liegt es im nationalen Interesse aller Deutschen, die sich anbahnende internationale Verständigung über die Abrüstung nicht zu stören, sondern mit allen Mitteln zu fördern.

Von Gegnern der Abrüstung und des Friedens wird erklärt, es gäbe keine Abrüstung auf Kosten der deutschen Einheit. Mit dieser konfusen Behauptung wollen die Anhänger der NATO die Abrüstung torpedieren, um die Aufrüstung noch fieber-

hafter voranzutreiben. Damit aber verhindern sie die Wiedervereinigung. In Wirklichkeit dient jede Abrüstungsmaßnahme und jede Verminderung der Spannungen auch der Annäherung der beiden deutschen Staaten und der Wiedervereinigung. Die Aufrüstung hingegen kann dem deutschen Volk nur eine Einheit, die Einheit im Massengrab und in der Atomwüste bringen. Die nach den Pariser Verträgen betriebene Aufrüstung geht auf Kosten des Lebens der Nation. Aber nur ein lebendiges Volk, dessen friedliche Zukunft gesichert ist, kann sich der Wiedervereinigung freuen. Darum bahnen Verständigung und Abrüstung auch den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands.

Es gibt einen einfachen Weg, jeden Schritt zur Unterstützung der Abrüstung auch zu einem Schritt der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu machen: Das sind Verhandlungen zwischen den Deutschen selbst. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hat der Bundesregierung in Bonn vorgeschlagen, daß sich beide Teile Deutschlands in einem Abkommen verpflichten, jede Anwendung von Gewalt zu unterlassen und nur mit friedlichen Mitteln für die Wiedervereinigung Deutschlands zu wirken; dann ist auch der Weg frei für eine Verständigung über die Zahl der eigenen bewaffneten Kräfte in beiden Teilen Deutschlands. Für jeden Deutschen guten Willens ist einleuchtend, daß durch eine solche Verständigung ein Schritt zur Abrüstung und zugleich zur Wiedervereinigung Deutschlands getan wird.

Wenn die Regierungen beider deutscher Staaten die Einstellung jeder Vorbereitung eines Atomkrieges in Deutschland fordern, werden sie das ganze deutsche Volk in bester nationaler Einheit hinter sich haben. Wenn beide Regierungen die alliierten Großmächte auffordern, einer solchen vereinbarten Beschränkung der Rüstungen in Deutschland zuzustimmen und ihre Einhaltung zu kontrollieren, so würden sie damit der internationalen Verständigung und Abrüstung zweifellos einen großen Dienst erweisen. Für niemanden aber kann zweifelhaft sein, daß jeder Schritt zur Verständigung der Deutschen über die Abrüstung auch die Spannungen in Deutschland vermindern, die gegenseitige Annäherung fördern und den Tag näherbringen wird, da Deutschland auf der Grundlage des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts wiedervereint wird. Aus nationaler Verantwortung für Deutschland ebenso wie aus internationaler Verantwortung für den Frieden der Welt

wiederhole ich daher meine Mahnung an alle Deutschen, an alle verantwortungsbewußten Männer und Frauen in den Parlamenten und Regierungen beider deutscher Staaten und auch an den Präsidenten der Bundesrepublik, Professor Dr. Heuß, alles zu tun, was von deutscher Seite die internationale Verständigung über die Abrüstung fördern, und alles zu unterlassen, was sie stören kann. Tun wir auf deutschem Boden den nächsten möglichen Schritt zur Verständigung über die Begrenzung und Kontrolle der bewaffneten Kräfte in beiden deutschen Staaten, und es wird das ein erster, aber überaus wirksamer Schritt zur Wiedervereinigung unseres Volkes in einem demokratischen und friedliebenden Deutschland sein.

(ADN 17. 4. 56)

23.

Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an Bundeskanzler Dr. Adenauer zur Saarfrage

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die Bevölkerung des Saargebietes hat am 23. Oktober 1955 das „Europäische Saarstatut“ verworfen und damit die Lösung des Saargebietes von Deutschland verhindert. Die hierdurch entstandene Lage eröffnet begründete Aussichten auf eine Regelung der Saarfrage, die mit dem Willen der Saarbevölkerung und des ganzen deutschen Volkes übereinstimmt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat stets daran festgehalten, daß das Saargebiet deutsches Territorium ist. Auf Grund der Abstimmung vom 23. Oktober 1955 erwartet das deutsche Volk die Aufhebung aller Maßnahmen, die das Saargebiet in das Hoheits- und Wirtschaftsgebiet Frankreichs einbeziehen, sowie die Anerkennung und Respektierung des Saargebietes als deutsches Territorium.

Selbstverständlich muß die Lösung der Saarfrage die Ansprüche Frankreichs auf Sicherheit sowie den Ausgleich berechtigter wirtschaftlicher Interessen berücksichtigen.

Die von der Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit der Regierung Frankreichs geführten Verhandlungen verfolgen aber das Ziel, auch das Saargebiet auf dem Wege des Anschlusses an die Deutsche Bundesrepublik in den Nordatlantikpakt einzubeziehen. Das widerspricht dem Willen der Saarbevölkerung, wie er in der Volksabstimmung am 23. Okto-

ber 1955 zum Ausdruck gekommen ist. Dieser Wille ist offensichtlich auf eine Wiedervereinigung in einem demokratischen und friedliebenden Deutschland, auf internationale Entspannung und Verständigung und auf die Schaffung kollektiver Sicherheit in Europa gerichtet.

Das Haupthindernis auf dem Wege zur demokratischen und friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands besteht in den Pariser Verträgen. Das von der Saarbevölkerung zurückgewiesene Saarstatut diene der Remilitarisierung Westdeutschlands. Jetzt soll die Einbeziehung des Saargebietes in die Deutsche Bundesrepublik wiederum zur Aufrüstung Westdeutschlands beitragen.

Die friedliebenden Kräfte unseres Volkes sind gegen die Wiederkehr der Herrschaft des Militarismus in Westdeutschland. Sie wollen nicht, daß die Regelung der Saarfrage die Wiedervereinigung erschwert; ihr Wille ist es, die Regelung der Saarfrage als einen Ausgangspunkt für die Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten zu benutzen.

Nur durch das Zusammenwirken der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Deutschen Bundesrepublik unter Hinzuziehung von Vertretern der Regierung des Saargebietes kann die Auffassung des deutschen Volkes über den Weg zu einer dauerhaften Lösung der Saarfrage wirksam zum Ausdruck gebracht und eine den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes entsprechende Regelung der Saarfrage erreicht werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt daher der Regierung der Deutschen Bundesrepublik die Aufnahme gemeinsamer Beratungen über die Saarfrage unter Hinzuziehung von Vertretern der Regierung des Saargebietes vor. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist zu solchen Beratungen ohne Bedingungen bereit; sie erwartet die gleiche Bereitschaft von der Regierung der Deutschen Bundesrepublik.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich an die Regierung des Saargebietes mit dem Vorschlag gewandt, sich für eine gemeinsame Beratung der Saarfrage durch die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik, der Deutschen Bundesrepublik und des Saargebietes zu erklären. Die Aufnahme gemeinsamer Beratungen von Vertretern der Regierungen der gegenwärtig in Deutschland bestehenden beiden deutschen Staaten und der Regierung des Saargebietes

würde vor aller Welt den festen Willen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit zum Ausdruck bringen und ein bedeutungsvoller Schritt der Annäherung und Verständigung über den Weg zur Wiedervereinigung ganz Deutschlands zu einem friedlichen, demokratischen, unabhängigen und einheitlichen deutschen Staat sein.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Berlin, den 5. Mai 1956

O. Grotewohl
Ministerpräsident

(ADN 5. 5. 56)

24.

Aus dem Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Ney

Das Schreiben des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, an den Ministerpräsidenten des Saargebietes, Dr. Hubert Ney, hat ähnlichen Wortlaut wie das Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer.

Der Schluß des Briefes lautet:

„Die Aufnahme gemeinsamer Beratungen von Vertretern der Regierungen der gegenwärtig in Deutschland bestehenden beiden deutschen Staaten und der Regierung des Saargebietes würde vor aller Welt den festen Willen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit zum Ausdruck bringen und ein bedeutungsvoller Schritt der Annäherung und Verständigung über den Weg zur Wiedervereinigung ganz Deutschlands zu einem friedlichen, demokratischen, unabhängigen und einheitlichen deutschen Staat sein.

Im Interesse einer Annäherung und Verständigung zwischen den Regierungen des Saargebietes und der Deutschen Demokratischen Republik und der Herstellung von Kontakten und engen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und der Deutschen Demokratischen Republik zur Förderung der friedlichen Wiedervereinigung aller Teile Deutschlands schlägt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor, einen ständigen bevollmächtigten Vertreter der Regierung des Saargebietes am Sitz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin zu er-

nennen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, ebenfalls einen bevollmächtigten Vertreter mit dem Sitz bei der Regierung des Saargebietes in Saarbrücken zu entsenden.“

(ADN 5. 5. 56)

25.

Interview des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, vom 12. Mai 1956 zu Abrüstungsfragen und zur Wiedervereinigung Deutschlands

Frage : Sie haben im Auftrage des Zentralkomitees der SED auf der 3. Parteikonferenz erklärt, daß es möglich sei, in Europa den Frieden zu erhalten. Können Sie mir sagen, wie nach Meinung der SED der Friede in Europa gesichert werden kann?

Antwort : Die SED ist tatsächlich der Meinung, daß in Europa ein Krieg verhindert werden kann. Das ist jedoch in hohem Maße abhängig von der Arbeiterklasse und den Friedenskräften in Westdeutschland. Die Vorschläge der Sowjetunion für die Abrüstung und für die Schaffung einer Zone der kontrollierten Rüstungsbeschränkung in Europa, deren Zentrum Deutschland wäre, wurden von breiten Kreisen der Bevölkerung in Westdeutschland begrüßt. Tatsache ist jedoch, daß heute in Westdeutschland die Militaristen bereits gut organisiert sind, während man das von den Friedenskräften noch nicht sagen kann. Daher kommt es, daß in einer Situation, wo die Mehrheit der Bevölkerung der Welt für die Abrüstung ist, in Westdeutschland eine Regierung an der Macht ist, die die Aufrüstung betreibt. Die Adenauer-Regierung hat offenkundig die Absicht, nach Aufstellung der westdeutschen NATO-Armee eine „Politik am Rande des Krieges“ zu führen. In diesem Zusammenhang hat die westdeutsche Bevölkerung eine tiefe Beunruhigung ergriffen, weil ihr inzwischen klargeworden ist, daß Westdeutschland als Hauptbasis der NATO am furchtbarsten unter den modernen Waffen leiden würde. Deshalb bemüht sich die Bonner Regierung, den Menschen einzureden, Westdeutschland sei von den Staaten des Friedenslagers bedroht. Durch die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik für Entspannung erscheinen auch alle Lügen über angebliche An-

griffsabsichten der Sowjetunion und anderer Staaten des sozialistischen Lagers völlig unglaublich. Wenn sich Westdeutschland bedroht fühlt, braucht es nur auf die Vorschläge einzugehen, in Europa eine Zone der Abrüstung zu schaffen, zu der Deutschland und die angrenzenden Staaten gehören, und daß zwischen allen europäischen Staaten ein Vertrag über kollektive Sicherheit abgeschlossen wird. Dadurch würde der friedliche Aufstieg Deutschlands gesichert und Deutschland seinen Platz als gleichberechtigter Staat neben den anderen großen Staaten in der Welt einnehmen. Das ist der einzige reale Weg für das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa und für den Aufstieg Deutschlands.

Die Adenauer-Partei hat sich auf ihrem Stuttgarter Parteitag gegen eine Politik des Friedens und der Abrüstung und für die Fortsetzung der halsbrecherischen NATO-Politik erklärt. Das zeigt, daß die Führung der Adenauer-Partei in der Denkweise des deutschen Imperialismus befangen ist, der bekanntlich schon zweimal die Welt erobern wollte. Diese Militaristen in der Führung der Adenauer-Partei sind unfähig, das reale Kräfteverhältnis in der Welt und in Europa einzuschätzen. Sie leiden an derselben Krankheit wie Hitler und Göring. Es kommt hinzu, daß sie Illusionen über die Meinung des amerikanischen und englischen Volkes haben. Die Herren glauben, das amerikanische oder englische Volk sei bereit, sich für die deutschen Revanchisten zu opfern und einen Atomkrieg auf sich zu nehmen.

Die Verhinderung eines Krieges in Europa und die Sicherung des Friedens sind möglich, wenn sich die Arbeiterklasse in ganz Deutschland gegen den gemeinsamen Feind, den deutschen Militarismus, einigt und wenn alle friedliebenden Menschen in Deutschland die Politik der Abrüstung unterstützen. Nachdem auf dem Stuttgarter Parteitag der Adenauer-Partei klar geworden ist, daß diese Partei gegen die Abrüstung ist, ist es Zeit, in einer geschlossenen Front gegen die Politik dieser Partei aufzutreten. Die friedliebende Bevölkerung in Westdeutschland hat die Kraft, eine solche Zusammensetzung des Parlaments herbeizuführen und eine solche Regierung zu erzwingen, die die Abrüstung unterstützt, für das Verbot der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland eintritt, sich für den Abzug aller ausländischen Truppen und für eine Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik über die Stärke, den Stand und die Be-

waffnung der polizeilichen und militärischen Kräfte in Deutschland einsetzt.

Frage: Wie beurteilen Sie Brentanos Erklärung, daß die Wiedervereinigung die Voraussetzung für die Abrüstung sei?

Antwort: Ein Außenminister, der eine solche Erklärung abgibt, zeigt nur, daß er keinerlei Verständnis für die reale Lage in Deutschland und in Europa hat. Ebenso stur, wie die Vertreter der Adenauer-Partei anläßlich der Genfer Konferenz erklärten, die Wiedervereinigung Deutschlands müsse darin bestehen, ganz Deutschland der NATO anzugliedern, so wollen sie jetzt durch die Stellungnahme gegen die Abrüstung die Wiedervereinigung verhindern und die Aufrüstung beschleunigen.

Frage: Warum ist die Abrüstung die Voraussetzung für die Wiedervereinigung?

Antwort: Es ist eine unbestreitbare, durch Dokumente belegbare Tatsache, daß die Spaltung Deutschlands durch die Verwandlung Westdeutschlands in die Hauptbasis des Nordatlantik-Kriegspaktes unerhört vertieft wurde. Die Wiedervereinigung Deutschlands, die jedem Deutschen am Herzen liegt, erfordert also, daß der Militarismus in Westdeutschland gebändigt wird und eine westdeutsche Regierung gebildet wird, die bereit ist, einem Vertrag für kollektive Sicherheit in Europa beizutreten, wodurch die militärischen Gruppierungen in Europa überflüssig werden. Beide deutschen Staaten könnten sich dann auch verständigen über ihre Stellungnahme zu einem gerechten Friedensvertrag.

Wenn die Adenauer-Partei erklärt, die Wiedervereinigung müsse der Abrüstung vorausgehen, so bestätigt sie damit wiederum, daß sie die Wiedervereinigung nicht will, denn Deutschland kann doch nur als friedliebender, demokratischer und fortschrittlicher Staat wiedervereinigt werden, nicht aber als NATO-Basis. Die Erklärung der Adenauer-Partei bedeutet, daß sie unter der Maske der Wiedervereinigung aus ganz Deutschland eine NATO-Basis machen möchte. Deshalb sollen die ausländischen Truppen und amerikanischen Stützpunkte beibehalten und die Herrschaft der Militaristen in Westdeutschland erhalten werden. So unsinnig diese Politik ist, so bedauerlich ist es, daß solche Gegner der Wiedervereinigung, wie sie in der Führung der Adenauer-Partei sitzen, noch immer in Westdeutschland bestimmen.

Daß die Adenauer-Partei gegen die Wiedervereinigung ist, beweist ihre ganze Politik. Ihre Führung hatte sich angewöhnt, bei Wahlen oder in schwierigen Situationen Märchen zu erzählen, daß die Sowjetunion gegenüber dem deutschen Militarismus doch nachgeben werde. Zuerst wurde von der „Politik der Stärke“ gesprochen. Adenauer glaubte damals, mit Atomgeschützen, die am Rhein stationiert sind, Eindruck zu erwecken. Später erzählte er den Bundestagsabgeordneten, daß der Sowjetunion in Asien kleine Konzessionen gemacht werden könnten, wofür die Sowjetunion dann dem deutschen Militarismus Konzessionen machen müsse. Als sich auch das als Legende erwies, erzählte Adenauer Geschichten über die „Krise in der Sowjetunion“. Seitdem er selbst in Moskau war, hat er auch das aufgeben müssen. Jetzt erzählt er umgekehrt von der Gefahr des Kommunismus. In Wirklichkeit fürchtet die Führung der Adenauer-Partei etwas ganz anderes, nämlich die Entspannung und die Meinung vieler Menschen in Westdeutschland, daß es einen Weg zu einem dauerhaften Frieden gibt. Gegenwärtig, wo die Krise der NATO weithin sichtbar ist, sucht Adenauer seinen Anhängern neue Hoffnungen auf die „Politik der Stärke“ zu machen, in der Hoffnung, die Sowjetunion unter Druck zu setzen. Dabei beruft sich Adenauer auf das österreichische Beispiel. Aber für alle müßte es klar sein, daß dieser Vergleich keiner Kritik standhält. Österreich war und bleibt ein einheitlicher Staat. Aber auf dem Territorium Deutschlands bestehen zwei Staaten, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik. Westdeutschland gehört bekanntlich der NATO an, während Österreich keinem imperialistischen Militärpakt angehört. Westdeutschland wird von den Militaristen beherrscht, die die Völker schon in zwei Weltkriege gestürzt haben, während Österreich ein Opfer der deutschen Aggression war. Die österreichische Regierung erklärte sich für eine Entspannung und erhebt keine Einwendungen gegen die Schaffung einer Zone zur Minderung der Rüstungen in Europa. In Österreich gefährdet nicht der Militarismus die Neutralität des Landes, aber in Westdeutschland bestimmen die Militaristen die Außenpolitik. Daraus ergibt sich, daß die Bändigung des deutschen Militarismus und die Abrüstung Voraussetzungen der Wiedervereinigung sind. Durch die Abrüstung und die Herbeiführung der kollektiven Sicherheit in Europa kommen sich beide Staaten näher und wird die Vereinigung erleichtert. Wenn die Adenauer-Partei auf ihrem

Stuttgarter Parteitag gegen die Abrüstung auftrat und für die NATO-Politik und Aufrüstung, dann sprach sie sich sowohl gegen die Sicherung des Friedens wie gegen die Wiedervereinigung aus.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die westdeutschen Wähler bei den bevorstehenden Bundestagswahlen daraus entsprechende Schlußfolgerungen ziehen werden.

Frage: Wie ist nach Ihrer Meinung die Wiedervereinigung Deutschlands möglich?

Antwort: Die 3. Parteikonferenz hat auf diese Frage klar geantwortet: Die Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Sache der Deutschen selbst und kann nur durch die Verständigung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik erreicht werden. Nur weltfremde Leute wollen nicht die Existenz von zwei deutschen Staaten erkennen. Da jedoch die Deutsche Demokratische Republik sowohl wie die Bundesrepublik eine Realität sind, kann nur durch eine Annäherung und Verständigung der Vertreter beider Staaten die Wiedervereinigung vorbereitet werden. Die Adenauer-Partei behauptet dagegen, die Wiedervereinigung sei Angelegenheit ausländischer Mächte. Damit soll der Widerwille der herrschenden Kreise in Westdeutschland gegen die Wiedervereinigung verdeckt werden. Die Bonner Regierung weiß selbstverständlich sehr gut, daß die Regierung der USA gegen die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden und demokratischen Staat ist, weil sie Westdeutschland als ihre Hauptmilitärbasis in Europa halten will. Wer ehrlich die Wiedervereinigung will, der muß also mithelfen, den Einfluß der militaristischen Kreise in Westdeutschland zu überwinden, denen die Interessen der amerikanischen Regierung höher stehen als die nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Einige westdeutsche Politiker stellen die Frage, welcher Preis für die Wiedervereinigung gezahlt werden müsse. Wir sind der Meinung, daß die Wiedervereinigung kein Geschäft ist, bei dem die Frage von Preisen steht. Das Volk will das wiedervereinigte Deutschland als ein friedliebendes, demokratisches Deutschland. Das bedeutet, daß bei der Wiedervereinigung eine kleine Gruppe von Militaristen und Kriegsinteressenten draufzahlen muß, solche Leute wie Herr Globke, General von Manteuffel, Herr Pferdenges, Hitlers und Adenauers Finanzspezialist Abs und ähnliche Leute. Denen wird es ihre Stellung kosten. Wir verstehen, daß Leute wie Pferd-

menges die Frage des Preises der Wiedervereinigung stellen, weil sie fürchten, daß diese ihnen ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung kostet. Aber ist das ein Schaden für das Volk?

Wenn Herr Adenauer erklärt, man müsse die Meinung Moskaus erkunden, so ist das doch nicht ernst gemeint. Adenauer war selbst in Moskau und hat dort mit seinen eigenen Ohren gehört, daß die Sowjetregierung der Meinung ist, die Wiedervereinigung sei „Sache der Deutschen selbst“. Es gibt nur einen Partner für die Wiedervereinigung, das ist die Deutsche Demokratische Republik. Wer also ehrlich die Wiedervereinigung will, der muß den einzig realen Schritt dazu tun, das sind Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik. Wie soll bei Besprechungen zwischen den Großmächten über die deutsche Frage etwas herauskommen, wenn sich die Vertreter der beiden deutschen Staaten nicht selbst verständigen? Wir Sozialisten haben wiederholt unsere Bereitschaft erklärt, auch mit Herrn Adenauer zu verhandeln. Adenauer und zuletzt auch der Stuttgarter Parteitag haben das abgelehnt. Das zeigt ihre Gegnerschaft gegen die Wiedervereinigung. Es ist also damit vor dem ganzen deutschen Volk klageworden, daß man zunächst innere Voraussetzungen für die Wiedervereinigung schaffen muß, indem sich die Kräfte des Volkes gegen den deutschen Militarismus zusammenschließen und bei den Bundestagswahlen der Adenauer-Partei eine Niederlage bereitet wird.

Frage: Wie kann nach Ihrer Meinung schon jetzt eine innerdeutsche Entspannung herbeigeführt werden?

Antwort: Eine innerdeutsche Entspannung ist nicht nur dringend notwendig, sondern auch möglich. Nachdem der Stuttgarter Parteitag der Adenauer-Partei die sture Fortsetzung der NATO-Politik proklamiert hat, ist es höchste Zeit, daß durch eine Volksbewegung für die Abrüstung und für einen dauerhaften Frieden die innerdeutsche Entspannung erzwungen wird. Manche westdeutschen Politiker wollen von der großen Aufgabe der Entspannung ablenken durch Betrachtungen über Fragen des Verkehrs. In Wirklichkeit erfordert die Entspannung die Einstellung des „kalten Krieges“, den Verzicht auf die Unterminierung der Deutschen Demokratischen Republik, wie sie gewissermaßen symbolisch im Bau des amerikanischen Spionagetunnels zum Ausdruck kam. Wer ehrlich den Frieden und die Annäherung der beiden deut-

schen Staaten will, der muß auf die Verschwörung gegen die Deutsche Demokratische Republik verzichten und in der entscheidenden Frage der Sicherung des Friedens zu Verhandlungen und zur Verständigung bereit sein.

Was könnte bei den Verhandlungen herauskommen?

Beide deutsche Regierungen könnten sich über die Begrenzung der militärischen Streitkräfte verständigen.

Beide deutsche Regierungen könnten sich verpflichten, die Wehrpflicht nicht einzuführen.

Beide Regierungen könnten sich, wie das die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereits vor längerer Zeit vorgeschlagen hatte, darüber verständigen, daß sie sich für ein Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden einsetzen.

Beide Regierungen könnten sich verpflichten, jede Kriegshetze zu bekämpfen und die Verbreitung solcher Literatur zu unterbinden, die der Rassenhetze und der Völkerhetze dient. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund könnten sich verständigen über die gemeinsame Vertretung der Arbeiterinteressen, insbesondere über die schrittweise Einführung des Siebenstundentages sowie der 40-Stunden-Woche in bestimmten Zweigen der Industrie.

Entsprechen diese Vorschläge nicht völlig den Interessen der Volksmassen in Westdeutschland? Die Führung der Adenauer-Partei tut jedoch alles, damit der Volkswille unterdrückt wird. Deshalb stimmen wir mit den Auffassungen der Sozialdemokratie, der FDP und des BHE überein, daß die Wahlen zum Bundestag zur „Generalabrechnung mit der Führung der Adenauer-Partei“ werden müssen, wie einige bürgerliche Politiker sagten. Wenn sich die Mehrheit des Volkes bei den Bundestagswahlen in Westdeutschland gegen die NATO-Politik der Adenauer-Partei, gegen die von amerikanischen Interessen geleitete Außenpolitik Adenauers entscheidet und ihren Willen für Frieden, Demokratie, Einheit Deutschlands und Fortschritt zum Ausdruck bringt, dann wird am Horizont die Möglichkeit der Festigung des Friedens und der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu einem friedliebenden und demokratischen Staat sichtbar. Das wäre der entscheidende Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa.

(Neues Deutschland, Berlin 13. 5. 56)

**Interview des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz,
mit „Rudé Právo“, Prag,
zu Fragen der Abrüstung und der kollektiven Sicherheit**

Siehe Nummer 226

**Interview des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz mit „Le Monde“ vom 23. Mai 1956
zu Fragen einer gesamtdeutschen Saarregelung
sowie zu anderen internationalen Problemen**

Siehe Nummer 399

26.

**Erklärung
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
zu den großen nationalen Fragen unseres Volkes,
abgegeben durch Ministerpräsident Otto Grotewohl
vor der Volkskammer am 29. Mai 1956**

Verehrte Abgeordnete der Volkskammer!
Meine Damen und Herren!

Das Hauptkennzeichen der gegenwärtigen internationalen Entwicklung ist das erfolgreiche Streben der Friedenskräfte nach Entspannung, Verständigung, Sicherheit und friedlicher internationaler Zusammenarbeit der Staaten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und alle friedliebenden Deutschen begrüßen mit Genugtuung, daß in der letzten Zeit eine spürbare Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen eingetreten ist. Das erfüllt unser Volk mit Zuversicht für die Zukunft und ermuntert die friedliebenden Kräfte Deutschlands in ihrem Kampf für die Festigung des Friedens und die nationale Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fühlt sich aus diesem Anlaß verpflichtet, wie schon so oft in entscheidenden Stadien der Entwicklung, zu den großen nationalen Fragen unseres Volkes Stellung zu nehmen.

Heute besteht eine große Zone des Friedens, die sowohl sozialistische als auch kapitalistische Länder umfaßt. Es gibt keine verhängnisvolle Unvermeidbarkeit von Kriegen mehr.

Die Friedenskräfte in der Welt sind stark und mächtig, und sie sind kraft und willens, der Welt den Frieden zu sichern. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten setzen sich immer mehr durch und werden allmählich zum bestimmenden Faktor der internationalen Beziehungen. Der Wille der Volksmassen nach Entspannung, Verständigung und friedlicher Zusammenarbeit kann von den imperialistischen Kräften nicht mehr mißachtet werden. Das zeigen mit besonderer Deutlichkeit die letzten internationalen Ereignisse.

Der Besuch und die Verhandlungen der sowjetischen Staatsmänner in Großbritannien und ebenso die Reise des französischen Regierungschefs nach der UdSSR haben aller Welt klar und deutlich vor Augen geführt, daß viele Möglichkeiten zur Verständigung und zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten vorhanden sind. Natürlich konnten nach den langen Jahren des „kalten Krieges“ und des Mißtrauens nicht alle politischen Meinungsverschiedenheiten bei der ersten Zusammenkunft überwunden und nicht alle erörterten Fragen sofort gelöst werden.

Das Positive an den Verhandlungen der sowjetischen Staatsmänner mit den leitenden Persönlichkeiten Großbritanniens, Frankreichs und anderer Staaten besteht darin, daß offen und rückhaltlos miteinander gesprochen und aufrichtig nach einer Annäherung der Standpunkte gesucht wird. All das sind wichtige Schritte, die eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens schaffen und Verständigung und Entspannung erleichtern. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt persönliche Kontakte und ehrliche, aufrichtige Verhandlungen der Staatsmänner, weil sie dem Frieden und der Verständigung dienen.

Wer solche Verhandlungen ablehnt und sie als wertlos und wenig nützlich bezeichnet, dient damit nicht der notwendigen Verständigung der Völker und der Entspannung der internationalen Beziehungen. Wer, wie Herr Adenauer, bemüht ist, der Welt die Ergebnislosigkeit solcher Gespräche einzureden, der beweist damit nur, daß er sich nicht verständigen, sondern seine Konzeption der „Politik der Stärke“ in sturer Weise fortsetzen will.

Allerdings reisen auch die Vertreter der Bundesrepublik in aller Welt herum und führen Besprechungen. Ihre Verhandlungen dienen jedoch nicht der Entspannung, der Verständigung und dem Frieden, sondern der Fortsetzung der westdeutschen

Aufrüstungspolitik und der Ausdehnung des Einflusses des deutschen Imperialismus.

Der westdeutsche Außenminister, Herr Brentano, reiste vor wenigen Wochen ebenfalls nach London. Daß seine Verhandlungen ohne positive Ergebnisse blieben, ist kein Wunder. Er mußte es sich sogar gefallen lassen, daß seine Äußerungen über die angebliche Ergebnislosigkeit des Besuches der sowjetischen Staatsmänner in London von dem englischen Außenminister öffentlich richtiggestellt wurden. Würde Herr Brentano für die Abrüstung und die friedliche Zusammenarbeit der Staaten im Interesse des Friedens und der Entspannung eintreten, könnte er sicherlich mit besseren Resultaten nach Hause zurückkehren.

Die von Bonn betriebene Politik der Stärke und des „kalten Krieges“, die im völligen Widerspruch zu den wirklichen politischen Verhältnissen der Welt steht und über den Dachfirst des Bundestages in Bonn um keinen Zentimeter hinausragt, führt zur weiteren Isolierung der Bundesrepublik und schließlich in eine ausweglose Sackgasse. Die schematisch wiederkehrenden und zu nichts verpflichtenden Versicherungen der Regierungen anderer NATO-Staaten, daß ihre Deutschlandpolitik mit der Politik der Adenauer-Regierung voll übereinstimme, sind Produkte ihrer Verlegenheit.

Die Lösung der Deutschlandfrage wird durch solche Erklärungen nicht gefördert. Sie tragen nur dazu bei, die gesamtdeutsche Verständigung zu erschweren und hinauszuzögern.

Im Gegensatz zu solchen Erklärungen steht die Tatsache, daß die Bonner Verfechter der „Politik der Stärke“ Niederlage auf Niederlage einstecken müssen. Die Welt will eben nicht zum drittenmal „am deutschen Wesen genesen“. In Westdeutschland fordern immer breitere Kreise eine gründliche Revision der Bonner Politik. Alle Welt will Entspannung. Darum ist das Bemühen der herrschenden Kreise der Bundesrepublik um die kampfhaft fortgesetzte der bankrotten „Politik der Stärke“ ohne jede Perspektive. Die Pariser Kriegsverträge, die die Grundlage der Remilitarisierung Westdeutschlands bilden, fesseln Westdeutschland an den Nordatlantikkpakt und bilden ein unüberwindliches Hindernis für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Sie sollen die Bevölkerung Westdeutschlands davon abhalten, die Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes in die eigenen Hände zu nehmen. Im Artikel 2 des Generalvertrages ist vereinbart, daß sich die drei Westmächte die alleinige Entscheidungs-

befugnis in den wichtigsten nationalen Fragen Deutschlands, der Frage der Wiedervereinigung und des Abschlusses eines Friedensvertrages, vorbehalten. Die Pariser Verträge legen demnach fest, daß die Deutschen über ihre eigenen Angelegenheiten nicht verhandeln dürfen. Schon allein daraus ergibt sich, daß eine Politik, die auf einem derartigen schmachvollen und antinationalen Vertrag beruht, keinerlei Perspektive haben kann.

Wir erklären noch einmal mit allem Nachdruck: Die Verständigung der Deutschen aus Ost und West unseres Vaterlandes über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und alle damit zusammenhängenden Fragen ist und bleibt die ureigenste Angelegenheit der Deutschen selbst. Es gibt keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Wer sie daran zu hindern versucht, verletzt die souveränen Rechte unseres Volkes. Wer die Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik ablehnt, wird vor der Geschichte nicht bestehen können. Das deutsche Volk kennt die Gefahren, die aus der „Politik der Stärke“ erwachsen, und wird es nicht zulassen, daß der Weg des „kalten Krieges“ weiter beschritten wird. In beiden Teilen Deutschlands erwartet die Bevölkerung, daß sich auch in Deutschland die Politik der Entspannung durchsetzt, damit endlich die Verständigung der Deutschen untereinander herbeigeführt werden kann.

Gegenwärtig ist die Bonner Regierung dabei, der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands neue Hindernisse in den Weg zu stellen. Dem Bundestag wurde vor wenigen Wochen ein Gesetzentwurf über die Einführung der Wehrpflicht unterbreitet. Die übergroße Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung will die Einführung der Wehrpflicht nicht. Das ist auch nicht verwunderlich. Das Verlangen nach Entspannung und Verständigung ist unvereinbar mit dem Aufbau einer neuen großen Kriegsmaschinerie. Was die Einführung der Wehrpflicht für die weitere Entwicklung Deutschlands bedeutet, ist jedem klar. Sie dient der Herrschaft des deutschen Militarismus. Das bedeutet die Verschärfung der internationalen Lage und die weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

Die Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland und die zwangsweise Organisierung des Bruderkrieges bewirkt — und das ist das Furchtbare für uns Deutsche — neuen Tod, Vernichtung und Elend.

Es ist darum sehr wohl zu verstehen, wenn sich beachtliche politische Kreise Westdeutschlands um die Verhinderung der Einführung der Wehrpflicht bemühen. Diese Entwicklung zeigt aber gleichzeitig, wie unsere Auffassungen und Gedanken immer mehr Menschen in Westdeutschland an sich ziehen und in den Grundfragen der deutschen Nation zu einigen beginnen. Wir begrüßen diese Entwicklung mit großer Sympathie und sehen darin die Bestätigung für die Richtigkeit der Politik der Deutschen Demokratischen Republik in der Frage der Festigung des Friedens und der Wiedervereinigung. Das nötigte die Bundesregierung, eine besondere Denkschrift auszuarbeiten und dem Bundestag vorzulegen. Sie trägt die Überschrift „Warum brauchen wir die Wehrpflicht?“. Die Verfasser dieses Dokuments haben einen großen Aufwand bei der Verdrehung von Tatsachen getrieben und waren auch nicht sparsam im Auftischen alter und neuer Lügen. Der fragwürdige Charakter dieses Dokuments hebt aber gerade den Widerspruch hervor, der zwischen der internationalen Entspannung und der sich anbahnenden Verständigung einerseits und der Bonner Aufrüstungspolitik andererseits besteht.

Es ist für die „Politiker der Stärke“ heute nicht mehr so einfach, die Menschen in das Netz ihrer Kriegspläne zu verstricken. Das zeigt auch diese Blanksche Denkschrift, die in erster Linie eine Neuauflage der längst zur Lächerlichkeit gewordenen Hetze gegen die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik bringt.

Sie stellt erneut die nun schon bald prähistorische Lüge in den Vordergrund, daß die Sowjetunion die Bundesrepublik, Frankreich, England, Italien und andere Staaten bedrohe und die Völker dieser Länder dauernd der Gefahr eines sowjetischen Angriffs aussetze.

Während Eisenhower auf der Genfer Konferenz seine Überzeugung von der Friedensliebe der Sowjetunion zum Ausdruck brachte, während Eden die Entschlossenheit der Sowjetunion zur Erhaltung des Friedens nicht zu bezweifeln wagte und der französische Ministerpräsident Mollet kürzlich erklärte, von der Sowjetunion drohe keine Kriegsgefahr, erdreisten sich die reaktionären Kreise der Bundesrepublik, zur Rechtfertigung ihrer eigenen aggressiven Pläne in der übelsten Art und Weise die Sowjetunion und ihre Führer und Völker zu verleumden. Es ist noch nicht lange her, als Herr Adenauer, der jetzt wieder die Sowjetunion als „Todfeind“ bezeichnet,

nach seiner Rückkehr aus Moskau erklärte, daß er die Überzeugung gewonnen habe, daß die Sowjetunion wirklich nach einem Sicherheitssystem strebe und eine Periode wünsche, in der sie nicht soviel für die Aufrüstung ausgeben müsse. Dieser Erklärung setzte Herr Adenauer ausdrücklich hinzu, man müsse die Bemühungen der sowjetischen Staatsmänner als eine Realität in der Außenpolitik bewerten.

Weder diese Erklärung noch die weiteren von Herrn Adenauer getroffenen Feststellungen, daß mit der Vereinbarung des Austausches von Botschaftern zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ein Zustand beendet werde, der ein starkes Element der Unsicherheit gewesen sei, sind mit den Lügen und der Sowjethetze in der Blankschen Denkschrift zu vereinbaren.

Um auf jeden Fall die Aufstellung einer neuen großen Wehrmacht zu erreichen, scheuen die Verfasser der Denkschrift auch nicht vor der Anwendung eines üblen Taschenspielertricks zurück. Sie behaupten, daß die Sowjetunion entschlossen sei, die Atomwaffe anzuwenden, und verschweigen wider besseres Wissen den Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR, daß die Sowjetunion die Atomwaffe nicht als erster Staat anwenden werde. Herr Blank argumentiert weiter, daß die westlichen Staaten gegenwärtig noch durch die Überlegenheit ihrer Atomwaffen geschützt werden; das aber könne sich ändern, und deswegen müsse die Bundesrepublik maximal aufrüsten. Dazu ist zu sagen, daß erstens die sogenannte westliche Welt von niemandem bedroht wird, und zweitens ist es reichlich antiquiert, von der Überlegenheit der westlichen Staaten auf dem Gebiete der Atomwaffen zu sprechen.

Es ist kein Geheimnis, daß die Sowjetunion, die in großem Umfang zur friedlichen Nutzung der Atomenergie übergegangen ist, sich mit unermüdlicher Beharrlichkeit bemüht, ein Verbot der Massenvernichtungswaffen und ihre Ausschaltung aus den Rüstungen der Staaten sowie die Vernichtung der vorhandenen Bestände zu erreichen. Die Westmächte hingegen sind es, die bisher ein Übereinkommen über alle diese Fragen verhindert haben.

In Blanks Denkschrift findet sich auch die Behauptung, daß es trotz der Atomwaffen noch in keinem Land zu einer nennenswerten Verringerung der Kampftruppen gekommen sei; das zeige die Berechtigung des Anspruches der Bundesrepublik auf eine Bundeswehr in der vorgesehenen Stärke von

500 000 Mann. Auch dieses Argument ist nicht stichhaltig. Es ist allgemein bekannt, daß die Staaten des Warschauer Vertrages bereits im Jahre 1955 die Stärke ihrer Truppen um rund 1 000 000 Mann herabgesetzt haben, davon allein die Sowjetunion um 640 000 Mann. Vor wenigen Tagen hat die Sowjetregierung einen Beschluß veröffentlicht, ihre Streitkräfte bis zum 1. Mai 1957 um weitere 1 200 000 Mann zu reduzieren. Das sind unbestreitbare Tatsachen, die von dem ehrlichen Willen der sozialistischen Staaten zur Entspannung und Verständigung zeugen.

Wir sind davon überzeugt, daß diese Entwicklung der Bonner Militärpolitik noch manche Sorge bereiten wird. Dieser neue sowjetische Friedensschritt wird auch einen gewaltigen Einfluß auf das Streben der Völker zu einer allgemeinen Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen ausüben.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt es, daß die Sowjetunion ein so hervorragendes Beispiel in der Abrüstungsfrage gibt, und weist in diesem Zusammenhang besonders hin auf die Reduzierung der sowjetischen Truppen um 30 000 Soldaten, die auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert sind. Wir empfehlen den Regierungen der Westmächte, einen gleichen Schritt zu tun. Das würde in bedeutendem Maße zur weiteren Entspannung in den internationalen Beziehungen beitragen und den Abschluß einer allgemeinen Abrüstungsvereinbarung der Staaten erleichtern. Das würde auch dem deutschen Volk zeigen, wer seine Interessen schätzt und ehrlich berücksichtigt. Wir danken jedenfalls der Regierung der Sowjetunion, daß sie ihre Abrüstungsvorschläge gleichzeitig in bezug auf die Verringerung ihrer Truppen in Deutschland in die Tat umsetzt.

Mögen die westlichen Besatzungsmächte den gleichen Weg gehen. Sie machen damit nicht nur ihre Soldaten und Angehörigen glücklich, sondern sie ersparen dadurch auch dem deutschen Volke viel Kosten und Aufwendungen und helfen ihm dadurch, auch auf dem Wege der Entspannung und Verständigung vorwärtszukommen.

Die Bundesregierung beziffert in ihrer Denkschrift die Stärke der geplanten westdeutschen Streitkräfte mit 500 000 Mann, wobei sie sich auf vertragliche Verpflichtungen beruft, die in einem Geheimabkommen zu dem nie in Kraft getretenen EVG-Vertrag enthalten sind. Es ist reine Demagogie, wenn es in der

Denkschrift heißt, daß die festgesetzte Höchststärke zugleich auch die vorgesehene Mindeststärke der künftigen westdeutschen Truppen sei. Aus der Denkschrift geht klar hervor, daß neben den regulären 500 000 Mann NATO-Truppen weitere Verbände für die sogenannte bodenständige Verteidigung aufgestellt werden sollen. Westdeutsche Zeitungen berichten vom geplanten Aufbau einer weiteren 500 000-Mann-Armee als sogenannte Miliz.

Natürlich kann die Denkschrift der Bundesregierung nicht einen einzigen stichhaltigen Grund für die Notwendigkeit der Wehrpflicht in Westdeutschland und der Aufstellung einer westdeutschen Armee liefern. Sie wird aber der Bevölkerung Westdeutschlands — und besonders den westdeutschen Jugendlichen — zu denken geben und zur Gegenwehr wachrufen. Die Denkschrift offenbart mit aller Deutlichkeit: Die Bundesregierung ist bestrebt, um jeden Preis den Weg der Remilitarisierung und der Aufrüstung Westdeutschlands fortzusetzen. Sie wendet sich gegen die Entspannung, gegen die Verständigung und damit gegen den Frieden in Deutschland und in Europa. Dieser Weg ist gefährlich und führt in eine neue Katastrophe, wenn er nicht rechtzeitig abgeschnitten wird. Das ist die große Aufgabe einer breiten Volksbewegung in ganz Deutschland gegen Militarismus und Krieg, für Entspannung, Verständigung, Frieden, kollektive Sicherheit und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Die reaktionären Kräfte Westdeutschlands wollen ganz Deutschland an die NATO ketten. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß die NATO ein manövrierunfähiges leckes Schiff ist, das dem Untergang geweiht ist.

In Frankreich wächst die Unzufriedenheit mit der NATO, und die französische Regierung trägt sich mit dem Plan einer NATO-Revision. Auch in England ist ähnliches zu beobachten. Vor kurzem brachte der Staatssekretär im englischen Außenamt, Nutting, die Bereitschaft Großbritanniens für die Auflösung der NATO zum Ausdruck. Dulles wird mit seinen Reden über wirtschaftliche und kulturelle Zielsetzungen der NATO plötzlich beim Wort genommen. Die Grundkonzeption des NATO-Systems hat sich längst als haltlos erwiesen. Das Gerede von der militärischen Bedrohung verfängt nicht mehr.

Die Brüchigkeit des NATO-Systems zeigt sich auch im Verhalten der skandinavischen Länder, die sogar, soweit sie der NATO angehören, sich gegen die Erhöhung der Rüstungs-

budgets wenden. Das Parlament von Island forderte bereits den Abzug der amerikanischen Truppen. Im Mittelmeerraum geraten die sich widersprechenden Interessen der NATO-Staaten immer mehr in offenen Widerstreit. Und in Westdeutschland zeigt sich die Unzufriedenheit mit dem NATO-Kurs der Bundesregierung bis in die Reihen der noch übriggebliebenen Regierungsparteien hinein.

Da das ganze NATO-System auf der Lüge von der Bedrohung durch die Sowjetunion aufgebaut ist, war der beginnende Zerfall der NATO unvermeidbar, sobald die Völker begriffen, daß von einer Bedrohung durch die Sowjetunion überhaupt keine Rede sein kann.

Adenauer aber führt trotzdem die ganze Bundesrepublik auf das sinkende NATO-Schiff, das dem Untergang geweiht ist. Am liebsten möchte er ganz Deutschland das gleiche Schicksal bereiten. Daraus aber wird nichts! Die Deutsche Demokratische Republik ist heute eine so starke und unüberwindliche Bastion des Friedens, daß alle Versuche zur Regelung der Deutschlandfrage in dieser Art unwiderruflich und für alle Zeiten zum Scheitern verurteilt sind.

Die Friedenskräfte in Deutschland werden verhindern, daß die Deutschen abermals nach einer furchtbaren Katastrophe zum Strandgut der Geschichte werden. Die Friedenskräfte in Deutschland werden alles tun, um das machtvolle und stolze Schiff des Friedens, der Verständigung und der Völkerfreundschaft in eine glückliche Zukunft zu steuern. Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik ist im Verlaufe der Entwicklung längst bestätigt. Unser Weg des Friedens und der Verständigung war, ist und bleibt richtig. Auf diesem Wege werden wir weiterhin unerschütterlich und unaufhaltsam vorwärtsschreiten.

Herr Adenauer hat wiederholt erklärt, daß die Ausdehnung der Bundesrepublik auf ganz Deutschland von den Westmächten unterstützt wird. Die Aufgabe seiner Politik bestünde nun noch darin, auch die Sowjetunion für diese Art der Wiedervereinigung zu gewinnen. Diese Haltung des Herrn Adenauer ist eine erfolglose Spiegelfechterei. Er kennt die Erklärung der Sowjetregierung.

Er weiß, daß die friedliche Wiedervereinigung auf Grund der sowjetischen Erklärungen ohne Sicherheit und ohne die Annäherung beider deutscher Staaten nicht möglich ist. Versucht Herr Adenauer trotzdem, den Eindruck hervorzurufen, daß

seine Aufrüstungspolitik zur Wiedervereinigung führt, dann handelt es sich hier nicht nur um eine Politik der Illusionen, sondern in erster Linie um eine für das deutsche Volk und für den Frieden Europas überaus gefährliche Politik.

Auch in Westdeutschland ist die Erkenntnis gewachsen, daß die Aufrüstungspolitik Adenauers nicht zur Wiedervereinigung führt. Das findet seinen Ausdruck in dem Verlangen nach einer aktiven Wiedervereinigungspolitik. Die Unzufriedenheit mit der Deutschlandpolitik der Adenauer-Regierung erfaßt beinahe alle Kreise in Westdeutschland. Selbst in der Partei des Bundeskanzlers konnte nicht verhindert werden, daß auf dem Stuttgarter Parteitag diese Kritik — wenn auch sehr vorsichtig — vorgetragen wurde. Zahlreiche westdeutsche Zeitungen werfen der Regierung vor, daß sie jeden als Kommunisten oder Nationalisten zu diffamieren versucht, der eigene Gedanken für die Herbeiführung eines Gesprächs zwischen Vertretern beider deutscher Staaten äußert. Die Diffamierung und Terrorisierung der Friedens- und Verständigungsfreunde trägt aber nur zur eigenen Isolierung bei, denn die Stimmen, die zu einer Verständigung der Deutschen untereinander rufen, werden immer zahlreicher und drängender.

Es wird ganz richtig festgestellt, daß um eine Regelung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik nicht herumzukommen ist.

Das Volk sieht die Dinge real an. Es versteht, daß die Verhandlungen nicht zu umgehen sind und daß diese Verhandlungen gleichberechtigt geführt werden müssen. Die jetzige Überheblichkeit der regierenden Kreise Westdeutschlands bringt sie in eine lächerliche Lage. Das fällt sofort auf, wenn man aufmerksam auf die Stimme des Volkes hört. In naher Zukunft wird eine solche Politik die regierenden Kreise Bonns zur völligen Isolierung führen.

Einige weitsichtige politische Persönlichkeiten in Westdeutschland sagen schon jetzt: Je später die regierenden Kreise in Bonn zu dem Gedanken von Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik kommen, desto schlechter wird es für sie sein, denn ihre Verhandlungspositionen werden dadurch schwächer und schwächer werden. Man kann nicht umhin, diesen klugen Bemerkungen beizupflichten.

Die Behauptung Adenauers, daß ein Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen erst gegeben ist, wenn der Westen stark genug ist, ist eine gröbliche Irreführung des deutschen Volkes.

Sie soll nur die Fortsetzung der Aufrüstungspolitik ermöglichen und verhindern, daß es zu einer Entspannung und damit zum Scheitern der Pläne der westdeutschen Imperialisten kommt.

Neben der auch in Westdeutschland sich anbahnenden politischen Neuorientierung sind es einige wirtschaftliche Probleme Westdeutschlands, die zu einer Neuorientierung drängen. Zu Pfingsten hat die Bank Deutscher Länder den Diskontsatz abermals um ein Prozent erhöht. Eine Diskonterhöhung und die damit verbundene Krediteinschränkung sind in der kapitalistischen Wirtschaft immer das Zeichen dafür, daß die Konjunktur zu Ende geht.

Hier kündigt sich eine Entwicklung an, die wir immer vorausgesagt haben. Die Hamburger „Welt“ vom 22. Mai 1956 schrieb, daß die Diskonterhöhung „ein Schlag gegen die Konjunktur“ sei. Hier wird offensichtlich Ursache und Wirkung verwechselt. Die Diskonterhöhung ist kein Schlag gegen die Konjunktur; sie ist das Zeichen für das unvermeidbare Ende einer Prosperität, die auf Kosten der Werktätigen vor allem durch Rüstungen künstlich verlängert werden soll. In der Nervosität und Unsicherheit unter den führenden Bonner Wirtschaftsexperten und Politikern kommt deutlich die Furcht vor der nahenden Krise der westdeutschen Wirtschaft zum Ausdruck. Nach der ergebnislos abgebrochenen nächtlichen Kabinettsitzung vom Donnerstag (24. Mai, d. H.) kann man von tiefgreifenden persönlichen und sachlichen Meinungsverschiedenheiten in der Adenauer-Regierung sprechen. Wirtschaftsminister Erhard, Finanzminister Schäffer und das gesamte Direktorium der Notenbank wollten zurücktreten. Adenauer will die Diskonterhöhung rückgängig machen.

In diesem Gegeneinander der Meinungen zeigen sich deutlich die gegensätzlichen Interessen westdeutscher Kapitalistengruppen. Die einen wollen der Überproduktionskrise entgehen, indem sie den Kredit durch Diskonterhöhung beschneiden; die anderen suchen den Ausweg vor der Krise in einer hemmungslosen Aufrüstung, zu der eine Krediteinschränkung nicht paßt. Einig sind sich die Herren von Kohle und Stahl lediglich nur darin, die berechtigten Forderungen der westdeutschen Gewerkschaften nach Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit abzulehnen. Man kann heute schon sagen: Das „Wirtschaftswunder“ beginnt seinem Ende entgegenzugehen.

Die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, die sich ständig und ohne Konjunkturschwankungen entwickelt, kennt solche Sorgen nicht. Wir stehen am Beginn des zweiten Fünfjahrplanes. In diesem neuen Fünfjahrplan hat sich die Deutsche Demokratische Republik das Ziel gesetzt, bis zum Jahre 1960 die Produktion der Produktionsmittelindustrie um 60 Prozent und die Produktion der Konsumgüterindustrie um 40 Prozent zu steigern.

Durch Anwendung der höchsten Technik und Automatisierung wollen wir das Weltniveau nicht nur erreichen, sondern überschreiten.

Die Ausweitung und Entwicklung unserer Landwirtschaft wird die Produktion pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse weiter heben und die Ernährungsbasis steigern. Der Reallohn wird bis 1960 um etwa 30 Prozent steigen, die Arbeitszeit wird in der Industrie auf sieben Stunden vermindert, die soziale Betreuung der Kranken und Alten wird verbessert, und viele andere Verbesserungen zur Hebung des Lebensstandards werden folgen. 44 Milliarden DM werden aus den Erträgen unserer Arbeit für Investitionen aller Art Verwendung finden und die Grundlagen für weiteres Anwachsen des Wohlstandes schaffen. Dabei wirken bei uns weder kapitalistische Profit-sucht noch die Gesetze von Zins oder Diskontsatz. Bei uns wirkt das Gesetz, das die Sache der Arbeit zu einer Sache der Ehre und des Ruhmes macht. Das aber ist eine Kraft, die imstande ist, alle Hindernisse, die sich dem Aufbau einer sozialistischen Friedenswirtschaft entgegenstellen, zu überwinden.

So konnte trotz der lang andauernden Kälteperiode die Produktion im I. Quartal 1956 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gesteigert werden. Die planwirtschaftliche Entwicklung unserer Industrie und Landwirtschaft garantiert das ständige Wachstum des friedlichen Wohlstandes unserer Bevölkerung. Daß wir auch gerade in den letzten Monaten in dieser Frage weitere Fortschritte gemacht haben, beweist eine ganze Zahl von Beschlüssen und Verordnungen, die bereits in den ersten Monaten des ersten Jahres unseres zweiten Fünfjahrplanes in Kraft getreten sind. Ich erwähne die Beseitigung der sechsten Nachtschicht für Frauen, die neue Lohnregulierung für die Eisenbahn- und Postangestellten, für Beschäftigte der Nahverkehrsbetriebe, für das mittlere medizinische Personal und das medizinische Hilfspersonal mit Fach-

arbeiterprüfung sowie die Neuregelung der Altersversorgung für alle diese Gruppen. Ich erinnere auch an die Aufhebung der Bezugscheine für Berufskleidung unter Beibehaltung der verbilligten Preise.

So verbessern wir in der Deutschen Demokratischen Republik Schritt für Schritt die Lebensbedingungen des ganzen Volkes. Arbeitslosigkeit und Krisen gehören bei uns der Vergangenheit an. Unsere Pläne sind eine reale Tatsache. Sie werden von unseren Arbeitern, Bauern, Wissenschaftlern und Technikern nicht nur zum Nutzen der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht, sondern zum Nutzen des gesamten sozialistischen Lagers.

Vom 18. bis 25. Mai 1956 fand eine Außerordentliche Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Berlin statt.* Auf dieser Tagung, an der die Vertreter aller sozialistischen Länder teilnahmen, wurden Beschlüsse von großer Bedeutung für die Festigung des gesamten sozialistischen Lagers gefaßt. Fragen der Koordinierung der Entwicklung der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft der Teilnehmerländer für die Jahre 1956 bis 1960 in einer Reihe Industrien wurden beraten. Es wurden zwischen den Teilnehmerländern bestimmte Abmachungen über die Höhe der Produktion und die gegenseitige Lieferung der wichtigsten Maschinen, Ausrüstungen, Rohstoffe, Brennstoffe und Lebensmittel getroffen.

Weiterhin wurden Fragen der Entwicklung der Rohstoffbasis für die Eisenmetallurgie, der Förderung von Eisenerzen und Koks-kohle sowie der Produktion von Koks und der Rohstoffbasis für die Buntmetallurgie behandelt.

Perspektivpläne für die Entwicklung der Landwirtschaft und eine bedeutende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wurden aufgestellt. Abmachungen über die weitere Entwicklung der Produktion moderner landwirtschaftlicher Maschinen wurden getroffen. Beschlüsse zur Verbesserung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit durch Erweiterung der unmittelbaren Kontakte zwischen den Teilnehmerländern wurden erörtert und angenommen.

So zeigt sich in stets zunehmendem Maße die unbestreitbare Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsordnung gegenüber der alten Ausbeuterordnung des Kapitalismus.

Darum sind die Arbeiter und Bauern, die Wissenschaftler und Techniker in einem großen Bündnis in der Deutschen

* siehe Nr. 39

Demokratischen Republik zum Aufbau des Sozialismus angetreten in dem unbesiegbaren Bewußtsein, daß sie damit den Grundstein legen für ein gerechtes, demokratisches und friedliebendes Deutschland, in dem alle einmal ruhig, friedlich und glücklich leben können.

Auch die internationalen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik haben sich gut entwickelt. Wir festigen und verbessern ständig die brüderliche und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten, an deren Spitze die Sowjetunion steht. Mit zahlreichen kapitalistischen Ländern unterhält unsere Republik Handelsbeziehungen, die sich zum gegenseitigen Nutzen und Vorteil entwickeln. Dabei sind auch von Bedeutung die Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zu den asiatisch-afrikanischen Ländern.

Unsere friedliebende und demokratische Außenpolitik, die auf der friedlichen Koexistenz und den Prinzipien der Konferenz von Bandung beruht und im Gegensatz zur aggressiven und expansionistischen Außenpolitik des Bonner Staates steht, genießt in der Welt immer größeres Ansehen. Die Festigung unserer internationalen Stellung macht ständig Fortschritte. Das ist das Ergebnis der überall in der Welt wachsenden Erkenntnis, daß die Deutsche Demokratische Republik die friedliebenden und demokratischen Kräfte Deutschlands vertritt und daß ihre friedliebenden und sozialen Prinzipien die Zukunft des deutschen Volkes verkörpern.

Daran können auch die Versuche der Bundesregierung, die erfolgreiche Weiterentwicklung unserer internationalen Beziehungen zu stören, nichts ändern. Wie kurzlebig muß doch die außenpolitische Konzeption der Bundesrepublik sein, wenn sie sich von den NATO-Staaten alle Vierteljahre bestätigen läßt, daß sie die alleinige Vertreterin ganz Deutschlands sei. Wie sehr müssen Brentano und sein Auswärtiges Amt um das Prestige der Bonner Außenpolitik bangen, wenn sie jede Gelegenheit wahrnehmen, zu erklären, daß die Bundesrepublik die diplomatische Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch dritte Staaten mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantworten werde. Es ist kein Geheimnis, daß die westdeutschen Botschafter überall einen Schreck bekommen, wo eine Handelsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik erscheint. Dann sieht man sie dort in den Vorzimmern der Außenminister sitzen, um vor Verhandlungen

mit unseren Handelsdelegationen zu warnen und die Abweisung unserer Vertreter zu verlangen.

Von Erfolgen ihrer für die deutsche Nation beschämenden Bemühungen können sie Herrn Brentano allerdings nicht berichten. Oder ist es etwa ein Erfolg, wenn sie die Antwort einstecken müssen: Es ist nicht die Sache von Bonn, darüber zu entscheiden, mit wem souveräne Staaten verhandeln?

Es dient auch nicht der Verbesserung des internationalen Ansehens der Bundesrepublik, wenn sie die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu den volksdemokratischen Staaten in Europa und Asien ablehnt. Allerdings stößt sie mit dieser Haltung immer mehr auf den Widerstand der Volksmassen und breiter Handels- und Wirtschaftskreise. Seitens der volksdemokratischen Staaten, erst vor wenigen Tagen wieder durch die Tschechoslowakische Republik, wurde mehrfach der Wunsch nach Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik geäußert. Wir würden die Herstellung solcher Beziehungen begrüßen, da sie dem Frieden und der Verständigung der Völker dienen und zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage beitragen.

Wir sind der Auffassung, daß die Voraussetzungen zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den volksdemokratischen Staaten gegeben sind und daß die Bemühungen der Volksdemokratien in dieser Frage der Sache des deutschen Volkes dienen.

Die Deutsche Demokratische Republik steht fest im Leben. Sie ist eine Realität, und niemand kann auf die Dauer an ihrer Existenz vorübergehen. Unsere Staats- und Gesellschaftsordnung entspricht den Interessen des deutschen Volkes und ermöglicht die stetige Verbesserung des Lebens unserer werktätigen Bevölkerung. Wenn Adenauer vor dem Bundesausschuß seiner CDU erklärte, daß die Bundesregierung niemals der Wiedervereinigung Deutschlands zustimmen würde, wenn die Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik weiter bestünden, dann zeugt das von seinem völligen Unvermögen, die Lage real einzuschätzen.

Es muß nochmals hervorgehoben werden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands unvereinbar ist mit der Teilnahme Westdeutschlands an aggressiven Militärpakten.

Nach allem ist ersichtlich, daß immer weitere Gesellschaftskreise der Bundesrepublik diese Tatsache zu begreifen beginnen. Die Regierung Adenauers will sie jedoch nicht

begreifen, sie beharrt auf der Durchführung ihrer kurzsichtigen, unrealen Politik der NATO.

Was die Deutsche Demokratische Republik betrifft, so ist ihre Mitgliedschaft am Warschauer Vertrag kein Hindernis für die friedliche Wiedervereinigung. Von allen Mitgliedstaaten wurde bei der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gebilligt, daß das wiedervereinigte Deutschland nicht an die Verpflichtungen gebunden ist, die vor der Wiedervereinigung von einem Teil Deutschlands in militärpolitischen Abkommen oder Verträgen eingegangen wurden. Eine solche Erklärung gibt es in bezug auf die Mitgliedschaft Westdeutschlands in der NATO und der Westeuropa-Union nicht. Im Gegenteil. Westdeutschland wird der Austritt aus diesen Kriegspakten ausdrücklich verboten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat es schon oft gesagt, und sie wiederholt es heute noch einmal in aller Eindringlichkeit: Die Bindung der Deutschen Bundesrepublik an aggressive militärische Pakte muß beseitigt und die Macht des deutschen Militarismus in Westdeutschland gebrochen werden, damit Deutschland auf friedlicher und demokratischer Grundlage wiedervereinigt wird. Aber wir sehen gegenwärtig, wie die Bundesregierung den Remilitarisierungsprozeß durch die Einführung der Wehrpflicht auf die Spitze treiben will. Dagegen gibt es im gegenwärtigen Augenblick ein wirksames Mittel, das der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Erste Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, in einem Interview vorschlug, nämlich die beiden deutschen Staaten müssen sich gegenseitig verpflichten, von der Einführung der Wehrpflicht Abstand zu nehmen.*

Die friedliche Lösung der Deutschlandfrage erfordert die Schaffung äußerer und innerer Voraussetzungen. Die äußeren Voraussetzungen erblicken wir in Abrüstungsmaßnahmen und in der Bildung eines europäischen Sicherheitssystems, das die Militärblocks überflüssig macht. Als innere Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands betrachten wir die Beseitigung der Macht des deutschen Militarismus in Westdeutschland und die Annäherung und Verständigung beider deutscher Staaten auf dem Wege von Verhandlungen.

* siehe Nr. 25

Die Entspannung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten ist einzig und allein eine Sache der Deutschen selbst und muß vollbracht werden.

Auch zur weiteren Minderung der internationalen Spannungen muß das deutsche Volk seinen Teil beitragen. Sowohl die Regierung der Deutschen Bundesrepublik als auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben die nationale Pflicht, eine Politik zu treiben, die den Interessen unseres Volkes dient und der Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa nützt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist dieser Verpflichtung stets nachgekommen. Zahlreich sind ihre Vorschläge, um eine gesamtdeutsche Verständigung zu erleichtern. Es erscheint mir notwendig, einige dieser Schritte in Erinnerung zu rufen.

Am 25. November 1953 erklärte vor der Volkskammer die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, daß wir jederzeit bereit sind, mit Vertretern Westdeutschlands zu verhandeln über die Regelung des Personenverkehrs zwischen West- und Ostdeutschland, über die Erweiterung des Interzonenhandels, über die Bildung eines Gremiums der namhaftesten deutschen humanistischen Schriftsteller, Verleger, Künstler und Wissenschaftler, das über die Verbreitungsfreiheit für alle deutschen Bücher, Zeitschriften, Filme und andere künstlerische Erzeugnisse auf dem Territorium ganz Deutschlands entscheiden soll.*

Im September 1954 richtete das Präsidium der Volkskammer ein Schreiben an den Präsidenten und die Abgeordneten des Bundestages, in dem Verhandlungen der Vertreter beider Parlamente Deutschlands unter anderem über folgende Fragen vorgeschlagen wurden:

Wiederherstellung der einheitlichen Währung,
Förderung der deutschen Kultur durch die Zusammenarbeit im Rahmen einer entsprechenden gesamtdeutschen Körperschaft mit der Aufgabe, die uneingeschränkte Verbreitung humanistischer Literatur, Filme, Bühnenwerke und ähnliches in ganz Deutschland sicherzustellen und die Verbreitung militaristischer, nazistischer, völkerverhetzender Literatur, Filme usw. zu verhindern.

* siehe Band I, Seite 83

Austausch der Erfahrungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik mit dem Ziel des Abschlusses für ganz Deutschland gültiger Vereinbarungen.

Darüber hinaus erklärten wir uns zur Entgegennahme und Erörterung jedes anderen geeigneten Verhandlungsvorschlages bereit.

Zur Verständigung über die Normalisierung der Lage in Berlin richtete Oberbürgermeister Friedrich Ebert am 25. Juni 1955 ein Schreiben an den Leiter der Westberliner Verwaltung, Herrn Suhr.

Oberbürgermeister Ebert schlug vor, je zwei Vertreter des Magistrats und des Westberliner Senats zu benennen, die über Maßnahmen zum Abbau der Schwierigkeiten, die sich aus der Spaltung der Hauptstadt Deutschlands ergeben, beraten sollten.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo die friedliebenden Kräfte in der Welt Schritte unternehmen, die auf die Lösung der die gesamte Menschheit erregenden Hauptfrage, auf die Abrüstung, gerichtet sind, hielt die Regierung es für notwendig, entsprechende Vorschläge zu Fragen der Abrüstung in Deutschland einzubringen.

Die Schaffung einer kontrollierten Zone der Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen und der Nichtstationierung von Truppenverbänden, die mit Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen ausgerüstet sind, in Mitteleuropa unter Einbeziehung beider Teile Deutschlands und ihrer Nachbarstaaten ist von besonderer aktueller Bedeutung für die Sicherheit in Europa und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Wenn beide Teile Deutschlands einer solchen Zone angehören, würden viele Hindernisse, die der Schaffung eines einheitlichen Deutschlands im Wege stehen, z. B. die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Ausstattung westdeutscher Truppen mit Atomwaffen, die Stationierung ausländischer Streitkräfte, die über Massenvernichtungsmittel verfügen, auf westdeutschem Territorium aus dem Wege geräumt und Bedingungen geschaffen werden, die die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands wesentlich erleichtern.

Das entspricht dem Sinn jener Vorschläge, die die Regierung am 18. Januar 1956 der Volkskammer unterbreitete.* Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik empfahl, daß

* siehe Nr. 170

sich beide deutsche Regierungen für die Schaffung eines Gesamteuropäischen Sicherheitsvertrages und für die Reduzierung der ausländischen Truppen auf deutschem Territorium einsetzen, daß sich beide deutsche Regierungen verpflichten, jede Gewaltanwendung zu unterlassen und die Wiedervereinigung Deutschlands nur mit friedlichen Mitteln zu betreiben, daß beide deutsche Regierungen die Vorbereitung eines Atomkrieges auf deutschem Boden nicht zulassen und ausdrücklich auf die Herstellung von Atomwaffen verzichten.

In den letzten Monaten ist eifrig danach gesucht worden, wie wir die Annäherung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten erreichen und fördern könnten. Dabei spielten eine Rolle auch die Maßnahmen unserer Regierung, die zur vorzeitigen Entlassung von Strafgefangenen geführt haben. Wir taten das, um die Ernsthaftigkeit unseres Bemühens um eine gesamtdeutsche Verständigung zu betonen und um zur Schaffung einer Atmosphäre der Verständigung beizutragen. Nach der inzwischen eingetretenen inneren Festigung unserer Republik, nach ihrer erfolgten Festigung der ökonomischen Verhältnisse, nach der Stabilisierung ihrer inneren politischen Beziehungen und nach der Stärkung ihres internationalen Vertrauens und Ansehens sind die Voraussetzungen geschaffen, diese Frage ohne eine Gefahr für die Republik zu regeln.

Wir haben darum in letzter Zeit einige tausend Verurteilte aus den Gefängnissen entlassen und befinden uns noch in der weiteren Überprüfung. Abschließende Zahlen kann ich darum auch heute der Volkskammer noch nicht unterbreiten. Im Zusammenhang damit haben wir bereits auf der kürzlich stattgefundenen Juristenkonferenz Maßnahmen zur Auflockerung des Strafgesetzbuches in Angriff genommen. Die entsprechende Vorlage wird der Volkskammer in Kürze zugeleitet werden.

In Westdeutschland wird nun behauptet, daß die Strafverbüßung solcher Leute, die sich gegen die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik vergangen haben — andere Inhaftierte gibt es in der Deutschen Demokratischen Republik nicht —, der Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten entgegensteht. Hiergegen ließe sich vieles einwenden. Es ist jedoch das Bestreben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, nichts zu unterlassen, was zu einer Verständigung beitragen könnte. Darauf sind die von ihr getroffenen Maßnahmen gegründet. Aber die Frei-

lassung von Strafgefangenen ist kein Handelsobjekt. Mit der Präsentierung sogenannter Freilassungslisten ist nichts zu erreichen. Der Strafvollzug beruht auf Urteilen unserer Gerichte und unterliegt allein den Organen der Deutschen Demokratischen Republik. Die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Wiedervereinigung Deutschlands können nicht von der Entlassung von Elementen abhängig gemacht werden, die den friedlichen Aufbau der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu schädigen suchten oder sich im Auftrage ausländischer und westdeutscher Geheimdienste gegen die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik vergangen haben.

Wie ungerecht, unverfroren und pharisäisch in der westlichen kapitalistischen Presse, besonders aber in Westdeutschland, gegen die Strafjustiz der Deutschen Demokratischen Republik ununterbrochen gehetzt und wie sie verleumdet wird, ist Ihnen bekannt. Daß in der Deutschen Demokratischen Republik der blutigste Terror rase und kein Mensch seiner Freiheit sicher sei, sind die geläufigsten dieser Verleumdungen.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen einige Zahlen unterbreite, die den lauten Schreiern zur Belehrung dienen mögen.

Im Jahre 1932 betrug die Bevölkerung Deutschlands 65 218 461 Personen. Davon wurden 564 134 Personen verurteilt, das heißt die Zahl der Verurteilten betrug 0,86 Prozent von der Gesamtbevölkerung.

In der Deutschen Demokratischen Republik betrug die Zahl der Straftaten

im Jahre 1953 0,78 Prozent,

im Jahre 1954 0,71 Prozent

und im Jahre 1955 0,60 Prozent.

Also: 0,86 Prozent Verurteilte in der Weimarer Republik, 0,60 Prozent in der Deutschen Demokratischen Republik.

In Westdeutschland ist aber die Zahl der Straftaten auf 3,0 Prozent gestiegen. Noch anschaulicher wird das Bild, wenn wir die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik seit 1949 gegenüberstellen.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Zahl der durch Gerichte Verurteilten seit 1949 um 48,6 Prozent gesunken, während sie in der Bundesrepublik allein bis zum Jahre 1953 um 22,0 Prozent gestiegen ist.

Schauen Sie sich dazu die Tätigkeit der Westberliner Justiz in den Jahren 1951 und 1954 an. Im Jahre 1951 erfolgten insgesamt 75 000 Verurteilungen in Westberlin.

Bis zum Jahre 1954 stieg diese Zahl auf 109 337. Unter den Verurteilten waren 1951 2042 Jugendliche und im Jahre 1954 18 410 Jugendliche. Daraus sehen wir, daß die Zahl der verurteilten Jugendlichen in Westberlin seit 1951 bis 1954 um das Neunfache zugenommen hat.

Diese Zahlen vermitteln interessante Einblicke und Rückschlüsse auf die soziale Basis eines Staates. Vergleichen Sie diese Zahlen miteinander, und Sie werden mir sicher recht geben, wenn ich sage: Es fällt uns außerordentlich schwer, Belehrungen aus Westdeutschland entgegenzunehmen. Westdeutschland sitzt in dieser Beziehung nicht nur in einem empfindlichen Glashaus, sondern in einem üblen Sumpf. Die Prozesse vor den Gerichten der Deutschen Demokratischen Republik beweisen auch, daß es sich bei den Strafgefangenen nicht etwa um Leute handelt, die wegen ihrer politischen Überzeugung verurteilt wurden. Sie trieben Hetze, Wühlarbeit, Spionage und Sabotage gegen den ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat. Würden die Organe der Bundesrepublik die verbrecherische Tätigkeit der auf ihrem Territorium sitzenden ausländischen und inländischen Geheimdienste unterbinden, würden sich alle diese Fragen von selbst lösen.

Aber danach sieht es leider noch nicht aus.

Wir müssen feststellen, daß die Anhänger des „kalten Krieges“ in Westdeutschland interessiert sind, die Spannungen nicht nur weiter bestehen zu lassen, sondern sie sogar noch auszuweiten. Dabei nutzen besonders die in Westdeutschland stationierten amerikanischen Besatzungstruppen mit Hilfe einer Vielzahl von Geheimdiensten alle ihnen durch das Bonner Regime gegebenen Möglichkeiten aus, jeglicher Verständigung entgegenzuwirken.

Die amerikanische Geheimdienststelle Central Intelligence Agency zum Beispiel, die von Allan Dulles geleitet wird und dem nationalen Sicherheitsrat der USA untersteht, unterhält zahlreiche Dienststellen in allen Teilen Westdeutschlands und Westberlins. Von diesen werden Angehörige der Intelligenz im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik abgeworben, werden umfangreiche Spionage gegen die Deutsche Demokratische Republik und die volksdemokratischen Staaten organisiert und Diversanten in diese Länder eingeschleust. Wie die am 4. April 1956 erfolgte Festnahme des Agenten Zaleski erneut beweist, werden diese Elemente mit Schußwaffen, Giften,

gefälschten Dokumenten, Funkgeräten, Schwimmausrüstungen und anderem ausgestattet.

Ein anderer Zweig des amerikanischen Geheimdienstes, das Military Intelligence Detachment, versucht seit langer Zeit mit plumpen Methoden Massenabwerbungen durchzuführen.

Der amerikanische Geheimdienst glaubt, auf diese dummdreiste Weise die Ehre deutscher Menschen kaufen zu können. Die Tatsache jedoch, daß allein in einem Monat 1200 dieser Lockbriefe bei unserer Staatssicherheit abgegeben wurden, beweist, daß die amerikanischen Agentenwerber in der Deutschen Demokratischen Republik auf zunehmende Ablehnung stoßen.

Ich habe im vorigen Jahre in einer Regierungserklärung alle diejenigen, die die Deutsche Demokratische Republik verlassen haben und in Westdeutschland ein sinnloses Leben ohne Arbeit und Zukunft führen, aufgerufen, in die Deutsche Demokratische Republik zurückzukehren und sich eine neue Existenz zu schaffen. Den Personen, die auf den Weg eines Agenten geraten sind, wird auch heute noch zugesichert, daß sie, wenn sie sich selbst stellen, keine Bestrafung zu befürchten haben. Dieser Aufforderung sind inzwischen zahlreiche Personen nachgekommen.

Erst dieser Tage kam ein langjähriger deutscher Angestellter des amerikanischen Geheimdienstes Military Intelligence Detachment in die Deutsche Demokratische Republik zurück und brachte zum Beweis seines ehrlichen Willens den Safe mit den gesamten Unterlagen einer Spionagezentrale mit.

Er gibt als Grund seines Übertritts in die Deutsche Demokratische Republik das anmaßende Benehmen, die Arroganz und Skrupellosigkeit der amerikanischen Besatzer gegenüber der deutschen Bevölkerung an. Die in dem Safe enthaltenen Dokumente beweisen, daß sich die amerikanischen Geheimdienste in Westdeutschland über jegliche Rechtsnormen und nationalen Gefühle hinwegsetzen, als wäre Westdeutschland eine Kolonie des amerikanischen Imperialismus.

Ich überreiche Ihnen, Herr Präsident, eine Anzahl von deutschen Ausweisunterlagen, aus denen sich die Abgeordneten der Volkskammer überzeugen können, in welcher Weise und in welchem Umfang sich diese Geheimdienststellen deutscher Menschen bedienen.

Unter den wichtigen Dokumenten, die in dem der Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik übergebenen amerikanischen Panzerschrank enthalten sind, die noch nicht

alle restlos ausgewertet sind und zum Teil noch übersetzt werden, befinden sich auch 2000 westdeutsche Personalausweise, über 1000 Presseausweise der Bundesrepublik, ebensoviel Ausweise eines Detektivbüros „Heidelberger“, fast 250 Ausweise des Verbandes der Detekteien und Privatauskunfteien und eine Reihe anderer Ausweise. Der überlieferte Panzerschrank zeigt aber auch allen amerikanischen Agenten, daß sie sich in einem Zustand der absoluten Unsicherheit befinden und mit unserem Zugriff jeden Tag rechnen können.

Die Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik haben auf Grund der in ihren Besitz gelangten Unterlagen in den letzten Tagen 137 Agenten des amerikanischen Geheimdienstes in der Deutschen Demokratischen Republik festgenommen. Eine Anzahl weiterer Personen konnte durch das Eingreifen unserer Staatsorgane vor Schaden bewahrt werden.

Neben diesen hier aufgezeigten Tatsachen der verbrecherischen Tätigkeit der ausländischen und Bonner Agentenzentralen, die Bemühungen zur weiteren Entspannung zu stören, gibt es weitere Beweise derartiger Tätigkeit in der jüngsten Zeit. So wurden allein am 25. Mai 1956 134 Ballons in einigen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik aufgefunden, die zum Einflug in die Tschechoslowakische Republik aufgelassen wurden mit Flugblättern in tschechischer Sprache. Diese Ballons trugen eine Last, die Menschenleben und Sachwerte in Gefahr bringen.

Die regierenden Klassen der Bundesrepublik können sich nicht mit der Tatsache abfinden, daß in einem Teil Deutschlands die Macht in die Hände der Werktätigen übergegangen ist, daß die Arbeiter und Bauern Herren ihres Landes geworden sind. Sie fürchten die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik und tun alles, um das Anwachsen ihres nationalen und internationalen Einflusses zu stören. Die regierenden Kreise der Bundesrepublik entfachen böswillige und verleumderische Aktionen gegen die Deutsche Demokratische Republik und ihre Regierung.

Sie scheuen kein Mittel, um das Vertrauen der Werktätigen zu der jungen Volksmacht zu untergraben. Dabei wenden sie Lüge, Verleumdung, Diversionen und Spionage an und greifen dabei zu niederträchtigen und provokatorischen Methoden. Es wurde zum Beispiel bekannt, daß Spionage- und Diversionsorganisationen, die gegen die Deutsche Demokratische Republik arbeiten, den Versuch unternehmen, unserer Jugend Tausende

gefälschter Einberufungen zum Dienst in der Nationalen Volksarmee zuzustellen. Unsere Jugend wird auf solche üblen Provokationen jedoch nicht hereinfallen.

Alle diese Fälschungen sind Versuche, das öffentliche Leben zu desorganisieren und das private Leben der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zu stören. Es ist beabsichtigt, mit diesen Fälschungen die Bevölkerung in Unruhe und in Gegensatz zu staatlichen Behörden zu bringen.

Alle diese Verbrechen liegen auf der gleichen Ebene wie die erst kürzlich ausgehobene Spionageabhörzentrale, der Tunnel in Altglienicke. Es sind schmutzige, unterirdische und dunkle Dinge.

Wenn die Amerikaner und ihre Agenten das Recht haben, ungestört in der Bundesrepublik ihre verbrecherische Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik vorzubereiten, so werden sie das bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik nicht ungestraft tun.

Es steht fest, daß die Tätigkeit der in Westberlin noch existierenden Spionage-, Diversions- und Zersetzungsorganisationen verbrecherischen Zwecken gegen das deutsche Volk und gegen andere Staaten und Völker dient. Die Tätigkeit dieser Organisationen gefährdet das Leben von vielen deutschen Bürgern sowohl in der Bundesrepublik und Westberlin als auch in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Magistrat des demokratischen Berlin, die gesamte Bevölkerung der Republik haben wiederholt das Verbot der Tätigkeit dieser verbrecherischen Organisationen in deutschem Lande gefordert.

Der Magistrat von Groß-Berlin hat sich wiederholt an den Westberliner Senat und an einzelne seiner Leiter mit dem Vorschlag gewandt, Verhandlungen über die Regelung wichtiger Fragen aufzunehmen, die für ganz Berlin und einzelne Gruppen seiner Bevölkerung von Interesse sind. Die Verhandlungsvorschläge des Magistrats enthalten keinerlei Vorbedingungen.

Sie stellen solche Fragen zur Beratung, die im Falle ihrer Lösung zur Verminderung der Spannungen, zur Normalisierung der Beziehungen und zur Verbesserung der politischen und ökonomischen Lebensbedingungen der Berliner Bevölkerung führen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird weiterhin mit allem, was in ihren Kräften steht, zur weiteren Entspannung beitragen, aber wir fordern die Auflösung aller Agentenzentralen in Westdeutschland und West-

berlin. Wir verlangen, daß Schluß gemacht wird mit der Verletzung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und der Verletzung internationaler Abkommen, wie auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens. Wir erheben schärfsten Protest gegen die Gefährdung der Luftsicherheit im Luftraum der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik ist angewiesen, allen diesen Versuchen der imperialistischen Geheimdienste, die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik zu verletzen, entsprechend entgegenzutreten.

Wir rufen die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und die friedliebenden Menschen Westdeutschlands auf, die Wachsamkeit zu erhöhen und die Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik in ihrem schweren Kampf weiter zu unterstützen, weil sie das wirkliche, einzige deutsche Abwehrorgan gegenüber solchen Verbrechen an deutschen Menschen ist.

Ungelöst wäre freilich noch die Frage der Strafgefangenen in der Bundesrepublik. Seit Jahren sind die Friedenskämpfer in Westdeutschland zum Freiwild geworden.

Ganze Organisationen werden verfolgt: die Kommunistische Partei Deutschlands, die Sozialistische Aktion, die Freie Deutsche Jugend, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die Nationale Front des demokratischen Deutschland. Vor den Gerichten der Bundesrepublik laufen über 10 000 Ermittlungsverfahren gegen deutsche Patrioten.

In der Bundesrepublik redet man viel von Freiheit. In der Praxis der Gerichts- und Polizeiorgane der Bundesrepublik werden aber aufrechte deutsche Frauen und Männer vor die Tribunale gezerrt, nur weil sie für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands eintreten.

Darunter befinden sich Kommunisten, Sozialdemokraten, Friedensfreunde aus bürgerlichen Kreisen, Kaufleute, die zur Überwindung der künstlichen Schranken in Deutschland beitragen wollen, Wortführer eines gesamtdeutschen Sports, Gelehrte und Künstler, Jugendliche und Jugenderzieher. Ein Staat, der ein junges Mädchen, das westdeutsche Kinder zu einem Ferienaufenthalt in die Deutsche Demokratische Republik begleitet, ins Gefängnis wirft, gibt kein Beispiel für ein neues Deutschland. Oder wenn die Bundesrepublik davon spricht, daß sie normale Beziehungen mit der Sowjetunion

anstrebt, zugleich jedoch die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft verfolgt, dann handelt sie im Sinne jener alten deutschen Politik, die sich das Vertrauen der Völker dadurch verschert, daß sie stets anders handelte als sprach.

Es würde der Minderung der Spannung in Deutschland dienen, wenn Bonn den Menschen die Freiheit wiedergeben würde, die wegen ihres Eintretens für eine friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands verfolgt und eingekerkert worden sind. Wir fordern Freiheit für die politischen Gefangenen in der Bundesrepublik.

Die im Bundestag vertretenen Fraktionen der westdeutschen Parteien haben in diesen Tagen eine Große Anfrage an die Adenauer-Regierung gerichtet und gefordert, daß die Regierung der Bundesrepublik Aufklärung gibt über Maßnahmen unserer Regierung und über die Tätigkeit der Bonner Regierung zur Überwindung der Spaltung Deutschlands sowie über die Möglichkeiten der Herstellung von Kontakten zwischen Westberlin und dem demokratischen Sektor von Groß-Berlin.

Diese Große Anfrage enthält 23 Punkte und soll morgen im Bundestag in Bonn behandelt werden. Damit das ordnungsgemäß und den Tatsachen entsprechend geschehen kann, haben wir schon heute einige Darlegungen dazu beige-steuert. Leider drängen einige Fragen zu der Schlußfolgerung, daß die Anfrage auf eine Provokation hinausläuft. Andere Fragen legen die Vermutung nahe, daß hier ein neuer Versuch der Irreführung der westdeutschen Bevölkerung unternommen wird.

Trotz alledem scheint uns, daß eine Reihe von Fragen zu der Hoffnung berechtigt, daß diese ganze Aktion ein erster, wenn auch verschämter und schwacher Versuch ist, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, das Bestehen zweier deutscher Staaten anzuerkennen und daraus die einzig mögliche Schlußfolgerung zu ziehen, nämlich die, daß beide deutsche Staaten miteinander ins Gespräch kommen müssen.

Es bleibt zu wünschen, daß die Behandlung der im Bundestag aufgeworfenen Fragen der Ausdruck ernsthafter Bemühungen um eine Annäherung beider deutscher Staaten wird. Auch wenn es nur ein zaghafter erster Schritt wäre, die Probleme des deutschen Lebens gemeinsam zu regeln, würden wir das auf das lebhafteste begrüßen und unterstützen. Auch wir versäumen es nicht, einige weitere Vorschläge dazu beizusteuern.

Die innerdeutsche Entspannung, die wir vertreten, ist nicht nur notwendig, sie ist auch möglich. Dazu ist es erforderlich,

1. daß sich beide deutsche Staaten verpflichten, die Wehrpflicht nicht einzuführen und eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte treffen;
 2. daß sich beide Regierungen gemeinsam oder getrennt für das Verbot der Stationierung von Atomkanonen und anderen Atomwaffen auf deutschem Boden einsetzen;
 3. daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten, der Magistrat von Groß-Berlin und der Westberliner Senat gemeinsam Einspruch gegen die Einschränkung der Souveränität, wie sie durch die Existenz von Spionagezentralen ausländischer Mächte auf Westberliner Boden gegeben ist, erheben;
 4. daß die Verfolgung der antimilitaristischen, demokratischen und der Völkerfreundschaft dienenden Organisationen in Westdeutschland eingestellt wird und die Verfahren gegen Angehörige dieser Organisationen niedergeschlagen und die Betroffenen freigelassen werden;
 5. daß in der Bundesrepublik die Tätigkeit aller militaristischen Verbände und neofaschistischen Organisationen verboten wird, daß der administrative und Gerichtsapparat von nazistischen und antisemitischen Elementen bereinigt wird;
 6. daß sie gegen Kriegshetze, Rassen- und Völkerhetze in beiden Teilen Deutschlands gleiche Strafbestimmungen schaffen zum Schutze der Anhänger des Friedens, der Entspannung und der Verständigung;
 7. daß beide Regierungen ihre Bereitschaft erklären, nach allen Kräften zur Entwicklung handelsökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands beizutragen;
 8. daß nach allen Kräften die persönlichen Kontakte der Abgeordneten der Organe der Volksvertretungen, der Vertreter der politischen Parteien der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik sowie der gegenseitige Austausch von Parlamentsdelegationen gefördert werden.
- Die Deutsche Demokratische Republik ist nach wie vor zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik bereit. Wir erwarten, daß die Abgeordneten des Bundestages unsere Vorschläge ernsthaft prüfen und die Bundesregierung zu gemeinsamen Besprechungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verpflichten. Die Besprechungen könnten sich als erste Aufgabe die Prüfung der beiderseitig aufgeworfenen Fragen durch eine aus Vertretern beider Staaten bestehende Kommission stellen. Wir bestätigen zu all unseren Vorschlägen,

daß wir zu jeder Zeit und in jeder Form bereit sind, Kontakte und Verhandlungen aufzunehmen. Das deutsche Volk will den Frieden und ersehnt die Wiederherstellung seiner nationalen Einheit. Nur durch die Annäherung der beiden deutschen Staaten können die Voraussetzungen für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen werden.

Die Einigung der Deutschen ist die Sache der Deutschen selbst. Nur durch Verhandlungen zwischen Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik kann eine Annäherung erzielt werden.

Wir haben einen ernsthaften Schritt zur Annäherung getan und erwarten nunmehr von der Bundesrepublik ebenfalls einen ernsthaften Beweis, daß auch sie das Nötige tun wird, um auf dem Wege der Verständigung gemeinsam vorwärtszukommen. Die Annäherung der Deutschen ist unerläßlich. Wir wollen sie mit allen brauchbaren Mitteln fördern und stellen dafür von uns aus keinerlei Bedingungen, über die man nicht verhandeln könnte. Wir sind bereit!

(Neues Deutschland, Berlin 30. 5. 56)

27.

Stellungnahme des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands

Ein Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik nahm am 6. Juni 1956 Stellung zu Äußerungen Dr. Adenauers über die Wiedervereinigung Deutschlands im Zusammenhang mit dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Mollet in Moskau. Der Sprecher betonte, daß unter den Bedingungen der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO eine Wiedervereinigung nicht möglich ist. Er verwies auf die Vorschläge in der von Ministerpräsident Grotewohl vor der Volkskammer abgegebenen Regierungserklärung und hob hervor, daß die Wiedervereinigung innere und äußere Voraussetzungen erfordere. Dazu gehören die Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten sowie ein System der kollektiven Sicherheit in Europa. Dieser Standpunkt sei bereits seit längerer Zeit mehrmals klar ausgesprochen worden.

Das jüngste Manöver Adenauers, so sagte der Sprecher, ist vor allem ein Schuß gegen die zur Bonner Kriegspolitik in Opposition stehenden Kreise und gegen diejenigen Kräfte in Frankreich, die ebenfalls für Entspannung und Abrüstung eintreten. Es solle dazu dienen, den Saarschacher zu vertuschen. Diese Manipulationen müßten im Namen des deutschen Volkes energisch zurückgewiesen werden.

(ADN 6. 6. 56)

28.

Interview des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl mit der italienischen Zeitung „Avanti“ vom 19. Juni 1956 zu Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und zu den Botschaften N. A. Bulganins zur Abrüstungsfrage an die Westmächte

Frage: Meinen Sie, Herr Ministerpräsident, daß die Abrüstung eine der entscheidenden Vorbedingungen für die deutsche Wiedervereinigung sein kann?

Antwort: Die Abrüstung würde unzweifelhaft die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern. Eine Abrüstungsregelung, die beide deutsche Staaten einbezieht, würde die Gefahr der Wiederherstellung des Militarismus in Westdeutschland beträchtlich vermindern und damit ein Hindernis beseitigen, das der Errichtung eines einheitlichen und friedlichen Deutschlands im Wege steht.

Frage: Auf welcher Grundlage könnten sich nach Ihrer Meinung die Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten entwickeln, um die Wiedervereinigung Deutschlands in angemessener Zeit günstig zu beeinflussen?

Antwort: Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sollten auf der Grundlage des Strebens nach einem friedliebenden, unabhängigen und demokratischen Deutschland entwickelt werden.

Bekanntlich versucht die Regierung der Bundesrepublik, das Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik zu ignorieren. Deswegen lehnte sie bisher alle Vorschläge ab, die von der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse der Annäherung und friedlichen Wiedervereinigung gemacht wurden. Dabei steht für jeden real denkenden Menschen fest, daß die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands die Annäherung beider deutscher Staaten voraussetzt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärte erst kürzlich vor der Volkskammer, daß die Organe der Deutschen Demokratischen Republik jederzeit bereit sind, gemeinsam mit Vertretern der Bundesrepublik alle strittigen Fragen zu prüfen und zu klären. Sie schlug eine Vereinbarung zwischen beiden deutschen Staaten vor, die Wehrpflicht nicht einzuführen und die Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands zu begrenzen: sich für das Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden und für die Schaffung einer kontrollierten Zone der Abrüstung in Mitteleuropa einzusetzen; gemeinsam gegen die Tätigkeit ausländischer Spionagezentralen zu protestieren; in beiden Teilen Deutschlands gleiche Strafbestimmungen gegen Kriegs-, Rassen- und Völkerhetze zu schaffen; die Verfolgung antimilitaristischer und der Völkerfreundschaft dienender Organisationen in Westdeutschland einzustellen; beiderseits zur Entwicklung der Handels-, Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands beizutragen und die Kontakte zwischen Abgeordneten der Volksvertretungen und den politischen Parteien mit allen Kräften zu fördern.

Das ganze deutsche Volk würde solche Vereinbarungen und Maßnahmen mit tiefer Befriedigung begrüßen und unterstützen.

Frage: Nach dem XX. Kongreß der KPdSU und der 3. Konferenz der SED hat die Diskussion über eine breite Demokratisierung der Deutschen Demokratischen Republik ein internationales Echo hervorgerufen. Welches ist nach Ihrer Meinung die politische Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Perspektiven des zweiten Fünfjahrplanes?

Antwort: Im Verlaufe des zweiten Fünfjahrplanes der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1956 bis 1960 wird unsere Industrieproduktion auf 155 Prozent des Standes von 1955 ansteigen, die landwirtschaftliche Erzeugung wird auf 122 Prozent vom Stande des Jahres 1955 gesteigert und der Lebensstandard der Bevölkerung beträchtlich erhöht. Im gleichen Zeitraum wird die Deutsche Demokratische Republik zur friedlichen industriellen Nutzung der Atomenergie übergehen. Die weitere Hebung der Arbeitsproduktivität wird die Einführung des Siebensturentages in der Industrie ermöglichen.

Nach den Vorschlägen der 3. Parteikonferenz der SED wird der Volkskammer die Aufsicht und Anleitung über die ört-

lichen Volksvertretungen sowie über den Aufbau und die Arbeitsweise der örtlichen Organe der Staatsmacht übertragen, damit die unmittelbare demokratische Mitarbeit aller Schichten der Bevölkerung durch die Entwicklung Ständiger Kommissionen weiter verbessert wird. Weitere Maßnahmen sichern die Inanspruchnahme der demokratischen Rechte der Werktätigen und die strikte Wahrung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Frage: Die Sozialdemokratische Partei Westdeutschlands hat erklärt, daß sie sich gegen die Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland und für die Reduzierung der für die NATO vorgesehenen militärischen Kontingente einsetzen will. Was ist Ihre Meinung über diese Initiative?

Antwort: Wir begrüßen diesen Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, weil er den Bestrebungen für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands entgegenkommt. Mit der Wehrpflicht und einem 500 000-Mann-Heer würden neue Barrieren gegen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands entstehen, die Lage würde sich verschärfen und die Sicherung des Friedens in Europa erschwert werden. Natürlich genügt es nicht, die Reduzierung der westdeutschen Kontingente für die NATO zu fordern. Es müssen die NATO-Verpflichtungen der Bundesrepublik beseitigt und es muß die Remilitarisierung Westdeutschlands verhindert werden. Das wäre durch die Zusammenarbeit der friedliebenden Kräfte Deutschlands leicht zu erreichen. Würden sich die fortschrittlichen Parteien und Massenorganisationen der Werktätigen — insbesondere die Arbeiterparteien und Gewerkschaften — zu gemeinsamen Beratungen zusammenfinden, wäre eine Verständigung über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und zur Förderung der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands jederzeit möglich.

Frage: Wie beurteilen Sie die Botschaft des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, an Bundeskanzler Adenauer?

Antwort: Die jüngste sowjetische Initiative in der Abrüstungsfrage findet die volle Zustimmung des friedliebenden deutschen Volkes, weil sie unseren Wünschen und Lebensinteressen entspricht. Die Sowjetregierung hat mehr als 30 000 sowjetische Soldaten, die auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik stationiert waren, demobilisiert. Sie richtete an die Regierungschefs der Westmächte die Aufforde-

rung, diesem Beispiel nachzueifern und ebenfalls praktische Schritte zur Entspannung der internationalen Situation und zur Abrüstung zu unternehmen. Damit ging die Sowjetregierung die ersten Schritte auf dem Wege, der zu einer bedeutenden Verringerung der ausländischen Streitkräfte und schließlich zu ihrem Abzug aus Deutschland führt.

Der Botschaft des sowjetischen Regierungschefs an den Bundeskanzler kommt in der augenblicklichen Situation besondere Bedeutung zu, weil Adenauer sich anschickt, in Westdeutschland die Wehrpflicht einzuführen und den Weg zur Abrüstung und damit zur Annäherung der beiden deutschen Staaten weiter zu verbarrikadieren. Eine positive Antwort des Bundeskanzlers oder der westdeutschen Regierung an Bulganin würde deren in Worten und Deklarationen oft geäußertes Streben nach der Wiedervereinigung Deutschlands glaubhafter erscheinen lassen. Die Vorschläge N. A. Bulganins zusammen mit den Forderungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betreffen jene Kernprobleme, deren Lösung das deutsche Volk als erste und wichtigste Schritte zur deutschen Wiedervereinigung in Angriff zu nehmen hat.

(Neues Deutschland, Berlin 20. 6. 56)

DIE BETEILIGUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
AN KONFERENZEN MIT DER UDSSR UND
DEN LÄNDERN DER VOLKSDEMOKRATIE

29.

3. Ordentliche Konferenz zur Revision von internationalen Eisenbahnabkommen in Berlin

Vom 1. bis 30. Juli 1955 fand in Berlin die 3. Ordentliche Revisionskonferenz der Abkommen über den Internationalen Eisenbahngüterverkehr (SMGS) und über den Internationalen Eisenbahnpersonen-, Gepäck- und Expreßgutverkehr (SMPS) statt. Teilnehmer waren die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie.

Auf dieser Konferenz wurden die Abkommen und ihre Anlagen überarbeitet; die neuen Bestimmungen treten am 1. Januar 1956 in Kraft.

Ferner wurden auf dieser Konferenz Fragen der Verbesserung der Zusammenarbeit der Eisenbahnen beraten.

30.

Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 7. bis 11. Dezember 1955 in Budapest

In der Zeit vom 7. bis 11. Dezember 1955 fand in Budapest eine Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe statt, an deren Arbeiten Vertreter aller Mitgliedstaaten des Rates teilnahmen, und zwar: Vertreter der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik.

Auf der Tagung des Rates fand ein Meinungsaustausch statt über die Hauptrichtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft der Teilnehmerländer für die nächsten Jahre und über die weitere Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung dieser Länder.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die meisten langfristigen Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen zwischen den Teilnehmerländern des Rates in diesem Jahr ablaufen, hat der Rat Fragen behandelt, die mit dem Abschluß langfristiger Handelsabkommen zwischen den Teilnehmerländern des Rates für die nächste Periode in Verbindung stehen.

Im Rat fand ferner ein Meinungsaustausch statt über die Frage der Spezialisierung und Kooperation der Produktion für einzelne Arten von Maschinen und Industrieausrüstungen in den Teilnehmerländern des Rates zum Zweck der Erhöhung der Serienproduktion, der Verbesserung der Qualität und der Senkung der Selbstkosten der Produktion auf der Grundlage der weiteren Einführung der neuen Technik.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 24/1955)

Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Prag am 27. und 28. Januar 1956

31.

Politischer Beratender Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages einberufen

Gemäß dem in Warschau am 14. Mai 1955 abgeschlossenen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik wurde ein Politischer Beratender Ausschuß geschaffen.

Zwischen den Teilnehmerstaaten des Vertrages wurde ein Übereinkommen über die Einberufung des Politischen Beratenden Ausschusses nach Prag am 27. Januar 1956 erzielt zwecks Behandlung von Fragen und gemeinsamen Maßnahmen, die sich aus dem Warschauer Vertrag ergeben.

(ADN 19. 1. 56)

32.

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Prag

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, die am 26. Januar 1956 in der Hauptstadt der Tschecho-

slowakischen Republik eintraf, wird vom Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, geleitet. Ihr gehören weiter an: der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Nationale Verteidigung, Willi Stoph, und das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Peter Florin.

Zur Begrüßung der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hatten sich auf dem Bahnhof der Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Republik, Viliam Široký, der Erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Nationale Verteidigung, Alexej Čepička, und Außenminister David, die diplomatischen Vertreter der befreundeten Länder, Generale und Offiziere der tschechoslowakischen Armee und viele Prager Bürger eingefunden.

(ADN 26. 1. 56)

33.

Rede des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, in Prag am 27. Januar 1956

Genosse Vorsitzender! Teure Genossen! Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Einberufung des Politischen Beratenden Ausschusses zum Meinungsaustausch über die Lage und die Festlegung von Maßnahmen auf Grund des Warschauer Vertrages.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die ständigen Bemühungen der friedliebenden Staaten, insbesondere der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, um die weitere Minderung der internationalen Spannungen. Die Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte im Juli vorigen Jahres zeugte von der Möglichkeit einer internationalen Verständigung. Die konsequente Durchführung der getroffenen Vereinbarungen ist dringend geboten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war und ist stets ehrlich bestrebt, zur Verständigung und zur Lösung strittiger Fragen auf dem Wege von Verhandlungen beizutragen. Sie hat alle Bemühungen unterstützt, die der internationalen Zusammenarbeit dienen, und gleichzeitig eigene Vorschläge ausgearbeitet. So hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Genfer Außenministerkonferenz der

vier Mächte zur friedlichen Lösung der deutschen Frage folgende konstruktive Vorschläge unterbreitet:

1. Herbeiführung eines Vertrages der europäischen Staaten über kollektive Sicherheit zur Überwindung der bestehenden militärischen Staatengruppierungen, wie ihn die UdSSR vorgeschlagen hat;

2. Gewährleistung einer friedlichen Entwicklung in Deutschland durch die Verhinderung der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und den Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland;

3. Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat durch Annäherung und Verständigung beider deutscher Staaten und Bildung eines Gesamtdeutschen Rates.

Die Deutsche Demokratische Republik hat nicht nur die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu den Staaten des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus vertieft und gefestigt, sondern auch gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz ihre Beziehungen zu anderen Staaten entwickelt. Mit über hundert Ländern unterhält die Deutsche Demokratische Republik einen regen Handelsaustausch, der allen Partnern zum gegenseitigen Vorteil gereicht. Mit 20 kapitalistischen Staaten bestehen langfristige Handelsabkommen. In einer Reihe dieser Staaten bestehen ständige Handelsvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik. Im Interesse der friedlichen internationalen Zusammenarbeit sind die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik in mehr als 70 internationalen Organisationen, Kommissionen und Ausschüssen tätig. Das alles zeigt, daß unser sich ständig festigender Staat der Arbeiter und Bauern immer größere Achtung und Vertrauen unter den Völkern und Staaten erwirbt.

Das deutsche Volk und die Völker Europas sind von ernster Sorge über die große Gefahr ergriffen, die sich aus der Remilitarisierung Westdeutschlands ergibt. Die Verwandlung Westdeutschlands in die Hauptmilitärbasis der NATO und die Durchführung der NATO-Pläne bedrohen das deutsche Volk mit furchtbaren Folgen.

Die Dezemberbeschlüsse des NATO-Ministerrates enthalten Pläne der beschleunigten Aufstellung westdeutscher NATO-Divisionen als Stoßdivisionen, der Aufstellung von Atomwaffen- und Raketenregimentern, der Vorbereitung des Luftkrieges und der schnellen Entwicklung der Rüstungsproduktion. Um den Ernst dieser Entwicklung zu zeigen, weisen wir darauf

hin, daß nach den NATO-Plänen in Westdeutschland die Ausbildung von zwölf Divisionen bis Ende 1957 erfolgen soll.

Darüber hinaus sollen anschließend weitere zwölf Divisionen aufgestellt werden. Der alte deutsche Generalstab ist in Westdeutschland wieder entstanden. Ihm gehören in der Hauptsache Hitlergenerale an, die für die Verbrechen des deutschen Militarismus im zweiten Weltkrieg verantwortlich sind.

Das Bonner Kriegsministerium ist fast ausschließlich mit Offizieren der faschistischen Wehrmacht, in der Hauptsache Generalstäbler, besetzt, die von Hitler mit den höchsten faschistischen Orden und Ehrenzeichen dekoriert worden sind. An der Spitze dieses westdeutschen Militärstabes steht der ehemalige faschistische Offizier Blank, der sich seine ersten Sporen durch die Schaffung reaktionärer Gewerkschaftsorganisationen verdient hat und deshalb als besonders geeignet für die mit der Aufrüstung verbundenen Betrugsmanöver am Volke betrachtet wird. Seine rechte Hand ist der faschistische Generalstabs-offizier Generalleutnant Adolf Heusinger, der von 1931 bis 1944 in der Operationsabteilung des Heeres tätig war und aktiven Anteil an der Ausarbeitung der Überfallpläne Hitlers auf die Nachbarländer Deutschlands hatte. Nach dem Kriege wurde er dafür auf die Kriegsverbrecherliste der UN gesetzt. Im Bonner Kriegsministerium ist als Leiter der Hauptabteilung Streitkräfte Generalleutnant Speidel tätig, der nach der Machtübernahme Hitlers als Chef der Hitlerschen Militärspionage in Paris residierte und 1940 Chef des Stabes der faschistischen Besatzungstruppen in Frankreich wurde. Später verübte er Kriegsverbrechen in der Sowjetunion und in Italien.

Leiter der Ostabteilung des Bonner Außenministeriums ist der Kriegsverbrecher Ministerialdirigent Bräutigam. Während des zweiten Weltkrieges war er an führender Stelle im sogenannten Ostministerium des faschistischen Führers Rosenberg tätig und trägt — wie gerade jetzt durch in der westdeutschen Presse veröffentlichte Dokumente bewiesen wurde — die Mitschuld an der Ermordung Zehntausender friedlicher Bürger der verschiedensten Länder.

Im Personalgutachterausschuß sitzt der bekannte General Kuntzen, der bis 1945 als Leiter des Heerespersonalamtes die hitlertreue Zusammensetzung des faschistischen Offizierskorps überwachte und jetzt den Einfluß der faschistischen Kräfte im westdeutschen Offizierskorps sichern soll.

Die Gefährdung des europäischen Friedens durch den deutschen Militarismus erhöht sich durch die vorgesehene Ausrüstung der westdeutschen Truppen mit atomaren Waffen. Der aggressive Charakter des deutschen Militarismus zeigt sich auch darin, daß in der westdeutschen Wirtschaft die Mitglieder der hitlerischen Rüstungsräte und die Wehrwirtschaftsführer die entscheidenden Positionen in den Händen haben.

Führende Politiker in Westdeutschland fördern den Rassenhaß und propagieren die Eroberung des Sudetenlandes und die Eroberung Schlesiens. Die Remilitarisierung in Westdeutschland dient zugleich den Zielen, gegenüber der wachsenden Opposition in der Bevölkerung die Herrschaft der militaristischen Kräfte des Monopolkapitals und der Junker zu sichern. Die Durchführung der Aufrüstung stößt auf den wachsenden Widerstand in allen Klassen und Schichten. Eine weitverzweigte breite Opposition bildet sich heraus, obwohl ihr noch die einheitliche Führung fehlt. In ihren Reihen befinden sich neben den konsequenten Friedenskämpfern und den anderen Gegnern der militaristischen Reaktion auch Angehörige der Regierungskoalition, die die spürbare Unzufriedenheit der Wählermassen alarmiert hat.

Die Politik des westdeutschen Militarismus wird heute ebenso scheitern, wie sie in der Vergangenheit gescheitert ist. Wie schnell das geschieht, das hängt in hohem Maße von der Entfaltung der Friedenskräfte in Deutschland selbst ab.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat vor der Ratifizierung der Pariser Verträge gewarnt und darauf hingewiesen, daß die Einbeziehung der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union und in das NATO-System die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich macht und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zwingen würde, durch Schaffung nationaler Streitkräfte den Frieden zu sichern und die Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik zu schützen.

Aus tiefer Verantwortung für den Frieden und die Zukunft der deutschen Nation hat die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nunmehr am 18. Januar dieses Jahres einstimmig das Gesetz über die Schaffung einer Nationalen Volksarmee und eines Ministeriums für Nationale Verteidigung beschlossen.

Die Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik wird eine Armee des werktätigen Volkes sein, das den

Frieden ebenso wie seine Freiheit liebt. Alle Angehörigen der künftigen Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik werden im Sinne der Völkerfreundschaft und der heißen Liebe zur Arbeiter-und-Bauern-Macht erzogen und ihre Verpflichtungen erfüllen. Sie werden an vorderster Front auf Friedenswacht stehen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ersucht die Partnerstaaten des Warschauer Vertrages um ihre Zustimmung zur Teilnahme von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik an dem Oberkommando der vereinigten Streitkräfte.

Im Sinne der Vereinbarungen der Regierungschefs der vier Mächte in Genf hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 18. Januar erneut Vorschläge zur Verständigung beider deutschen Staaten unterbreitet. Mit diesen Vorschlägen wird angeregt, daß sich beide deutsche Staaten für einen Vertrag der kollektiven Sicherheit in Europa und für die Verminderung der ausländischen Truppen auf deutschem Boden einsetzen. Vorgeschlagen wird ferner, daß beide deutsche Staaten die Verpflichtung eingehen, sich jeder Anwendung von Gewalt gegeneinander zu enthalten und die Wiedervereinigung Deutschlands nur mit friedlichen Mitteln anzustreben.

Außerdem wurde vorgeschlagen, die Einstellung jeder Propaganda und jeder Vorbereitung des Atomkrieges auf deutschem Boden zu vereinbaren, die Atomwaffen zu ächten sowie beiderseitig auf die Herstellung von Atomwaffen zu verzichten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und alle friedliebenden Kräfte in Deutschland begrüßen die Vorschläge, die vom Politischen Beratenden Ausschuß der Partnerstaaten des Warschauer Vertrages heute beraten werden.

Das deutsche Volk ist an diesen konstruktiven Vorschlägen besonders interessiert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und breite Kreise der Bevölkerung Westdeutschlands sind sich bewußt, daß das Bestehen militärischer Blocks die Beziehungen zwischen den Staaten verschärft und daß durch die Rüstungsmaßnahmen der NATO-Staaten, insbesondere Westdeutschlands, neue Spannungen in Europa entstehen.

Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt den Vorschlag, durch ein System der kollektiven Sicherheit die bestehenden militärischen Gruppierungen zu überwinden. Wenn ein Teil der europäischen Staaten unter Teilnahme der Union

der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika eine diesbezügliche Vereinbarung treffen würde, wäre es ein bedeutender Schritt vorwärts.

Wir begrüßen den Vorschlag auf Errichtung von Zonen in Europa, in denen die Zahl und Verteilung der militärischen Kräfte durch Abkommen zwischen den interessierten Staaten festgelegt wird, und halten es für wünschenswert, daß die Vorschläge der Regierung Großbritanniens, die sie der Genfer Konferenz der Regierungschefs unterbreitete, eingehend erörtert werden.

Einer Vereinbarung über eine Beschränkung der militärischen Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik steht seitens der Deutschen Demokratischen Republik nichts im Wege.

Der Vorschlag auf Abzug oder Verminderung der ausländischen Truppen in beiden Teilen Deutschlands stimmt ebenfalls mit den von mir zitierten Vorschlägen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik überein. Dem Vorschlag einer Kontrolle über die Einhaltung solcher Vereinbarungen stimmen wir gleichfalls zu.

Es ist notwendig, Vereinbarungen darüber anzustreben, daß die Streitkräfte in Deutschland nicht mit Atomwaffen ausgerüstet werden dürfen.

Der Vorschlag, Nichtangriffsverträge zwischen europäischen Staaten abzuschließen, die die Verpflichtung enthalten, alle Streitigkeiten nur auf friedlichem Wege zu lösen, entspricht völlig dem Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Januar 1956, der an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik gerichtet wurde.

Die Deutsche Demokratische Republik wird ihre Bemühungen, auf dem Wege der Verständigung zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und zur Einheit Deutschlands zu gelangen, fortsetzen. Sie wird sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Drohung mit Gewalt enthalten und danach streben, alle internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen. Die Deutsche Demokratische Republik wird alles tun, um ihre Verpflichtungen auf Grund des Warschauer Vertrages zu erfüllen. Das entspricht den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Die gegenwärtige Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses trägt zur Festigung unserer Zusammenarbeit und zur Stärkung des Friedenslagers bei.

Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erkläre ich die Zustimmung zu den vorliegenden Vorschlägen.

(Neues Deutschland, Berlin 28. 1. 56)

34.

Schlußkommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Am 27. und 28. Januar 1956 fanden in Prag die Sitzungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, der in Warschau am 14. Mai 1955 abgeschlossen wurde, statt. An der Arbeit des Politischen Beratenden Ausschusses nahmen folgende Vertreter teil: von der Volksrepublik Albanien M. Shehu, Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Generalleutnant B. Balluku, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Nationale Verteidigung der Volksrepublik Albanien.

Von der Volksrepublik Bulgarien R. Damjanoff, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, Armeegeneral P. Pantschewski, Minister für Nationale Verteidigung der Volksrepublik Bulgarien.

Von der Ungarischen Volksrepublik A. Hegedüs, Vorsitzender des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, Generaloberst I. Bata, Minister für Nationale Verteidigung der Ungarischen Volksrepublik.

Von der Deutschen Demokratischen Republik W. Ulbricht, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Generaloberst W. Stoph, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik.

Von der Volksrepublik Polen J. Cyrankiewicz, Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Marschall K. Rokossowski, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Nationale Verteidigung der Volksrepublik Polen.

Von der Rumänischen Volksrepublik Chivu Stoica, Vorsitzender des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Generalleutnant L. Salajan, Minister für Streitkräfte der Rumänischen Volksrepublik.

Von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken W. M. Molotow, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow, Minister für Verteidigung der UdSSR.

Von der Tschechoslowakischen Republik A. Čepička, Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Nationale Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik, V. David, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Republik.

Als Beobachter der Volksrepublik China nahm Marschall Nieh Jung-tschien, Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der Volksrepublik China, teil.

Den Vorsitz auf den Sitzungen führte der Vorsitzende des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Mehmet Shehu.

Auf Vorschlag des Oberkommandierenden der vereinigten Streitkräfte, des Marschalls der Sowjetunion I. S. Konew, wurden das Statut über das vereinigte Oberkommando erörtert und bestätigt sowie organisatorische Fragen entschieden, die mit der Tätigkeit der vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages verbunden sind.

Es wurde der Vorschlag der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik angenommen, daß nach der Schaffung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik ihre bewaffneten Kontingente in die vereinigten Streitkräfte einbezogen werden. Es wurde ebenfalls beschlossen, daß der Minister für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend der festgelegten Ordnung ein Stellvertreter des Oberkommandierenden der vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sein wird.

Entsprechend dem Warschauer Vertrag, der die Durchführung von Beratungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Vertrages über internationale Fragen vorsieht, die ihre gemeinsamen Interessen berühren, erörterte der Politische Beratende Ausschuß die internationale Lage und kam zu Schlußfolgerungen, die in der Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages dargelegt sind, die von den Vertretern dieser Staaten unterzeichnet wurde. Der Text der Deklaration wird gesondert veröffentlicht.

Es wurden einige organisatorische Fragen erörtert, die mit der Arbeit des Politischen Beratenden Ausschusses verbunden sind.

Es wurden Beschlüsse darüber gefaßt, daß der Politische Beratende Ausschuß je nach Notwendigkeit zusammentreten wird, jedoch nicht weniger als zweimal im Jahr, um die in Verbindung mit der Verwirklichung des Warschauer Vertrages entstehenden Fragen zu erörtern.

Den Vorsitz werden auf den Sitzungen für je ein Kalenderjahr der Reihe nach die Vertreter eines jeden Staates führen, der im Ausschuß vertreten ist.

Beim Politischen Beratenden Ausschuß werden Hilfsorgane mit dem Sitz in Moskau gebildet:

- a) Eine ständige Kommission zur Ausarbeitung von Empfehlungen für außenpolitische Fragen;
- b) ein vereinigttes Sekretariat, dem die Vertreter aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages angehören.

(ADN 28. 1. 56)

35.

Gemeinsame Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 28. Januar 1956

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 14. Mai 1955 — der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien, die in Prag zur Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses zusammengekommen sind, der in Übereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag geschaffen wurde, führten einen Meinungsaustausch über Fragen der internationalen Lage und der Sicherheit in Europa durch. Im Ergebnis dieser Beratung geben sie ihrer völligen Einmütigkeit bezüglich der Einschätzung der internationalen Lage als Ganzes sowie der in Europa entstandenen Lage Ausdruck. Sie sind sich auch über diejenigen Maßnahmen einig, die zur weiteren Minderung der internationalen Spannungen, zur Regelung der ungelösten internationalen Probleme und zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa erforderlich sind.

Das mächtige Streben der Völker zum Frieden führte bereits zu wesentlichen Veränderungen in der internationalen Situation, zu einer bestimmten Minderung der Spannungen in den Beziehungen zwischen den Staaten. Es zeigten sich neue, bisher noch ungenutzte Möglichkeiten für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten und für die Festigung der internationalen Zusammenarbeit, unabhängig von den Unterschieden der gesellschaftlichen Ordnung in den einzelnen Staaten. Die Methode, Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen den Staaten auf dem Wege von Verhandlungen, unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen der Partner und nicht durch Gewaltanwendung oder Drohungen mit Gewalt zu lösen, hat sich bewährt. Gerade deshalb hatten die in der letzten Zeit stattgefundenen Zusammenkünfte führender Staatsmänner, besonders die Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte, große positive Bedeutung für die Gesundung der gesamten internationalen Situation und für die Verringerung der Gefahr eines neuen Krieges.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten in den letzten Jahren zeigte, daß die Politik des Zusammenzimmerns aggressiver Militärblocks, wie Nordatlantikkblock, Bagdad-Block, Militärblock in Südostasien (SEATO), die gegen friedliebende Staaten gerichtet sind, nicht zur Regelung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten beiträgt, sondern diese Meinungsverschiedenheiten vertieft und die Beziehungen zwischen den Ländern verschärft. Das Ergebnis einer solchen Politik ist ein Wettrüsten von noch nicht dagewesenem Ausmaß, insbesondere auf dem Gebiet der Massenvernichtungswaffen — der Atom-, Wasserstoff-, Raketenwaffen und so weiter. Diese Politik hat bereits dazu geführt, daß die Staaten für die Herstellung von Wasserstoff- und Atomwaffen, von Raketenwaffen, Flugzeugen, Kriegsschiffen, Panzern, Artillerie und anderen Waffen gewaltige, immer umfangreichere materielle Mittel aufwenden. Dies alles erhöht zweifellos die Gefahr eines neuen Krieges, der der Menschheit unerhörte Opfer und Leiden bringen würde.

Gleichzeitig damit bedeutet die Beteiligung an den genannten Militärblocks für viele Staaten, die unter dem Druck von außen mit erlaubten und unerlaubten Mitteln in diese Militärblocks einbezogen werden, eine unmittelbare Bedrohung ihrer nationalen Unabhängigkeit, die Gefahr, in Konflikte für fremde Interessen hineingezerzt zu werden, sowie die Gefahr einer

erneuten kolonialen Versklavung derjenigen Völker, die in erbitterten Kämpfen das koloniale Joch abgeschüttelt und die Möglichkeit einer unabhängigen Entwicklung erhalten haben. Es ist kein Zufall, daß immer mehr Staaten die Politik der Schaffung aggressiver Militärblocks und der Verstärkung des Wettrüstens verurteilen. Immer breitere Anerkennung findet das Streben nach gemeinsamen Bemühungen der Staaten im Kampf um den Frieden, für die internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils sowie der friedlichen Koexistenz. Diesem Ziel entspricht auch das Bestreben einer Reihe von Staaten, sich aus aggressiven Militärblocks herauszuhalten und eine Politik der Neutralität zu betreiben.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages begrüßen solche Bestrebungen und sind davon überzeugt, daß eine Unterstützung dieser Bestrebungen die Kräfte des Friedens stärkt und die Kräfte des Krieges schwächt.

Sie bringen ihre Sympathie für die Völker der Länder Asiens und Afrikas zum Ausdruck, die ihr gesetzmäßiges Recht auf eine unabhängige nationale Entwicklung verteidigen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erklären, daß sie die Beschlüsse der Bandung-Konferenz der Länder Asiens und Afrikas voll und ganz unterstützen. Die Teilnehmer der Bandung-Konferenz haben ihre Entschlossenheit bekundet, die Sache des Friedens und des Fortschritts zu verteidigen. Sie haben das Kolonialsystem verurteilt, dem durch den Sieg des großen chinesischen Volkes und die Bildung der Volksrepublik China, die heute eines der mächtigsten Bollwerke des Friedens in der ganzen Welt ist, ein neuer vernichtender Schlag versetzt wurde. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages betonen gleichzeitig die hervorragende Rolle, die bei dieser Konferenz solche Staaten wie Indien, Indonesien, Burma, Ägypten und andere gespielt haben. Sie erklären ihre Bereitschaft, zur Verwirklichung der Beschlüsse der Bandung-Konferenz beizutragen, dabei auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit, die auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils erfolgt, ohne daß dem Partner irgendwelche politischen, militärischen oder andere Bedingungen aufgezwungen werden.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages messen selbstverständlich der Lage in Europa und den Maßnahmen besondere Bedeutung zu, die zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit erforderlich sind. In der gegenwärtigen Situation, in der Europa in gegeneinander gerichtete militärische Gruppierungen gespalten ist, in der das Wettrüsten der Teilnehmerstaaten des Nordatlantikblocks immer größere Ausmaße annimmt, in der Westdeutschland, das in diesen Block einbezogen ist, aktiv remilitarisiert wird, sind die europäischen Völker verständlicherweise um das Schicksal des Friedens in Europa besorgt. Sie erkennen die ganze Gefahr der Vergrößerung der Streitkräfte — der Armeen, der Luftwaffe und der Vorräte an Atom- und Wasserstoffwaffen. Sie sind sich auch darüber im klaren, daß durch das Fortbestehen einer solchen Lage in Europa die Lasten der Kriegsausgaben, die die Völker im Zusammenhang mit dem Wettrüsten zu tragen haben, immer größer werden.

Gerade durch die Erkenntnis der Gefahr, die die Politik der Schaffung aggressiver Militärblocks und des Wettrüstens in sich birgt, ist die Tatsache zu erklären, daß das französische Volk bei den kürzlich durchgeführten Parlamentswahlen diejenigen Kräfte unterstützte, die für die internationale Zusammenarbeit, für die Regelung der noch ungelösten Probleme mit friedlichen Mitteln und für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt eintreten.

Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, die Deutsche Demokratische Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien erklären ihre Bereitschaft, mit allen anderen Staaten bei der Durchführung von Maßnahmen zusammenzuarbeiten, die auf die Festigung der europäischen Sicherheit und auf die Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa gerichtet sind. Sie sind fest entschlossen, auch in Zukunft eine Politik des Friedens und der friedlichen allseitigen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten — den großen und den kleinen — zu betreiben. Dieses ihr Bestreben beruht auf der tiefen Erkenntnis, daß ein neuer Krieg den Völkern ungeheure Opfer kosten und das Territorium vor allem der Staaten verwüsten würde, die zum Schlachtfeld werden. Es entspringt ferner den Erfordernissen der inneren Entwicklung und der Natur dieser Staaten, deren Völker beschäftigt sind mit der Erfüllung grandioser Pläne der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, der Hebung des Wohlstands der Menschen und der allseitigen

Entwicklung der Wirtschaft und Kultur, die es ermöglicht, die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in den Dienst der Menschheit zu stellen.

Im Gegensatz zu diesem Streben der friedliebenden Staaten nach Festigung der Sicherheit in Europa fürchten bestimmte Kreise der Westmächte eine Minderung der internationalen Spannungen und die Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Sie sind offensichtlich bestrebt, die Kriegspsychose zu erhalten und den „kalten Krieg“ fortzusetzen, da sie der Ansicht sind, daß sie nur auf diesem Wege die von ihnen geschaffenen militärischen Gruppierungen in Europa — und nicht nur in Europa — vor dem Zerfall bewahren, das Wettüben fortsetzen und damit das Anwachsen der schon ohnedies hohen Profite der kapitalistischen Monopole sichern können.

Mit ihren marktschreierischen militärischen Programmen und brandstifterischen Erklärungen versuchen die aggressiven Kreise dieser Staaten gleichzeitig die friedliebenden Staaten einzuschüchtern und zu außerordentlich hohen militärischen Ausgaben sowie zur Einschränkung des friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus zu zwingen. Die aggressiven Kreise fürchten die Festigung des Friedens, sie fürchten das Anwachsen des Wohlstands der Völker der friedliebenden Staaten. Dies alles erklärt die Tatsache, daß die Westmächte ein Hindernis nach dem anderen auf dem Weg zur Herbeiführung von Abkommen über die gesamteuropäische Sicherheit errichten und sich weigern, das Problem der Abrüstung und des Verbots der Atomwaffe sowie der Einstellung des Wettübens zu lösen.

Die Völker unserer Länder, die von ihrer Kraft überzeugt und von den großen Siegen beim Aufbau des Sozialismus begeistert sind, lassen sich nicht einschüchtern oder betrügen. Sie stützen sich auf das unüberwindliche Streben der Völker nach Frieden, auf ihre gemeinsame und wachsende Macht. Sie werden auch in Zukunft ihre friedliche schöpferische Politik fortsetzen und aktiv zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker beitragen.

Friedliche Bedingungen der Entwicklung können für die europäischen Völker am besten durch Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das die in Europa bestehenden militärischen Gruppierungen ablösen würde, gewährleistet werden. In dem Bestreben, die Möglichkeit der Schaffung

eines wirksamen Systems der europäischen Sicherheit zu erleichtern, bringen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gleichzeitig ihre Bereitschaft zum Ausdruck, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten Vorschläge zu erörtern, die dieser Aufgabe entsprechen würden.

Diesem Ziel könnte der Abschluß eines entsprechenden Abkommens zunächst zwischen einem Teil der europäischen Staaten, einschließlich der UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs und den USA, sowie die Schaffung einer Zone in Europa dienen, für die durch ein besonderes Abkommen zwischen den interessierten Staaten Stärke und Stationierung von Streitkräften festgelegt würden. In Verbindung damit könnten die entsprechenden Vorschläge erörtert werden, die die Regierung Großbritanniens auf der Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte unterbreitete.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Frage der Schaffung der erwähnten besonderen Zone der Beschränkung und Kontrolle der Rüstungen in Europa, die beide Teile Deutschlands einschließt, sowie die Herbeiführung einer entsprechenden Vereinbarung zwischen den Staaten. Diese Vereinbarung könnte den Abzug beziehungsweise die Begrenzung der Stärke ausländischer Truppen in beiden Teilen Deutschlands sowie die Begrenzung der bewaffneten Kontingente der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik unter Festlegung der erforderlichen Kontrolle über die Einhaltung eines entsprechenden Abkommens vorsehen. Ein solches Abkommen wäre ein wichtiger Schritt zur weiteren Entspannung in Europa. Es würde günstigere Voraussetzungen auch für die Lösung des Deutschlandproblems in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Gewährleistung der europäischen Sicherheit schaffen.

Im Zusammenhang mit ihrem Wettrüsten sprachen sich die Teilnehmerstaaten des Nordatlantikblocks im Dezember vergangenen Jahres für die Ausrüstung ihrer Armeen mit der Atomwaffe und für die Erhöhung der Luftstreitkräfte dieser Gruppierung in Europa um ein Drittel aus. Es darf nicht übersehen werden, daß ein solcher Schritt auf die Zuspitzung der Lage in Europa, auf das weitere Wettrüsten und auf noch größere Aufblähung der Militärbudgets gerichtet ist. Dies geschieht ungeachtet der Tatsache, daß die friedliebenden europäischen Staaten bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Streitkräfte und der Militärbudgets unternommen haben.

Da sich der genannte Beschluß des Nordatlantikblocks im Widerspruch zu den Forderungen der Völker befindet, dem Wett-rüsten ein Ende zu bereiten und die Gefahr eines Atomkrieges zu beseitigen, verurteilen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages entschieden diesen Schritt als unvereinbar mit den Interessen der europäischen Sicherheit. Sie schlagen vor, daß bis zur Herbeiführung eines Abkommens über das Verbot der Atomwaffe zwischen den interessierten Staaten eine Übereinkunft dahingehend getroffen wird, daß die auf dem Territorium Deutschlands stationierten Streitkräfte, darunter auch die bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik, nicht mit Atomwaffen ausgerüstet werden. Ein solches Abkommen würde ein Schritt vorwärts auf dem Wege zur Minderung der Spannungen in Europa sein und auch den Interessen des deutschen Volkes entsprechen.

Der im Juli und Oktober vergangenen Jahres in Genf statt-gefundene Meinungsaustausch zwischen den führenden Staats-männern der vier Großmächte zeigte das Bestreben der Seiten, die zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln, auf dem Wege von Verhandlungen, zu lösen. Im Zusammenhang damit wäre es von großer Bedeutung, wenn einerseits die Teilnehmerstaaten des Warschauer Ver-trages und andererseits die Teilnehmerstaaten des Nordatlantik-paktes die Verpflichtung übernehmen würden, die zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten und Unstimmigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu klären. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Meinung, daß die Herstellung guter Beziehungen und die Regelung strittiger Fragen zwischen den einzelnen Ländern, unabhängig von ihrer eventuellen gegenwärtigen Zugehörigkeit zu diesen oder jenen militä-rischen Gruppierungen, eine große Bedeutung für die Festigung des Friedens haben würde. Dies bezieht sich insbesondere auf die Nachbarstaaten. Im Zusammenhang damit würde die Her-stellung gutnachbarlicher Beziehungen, insbesondere zwischen der Sowjetunion, der Türkei, Bulgarien, Griechenland, Alba-nien, Italien, der Tschechoslowakei und der Deutschen Bundes-republik, eine große Bedeutung haben. Von großer Bedeutung wäre auch die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den Staaten, die solche Beziehungen bisher nicht unterhalten.

Bis zur Herbeiführung eines Abkommens über die Schaffung eines wirksamen Sicherheitssystems in Europa wäre der

Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen den entsprechenden Ländern mit der Verpflichtung, strittige Fragen nur mit friedlichen Mitteln zu lösen, ein ernsthafter Beitrag zur Festigung einer solchen Sicherheit und zur Schaffung des notwendigen Vertrauens zwischen den europäischen Staaten.

Die Regierungen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens erklären ihre Entschlossenheit, ihre Kräfte der edlen Sache der Festigung des Friedens zwischen den Völkern zu widmen. Sie bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten die unaufschiebbaren Probleme der europäischen Sicherheit sowie andere ungelöste internationale Probleme zu erörtern, darunter auch die Frage von Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines Atomkrieges. Gleichzeitig werden sie auch weiterhin die erforderliche Sorge um die Gewährleistung ihrer Sicherheit an den Tag legen. Sie sind von der Entschlossenheit erfüllt, alles Notwendige zu tun, um die friedliche Arbeit ihrer Bürger zu schützen und die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung und für das Aufblühen ihrer Völker zu gewährleisten.

Für die Volksrepublik Albanien: Shehu und Balluku;
für die Volksrepublik Bulgarien: Damjanoff und Pantschewski;
für die Ungarische Volksrepublik: Hegedüs und Bata;
für die Deutsche Demokratische Republik: Ulbricht und Stoph;
für die Volksrepublik Polen: Cyrankiewicz und Rokossowski;
für die Rumänische Volksrepublik: Stoica und Salajan;
für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: Molotow und Shukow;
für die Tschechoslowakische Republik: Čepička und David.

Prag, den 28. Januar 1956

(Neues Deutschland, Berlin 29. 1. 56)

Erklärung des Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, auf der Sitzung der Volkskammer am 8. Februar 1956

Siehe Nummer 19

**Internationale Konferenz zur Gründung eines
Vereinigten Instituts für Kernforschung
vom 20. bis 26. März 1956 in Moskau**

36.

Zusammensetzung der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik

Eine internationale Konferenz zur Gründung eines „Vereinigten Instituts für Kernforschung“ ist am 20. März 1956 in Moskau eröffnet worden. Auf der Konferenz sind folgende Staaten vertreten: Volksrepublik Albanien, Volksrepublik Bulgarien, Volksrepublik China, Deutsche Demokratische Republik, Koreanische Volksdemokratische Republik, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik Polen, Rumänische Volksrepublik, Tschechoslowakische Republik, Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

An der Beratung nehmen zahlreiche hervorragende Physiker und Atomwissenschaftler des ganzen sozialistischen Lagers sowie verantwortliche Staatsfunktionäre teil. Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus folgenden Persönlichkeiten: Staatssekretär Ernst Wolf; der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat der DDR und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Gustav Hertz; der stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates, Professor Dr. Robert Rompe; der Sekretär des Wissenschaftlichen Rates und Leiter der Abteilung Kernforschung und Kerntechnik, Diplomphysiker Rambusch; der Direktor des Zentralinstituts für Kernphysik, Dr. Heinz Barwich.

In der Sitzung vom 20. März wurden Referate von Professor Blochinzew, von S. K. Zarapkin und Akademiemitglied Toptschjew gehalten. Am 21. März setzte die Konferenz ihre Arbeiten fort.

(Neues Deutschland, Berlin 22. 3. 56)

Unterzeichnung eines Abkommens über die Gründung eines Vereinigten Instituts für Kernforschung in Moskau

Im Gebäude des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR fand am 26. März 1956 die Unterzeichnung eines Abkommens über die Gründung eines Vereinigten Instituts für Kernforschung statt.

Das Abkommen wurde von den Leitern der Regierungsdelegationen der Teilnehmerstaaten der Konferenz unterschrieben. Dem Unterzeichnungsakt wohnten die Mitglieder der Regierungsdelegationen und die diplomatischen Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz bei.

Gleichfalls anwesend waren: der Direktor des Vereinigten Instituts für Kernforschung, Professor D. I. Blochinzew, verantwortliche Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens machte das Mitglied der DDR-Delegation, Sekretär des Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und Leiter der Abteilung Kernforschung und Kerntechnik, Diplomphysiker Rambusch, dem Moskauer ADN-Korrespondenten folgende Ausführungen über die Bedeutung des neuen Instituts für die Deutsche Demokratische Republik:

„Wir bekommen dadurch die Möglichkeit, auf einem Gebiet zu arbeiten, auf dem uns bisher die Arbeit verschlossen war, weil für sie die materiellen Aufwendungen zu groß sind. Der Bau eines Ringbeschleunigers mit zehn Milliarden Elektronenvolt zum Beispiel erfordert riesige Investitionen. Erfreulich ist, daß wir Arbeitsmöglichkeiten auf dem Gebiet der hochenergetischen Teilchen erhalten und daß wir bereits jetzt mit der Arbeit beginnen können.

Von großer Bedeutung ist ferner, daß jeder Staat bei der Ausnutzung des Instituts gleichberechtigt ist, ungeachtet seiner finanziellen Beteiligung. Besonders zu begrüßen ist, daß in diesem Institut die Kernphysiker mehrerer Länder zusammenarbeiten und ihre kollektiven Erfahrungen auswerten können.“

Der Sitz des Instituts, dem alle sozialistischen Staaten Europas sowie die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Volks-

republik China und die Mongolische Volksrepublik angehören, befindet sich in Moskau. Die Regierung der UdSSR hat dem Institut für Kernforschung uneigennützig mehrere Atomforschungsstätten zur Verfügung gestellt.

(ADN 26. 3. 56)

38.

Aus dem Abschlußkommuniqué der Internationalen Konferenz zur Gründung eines Vereinigten Instituts für Kernforschung in Moskau

Die Regierung der UdSSR hat dem neugegründeten Vereinigten Institut für Kernforschung folgende Forschungsstätten zur Verfügung gestellt:

Das Institut für Kernprobleme der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit einem Synchrozyklotron für eine Protonen-Energie von 680 Millionen Elektronenvolt und das elektro-physikalische Laboratorium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit einem Synchrophasotron für eine projektierte Protonen-Energie von 10 Milliarden Elektronenvolt mit ihrer gesamten Ausrüstung, den Hauptanlagen, den Hilfs- und Verwaltungseinrichtungen und Gebäuden.

Dies geht aus dem Abschlußkommuniqué der Internationalen Atomkonferenz hervor, die vom 20. bis 26. März 1956 in der sowjetischen Hauptstadt tagte und die Gründung eines Vereinigten Institutes für Kernforschung beschloß, an dem sich alle sozialistischen Staaten Europas, die Volksrepublik China, die Koreanische Volksdemokratische Republik und die Mongolische Volksrepublik beteiligen.

Wie in dem Abschlußkommuniqué betont wird, erfolgt die Gründung dieses Instituts im Hinblick auf die große Bedeutung der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke und wegen der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern der verschiedenen Länder bei theoretischen und experimentellen Untersuchungen auf dem Gebiet der Kernphysik zur Erweiterung der Möglichkeiten für die friedliche Anwendung der Atomenergie.

Das Vereinigte Institut wird auf der Grundlage einer Satzung arbeiten, deren Entwurf von der Direktion des Instituts ausgearbeitet und von den Regierungen der beteiligten Staaten bestätigt wird. Alle Staaten, die das Abkommen unterzeichnet

haben, sind gleichberechtigte Mitglieder des Instituts. Andere Staaten, die an der Arbeit der internationalen Forschungsstätte teilnehmen wollen, können ihr Einverständnis mit den Bestimmungen des Abkommens erklären und werden auf Beschluß der Mehrheit der Mitglieder gleichberechtigt an der Arbeit des Vereinigten Instituts teilnehmen können.

Um die Forschungen auf dem Gebiet der Kernphysik zu forcieren, wird das Vereinigte Institut in nächster Zeit folgende zusätzliche Ausrüstungen erhalten:

- a) Laboratorien für theoretische Physik mit einer Berechnungsabteilung und mit Elektronenrechenmaschinen;
- b) Laboratorien für Neutronenphysik mit einem Experimental-Kernreaktor mit hoher Dichte des Neutronenstroms;
- c) ein Zyklotron zur Beschleunigung mehrfach geladener Ionen verschiedener Elemente und zur Durchführung von Experimenten mit ihnen sowie andere Versuchsanlagen und Laboratorien.

Im Abkommen wurde festgelegt, daß das Vereinigte Institut für Kernforschung von einem Direktor und zwei Stellvertretern geleitet wird, die von den Mitgliedstaaten aus den Reihen der Wissenschaftler durch Mehrheitsbeschluß gewählt werden. Der Direktor wird für drei Jahre, seine Stellvertreter werden für zwei Jahre gewählt. Das Abkommen legt ferner die Beiträge der einzelnen Staaten zum Unterhalt des Instituts und für den Bau neuer Forschungsstätten fest, wobei die Größe der Anteile ohne Einfluß auf den Grad der Beteiligung an der wissenschaftlichen Tätigkeit und an der Verwaltung des Instituts ist. Für die Erörterung und Bestätigung der Haushaltspläne und zur Kontrolle der finanziellen Tätigkeit des Instituts wurde ein Finanzausschuß aus Vertretern aller Mitgliedstaaten gebildet.

Zum Direktor des Vereinigten Instituts für Kernforschung wurde einstimmig das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR, Professor Dr. Blochinzew, gewählt. Stellvertreter sind der polnische Wissenschaftler Professor Dr. Marian Danysz und das Korrespondierende Mitglied der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Vaclav Votruba.

Die Konferenz richtete an die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam die Einladung, dem Vereinigten Institut für Kernforschung beizutreten, und beauftragte die Direktion, die Einladung anderer Staaten zur Teilnahme an der Arbeit des

Instituts zu erörtern und den Regierungen der Mitgliedstaaten entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

(Neues Deutschland, Berlin 28. 3. 56)

39.

Außerordentliche Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 18. bis 25. Mai 1956 in Berlin

Vom 18. bis 25. Mai 1956 fand eine außerordentliche Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe statt. An dieser Tagung, die erstmalig seit Bestehen des Rates in Berlin zusammentrat, nahmen Vertreter der Regierungen aller Teilnehmerländer — der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — teil. Das nachfolgende zum Abschluß veröffentlichte Kommuniqué unterstreicht die große Bedeutung, die dieser Tagung für die weitere Festigung des gesamten sozialistischen Lagers zukommt.

Auf der Tagung des Rates wurden Fragen der Koordinierung der Entwicklung der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft der Teilnehmerländer für die Jahre 1956 bis 1960, und zwar des Maschinenbaues, der Feinmechanik und Optik, der Eisen- und Buntmetallurgie, der Kohlen-, Erdöl- und Gasindustrie, der chemischen Industrie, der Leichtindustrie und der Landwirtschaft beraten.

Die Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe nahm die zwischen den interessierten Ländern abgestimmten Empfehlungen über die Höhe der Produktion und der gegenseitigen Lieferungen der wichtigsten Maschinen, Ausrüstungen, Rohstoffe, Brennstoffe und Lebensmittel an.

Bei der Behandlung der Entwicklungsperspektiven für den Maschinenbau, die Feinmechanik und Optik wurden Maßnahmen ausgearbeitet, um die Spezialisierung der Produktion zwischen den Ländern auszudehnen und den weiteren technischen Fortschritt zu sichern.

Es wurden Fragen der Entwicklung der Rohstoffbasis für die Eisenmetallurgie, der Förderung von Eisenerzen und Koks- kohle sowie der Produktion von Koks und Fragen der Entwick-

lung der Rohstoffbasis für die Buntmetallurgie behandelt. Bei der Belieferung der europäischen Länder der Volksdemokratie mit Steinkohle aus Polen und mit Eisenerz aus der UdSSR soll die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern des Rates eine wichtige Rolle spielen.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Perspektivpläne für die Entwicklung der Landwirtschaft wurde das Augenmerk auf eine bedeutende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere von Getreide, gerichtet. Es wurde als notwendig erachtet, eine weitgehende Einführung des Maisanbaues zu sichern. Gleichzeitig wurden Empfehlungen ausgearbeitet, die eine bedeutende Erweiterung der Mineraldüngerindustrie und die weitere Entwicklung der Produktion moderner landwirtschaftlicher Maschinen vorsehen.

Unter Berücksichtigung der großen Bedeutung, die die Energieversorgung für die Volkswirtschaft der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe hat, wurde von der Tagung ein Arbeitsprogramm zur Vorbereitung von Vorschlägen für die Erweiterung des Austausches von Elektroenergie zwischen den Teilnehmerländern und zur Ausarbeitung eines Planes für die allseitige Ausnutzung der Wasserkräfte der Donau behandelt und angenommen.

Auf der Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe waren der Vertreter der Volksrepublik China und der Vertreter der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien als Beobachter anwesend.

(ADN 26. 5. 56)

40.

Konferenz der Eisenbahnminister der UdSSR und der Länder der Volksdemokratie in Sofia

Vom 23. bis 28. Juni 1956 tagte in Sofia eine Konferenz der für den Eisenbahnverkehr verantwortlichen Minister der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik.

Die Konferenz behandelte Fragen der erweiterten Koordination und Zusammenarbeit zwischen den an den Abkommen über den Internationalen Personen- und Güterverkehr (SMPS SMGS) beteiligten Eisenbahnverwaltungen. Sie nahm die Berichte über die Arbeit der Technischen Kommissionen zu den Fragen der Normierung der Wagen, der Vereinheitlichung technischer Verkehrseinrichtungen, der Betriebsvorschriften und des Signalwesens zur Kenntnis.

Es wurden Maßnahmen zur Erweiterung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Eisenbahnverwaltungen und des Austausches der positiven Erfahrungen in der Arbeit beraten. Insbesondere wurde beschlossen, eine unmittelbare Verbindung zwischen den wissenschaftlichen Forschungsinstituten der Eisenbahnen der einzelnen Länder herzustellen, gemeinsame technisch-wissenschaftliche Konferenzen über die aktuellsten Probleme des Eisenbahnwesens durchzuführen und eine gemeinsame technisch-ökonomische Zeitschrift herauszugeben.

Die Konferenz verlief in freundschaftlicher Atmosphäre bei voller Einmütigkeit der Teilnehmer über den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens.

(ADN 5. 7. 56)

DIE MITARBEIT DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
IN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

41.

Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auf Spezialarbeitstagung der ECE in Genf

Vom 31. Mai bis 3. Juni 1955 fand in Genf eine Spezialarbeitstagung für Fragen des Transports auf Binnenwasserstraßen im Rahmen des Inlandtransportkomitees der ECE statt. An dieser Tagung nahm eine Delegation des Ministeriums für Verkehrswesen teil.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unterbreitete auf dieser Tagung Vorschläge zur Vereinheitlichung der Schiffsdokumente sowie der Dokumente für die Schiffsbesatzungen, die eine wesentliche Erleichterung im grenzüberschreitenden Verkehr enthalten.

42.

Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auf internationaler Eisenbahnkonferenz in Bern

Vom 16. bis 18. Juni 1955 fand in Bern die Diplomatische Konferenz zur Inkraftsetzung der internationalen Übereinkommen über den Eisenbahngüterverkehr (CIM) und über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) statt. An dieser Konferenz nahm eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik teil, die von Herrn Staatssekretär Heino Weiprecht vom Ministerium für Verkehrswesen geleitet wurde.

Auf der Konferenz wurde vereinbart, daß die im Oktober 1952 revidierten Übereinkommen CIM/CIV am 1. März 1956 in Kraft treten sollen.

Als wichtigster Tagesordnungspunkt galt jedoch die Regelung der Beteiligung beider deutscher Staaten an den neuen Übereinkommen. Zu diesem Zweck wurde unter aktiver Mitwirkung der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik ein Protokoll ausgearbeitet, das diese Frage regelt.

43.

Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik auf ECE-Tagungen in Genf

Zur V. Tagung des Komitees für Fragen der Landwirtschaft der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für

Europa (ECE) weilte eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Ministers für Land- und Forstwirtschaft, Dr. Rübensam, vom 27. Juni bis 1. Juli 1955 in Genf.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik legte der Tagung einen Bericht über die Entwicklung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik vor und unterbreitete Stellungnahmen zum Abschluß langfristiger Handelsabkommen für landwirtschaftliche Produkte und Vorschläge zum Arbeitsprogramm des Komitees.

Die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zum Arbeitsprogramm des Komitees sollen den Austausch von Produktionserfahrungen, den wissenschaftlich-technischen Erfahrungsaustausch und den gegenseitigen Besuch von Experten-delegationen zwischen den europäischen Ländern fördern.

Die Deutsche Demokratische Republik nahm auch an Tagungen der Arbeitsgruppen des Kohlekomitees der Europäischen Wirtschaftskommission, die vom 21. Juni bis 1. Juli 1955 in Genf stattfanden, teil.

Der Tagung der Arbeitsgruppe für den Transport leichtverderblicher Güter des Inlandtransportkomitees der ECE vom 21. bis 25. Juni 1955 wurden von der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse der Förderung des internationalen Warenverkehrs Vorschläge zum Entwurf der ECE über „Technische Bedingungen für eine internationale Beförderungsvorschrift für verderbliche Lebensmittel“ unterbreitet.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 13/1955)

44.

Deutsche Demokratische Republik beantragt Aufnahme in die UNESCO

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, hat in einem Schreiben vom 22. August 1955 an den Generaldirektor der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), Dr. Luther Evans, Paris, die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik als Mitglied in die UNESCO beantragt.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 17—18/1955)

45.

**Deutsche Reichsbahn im Leitenden Ausschuß
des Internationalen Transportkomitees (ITK)**

Vom 25. bis 30. August 1955 fand in Stockholm eine Tagung des Leitenden Ausschusses des Internationalen Transportkomitees (ITK) statt. Auf dieser Tagung wurde die Deutsche Reichsbahn einstimmig als Mitglied aufgenommen.

46.

**Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik
auf ECE-Tagungen in Genf**

Zur Tagung der Spezialarbeitsgruppe des Komitees für Fragen der Landwirtschaft der ECE zur Ausarbeitung von Musterverträgen für den Kauf und Verkauf von Getreide, die vom 29. August bis 3. September 1955 in Genf stattfand, reiste eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Tagung hatte sich besonders mit der Frage des Abschlusses langfristiger Verträge für den Kauf und Verkauf von Getreide beschäftigt.

Die Deutsche Demokratische Republik beteiligte sich ebenfalls an der Tagung der Arbeitsgruppe für Transportselbstkosten des Inlandtransportkomitees der ECE, die vom 29. August bis 6. September 1955 in Genf durchgeführt wurde.

Die Untersuchungen der Arbeitsgruppe für Transportselbstkosten sind eine wichtige Voraussetzung für die Ausarbeitung internationaler Tarife.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 17—18/1955)

47.

**Delegation der Deutschen Demokratischen Republik
auf internationaler Konferenz in Göteborg**

Auf Einladung des Generaldirektors für das schwedische Fernmeldewesen, Herrn Hakan Sterky, nahm im Auftrage des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik eine Delegation von sechs Sachverständigen der staatlichen Organe der Deutschen Demo-

kratischen Republik an einer internationalen Konferenz der an die Ostsee und die Nordsee angrenzenden Staaten in Göteborg teil. Die Konferenz, die vom 1. bis 25. September 1955 stattfand, stand unter der Schirmherrschaft des Internationalen Fernmeldevereins. Auf ihr wurden Fragen der Verbesserung des Seefunkfernsprechverkehrs beraten sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Seenotrettungsdienst.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 17—18/1955)

48.

Bahnärztlicher Dienst der Deutschen Reichsbahn im Internationalen Bahnärzteverband (UIMC)

Auf der Tagung des Internationalen Bahnärzteverbandes (UIMC) vom 16. bis 27. September 1955 in Dubrovnik wurde der Bahnärztliche Dienst der Deutschen Reichsbahn einstimmig als Mitglied aufgenommen.

49.

Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auf der Tagung des Handelskomitees der ECE in Genf

Eine Tagung des bei der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) bestehenden Komitees zur Entwicklung des Handels wurde in der Zeit vom 26. September bis 14. Oktober 1955 in Genf durchgeführt. An dieser Tagung nahmen Delegierte aus 25 Ländern, darunter auch eine Delegation aus der Deutschen Demokratischen Republik, teil.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 19/1955)

50.

Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auf der Europäischen Reisezug-Fahrplankonferenz in Wiesbaden

Vom 5. bis 15. Oktober 1955 fand in Wiesbaden die Europäische Reisezug-Fahrplankonferenz statt, an der eine Delegation des Ministeriums für Verkehrswesen teilnahm.

Auf den alljährlich stattfindenden Fahrplankonferenzen werden die Fahrpläne der internationalen Reisezugverbindungen abgestimmt und aufgestellt. Auf dieser Konferenz konnten wesentliche Verbesserungen und Beschleunigungen im internationalen Reiseverkehr beschlossen werden. Ferner wurde die „Mitropa“ als Mitglied aufgenommen.

51.

Leipziger Messe wieder im Direktorium der Union des Foires Internationales (UFI)

Auf einem außerordentlichen Kongreß der Union des Foires Internationales (Vereinigung der Internationalen Messen), der am 13. und 14. Oktober 1955 in Paris stattfand, wurde über die Wahl der Räte des Direktoriums, die Änderung der Statuten und die Aufnahme neuer Messen in die UFI beraten. Im neuen Direktorium der UFI, das sich aus zwölf Räten zusammensetzt, ist erstmalig nach dem zweiten Weltkrieg wieder die Leipziger Messe durch den Direktor des Leipziger Messeamtes, Rolf Lemser, der sich zur Zeit in Paris aufhält, vertreten.

Von den zwölf vorliegenden Anträgen auf Neuaufnahme in die UFI erhielten nur die Messen von Metz und Osaka die Zustimmung des Kongresses. Insgesamt gehören der UFI nunmehr 31 internationale Messen an.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 22/1955)

52.

Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik auf ECE-Tagungen in Genf

Zur Tagung des Komitees für Wohnungsfragen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, die vom 24. bis 29. Oktober 1955 durchgeführt wurde, weilte eine Delegation des Ministeriums für Aufbau unter der Leitung des Hauptverwaltungsleiters Pisternik in Genf.

Während dieser Zeit tagten weiterhin zwei Arbeitsgruppen des Komitees, die sich unter anderem mit Baukosten und Fragen der Wohnpolitik beschäftigten. Das Komitee selbst behandelte auf der Tagung den Jahresbericht des Komitees für

Wohnungsfragen und stellte sein Arbeitsprogramm für die weitere Arbeit auf.

Ferner nahmen Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik an der Tagung der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Qualitätsnormen für leichtverderbliche Produkte und an der Tagung der Expertengruppe des Komitees für Fragen der Landwirtschaft zur Ausarbeitung von Qualitätsnormen für Eier und Eierprodukte teil. Diese Tagungen fanden vom 24. bis 27. Oktober 1955 ebenfalls in Genf statt.

Eine Delegation des Ministeriums für Verkehrswesen, Hauptverwaltung Kraftverkehr, nahm an der I. Tagung der Arbeitsgruppe des Inlandtransportkomitees für den Transport gefährlicher Frachten teil, die vom 31. Oktober bis zum 5. November 1955 in Genf stattfand.

Weiterhin war eine Delegation des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel auf der I. Tagung der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Musterverträgen für den An- und Verkauf von Stahl- und Eisenerzeugnissen, Chrom und Manganerzen vertreten. Die Delegation wurde geleitet vom Direktor des VEH-DIA Metall, Dolling. Die Tagung ist vom 2. bis 5. November 1955 durchgeführt worden.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 21/1956)

53.

Expertendelegation der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten in Berlin

Auf Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik traf am 27. Oktober 1955 in Berlin eine Delegation von Geologen und Bergingenieuren der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten ein. Die Studiengruppe wird geleitet von dem leitenden Geologen der indischen Regierung, Dr. Rhabesh Chandra Roy. Der Delegation gehören Experten Indiens, der Union von Burma, der Republik Indonesien, Afghanistans, Japans und aus Hongkong an. Die Gäste werden auf einer Studienreise durch die Deutsche Demokratische Republik Zentren des Braunkohlenbergbaues und der Braunkohlenverarbeitung besichtigen.

Zu Ehren der Braunkohlenexperten der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten gab der Minister für

Schwerindustrie Fritz Selbmann am 28. Oktober 1955 im Gästehaus der Regierung in Berlin einen Empfang.

Bei dem Empfang waren zugegen der Staatssekretär im Ministerium für Schwerindustrie, Richard Goschütz, der Stellvertreter des Ministers für Schwerindustrie, Dr. Werner Winkler, der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Gerhard Weiß, die Nationalpreisträger Prof. Dr.-Ing. Rammner und Dr. Bilkenroth sowie leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Schwerindustrie und für Auswärtige Angelegenheiten.

Minister Selbmann hieß die Gäste herzlich willkommen. Er sprach den Wunsch aus, daß sie in der Deutschen Demokratischen Republik Erkenntnisse und Anregungen gewinnen mögen, die ihnen helfen werden, die Bodenschätze ihrer Heimatländer zu heben und zum Wohle ihrer Völker zu nutzen. Er brachte einen Trinkspruch aus auf die Zusammenarbeit aller Völker.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 21/1955)

Abreise der Studiendelegation der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten

Die Studiendelegation der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten wurde nach Abschluß ihrer acht-tägigen Informationsreise durch die Deutsche Demokratische Republik, in der sie eine Reihe von Forschungsinstituten und Produktionsanlagen der Braunkohlegewinnung und -veredlung besichtigte, vom Minister für Schwerindustrie Fritz Selbmann in Berlin empfangen.

Die Delegation trat am 4. November 1955, nachdem sie sich herzlich von ihren Gastgebern verabschiedet hatte, die Rückreise nach Genf an.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 22/1955)

54.

Delegation der Deutschen Reichsbahn auf Europäischer Güterzugfahrplankonferenz in Paris

Vom 4. bis 9. November 1955 fand in Paris die Europäische Güterzugfahrplankonferenz statt. Von dieser Konferenz wird

das Internationale Güterzugkursbuch (LIM) herausgegeben. An dieser Konferenz nahm eine Delegation der Deutschen Reichsbahn teil.

55.

Delegation der Deutschen Demokratischen Republik zur Tagung der FAO in Rom

Zur VIII. Tagung der Konferenz der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der UN (FAO), die vom 4. bis 25. November 1955 in Rom stattfindet, ist eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik abgereist. Die Delegation wird von Dr. Ritter, Professor für Agrargeschichte an der Humboldt-Universität Berlin, geleitet. Die VIII. Tagung der Konferenz der FAO wurde am 4. November mit einer Festsitzung anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung dieser UN-Spezialorganisation feierlich eröffnet.

Der Generaldirektor der FAO hatte auf ein Schreiben des Ministers für Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Hans Reichelt, mitgeteilt, daß er die Entsendung einer Beobachterdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zur VIII. Tagung der Konferenz der FAO begrüßt.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 22/1955)

56.

Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auf der Konferenz der Expertengruppe für Zollfragen in Genf

Eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, die vom Leiter des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs, Anton Ruh, geführt wurde, nahm an der VI. Tagung der Expertengruppe für Zollfragen bei der Europäischen Wirtschaftskommission vom 7. bis 12. November 1955 in Genf teil.

Auf der Tagung wurden u. a. Maßnahmen über die Erleichterung der Zollabfertigung im internationalen Güter- und Personenverkehr erörtert. Vor allem wurden Entwürfe entsprechender Konventionen behandelt.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 22/1955)

Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik auf ECE-Tagungen in Genf

Eine Delegation des Ministeriums für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik weilte vom 14. bis 19. November 1955 in Genf zur Teilnahme an der Tagung der Arbeitsgruppe für Tariff Fragen des Inlandtransport-Komitees der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE). Die Tagung der Arbeitsgruppe für Tariff Fragen befaßte sich u. a. mit Studien über einheitliche Grundsätze für die Schaffung internationaler Tarife in Europa sowie mit der Ausarbeitung von internationalen Tarifen für die Beförderung leichtverderblicher Güter. Die Delegation des Ministeriums für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik hat zu verschiedenen Tagesordnungspunkten Stellungnahmen und Vorschläge abgegeben. Ferner nahm eine Delegation des Ministeriums für Schwerindustrie der Deutschen Demokratischen Republik an der Tagung der Arbeitsgruppe zur Verwendung von festen Mineralbrennstoffen teil. Diese Tagung fand vom 14. bis 17. November in Genf statt.

Zur Teilnahme an der Tagung des Komitees für Elektroenergie der UN-Wirtschaftskommission für Europa und seiner Arbeitsgruppen weilte eine Delegation des Ministeriums für Schwerindustrie der Deutschen Demokratischen Republik in Genf. Die Tagungen des Komitees und der Arbeitsgruppen, die vom 24. November bis 3. Dezember 1955 stattfanden, haben sich u. a. mit Fragen der Elektrifizierung der Landwirtschaft, der Produktion und des Verbrauchs von Elektroenergie sowie mit Fragen des Exports von Elektroenergie beschäftigt.

Weiterhin nahm eine Delegation des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau an der in der Zeit vom 28. November bis 3. Dezember 1955 in Genf stattgefundenen Tagung der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Musterverträgen für den Kauf und Verkauf von Maschinenbauprodukten teil. Auf dieser Tagung hat sich die Arbeitsgruppe u. a. mit allgemeinen Bedingungen für den Export von maschinellen Einrichtungen sowie mit der Ausarbeitung von Montagebedingungen beschäftigt. Auf der zweiten Tagung der Expertengruppe für Arbitrage des Komitees zur Entwicklung des Handels bei der ECE, die vom 21. bis 26. November in Genf stattfand, war auch die Deutsche Demokratische Republik durch eine Delegation vertreten.

Auf der Tagung wurden Vorschläge zur Durchführung internationaler Schiedsgerichtsverfahren und sonstige Maßnahmen zur Erleichterung der Tätigkeit von Schiedsgerichten im internationalen Handel beraten.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 23/1955)

58.

**Delegation der Deutschen Demokratischen Republik
auf ECE-Tagung (Inlandtransportkomitee) in Genf**

Vom 12. bis 17. Dezember 1955 fand in Genf die Volltagung des Inlandtransportkomitees der ECE statt, an der eine Delegation des Ministeriums für Verkehrswesen teilnahm.

59.

**Delegation der Deutschen Demokratischen Republik
auf ECE-Tagung (Arbeitsgruppe für internationale Messen)
in Genf**

Eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Vizepräsidenten der Kammer für Außenhandel, Herrn Kurt Wolf, nahm an der Tagung der Arbeitsgruppe für internationale Messen des Komitees für die Entwicklung des Handels der ECE, die vom 23. bis 27. Januar 1956 in Genf stattfand, teil.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 3/1956)

60.

**Schreiben des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz an den Vorsitzenden der UN-Wirtschafts-
kommission für Europa (ECE) vom 5. April 1956**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat von der Entschließung der XX. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen, die eine vollberechtigte Mitgliedschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Europäischen Wirtschaftskommission bis auf weiteres verhindert, Kenntnis erhalten.

Dieser Beschluß des Wirtschafts- und Sozialrates der UN beeinträchtigt den Status der gleichberechtigten Behandlung beider deutscher Staaten innerhalb der Europäischen Wirtschaftskommission; er steht im Widerspruch zu den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und erschwert die sachliche und freundschaftliche Zusammenarbeit aller europäischen Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik war bisher stets bemüht, durch ihre Mitarbeit in der Europäischen Wirtschaftskommission ihren Beitrag zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben zu leisten. Sie beteiligt sich seit 1953 aktiv an den Arbeiten aller Komitees der Kommission; in rund 150 Tagungen sind die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik mündlich und schriftlich mit konstruktiven Beiträgen aufgetreten, deren Wert und Bedeutung bei zahlreichen Gelegenheiten von den Delegierten anderer Staaten anerkannt wurde. Mit um so größerem Erstaunen betrachtet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Entschließung der XX. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen. Im Interesse der Festigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist die Deutsche Demokratische Republik dennoch bereit, weiter ihre Beiträge in der Europäischen Wirtschaftskommission zu leisten.

Erlauben Sie mir, sehr geehrter Herr Präsident, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit Sicherheit erwartet, daß die Kommission auf ihrer XI. Plenartagung der Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Europäischen Wirtschaftskommission eine neue Basis geben und für die weitere Tätigkeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Europäischen Wirtschaftskommission günstigere Bedingungen als nach den bisherigen Regelungen schaffen wird.

Erlauben Sie mir den Hinweis, sehr geehrter Herr Präsident, daß es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse der allseitigen europäischen Zusammenarbeit und der Erreichung maximaler Ergebnisse der XI. Plenartagung der Kommission für wünschenswert hält, daß Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik zur Mitwirkung an den Beratungen des XI. Plenums der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa eingeladen werden. Ich habe mir erlaubt, eine Kopie dieses Schreibens dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, Herrn Professor Gunnar Myrdal, zu übersenden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Dr. Lothar Bolz
(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 8/1956)

61.

Behandlung des künftigen Status der Deutschen Demokratischen Republik auf der XI. Plenartagung der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf

Auf der XI. Plenartagung der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) gab der amtierende Vorsitzende der Kommission, Dr. Katz-Suchy, am 6. April 1956 bekannt, daß ihm ein Schreiben des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, zur Frage des künftigen Status der Deutschen Demokratischen Republik in der ECE übermittelt worden ist.* Die bulgarische Delegation beantragte, daß die Delegierten Abschriften des Schreibens erhalten. Einen Einspruch des Bonner Delegierten gegen diesen Vorschlag wies der ECE-Exekutivsekretär zurück. Er erklärte, es sei bisher immer üblich gewesen, daß das Sekretariat auf Antrag einer Delegation bestimmte Dokumente zirkulieren läßt.

Den Tagesordnungspunkt „Status der Deutschen Demokratischen Republik in der Wirtschaftskommission für Europa“ begründete der Sprecher der tschechoslowakischen Delegation, auf deren Vorschlag dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden war, mit dem Hinweis auf die außerordentliche wirtschaftliche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und die bedeutende Rolle, die die Deutsche Demokratische Republik im gesamteuropäischen Wirtschaftsleben spielt. Gleichzeitig unterbreitete die tschechoslowakische Delegation einen Resolutionsentwurf, in dem dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN empfohlen wird, auf seiner nächsten Tagung die Deutsche Demokratische Republik angesichts ihrer aktiven Teilnahme an der Arbeit sämtlicher Komitees der Kommission als vollberechtigtes Mitglied in die Wirtschaftskommission für

* siehe Nr. 60

Europa aufzunehmen. Ferner wurde in dem Resolutionsentwurf der ECE-Exekutivsekretär ersucht, zur Teilnahme an den Tagungen der Kommission Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik mit beratender Stimme einzuladen. Diesen Resolutionsentwurf unterstützten die Delegierten der UdSSR, der Belorussischen und Ukrainischen SSR, Albanien, Bulgariens, Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens und Ungarns. In der Nachmittagsitzung beantragte die tschechoslowakische Delegation, die Deutsche Demokratische Republik als Beobachter zur gegenwärtigen Tagung einzuladen. Gleichzeitig zog die Delegation der ČSR mit dem neuen Antrag ihren ersten Resolutionsentwurf zurück und führte als Begründung an, es sei ihr Wunsch, eine möglichst weitgehende Übereinstimmung der Meinungen zu sichern. Sie behalte sich jedoch vor, auf der nächsten Tagung des Un-Wirtschafts- und Sozialrates erneut die Frage der Mitgliedschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Wirtschaftskommission für Europa auf die Tagesordnung zu setzen.

Nach einer längeren Verfahrensdebatte, in der die Vertreter der Westmächte die Abstimmung über den neuen Antrag vergeblich zu verhindern suchten, stimmten elf Mitglieder der Kommission — die UdSSR, die Belorussische und die Ukrainische SSR, Polen, die ČSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Jugoslawien und Finnland — für die Einladung der Deutschen Demokratischen Republik zur ECE-Tagung. Die Delegation Schwedens enthielt sich der Stimme mit der Begründung, daß sie auf eine einstimmig anzunehmende praktische Lösung gehofft habe und deshalb nicht in der Lage sei, für den tschechoslowakischen Antrag zu stimmen. Die verbleibenden 17 Länder lehnten den Antrag ab. In der vorangegangenen Diskussion widerlegten die Vertreter der UdSSR die Behauptung des westdeutschen Delegierten, daß Bonn im Namen ganz Deutschlands spreche. Sie wiesen am Wortlaut des von Adenauer nach seinem Moskauer Besuch an N. A. Bulganin gerichteten Briefes nach, daß die Rechtshoheit der Bonner Regierung an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik endet.

Die Delegierten der Westmächte, die die Behauptungen des Bonner Delegierten unterstützten, bestritten der Wirtschaftskommission für Europa das Recht, anders als der Wirtschafts- und Sozialrat der UN zu entscheiden, und sprachen sich selbst die Möglichkeit zur Kritik an diesen Beschlüssen ab. Gegen

diese Auffassung wandte sich der finnische Delegierte, der das Einverständnis seiner Regierung mit der Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Wirtschaftskommission für Europa erklärte.

(Neues Deutschland, Berlin 7. 4. 56)

Presseerklärung

*der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik
zu Punkt 3 der Tagesordnung der XI. Plenartagung
der UN-Wirtschaftskommission für Europa
„Status der Deutschen Demokratischen Republik in der ECE“*

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik hat der Presse eine Erklärung zu Punkt 3 der Tagesordnung der ECE-Plenartagung „Status der Deutschen Demokratischen Republik in der ECE“ übergeben. Darin wird erklärt, die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik bedaure aufs äußerste, daß sie ihren Standpunkt und wertvolle Vorschläge zu den von der XI. Plenartagung zu lösenden Problemen nicht unterbreiten konnte. Der Umstand, daß sich elf Staaten für die Einladung der Deutschen Demokratischen Republik und ein Staat gegen ihren Ausschluß aus der Arbeit der Kommission ausgesprochen haben, zeige jedoch, daß trotz der getroffenen Entscheidung die Einsicht in die Notwendigkeit der Normalisierung der Beziehungen zwischen allen Staaten Europas sichtbar wächst.

(Neues Deutschland, Berlin 11. 4. 56)

Die Presseerklärung hat folgenden Wortlaut:

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Deutsche Demokratische Republik seit 1953 an etwa 150 Tagungen von Spezialkomitees und Arbeitsgruppen der Europäischen Wirtschaftskommission teilgenommen und dort wertvolle, von den Delegierten anderer Mitgliedstaaten geschätzte Beiträge geleistet hat, sah sich die Delegation der Tschechoslowakischen Republik veranlaßt, der Kommission den Vorschlag zu unterbreiten, die Deutsche Demokratische Republik als Beobachter zur XI. Plenartagung einzuladen. Dieser Vorschlag, der sich ähnlichen Vorschlägen anderer Mitgliedstaaten in den Jahren 1954/55 anschließt, steht nicht nur im Einklang mit den Prinzipien der gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit —

der Hauptaufgabe der Europäischen Wirtschaftskommission —, sondern auch mit den berechtigten und legitimen Forderungen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik auf gleichberechtigte Mitgliedschaft in diesem Organ der Vereinten Nationen.

Wenn sich erneut die Mehrheit der Kommission gegen die Einladung der Deutschen Demokratischen Republik ausgesprochen hat, so zeigt doch der Umstand, daß sich elf Staaten für die Einladung der Deutschen Demokratischen Republik und ein Staat gegen den Ausschluß der Deutschen Demokratischen Republik aus der Arbeit der Kommission ausgesprochen haben, daß die Einsicht in die Notwendigkeit der Normalisierung der Beziehungen zwischen allen Staaten Europas sichtbar wächst.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik bedauert aufs äußerste die Tatsache, daß sie ein weiteres Mal durch die von der Kommission getroffene Entscheidung daran gehindert wurde, ihren Standpunkt und wertvolle Vorschläge zu den von der XI. Plenartagung zu lösenden Problemen der Kommission zu unterbreiten.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich bei dieser Gelegenheit zugleich auf das entschiedenste gegen die durch die Tatsachen widerlegte Behauptung der Delegation der Deutschen Bundesrepublik, daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik auf internationaler Ebene allein berechtigt sei, das deutsche Volk zu vertreten.

Die Existenz und Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik sind allgemein bekannte Tatsachen, die durch keinerlei Äußerungen westdeutscher Politiker, mögen sie Adenauer oder Zahn-Stranik heißen, aus der Welt geschafft werden können.

Gegenwärtig und seit sieben Jahren bestehen zwei deutsche Staaten — die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik. Beide deutsche Staaten unterhalten selbständige diplomatische und Wirtschaftsbeziehungen zu anderen europäischen und außereuropäischen Staaten.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik schuf sich in demokratischen Wahlen eine Volksvertretung, die oberstes und kontrollierendes Organ gegenüber der von ihr beauftragten Regierung ist und volle Rechtshoheit auf dem gesamten Gebiet des Arbeiter-und-Bauern-Staates der Deutschen Demokratischen Republik ausübt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat in wiederholten Erklärungen auf diese Tatsache hingewiesen, und besonders darauf, daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik lediglich befähigt ist, für den Teil Deutschlands zu sprechen, auf dem sie selbst Rechtshoheit besitzt.

Das ist auch der Grund, weshalb sich z. B. Beauftragte westdeutscher Ministerien mit Regierungsvertretern der Deutschen Demokratischen Republik u. a. auf dem Gebiete des innerdeutschen Handels oder des innerdeutschen Verkehrs an einen Tisch setzen und staatliche Verträge abschließen.

Wie kann angesichts solcher Tatsachen ein Sprecher Bonns von der Alleinvertretung Deutschlands faseln, ohne sich vor der Weltöffentlichkeit lächerlich zu machen?

Übrigens unterstreicht auch der Umstand, daß sich ausnahmslos alle Mitgliedstaaten für den Gedanken der Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Republik in den Spezialkomitees und Arbeitsgruppen der Kommission aussprachen, die Unwiderlegbarkeit dieser Tatsachen.

62.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt 400 000 DM für das UNO-Hilfsprogramm zur Förderung schwachentwickelter Länder zur Verfügung

Wie aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten verlautet, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen, sich am Erweiterten Programm der UNO für Technische Hilfe zu beteiligen. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, hat dem Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen, Herrn Dag Hammarskjöld, vor einiger Zeit mitgeteilt, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu diesem Zweck noch für das Jahr 1956 den Betrag von 180 180 Dollar — verfügbar in Landeswährung der Deutschen Demokratischen Republik gleich 400 000 DM — bereitgestellt hat.

Dieser Beschluß erfolgte nach Verhandlungen von Beauftragten der Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Sonderbeauftragten des

Generaldirektors des Erweiterten Programms der Vereinten Nationen für Technische Hilfe für Europa, Herrn E. Barger.

Minister Dr. Bolz gab in seinem Schreiben der Genugtuung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darüber Ausdruck, daß sie sich mit diesem Beitrag an der Hilfeleistung für die schwachentwickelten Länder beteiligen kann.

Vor einigen Tagen sprach der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Sepp Schwab, in einem Brief an Generalsekretär Hammarskjöld erneut die Hoffnung aus, daß der von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1956 bereitgestellte Betrag noch in diesem Jahr Verwendung findet.

(Neues Deutschland, Berlin 12. 6. 56)

Das Schreiben des Ministers hat folgenden Wortlaut:

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Berlin, den 18. April 1956

An den

Generalsekretär der Vereinten Nationen

Herrn Dag Hammarskjöld

New York

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß im Anschluß an die Verhandlungen von Beauftragten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Sonderbeauftragten des Generaldirektors des Erweiterten Programms der Vereinten Nationen für Technische Hilfe für Europa, Herrn E. Barger, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 15. März 1956 beschlossen hat, sich auf der Grundlage der Resolution 456 (V) Artikel VII Absatz 2 der V. Generalversammlung der Vereinten Nationen am Erweiterten Programm der Vereinten Nationen für Technische Hilfe zu beteiligen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat zu diesem Zweck noch für das Jahr 1956 den Betrag von 180 180 Dollar — verfügbar in Landeswährung der Deutschen Demokratischen Republik gleich 400 000 DM — bereitgestellt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der von ihr für das Jahr 1956 bereitgestellte Betrag noch in diesem Jahr Verwendung findet. Sie ist bereit, dafür Experten der Deutschen Demokratischen Republik in die schwachentwickelten Länder zu entsenden, Ausrüstungsgegenstände an diese Länder zu liefern oder Studiendelegationen zum Besuch der Deutschen Demokratischen Republik einzuladen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß sie sich mit diesem Beitrag an der Hilfeleistung für die schwachentwickelten Länder beteiligen kann.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Dr. Lothar Bolz

63.

Protest der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegen amerikanische Telefon-Spionage in Berlin beim Internationalen Fernmeldeverein in Genf

- Der Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Georg Handke, hat am 2. Mai 1956 dem Generalsekretär des Internationalen Fernmeldevereins in Genf, Herrn Dr. Marco Aurelio Andrada, die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 26. April 1956 übersandt, in der gegen den zu Spionagezwecken erfolgten rechtswidrigen Eingriff in den Telefonverkehr der Deutschen Demokratischen Republik durch amerikanische Militärbehörden protestiert wird.

Durch den Anschlag auf wichtige Erd-Telefon-Fernkabel der Deutschen Demokratischen Republik, die auch in den internationalen Fernmeldeverkehr einbezogen sind, wurden die Rechtsnormen des Internationalen Fernmeldevertrages von Buenos Aires in gröbster Weise verletzt.

In dem Schreiben des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an den Generalsekretär des Internationalen Fernmeldevereins wird darauf hingewiesen, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Bestimmungen des Internationalen Fernmeldevertrages ihrerseits strikt einhält

und sich gegen jegliche Verletzung der Bestimmungen des Internationalen Fernmeldevertrages verwahrt, wie sie mit den Anschlägen auf wichtige internationale Telefonverbindungen der Deutschen Demokratischen Republik durch amerikanische Militärbehörden zum Ausdruck kommt.

(ADN 2. 5. 56)

Die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat folgenden Wortlaut:

Zur Untersuchung von Anschlägen auf wichtige Telefonverbindungen und der damit verbundenen Verletzung der Grenze und der Integrität des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik hat der Ministerpräsident eine Regierungskommission eingesetzt, die in der Nacht vom 21. zum 22. April 1956 ihre Tätigkeit aufnahm.

In Ergänzung der bereits bekannten Tatsachen wird festgestellt: Zwischen dem Ortsteil Altglienicke und der Ortschaft Schönefeld verlaufen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik beiderseits der Chaussee, die diese Orte verbindet, wichtige Erd-Telefon-Fernkabel. Sie verbinden Berlin mit allen südlichen und südöstlich gelegenen Bezirken und mit einigen Hauptstädten des Auslandes.

Ungefähr 1 km hinter Altglienicke verlaufen die Telefonkabel in einer Entfernung von etwa 350 m von der Grenze zum amerikanischen Sektor. In diesem Teil des amerikanischen Sektors, im Ortsteil Rudow, haben die amerikanischen Besatzungstruppen vor etwa zwei Jahren unmittelbar an der Sektorengrenze ein größeres Gebäude errichtet, das angeblich zu Funkzwecken und als Radarstation bestimmt war. In Wirklichkeit diente dieses Gebäude zur Tarnung, um die auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verlaufenden Telefonkabel längs der Schönefelder Chaussee anzupapfen und die auf ihnen geführten Gespräche zu Spionagezwecken abzuhören.

Unmittelbar an der Grenze zum amerikanischen Sektor, in der Nähe des alten Städtischen Friedhofes Altglienicke, wurde zu diesem Zweck unter großem Materialaufwand vom amerikanischen Sektor aus bis zu den an der Chaussee verlaufenden Telefonkabeln ein etwa 400 m langer unterirdischer Tunnel gebaut. Der Tunnel verläuft 4 bis 5 m unter der Erdoberfläche, hat einen Durchmesser von etwa 1,90 m und ist aus Stahlrohr gebaut.

Am Ende des Tunnels wurde unter der Chaussee Altglienicke/Schönefeld ein etwa 19 m langer Stahlkesselbunker angelegt, in dem eine moderne Verstärkeranlage, Meß- und andere technische Einrichtungen eingebaut sind. Sie tragen sämtlich amerikanische und andere ausländische Firmenbezeichnungen. Von diesem Bunker aus wurden die Telefonadern angezapft. Bunker und Tunnel sind durch eine 10 cm starke Stahlpanzer-tür verbunden, die von amerikanischer Seite aus durch starke stählerne Riegel versperrt werden konnte. Die elektrischen Stromzuleitungen und anderen technischen Einrichtungen des Bunkers waren mit der angeblichen amerikanischen Funkstation verbunden, und sie wurden von dort gespeist. Die ganze technische Anlage zeigt eindeutig, daß ihre Benutzung zu Spionagezwecken auf lange Sicht gedacht war.

Durch das energische Handeln der Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik blieb den amerikanischen Spionagebeauftragten keine Zeit zur Beschädigung, Zerstörung oder Entfernung der technischen Anlagen, die in völlig unversehrtem Zustand sichergestellt werden konnten. Beim Betreten des Stahlbunkers mit den Verstärkeranlagen durch unsere Sicherheitsorgane waren die technischen Einrichtungen einschließlich der Klimaanlage noch im Betrieb. Kurz vor dem Öffnen des Bunkers flohen die amerikanischen Spione in das zu Tarnzwecken im amerikanischen Sektor gelegene Haus.

In der Nähe der amerikanischen Sektorengrenze hatten die ausländischen Eindringlinge im unterirdischen Tunnel eine provisorische Sandsacksperrre errichtet, an der Pappschilder angebracht waren, die in deutscher und russischer Sprache die Aufschrift trugen: „Sie betreten jetzt den amerikanischen Sektor!“

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erhebt schärfsten Protest gegen die von amerikanischen Militärbehörden verübte Verletzung der Grenze, der Unantastbarkeit des Territoriums und gegen den zu Spionagezwecken erfolgten rechtswidrigen Eingriff in den Telefonverkehr der Deutschen Demokratischen Republik. Damit wurden auch die internationalen Rechtsnormen grob verletzt.

Diese Spionagetätigkeit ist ein Teil der Maßnahmen der amerikanischen Behörden in Westberlin, das sie widerrechtlich als NATO-Basis benutzen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fordert von den zuständigen amerikanischen Stellen, daß die

Schuldigen dieses Rechtsbruchs zur Verantwortung gezogen werden. Durch solche völkerrechtswidrigen Maßnahmen wird das Bestreben nach internationaler Entspannung und Verständigung immer wieder erschwert.

Im Interesse der Verständigung der Deutschen untereinander ist es erforderlich, daß die Westberliner Verwaltungsstellen mit dafür sorgen, daß jede weitere Spionagetätigkeit von Westberlin aus gegen die Deutsche Demokratische Republik endlich eingestellt wird.

(Neues Deutschland, Berlin 26. 4. 56)

64.

Delegation des Ministeriums für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik auf der Weltgesundheitsversammlung in Genf

An der diesjährigen Weltgesundheitsversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die vom 8. bis 26. Mai 1956 in Genf zusammentrat, nahm eine Delegation des Ministeriums für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik teil. Der Bericht des Generalsekretärs der WHO, Dr. M. G. Candau, befaßte sich im wesentlichen mit der Bekämpfung der Malaria, der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke, Herzgefäß- und Herzerweiterungskrankheiten und anderen medizinisch-wissenschaftlichen Fragen. Die Versammlung wurde mit der Annahme einer Reihe von Resolutionen beendet. In einem Vorschlag wird den Regierungen empfohlen, alle nationalen Projekte für die friedliche Anwendung der Atomenergie in engem Kontakt mit den Gesundheitsbehörden auszuarbeiten.

65.

Delegation des Deutschen Roten Kreuzes der Deutschen Demokratischen Republik nimmt an Beratungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz teil

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) beriet vom 14. bis 19. Mai 1956 in Genf den Entwurf einer Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerung im Falle eines unterschiedlos geführten Krieges.

An der Beratung nahmen Rechtsberater und Sachverständige auf dem Gebiet des Luftschutzes als Vertreter von 13 nationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften teil.

Die Delegation des Deutschen Roten Kreuzes der Deutschen Demokratischen Republik, die an dieser Arbeitskonferenz ebenfalls teilnahm, machte den Vorschlag, das Verbot der atomaren und nuclearen Waffen in den Entwurf mit aufzunehmen.

Der Entwurf soll der internationalen Konferenz des Roten Kreuzes, die in Neu Delhi im Frühjahr 1957 zusammentritt, vorgelegt werden.

66.

Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auf ECE-Tagung (Arbeitsgruppe für internationale Messen) in Genf

Eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Vizepräsidenten der Kammer für Außenhandel, Kurt Wolf, nahm an der Tagung der Arbeitsgruppe für internationale Messen des Komitees für die Entwicklung des Handels der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) vom 4. bis 9. Juni 1956 in Genf teil. Aus 20 Staaten trafen sich Regierungsvertreter und Fachleute, um über Messe- und Ausstellungsprobleme und deren Rolle bei der weiteren Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen zu beraten. Insbesondere wurden Erleichterungen im internationalen Personen- und Güterverkehr erörtert, um einen besseren Besuch der Messen zu gewährleisten. Entsprechende Vorschläge der Arbeitsgruppe werden dem Komitee für die Entwicklung des Handels der ECE zugeleitet werden.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik konnte in ihren Berichten auf die umfangreichen Erleichterungen hinweisen, die schon seit längerer Zeit den Ausstellern und Besuchern der Leipziger Messe gewährt werden.

(Neues Deutschland, Berlin 19. 6. 56)

67.

Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auf der V. Weltkraftkonferenz in Wien

An der V. Weltkraftkonferenz, die vom 17. bis 12. Juni 1956 in Wien stattfand, beteiligte sich eine Delegation der Deutschen

Demokratischen Republik, die sich aus 27 Experten zusammensetzte und unter Leitung von Diplomingenieur Walther Nöldecke vom Ministerium für Kohle und Energie stand. Die Weltkraftkonferenz, die alle 6 Jahre zu ihren Generalkonferenzen zusammentritt, hatte in diesem Jahr zum Hauptthema: „Die Energiequellen der Welt im Wandel der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung.“

68.

Protest der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik gegen westliche Provokationen auf der 39. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, die als Gast an der 39. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf teilnimmt, hat am 18. Juni 1956 dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, Morse, ein Schreiben überreicht, in dem verleumderische Ausführungen über die Deutsche Demokratische Republik zurückgewiesen werden, die von dem britischen Unternehmervertreter Sir Richard Snedden und dem westdeutschen Arbeitsminister Storch auf der Konferenz gemacht worden waren. Die Delegation erklärt, sie wende sich schriftlich an Generaldirektor Morse, da es ihr zur Zeit nicht möglich sei, auf derartige Entstellungen von der Tribüne der Konferenz aus zu entgegnen. Sie betont, die Deutsche Demokratische Republik sei ein souveräner Staat, der mit einer Reihe europäischer und asiatischer Staaten, darunter den Großmächten UdSSR und Volksrepublik China, diplomatische und mit über hundert Staaten Handelsbeziehungen unterhält. Die Darlegungen Sneddens und Storchs, in denen die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik verzerrt behandelt wurden, könnten keinesfalls dazu beitragen, die bereits angebahnte Entspannung zu fördern.

Der Regierungsdelegierte der Volksrepublik Polen, Unterstaatssekretär Kutin, nahm auf der Plenarsitzung der Konferenz am 18. Juni ebenfalls zu den provokatorischen Äußerungen Storchs Stellung. Er wies die Verleumdungen des Bonner Arbeitsministers zurück und betonte, die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik sei die beste Garantie für den Sieg der demokratischen Kräfte in ganz Deutschland.

(ADN 18. 6. 56)

DIE BEZIEHUNGEN DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
ZUR UNION DER
SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

Übergabe von wichtigem Archivmaterial durch die Regierung der UdSSR an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Ein Protokoll über die Übergabe von wichtigem Archivmaterial, das nach Beendigung des Hitlerkrieges von der Sowjetunion in Verwahrung genommen wurde und auf Grund eines am 20. Mai 1955 bekanntgegebenen Beschlusses der Sowjetregierung jetzt an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergeben wird, ist am 30. Juni 1955 im Außenministerium der UdSSR vom Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Sorin, und vom Leiter der staatlichen Archivverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Meier, unterzeichnet worden.

Unter den Materialien befinden sich eine große Anzahl von Dokumenten des Auswärtigen Amtes Deutschlands und Preußens aus der Zeit von 1837 bis 1945 und Urkunden, deren älteste aus dem 14. Jahrhundert stammen.

Nach der Unterzeichnung des Protokolls brachte der Leiter der Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Meier, den Dank der Regierung für diese vom Geiste wahrhafter Freundschaft getragene Entscheidung zum Ausdruck, die ein neuer Beweis des Vertrauens in den Friedenswillen des deutschen Volkes ist. Der hochherzige Beschluß des Ministerrates der UdSSR habe ein lebhaftes Echo im ganzen deutschen Volk gefunden. Mit besonderer Freude sei er von den verantwortungsbewußten Wissenschaftlern, Historikern und Archivaren nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in Westdeutschland aufgenommen worden. Otto Meier betonte, daß alle Mitarbeiter des staatlichen Archivwesens der Deutschen Demokratischen Republik die Übergabe dieser Dokumente als Kulturtat vom gleichen Range würdigen wie die Übergabe der in den letzten Kriegstagen von der Sowjetarmee in Deutschland vor der Vernichtung geretteten und seitdem in der Sowjetunion sorgsam verwahrten Gemälde der Dresdner Gemäldegalerie.

„Das nunmehr übergebene reichhaltige und so bedeutungsvolle Archivmaterial“, sagte Otto Meier, „gibt in seiner Erschließung und Auswertung den demokratischen Kräften Deutschlands am entscheidenden Wendepunkt unserer

Geschichte neue Waffen in ihrem Kampf gegen den räuberischen deutschen Militarismus in die Hände, der wieder am Werke ist, das deutsche Volk und die Welt in das Verbrechen und Verderben eines neuen Krieges zu stürzen. Es ist mir eine Genugtuung, im Zeichen der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen unseren Völkern diese Feststellung treffen zu können angesichts der beschämenden Tatsache, daß die Regierungen der USA und Englands das in ihren Händen befindliche deutsche Archivmaterial noch immer zurückhalten und sich bis jetzt beharrlich geweigert haben, es zu übergeben. Während deutsche Wissenschaftler keine Möglichkeit haben, es einzusehen, werten es englische und amerikanische Forscher schon seit Jahren in ihrem Sinne aus.“

Der stellvertretende Außenminister Sorin sagte, die Übergabe des Archivmaterials sei ein Beitrag zur Festigung der guten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik und werde mithelfen, die Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem ganzen deutschen Volk weiter zu stärken.

Die übergebenen Archivmaterialien befinden sich bereits auf dem Transport. Die gesamte Ladung umfaßt etwa zweihundert Tonnen und füllt einen Eisenbahnzug. Die Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hatte Gelegenheit, diese Materialien in Moskau zu besichtigen und, wie der Leiter der Delegation, Otto Meier, mitteilte, sich davon zu überzeugen, daß sie in der Sowjetunion in vorbildlicher Weise aufbewahrt, geordnet und — soweit sie infolge der durch die Hitlerbehörden veranlaßten Auslagerung beschädigt worden waren — restauriert wurden.

(ADN 30. 6. 55)

70.

Verträge über die Neuregelung der Filmbeziehungen mit der UdSSR

Verträge über die Neuregelung der Filmbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR unterzeichneten am 1. Juli 1955 im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Leiter der Hauptverwaltung Film beim Ministerium für Kultur, Anton Ackermann, und für die Sowjetunion die Bevollmächtigten der Allunions-

Film-Vereinigung (Sowexportfilm) B. S. Olichejko und N. D. Ljubaschin. Bei der Unterzeichnung waren zugegen der Minister für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes R. Becher, und der I. Rat der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken A. L. Orlow.

Auf Grund dieser neuen Verträge übergibt die Sowjetunion dem Ministerium für Kultur die Pachtverträge an 91 Filmtheatern und anderen Objekten in der Deutschen Demokratischen Republik, die bisher unter der Leitung der Sowexportfilm standen. Die bisherigen Gesellschafteranteile der Allunions-Film-Vereinigung für den Export und Import von Filmen an der Progress Film-Vertrieb G.m.b.H. wurden ebenfalls an deutsche Stellen übergeben. Weiterhin enthalten die Verträge Vereinbarungen, die den Austausch von Filmen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik noch günstiger gestalten als bisher.

(Neues Deutschland, Berlin 2. 7. 55)

71.

Beileid des Obersten Sowjets zum Ableben des Botschafters Rudolf Appelt

Zum Ableben des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR, Rudolf Appelt, übermittelte der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, K. J. Woroschilow, Präsident Wilhelm Pieck ein Telegramm, in dem er ihm sein tiefempfundenes Beileid ausspricht.

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, und der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. S. Semjonow, übersandten Präsident Pieck ebenfalls Beileidstelegramme.

(Neues Deutschland, Berlin 8. 7. 55)

**Regierungsdelegation der UdSSR für die Genfer Konferenz
der Regierungschefs auf der Durchreise am 16. und 17. Juli 1955
in Berlin**

Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld

Am 16. Juli 1955 trafen auf der Durchreise nach Genf auf dem Flugplatz Schönefeld bei Berlin ein:

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschtschow, der Minister für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow.

Zum Empfang waren erschienen: Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. J. Dieckmann, der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates W. Stoph, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch, Paul Scholz, die Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates Bruno Leuschner, Fritz Lange, Mitglieder des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, der Präsident der Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik, August Bach, Mitglieder des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED Hermann Matern, Fred Oelßner, Karl Schirdewan, Friedrich Ebert, Alfred Neumann, die Sekretäre des ZK der SED Paul Wandel, Gerhart Ziller und Kurt Hager.

Weiter waren anwesend: Der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Prof. Dr. Erich Correns, die Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Vertreter der demokratischen Parteien und Massenorganisationen.

Außerdem hatten sich zur Begrüßung Generale der Deutschen Volkspolizei sowie eine große Anzahl von Betriebsdelegationen eingefunden. Zahlreiche Vertreter der in- und ausländischen Presse wohnten der Ankunft bei.

Von sowjetischer Seite waren zugegen: Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall der Sowjetunion A. A. Gretscho, Mitarbeiter der Sowjetischen Botschaft in Berlin, Vertreter der Sowjetarmee. Das Diplomatische Korps war vollzählig erschienen.

Zu Ehren der sowjetischen Delegation war eine Ehrenkompanie der Deutschen Volkspolizei angetreten. Ein Musikkorps intonierte die sowjetische Staatshymne und die deutsche Nationalhymne.

Der Flugplatz war mit Flaggen beider Länder geschmückt. Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, hielt folgende Begrüßungsansprache:

Liebe Genossen, liebe Freunde, Einwohner von Berlin! Im Auftrage der Regierungsdelegation der Sowjetunion, die sich zur Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte begibt, übermittele ich Ihnen, dem gesamten deutschen Volk und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik herzliche Grüße des Sowjetvolkes und der Sowjetregierung.

Die Regierungsdelegation der Sowjetunion fährt mit dem aufrichtigen Wunsch nach Genf, Mittel zur Minderung der Spannungen und zur Wiederherstellung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten sowie Wege zur Regelung ungelöster internationaler Fragen zu finden. Eine der Fragen, über die ein Meinungsaustausch auf der Konferenz notwendig ist, ist die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Der Standpunkt der Sowjetunion zu dieser Frage ist wohlbekannt. Er wurde vor einigen Tagen in der Presse dargelegt. Die Sowjetunion war und bleibt ein Verfechter der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage.

Die Regierungsdelegation der Sowjetunion hofft, daß die bevorstehende Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte, deren Hauptziel wir in der Minderung der internationalen Spannungen und in der Herstellung des notwendigen Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten sehen, ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der Einheit eines unabhängigen, friedliebenden und demokratischen Deutschland sein wird. Unsere Delegation ist bereit, alles in ihren Kräften Stehende zur Erreichung dieses Zieles zu tun.

Essen bei Ministerpräsident Otto Grotewohl

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik gab zu Ehren der Delegation ein Essen. An ihm nahmen teil: Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschow, der Minister für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall der Sowjetunion A. A. Gretschko.

Von deutscher Seite waren anwesend: Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates W. Stoph, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch, Paul Scholz, die Mitglieder des Politbüros des ZK der SED Hermann Matern, Fred Oelßner und der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Volkskammer, Peter Florin.

Unterredung bei Ministerpräsident Grotewohl

Am 16. Juli 1955 empfing der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, den Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. A. Bulganin, das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschow, den Minister für Verteidigung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow, die auf dem Wege zur Genfer Konferenz in Berlin weilten.

In der im Geiste herzlicher Freundschaft geführten Unterhaltung wurden die im Zusammenhang mit der Genfer Konferenz stehenden Fragen, insbesondere die Deutschlandfrage, berührt. Es wurde dabei volle Übereinstimmung in dem Streben nach Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage festgestellt.

An der Unterredung nahmen der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, teil.

Abreise der Regierungsdelegation der UdSSR

Die Regierungsdelegation der UdSSR hat am 17. Juli früh den Weiterflug nach Genf angetreten.

Die Delegation wurde vom Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, vom Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, sowie von allen anderen zur Ankunft erschienenen Persönlichkeiten verabschiedet.

(ADN 17. 7. 55)

Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, und das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschtschow, vom 24. bis 27. Juli 1955 in Berlin

73.

Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld

Auf Einladung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik trafen am 24. Juli 1955, aus Genf kommend, auf dem Flugplatz Schönefeld bei Berlin der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, und das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschtschow, ein. Sie wurden herzlich begrüßt.

Auf dem Flug von Genf nach Moskau wurden bei ihrer Zwischenlandung in Schönefeld bei Berlin ferner der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, der Minister für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow, und der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR,

A. A. Gromyko, begrüßt, die nach kurzem Aufenthalt die Weiterreise nach Moskau antraten.

Zum Empfang von N. A. Bulganin und N. S. Chrustschow hatten sich eingefunden: Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, die Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Lothar Bolz, Dr. Hans Loch und Paul Scholz sowie Minister Fritz Selbmann; Mitglieder des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik; Mitglieder des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik; die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED Hermann Matern, Karl Schirdewan, Fred Oelßner und Erich Mückenberger; das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Oberbürgermeister von Groß-Berlin Friedrich Ebert; der Sekretär des ZK der SED Gerhart Ziller; Vertreter der demokratischen Parteien und Massenorganisationen; Generale der Kasernierten Volkspolizei sowie Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik.

Von sowjetischer Seite waren zugegen: Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall der Sowjetunion A. A. Gretschko, sowie weitere Vertreter der Sowjetarmee.

Das Diplomatische Korps war vollzählig erschienen. Anwesend waren ferner Vertreter der in- und ausländischen Presse.

Zur Begrüßung hatten sich auf dem Flugplatz eine große Zahl Delegationen aus den volkseigenen Betrieben Berlins sowie Jugendliche eingefunden.

Eine Ehrenkompanie der Kasernierten Volkspolizei erwies den sowjetischen Gästen die Ehrenbezeugung. Ein Musikkorps intonierte die sowjetische Staatshymne und die deutsche Nationalhymne. Der Flugplatz war mit Flaggen beider Länder geschmückt.

Zur Begrüßung von W. M. Molotow, G. K. Shukow und A. A. Gromyko waren erschienen: Vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz; das Mitglied des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Minister Fritz

Selbmann; vom Zentralkomitee der SED die Mitglieder des Politbüros des ZK der SED Karl Schirdewan und Fred Oelßner; das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Oberbürgermeister von Groß-Berlin Friedrich Ebert; Generalleutnant Heinz Hoffmann sowie Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik.

Von sowjetischer Seite waren anwesend: Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall der Sowjetunion A. A. Gretschko, sowie weitere Mitarbeiter der Sowjetischen Botschaft und Vertreter der Sowjetarmee.

(Neues Deutschland, Berlin 25. 7. 55)

*Ansprache des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR,
N. A. Bulganin*

Genosse Ministerpräsident! Genossen!

Wir bringen unsere aufrichtige Freude anlässlich der Ankunft in der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck und danken für die Begrüßung und die freundschaftlichen Gefühle, die man uns hier entgegenbringt.

Wir kommen zu Ihnen aus Genf, wo eben erst die Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte — der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs — zu Ende gegangen ist. Die Genfer Konferenz wird sich zweifellos auf die internationale Lage günstig auswirken. Auf der Konferenz fand ein Meinungsaustausch über eine Reihe wichtiger internationaler Probleme, so über die europäische Sicherheit, die Deutschlandfrage, die Abrüstung und über die Herstellung von Kontakten zwischen Ost und West, statt.

Die von der Konferenz gefaßten Beschlüsse sowie die zusammenfassenden Abschlußerklärungen der Regierungschefs sind veröffentlicht worden. Aus diesen Dokumenten sind die positiven Arbeitsergebnisse der Konferenz ersichtlich.

Zur Deutschlandfrage wurde von der Konferenz ein vereinbarter Beschluß gefaßt, daß die Regelung der Deutschlandfrage und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen

in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit verwirklicht werden muß. Wir können jedoch nicht die Augen davor verschließen, daß auf der Konferenz zwei verschiedene Standpunkte zur Lösung des deutschen Problems in Erscheinung traten. Die Delegationen der drei Westmächte bestanden darauf, daß ein remilitarisiertes Westdeutschland und später auch das vereinigte Deutschland entsprechend den Pariser Verträgen in die NATO und in die Westeuropäische Union einbezogen werden sollen, das heißt in militärische Gruppierungen der Westmächte. Die Sowjetregierung hat bekanntlich wiederholt erklärt, daß die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO und in die Westeuropäische Union sowie die Annahme der Bedingungen der Pariser Verträge durch Westdeutschland die Möglichkeit einer Vereinigung Deutschlands auf friedlichen und demokratischen Grundlagen ausschließen. Deshalb trat die sowjetische Delegation in Genf für einen anderen Weg zur Vereinigung Deutschlands ein, wobei sie sich von den Interessen der Festigung des Friedens in Europa leiten ließ.

Wir gingen davon aus, daß zunächst die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik und später das vereinigte Deutschland einem System gesamteuropäischer kollektiver Sicherheit beitreten und Partner eines europäischen Sicherheitsvertrages sein sollen, eines Vertrages, der den Frieden, jedoch nicht das Wiedererstehen des Militarismus mit all seinen Kriegsschrecken und schwarzen Tagen für die Menschen sichern soll. Dieser Weg berücksichtigt das Interesse des deutschen Volkes und auch der anderen Völker Europas an der Schaffung eines friedliebenden demokratischen Deutschlands, das gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten bei der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa mitarbeitet und gemeinsam mit den anderen friedliebenden Ländern gegen einen Krieg kämpft.

Ferner ist die sowjetische Delegation von dem Umstand ausgegangen, daß man die Deutschlandfrage nicht lösen kann, ohne der in Deutschland entstandenen Realität Rechnung zu tragen.

In den zehn Jahren, die seit Beendigung des zweiten Weltkrieges vergangen sind, haben sich auf dem Territorium Deutschlands zwei souveräne Staaten gebildet — die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik.

Jede von ihnen hat ihre eigene wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung. Die Souveränitätsrechte jeder von ihnen sind von anderen Staaten anerkannt worden.

Das bedeutet, daß bei der Lösung der Frage der Vereinigung Deutschlands sowohl die Meinung der Deutschen Demokratischen Republik als auch die der Deutschen Bundesrepublik nicht unberücksichtigt bleiben darf. Mit anderen Worten: diese Frage kann ohne Teilnahme der Deutschen selbst nicht gelöst werden. Das bedeutet ferner, wer wirklich eine Vereinigung Deutschlands anstrebt, muß eine Annäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands sowohl auf dem Gebiet der gemeinsamen Arbeit zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa als auch in innerdeutschen Angelegenheiten wünschen.

Das ist der einzig mögliche Weg, der zur Vereinigung Deutschlands und zur Befriedigung der berechtigten nationalen Sehnsucht des deutschen Volkes führt. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Sowjetregierung bei der Erörterung der Deutschlandfrage auch weiterhin unerschütterlich diese Linie verfolgen wird.

Gestatten Sie mir, den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und dem ganzen deutschen Volke die herzlichsten Grüße und besten Wünsche der Regierung der Sowjetunion zu übermitteln.

Ansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

Liebe Genossen und Freunde!

Mit herzlicher Freude und Genugtuung begrüßen die Regierung und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Regierungsdelegation der UdSSR. Wir freuen uns, daß Sie unsere Einladung angenommen haben, nach dem Abschluß der Genfer Konferenz einige Tage in der Deutschen Demokratischen Republik zu verbringen.

Wir begrüßen den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Genossen N. A. Bulganin, das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen N. S. Chrustschow, und ihre Mitarbeiter. Mit großer Teilnahme und Spannung haben die Völker der Welt, darunter auch das deutsche Volk, in der letzten Woche nach Genf geblickt. Die Genfer Verhandlungen haben durch die konstruktiven Vorschläge der UdSSR zu den Fragen der Sicherheit für alle Völker, der Abrüstung

und des Verbotes der Atomwaffen und der Lösung des Deutschlandproblems zu einer weltweiten internationalen Entspannung geführt.

Es hat sich erwiesen, daß die konsequente Friedenspolitik der UdSSR und des gesamten Friedenslagers und ihr Wille zur Verständigung das internationale Geschehen entscheidend beeinflussen haben. Die Aufnahme der in Genf geführten Gespräche über die Beendigung des „kalten Krieges“ hat gezeigt, daß die Völker in der ganzen Welt die Politik der Stärke ablehnen und für internationale Verständigung und die friedliche Koexistenz eintreten. Deutschland und das deutsche Volk schöpfen neue Hoffnung für die Wiederherstellung der friedlichen und demokratischen Einheit ihres Vaterlandes. Wenn die vier Mächte in Genf eine Entspannung der Lage herbeiführen konnten, dann müssen die Deutschen in beiden Teilen Deutschlands das auch können und zur Verständigung über Deutschland kommen. Das ist die wichtige Lehre aus Genf für uns Deutsche.

Wir sprechen der Regierungsdelegation der UdSSR unseren Dank für ihre tatkräftige Arbeit im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker aus und heißen Sie, liebe Genossen, in der Deutschen Demokratischen Republik herzlich willkommen.

(ADN 24. 7. 55)

74.

Empfang zu Ehren N. A. Bulganins und N. S. Chruschtschows

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik gab zu Ehren des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. A. Bulganin, und des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, N. S. Chruschtschow, am 24. Juli 1955 im Hause der Ministerien zu Berlin einen festlichen Empfang.

An dem Empfang nahmen teil: der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl; die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Lothar Bolz, Dr. Hans Loch und Paul Scholz; die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED Hermann Matern, Karl Schirdewan, Fred Oelßner, Erich Mückenberger und Herbert Warnke; das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Ober-

bürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, sowie Sekretäre des ZK der SED; weitere Mitglieder des Ministerrates sowie Mitglieder des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik; Vertreter der demokratischen Parteien und Massenorganisationen; Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei; die Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik sowie Träger des Vaterländischen Verdienstordens, Nationalpreisträger, Helden der Arbeit und Aktivisten aus den Betrieben.

Von sowjetischer Seite waren zugegen: der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall der Sowjetunion A. A. Gretschnko, sowie weitere Vertreter der Sowjetarmee.

Anwesend waren die Mitglieder des Diplomatischen Korps sowie Vertreter der in- und ausländischen Presse.

Der Empfang verlief in einer überaus herzlichen Atmosphäre und im Geiste der Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und dem deutschen Volke.

(ADN 24. 7. 55)

75.

Empfang in der Sowjetischen Botschaft

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, gab zu Ehren des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, sowie des Mitgliedes des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, N. S. Chruschtschow, am 25. Juli 1955 in der Sowjetischen Botschaft zu Berlin einen festlichen Empfang. An dem Empfang nahmen die führenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik teil.

(ADN 25. 7. 55)

**Großkundgebung auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin
am 26. Juli 1955**

Ansprache von Ministerpräsident Otto Grotewohl

Liebe Genossen und Freunde!

Mit großer Freude begrüßen wir heute in unserer Mitte die Regierungsdelegation der UdSSR, die, von erfolgreichen Verhandlungen aus Genf kommend, uns einige Tage besucht hat. Ich begrüße im Namen der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik sowie aller deutschen Patrioten den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Genossen N. A. Bulganin, und den 1. Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen N. S. Chruschtschow, auf das wärmste und spreche ihnen sowie den anderen Mitgliedern der sowjetischen Regierungsdelegation, die heute nicht unter uns weilen, den heißen Dank aller deutschen Demokraten und Patrioten für ihr erfolgreiches Wirken in Genf aus.

Die Völker — und auch das deutsche Volk — haben große Hoffnungen auf einen günstigen Verlauf und die Ergebnisse der Genfer Konferenz gesetzt. Millionen und aber Millionen von Menschen haben mit ungeteilter Spannung und Aufmerksamkeit die Verhandlungen in Genf verfolgt.

Sie erwarteten, daß die Genfer Konferenz ihren Friedenswillen respektiert. Die Völker wurden in ihren Erwartungen nicht enttäuscht. Die Genfer Konferenz der vier Großmächte ist zu einem historischen Wendepunkt in der Weltgeschichte geworden. Der Wille der Völker nach Frieden und Sicherheit, nach Verständigung und Freundschaft beginnt sich heute erfolgreich durchzusetzen.

Ein großer Teil des Mißtrauens zwischen den Völkern ist beseitigt, und Fortschritte in der Schaffung der europäischen Sicherheit, in der Deutschlandfrage, in der Abrüstung sowie der Entwicklung von Kontakten zwischen Ost und West sind erzielt. Die Genfer Konferenz hat den Weg für die erfolversprechende weitere Behandlung und für die Lösung der herangereiften internationalen Probleme mit friedlichen Mitteln gewiesen. Die Völker müssen nun dafür sorgen, daß die Direktive der Konferenz zu einer realen Tatsache wird.

Die Genfer Direktive bestimmt, daß die Außenminister der vier Mächte diejenigen Maßnahmen studieren, die zur endgültigen Beseitigung des „kalten Krieges“ führen und einen Zustand des Vertrauens in der Welt herbeiführen. Das ist in der Tat ein großer Fortschritt auf dem Wege der friedlichen Koexistenz der Völker. Mit diesem Beschluß wurde die Möglichkeit für die ständige Erweiterung der Zusammenarbeit der Völker gelegt.

Wenn aber die vier Mächte sich über eine so bedeutende Frage einigen konnten, dann muß es auch den Deutschen möglich sein, zu einer allmählichen Beseitigung der Schranken zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu kommen.

Die konstruktiven Vorschläge, die Genosse Bulganin in Genf zu den Fragen der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in zwei Etappen und des Abschlusses eines Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung von Gewalt und über die Lösung von Streitfragen mit friedlichen Mitteln zwischen den Teilnehmerstaaten der in Europa bestehenden Gruppierungen machte, sind Vorschläge, die sich logisch aus der bestehenden internationalen Situation ergeben. Kein vernünftiger Mensch, der den Frieden erhalten will, kann sich gegen diese Vorschläge wenden. Sie sind für alle Staaten annehmbar, weil sie dem Bedürfnis aller Menschen nach Frieden und nach Sicherheit entsprechen. Sie sind geeignet, Vertrauen zwischen den Staaten herzustellen und alle strittigen Fragen auf dem Wege der friedlichen Übereinkunft zu klären. Sie können bei gutem Willen aller Teilnehmerstaaten schließlich in einem System der kollektiven Sicherheit in Europa münden, das den Frieden und die Sicherheit aller europäischen Staaten endgültig garantiert.

Eine solche Entwicklung gibt auch dem deutschen Volk die Hoffnung, in absehbarer Zeit eine friedliche Regelung seiner nationalen Lebensfragen zu finden. Die Genfer Gespräche über die Beendigung des „kalten Krieges“ haben Erfolg gebracht. Das ist für das deutsche Volk von gewaltiger Bedeutung, denn der „kalte Krieg“ war das Mittel, die Spaltung Deutschlands aufrechtzuerhalten und ständig zu vertiefen. Der Wille der Völker aber war mächtiger. Die Völker sind des Mißtrauens und der Kriege müde, sie wollen Sicherheit und Frieden. Sie werden darum auch wachsam sein und jetzt nach der Genfer Konferenz die Störversuche der Kriegstreiber unnach-sichtlich anprangern und entlarven.

Besonders das deutsche Volk, das seit zehn Jahren im Brennpunkt der internationalen Politik steht, das noch immer in zwei Teile gespalten und mit dem noch kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, ist auf das höchste an der Sicherheit der Völker und am Frieden interessiert. Nie wieder darf von deutschem Boden aus eine neue Aggression, ein neuer Krieg seinen Ausgang nehmen. Der Versuch der Westmächte, ein wiedervereinigtes Deutschland in das Atlantikpaktsystem einzubeziehen, ist für uns völlig und für alle Zeit unannehmbar und wird von uns abgelehnt. Der einzig reale Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands besteht in den gemeinsamen Anstrengungen der vier Mächte. Dieser Weg kann aber ohne die Mitwirkung des deutschen Volkes nicht gegangen werden. Das gilt auch für die Hauptstadt Deutschlands, das gilt auch für Berlin.

Entspannung, Vertrauen und Verständigung würden der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, an dem beide Teile Deutschlands auf gleichberechtigter Grundlage bis zur Wiedervereinigung teilnehmen können, am besten dienen. Vertrauen und Entspannung aber können nicht gedeihen, wenn in einem Teil Deutschlands, in Westdeutschland, remilitarisiert wird, aufgerüstet wird, wenn dort die alten faschistischen Generale und Wirtschaftsführer wieder das Heft in der Hand haben und ihre Augen lüstern auf die Errungenschaften des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in Deutschland, auf die Deutsche Demokratische Republik, richten. Darum ist das Haupthindernis zur Wiedervereinigung nach wie vor die Remilitarisierung Westdeutschlands. Die deutschen Interessen fordern gebieterisch die Beseitigung der Remilitarisierung Westdeutschlands und die Verständigung beider Teile Deutschlands über die demokratische und friedliche Wiedervereinigung. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die seit langem konsequent und unbeirrbar an dieser Verständigung und Annäherung der Deutschen in Ost und West arbeitet, erklärt erneut: Auf die Dauer kann eine Verständigung der Deutschen untereinander nicht verhindert werden. In Westdeutschland wächst die Erkenntnis der Notwendigkeit, mit der Deutschen Demokratischen Republik in Verhandlungen zu treten, um Schritt für Schritt eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands zu fördern. Es wächst in Westdeutschland die Zahl der Menschen, die sich lieber mit ihren deutschen Brüdern in der Deutschen Demokratischen Republik über die Schaffung eines souveränen deutschen Staates verständigen als durch die

Einbeziehung Westdeutschlands in einseitige Militärblocks die Spaltung unseres Vaterlandes weiter vertiefen wollen. Die Grundsteine für dieses neue Deutschland hat die Deutsche Demokratische Republik gelegt, denn die Grundsätze unserer Politik des Friedens und der Demokratie sind wegweisend für die glückliche Zukunft der gesamten deutschen Nation.

Nun müssen die Deutschen aus beiden Teilen Deutschlands endlich an einen Tisch. Sie müssen sich einander annähern und so schnell wie möglich die ersten Schritte zur Wiedervereinigung auf friedlichem und demokratischem Wege unternehmen. Die Adenauersche Aufrüstungspolitik, das starre Festhalten Bonns an den Pariser Verträgen haben eine sofortige Lösung des deutschen Problems in Genf unmöglich gemacht. Die Politik des Friedens und der Verständigung in Genf aber hat die Lösung der Deutschlandfrage einen großen Schritt nach vorwärts gebracht.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist in erster Linie eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst. Es ist sein Recht und seine Pflicht. Niemand kann uns dieses nationale Recht bestreiten, aber niemand kann uns auch unsere eigene Pflicht abnehmen. Für das deutsche Volk ergibt sich jetzt die gebietende Notwendigkeit, sein Äußerstes zu tun, um die Chance, die Genf uns gab, zu nützen und der Außenministerkonferenz im Oktober zu einem vollen Erfolg in der Lösung der deutschen Frage zu verhelfen. Das deutsche Volk muß den Politikern in Bonn, die auch nach der Genfer Konferenz ihre Aufrüstungspläne gegen den Willen des Volkes fortsetzen wollen, energisch zurufen: Schluß mit der Remilitarisierung und Schluß mit eurer Aufrüstung! Jetzt kann dem deutschen Volk nur eines dienen: das ist die Verständigung und Verhandlungen untereinander.

Es gibt keinen Zweifel, daß die in Genf erreichte Entspannung der internationalen Lage, die Verständigungsbereitschaft der vier Mächte und die damit erreichte Entgiftung der internationalen Atmosphäre wie niemals zuvor geeignet sind, die Annäherung beider Teile Deutschlands zu fördern und günstige Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu schaffen. Niemand darf sich diesen Chancen jetzt verschließen. Wer sich jetzt der Verständigung der Deutschen untereinander immer noch in den Weg stellt, muß und wird von der Geschichte beiseite geschoben werden.

Wir werden in einer Sitzung der Volkskammer erneut unsere Vorschläge über eine Verständigung der Deutschen untereinander für ganz Deutschland unterbreiten. Wir versichern dem deutschen Volk aber auch, daß wir in diesem Bestreben um die Verständigung der Deutschen über die Wiedervereinigung zu einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Staat nicht nachlassen, bis diese große nationale Sache zum Siege gebracht ist.

Gibt es eine Kraft in Deutschland, die unsere gerechte Sache zum Siege führen kann? Ja, es gibt diese Kraft. Es gibt genügend demokratische und fortschrittliche Kräfte in Westdeutschland, die sich über künstlich hervorgerufene Grenzen und Schranken hinwegsetzen und gewillt sind, die Verständigung der Deutschen herbeiführen zu helfen. Vor allen Dingen aber gibt es in Deutschland eine starke Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist im Bündnis mit den werktätigen Bauern und allen übrigen werktätigen Schichten die Hauptkraft der Nation. Sie besitzt darum auch die entscheidende Verantwortung für die Zukunft unseres Vaterlandes. Sie muß sich auch in Westdeutschland auf ihre kämpferischen Traditionen besinnen und sich der Lehren ihrer großen Führer bewußt werden.

Wir rufen darum auch heute der westdeutschen Arbeiterklasse zu: Brüder, in eins nun die Hände! Es geht um unser Vaterland! Laßt uns gemeinsam kämpfen! Es wird Zeit, daß sich in Westdeutschland die sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter, die Gewerkschafter und die christlichen Arbeiter zur Aktionsgemeinschaft zusammenfinden und ihre Kraft gegen Monopolherren und Kanonenkönige, gegen Ausbeutung und Not, gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr zu einer Kraft vereinigen. Wenn wir das tun, dann sind wir unüberwindlich, dann wird die Verständigung der Deutschen zur Realität und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf friedliche und demokratische Weise verwirklicht. Es lebe das einheitliche, demokratische Deutschland, es lebe die Sicherheit in Europa, und es lebe der Frieden in der Welt!

*Ansprache des Mitgliedes des Präsidiums des Obersten
Sowjets der UdSSR, N. S. Chrustschow*

Liebe Genossen und Freunde!

Gestatten Sie mir, im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Präsidiums des

Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung, im Namen des gesamten Sowjetvolkes den Einwohnern Berlins und allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik herzliche und freundschaftliche Grüße zu übermitteln.

Von Herzen danken wir den führenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik für die Einladung, ihre Republik zu besuchen, und bringen unseren Dank für den herzlichen Empfang und die Gastfreundschaft zum Ausdruck.

Wir sind nach Berlin aus Genf gekommen, wo bekanntlich die Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte stattfand. Die Arbeit dieser Konferenz verfolgten die Völker der ganzen Welt mit großer Aufmerksamkeit, von der Hoffnung erfüllt, daß sie zur Minderung der internationalen Spannung, zur Herstellung des notwendigen Vertrauens zwischen den Staaten führt. Die Völker sind in ihren Hoffnungen nicht enttäuscht worden.

Auf der Genfer Konferenz haben die Regierungschefs der vier Mächte sowohl in den offiziellen Sitzungen als auch während der inoffiziellen Begegnungen einen persönlichen Kontakt hergestellt und ihre Meinungen über die wichtigsten Fragen der internationalen Lage ausgetauscht. Mit Befriedigung kann man feststellen, daß das wesentlichste Merkmal dieser Konferenz der Geist der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses war.

Die Genfer Konferenz hat gezeigt, daß die Regierungschefs der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs guten Willen zur Zusammenarbeit bekundet haben, indem sie bestrebt waren, zusammen mit uns Wege zu vereinbarten Beschlüssen zu finden.

Wir sind der Meinung, daß die Genfer Konferenz historische Bedeutung hat.

Wenn man berücksichtigt, daß an dieser Konferenz Vertreter von Ländern mit verschiedener gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung teilgenommen haben, so muß man um so mehr anerkennen, daß bedeutende positive Ergebnisse erzielt worden sind. Auf der Genfer Konferenz wurde der Anfang für die Herstellung des Vertrauens zwischen den Staaten, unabhängig von ihrer politischen und gesellschaftlichen Ordnung, auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz gemacht. Ungeachtet der Unterschiede in den politischen Anschauungen waren die Teilnehmer der Genfer Konferenz gemeinsam bestrebt, Wege zur Regelung wichtiger internationaler Probleme zu finden.

Es ist zu hoffen, daß sich die positiven Ergebnisse der Begegnung der Regierungschefs in der Zukunft in noch größerem Maße auswirken werden.

Die Genfer Konferenz wird in ihrer Bedeutung zu einem überaus wichtigen Meilenstein auf dem Wege zur Minderung der internationalen Spannungen, zur Herstellung des Vertrauens zwischen den Staaten, ohne das die Beendigung des „kalten Krieges“ und die Herstellung eines festen und dauerhaften Friedens zwischen den Völkern unmöglich ist.

Die Regierungschefs der vier Mächte kamen zu dem einmütigen Entschluß, auf der Grundlage des erzielten Übereinkommens in den allgemeinen Prinzipien die Verhandlungen über wichtige internationale Probleme fortzusetzen, um Wege zu deren konkreter Lösung zu finden. Sie verständigten sich, im Oktober in Genf eine Konferenz der Außenminister der vier Mächte einzuberufen, und haben für diese Konferenz entsprechende Direktiven ausgearbeitet. Wie Ihnen aus den veröffentlichten Dokumenten bekannt ist, werden auf der Konferenz der Außenminister die Frage der Gewährleistung der europäischen Sicherheit und die deutsche Frage, die Fragen der Abrüstung und der Herstellung von Kontakten zwischen West und Ost weiter erörtert.

Wir hoffen, daß auf der Konferenz der Außenminister ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Regelung der ungelösten internationalen Fragen getan werden wird. Dabei gehen wir davon aus, daß bei den Verhandlungen die Interessen sowohl der einen als auch der anderen Seite berücksichtigt werden müssen. Nur unter dieser Voraussetzung kann man eine richtige Lösung der akuten internationalen Probleme, eine Minderung der internationalen Spannung und die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit erreichen.

Auf der Genfer Konferenz fand ein Meinungs austausch über eine so wichtige Frage wie die deutsche Frage statt. Wir verstehen gut, daß dies in erster Linie das deutsche Volk zutiefst bewegt. Was die Sowjetunion angeht, so strebt sie konsequent und aufrichtig eine Lösung des Deutschlandproblems im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker an.

Auf welchem Weg kann die deutsche Frage gelöst werden?

Es gibt zwei Wege. Ein Weg, den die Westmächte vorschlugen, ist der Weg der Militarisierung Deutschlands; das aber führt zur Wiederherstellung der deutschen Soldateska. Es versteht sich, daß dieser Weg voller gefährlicher Folgen für die Völker

Europas und insbesondere für das deutsche Volk selbst ist, da ein militarisiertes Deutschland in neue Kriegsabenteuer einbezogen werden kann und damit zum Schlachtfeld eines noch verheerenderen Krieges, zum Ausgangspunkt schwerer Leiden für alle Völker Europas und nicht nur Europas werden kann.

Aber es gibt auch einen anderen, den richtigen Weg zur Lösung der deutschen Frage, den die Regierung der Sowjetunion vertreten hat und vertritt. Das ist der Weg der Wiedervereinigung Deutschlands als eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staates, der für die anderen Völker keine Bedrohung wäre, sondern zusammen mit den anderen europäischen Staaten seinen Beitrag zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa leisten und sein friedliches und freies Leben aufbauen würde.

Die Sowjetregierung war und bleibt Anhänger der Vereinigung Deutschlands entsprechend den Interessen des deutschen Volkes, den Interessen der Sicherheit in Europa.

Die Tatsachen sprechen überzeugend davon, daß die Verzögerung bei der Lösung der deutschen Frage nicht von der Sowjetunion abhängt.

Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß zu der Zeit, als die Pariser Verträge ausgearbeitet wurden, die die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den Nordatlantikblock zum Ziel haben, die Sowjetregierung wiederholt gewarnt hat, daß dieser Schritt die Lösung der Frage der Vereinigung Deutschlands komplizieren wird. Aber leider wurde diesen Warnungen kein Gehör geschenkt. Mehr noch, einige Staatsmänner hatten es mit der Ratifizierung der Pariser Verträge eilig und behaupteten, die Verwirklichung dieser Verträge würde den Westmächten die Möglichkeit geben, mit der Sowjetunion „von einer Position der Stärke aus“ zu sprechen. Ich denke, daß nunmehr allen klar ist, daß diese Berechnungen fehlgeschlagen sind.

Wir haben in Genf aufrichtig erklärt, daß unter den Bedingungen, daß auf dem Gebiet Deutschlands zwei Staaten mit verschiedener gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung entstanden sind, daß Westdeutschland Teilnehmer des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union ist, die Lösung des deutschen Problems eine schwierige Angelegenheit ist. Für seine Lösung unter den gegenwärtigen Bedingungen sind große und ernsthafte Anstrengungen sowohl seitens der Großmächte als auch insbesondere seitens des deutschen Volkes in beiden

Teilen Deutschlands selbst erforderlich. Das beste aber wäre, wenn die deutsche Frage die Deutschen selbst lösen würden, die zweifelsohne den richtigen Weg für die Entwicklung Deutschlands wählen können.

Man kann nicht umhin, zu berücksichtigen, daß jetzt in Europa neue Verhältnisse entstanden sind und daß wir auf der Suche nach Wegen zur Vereinigung Deutschlands diese Verhältnisse in Rechnung stellen müssen. Ist denn nicht klar, daß die mechanische Vereinigung beider Teile Deutschlands, die sich in verschiedenen Richtungen entwickeln, eine unreale Sache ist? In der entstandenen Situation ist der einzige Weg zur Vereinigung Deutschlands die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, die Festigung und Entwicklung wirtschaftlicher und politischer Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands.

Man kann die deutsche Frage nicht auf Kosten der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik lösen. Wir sind davon überzeugt, daß die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sich nicht mit einem Standpunkt einverstanden erklären können, der nur die Interessen der westlichen Ländergruppierung zuungunsten der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik berücksichtigt. Kann die Deutsche Demokratische Republik damit einverstanden sein, daß sie in den Nordatlantikpakt und in die Westeuropäische Union einbezogen wird und auf ihre Schultern die Lasten des Wettrüstens abgewälzt werden? Können die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik auf die Beseitigung aller ihrer politischen und sozialen Errungenschaften, auf die Beseitigung aller ihrer demokratischen Umgestaltungen eingehen? Wir sind überzeugt, daß sich die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik niemals einverstanden erklären werden, einen solchen Weg zu gehen.

Wir zweifeln ebenfalls nicht daran, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands die Politik der Remilitarisierung und des Wettrüstens nicht gutheißt, da sie gut all diese schweren Folgen dieser Politik erkennt. In den Tagen der Genfer Konferenz erhielt die sowjetische Delegation Tausende von Botschaften; sie wurde von zahlreichen Delegationen, darunter auch der Bevölkerung Westdeutschlands, besucht, die von den Regierungschefs der vier Mächte eine Lösung der deutschen Frage forderten, die das vereinigte

Deutschland auf den Weg einer friedlichen und demokratischen Entwicklung führt.

Große Bedeutung für die Vereinigung Deutschlands kann die Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik haben. Diese beiden Staaten könnten im Interesse des ganzen deutschen Volkes eine umfassende Zusammenarbeit auf allen Gebieten des innerdeutschen Lebens herstellen, was zweifelsohne die Lösung der Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern würde.

Genossen! Die Sowjetregierung wird auch künftig beharrlich und konsequent eine Politik vertreten, die auf die Vereinigung Deutschlands im Interesse des deutschen Volkes selbst gerichtet ist. Die Sowjetregierung wird dazu beitragen, daß das große deutsche Volk einen einheitlichen, demokratischen und souveränen Staat schaffen kann, der in der Familie der friedliebenden Völker einen würdigen Platz einnimmt.

Wir stellen mit großer Befriedigung fest, daß sich zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion die freundschaftlichsten Beziehungen festigen. Wir geben unserer festen Überzeugung Ausdruck, daß sich diese Beziehungen auch künftig auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten entwickeln und festigen werden. Wir müssen auch in Zukunft die Freundschaft der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie mit der Deutschen Demokratischen Republik festigen. Das wird zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker Europas beitragen.

Wie Ihnen bekannt ist, möchte die Sowjetunion normale diplomatische, Handels- und kulturelle Beziehungen mit der Deutschen Bundesrepublik herstellen. Die Herstellung solcher Beziehungen würde die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland schaffen und wäre somit ein wichtiger Beitrag zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Auf der Genfer Konferenz betonte die sowjetische Delegation die große Bedeutung der Regelung solcher Fragen wie der Frage Taiwan, der Wiedereinsetzung der Volksrepublik China in ihre Rechte in der UNO und anderer ungelöster Probleme Asiens und des Fernen Ostens. Leider hat sich die Angelegenheit in dieser Beziehung auf einen inoffiziellen Meinungsaustausch über einzelne Fragen beschränkt. Indessen werden die

erwähnten Probleme immer unaufschiebbarer und harren ihrer Lösung. Je eher sie gelöst werden, um so besser. Genossen! Vereint in der Nationalen Front, deren führende Kraft die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist, haben die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Wege des Aufbaus eines neuen demokratischen Lebens ernsthafte Erfolge erzielt.

Während unseres Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik konnten wir durch die lebenswürdige Einladung Ihrer Regierung in einigen Betrieben weilen und einige landwirtschaftliche Gebiete besuchen. Wir haben gesehen, mit welcher unversiegbaren Energie das begabte deutsche Volk schafft, um die Wirtschaft und Kultur seiner Republik noch mehr zu heben und eine weitere Steigerung des Wohlstandes der Werktätigen zu erzielen.

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung, im Namen des ganzen Sowjetvolkes möchte ich mir gestatten, Ihnen, teure Freunde, neue Erfolge in Ihrer schöpferischen Arbeit, in Ihrem Kampf um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland zu wünschen.

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!

Es leben die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz der Deutschen Demokratischen Republik!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk!

(Neues Deutschland, Berlin 27. 7. 55)

77.

Kommuniqué über den Aufenthalt der Regierungsdelegation der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik

Auf Einladung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, weilten der Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. A. Bulganin, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, auf der Rückreise von der Genfer Konferenz

der Regierungschefs der vier Mächte vom 24. bis 27. Juli 1955 in der Deutschen Demokratischen Republik.

Während ihres Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik besuchten sie eine Reihe von Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben sowie einige Kulturstätten der Republik und machten sich mit dem Leben und den Arbeitserfolgen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bekannt.

Zwischen N. A. Bulganin und N. S. Chruschtschow einerseits und O. Grotewohl andererseits fand ein umfassender Meinungsaustausch statt. An den Verhandlungen nahmen teil: der Erste Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, H. Matern, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates O. Nuschke, H. Loch, P. Scholz, L. Bolz, die Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands F. Ebert, F. Oelßner, K. Schirdewan, sowie der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin.

Die Regierungsdelegation der Sowjetunion informierte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eingehend über die Ergebnisse der Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte in Genf. Besondere Aufmerksamkeit wurde der deutschen Frage und den Problemen der Gewährleistung der europäischen Sicherheit geschenkt. Es wurde volle Übereinstimmung darin festgestellt, daß die Genfer Konferenz zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen beigetragen hat und daß es zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker notwendig ist, im Geiste des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit weitere Verhandlungen zu führen, um über die ungelösten internationalen Probleme Übereinkommen zu erzielen.

Beide Seiten bekräftigten ihr unabänderliches Streben nach der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage. Dabei sind sie der Ansicht, daß in der in Europa entstandenen Lage der einzig reale Weg zur Vereinigung Deutschlands in gemeinsamen Anstrengungen der vier Mächte sowie des deutschen Volkes zur Minderung der Spannung in Europa und zur Herstellung des Vertrauens zwischen den Staaten liegt. Der Erreichung dieses Zieles würde am besten die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa unter gleichberechtigter Beteiligung zunächst beider

Teile Deutschlands und dann des vereinigten Deutschlands dienen. Dieser Weg der Lösung der deutschen Frage berücksichtigt die realen Bedingungen des Bestehens zweier deutscher Staaten: der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik, die verschiedene wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungen haben.

Beide Seiten halten es für unzulässig, daß die deutsche Frage zu einem Hindernis dafür wird, die Aufgabe der Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu lösen. Die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik müssen ihren Beitrag zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit leisten und dadurch die Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands fördern.

Beide Seiten gehen davon aus, daß die Lösung der deutschen Frage ohne die Beteiligung der Deutschen selbst, ohne die Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik unmöglich ist. Ministerpräsident O. Grotewohl betonte den Willen und die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in einem System der europäischen Sicherheit mitzuwirken, und verwies auf die Entschlossenheit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, mit allen Kräften zur Annäherung beider Teile Deutschlands und zur Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates beizutragen.

Auf Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fand ein Meinungsaustausch über den verbliebenen Teil der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen statt, die eine Strafe für von ihnen gegen das Sowjetvolk begangene Verbrechen verbüßen. Es wurde beschlossen, die Erörterung dieser Frage unter Berücksichtigung der Wünsche der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fortzusetzen. Die Verhandlungen zeigten volle Übereinstimmung in den Auffassungen der Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sowohl in den Fragen der internationalen Lage als auch auf dem Gebiet der weiteren Vertiefung und Erweiterung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik.

Beide Regierungen verständigten sich über die weiteren Schritte zur Entwicklung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjet-

republiken und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

(ADN 27. 7. 55)

78.

Abreise der Regierungsdelegation der UdSSR

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, und der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, N. S. Chruschtschow, die auf Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nach Beendigung der Genfer Konferenz in der Deutschen Demokratischen Republik weilten, haben am 27. Juli 1955 vom Flugplatz Schönefeld bei Berlin die Weiterreise nach Moskau angetreten.

Zur Verabschiedung hatten sich eingefunden: der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl; die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Willi Stoph, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Lothar Bolz, Dr. Hans Loch und Paul Scholz; die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED Hermann Matern, Karl Schirdewan, Prof. Fred Oelßner, Erich Mückenberger und Herbert Warnke; das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert; die Sekretäre des ZK der SED Dr. h. c. Paul Wandel, Gerhart Ziller, Prof. Kurt Hager und Prof. Albert Norden; Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, weitere Mitglieder der Präsidien der Volks- und Länderkammer; Vertreter der demokratischen Parteien und Massenorganisationen; Generale der Kasernierten Volkspolizei sowie die Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik.

Von sowjetischer Seite waren anwesend: der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall der Sowjetunion A. A. Gretschko, sowie weitere Vertreter der Sowjetarmee.

Das Diplomatische Korps war vollzählig erschienen. Zugewogen waren ferner Vertreter der in- und ausländischen Presse. Zu Ehren der sowjetischen Gäste war eine Ehrenkompanie der Kasernierten Volkspolizei angetreten. Ein Musikkorps intonierte die sowjetische Staatshymne und die deutsche Nationalhymne. Der Flugplatz war mit den Flaggen beider Länder geschmückt.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, hielt folgende Abschiedsansprache:

Liebe Genossen!

Beim Verlassen Berlins, der Hauptstadt Deutschlands, möchten wir den Werktätigen und der Regierung unseren herzlichen Dank für den freundschaftlichen Empfang und für die warme Gastfreundschaft aussprechen.

Wir haben Ihre Städte, Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe besucht. Wir hatten herzliche Begegnungen mit den Arbeitern, Bauern und der Intelligenz. Während des kurzfristigen Aufenthaltes hatten wir hier die Möglichkeit, uns von den großen Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu überzeugen und auch davon, mit welcher Begeisterung, mit welchem Glauben an den Erfolg ihres Werkes die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik ihr neues Leben aufbauen.

Gestatten Sie mir, der Deutschen Demokratischen Republik weiteres Gedeihen und Erfolge im gerechten Kampf um die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands zu wünschen.

Es wachse und festige sich die Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk!

Es lebe die Freundschaft zwischen den Völkern!

(ADN 27. 7. 55)

79.

Johannes König zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ernannt.

Der bisherige Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volks-

republik China und in der Demokratischen Republik Vietnam, Johannes König, wurde zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und zum Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister der Deutschen Demokratischen Republik in der Mongolischen Volksrepublik ernannt.

(ADN 6. 8. 55)

**Regierungsdelegation
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Übernahme der Dresdner Gemälde
vom 23. bis 27. August 1955 in Moskau**

80.

Abreise der Delegation

Zur Übernahme der von der Sowjetunion dem deutschen Volke übergebenen 750 Gemälde der Dresdner Galerie ist, verabschiedet vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. h. c. Otto Nuschke, am 23. August 1955 eine Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom Flughafen Schönefeld nach Moskau abgeflogen. Sie wird geleitet vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz. Der Delegation gehören weiter an der Stellvertreter des Ministers für Kultur Alexander Abusch, der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Walter Weidauer, Volkskammerabgeordneter Max Seydewitz, der 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED, Hans Riesner, und der Stellvertretende Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin und Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Blümel.

(ADN 23. 8. 55)

**Offizielle Übergabe der Kunstwerke an die
Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik
durch den Amtierenden Minister für Kultur der UdSSR, Kaftanow**

Die offizielle Übergabe der 750 Gemälde der Dresdner Galerie an die in Moskau weilende Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik ist am 25. August 1955 nach einem feierlichen Staatsakt im Moskauer Puschkin-Museum für bildende Künste durch den Amtierenden Minister für Kultur der UdSSR, Kaftanow, erfolgt. Dem Staatsakt wohnten bei der Stellvertreter des Ministers für Kultur der UdSSR, Kemenow, der Minister für Kultur der RSFSR, Sujewa, der Stellvertreter des Ministers für Kultur der Ukrainischen SSR, Masepa, der Leiter der Hauptverwaltung für bildende Künste beim Ministerium für Kultur der UdSSR, Kasjatko, der Präsident der Akademie der Künste, Gerassimow, der Vizepräsident der Akademie der Künste, Joganson, der Direktor des Puschkin-Museums, Petrow, und der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Semjonow. Zugegen waren ferner der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau, Johannes König, sowie Mitarbeiter der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Mitglieder des Diplomatischen Korps und zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens der sowjetischen Hauptstadt.

Nach Intonierung der Hymnen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR wurden die erste Akte über die Übergabe des Gemäldes von Albrecht Dürer „Bildnis eines jungen Mannes“ und das allgemeine Protokoll über die Übergabeformalitäten für die gesamten Gemälde der Dresdner Galerie von dem Amtierenden Minister für Kultur der UdSSR, Kaftanow, und dem Leiter der deutschen Delegation, Dr. Lothar Bolz, feierlich unterzeichnet. Anschließend unterzeichneten die Protokolle die weiterhin anwesenden offiziellen sowjetischen und deutschen Vertreter.

*Aus der Rede des Stellvertreters des Vorsitzenden des Minister-
rates und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz,
bei der Übergabe der Gemälde der Dresdner Galerie*

In dem Augenblick, in dem ich die hohe Ehre habe, im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die von der Sowjetarmee geretteten Kunstschatze der Dresdner Galerie in Empfang zu nehmen, ist es mir das erste und dringendste Bedürfnis, die Gefühle tiefer Dankbarkeit auszudrücken, die das ganze deutsche Volk empfindet.

Der edelmütige Entschluß der Sowjetregierung hat auch das Herz des deutschen Volkes gerührt. Nicht zu zählen sind die Stimmen in beiden Teilen Deutschlands, die ihre Freude, ihre Begeisterung über diese Tat der Freundschaft zum Ausdruck brachten.

Seit vielen Generationen ist die Dresdner Galerie ein kostbarer Schatz der Menschheit. Ihre ersten Anfänge führen in das 16. Jahrhundert. Bereits in jener Zeit waren dort einige hervorragende Werke deutscher Meister der Renaissance — von Albrecht Dürer und Lucas Cranach — zu finden. Aber bis dahin trugen sie noch den Stempel höfischer Repräsentation. Sie waren den feudalen Verhältnissen entsprechend eine private Bildersammlung des Kurfürsten von Sachsen. Seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nahm die Galerie eine großartige Entwicklung. Nun wurden ihr so hervorragende Werke einverleibt wie die „Ruhende Venus“ von Giorgione und die Werke von Poussin. In der Zeit von 1741 bis 1754 wurden berühmte Sammlungen aufgekauft, und in dieser Zeit wurde auch die „Sixtinische Madonna“ erworben. Während des Siebenjährigen Krieges mußten die Bilder zum erstenmal evakuiert werden, und erst 1763 wurden sie an ihren alten Platz zurückgeführt. Im Jahre 1855 wurde die Galerie in das von Gottfried Semper eigens errichtete Gebäude, das sich dem Zwinger-Ensemble angliedert, übergeführt. Dort fand sie ihren ständigen Platz, an den sie nun nach dem Wiederaufbau des Semper-Hauses zurückkehren wird.

Der Vandalismus der Hitlerherrschaft und der amerikanisch-englischen Bombenangriffe auf Kulturstätten und Kunstschatze haben Deutschland arm gemacht und das deutsche Volk unschätzbare Kunstwerke beraubt. Der Hitlerfaschismus verurteilte in seiner antihumanistischen, kunstfeindlichen Barbareipolitik

auch die Schätze der Dredner Galerie zum Untergang. Zusammengestapelt lagerten sie in feuchten Höhlen, der Vernichtung preisgegeben. Alles war vorbereitet, sie mit Dynamit in die Luft zu sprengen.

Der rasche Vormarsch der Sowjetarmee und das entschlossene und umsichtige Eingreifen sowjetischer Kommandostellen, die auch im Kriege stets an die gefährdeten Schätze der Kultur dachten, retteten die Bilder vor der wohl vorbereiteten Zerstörung, während noch die Flammen aus den Trümmern anderer Städte schlugen. Dieser ersten Rettungstat folgte sogleich die zweite, durch die Liebe und das Können sowjetischer Fachleute, die die Gemälde in Pflege nahmen, ihre Schäden heilten und sie am Leben erhielten.

In dieser doppelten Rettung fand die tiefe humanistische Geisteshaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einen neuen Ausdruck, jene Geisteshaltung, die die tiefste Achtung vor den Kulturwerten jedes Volkes bezeugt und die durch die Sicherung des Friedens eine neue Blüte der Weltkultur erstrebt.

Ausdruck dieses Geistes ist die Deutschlandpolitik der Sowjetunion, die beharrlich und uneigennützig für die friedliche und demokratische Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes eintritt.

In Kürze werden die Außenminister der Sowjetunion, Amerikas, Englands und Frankreichs in Genf zusammenkommen und an erster Stelle die Frage beraten, die heute alle europäischen Völker gleich stark interessiert: die Schaffung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit der Völker Europas. Auch in Deutschland erkennen die ihr Vaterland und den Frieden liebenden Menschen voller Dankbarkeit, daß die stetigen Bemühungen der sowjetischen Politik, die Spannung in den internationalen Beziehungen zu mindern und durch Verhandlungen über strittige Fragen zu gemeinsamen Vereinbarungen zu gelangen, sich in Genf erneut als richtig erwiesen haben. Die Verhandlungen der Außenminister in Genf werden vom deutschen Volk heißen Herzens verfolgt werden.

Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes weiß, daß die Gewährleistung der Sicherheit der europäischen Völker, die der Politik einseitiger Militärblocks ein Ende bereitet, den Weg frei macht, der zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands führt. Wenn die europäischen Völker ihre Sicherheit nicht mehr durch die Remilitarisierung

Westdeutschlands bedroht sehen, die in der deutschen Frage schwere Verhandlungsbedingungen schafft und eine Diskussion über die Vereinigung Deutschlands gegenstandslos macht, wenn eine Verständigung über die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa erzielt ist, öffnet sich dem deutschen Volk das Tor zu einem einheitlichen deutschen Staat, der als Großmacht des Friedens im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitsabkommens zur Festigung des Friedens mit beiträgt.

Die Übergabe der Meisterwerke der Dresdner Galerie an das deutsche Volk ist ein Ausdruck tiefen Glaubens an die Kräfte des Friedens, an den vollen Erfolg der Bestrebungen zur weiteren internationalen Entspannung und internationalen Zusammenarbeit im Interesse des Friedens in Europa und in der Welt. Sie ist zudem ein Zeichen der Achtung, die die Sowjetunion dem deutschen Volk und seinen Bemühungen um die Schaffung eines neuen Deutschlands entgegenbringt, das zur Sicherung des Friedens beiträgt und zur freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern bereit ist.

Die Tatsache, daß die Deutsche Demokratische Republik konsequent eine Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft betreibt, hat ihr das Vertrauen der Sowjetvölker wie auch der anderen friedliebenden Völker erworben. Unser Kampf gegen die Wiedererstehung des deutschen Militarismus und für eine Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage stärkt dieses Vertrauen. Gestatten Sie mir, heute im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu erklären, daß wir im Kampf für die Erhaltung des Friedens, für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und für die friedliche und demokratische Lösung unserer nationalen Lebensfragen nicht nachlassen werden. Gestatten Sie mir, heute im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu erklären, daß wir unsere ganze Kraft für die Vertiefung und Festigung der Freundschaft nicht nur der Bevölkerung unserer Deutschen Demokratischen Republik, sondern unseres ganzen deutschen Volkes zur Sowjetunion einsetzen werden.

Unser tiefer Dank gilt dem Humanismus der Sowjetarmee, die diesen Schatz der Weltkultur für das deutsche Volk wie für alle Völker, für die gegenwärtig lebenden Menschen wie für alle kommenden Generationen rettete. Unser tiefer Dank gilt den Fachleuten, den Restauratoren dieser Bilder, die mit

ihrem reichen Können, mit unendlicher Liebe und Hingabe der Menschheit diese Schätze erhielten. Unser tiefster Dank gilt der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem ganzen sowjetischen Volk für die Rettung, Erhaltung und Übergabe der Kunstwerke der Dresdner Galerie, für diesen neuen Beweis hochherziger Freundschaft. Es sind Freunde, denen wir als Freunde von Herzen danken. Freunde für immer.

*Aus der Rede des Amtierenden Ministers für Kultur
der UdSSR, Kaftanow*

Wir sind heute in dieses Museum zur feierlichen Schließung der Gemäldeausstellung der Dresdner Galerie gekommen.

Wie Sie sich erinnern, hat der Ministerrat der UdSSR zur Festigung und Weiterentwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk und in Anbetracht der Tatsache, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik konsequent eine Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft verfolgt, den Beschluß gefaßt, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Gemälde der Dresdner Galerie zu übergeben, die während des Großen Vaterländischen Krieges, zur Zeit der Kämpfe auf deutschem Boden, gerettet und abtransportiert wurden und in der Sowjetunion aufbewahrt wurden.* Dieser Beschluß wurde nach Verhandlungen zwischen der Regierung der Sowjetunion und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gefaßt.

Damals wurde auf Anregung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine Ausstellung der Gemälde der Dresdner Galerie in Moskau veranstaltet. Die außerordentliche Popularität, die diese Ausstellung bei den Sowjetmenschen genießt, ist ein Ausdruck des regen Interesses und der Achtung der Sowjetmenschen vor den Schätzen der klassischen Kunst, auf die die Menschheit stolz ist. Trotz des ununterbrochenen Zustroms der Besucher konnten die Säle des Museums nur einen Teil jener Menschen aufnehmen, die sich die Ausstellung ansehen wollten. In dreieinhalb Monaten haben etwa 1 200 000 Menschen die Ausstellung der Dresdner Galerie besichtigt.

Indem wir heute diese herrliche Ausstellung schließen, beginnen wir mit der nächsten, der abschließenden Etappe in der

* siehe Band II, Nr. 88

Übergabe der Gemälde an die Deutsche Demokratische Republik. Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, geleitet vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Außenminister Dr. Lothar Bolz, ist hier eingetroffen, um an dieser Arbeit teilzunehmen. Wir haben gemeinsam besprochen, wie die Gemälde übergeben werden sollen, und die Aufgaben der Sachverständigen beider Länder sowie die Formen der Dokumentation festgelegt.

Für jedes der übergebenen Gemälde werden die Sachverständigen beider Länder einen Paß ausstellen, in dem sein Zustand genau dargelegt ist. Der erste Paß wird heute von sowjetischen und deutschen Vertretern unterschrieben. Das erste Gemälde, das die Sowjetunion der Deutschen Demokratischen Republik übergibt, ist das Gemälde des großen deutschen Malers und Humanisten Albrecht Dürer, das „Bildnis eines jungen Mannes“. Weiterhin wird die Arbeit an der Ausstellung der Abnahme- und Übergabedokumente für jedes Werk der Dresdner Galerie von sowjetischen Spezialisten ausgeführt werden, die das Kulturministerium damit beauftragt hat, und von einer Gruppe deutscher Sachverständiger, die dazu von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in gebührender Weise ermächtigt wurde. Diese Arbeit wird im Moskauer Staatlichen Puschkin-Museum für Bildende Künste vor sich gehen, wo sich 750 der hervorragendsten Gemälde der Dresdner Galerie befinden, sowie im Kiewer Staatlichen Museum für westliche und östliche Kunst, wo sich Gemälde weniger bedeutender Meister und Schulen sowie Doubletten und Kopien aus der Sammlung der Dresdner Galerie befinden. Abschließend wird ein Schlußprotokoll für alle Gemälde der Dresdner Galerie unterzeichnet, die von der Deutschen Demokratischen Republik übernommen werden. Die Übergabe dieser größten Kunstwerke an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein erneuter Beweis der erstarkenden Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und Deutschlands, ein Ausdruck der folgerichtigen Friedenspolitik der Sowjetregierung.

Wir freuen uns, daß die Truppen der heldenmütigen Sowjetarmee diese unschätzbaren Kunstwerke vor dem Untergang retteten. Wir sind froh, daß die sowjetischen Kunstforscher, Maler und Restauratoren diese Meisterwerke vor der Zerstörung und dem Untergang retten konnten.

Wir freuen uns auch, daß die Schätze der Dresdner Galerie der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zurück-

gegeben werden, die die Kultur und Kunst des deutschen Volkes hegt und pflegt und sich für die friedliche, demokratische Wiedervereinigung Deutschlands einsetzt. Es lebe die Freundschaft des deutschen und des sowjetischen Volkes! Es lebe der Friede in der ganzen Welt!

(Neues Deutschland, Berlin 26. 8. 55)

82.

Regierungsdelegation aus Moskau zurück

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zur Übernahme der 750 Gemälde der Dresdner Galerie ist am 27. August 1955, auf dem Luftwege aus Moskau kommend, wieder in Berlin eingetroffen. Auf dem Flughafen Schönefeld hatten sich zum Empfang der Delegation unter anderem eingefunden der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. h. c. Otto Nuschke, der 1. Stellvertreter des Ministers für Kultur, Staatssekretär Fritz Apelt, der Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates, Staatssekretär Dr. Fritz Geyer, und der Geschäftsträger a. i. der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, Botschaftsrat Orlow.

(ADN 27. 8. 55)

83.

Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. P. Tarassow, empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. P. Tarassow, empfing am 25. August 1955 im Kreml den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR, Johannes König, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Johannes König und M. P. Tarassow brachten in Ansprachen die enge Verbundenheit beider Länder zum Ausdruck.

(Neues Deutschland, Berlin 26. 8. 55)

**Brief des Präsidenten Wilhelm Pieck
an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets
der UdSSR, K. J. Woroschilow,
zur Frage der Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen**

An den

Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR,
Genossen K. J. Woroschilow

Moskau, Kreml

Verehrter Genosse Vorsitzender!

Während des Aufenthaltes der Regierungsdelegation der Sowjetunion in Berlin, im Juli 1955, warf die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Frage auf, ob die Entlassung des verbliebenen Teils der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die Strafen für von ihnen während des Krieges gegen das Sowjetvolk begangene Verbrechen verbüßen, und ihre Rückkehr in die Heimat möglich ist. Im Ergebnis des Meinungsaustausches wurde beschlossen, die Erörterung dieser Frage unter Berücksichtigung der Wünsche der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fortzusetzen.

Mir ist bekannt, daß über diese Frage ein weiterer Meinungsaustausch zwischen den Regierungen unserer Länder stattgefunden hat. Ich halte daher den Zeitpunkt für gekommen, mich an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, in dessen Kompetenz die endgültige Entscheidung dieser Frage fällt, mit einer offiziellen Fürsprache der Deutschen Demokratischen Republik für die vorfristige Entlassung aller ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion Strafen verbüßen, und ihre Rückkehr in die Heimat zu wenden. Mit Rücksicht darauf, daß seit Beendigung des Krieges mehr als zehn Jahre vergangen sind, gestatte ich mir, die Hoffnung auf eine wohlwollende Prüfung meines Anliegens auszusprechen. Die Sowjetunion kann gewiß sein, daß eine solche großmütige Handlung vom ganzen deutschen Volk mit tiefer Dankbarkeit aufgenommen wird.

In aufrichtiger Verehrung
gez. Wilhelm Pieck

Berlin-Niederschönhausen, den 31. August 1955.

(ADN 15. 9. 55)

Protokoll über enge wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der UdSSR

Am 3. September 1955 hat in Berlin die IV. Tagung der Sowjetisch-Deutschen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik ihre Arbeit beendet.

Auf der Tagung, die in freundschaftlicher Atmosphäre verlief, haben beide Seiten Fragen des weiteren Austausches wissenschaftlich-technischer Errungenschaften und Produktionserfahrungen verschiedener Zweige der Volkswirtschaft beider Länder behandelt.

Die Deutsche Demokratische Republik und die UdSSR, die eine friedliche, schöpferische Arbeit leisten, erweitern und vertiefen die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Wissenschaft und Technik. Ein besonders deutlicher Ausdruck dafür ist die unentgeltliche Übergabe wissenschaftlich-technischer Dokumente seitens der UdSSR an die Deutsche Demokratische Republik und die Ausbildung von Wissenschaftlern und Ingenieuren der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet der Kernphysik und der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke.

Große Aufmerksamkeit widmete diese Tagung der Frage, durch Entsendung von Wissenschaftlern, Ingenieuren sowie Aktivisten der Industrie und Landwirtschaft eine beträchtliche Anzahl von Fachleuten der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR mit den wissenschaftlich-technischen Errungenschaften beider Länder vertraut zu machen.

Entsprechend dem von beiden Seiten unterzeichneten Protokoll wird die UdSSR der Deutschen Demokratischen Republik technische Unterlagen für die Hüttenindustrie, den Maschinenbau, die chemische, elektrotechnische und radiotechnische Industrie übergeben. Darunter befinden sich insbesondere Unterlagen für die Ausrüstung eines Hochofens, der mit erhöhtem Gichtgasdruck arbeitet, ferner für eine pneumatische Versatzmaschine, die im Kohlenbergbau benötigt wird, sowie weitere Unterlagen. Außerdem werden sowjetische Spezialisten in die Deutsche Demokratische Republik zur technischen Hilfeleistung an Ort und Stelle entsandt.

Die Deutsche Demokratische Republik ihrerseits wird der UdSSR technische Unterlagen für die Ausrüstung des Maschinenbaus, der elektrotechnischen und chemischen Industrie übergeben. Darunter befinden sich Unterlagen für moderne Röntgenanlagen, Vibrationssiebe und andere technische Einrichtungen. Weiterhin werden Fachleute in die UdSSR zur technischen Hilfeleistung an Ort und Stelle entsandt.

Die Deutsche Demokratische Republik wird außerdem für die UdSSR eine Anzahl wissenschaftlicher Forschungs- und Konstruktionsarbeiten, hauptsächlich auf dem Gebiet des Gerätebaus, durchführen.

Die sowjetische Delegation wurde während der IV. Tagung mit einzelnen Industriebetrieben und wissenschaftlichen Instituten der Deutschen Demokratischen Republik bekannt gemacht. Dabei führten Wissenschaftler und Ingenieure der Deutschen Demokratischen Republik umfangreiche Gespräche, die für beide Seiten wertvolle Ergebnisse brachten.

(Neues Deutschland, Berlin 13. 9. 55)

86.

Vaterländischer Verdienstorden für sowjetischen General

Im Auftrage des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, überreichte der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR, Johannes König, in Anwesenheit hoher Offiziere der Sowjetarmee am 5. September 1955 dem sowjetischen Generalmajor Kaschnikow den Vaterländischen Verdienstorden in Silber. Die hohe Auszeichnung war Generalmajor Kaschnikow für seine außerordentlichen Verdienste beim Aufbau und bei der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik verliehen worden.

Bei der Überreichung des Ordens sagte Botschafter König, diese Auszeichnung sei ein Ausdruck des tiefen Dankes der Regierung und der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik für die uneigennützige Hilfe, die die sowjetischen Offiziere und Soldaten beim Aufbau des neuen demokratischen Deutschlands geleistet haben. Generalmajor Kaschnikow dankte für die hohe Auszeichnung und erklärte, daß er sich stets gern

an die Zeit seiner Zusammenarbeit mit deutschen Menschen erinnern werde.

(Neues Deutschland, Berlin 6. 9. 55)

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. bis 21. September 1955 zu Verhandlungen in Moskau

87.

Zusammensetzung der Delegation

Am 16. September begibt sich entsprechend der Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der UdSSR eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl nach Moskau. Ihr gehören weiter an: die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Walter Ulbricht, Willi Stoph, Otto Nuschke, Lothar Bolz; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner; der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR, Johannes König; der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Volkskammer, Peter Florin; der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front, Dr. Correns; der Generalsekretär der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Rose, und der Generalsekretär der Liberal-Demokratischen Partei, Gerlach. Sekretär der Delegation ist Botschafter Fritz Grosse. Während des Aufenthalts der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau werden die Verhandlungen zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR fortgesetzt, die anlässlich des Aufenthalts des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, und des Mitgliedes des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschtschow, im Juli d. J. in Berlin begonnen wurden und der Frage weiterer Schritte zur Entwicklung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR sowie anderen, beide Seiten interessierenden Fragen gelten.

(Neues Deutschland, Berlin 15./16. 9. 55)

Ankunft der Delegation in Moskau

Am 16. September 1955 traf um 16 Uhr Moskauer Zeit die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, die unter Leitung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, steht, auf dem Moskauer Zentralflughafen mit der ersten Maschine der Deutschen Lufthansa ein. Der Empfang, zu dem sich von sowjetischer Seite u. a. N. S. Chruschtschow, L. M. Kaganowitsch, G. M. Malenkow, W. M. Molotow, M. G. Perwuchin, M. S. Saburow und M. A. Suslow und die Botschafter der Volksrepublik China, der Republik Indien, der Volksrepublik Polen, der ČSR, der Volksrepubliken Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Albanien, der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, der Mongolischen Volksrepublik, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Demokratischen Republik Vietnam, Ägyptens, Burmas, des Libanons, Afghanistans sowie die Geschäftsträger Finnlands und des Irans eingefunden hatten, verlief in einer außerordentlich herzlichen Atmosphäre. Freundschaftliche Umarmungen und Händeschütteln kennzeichneten die herzlichen Beziehungen, die zwischen den Staatsmännern der Sowjetunion und ihren Völkern und der Deutschen Demokratischen Republik bestehen. Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, konnte wegen Erkrankung nicht an dem Empfang teilnehmen.

Ansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf dem Flugplatz

Liebe Freunde und Genossen!

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik überbringt Ihnen, den Mitgliedern der Regierung der UdSSR, der fleißigen, in ihrer Arbeit von Erfolg zu Erfolg schreitenden Bevölkerung der Hauptstadt Ihres Landes und dem ganzen Sowjetvolke die brüderlichsten und herzlichsten Grüße der Arbeiter, Bauern und Angehörigen der Intelligenz der Deutschen Demokratischen Republik. Wir überbringen Ihnen auch die Grüße der friedliebenden Bevölkerung ganz Deutschlands.

Mit Dank haben wir die Einladung der Regierung der UdSSR angenommen, nach Moskau zu kommen, um mit Ihnen den Meinungsaustausch fortzusetzen, der im Juli dieses Jahres in Berlin zwischen uns geführt wurde. Unsere Verhandlungen sollen dem Ziel der weiteren Vertiefung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion dienen.

Wir haben die Hoffnung, daß das Ergebnis unserer Verhandlungen dem ganzen deutschen Volke zeigen wird, wie erfolgreich tiefe, herzliche und freundschaftliche Beziehungen, die den Lebensinteressen unserer Völker dienen, zwischen den Völkern der Sowjetunion und dem deutschen Volk hergestellt werden können, wenn diesen Beziehungen die Lehren aus der Geschichte zugrunde liegen, die vor allem das deutsche Volk aus seiner militaristischen und faschistischen Vergangenheit zu ziehen hat.

Die Vertiefung solcher Beziehungen schafft günstige Voraussetzungen für die Bildung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa. Gleichzeitig fördern solche Beziehungen auch die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage, so daß ein Friedensvertrag mit Deutschland in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden könnte.

Daß unsere Verhandlungen der Entwicklung einer solchen Politik, die den berechtigten Interessen unserer beiden Völker entspricht, dienen, ist der Wunsch, mit dem die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik nach Moskau gekommen ist. Wir danken Ihnen für den herzlichen Empfang, den Sie der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hier in Moskau bereitet haben.

(Neues Deutschland, Berlin 17. 9. 55)

89.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, K. J. Woroschilow, empfängt die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik

Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, K. J. Woroschilow, empfing am 17. September 1955 in seinen Amtsräumen im Gebäude des Obersten Sowjets im Kreml die Mitglieder der Regierungsdelegation der Deutschen

Demokratischen Republik, Ministerpräsident Otto Grotewohl, den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. h. c. Otto Nuschke, zu einer Aussprache.

Ministerpräsident Otto Grotewohl überbrachte die herzlichen Grüße des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. Wilhelm Pieck. K. J. Woroschilow erkundigte sich nach der Gesundheit und dem Wohlergehen des Präsidenten und bat, die herzlichen Grüße zu erwidern.

Im Verlauf der Unterredung wurden eingehend die Anliegen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik erörtert und die Lage in Gesamtdeutschland besprochen. Die Meinungen stimmten überein, daß es dem Interesse des Friedens entspricht, daß die Beziehungen zwischen dem ganzen deutschen Volk und dem sowjetischen Volk weiterentwickelt werden, denn nur so kann die Herstellung der Beziehungen zu den beiden Teilen Deutschlands sich im Interesse des Friedens fruchtbar auswirken.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik sprach dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR den Dank für die erfolgreichen Anstrengungen der UdSSR zur Entspannung der internationalen Lage aus. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als Vertreterin aller friedliebenden und demokratischen Kräfte in Deutschland wird alles tun, um in ganz Deutschland zur Entspannung beizutragen.

K. J. Woroschilow gab dem Wunsch Ausdruck, daß die heute beginnenden Verhandlungen zu einer weiteren Vertiefung der zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR bestehenden freundschaftlichen Beziehungen führen. Die Aussprache fand im Geiste brüderlicher Verbundenheit statt.

Von sowjetischer Seite wohnten der Unterredung bei: der Erste Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets, N. M. Pegow; der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. S. Semjonow, sowie der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin.

(Neues Deutschland, Berlin 18. 9. 55)

**Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin,
empfängt die Regierungsdelegation
der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, stattete am 17. September 1955 in Begleitung der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, Dr. Lothar Bolz und Dr. h. c. Otto Nuschke, dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, in seinen Amtsräumen im Kreml einen Besuch ab. Es wurden Besprechungen über die Durchführung und das Verfahren der bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierungsdelegation der UdSSR geführt. Ein erster Meinungsaustausch fand über Fragen statt, die die Interessen beider Staaten berühren. Von sowjetischer Seite waren anwesend: der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. S. Semjonow, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin. Die Unterredung verlief im Geiste herzlicher Freundschaft.

(Neues Deutschland, Berlin 18. 9. 55)

Von den Verhandlungen am 17. September 1955

*Rede des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR,
N. A. Bulganin*

Genosse Ministerpräsident!

Im Namen der Sowjetregierung begrüße ich die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung des Ministerpräsidenten Genossen Otto Grotewohl, die zu Verhandlungen über Fragen der weiteren Festigung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern in Moskau eingetroffen ist.

Unsere Verhandlungen haben besondere Bedeutung. Dies sind Verhandlungen zwischen Ländern, die die Gemeinsamkeit der Interessen vereint und die tiefe, aufrichtige Freundschaft

verbindet. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sind vom Geist des gegenseitigen Vertrauens und der Solidarität durchdrungen. Sie beruhen auf voller Gleichberechtigung, auf der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Als Ergebnis des zweiten Weltkrieges sind in der Lage der europäischen Völker und insbesondere des deutschen Volkes grundlegende Veränderungen erfolgt. Im Osten Deutschlands vollzogen sich große demokratische Umgestaltungen, durch die das Volk selbst — die deutschen Arbeiter, die Bauern, die schaffende Intelligenz — an die Macht gelangte. Zum ersten Male in der Geschichte Deutschlands wurde ein wirklich friedliebender und demokratischer Staat geschaffen, der sich erfolgreich entwickelt und der in sich die besten Ideale verkörpert, für die die fortschrittlichen Menschen in Deutschland lange Jahre hindurch gekämpft haben.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sind freie Menschen. Herren der Fabriken, der Eisenbahn und der Banken geworden. Das Land ist in die Hände derer übergegangen, die es bearbeiten. Die Sorge um das Volk und um seinen Wohlstand ist die Hauptsorge der Volksregierung geworden.

Die Sowjetmenschen verfolgen mit großer Anteilnahme die Erfolge der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, die mit der der deutschen Nation eigenen Beharrlichkeit, Arbeitsamkeit und Organisiertheit, getragen von der heißen Liebe zur Heimat, ihre Republik, den Staat der deutschen Arbeiter und Bauern, errichten.

Natürlich haben sie nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden, die mit der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, mit dem Kampf gegen jene Kräfte zusammenhängen, die versuchen, ihren Fortschritt zu hemmen. Die Schwierigkeiten, auf die die Deutsche Demokratische Republik stößt, sind Wachstumsschwierigkeiten. Es muß gesagt werden, daß das sowjetische Volk seinerzeit unvergleichlich größere Schwierigkeiten durchzumachen hatte. Wir standen allein, gegen uns war die gesamte kapitalistische Welt. Die Deutsche Demokratische Republik steht nicht allein da, sie wird von zuverlässigen und starken Freunden unterstützt, von der Sowjetunion, der Volksrepublik China, von Polen, der Tschecho-

slowakei und von den anderen Ländern des demokratischen Lagers.

Die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik festigt sich von Jahr zu Jahr. Das Gerede über die „Nichtanerkennung“ der Deutschen Demokratischen Republik kann das nicht stören. Die Deutsche Demokratische Republik besteht und entwickelt sich erfolgreich, weil dieser Staat tiefe Wurzeln in der ganzen Geschichte und im Leben des deutschen Volkes hat. Wir sind davon überzeugt, daß er auch in Zukunft erstarken wird, unabhängig davon, ob dies jemandem gefällt oder mißfällt.

All das erklärt, warum zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik gute, freundschaftliche Beziehungen entstanden sind, die zweifellos eine große Zukunft haben und den Interessen sowohl des sowjetischen als auch des deutschen Volkes entsprechen.

Das sowjetische Volk ist an guten Beziehungen zum deutschen Volk interessiert, weil solche Beziehungen der entscheidende Faktor zur Gewährleistung des Friedens in Europa sind. An solchen Beziehungen ist auch das deutsche Volk in nicht geringerem Maße interessiert.

Vor unseren Verhandlungen fanden bekanntlich mit einer Regierungsdelegation der Deutschen Bundesrepublik Verhandlungen statt, die mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik endeten. Das bedeutet, daß ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen auch zur Deutschen Bundesrepublik getan wurde. Wir möchten mit der Deutschen Bundesrepublik gute Beziehungen haben, die auf der Achtung der gegenseitigen Interessen beruhen. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen eröffnet neue Perspektiven in dieser Richtung, neue Möglichkeiten für die Minderung der Spannung in Deutschland und für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit.

Die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik wird zur Lösung der ganz Deutschland betreffenden ungelösten Fragen beitragen und somit bei der Lösung des nationalen Hauptproblems des deutschen Volkes — der Wiederherstellung der Einheit des deutschen demokratischen Staates — helfen.

Wir wissen, daß das Übereinkommen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der

Deutschen Bundesrepublik von der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit Befriedigung aufgenommen wurde und mit Recht als ein Ereignis beurteilt wird, das auch zur Annäherung zwischen beiden Teilen Deutschlands und zur Zusammenarbeit zwischen ihnen beitragen wird. Die Sowjetunion sieht darin eine der Hauptvoraussetzungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Wenn man verfolgt, wie sich in letzter Zeit die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt haben, so kann man mit Befriedigung feststellen, daß die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern immer vielseitiger und fruchtbarer wird. Seit dem Jahre 1950 hat sich der Warenumsatz zwischen unseren Ländern mehr als verdreifacht und erreichte im Jahre 1954 die beachtliche Höhe von 4286 Millionen Rubel. Wir haben vorteilhafte, langfristige Warenabkommen miteinander. Die kulturellen Beziehungen, der gemeinsame Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft, der Wissenschaft und Technik erweitern sich immer mehr.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik besteht zwischen den Regierungen unserer Länder Einheitlichkeit der Ansichten und Gemeinsamkeit im Streben nach der weiteren Entspannung der internationalen Lage, nach der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa.

Während des Aufenthalts der sowjetischen Regierungsdelegation im Juli dieses Jahres in Berlin tauschten wir Meinungen über weitere Schritte zur Entwicklung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern aus.

Damals kamen wir überein, daß die Zeit gekommen ist, in vertraglicher Form, durch den Abschluß eines entsprechenden zweiseitigen Abkommens, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und gute Voraussetzungen für ihre weitere Entwicklung zum Wohl des sowjetischen und des deutschen Volkes zu schaffen.

In einem solchen Vertrag werden, so sind wir übereingekommen, die Hauptprinzipien dargelegt sein, auf denen die Beziehungen zwischen unseren Ländern beruhen und sich weiter entwickeln werden. In dem genannten Vertrag wird bekräftigt werden, daß die Deutsche Demokratische Republik bei der Lösung der Fragen ihrer Innen- und Außenpolitik,

einschließlich der Fragen der gegenseitigen Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik, frei ist.

Ein solcher Vertrag muß die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa sowie in anderen internationalen Angelegenheiten, die die Interessen der beiden Staaten berühren, noch mehr festigen.

Wir müssen hier, denke ich, unsere Meinungen über die Frage des Abschlusses eines Vertrages über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik austauschen und uns über die Ausarbeitung des Wortlauts eines solchen Vertrages einigen.

Gestatten Sie mir, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine wichtige Etappe bei der weiteren Entwicklung der guten Beziehungen zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk sowie ein Schritt sein werden, der auf die Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und auf die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat gerichtet ist.

Rede des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl

Sehr geehrter Genosse Vorsitzender des Ministerrates! Teure Genossen!

Gestatten Sie mir zunächst, daß ich Ihnen im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Einladung zu dieser Verhandlung in Moskau danke. Unsere Verhandlungen sind die Fortsetzung der Besprechungen, die wir vom 24. bis 27. Juli dieses Jahres in Berlin miteinander geführt haben.*

Wir gingen damals übereinstimmend davon aus, daß die Genfer Konferenz zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen beigetragen hat und daß es zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker notwendig ist, im Geiste des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit weitere Verhandlungen zu führen. Wir halten es für wünschenswert, zweiseitige staatsrechtliche Vereinbarungen

* siehe Nr. 73 bis 78

über die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik zu treffen, weil eine solche Vereinbarung der Regierungen dem Frieden und der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik dient und dabei die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebenden und demokratischen Staat fördert.

Auch wir sind der Regierung der UdSSR dankbar für ihre Anstrengungen, die zur Entspannung der internationalen Lage und zu den Erfolgen in Genf geführt haben. Wenn es gelingt, auch in Europa und Deutschland zu einer Entspannung zu kommen, so wird das die friedliche Lösung der Deutschlandfrage ermöglichen.

Wir gehen von der realen Lage aus, daß sich in Deutschland zwei Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen gebildet haben. In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Herrschaft der Monopole und Junker beseitigt. Es wurde die Arbeiter-und-Bauern-Macht unter der Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz errichtet. Dadurch ist in der Deutschen Demokratischen Republik der Militarismus mit seinen Wurzeln beseitigt, und die friedliebenden Kräfte zur Durchführung einer wahren Politik des Friedens sind gewachsen. So ist die Deutsche Demokratische Republik zur Bastion des Friedens in Deutschland geworden. In Westdeutschland dagegen beherrschen die Monopolherren die Wirtschaft und den Staat, und die Militaristen sind wiederum tonangebend. Beide deutsche Staaten bestehen gegenwärtig nebeneinander und werden von einer Reihe anderer Staaten anerkannt.

Die Mehrheit des deutschen Volkes bedauert es tief, daß die Lösung der deutschen Frage durch die Pariser Verträge verhindert wurde. Für diese Entwicklung haben die westdeutschen militaristischen Kreise die Hauptverantwortung. Von diesen Kreisen geht wiederum derselbe Geist des Militarismus aus, der zu den Verbrechen gegenüber den europäischen Völkern, insbesondere gegenüber den Völkern der Sowjetunion, geführt hat und der auch das deutsche Volk in fürchterliche Leiden gestürzt hat. Wir werden eine Wiederholung solcher Verbrechen nicht zulassen.

Darum stimmen wir mit der Regierung der Sowjetunion darin überein, daß der einzige Weg für die Sicherheit der europäischen Völker und die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens die Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems ist, was zur schrittweisen Auflösung der in Europa

bestehenden militärischen Gruppierungen führen wird. Da noch kein gesamteuropäischer Vertrag über kollektive Sicherheit abgeschlossen ist, wird die Deutsche Demokratische Republik nunmehr dazu übergehen, ihre Verpflichtungen entsprechend dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zu erfüllen. Jeder Politiker muß sich darüber im klaren sein, daß niemals mehr ein militaristisches Gesamtdeutschland entstehen wird. Die Einbeziehung ganz Deutschlands in die NATO kann niemals Wirklichkeit werden. Wenn dagegen beide deutsche Staaten einem gesamteuropäischen System der kollektiven Sicherheit beitreten, wird die Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage möglich. Für die Deutsche Demokratische Republik wiederhole ich hier noch einmal, was ich bereits in der Volkskammer erklärt habe, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit ist, ihren Beitrag zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit zu leisten. Unter diesen heute gegebenen Bedingungen sind wir entschlossen, unsere Anstrengungen zur Erreichung von Verhandlungen der Deutschen untereinander und zur Herbeiführung einer Verständigung noch mehr zu verstärken. Es ist an der Zeit, nachdem die „Politik der Stärke“ gescheitert ist, daß die westdeutsche Bundesrepublik durch eine Korrektur ihrer Politik ihrerseits zur friedlichen Lösung der deutschen Frage nunmehr beiträgt. Das wird die Zusammenarbeit der beiden deutschen Regierungen erleichtern. In gemeinsamen Verhandlungen kann eine Grundlage über den Status des wiedervereinigten Deutschlands als friedliebender, demokratischer deutscher Staat geschaffen werden, um dadurch die Herbeiführung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu ermöglichen.

Wir sprechen auch die Hoffnung aus, daß die vier Großmächte auf der Außenministerkonferenz in Genf zu Vereinbarungen über die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit gelangen mögen und dadurch dem deutschen Volk helfen, den Weg zur Erreichung seiner Einheit auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu finden. Wir sind uns bewußt, daß die Hauptverantwortung für die Wiedervereinigung auf den Schultern des deutschen Volkes liegt. Darum begrüßen wir auch die Schritte, die die Sowjetunion durch die Herstellung von diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik getan hat. Wir hoffen im Interesse

des ganzen deutschen Volkes und der Völker der Sowjetunion, daß sich aus der Normalisierung der Beziehungen eine echte Freundschaft auch zwischen der westdeutschen Bevölkerung und der Sowjetunion entwickeln wird. Die Deutsche Demokratische Republik hat seit ihrem Bestehen unverbrüchliche Freundschaft zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gepflegt. Das entspricht dem nationalen Interesse des gesamten deutschen Volkes.

Durch den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe sind unsere beiden Staaten bereits in einem Bündnissystem vereint, das den politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen der beteiligten Staaten gerecht wird.

Wir sind der Meinung, daß nunmehr die Zeit gekommen ist, allen Fragen auf dem Gebiete der Vertiefung und Erweiterung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit und allen übrigen Beziehungen zwischen unseren Staaten eine endgültige staatsrechtliche Form zu geben.

Wir haben uns darüber verständigt, daß wir diese Arbeit im Interesse unserer beiden Völker auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten führen wollen.

Wir sind in der Überzeugung hierhergekommen, daß es uns gelingen wird, gemeinsam weitere Fortschritte und Erfolge für die Sache der Vertiefung und Festigung der Freundschaft zwischen unseren Völkern, der Sicherung des Friedens und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem und demokratischem Wege zu erzielen.

Unser Vorschlag für die weitere Arbeit geht dahin, unsere beiderseitigen Experten zu beauftragen, sofort gemeinsame Verhandlungen zu führen und uns Vorschläge zu machen, nach denen wir zur endgültigen Vereinbarung über den Text der zwischen uns vereinbarten Dokumente kommen können. Wir denken dabei insbesondere an die Formulierung eines Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

(Neues Deutschland, Berlin 18. 9. 55)

Von den Verhandlungen am 19. September 1955

*Rede des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht*

Genosse Vorsitzender! Liebe Freunde!

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Genosse Bulganin, und der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Grotewohl, haben in voller Übereinstimmung die geschichtliche Bedeutung des vorliegenden Vertragsentwurfs begründet. Das zur Beratung stehende Vertragswerk enthält eine hohe Verantwortung für die Volkskammer, den Ministerrat und für alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.

Im Artikel eins des Vertrages wird festgelegt, daß die Deutsche Demokratische Republik frei ist in ihrer Innen- und Außenpolitik einschließlich der Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik. Im Gegensatz dazu hat die Bonner Regierung mit den Westmächten Verträge abgeschlossen, durch die die Rechte der westdeutschen Bundesrepublik beschränkt wurden und den westlichen Besatzungsmächten die Stationierung ihrer Truppen und die Eingriffe in innere Angelegenheiten Westdeutschlands auf 50 Jahre zugesichert werden.

Der Vertrag zwischen unseren Staaten ist der Ausdruck der neuen Beziehungen zwischen den Staaten des demokratischen und sozialistischen Lagers. Die erste Pflicht, die sich aus der Freiheit, über die deutschen Angelegenheiten selbst zu entscheiden, ergibt, ist die hohe Pflicht, in aufrichtiger, freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa und in der Welt beizutragen.

Es war von Anfang an die wichtigste Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik, dem deutschen Militarismus den Weg zu versperren und die Deutsche Demokratische Republik, die der einzige wirklich souveräne deutsche Staat ist, zu einer Bastion des Friedens und der Demokratie zu gestalten. Durch die Eingliederung Westdeutschlands in den Nordatlantik-Militärblock und die Remilitarisierung wurde in Deutschland ein Damm errichtet, durch den die Wiedervereinigung Deutschlands verhindert wird. Die in Westdeutschland herrschende Klasse der Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer

hat aus politischen und wirtschaftlichen Machtinteressen Deutschland gespalten und Westdeutschland den Interessen des ausländischen Finanzkapitals untergeordnet. Niemals wird sich das friedliebende deutsche Volk mit der Eingliederung Westdeutschlands in den Nordatlantikpakt abfinden, weil dadurch das friedliche Leben des Volkes bedroht wird und Deutschland zerrissen würde. Indem die Bonner Regierung der Remilitarisierung den Vorrang gab vor der Wiedervereinigung und die freie Entscheidung der Bevölkerung in einer Volksabstimmung über: Friedensvertrag und Wiedervereinigung oder Pariser Verträge und Remilitarisierung — verhinderte, dokumentierte sie ihren Willen, den alten Weg weiter zu beschreiten, auf dem Deutschland bereits zweimal in die Katastrophe getrieben wurde. Immer breitere Kreise in Westdeutschland erkennen, daß der Abschluß der Pariser Verträge ein verhängnisvoller Fehler war, weil diese Verträge unvereinbar mit der Wiedervereinigung Deutschlands sind.

Der Vertrag, der jetzt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossen wird, hilft den friedliebenden Deutschen, den Frieden zu festigen, und läßt sie erkennen, daß ganz Deutschland niemals unter die Diktatur der NATO und der westdeutschen Militaristen kommen wird.

Das vorliegende Vertragswerk geht aus von der Freiheit der Deutschen Demokratischen Republik, über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten selbst zu entscheiden.

Ich möchte dazu erklären, daß eine wirkliche Freiheit nur dort besteht, wo die sichere Grundlage der Freiheit die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz ist. Während in Westdeutschland mit Hilfe der Besatzungsmächte die Herrschaft der kapitalistischen Monopole wiedererrichtet wurde, haben wir in der Deutschen Demokratischen Republik die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens und des Kontrollrates der vier Mächte über die Vernichtung des deutschen Militarismus, die Durchführung der Bodenreform und die Auflösung der Monopole durchgeführt. Wir verstehen, daß gewisse monopolkapitalistische Kreise und Großgrundbesitzer in Westdeutschland deshalb sehr erbittert sind und gegen die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik auftreten. An der realen Tatsache des Wachstums und der Erfolge der Arbeiter-und-Bauern-Macht wird jedoch nichts geändert.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wird das sicherlich begrüßen, daß nunmehr, nachdem die Neugestaltung des Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik auf friedlicher und demokratischer Grundlage unaufhaltsam vorwärtsschreitet, die Gesetze, Direktiven und Befehle des Kontrollrats ihre Gültigkeit verlieren und die Volksgesetzgebung voll ihre Rechte ausübt.

Nachdem Westdeutschland gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durch die herrschenden Kreise an den Nordatlantikpakt gefesselt wurde und die Wehrgesetze in Bonn durchgepeitscht worden sind, wurde eine schwere und komplizierte Lage in bezug auf die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen. In dem bedeutungsvollen Vertragswerk heißt es, daß

die Vereinigung der Anstrengungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion zur Mitwirkung an der Erhaltung und Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit in Europa sowie zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat und zur Herbeiführung einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland den Interessen des deutschen Volkes und des Sowjetvolkes und gleichermaßen den Interessen der anderen Völker Europas entspricht.

Das deutsche Volk ist dem Obersten Sowjet und dem Ministerrat der UdSSR und persönlich den Genossen Bulganin und Chruschtschow dankbar für ihre Initiative zur Herbeiführung einer Entspannung der internationalen Lage. Das wird auch in Deutschland eine Minderung der Spannungen ermöglichen. Wir begrüßen aufrichtig die Vereinbarungen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und der Regierung der UdSSR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit, weil das ebenfalls der Minderung der Spannungen dient und zur Annäherung beider Teile Deutschlands beitragen kann.

Offenkundig ist die Hauptgefahr für das friedliche Leben der europäischen Völker das Wiedererstehen des deutschen Militarismus. Niemand kann erwarten, daß wir den deutschen Revanchisten ermöglichen, nach dem Muster der Hitlerwahlen von 1933 ihre Positionen zu erweitern und ihre Militärbasis bis zur Oder vorzuschieben, damit sie dann den Krieg provozieren können.

Es gibt also nur noch einen Weg zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Wiedervereinigung Deutschlands, das ist die Überwindung der militärischen Gruppierungen in Europa durch einen Vertrag europäischer Staaten über die kollektive Sicherheit.

Ministerpräsident Otto Grotewohl hat vorgeschlagen, daß sich gleichzeitig beide Teile Deutschlands näherkommen müssen. Die Zusammenarbeit der Arbeiter, der werktätigen Bauern, der Gewerkschaften, der Sportler und der Kulturschaffenden beider Teile Deutschlands zeigt bereits erfreuliche Fortschritte. Aus der staatsrechtlichen Stellung beider deutscher Staaten ergibt sich die Notwendigkeit der gegenseitigen Anerkennung beider Staaten und der direkten Regelung der verschiedenen Fragen zwischen beiden Regierungen. Besonders, nachdem die Grenzbewachung und die Kontrolle der Verbindungen zwischen Westdeutschland und Westberlin, die sich auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik befinden, von den Regierungsorganen der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübt werden, gibt es keinen anderen Weg zur Regelung strittiger Fragen als den Weg der offiziellen Verhandlungen von Regierung zu Regierung. So schwer es ihnen auch fällt, wird den führenden politischen Kreisen in Bonn und Westberlin nichts anderes übrigbleiben, als sich mit der Erkenntnis vertraut zu machen, daß die Pläne, mit Hilfe des „kalten Krieges“ die Deutsche Demokratische Republik zu unterminieren, zum Scheitern verurteilt sind. Je eher diese Erkenntnis kommt, um so besser wird das für die Bevölkerung von Westberlin sein.

Die westdeutsche Bundesregierung möge die Lage real einschätzen und sich bewußt werden, daß sie nur Rechte im Bereich der westdeutschen Bundesrepublik ausüben kann. Ihre Erklärungen über die Grenzen Deutschlands sind wertlos, da rechtskräftige internationale Verträge bestehen.

Wir sind einverstanden, daß die sowjetischen Truppen auf Friedenswacht in der Deutschen Demokratischen Republik verbleiben. Solange die Westmächte nicht bereit sind, ihre Truppen aus Westdeutschland zurückzuziehen und ihre Militärbasen zu liquidieren, ist die Anwesenheit der sowjetischen Truppen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik notwendig. Dadurch wird keineswegs die eigene Verantwortung der Arbeiter-und-Bauern-Macht berührt, die Deutsche Demokratische Republik, das Vaterland der Werktätigen, durch

eigene bewaffnete Streitkräfte wirkungsvoll zu schützen. Nach Annahme der Wehrgesetze in Bonn und dem begonnenen Aufbau einer aggressiven Wehrmacht wird die Deutsche Demokratische Republik ihre Verpflichtungen und Rechte, die sich aus dem Warschauer Vertrag ergeben, getreulich erfüllen.

Das neue Vertragswerk, das Ausdruck des Beginns eines neuen Abschnitts in der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ist, basiert auf der festen unverbrüchlichen Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Es schafft staatsrechtliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die der weiteren Festigung und Entwicklung der Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dienen. Das Vertragswerk wird dazu beitragen, die wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen zwischen unseren Staaten weiter zu entwickeln. Das wird zugleich zur Stärkung des Lagers der demokratischen und sozialistischen Staaten beitragen.

Wir wünschen, daß sich feste freundschaftliche Beziehungen zwischen dem ganzen deutschen Volk und der Sowjetunion entwickeln. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, eine friedliche Regelung für ganz Deutschland herbeizuführen.

Die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik fühlt sich verantwortlich für die Vertretung der friedlichen und demokratischen Interessen des ganzen deutschen Volkes, damit sein Wunsch, die friedliche Lösung der deutschen Frage, in Erfüllung geht.

Wir sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern, die Intelligenz und alle anderen friedliebenden Deutschen die Lehre aus der Katastrophe von zwei Weltkriegen ziehen und mutig den Weg des Kampfes für Frieden, Demokratie und Fortschritt beschreiten. Das vorliegende Vertragswerk wird zur Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik beitragen und dient damit der großen und gerechten Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Liebe sowjetische Freunde!

Wir danken euch herzlich für die freundschaftliche Zusammenarbeit bei der Schaffung des neuen Vertragswerkes, das gleichermaßen den Interessen unserer beiden Völker dient.

*Ansprache des Stellvertreters des Vorsitzenden des Minister-
rates Dr. h. c. Otto Nuschke*

Herr Vorsitzender!

Herr Ministerpräsident der UdSSR!

Wir sind den Vertretern der Sowjetunion besonders dafür herzlich dankbar, daß sie es möglich gemacht haben, ein Friedenswerk zu schaffen. Nicht nur die Politiker der Gegenwart, sondern auch die Historiker werden einst diesen Vertrag mit dem sogenannten Deutschlandvertrag vergleichen, der ein integrierender Bestandteil der Pariser Verträge ist. Wir haben einen solchen Vertrag, in dem die politische Gleichberechtigung der Deutschen Demokratischen Republik festgelegt ist.

Hier ist die Gewährung der wahren Souveränität, die vertragliche Sicherung der uns gewährten Souveränität, in Bonn eine Scheinsouveränität.

Der Deutschlandvertrag setzt im Gegensatz zu diesem Vertrag fest, daß Bonn das Recht, für die deutsche Wiedervereinigung zu verhandeln, seinen westlichen Vertragspartnern abgetreten hat. Es ist darum nicht logisch, daß Herr Dr. Adenauer hier mit dem Anspruch auftrat, über die Wiedervereinigung sprechen zu wollen. Eigentlich hat er damit den eigenen, mit den Westmächten abgeschlossenen Vertrag verletzt. Aber wir wollen darüber nicht mit ihm rechten. Uns genügt, mit Genugtuung feststellen zu können, daß hier ein Vertrag geschaffen wird, der im Gegensatz zu Bonn steht wie Tag und Nacht. Wir sind frei in der Entscheidung über Fragen unserer Innen- und Außenpolitik einschließlich der Beziehungen zu anderen Staaten.

Es ist der Ausdruck der zwischen uns bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, die hier mit Recht sogar einmal brüderlich genannt wurden, daß wir uns über Fragen, die unsere beiderseitigen Interessen betreffen, gegenseitig konsultieren.

Aber diesen Konsultationen ist ein ganz bestimmtes, vertragsmäßig festgelegtes Ziel gesetzt, nämlich das hohe Ziel, eine Verletzung des Friedens nicht zuzulassen. Somit bestätigt sich der friedliche Charakter dieses Vertrages auch durch die Konsultationen. Wenn in Artikel 4 festgelegt wird, daß die sowjetischen Truppen zeitweilig in der Deutschen Demokratischen Republik verbleiben, so wird gleichzeitig festgelegt, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und in das gesellschaftliche Leben einmischen werden.

Was wird jedoch in dieser Beziehung durch den von Adenauer mit den Westmächten abgeschlossenen sogenannten Deutschlandvertrag festgelegt? Die Westmächte machen den Vorbehalt, daß sie jederzeit, wenn sie das für notwendig erachten, die politische und staatliche Macht wieder in ihre Hände nehmen, und sie bestehen auf diesem Recht für jeden ihrer Militärkommandanten. Artikel 6 legt den zeitweiligen Charakter der Stationierung sowjetischer Truppen fest. Dieser zeitweilige Charakter steht in eklatantem Widerspruch zu den entsprechenden Bestimmungen des Pariser Abkommens, das fünfzig Jahre Gültigkeit haben soll.

Ich bin überzeugt, daß, wenn dieser Vertrag veröffentlicht sein wird, auch in Westdeutschland der große Unterschied zwischen der wahren Souveränität und der Bonner Scheinsouveränität verstanden wird. Besonders wird die christliche Bevölkerung unserer Deutschen Demokratischen Republik und auch die christliche Bevölkerung der Bonner Republik das erkennen. Sie wird klar die ethische und christliche Bedeutung dieses Vertrages verstehen.

In der Deutschen Demokratischen Republik und auch in der westdeutschen Bundesrepublik wird man verstehen, daß jetzt hier ein wirkliches Friedenswerk geschaffen wurde. Mehr noch, es handelt sich um ein überaus wichtiges Instrument für die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Es geht um die friedliche Wiedervereinigung ganz Deutschlands, und wir sind den Vertretern der Sowjetregierung außerordentlich dankbar dafür, daß hier dem deutschen Volke jetzt ein Friedenswerk geschenkt wurde.

*Ansprache des Stellvertreters des Vorsitzenden
des Ministerrates und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich möchte meine kurzen Worte beginnen mit einem Wort des Dankes an die Regierungsdelegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Dieser Dank gilt sowohl dem Gegenstand als auch dem Verlauf der Verhandlungen. Der vorliegende Vertrag bestätigt im Artikel 1, daß die Deutsche Demokratische Republik frei ist in der Entscheidung über Fragen

sowohl ihrer Innenpolitik als auch ihrer Außenpolitik. Diese zweiseitig-vertragliche staatsrechtliche Regelung unserer Beziehungen ist die konsequente Fortsetzung der Erklärung vom 26. März 1954 über die Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik.* Für uns ist die vollständige Freiheit auf dem Gebiet der Außenpolitik gleichbedeutend mit der folgerichtigen Fortsetzung unserer Außenpolitik, deren Fundament die aufrichtige und herzliche Freundschaft mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bildet. Deshalb begrüßen wir die Möglichkeit, durch einen Vertrag unsere freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und die Voraussetzungen für ihre weitere Entwicklung zu schaffen.

Unsere Beziehungen zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gründen sich darauf, daß die Sowjetunion unter großen Opfern das deutsche Volk aus dem Joch der Hitler-tyrannie befreit hat. Unsere Beziehungen gründen sich auf die Einheit der Zielsetzung, was nur durch die Ausrottung von Militarismus und Faschismus auf dem Boden unserer Republik möglich wurde, was nur dadurch möglich wurde, daß die Staatsmacht in der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Bündnis der Arbeiter und der werktätigen Bauernschaft beruht, was nur möglich wurde durch die Bodenreform, die Schaffung der volkseigenen Industrie, die Verwaltungsreform und andere Reformen. Deshalb besteht zwischen uns völlige Einheit in der Auffassung der internationalen Lage und der Aufgaben auf internationalem Gebiet. Das sind: die Notwendigkeit, internationale Fragen durch Verhandlungen zur Erzielung gemeinsamer Vereinbarungen zu lösen, internationale Entspannung und Zusammenarbeit. Von größter Bedeutung ist hierbei die Gewährleistung der Sicherheit in Europa, worauf in Artikel 2 dieses Vertrages hingewiesen wird, und die Mitwirkung beider deutscher Staaten an der Lösung dieser verantwortungsvollen Aufgabe.

Die Beziehungen zwischen unserer Republik und der Sowjetunion sind somit der Ausdruck der Gemeinsamkeit unserer Fragen, der tiefen aufrichtigen Freundschaft, des gegenseitigen Vertrauens und der Souveränität.

Das Bestehen zweier deutscher Staaten ist eine Realität. Es gibt zwei verschiedene deutsche Staaten mit verschiedenen

* siehe Band I, Seite 303

Staats- und Gesellschaftsordnungen, also auch mit verschiedener Außenpolitik. Ich möchte hier nicht zur Außenpolitik der Bundesrepublik Stellung nehmen. Ich begrüße aufrichtig die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik als einen großen Erfolg der sowjetischen Politik der Entspannung. Ich will nur, was die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik betrifft, betonen: Wir sind erklärte Gegner der „Politik der Stärke“ und des „kalten Krieges“, erklärte Gegner der Politik der Schaffung vollzogener Tatsachen, der Politik der Vorbedingungen für Verhandlungen, der Politik der Drohungen und der Anwendung von Gewalt. Wir sind erklärte Gegner der Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker. Wir sind gegen eine Politik, die nicht mit den Tatsachen rechnet und sich von Wunschträumen leiten läßt, und wenn die Wunschträume nicht mit den Tatsachen übereinstimmen, meint, das sei um so schlimmer für die Tatsachen.

Wir sind Gegner der alten Politik des deutschen Imperialismus, die unter anderem auch darin zum Ausdruck kam, daß sie stets und ständig Bündnisse mit den reaktionärsten Kräften in der Welt suchte, mit den Kräften, die nur noch die Vergangenheit darstellten, nicht aber die Zukunft. Beispiele dafür waren das Bündnis des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg und ebenso während des zweiten Weltkrieges, und der wiedererstehende deutsche Militarismus in Westdeutschland greift zu den gleichen Methoden.

Beide deutschen Staaten geben in der Tat ein Beispiel verschiedener Außenpolitik. Unsere Beziehungen zu unseren beiden nächsten Nachbarn, der Tschechoslowakischen Republik, mit der wir in Warschau erstmalig im Verlauf der ganzen Geschichte unserer beiden Völker ein Bündnis abgeschlossen haben, und der Volksrepublik Polen, mit der wir in der Oder-Neiße-Grenze zum erstenmal in der ganzen Geschichte unserer beiden Völker eine unverletzliche Grenze des Friedens und der Freundschaft geschaffen haben, sind ein Beispiel für die Beziehungen fester Freundschaft und guter Nachbarschaft, für Beziehungen des Friedens und der Sicherheit, für Beziehungen vollständigen gegenseitigen Vertrauens. Auf der anderen Seite sehen Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark voller Unruhe, Befürchtungen und Angst auf ihren eigenen Bündnispartner, dessen wiedererstehender Militarismus sich als Drohung zuallererst gegen sie selbst richtet.

So haben die zwei deutschen Staaten in Europa eine Frage aufgeworfen, die die Völker nicht zur Ruhe kommen lassen wird, bis, wie dies dem Wunsch der Deutschen Demokratischen Republik entspricht, ein wirksames Sicherheitssystem in Europa geschaffen und damit die richtige Antwort auf diese Frage gegeben wird.

Die Interessen unserer Republik, die Interessen des ganzen deutschen Volkes, seine Zukunft, sein Vorteil, seine nationale Würde erfordern die feste Zugehörigkeit unserer Deutschen Demokratischen Republik zum Friedenslager. Gleichzeitig sind wir zur Herstellung aufrichtiger Beziehungen zu jedem anderen Land bereit, unter der selbstverständlichen Voraussetzung der Anerkennung der Gleichberechtigung, der Souveränität, der Unantastbarkeit des Territoriums, der Nichteinmischung und des Strebens nach beiderseitigem Vorteil.

Wie ich meine Rede mit einem Wort des Dankes begonnen habe, möchte ich sie mit der Wiederholung meines Dankes schließen.

*Ansprache des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR,
N. A. Bulganin*

Ich halte es für meine Pflicht, in erster Linie den Mitgliedern der Kommission zu danken, die uns heute ein so wichtiges Dokument wie den Entwurf eines „Vertrages über die Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik“ vorbereitet haben. Dieser Vertrag kennzeichnet eine neue historische Etappe in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Sowjetregierung ist mit dem Wortlaut des vorgelegten Dokuments voll und ganz einverstanden.

Mit größter Befriedigung hörten wir heute die Reden der Delegationsmitglieder der Deutschen Demokratischen Republik: des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED und Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Walter Ulbricht, des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union, Otto Nuschke, des Generalsekretärs der Demokratischen Bauern-

partei, Rose, des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik sowie Vorsitzenden der National-Demokratischen Partei, Dr. Bolz, und des Vorsitzenden des Nationalrates der Nationalen Front, Professor Dr. Correns. Wir teilen in vollem Umfang die von ihnen geäußerten Ansichten. Wir messen dem uns vorgelegten Entwurf eines „Vertrages über die Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik“ besondere Bedeutung bei. Zweifellos wird dieser Vertrag zur weiteren Entwicklung einer engen Zusammenarbeit und zur Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Staaten auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beitragen.

Im Vertrag wird die neue Lage berücksichtigt, die im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge von 1954 entstanden ist. Besonders erfreulich ist es, daß der Vertrag auf die Vereinigung der Bemühungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik zur Förderung der Aufrechterhaltung und der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit in Europa abzielt. Er wird zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates beitragen. Dieser Vertrag entspricht den Interessen des sowjetischen und des deutschen Volkes wie auch den Interessen anderer Völker Europas.

Wir bestätigen, daß unsere Beziehungen auf gegenseitiger Achtung und völliger Gleichberechtigung unserer Staaten beruhen. Die Deutsche Demokratische Republik ist in Übereinstimmung mit diesem Vertrag, wie es hier bereits gesagt wurde, frei bei der Lösung der Fragen ihrer Innen- und Außenpolitik, einschließlich der Fragen der gegenseitigen Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik und der Entwicklung der Beziehungen zu allen anderen Staaten. Die Sowjetregierung hat im Zusammenhang damit die Frage der Zweckmäßigkeit einer weiteren Aufrechterhaltung des Amtes des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland geprüft. Die Sowjetregierung hat auch die Frage der Gesetze, Direktiven, Befehle und anderer Verordnungen des Kontrollrates in Deutschland geprüft, die vom Kontrollrat in den Jahren 1945 bis 1948 erlassen wurden, und hat den Beschluß gefaßt, von dem ich die Delegation der Deut-

schen Demokratischen Republik, Sie, Genosse Ministerpräsident, in Kenntnis setzen möchte.

Die Sowjetregierung hat es für zweckmäßig gehalten, das Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aufzuheben und den Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik mit den Funktionen der Aufrechterhaltung entsprechender Verbindungen zu den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Deutschen Bundesrepublik hinsichtlich der Fragen zu betrauen, die Deutschland als Ganzes betreffen und die sich aus entsprechenden Beschlüssen der vier Mächte ergeben.

Im Zusammenhang damit, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Beschlüsse des Kontrollrates in Deutschland bezüglich der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf friedlicher und demokratischer Grundlage verwirklicht worden sind, und unter Berücksichtigung der in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Gesetzlichkeit, die ein weiteres Inkraftbleiben der erwähnten Beschlüsse überflüssig macht, hält es die sowjetische Regierung für zweckmäßig, zu bestimmen, daß die in den Jahren 1945 bis 1948 erlassenen Gesetze, Direktiven, Befehle und anderen Verordnungen des Kontrollrates in Deutschland auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ihre Gültigkeit verlieren.*

Genosse Ministerpräsident, Mitglieder der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, unsere heutige Sitzung ist zweifellos von historischer Bedeutung. Sie wird in die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Völkern eingehen. Bekanntlich werden historische Ereignisse nicht immer gebührend gewürdigt. Den Zeitgenossen scheint es manchmal, als sei all dies nichts Außergewöhnliches, als sei das alles alltäglich.

Ich denke jedoch, daß das, was heute so gut von den Vertretern Ihrer Delegation gesagt worden ist, und das, was in dem Vertrag zwischen Ihrem und unserem Staat niedergelegt wurde, über die Grenzen unserer heutigen Vorstellungen hinausgeht. Alles, was im Verlauf unserer Verhandlungen vor sich geht, und die Dokumente, die wir unterschreiben werden, werden in die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten, in denen die Staatsmacht dem Volk — den Arbeitern, den Bauern und der schaffenden Intelligenz — gehört, eingehen,

* siehe Nr. 96

sie werden ein Beispiel dafür sein, wie die Arbeiter, die Bauern und die schaffende Intelligenz — das Volk — ihre staatlichen Beziehungen gestalten, die auf selbstloser Freundschaft beruhen und allein auf den Wohlstand und ein ruhiges Leben der Völker abzielen.

Gestatten Sie mir, abschließend die Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß alles, was wir in unseren Verhandlungen erreicht haben, den Interessen des deutschen und des sowjetischen Volkes wie auch den Interessen der anderen Völker Europas entsprechen wird.

*Ansprache des Mitgliedes des Präsidiums des Obersten Sowjets
der UdSSR, N. S. Chrustschow*

Ich bin voll und ganz damit einverstanden, was vom Genossen Bulganin zu dieser Frage gesagt worden ist.

Ich möchte sagen, daß für die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik unserer Meinung nach die enge Zusammenarbeit zwischen den in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigten politischen Parteien von großer Bedeutung ist.

Wir alle verstehen sehr wohl, daß die gemeinsame Tätigkeit dieser Parteien und ihrer Führer eine große Rolle spielt, bedeutende Erfolge in der Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, bei der Schaffung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion sowie bei der weiteren Festigung dieser Beziehungen zu erzielen.

Wenn ich über die Bedeutung der Nationalen Front spreche, möchte ich auch auf die fruchtbare Tätigkeit des Vorsitzenden des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Professor Correns, verweisen.

Die aufrichtige und allseitige Zusammenarbeit zwischen den Parteien der Nationalen Front ist das Unterpfand ihres Vorwärtsschreitens. Deshalb möchte ich den Wunsch für weitere Erfolge bei der Entwicklung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Parteien für einen weiteren Aufschwung der Wirtschaft der DDR und des Wohlstandes ihrer Bevölkerung zum Wohle des deutschen Volkes und des Weltfriedens zum Ausdruck bringen.

Wir verstehen, daß es keine einfache Aufgabe ist, eine solche Zusammenarbeit zu erreichen. Im Leben ist es nicht so leicht, gegenseitiges Verstehen und Zusammenarbeit in allen Fragen zwischen den Parteien zu verwirklichen. Es treten nämlich auch Fragen auf, bei denen verschiedene Standpunkte entstehen. Bei der Lösung solcher Fragen ist politische Klugheit erforderlich. Wenn schon eine Koalition von Parteien vorhanden ist, so ist es notwendig, die Interessen der Parteien zu berücksichtigen, die dieser Koalition angehören, Wege zur Lösung aller Fragen zu suchen und zu finden. Dabei muß man offensichtlich von der Notwendigkeit gegenseitiger Zugeständnisse ausgehen. Diese Zugeständnisse dürfen jedoch nicht dem Hauptziel zum Schaden gereichen, das die Deutsche Demokratische Republik sich stellt. Nur so kann sich die Koalition der Parteien festigen und können sich folglich die erzielten Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik mehren. Die Aufgabe, die vor dem deutschen Volk steht und auf die sich die Aufmerksamkeit von Millionen Deutschen richtet, ist die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in einem einheitlichen, deutschen, friedliebenden, demokratischen Staat. Wir sind immer bereit, mit allen Kräften zur erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe beizutragen. Wir sind Realisten. Bei der Lösung jeglicher politischer Fragen und bei der Lösung der gegebenen Frage müssen wir nüchtern die entstandenen Bedingungen einschätzen. Die Wiedervereinigung Deutschlands auf einem solchen Wege, daß sie dem deutschen Volk und den Völkern Europas von Nutzen ist, hängt nicht nur von einer Seite ab. Es gibt zwei Seiten: die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik. Außerdem gibt es noch vier Staaten, die durch bestimmte Bedingungen und Verpflichtungen gebunden sind und deren Ansichten über die Lösung der Deutschlandfrage gleichfalls bis jetzt noch auseinandergehen. Deshalb dürfen wir keine falschen Illusionen schaffen.

Bekanntlich findet in nächster Zeit eine Zusammenkunft der Außenminister der vier Mächte in Genf statt, wo unter anderen Fragen auch die Deutschlandfrage auf der Tagesordnung steht. Unser Standpunkt in dieser Beziehung ist klar. In meiner Rede will ich jetzt auf konkrete Tatsachen eingehen. Diese Tatsachen sind folgende: Von den vier Staaten, deren Außenminister in Genf zusammenkommen, gehören drei dem Nordatlantikblock (NATO) an, und ein Staat ist in ihm nicht vertreten. Mehr

noch, die NATO ist gegen diesen Staat gerichtet. Die Regierungen der drei Staaten zusammen mit der Regierung der Deutschen Bundesrepublik wollen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands unter ihren Bedingungen durchgeführt wird und daß das wiedervereinigte Deutschland ebenfalls der NATO angehört. Ich denke, daß ein solcher Weg nicht den Interessen des deutschen Volkes, nicht den Interessen der Sicherheit der Völker Europas und der Milderung der internationalen Spannung entspricht. Wir können uns niemals mit einem solchen Verlauf der Entwicklung der Ereignisse einverstanden erklären, als deren Ergebnis der Nordatlantik-Militärblock (NATO), der gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie gerichtet ist, verstärkt werden würde. Als die Verhandlungen mit den Vertretern der Deutschen Bundesrepublik stattfanden, sagten wir deshalb Herrn Adenauer mit aller Offenheit: Fordern Sie nicht etwas von uns, was wir nicht geben können. Wir können Ihren Plan der Wiedervereinigung Deutschlands, können die NATO — das heißt eine Organisation, die gegen uns, gegen den Frieden gerichtet ist — nicht fördern. Ich denke, daß die Deutschen in einem gleichartigen Fall ebenso verfahren würden.

Die Unterzeichnung und das Inkrafttreten der Pariser Verträge sowie der Beitritt der Deutschen Bundesrepublik zur NATO haben ernste Hindernisse für die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands zu einem einheitlichen deutschen Staat geschaffen.

Es erhebt sich die Frage: Wie werden die Hoffnungen des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung befriedigt; soll denn die bestehende Lage immer so bleiben? Darauf antworten wir exakt und bestimmt: Die Deutschen müssen selbst diese Frage lösen. Deutsche an einen Tisch! Die Deutschlandfrage kann niemand besser lösen als die Deutschen selbst. Die Wiedervereinigung Deutschlands muß so vollzogen werden, daß der einheitliche deutsche Staat friedliebend und demokratisch wird, daß sich die Kräfte des deutschen Staates nicht gegen andere Staaten richten. Zu einer solchen Lösung der Deutschlandfrage werden wir mit allen Kräften beitragen.

Es ist klar, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Lösung der Deutschlandfrage auf einer solchen Grundlage eine schwierige Angelegenheit ist. Wir hatten vor kurzem Zusammenkünfte und Unterredungen mit Vertretern der Deutschen Bundesrepublik. Die Verhandlungen mit den Vertretern der

Deutschen Bundesrepublik zeigten, daß auf dem Wege einer schnellen Lösung dieser Frage große Schwierigkeiten stehen. Als die Verhandlungen mit der Delegation der Deutschen Bundesrepublik stattfanden, versicherte mir Herr Adenauer in einer der Pausen, daß der Nordatlantikblock angeblich für friedliche Zwecke geschaffen ist, daß diese Organisation in keiner Weise die Sowjetunion bedroht. Aber wir wissen gut, daß die Pariser Verträge militärische Verträge sind. Wir wissen ferner, daß die NATO als militärische Organisation geschaffen wurde und daß die NATO einen Oberkommandierenden ihrer Streitkräfte in Europa — General Gruenther — hat. Folglich ist die NATO keine Sportorganisation, sie wurde nicht zur Vorbereitung von sportlichen Wettkämpfen, nicht für Fußballspiele geschaffen. Es ist bekannt, daß Gruenther nicht zu den Trainern einer Fußballmannschaft gehört, alle kennen ihn als einen General, der „eine Mannschaft für einen Krieg trainiert“ und gerade für einen Krieg gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie. Man kann nicht umhin, dies zu vermerken.

Man hat uns zu beweisen versucht, die NATO werde für Verteidigungszwecke geschaffen. Seinerzeit wandten wir uns an die Teilnehmer der NATO und sagten: Wenn die NATO zur Verteidigung geschaffen wurde, so wollen wir gleichfalls dieser „Verteidigungsorganisation“ beitreten. Bekanntlich wurde jedoch die Sowjetunion nicht aufgenommen. Diese Tatsache zeugt ebenfalls davon, daß die NATO gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

Es ist völlig offensichtlich, daß das Inkrafttreten der Pariser Verträge und der Beitritt der Deutschen Bundesrepublik zur NATO ein ernstes Hindernis bei der Lösung der Deutschlandfrage geschaffen haben. Wir schlagen den einzig richtigen Ausweg vor — die Lösung dieser Frage in die Hände des deutschen Volkes zu geben. Die Deutschen werden Wege für ihre richtige Lösung finden.

Ich denke, daß ich unsere gemeinsame Ansicht zum Ausdruck bringe, wenn ich sage, daß die deutsche Nation und die Völker der Sowjetunion daran interessiert sind, friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu haben.

Ich möchte sagen, daß man sichtlich eine gewisse Zeit damit rechnen muß, daß in Deutschland zwei Staaten bestehen — die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik.

Zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sind aufrichtige und freundschaftliche Beziehungen entstanden. Die Sowjetregierung wird ferner auf jede Weise nach der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik sowie danach streben, zur Annäherung beider Teile Deutschlands beizutragen.

Ich möchte als Kommunist und als Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sagen, ohne meinen Standpunkt allen Anwesenden aufzudrängen, daß vor unserer Partei, die von der Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin geleitet wird, das edelste Ziel — der Aufbau des Kommunismus — steht.

Wir streben danach, daß es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt, daß der Mensch ein Freund des Menschen ist, daß die Früchte der Arbeit und der Wissenschaft dem ganzen Volke dienen. Wenn alle Völker einen solchen Weg der Entwicklung beschreiten würden, so würde dies nicht nur die Möglichkeit von Kriegen, sondern auch jeglicher bewaffneter Konflikte ausschließen.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik haben den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten. Dies ist ein großes geschichtliches Ereignis im Leben des deutschen Volkes. Und auf diesem Wege haben Sie unsere Unterstützung. Wir wünschen Ihnen vollen Erfolg bei Ihrer großen schöpferischen Arbeit. Wir sind überzeugt, daß Sie es verstehen werden, neue Siege auf diesem Wege zu erringen. Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist eine so wichtige Sache, daß es gegenwärtig schwer ist, Worte zu finden, um die ganze Bedeutung und Größe dieser Angelegenheit richtig zum Ausdruck zu bringen.

Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik entspricht den Interessen aller Werktätigen Deutschlands. Viele Arbeiter, die in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und anderer Parteien stehen, werden danach streben, zum Aufbau eines sozialistischen deutschen Staates beizutragen. Der Kampf für den Sozialismus, für den Aufbau eines sozialistischen deutschen Staates ist natürlich eine innere Angelegenheit der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes selbst.

Ich muß sagen, daß die Aufgabe des Sowjetstaates darin besteht, gute, gutnachbarliche, freundschaftliche Beziehungen

zum ganzen deutschen Volk herzustellen. Wir zweifeln absolut nicht daran, daß die Führer der Deutschen Demokratischen Republik dies ebenfalls anstreben.

Der Kanzler der Deutschen Bundesrepublik, Herr Adenauer, erklärte während der Verhandlungen in Moskau ebenfalls, daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik danach strebt, freundschaftliche Beziehungen mit dem Sowjetvolk zu entfalten. Ich habe nicht das Recht, diese Erklärung anzuzweifeln. Wir werden die Bestätigung dieser guten Worte durch gute Taten begrüßen.

Wir wissen, daß die Worte und Versicherungen der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik, mit der wir erfolgreich Verhandlungen führen, nicht von der praktischen Tätigkeit abweichen, und wir sind überzeugt, daß dies auch weiterhin so sein wird. Unsere Freundschaft und unser gegenseitiges Vertrauen werden mit jedem Tag erstarken.

Wir hoffen ferner, daß sich in Zukunft die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik erfolgreich entwickeln werden. Aber ein russisches Sprichwort lautet: Wer leben wird, wird sehen. Unsererseits werden wir alles tun, damit sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik erfolgreich entwickeln. Sowohl die Sowjetunion als auch die Deutsche Bundesrepublik sind daran interessiert, daß zwischen unseren Ländern Handels- und kulturelle Verbindungen weitgehend entfaltet werden. Dies wird der Deutschen Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion großen Nutzen bringen.

Ich möchte mich ferner über eine gesonderte Frage — die Frage der ehemaligen Kriegsgefangenen, die vom Gericht der Sowjetunion als Kriegsverbrecher verurteilt wurden — äußern. Sie erinnern sich, daß Genosse Bulganin und ich, als wir auf dem Wege aus Genf in Berlin waren, mit Ihnen über diese Frage Ansichten austauschten.

In dieser Frage hat sich der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Pieck, mit einem Schreiben an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Woroschilow, gewandt.*

Als die Delegation der Deutschen Bundesrepublik bei uns eintraf, stellte sie uns ebenfalls diese Frage und verband sie mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der

* siehe Nr. 84

UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik. Wir erklärten Herrn Adenauer und den Mitgliedern der Regierungsdelegation der Deutschen Bundesrepublik, daß diese Frage keinerlei Beziehung zu den Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen hat und daß sie nur von der Sowjetunion entschieden werden kann, da diese Menschen Verbrechen gegen das Sowjetvolk begangen haben und dafür vom sowjetischen Gericht verurteilt wurden. Aber die Zeit vergeht und die Menschen ändern sich. Einige ändern sich nach der guten Seite und andere nach der schlechten. Die Mehrzahl der Menschen ändert sich jedoch nach der guten Seite. Deshalb sind wir der Ansicht, daß man die Bitte um vorfristige Freilassung dieser Menschen erfüllen kann. Wir ziehen in Betracht, daß sie ihre Verwandten und Angehörigen haben, die sie als Väter, Söhne, Männer und Brüder erwarten. Wir verstehen, daß man diese menschlichen Gefühle achten muß. Diese Menschen haben bereits eine erhebliche Haftzeit hinter sich, und wir hoffen, daß sie sich bessern, daß sie die Hochherzigkeit der Sowjetregierung richtig werten und nach ihrer Freilassung in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion nicht von dem Gefühl des Hasses ausgehen werden.

Das sind die Fragen, die ich in meiner Rede berühren wollte.

Der Vertragsentwurf, den die Kommission vorbereitet hat, befriedigt offenkundig unsere beiden Seiten, was nicht häufig der Fall zu sein pflegt. Am häufigsten ist es so, daß man zur Lösung von Fragen durch einen Kompromiß gelangt. Wir haben keine Kompromisse, weil es bei uns keinen Kampf der verschiedenen Standpunkte, sondern die Gemeinsamkeit der Ansichten, die Gemeinsamkeit der Weltanschauung gibt. Es ist wahr, die Tatsache, daß unsere Sowjettruppen sich gegenwärtig auf Ihrem Territorium befinden, kann gewissen Verdruß hervorrufen, wir sind jedoch überzeugt, daß die Notwendigkeit dieser Maßnahme richtig verstanden werden wird. Wir sind uns vollkommen im klaren, daß der Aufenthalt ausländischer Truppen, auch einer befreundeten Macht, nicht immer Begeisterung der Bevölkerung hervorruft. Nichtsdestoweniger können und müssen die Menschen die Notwendigkeit dafür unter den vorhandenen Bedingungen verstehen. Unser gemeinsamer Beschluß über das Verbleiben der sowjetischen Truppen auf Ihrem Territorium ist eine vorübergehende Maßnahme. Wir sind uns bewußt, daß das keine angenehme Sache ist und daß.

wenn jemand hier sagen würde, es sei eine angenehme Lösung, wir dies mit Mißtrauen aufnehmen würden. Sind Sie einverstanden?

Ulbricht: Einverstanden!

Chrustschow: Wir werden jedoch zusammen mit Ihnen beharrlich eine solche Lage anstreben, daß zwischen den Staaten ein Abkommen über die Einschränkung der Streitkräfte im allgemeinen und über den Abzug der sowjetischen, amerikanischen, britischen und französischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, erzielt wird. Wenn die USA, Großbritannien und Frankreich bereit wären, dies heute zu tun, so könnten wir diese Frage jetzt lösen. Wir sind bereit, unsere Truppen aus Deutschland abzuziehen, jedoch unter der Bedingung, wenn unsere Partner im Kriege gegen Hitlerdeutschland auch ihre Truppen abziehen.

Wir haben die Hoffnung auf eine Lösung dieser Frage in der Zukunft. Die Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte hat diese Hoffnung erweckt. Wir hoffen, daß sich der Genfer Geist entfaltet und entwickelt, jedoch nicht in der Art eines unsichtbaren und nicht zu spürenden Geistes, sondern in der Art konkreter Handlungen, wie dies unsererseits der Fall war, als wir beschlossen, die Streitkräfte um 640 000 Mann zu verringern, als wir auf die Pacht des Marinestützpunktes Porkkala-Udd in Finnland verzichteten und eine Reihe anderer Maßnahmen durchführten. Wir erwarten, daß unsere Genfer Partner in der gleichen Art antworten, wonach neue Vorschläge von uns aus erfolgen könnten.

Gewisse bürgerliche Politiker warfen uns vor, daß wir, obwohl wir lächelten und uns freundschaftlich benahmen, es dabei angeblich bewenden ließen. Aber sind die von mir angeführten Tatsachen — die Einschränkung der Streitkräfte und der Verzicht auf den Marinestützpunkt in Finnland — keine konkreten Handlungen zur Minderung der internationalen Spannung? , Zugleich erwarten wir konkrete Ergebnisse des Genfer Geistes seitens der Westmächte, die zur Minderung der internationalen Spannung und zur Festigung des Friedens beitragen würden.

Schlußansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

Gestatten Sie mir noch ein paar abschließende Bemerkungen. Genosse Bulganin hat uns davon informiert, daß ein Beschluß

über die Aufhebung des Amtes des Hohen Kommissars und die Außerkraftsetzung der Beschlüsse des früheren Kontrollrates durch die Regierung der UdSSR vorliegt. Was die Frage der Gesetze des Kontrollrates anbetrifft, so hat heute bereits in unserem Namen Genosse Walter Ulbricht darauf hingewiesen, daß wir nach der gesamten Entwicklung die Erklärungen des Kontrollrates nicht mehr anerkennen können. Unser Wunsch trifft sich also mit dem Beschluß, den die Regierung der UdSSR gefaßt hat. Aber wir sehen darin nicht nur einen formalen Vorgang, der zur Vereinfachung einer Reihe von Vorgängen führt, sondern wir sehen in Ihrem Beschluß auch den Ausdruck des Vertrauens zu den gesetzgebenden Körperschaften der Deutschen Demokratischen Republik, daß sie ihre Geschicke ohne Kontrollrat regeln wird.

Mit Recht hat Genosse Bulganin darauf hingewiesen, daß unsere Verhandlungen, die sich ihrem Abschluß nähern, von einer großen historischen Bedeutung sind. Diese Gedanken hat auch Genosse Chruschtschow hier entwickelt. Wir stimmen mit diesen Auffassungen restlos überein. Wir sind der Auffassung, daß der Vertrag, den wir hier abschließen, in seiner Auswirkung die Möglichkeit bietet, die Frage der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland jetzt aus der Sphäre der Deutschen Demokratischen Republik heraus auch erfolgreich auf Gesamtdeutschland zu überführen. Das ist eine der entscheidenden politischen Aufgaben für unsere zukünftige Entwicklung.

Wir sind auch der Auffassung, daß es sich jetzt nicht nur um eine Vertiefung unserer Freundschaft handelt, sondern daß wir mit diesem Vertrag nunmehr die schlechten Beziehungen zwischen unseren Völkern aus der Vergangenheit endgültig liquidieren und daß unseren neuen freundschaftlichen Beziehungen zwei Prinzipien zugrunde liegen. Unsere beiden Völker streben gesellschaftliche Beziehungen an, die große und weite Perspektiven in wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen verlangen. Unsere Beziehungen brauchen also eine weite Sicht. Wir haben darum die Hoffnung, daß die Gründung unserer freundschaftlichen Beziehungen für alle Zeiten ist und daß sie unverbrüchlich sind. Von einem solchen Boden aus lassen sich die großen humanitären Ziele, die der Sozialismus verwirklichen will, auch realisieren.

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zu den Darlegungen des Genossen Chruschtschow machen. Mit Dank quittieren wir

vor allen Dingen die Ausführungen, die Genosse Chrustschow zu allen fortschrittlichen Kräften in Deutschland gemacht hat. Wir sind der gleichen Auffassung. Wir haben unsere Arbeit begonnen als eine antifaschistische Sammlung. In unserer Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften sind wir über diese Etappe unserer Entwicklung längst hinausgewachsen. Seitdem wir uns das Ziel gestellt haben, die Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu errichten, haben wir uns mit all unseren Freunden auf diesem Boden gefunden und sind festverbundene Kameraden geworden. Ich bin gewiß, im Namen all meiner Freunde zu sprechen, wenn ich Ihnen hier die Versicherung abgebe, daß wir von diesem erfolgreichen Weg nicht abgehen werden. Genosse Chrustschow hat sehr warme Worte gefunden über das Vertrauen der sowjetischen Menschen zu unserem deutschen Staat, zu den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und zur Arbeiterklasse ganz Deutschlands, Worte des Vertrauens zu den werktätigen Bauern und zu der fortschrittlichen Intelligenz.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen allen, liebe Freunde, für die Einschätzung unserer Arbeit herzlich danke. Wenn wir uns auch sehr hüten, selbstzufrieden zu werden, so trägt doch eine solche Einschätzung unserer Arbeit und unserer Menschen sehr dazu bei, uns in unserer Arbeit zu ermuntern. Ein letztes Wort zu den Ausführungen, die Sie, Genosse Chrustschow, zur Frage der ehemaligen Kriegsgefangenen, die ihre Strafe wegen von ihnen begangener Verbrechen verbüßen, gemacht haben. Ich kann mich ganz kurz dazu äußern, und ich tue es nur, weil die bürgerliche Presse sich mit der Tatsache beschäftigt hat, daß wir hier die Frage der Kriegsverurteilten nicht zum Verhandlungsgegenstand gemacht haben. Warum haben wir das nicht in gewissem Umfang getan? Weil wir uns darüber in Berlin bereits vollkommen verständigt haben.* Wir sehen diese Angelegenheit nicht als eine politische Frage an, sondern wir beurteilen sie aus den humanitären Gesichtspunkten, die Sie, Genosse Chrustschow, hier entwickelt haben. Und nun noch ein letztes Wort. Es ist klar aus unseren Verhandlungen hervorgegangen, daß die Stärkung und Entwicklung unserer freundschaftlichen Beziehungen von großer Bedeutung für die Zukunft sind, daß sie im Interesse unserer beiden Völker und der europäischen Völker liegen.

* siehe Nr. 77

Einer der besten und herzlichsten Freunde der Sowjetunion in ganz Deutschland ist unser Staatspräsident Wilhelm Pieck. Der Genosse Wilhelm Pieck hat das Wort geprägt: „Wir müssen die Sache der deutsch-sowjetischen Freundschaft zu einer Herzenssache des deutschen Volkes machen.“ Darf ich Ihnen die Versicherung abgeben, daß wir im Sinne dieses Wortes arbeiten werden und unsere freundschaftlichen Beziehungen zu einer Herzenssache des deutschen Volkes machen werden.

(Neues Deutschland, Berlin 20. 9. 55)

93.

Schlußkommuniqué über die Verhandlungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Vom 17. bis 20. September 1955 fanden in Moskau Verhandlungen zwischen einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik und einer Regierungsdelegation der Sowjetunion statt.

Von seiten der Deutschen Demokratischen Republik nahmen an den Verhandlungen teil: der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Otto Nuschke, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der Deutschen Demokratischen Republik, Bruno Leuschner, der Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR, Johannes König, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Peter Florin, der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Prof. Erich Correns, der Generalsekretär der Demokratischen Bauernpartei, Berthold Rose, der Generalsekretär der Liberal-Demokratischen Partei, Manfred Gerlach, der Sekretär der Delegation, Botschafter Fritz Grosse.

Von sowjetischer Seite nahmen an den Verhandlungen teil: der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin,

das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschtschow, der Minister für Außenhandel der UdSSR, I. G. Kabanow, sowie der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, W. S. Semjonow, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, der Leiter der dritten Europäischen Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, S. G. Lapin.

Im Laufe der Verhandlungen wurden grundlegende Fragen erörtert, die die weitere Festigung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion betreffen.

Die Verhandlungen verliefen in einer freundschaftlichen und herzlichen Atmosphäre und wurden mit der Unterzeichnung des Vertrages „Über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ abgeschlossen. Die beiden Seiten gaben ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß dieser Vertrag, der auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruht, zur Festigung und weiteren Entwicklung der zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und der engeren Zusammenarbeit beitragen wird. Beide Seiten sind davon überzeugt, daß der Vertrag ein wichtiger Faktor für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa ist und damit die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat fördert.

Im Verlaufe der Verhandlungen fand ein Meinungsaustausch zu internationalen Fragen statt, die beide Seiten interessieren, und insbesondere zu Fragen, die mit der bevorstehenden Konferenz der Außenminister der vier Mächte in Genf in Zusammenhang stehen. Beide Seiten bestätigten, daß zur fruchtbaren Erörterung der Deutschland betreffenden Fragen auf der genannten Konferenz die Teilnahme der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ebenso wie der Regierung der Deutschen Bundesrepublik an der Erörterung dieser Fragen erforderlich ist.

Es wurde ein Meinungsaustausch geführt über die Frage des in der UdSSR verbliebenen Teils ehemaliger deutscher Kriegsgefangener, die für die von ihnen begangenen Verbrechen eine

Strafe verbüßen. Unter Berücksichtigung des Schreibens des Präsidenten und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie in Anbetracht der Bitte der Regierung der Deutschen Bundesrepublik hat die Sowjetregierung erklärt, daß sie dieser Frage wohlwollend gegenübersteht und dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ihre Vorschläge unterbreiten wird.

Im folgenden wird der in Moskau am 20. September unterzeichnete Vertrag „Über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ sowie der Text von Briefen veröffentlicht, die zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, und dem Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. A. Sorin, ausgetauscht wurden.

(ADN 20. 9. 55)

94.

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

HABEN,

Geleitet von dem Wunsch nach Entwicklung einer engen Zusammenarbeit und nach der weiteren Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten,

In Anbetracht der neuen Lage, die durch das Inkrafttreten der Pariser Verträge von 1954 entstanden ist,

Überzeugt davon, daß die Vereinigung der Anstrengungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion zur Mitwirkung an der Erhaltung und Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit in Europa sowie zur Wiederherstellung der

Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat und zur Herbeiführung einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland den Interessen des deutschen Volkes und des Sowjetvolkes und gleichermaßen den Interessen der anderen Völker Europas entspricht,

Unter Berücksichtigung der Verpflichtungen, die die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion gemäß den internationalen Abkommen, die Deutschland als Ganzes betreffen, haben

BESCHLOSSEN,

den vorliegenden Vertrag zu schließen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik — den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl;

das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin,

die nach Austausch ihrer in gehöriger Form und in Ordnung befundenen Vollmachten über folgendes übereinkamen:

Artikel 1

Die Vertragschließenden Seiten bestätigen feierlich, daß die Beziehungen zwischen ihnen auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen.

In Übereinstimmung hiermit ist die Deutsche Demokratische Republik frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik, einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik, sowie der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten.

Artikel 2

Die Vertragschließenden Seiten erklären ihre Bereitschaft, im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen teilzunehmen, deren Ziel die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt ist und die mit den Grundsätzen der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen übereinstimmen.

Zu diesem Zweck werden sie sich gegenseitig über alle wichtigen internationalen Fragen beraten, die die Interessen beider Staaten berühren, und alle ihnen zu Gebote stehenden Maßnahmen ergreifen mit dem Ziel, eine Verletzung des Friedens nicht zuzulassen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit den Interessen beider Länder und die Grundsätze der Freundschaft befolgend, kommen die Vertragschließenden Seiten überein, die zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestehenden wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen weiter zu entwickeln und zu festigen, sich gegenseitig jede mögliche wirtschaftliche Hilfe zu erweisen und die erforderliche wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu verwirklichen.

Artikel 4

Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Übereinstimmung mit den bestehenden internationalen Abkommen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Truppen verbleiben zeitweilig in der Deutschen Demokratischen Republik mit Zustimmung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu Bedingungen, die durch eine zusätzliche Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sowjetunion festgelegt werden.

Die zeitweilig auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Truppen werden sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und in das gesellschaftspolitische Leben des Landes einmischen.

Artikel 5

Zwischen den Vertragschließenden Seiten besteht Übereinstimmung darüber, daß es ihr Hauptziel ist, auf dem Wege entsprechender Verhandlungen eine friedliche Regelung für ganz Deutschland herbeizuführen. In Übereinstimmung hiermit werden sie die erforderlichen Anstrengungen für eine friedensvertragliche Regelung und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage unternehmen.

Artikel 6

Der Vertrag wird bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat oder bis die Vertragschließenden Seiten zu einem Übereinkommen über die Änderung oder Außerkraftsetzung dieses Vertrages gelangen, Gültigkeit haben.

Artikel 7

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung und tritt in Kraft am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in nächster Zeit in Berlin erfolgt.

Ausgefertigt in Moskau am 20. September 1955 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

In Vollmacht

des Präsidenten der Deutschen
Demokratischen Republik
gez. O. Grotewohl

In Vollmacht

des Präsidiums des Obersten
Sowjets der UdSSR
gez. N. A. Bulganin

(ADN 20. 9. 55)

95.

Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an den Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. A. Sorin

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat mich beauftragt, zu bestätigen, daß im Ergebnis der in Moskau vom 17. bis 20. September 1955 geführten Verhandlungen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sowjetunion über folgendes Übereinstimmung erzielt worden ist:

1. Die Deutsche Demokratische Republik übt die Bewachung und Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik, am Außenring von Groß-Berlin, in Berlin sowie auf den im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegenden Verbindungswegen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin aus.

In Ausübung der Bewachung und Kontrolle auf den im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegenden Verbindungswegen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin wird die Deutsche Demokratische Republik mit den entsprechenden Behörden der Deutschen Bundesrepublik die Regelung aller Fragen gewährleisten, die mit dem Eisenbahn-, Kraftfahrzeug- und Schiffstransitverkehr der Deutschen Bundesrepublik oder Westberlins, ihrer Bürger oder Bewohner

sowie der ausländischen Staaten und ihrer Bürger außer dem Personal und den Gütern der Truppen der USA, Englands und Frankreichs in Westberlin, worüber nachfolgend in Punkt 2 des vorliegenden Briefes die Rede ist, zusammenhängen.

In Übereinstimmung mit dem oben Gesagten werden die Funktionen der Ausgabe und Ausfertigung von Schiffspapieren für die Schifffahrt auf Binnenwasserstraßen der Deutschen Demokratischen Republik u. dgl. vollständig von den Behörden der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübt.

2. Die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Englands und der USA zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin wird zeitweilig bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens vom Kommando der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland ausgeübt.

Dabei wird der Verkehr des Truppenpersonals und der Güter der Garnisonen der drei Westmächte in Westberlin auf der Grundlage der bestehenden Viermächtebeschlüsse zugelassen:

- a) auf der Autobahn Berlin—Marienborn,
- b) auf der Eisenbahnlinie Berlin—Helmstedt, bei Zurückführung des leeren Transportraumes auf der Eisenbahnlinie Berlin—Oebisfelde,
- c) auf den Luftkorridoren Berlin—Hamburg, Berlin—Bückeburg und Berlin—Frankfurt am Main.

gez. Dr. Lothar Bolz

Ein analoges Schreiben ist vom Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. A. Sorin, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, gerichtet worden.

(ADN 20. 9. 55)

96.

Beschluß der Regierung der UdSSR: Über die Auflösung der Hohen Kommission der UdSSR in Deutschland

Der Ministerrat der UdSSR hat beschlossen, die Funktion des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aufzuheben. Dem Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik sind die Funktionen der Aufrechterhaltung der

entsprechenden Verbindungen zu den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Deutschen Bundesrepublik in Fragen, die sich aus den Beschlüssen der vier Mächte über Gesamtdeutschland ergeben, übertragen worden. Die Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen mit den Oberkommandierenden der Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die sich auf dem Territorium der Deutschen Bundesrepublik befinden, verbleibt bei dem Oberkommandierenden der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Im Zusammenhang damit, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Beschlüsse des Kontrollrates in Deutschland bezüglich der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf friedlicher und demokratischer Grundlage verwirklicht worden sind, und unter Berücksichtigung der in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Gesetzlichkeit, die ein weiteres Inkraftbleiben der erwähnten Beschlüsse überflüssig macht, hat der Ministerrat der UdSSR beschlossen, daß die in den Jahren 1945 bis 1948 in Ausübung der Besatzungsrechte der vier Mächte vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen Gesetze, Direktiven, Befehle und anderen Verordnungen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ihre Gültigkeit verlieren.

Die Außerkraftsetzung der erwähnten Verordnungen des Kontrollrates auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Gesamtdeutschland, die sich aus den entsprechenden Beschlüssen der vier Mächte ergeben.

(ADN 20. 9. 55)

97.

Abreise der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik von Moskau am 21. September 1955

Zur Verabschiedung der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hatten sich am 21. September 1955 auf dem Moskauer Zentralflughafen der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chrustschow, ferner L. M. Kaganowitsch, G. M. Malenkow, M. G. Perwuchin und weitere führende Persönlichkeiten des Sowjetstaates und der Öffentlichkeit der sowjetischen Hauptstadt eingefunden.

Wie schon bei der Ankunft, waren unter den erschienenen Mitgliedern des Diplomatischen Korps auch zahlreiche Vertreter der kapitalistischen Länder, so die Botschafter Schwedens, Finnlands und Indiens und die diplomatischen Vertreter Ägyptens, Afghanistans und anderer Länder.

Über dem Moskauer Zentralflughafen wehten die schwarz-rotgoldenen Fahnen neben den roten Bannern der UdSSR. Eine Militärkapelle spielte die Hymnen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion. Seite an Seite mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, schritt Ministerpräsident Grotewohl die Front der Ehrenkompanie ab. Nachdem sich die Mitglieder der Delegation von den anwesenden Vertretern des Diplomatischen Korps verabschiedet hatten, erfolgte der Vorbeimarsch der Ehrenkompanie vor der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik und den sowjetischen Staatsmännern.

Bevor Ministerpräsident Grotewohl das Flugzeug bestieg, hielt er eine kurze Abschiedsansprache; er sagte:

„Liebe Freunde und Genossen! Eine überaus bedeutende Arbeit für die Festigung und Sicherung des Friedens in Europa liegt hinter uns. Die brüderlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR haben durch die Moskauer Verhandlungen, durch den Abschluß des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR eine neue Erweiterung und Vertiefung erfahren.

Eine neue Etappe in den Beziehungen unserer Länder wurde begonnen, die für die Deutsche Demokratische Republik und das ganze deutsche Volk von großer zukunftsweisender Bedeutung ist. Der Vertrag ist gleichzeitig ein Schritt zur Annäherung und Verständigung der Deutschen untereinander und zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebenden und demokratischen Staat. Der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR und die anderen Vereinbarungen geben der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik eine völkerrechtlich verbindliche Form und stärken und festigen die Deutsche Demokratische Republik, was nicht nur den Interessen des ganzen deutschen Volkes, sondern auch den friedlichen Interessen der anderen Völker Europas entspricht.

Unsere Verhandlungen zeigen dem ganzen deutschen Volk den Weg, den es gehen muß, um mit der Sowjetunion und anderen

Völkern Beziehungen aufzunehmen, die vom Geiste des gegenseitigen Vertrauens und der brüderlichen Solidarität durchdrungen sind und auf voller Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik dankt der Sowjetunion aus vollem Herzen für das große Vertrauen, das sie dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern in der Geschichte Deutschlands entgegenbringt. Dieses Vertrauen ist der Beweis dafür, daß die Deutsche Demokratische Republik und das ganze deutsche Volk in der Sowjetunion einen mächtigen und uneigennütigen Freund besitzt, auf den es sich in allen Angelegenheiten, die die Lebensfragen der deutschen Nation betreffen, stützen kann.

Wir danken der Regierung der UdSSR und der Moskauer Bevölkerung für die brüderliche Gastfreundschaft, die sie uns geschenkt hat, und bitten Sie, dem ganzen Sowjetvolk unseren Dank und unsere brüderlichen Grüße zu übermitteln.

Wir verabschieden uns von Ihnen mit den Worten: Freundschaft, auf Wiedersehen!“

(Neues Deutschland, Berlin 22. 9. 55)

98.

Funktelegramm der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin

An den

Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR,

N. A. Bulganin,

Moskau, Kreml

Teurer Genosse Vorsitzender!

Beim Verlassen Ihres schönen und mächtigen Landes übermittelt die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik Ihnen, der Regierung der UdSSR sowie dem ganzen Sowjetvolke die herzlichsten Grüße und Wünsche. Wir danken Ihnen für die Gastfreundschaft, die Sie uns in Ihrem Lande gewährten.

Unsere Verhandlungen und ihre Ergebnisse sind ein weiterer Schritt zur Stärkung, Festigung und Erweiterung unserer freundschaftlichen Beziehungen und brüderlichen Zusammen-

arbeit zum Wohle unserer beiden Völker und zur Festigung
des Friedens.

O. Grotewohl
(ADN 21. 9. 55)

99.

Ankunft der Regierungsdelegation in Berlin am 21. September 1955

Am 21. September 1955 traf die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in einer Sondermaschine der Deutschen Lufthansa auf dem Flugplatz Schönefeld wieder ein. Die Delegation, die am Vortage den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR abgeschlossen hatte, wurde von einigen tausend Werktätigen mit Spannung und allen Zeichen der Zustimmung und Freude auf dem Flugplatz erwartet.

Zum Empfang waren zahlreiche Vertreter der Regierung und der Volks- und Länderkammer, Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED, Vertreter der anderen Parteien und Massenorganisationen, Wissenschaftler und Gelehrte erschienen. Neben den Angehörigen des Diplomatischen Korps, Generalen und Offizieren der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei hatten sich zahlreiche Journalisten der in- und ausländischen Presse eingefunden.

(Neues Deutschland, Berlin 22. 9. 55)

100.

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer am 26. September 1955 über die Verhandlungen in Moskau

Verehrte Abgeordnete der Volkskammer!

In der 8. Sitzung der Volkskammer vom 12. August 1955 habe ich unsere Stellungnahme zu der Genfer Konferenz der vier Großmächte dargelegt.* Ich habe in dieser Erklärung der Regierung auf die außerordentliche Bedeutung des Besuches der beiden Mitglieder der Regierungsdelegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Genf, der Genossen

* siehe Nr. 5

Bulganin und Chruschtschow, hingewiesen. Wir gingen bei diesen Besprechungen, die vom 24. bis 27. Juli dieses Jahres in Berlin stattfanden, übereinstimmend davon aus, daß die Genfer Konferenz zur Milderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen beigetragen hat und daß es zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker notwendig ist, im Geiste des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit weitere Verhandlungen zu führen. Wir hielten es schon damals für wünschenswert, zweiseitige staatsrechtliche Vereinbarungen über die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik zu treffen, weil solche Vereinbarungen der Sicherung des Friedens und der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik dienen und weil damit die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat gefördert wird.

Es waren Verhandlungen zwischen zwei Ländern, die durch eine tiefe, aufrichtige Freundschaft verbunden sind, deren Lebensinteressen sie eng vereinigen. Die in den Berliner Besprechungen festgelegten politischen Fragen wurden zwischenzeitlich fortentwickelt, so daß wir auf der Moskauer Konferenz vom 17. bis 20. September zum Abschluß eines Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken kommen konnten.*

Der Ministerrat hat mit der Durchführung dieser Tätigkeit eine Delegation beauftragt, die sich am 16. September 1955 nach Moskau begab. Die von uns getroffenen Vereinbarungen, ganz besonders der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, werden in die Geschichte der Beziehungen zwischen zwei Staaten, in denen die Staatsmacht den Arbeitern, den werktätigen Bauern und der schaffenden Intelligenz, also dem Volke gehört, eingehen. Sie sind ein Beispiel dafür, wie sich die Beziehungen zwischen zwei Staaten entwickeln, wenn sie auf selbstloser Freundschaft beruhen.

Unsere Verhandlungen standen darum von der ersten Minute bis zum Abflug aus Moskau unter dem Zeichen herzlicher gegenseitiger Aufgeschlossenheit, tiefer Freundschaft, ja, ich darf wohl sagen, im Geiste wahrer Brüderlichkeit. Das alles

* siehe Nr. 94

erleichterte uns die Arbeit ungemein. Es ist mir darum ein inneres Bedürfnis, hierfür der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ebenso zu danken wie für die Fürsorge, mit der sie unsere Arbeit erleichterte und mit der sie uns eine herzliche Gastfreundschaft gewährte.

Ebenso gilt unser Dank auch der Bevölkerung Berlins, die uns bei unserer Ankunft auf dem Flugplatz und in Berlin selbst so herzlich begrüßt hat. Wir danken den Werktätigen, die aus den Betrieben ihre Delegationen zu uns geschickt hatten. Wir danken den Bauern, die uns begrüßt haben. Wir danken den Vertretern der Wissenschaft, die auf dem Flugplatz waren. Wir danken auch nicht zuletzt dem Vertreter der Kirche, der herzliche Worte der Begrüßung zu uns gesprochen hat. Das alles zeigte uns, mit welcher Aufgeschlossenheit und Anteilnahme die Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik die Verhandlungen von Moskau verfolgt hat.

Man kann den von uns unterzeichneten Vertrag nur richtig einschätzen und in das politische Geschehen Europas und Deutschlands eingliedern, wenn man davon ausgeht, daß dieser Vertrag ein echtes und wahres Friedenswerk ist, das aus dem Geist von Genf geboren und der in Genf eingeleiteten Entspannung und Verständigung dient. Die Sowjetunion hat ihre auf Entspannung, Verständigung und Frieden gerichtete Politik seit der Genfer Konferenz zum Segen der Völker konsequent und folgerichtig fortgesetzt. Davon zeugt die Herabsetzung der effektiven Militärstärke in der Sowjetunion um 640 000 Mann, der eine Verminderung der Heeresstärke in Polen, in der Tschechoslowakischen Republik, in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien gefolgt ist.

Davon zeugt die Verständigung mit der westdeutschen Bundesrepublik, die zur diplomatischen Anerkennung führte und damit die Normalisierung der Beziehungen zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion einleitete. Davon zeugen die Verhandlungen mit Finnland, in denen Finnland bedingungslos der sowjetische Militärstützpunkt Porkkala in Finnland zurückgegeben wurde. Davon zeugen die Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Abschluß des Vertrages über die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten. Welche Beruhigung und Sicherheit würde über alle Völker der Erde kommen, wenn dieser entschlossene Wille für Entspannung und Verständigung, wie ihn uns die Sowjetunion

erneut seit Genf gezeigt hat, auch von den übrigen Staaten in gleichem Umfange verwirklicht würde!

Das gesamte deutsche Volk muß die Vorteile einer solchen weitgreifenden und in die Zukunft wirkenden Verständigungspolitik für seine eigene Befriedung und für die Wiederherstellung seiner Einheit auf einer friedlichen und demokratischen Grundlage richtig nutzen. Wir gehen dabei von der realen Lage aus, daß sich in Deutschland zwei deutsche Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen gebildet haben. In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Herrschaft der Monopole und Junker beseitigt. Es wurde die Arbeiter-und-Bauern-Macht unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz errichtet.

Dadurch ist der Militarismus mit seinen Wurzeln in der Deutschen Demokratischen Republik beseitigt. Die friedliebenden Kräfte zur Durchführung einer wahren Politik des Friedens sind gewachsen. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sind freie Menschen geworden, Herren der Betriebe, der Eisenbahn, der Banken. Das Land gehört denjenigen, die es bearbeiten. So ist die Deutsche Demokratische Republik zur Bastion des Friedens in Deutschland geworden. In Westdeutschland dagegen beherrschen die Monopolherren die Wirtschaft und den Staat. Die Militaristen sind wiederum tonangebend. Dieser westdeutsche Staat will die Deutsche Demokratische Republik nicht anerkennen, aber beide Staaten sind da. Keinerlei theoretische Darlegung vermag sie aus der Welt zu schaffen. Nach dem Abschluß unserer Verhandlungen in Moskau ist das schon gar nicht mehr möglich. Auch die Tatsache, daß Herr Adenauer in seiner Regierungserklärung vom 22. September nahezu die Hälfte seiner Rede darauf verwandte, die Deutsche Demokratische Republik totzureden, ändert daran nichts.

Seiner merkwürdigen Beweisführung, daß die Staatsmacht in der Deutschen Demokratischen Republik nicht aus dem Willen des Volkes hervorgegangen sei, steht die für jeden nachprüf-bare Tatsache gegenüber, daß in der Deutschen Demokratischen Republik ein Wahlgesetz besteht, nach dem von über 12 Millionen Wahlberechtigten 11,8 Millionen Stimmen für die gemeinsame Liste der Nationalen Front des demokratischen Deutschland abgegeben worden sind. Es ist unbegreiflich, wie Herr Adenauer die Notwendigkeit der Zusammenarbeit

zwischen beiden Teilen Deutschlands ablehnen kann, wenn er zum Beispiel keinerlei Anstoß daran nimmt, diplomatische Beziehungen mit zwei so weltweit getrennten Staaten wie der sozialistischen Sowjetunion und etwa dem faschistischen Spanien zu unterhalten. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein souveräner Staat, der von einer Reihe europäischer Länder, unter anderem von zwei Großmächten, nämlich der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik China, anerkannt wurde. Die kapitalistischen Staaten wollen uns vorläufig nicht anerkennen, ebenso wie sie viele Jahre die Sowjetunion nicht anerkennen wollten und wie heute einige von ihnen die große Volksrepublik China nicht anerkennen wollen.

Aber weder die Sowjetunion noch die Volksrepublik China haben deshalb aufgehört zu existieren. Auch die Deutsche Demokratische Republik besteht und wird auch weiterhin existieren. Die Deutsche Demokratische Republik unterhält jetzt mit fast 100 Ländern Handelsbeziehungen. 20 kapitalistische Länder haben mit uns langfristige Abkommen getroffen. Diese Zahlen zeigen die zunehmende Stabilität unserer Wirtschaft und die wirkliche Wertung der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenleben der Völker.

Unser Vertragsabschluß fördert in Verbindung mit den Abmachungen der Sowjetunion und der Bundesrepublik selbstverständlich in hohem Maße die weitere Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik. Wenn das nicht so wäre, erübrigte sich vollständig die erregte und unzweideutige Warnung des Bundeskanzlers, daß die Bundesregierung es als einen „unfreundlichen Akt“ betrachten würde, wenn dritte Staaten diplomatische Beziehungen mit uns anknüpfen. In einem Presseorgan der CDU, in den „Kieler Nachrichten“, las ich folgendes:

„Die Sowjetunion hat sich jetzt den Vorteil verschafft, daß sie als einzige Macht zu beiden deutschen Teilstaaten Beziehungen unterhält. In Washington, London und Paris könnte man das auf die Dauer als eine Ungunst empfinden, die beseitigt werden muß. Damit ergäbe sich zwangsläufig die Frage, ob man nicht selbst auch Beziehungen zur Regierung Grotewohls aufnehmen solle.“

Mir scheint eine solche aus den Kreisen des Kanzlers stammende Beurteilung für die fernere Entwicklung weitaus klarer

zu sein als die von Herrn Adenauer bei den westlichen Alliierten eingeleitete diplomatische Notenaktion, die ihm auf die Beine helfen soll. Herr Adenauer befindet sich mit diesen Aktionen genauso auf dem Holzwege, wie er sich noch vor einigen Monaten gegenüber der Sowjetunion auf dem Holzwege befand. Wir sind davon genauso überzeugt wie von der Richtigkeit des Wortes Chruschtschows, der uns in Moskau sagte: „Die Deutsche Demokratische Republik ist im Augenblick von den bürgerlichen Ländern noch nicht anerkannt, aber die Zeit ist nicht fern..., wo die Vertreter dieser Länder bei Ihnen Schlange stehen und sich um Ihre Anerkennung bemühen werden.“

Die Mehrheit des deutschen Volkes bedauert es tief, daß die Lösung der Deutschlandfrage durch die Pariser Verträge verhindert wurde. Für diese Entwicklung haben die westdeutschen militaristischen Kreise die Hauptverantwortung. Von diesen Kreisen geht wiederum derselbe Geist des Militarismus aus, der zu den Verbrechen gegenüber den europäischen Völkern, insbesondere gegenüber den Völkern der Sowjetunion, geführt hat und der auch das deutsche Volk in fürchterliche Leiden gestürzt hat.

Wir wenden uns mit unserer ganzen Kraft gegen die Wiederholung solcher Verbrechen. Der Pariser Vertrag ist jene Grundlage, die zu einer kriegesischen Politik Deutschlands zurückführt. Er sagt klar und unmißverständlich in seinem Artikel 4, Absatz 2:

„Die Bundesrepublik ist damit einverstanden, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden dürfen.“

Die Besatzungstruppen bleiben, ihre Vorrechte bleiben und auch die Notstandsklausel bleibt, mit deren Hilfe jedes Parlament hinweggefegt werden kann, das es wagen sollte, gegen die Pariser Verträge zu opponieren. Es bleibt dabei, daß es in der Hand der Besatzungsmächte liegt, zu bestimmen, wann der „Notstand“ eintritt und die Besatzungstruppen jene Handlungsfreiheit besitzen, um Ausnahmerechte für sich in Anspruch nehmen zu können. Diese Notstandsklausel ist eindeutig gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten der westdeutschen werktätigen Menschen gerichtet. Sie ist gegen die patriotischen

Kräfte gerichtet, die für die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes eintreten.

Die Behauptung von der Wiedererlangung der Souveränität Westdeutschlands ist unzutreffend. Im Artikel 2 des Pariser Vertrages heißt es wörtlich:

„Im Hinblick auf die internationale Lage behalten die drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung.“

Niemand wird behaupten können, daß damit etwa die Souveränität der Bundesrepublik anerkannt sei. Ganz im Gegenteil: gerade in den entscheidenden Lebensfragen der deutschen Nation, in der Frage der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung, behalten sich die Westmächte die Entscheidung vollkommen vor. Das aber steht im strikten und vollständigen Gegensatz zu den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes. Damit soll der westdeutschen Bevölkerung jede Möglichkeit genommen werden, sich über die Frage der friedlichen Wiedervereinigung mit der Deutschen Demokratischen Republik zu verständigen oder auf diesem Gebiet irgendeine Initiative zu ergreifen. Wenn es die westlichen Besatzungsmächte wünschen, so haben sie auf Grund dieser Artikel der Pariser Verträge die Möglichkeit, Vereinbarungen über die Wiedervereinigung Deutschlands in jedem Augenblick hinfällig zu machen. Das wollen sie! Das ist überhaupt der Sinn der Pariser Verträge: Die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und die Wiedervereinigung zu verhindern.

Über diese Absicht läßt auch die Regierungserklärung Adenauers vom 22. September keinen Zweifel mehr zu. Er erklärte:

„Deutschland ist ein Teil des Westens, seiner geistigen und sozialen Struktur, seiner geschichtlichen Tradition und nach dem Willen seiner Bevölkerung. Die Bundesregierung wird in Zukunft in ihren Bemühungen um die europäische Integration und die Verteidigung der Freiheit nicht nachlassen. Sie wird sie vielmehr verstärken. Auch an dieser Stelle möchte ich betonen, daß die Bundesregierung in der Integration Europas eine absolute Notwendigkeit sieht.“

Herr Adenauer überspringt damit die gesamte politische Entwicklung der letzten Monate und geht auf den Standpunkt der europäischen Teilung zurück. Mit dieser Erklärung und mit diesem erneuten Bekenntnis zu den Pariser Verträgen setzt

Herr Adenauer seinen Weg fort, der unter allen Umständen an der Wiedervereinigung Deutschlands vorbeiführt. Die Pariser Verträge und die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO verhindern die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands.

Angeblich will Herr Adenauer auch weiterhin die Wiedervereinigung. Aber er will sie für ganz Deutschland auf der Grundlage des NATO-Vertrages. Das ist heute ganz unmöglich geworden. Wenn Herr Adenauer an seinem Standpunkt festhält, übernimmt er die schwere Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands und wird in die Geschichte als der Träger der deutschen Spaltung eingehen. Nach den Verhandlungen in Moskau dürfte es der ganzen Welt klar sein, daß eine Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in die Organisation des Nordatlantikpaktes niemals mehr möglich ist. Jeder Versuch einer gewaltsamen Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in ein einseitiges westliches Kriegspaktsystem bedeutet Krieg. Eine solche Lösung gibt es nicht mehr.

Der einzige Weg für die Sicherheit der europäischen Völker und für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens ist die Schaffung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems. Wenn beide deutsche Staaten einem solchen europäischen System der kollektiven Sicherheit beitreten, wird die Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage möglich.

Für die Deutsche Demokratische Republik erinnere ich an meine Erklärung vom 12. August dieses Jahres vor der Volkskammer, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit ist, ihren Beitrag zur Schaffung eines solchen Systems der kollektiven Sicherheit zu leisten. Da noch kein gesamteuropäischer Vertrag über kollektive Sicherheit abgeschlossen ist und Bonn die Mitarbeit an einem solchen Vertrag heute noch ablehnt, wird die Deutsche Demokratische Republik nunmehr dazu übergehen, ihre Verpflichtungen entsprechend dem in Warschau geschlossenen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zu erfüllen. Der erste Schritt auf diesem Wege ist das auf der heutigen Tagesordnung stehende Gesetz zur Ergänzung der Verfassung.

Es ist nach den Verhandlungen und Abmachungen der beiden Teile Deutschlands in Moskau immer klarer geworden, daß für

jeden, der die Wiedervereinigung noch wünscht, nichts anderes übrigbleibt, als mit der Deutschen Demokratischen Republik zu verhandeln. Wer erkannt hat, daß der Weg der Wiedervereinigung mit Gewalt nicht zu erreichen ist — und das sollte nunmehr bald der letzte einsehen —, der weiß, daß man nur den Weg des Verhandelns gehen kann.

Die Politik der Stärke ist in Genf gestorben und in Moskau begraben. Es bleibt nur noch der eine erfolgreiche Weg, über beide deutsche Regierungen durch Verständigung und Verhandlungen an das Problem der Wiedervereinigung heranzukommen. Wir waren zu solchen Verhandlungen bereit, wir sind dazu bereit, und wir werden es immer sein.

Die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik ist nach der Unterzeichnung des Vertrages in Moskau vom 20. September 1955 eine vollendete Tatsache auf internationalem und nationalem Gebiet. Daran ändern die Rechtsverwahrungen aus Bonn nicht das geringste. Adenauers Rechtsverwahrung über die „endgültigen Grenzen Deutschlands“ und „über den gesamtdeutschen Vertretungsanspruch der Bundesrepublik“ ist durch die lapidare und völlig klare Antwort der Sowjetregierung in der bekannten TASS-Meldung erledigt. Die Sowjetregierung hat in dieser TASS-Meldung erklärt:

„1. Die Sowjetregierung betrachtet die Deutsche Bundesrepublik als einen Teil Deutschlands. Der andere Teil ist die Deutsche Demokratische Republik.

2. Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik erachtet es die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für erforderlich zu erklären, daß die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen entschieden ist und daß die Deutsche Bundesrepublik ihre Jurisdiktion auf dem Territorium wahrnimmt, das unter ihrer Souveränität steht.“

Keine noch so komplizierten völkerrechtlichen Darlegungen vermögen an diesem realen Zustand etwas zu ändern. Je eher Bonn diese lieb gewordenen Selbsttäuschungen aufgibt, desto eher kann die Gesamtfrage Deutschland vorwärtsgebracht werden.

In den Verhandlungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und in den Verhandlungen des Bundestages in der vorigen Woche hat die Frage der Kriegsverurteilten erneut eine große Rolle gespielt. Wenn ich auch heute hier noch einmal

auf diese Frage eingehe, so tue ich es nur, um der durch einen Teil der deutschen Presse geschürten Verwunderung ein Ende zu bereiten, daß unsere Delegation zu dieser Frage in Moskau nur kurz Stellung genommen hat. Bekanntlich hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in den letzten Jahren wiederholt Verhandlungen mit der Sowjetregierung über diese Frage geführt.

Bereits vor mehr als zwei Jahren kam es im Ergebnis von Verhandlungen, die am 22. August 1953 im Kreml stattgefunden hatten*, zu einer Vereinbarung, die kurz darauf zur Entlassung eines Teiles jener Kriegsverurteilten führte. In dieser Vereinbarung wurde folgendes festgelegt:

„Es werden nach einem festgesetzten Modus Maßnahmen getroffen, um die deutschen Kriegsgefangenen von der weiteren Abbüßung der Strafen zu befreien, zu denen sie für während des Krieges begangene Verbrechen verurteilt wurden. Hiervon ausgenommen sind Personen, die besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit begangen haben.“

Damit wird endgültig die Legende zerstört, daß Adenauer der erste Deutsche war, der in dieser Frage in Moskau aufgetreten sei. Wir haben in dieser Frage bereits seit Jahren still, selbstlos und erfolgreich gearbeitet, als Herr Adenauer noch bis über beide Ohren in seiner maßlosen Hetze über die sogenannte Kriegsgefangenenfrage steckte. Nachdem in den seither verflossenen zwei Jahren noch verschiedentlich weitere Besprechungen über diese Frage stattgefunden hatten, ist im Juli dieses Jahres aus Anlaß des Aufenthaltes Bulganins und Chruschtschows in Berlin das Gespräch weitergeführt worden.

In dem über diese Besprechung veröffentlichten Bericht heißt es:

„Auf Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fand ein Meinungsaustausch über den verbliebenen Teil der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen statt, die eine Strafe für von ihnen gegen das Sowjetvolk begangene Verbrechen verbüßen. Es wurde beschlossen, die Erörterung dieser Frage unter Berücksichtigung der Wünsche der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fortzusetzen.“

Im Anschluß an diese Besprechungen hat inzwischen noch ein weiterer Meinungsaustausch zwischen den Regierungen der

* siehe Band I, Seite 276

Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion stattgefunden. Ausgehend davon hat sich unser Präsident Wilhelm Pieck am 31. August dieses Jahres an das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gewandt*, in dessen Kompetenz die endgültige Entscheidung dieser Frage fällt. Der Präsident begründete seine offizielle Stellungnahme mit dem Hinweis darauf, „daß seit der Beendigung des Krieges mehr als 10 Jahre vergangen sind“.

In der Sowjetunion befinden sich nach den letzten Angaben noch 9626 Kriegsverurteilte. Von diesen sind eine große Zahl der ungeheuerlichsten Verbrechen und Massenmorde begangen worden. Dazu kommt, daß die Verherrlichung der Kriegsverbrecher in Westdeutschland und die dort betriebene Hetze zur Wiederholung dieser Verbrechen der Sowjetregierung die Entscheidung nicht erleichtern. Wenn nun das Präsidium des Obersten Sowjets dem Ersuchen dennoch stattgibt, so ist das vor allem unserem Präsidenten Wilhelm Pieck zu danken, der in seiner ganzen 60jährigen Tätigkeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung unermüdlich gegen Militarismus und Kriegsverbrechen gekämpft und sich damit in der ganzen Welt großes Vertrauen und Ansehen erworben hat. Die Regierung wird die bisherige Friedenspolitik konsequent fortführen und es nicht zulassen, daß jemals wieder das deutsche Volk in neue Kriegsverbrechen hineingezerzt wird. Soviel zu dieser Frage. Im übrigen lehnen wir es ab, daß die Angelegenheit von 9626 Kriegsverurteilten so behandelt wird, als hänge davon das Schicksal von 65 Millionen deutscher Menschen ab.

Die Frage der Kriegsverurteilten ist nur so zu beurteilen, wie es Chruschtschow in unseren Verhandlungen getan hat, als er sagte:

„Aber die Zeit vergeht und die Menschen ändern sich. Einige ändern sich nach der guten Seite und andere nach der schlechten. Die Mehrzahl der Menschen ändert sich jedoch nach der guten Seite. Wir sind deshalb der Ansicht, daß man die Bitte um vorfristige Freilassung dieser Menschen erfüllen kann. Wir ziehen in Betracht, daß sie ihre Verwandten und Angehörigen haben, die sie als Väter, Söhne, Männer und Brüder erwarten. Wir verstehen, daß man diese menschlichen Gefühle achten muß. Diese Menschen haben

* siehe Nr. 84

bereits eine erhebliche Haftzeit hinter sich, und wir hoffen, daß sie sich bessern, daß sie die Hochherzigkeit der Sowjetregierung richtig werten und nach ihrer Freilassung in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion nicht von dem Gefühl des Hasses ausgehen werden.“

Die Deutsche Demokratische Republik hat seit ihrem Bestehen unverbrüchliche Freundschaft zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gepflegt. Das entspricht den nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes. Durch den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand sind unsere beiden Staaten bereits in einem Bündnissystem vereint, das den politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen der beteiligten Staaten gerecht wird.

Nun ist die Zeit gekommen, der Erweiterung und Vertiefung unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit und allen übrigen Beziehungen zwischen unseren Staaten eine endgültige staatsrechtliche Form zu geben. Die Verhandlungen und Beschlüsse von Moskau sind ein Vorgang von wahrhaft historischer Bedeutung. Der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR ist ein Friedenswerk, ein wirkliches Werk der Freundschaft. Seine sieben Artikel zeugen in ihrer prägnanten Form von der Existenz aller Voraussetzungen, die für das politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenwirken beider Staaten gegeben sind.

Die Genfer Konferenz der vier Großmächte sowie die Verhandlungen der Sowjetregierung mit einer Regierungsdelegation der Deutschen Bundesrepublik und die Beratungen zwischen der Regierung der UdSSR und einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik haben in bezug auf die Wiedervereinigung Deutschlands eine reale Tatsache erkennen lassen. Es ist die Tatsache, die vor der ganzen Welt eindeutig festgestellt wurde, daß allein die Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit der Weg ist, der zur friedlichen und demokratischen Einheit Deutschlands führen kann. Eine Wiedervereinigung Deutschlands unter den Pariser Verträgen ist gänzlich unmöglich. Die einseitigen Militärverträge von Bonn verbarrikadieren die Einheit Deutschlands. Darum ist die Frage der Sicherheit in Europa die erste und entscheidende Frage.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Entscheidung, daß zwischen der Sowjetunion und der

Deutschen Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufgenommen werden sollen. Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß auch durch diesen Beschluß der Verständigungswille der Deutschen untereinander gestärkt wird.

Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Frage der Deutschen selbst. Ein Beschluß der vier Großmächte über die Wiedervereinigung wird erst dann für das friedliche Leben des deutschen Volkes und der Völker der Welt wirklich wertvoll, wenn er auch die völlige Übereinstimmung und Zustimmung der Deutschen aus beiden Teilen Deutschlands voraussetzen kann. Es ist darum völlig klar, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ohne die entscheidende Mitwirkung der Deutschen selbst nicht fruchtbar gelöst werden kann.

Der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Ihnen heute hier vorliegt, regelt die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Basis völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Dementsprechend ist die Deutsche Demokratische Republik völlig frei in ihrer Innen- und Außenpolitik. Das gilt natürlich auch für die Beziehungen zu Westdeutschland. Unsere Souveränität schließt die Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik sowie der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten ein. Es gibt keine Begrenzung für unsere Eigenstaatlichkeit. Zweifellos wird der Vertrag auf diesem Gebiet bedeutende Auswirkungen haben.

Artikel 2 unseres Vertrages enthält die Erklärung der beiderseitigen Bereitschaft, im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen teilzunehmen, deren Ziel die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt ist und die mit den Grundsätzen der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen übereinstimmt. Hier zeigt sich der Charakter des Vertragswerkes als eines echten Friedenswerkes. Wir werden uns gegenseitig über alle wichtigen internationalen Fragen beraten, die die Interessen beider Staaten berühren, und wir werden alle zu Gebote stehenden Maßnahmen ergreifen mit dem Ziel, eine Verletzung des Friedens nicht zuzulassen.

Eine Zielsetzung für die Zukunft sind die Bestimmungen in Artikel 3, die für die weitere Entwicklung der bestehenden wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen zwischen beiden Ländern von weitreichender Bedeutung sind.

In Artikel 4 des Vertrages ist festgelegt, daß sowjetische Truppen zeitweilig in der Deutschen Demokratischen Republik verbleiben, ohne daß sie sich in die inneren Angelegenheiten unseres Staates einmischen. Zweifellos würde die Sowjetunion auch ihre Truppen aus Deutschland zurückziehen, wenn die Westmächte ihrerseits dazu bereit wären.

Bekanntlich sah der Österreichische Staatsvertrag den Abzug aller ausländischen Truppen vor, der sowjetischen ebenso wie der westlichen. Aber in Deutschland haben die Westmächte bisher den Abzug der Truppen und die Liquidierung der Militärstützpunkte abgelehnt, obwohl von sowjetischer Seite seit 1949 entsprechende Vorschläge gemacht werden. Nach dem Abschluß der Pariser Verträge erstreckt sich der aggressive Atlantikblock bis an die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik. Es wäre nicht im Interesse des Friedens, wenn dem westdeutschen Militarismus auch nur der Anschein einer Chance gegeben würde. Deshalb ist es notwendig — und die Regierung hat dem zugestimmt —, daß die sowjetischen Truppen in unserem Lande auf Friedenswacht bleiben, bis sich auch die Westmächte zum Abzug ihrer Truppen und zur Auflösung ihrer Militärstützpunkte in Westdeutschland bereitfinden. Also auch die beschleunigte Abziehung aller Besatzungstruppen aus Deutschland setzt die Beseitigung der Pariser Verträge voraus, da diese Verträge eine Besatzungsdauer von 50 Jahren vorsehen.

Eine Zielsetzung von wahrhaft historischer Bedeutung enthält Artikel 5 des Vertrages, der besagt, daß es das Hauptziel zwischen den Vertragschließenden Seiten ist, auf dem Wege entsprechender Verhandlungen eine friedliche Regelung für ganz Deutschland herbeizuführen. In Übereinstimmung hiermit sollen die erforderlichen Anstrengungen für eine friedensvertragliche Regelung und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage unternommen werden.

In Artikel 6 wird schließlich bestimmt, daß der Vertrag bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat oder bis zu einem

beiderseitigen Übereinkommen über die Änderung oder Außerkraftsetzung des Vertrages Gültigkeit hat.

Nach Artikel 7 bedarf der Vertrag der Ratifizierung und tritt in Kraft am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in nächster Zeit in Berlin erfolgen soll.

Der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR ist ein Friedenswerk, das die nationalen Interessen des deutschen Volkes in tiefer Weise beeinflußt.

Er ist eine große Hilfe für die Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, eine Hilfe zur Stärkung der Kräfte in Deutschland, die für die demokratische Einheit des Vaterlandes kämpfen. In diesem Zusammenhang ist auch der Beschluß der Sowjetregierung, das Amt des Hohen Kommissars abzuschaffen und die Gesetze und Direktiven des Alliierten Kontrollrates für die Deutsche Demokratische Republik als außer Kraft gesetzt zu betrachten, als eine Entscheidung der Sowjetregierung zur Unterstreichung der Realität einer uneingeschränkten Souveränität unseres Staates zu würdigen. Wie Ihnen aus der Presse bekanntgeworden ist, besteht neben dem Vertragswerk ein Briefwechsel zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik über die Bewachung und Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik, am Außenring von Groß-Berlin, in Berlin sowie auf den im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegenden Verbindungen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin.* In Bonn und in der Westpresse hat man diese aus dem Geiste des Vertrages selbstverständliche Regelung zum Anlaß genommen, einen großen Wirbel zu schlagen und alle möglichen Verdächtigungen zu konstruieren. Der Verkehr zwischen Westdeutschland und Westberlin ist eine deutsche Angelegenheit, und danach wird verfahren. Alle Spekulationen, Vermutungen und Verdächtigungen sind grundlos. Insbesondere sind alle Denunziationen von Bonn über die angebliche Erschwerung des Verkehrs für die in Berlin stationierten Truppen der Westalliierten und die Ausübung dieser Kontrolle durch die Regierung der

* siehe Nr. 95

Deutschen Demokratischen Republik vollkommen haltlos. In Punkt 2 des hier erwähnten Schreibens heißt es ausdrücklich:

„Die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und -gütern der in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Englands und der USA zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin wird zeitweilig bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens vom Kommando der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland ausgeübt.

Dabei wird der Verkehr des Truppenpersonals und der -güter der Garnisonen der drei Westmächte in Westberlin auf der Grundlage der bestehenden Vier-Mächte-Beschlüsse zugelassen.“

Die Beratungen unserer Regierungsdelegation in Moskau und ihre Ergebnisse sind ein weiterer großer Vertrauensbeweis der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Völker der Sowjetunion in die Politik des Friedens und der Völkerverständigung, die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom ersten Tage ihres Bestehens an verwirklicht worden ist. Das Vertragswerk von Moskau ist ein historisches Dokument. Sein Abschluß war nur möglich zwischen zwei Staaten, in denen die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz die Macht besitzt. Deshalb auch ist der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR völlig anderer Art als die Verträge, die die Bonner Regierung mit den Westmächten eingegangen ist und die die Souveränität der Bundesregierung weitgehend einschränken.

Unser Vertrag entspricht dagegen der vorwärtsdrängenden gesellschaftlichen Entwicklung in der gegenwärtigen Periode, in der die Wahrung der Volksinteressen auf die Arbeiterklasse als die führende Kraft übergegangen ist. In unserer Republik wird nach dem Willen des gesamten werktätigen Volkes eine Politik des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts gemeinsam von der Volkskammer, von der Regierung und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland durchgeführt. Aus dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und aus den in Moskau geführten Verhandlungen erwächst für uns alle die Gewißheit, daß die Errungenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik und die

Grundlagen des Sozialismus in unserem Staate für alle Zukunft gesichert sind und niemals preisgegeben werden. Sie erleichtern die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, weil sie den fortschrittlichen Kräften im Westen Ansporn und Mut im gemeinsamen Kampf um die Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage geben.

Wir rufen deshalb von dieser Stelle das ganze deutsche Volk auf, gemeinsam die Anstrengungen zu verstärken, damit allen Widerständen zum Trotz das große Werk vollendet wird: Wiederherstellung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands. Mehr als zuvor gilt die Losung: „Deutsche an einen Tisch!“

Mehr als je zuvor ist aus unseren Verhandlungen aber auch klar hervorgegangen, daß die Stärkung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Volke und den Völkern der Sowjetunion von großer Bedeutung für die Zukunft sind, da sie im Interesse unserer beiden Völker und der europäischen Völker liegen. Einer der besten und herzlichsten Freunde der Sowjetunion in ganz Deutschland ist unser Staatspräsident Wilhelm Pieck. Genosse Wilhelm Pieck hat das Wort geprägt: „Wir müssen die Sache der deutsch-sowjetischen Freundschaft zu einer Herzenssache des deutschen Volkes machen.“ Die Entwicklung hat uns gezeigt, wie wahr dieses Wort für unser Volk ist. Wir sind auch der Auffassung, daß unseren freundschaftlichen Beziehungen zwei Prinzipien zugrunde liegen müssen:

Unsere beiden Völker streben gesellschaftliche Beziehungen an, die große und weite Perspektiven in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen verlangen. Unsere Beziehungen brauchen darum eine weite Sicht. Wir müssen dafür sorgen, daß die weitere Entwicklung unserer freundschaftlichen Beziehungen für alle Zeiten gilt und daß sie unverbrüchlich ist. Das kann man nur erreichen, wenn die deutsch-sowjetische Freundschaft wirklich zu einer Herzenssache des deutschen Volkes wird.

Ich bitte die Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, dem am 20. September 1955 in Moskau unterzeichneten Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gemäß Artikel 63 unserer Verfassung ihre Zustimmung zu erteilen.

(Neues Deutschland, Berlin 27. 9. 55)

**Glückwunschsreiben des Vorsitzenden des Ministerrates
der UdSSR, N. A. Bulganin,
an Ministerpräsident Otto Grotewohl anlässlich der Ratifizierung
des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen
Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken**

Teurer Genosse Ministerpräsident!

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat auf Vorschlag der Regierung der Sowjetunion den am 20. September 1955 in Moskau unterzeichneten Vertrag über die Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik ratifiziert.

Wir begrüßen es von Herzen, daß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik diesen Vertrag ebenfalls einmütig gebilligt hat. Damit tritt der Vertrag in Kraft, und die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten haben nunmehr eine neue, feste Basis erhalten, die den ureigensten Interessen des deutschen Volkes und des Sowjetvolkes entspricht. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieser Vertrag in entscheidendem Maße die weitere Entwicklung der engen Zusammenarbeit und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fördern wird. Wir sind auch davon überzeugt, daß die Vereinigung der Anstrengungen unserer beiden Länder zur Mitwirkung an der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa einen wichtigen Beitrag zum historischen Werk der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat darstellt.

Nehmen Sie, Genosse Ministerpräsident, die herzlichsten Glückwünsche der Sowjetregierung und die besten Wünsche für weitere Erfolge und für das Gedeihen der Deutschen Demokratischen Republik sowie des ganzen deutschen Volkes entgegen.

gez. N. A. Bulganin
Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR

4. Oktober 1955

Antwortschreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

Teurer Genosse Vorsitzender des Ministerrates!

Gestatten Sie mir, Ihnen für Ihre Glückwünsche zum Inkrafttreten des am 20. September 1955 in Moskau unterzeichneten Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufrichtig zu danken.

Der Vertrag ist von außerordentlicher Bedeutung für die weitere Festigung und Entwicklung der zwischen unseren beiden Staaten bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und wird unsere Zusammenarbeit immer enger gestalten. Das Ziel unserer Zusammenarbeit auf internationalem Gebiet ist, die Schaffung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa zu fördern und alle uns zu Gebote stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verletzung des Friedens nicht zuzulassen. Das entspricht den nationalen Interessen des deutschen Volkes um so mehr, als die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa die erste Voraussetzung dafür ist, die europäischen Völker und das deutsche Volk selbst vor dem in Westdeutschland wiedererstehenden deutschen Militarismus zu schützen und so den Weg zu der von den Pariser Verträgen versperrten Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage frei zu machen.

Am Vorabend des sechsten Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Ihnen, Genosse Vorsitzender des Ministerrates, für Ihre hochherzige Mitwirkung beim Zustandekommen dieses historischen Vertragswerkes den Dank aller friedliebenden Deutschen zu übermitteln und Ihnen und dem ganzen Sowjetvolk weitere Erfolge im großen Aufbauwerk des Sozialismus zu wünschen.

O. Grotewohl

Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik

(ADN 6. 10. 55)

**Telegrammwechsel zwischen den Ministern für Auswärtige
Angelegenheiten W. M. Molotow und Dr. Bolz anlässlich der
Ratifizierung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der
Deutschen Demokratischen Republik und der
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**

Werter Genosse Minister!

Zur Ratifizierung des am 20. September 1955 unterzeichneten Vertrages über die Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik durch das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik bitte ich Sie, meine aufrichtigsten Glückwünsche entgegenzunehmen.

Gestatten Sie, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß das Inkrafttreten dieses Vertrages, der den nationalen Interessen des deutschen und des sowjetischen Volkes entspricht, zur weiteren Festigung der Deutschen Demokratischen Republik als eines unabhängigen demokratischen Staates führt und gleichzeitig eine neue Etappe in der Entwicklung der Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten zum Wohle des Friedens und der internationalen Sicherheit einleitet.

W. Molotow

Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR

Werter Genosse Minister!

Für die mir übersandten Glückwünsche aus Anlaß der einmütigen Zustimmung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu dem am 20. September 1955 unterzeichneten Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie der Ratifizierung dieses Vertrages durch das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bitte ich Sie, meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen.

Die in dem Vertrag bestätigte uneingeschränkte Freiheit der Deutschen Demokratischen Republik auch auf dem Gebiet der Außenpolitik ist für uns gleichbedeutend mit dem weiteren Ausbau unserer bisherigen Außenpolitik, deren festes und unerschütterliches Fundament die aufrichtige und herzliche Freundschaft mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

bildet. Der Vertrag wird uns dazu dienen, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen und damit die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat zu fördern.

Dr. Lothar Bolz

Minister für Auswärtige Angelegenheiten

(ADN 6. 10. 55)

103.

Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Berlin

Am 6. Oktober 1955 vollzogen der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, in Berlin im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten den Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem am 20. September 1955 in Moskau unterzeichneten Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 26. September 1955 zustimmte und der am 3. Oktober 1955 vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt und vom Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ratifiziert wurde. Dem Austausch wohnten bei: Von deutscher Seite der Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates, Staatssekretär Dr. Fritz Geyer, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Georg Handke, die Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Martin Bierbach, Peter Florin, Botschafter Fritz Grosse, Richard Gyptner, Botschafter Anne Kundermann, Wilhelm Meißner und Kurt Prenzler; von sowjetischer Seite die Botschaftsräte J. P. Pitowranow und S. T. Astawin, der Stellvertreter der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, J. S. Medwedkow, die Ersten Sekretäre K. N. Kulikow, S. M. Sergejew, die Zweiten Sekretäre G. M. Akopow, B. P. Chotulew, B. T. Bazanow und der Attaché I. A. Kotomkin. (ADN 6. 10. 55)

**Schreiben des Vorsitzenden des Unionssowjets und des
Nationalitätensowjets vom 19. September 1955 an den
Präsidenten der Volkskammer Dr. h. c. Johannes Dieck-
mann zum Delegationsaustausch zwischen den Parla-
menten der UdSSR und der Deutschen Demokratischen
Republik**

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nimmt mit tiefster Befriedigung und Dankbarkeit die Einladung des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an, eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR in die Deutsche Demokratische Republik zu entsenden, und betrachtet diese Einladung als Ausdruck der aufrichtigen, tiefen und unverbrüchlichen Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern.

Wir sind unsererseits erfreut, Ihnen die Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR, eine Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in die Sowjetunion zu entsenden, zu übermitteln.

Wir sind überzeugt, daß der Besuch der Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik und der Besuch der Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR ein wichtiger Beitrag zur weiteren Festigung der engen Zusammenarbeit und der Freundschaft zwischen unseren Ländern sein werden.

Die Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR könnte die Deutsche Demokratische Republik im November/Dezember dieses Jahres besuchen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns einen für Sie annehmbaren Zeitpunkt für die Ankunft unserer Delegation mitteilen würden.

Mit freundschaftlichem Gruß

Vorsitzender des Unionssowjets
des Obersten Sowjets der UdSSR
A. Wolkow

Vorsitzender des Nationalitätensowjets
des Obersten Sowjets der UdSSR
W. Lazis

(ADN 20. 9. 55)

**Erlaß des Obersten Sowjets der UdSSR:
Kriegsverurteilte werden repatriiert**

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat das Ersuchen des Präsidenten und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. Juli dieses Jahres* sowie das Ersuchen der Regierung der Deutschen Bundesrepublik geprüft, die deutschen Staatsbürger, die wegen ihrer während des Krieges gegen die Völker der Sowjetunion begangenen Verbrechen Strafen verbüßen, vorzeitig freizulassen und zu repatriieren.

Nach Abschluß der Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland verblieben nach dem Stande vom 1. September dieses Jahres auf dem Territorium der Sowjetunion 9626 ehemalige deutsche Kriegsgefangene und deutsche Bürger, die von sowjetischen Gerichten wegen ihrer Verbrechen verurteilt worden waren. In Anbetracht dessen, daß seit Beendigung des Krieges über zehn Jahre vergangen sind und daß die wegen ihrer kriminellen Handlungen verurteilten Kriegsverbrecher einen bedeutenden Teil der Strafe bereits verbüßt haben, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verfügt:

1. 8877 deutschen Bürgern die weitere Verbüßung ihrer Strafen zu erlassen und sie entsprechend ihrem Wohnsitz in die Deutsche Demokratische Republik oder in die Deutsche Bundesrepublik zu entlassen;
2. 749 deutsche Bürger entsprechend ihrem ständigen Wohnsitz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beziehungsweise der Regierung der Deutschen Bundesrepublik als Kriegsverbrecher zu übergeben, weil es das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR in Anbetracht der Schwere der von diesen Personen gegen das Sowjetvolk verübten Verbrechen nicht für möglich erachtet hat, sie vorzeitig freizulassen.

(ADN 29. 9. 55)

* siehe Nr. 77 und 84

**Regierungsdelegation der UdSSR anlässlich
der Feierlichkeiten zum 6. Jahrestag der Gründung
der Deutschen Demokratischen Republik
vom 5. bis 9. Oktober 1955 in Berlin**

106.

Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld

Zur Teilnahme an den Feierlichkeiten aus Anlaß des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik traf am 5. Oktober 1955 eine sowjetische Regierungsdelegation unter Leitung des Mitgliedes des Präsidiums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, M. A. Suslow, auf dem Flugplatz Schönefeld ein. Ihr gehören ferner an: der Minister für Chemische Industrie S. M. Tichomirow und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin. Die sowjetische Regierungsdelegation wurde von Ministerpräsident Otto Grotewohl, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, und dem Ersten Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, Hermann Matern, herzlich begrüßt.

Zum Empfang der Gäste hatten sich weiter der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch und Paul Scholz eingefunden. Ferner waren erschienen Mitglieder des Politbüros des ZK der SED, die Mitglieder des Ministerrates der DDR, die Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Generale und Offiziere der Deutschen Volkspolizei und der Kasernierten Volkspolizei, Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, die Mitglieder des Diplomatischen Korps sowie Vertreter des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik.

Auf dem Flugplatz war eine Ehrenkompanie der Kasernierten Volkspolizei angetreten. Ein Musikzug intonierte, nachdem die sowjetische Delegation das Flugzeug verlassen hatte, die Staats-

hymne der UdSSR und die Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik. Der Kommandeur der Ehrenkompanie meldete M. A. Suslow die Losung des Tages: „Für feste und unverbrüchliche Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und dem deutschen Volk.“

Nach der Begrüßung der sowjetischen Regierungsdelegation schritten M. A. Suslow und Otto Grotewohl die Front der Ehrenkompanie ab.

Begrüßungsworte M. A. Suslows

Genosse Ministerpräsident, Genossen und Freunde!
Gestatten Sie mir, Ihnen für den herzlichen, freundschaftlichen Empfang zu danken, der der sowjetischen Regierungsdelegation erwiesen wurde, und herzliche, brüderliche Grüße des sowjetischen Volkes an die Bewohner Ihrer Hauptstadt — Berlin — und an die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu übermitteln. Unsere Delegation ist nach Berlin gekommen, um zusammen mit Ihnen einen bedeutsamen Tag zu feiern, den sechsten Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, um die Erfolge Ihres Volkes beim Aufbau eines neuen, freien, friedliebenden und demokratischen Deutschlands zu feiern.

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik gute, freundschaftliche Beziehungen hergestellt wurden, die mit jedem Jahr mehr erstarken. Diese Tatsache hat gewaltige Bedeutung für die weitere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unserer Länder sowie für die Festigung des Friedens in der ganzen Welt.

Festigen wir auch weiter die Freundschaft zwischen unseren Ländern, wie das die Lebensinteressen unserer Völker erfordern.

Nochmals vielen Dank für den herzlichen Empfang.

(Neues Deutschland, Berlin 6. 10. 55)

107.

Präsident Wilhelm Pieck empfängt die Regierungsdelegation der UdSSR

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, empfing am 5. Oktober 1955 in seinem Amtssitz

Schloß Niederschönhausen den Leiter der Regierungsdelegation der UdSSR zu den Feierlichkeiten anläßlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, M. A. Suslow, sowie die Mitglieder der Delegation S. M. Tichomirow, Minister für Chemische Industrie, und G. M. Puschkin, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik.

Bei dem Empfang waren zugegen: Ministerpräsident Otto Grotewohl und der Erste Sekretär des ZK der SED und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht.

(ADN 5. 10. 55)

108.

Rede des Mitgliedes des Präsidiums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, M. A. Suslow, auf dem Staatsakt anläßlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in der Berliner Staatsoper am 6. Oktober 1955

Teure Genossen und Freunde!

Gestatten Sie mir, Sie und in Ihrer Person die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die werktätige Intelligenz der Deutschen Demokratischen Republik im Namen und im Auftrage des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Ministerrates der UdSSR und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion anläßlich des 6. Jahrestages der Gründung Ihrer Republik zu begrüßen und dem ganzen deutschen Volk die herzlichen und freundschaftlichen Glückwünsche des Sowjetvolkes zu übermitteln.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein wichtiges Ereignis im Leben des deutschen Volkes. Sie ist der Beweis dafür, daß das deutsche Volk nach jahrelangem Kampfe den wahren Weg zur Demokratie und Freiheit, den richtigen Weg zum Frieden, zur Freundschaft und zur Zusammenarbeit mit anderen Völkern gefunden hat.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik leitete eine neue historische Epoche in der Entwicklung Deutschlands ein — eine Epoche, die die Ergebnisse eines lange währenden, mutigen Kampfes und die Bestrebungen der Werktätigen und aller fortschrittlichen Menschen Deutschlands verkörpert.

Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands hat das deutsche Volk in der Deutschen Demokratischen Republik unter der Führung der Arbeiterklasse die Macht in seine Hände genommen und seine Vertreter — Arbeiter, Bauern und die fortschrittliche Intelligenz — zur Leitung des Staates berufen.

Im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und in Zusammenarbeit mit der Intelligenz hat die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik tiefgreifende sozial-ökonomische Umgestaltungen vollzogen und mit dem planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus begonnen. In der Deutschen Demokratischen Republik sind die ökonomischen und politischen Grundlagen des deutschen Militarismus beseitigt, und es wurde eine neue demokratische Gesellschaftsordnung geschaffen, eine Ordnung, die unbegrenzte Möglichkeiten für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt Deutschlands, für das allseitige Wachstum der schöpferischen Kräfte des großen, sehr begabten und fleißigen deutschen Volkes bietet.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der wahre Vertreter des deutschen Volkes. Unter Leitung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verwalten die Vertreter der Arbeiter und Bauern im Namen ihres Volkes die Volkswirtschaft, die Fabriken und Werke selbst. Die Bauern der Deutschen Demokratischen Republik erhielten durch die Bodenreform über drei Millionen Hektar Boden und begannen mit der demokratischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Es steigt die Zahl der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der Maschinen-Traktoren-Stationen, die die Arbeit des Bauern bedeutend erleichtern und seinen Wohlstand und sein kulturelles Niveau heben.

Die Deutsche Demokratische Republik hat in ihrer Entwicklung auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus bereits bedeutende Erfolge erzielt. Die Bruttoproduktion des sozialistischen Sektors in der Industrie beträgt 85 Prozent. Der Umfang der Industrieproduktion beträgt — gegenüber der Vorkriegszeit — über 180 Prozent. In den Jahren des ersten Fünfjahrplanes hat der Staat etwa 22 Milliarden Mark in der Volkswirtschaft investiert.

Der Außenhandelsumsatz der Deutschen Demokratischen Republik wächst in raschem Tempo. Gegenwärtig unterhält die Deutsche Demokratische Republik mit über 70 Ländern Handelsbeziehungen.

Die Arbeiter-und-Bauern-Regierung sorgt sich ständig um den Wohlstand des Volkes. In der Zeit von 1950 bis 1954 wurden 15 große Preissenkungen für Lebensmittel und Massenbedarfsartikel der Industrie durchgeführt. Unablässig steigt der Wohlstand der werktätigen Massen. In der Republik werden der Wohnungsbau und der Aufbau für kulturelle Zwecke immer mehr erweitert.

Die fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt verfolgen mit großer Sympathie und Aufmerksamkeit, wie die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik ihren demokratischen Staat aufbauen. Der Aufbau des Sozialismus, der sich die Schaffung eines glücklichen Lebens für alle körperlich und geistig Schaffenden, für das ganze Volk zum Ziel setzt, ist keine leichte Sache. Er verlangt eine allseitige Entwicklung der Produktivkräfte und eine unablässige Steigerung der Arbeitsproduktivität. Um so angenehmer und erfreulicher ist es, zu sehen, wie die Arbeiter, die Bauern und die Intelligenz der Deutschen Demokratischen Republik durch ihre selbstlose schöpferische Arbeit unter Überwindung unvermeidlicher zeitweiliger Schwierigkeiten immer neue Erfolge auf allen Gebieten der Volkswirtschaft und bei der Entwicklung der nationalen Kultur erzielen. Das Bewußtsein, daß die Arbeit nicht der Bereicherung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer dient, wie dies in den kapitalistischen Ländern der Fall ist, sondern dem eigenen Staat, der Sicherung der eigenen Bedürfnisse, begeistert jeden ehrlichen Werktätigen.

Die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik sind das Ergebnis der richtigen Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das Ergebnis der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, die sich auf der Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf für Frieden und Freiheit, für den Aufschwung der Wirtschaft und die Entwicklung der Kultur im Interesse der Werktätigen vereinigt haben. Die gemeinsame Tätigkeit der in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Organisationen hat eine große Rolle bei der Erzielung der Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik und bei der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen des deutschen Volkes zu anderen Völkern gespielt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die fruchtbringende Tätigkeit der Nationalen Front auch künftig von großer Bedeutung für die Deutsche Demokratische Republik sein wird.

Die Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik — eine Politik des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern — entspricht vollauf den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes. Dank dieser Politik hat die Deutsche Demokratische Republik in den vergangenen sechs Jahren eine starke internationale Autorität und das Vertrauen der Völker errungen. Länder, in denen etwa eine Milliarde Menschen leben, erkennen heute die Deutsche Demokratische Republik als einen souveränen und unabhängigen Staat an und unterhalten zu ihr Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Achtung der gegenseitigen Interessen.

Besonders enge Beziehungen hat die Deutsche Demokratische Republik mit der Sowjetunion hergestellt. Die Sowjetunion ist stets ein aufrichtiger Freund der Deutschen Demokratischen Republik gewesen und hat ihr ständig Hilfe bei der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung geleistet. Das erklärt sich dadurch, daß die Sowjetunion fest an die Deutsche Demokratische Republik und ihre demokratische Entwicklung im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit glaubt.

Die kürzlich zwischen den Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossenen Verhandlungen, die im Geiste aufrichtiger Freundschaft und Herzlichkeit verliefen, haben zum Abschluß des „Vertrages über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik“ geführt.* Dieser Vertrag leitet eine neue historische Etappe in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik ein, Beziehungen, die auf der völligen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen.

Die Deutsche Demokratische Republik begeht ihren 6. Jahrestag frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik, in der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Völkern und Staaten einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik. Wir pflichten voll und ganz den Worten des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Wilhelm Pieck, bei, die er am 22. September beim Empfang der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik sagte, und begrüßen sie: „Die so gewonnene

* siehe Nr. 94

volle innen- und außenpolitische Handlungsfreiheit wird der freie deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat benutzen, um mit aller Kraft zur Sicherung des Friedens in Europa beizutragen und für die Verständigung der Deutschen untereinander zu wirken.“

Es gibt keinen Zweifel daran, daß der in Moskau abgeschlossene Vertrag zur Festigung und zur weiteren Entwicklung der zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik bereits bestehenden guten freundschaftlichen Beziehungen, zu einer engen und allseitigen Zusammenarbeit beitragen wird.

Der Vertrag ist ein wichtiger Faktor bei der Erhaltung und Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, er wird zur weiteren Entspannung in der internationalen Lage und damit zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat sowie zu einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland beitragen.

Bekanntlich wurde durch die Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte eine gewisse Minderung der internationalen Spannungen erreicht, was von allen Völkern der Welt mit großer Befriedigung aufgenommen wurde. Nach Genf trägt die Sowjetunion durch alle ihre Handlungen zur Festigung und Weiterentwicklung der erreichten Milderung in den Spannungen bei. In diesem Zusammenhang muß auf solche wichtigen Schritte von großer internationaler Bedeutung hingewiesen werden wie den Beschluß der Sowjetregierung, den Bestand der sowjetischen Streitkräfte um 640 000 Mann zu kürzen, sowie auf das durch die Initiative der Sowjetregierung abgeschlossene sowjetisch-finnische Abkommen über die Liquidierung des Militärstützpunktes in Finnland im Gebiet von Porkkala-Udd. Die Völker erwarten, daß auch die anderen Teilnehmer an der Genfer Konferenz ebensolche Schritte in Richtung auf die Minderung der internationalen Spannungen unternehmen.

In der nächsten Zeit werden die Außenminister der vier Mächte in Genf zusammenkommen, um entsprechend dem Auftrag der Regierungschefs die Erörterungen von überaus wichtigen internationalen Fragen fortzusetzen und Beschlüsse zu fassen, die die Festigung des Friedens und die Sicherheit der Völker zum Ziele haben. Zu solchen internationalen Problemen, die die Völker aller Länder bewegen, gehören vor allem die Frage der Abrüstung, des Verbots der Atom- und anderer Massenvernich-

tungswaffen, die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit.

Einige Politiker westlicher Staaten propagieren im Zusammenhang mit der bevorstehenden Genfer Konferenz verstärkt die Meinung, der Erfolg dieser Konferenz hänge von der Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ab.

Bei aller Wichtigkeit dieser Frage, die die Sowjetregierung stets unterstrich, können wir diesen Standpunkt nicht als richtig anerkennen.

Jeder klar denkende Mensch versteht, daß unter Bedingungen, da Westdeutschland Teilnehmer solcher militärischen Gruppierungen wie des Atlantikpaktes und der Westeuropäischen Union geworden ist und mit der Remilitarisierung begonnen hat, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ernstlich kompliziert wurde und jetzt nicht auf einfache Weise gelöst werden kann.

Allen ist bekannt, was für Organisationen die NATO und die Westeuropäische Union sind und wozu sie geschaffen wurden. Sie wurden nicht zur Festigung des Friedens geschaffen. Ihre Spitze ist gegen die Sowjetunion, die Länder der Volksdemokratie sowie gegen die nationale Befreiungsbewegung gerichtet. Ist es angesichts dieser Lage etwa vernünftig, zu erwarten, daß die Sowjetunion zur weiteren Festigung der NATO beiträgt, daß sie dazu beiträgt, daß nicht nur die Deutsche Bundesrepublik zur NATO gehört, sondern das ganze vereinigte militarisierte Deutschland, wie das die Organisatoren der NATO planen?

Die Außenminister dürfen auf der Genfer Konferenz nicht die Meinungsverschiedenheiten suchen, sie müssen die Annäherung der Standpunkte in den wichtigsten Fragen des gegenwärtigen internationalen Lebens suchen; zu solchen Fragen wie die Abrüstung, das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und die Gewährleistung der europäischen Sicherheit. Die Sowjetunion glaubt daran, daß bei gutem Willen und mit den Anstrengungen aller Konferenzteilnehmer Lösungen gefunden werden können und müssen, die der weiteren Minderung der internationalen Spannungen dienen, die dem Frieden für alle Völker nützen, darunter auch dem deutschen Volk, das nicht weniger als andere Völker am Frieden und an der Sicherheit interessiert ist. Was das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands anbetrifft, so erfordert dessen richtige Lösung, die den Interessen der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa sowie den Interessen des deutschen Volkes entspricht, Zeit, sie

erfordert, daß die entstandenen realen Bedingungen berücksichtigt werden.

Welches sind denn die realen Wege zur Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage unter den gegenwärtigen Bedingungen? Diese realen Wege bestehen in der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das zur Aufhebung der militärischen Gruppierungen und zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit in Europa, zur Herstellung des Vertrauens zwischen den Staaten und zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen den beiden bestehenden deutschen Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — führen soll. Die Sowjetunion ging stets davon aus, daß die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem Sache der Deutschen selbst ist. Dabei würde eine umfassende Zusammenarbeit auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik auf allen Gebieten des innerdeutschen Lebens die Lösung der Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands wesentlich fördern.

Es ist ganz offenkundig, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ohne Verständigung zwischen den Deutschen in West und Ost, ohne die Herstellung von Kontakten und Verbindungen, ohne eine Zusammenarbeit und ohne gemeinsame Bemühungen der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik auf der Grundlage einer friedlichen und demokratischen Politik gegenwärtig nicht gelöst werden kann.

Dies versteht man in der Deutschen Demokratischen Republik gut. Es ist notwendig, daß auch die herrschenden Kreise der Deutschen Bundesrepublik dies gut verstehen. Je eher das der Fall ist, um so mehr gewinnt die Sache der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage.

Gewisse Kreise im Westen müssen sich ein für allemal darüber klarwerden, daß besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen jeder Versuch, bei der Lösung der deutschen Frage die bankrotte „Politik der Stärke“ wiederaufleben zu lassen, irrational ist. Man muß endlich begreifen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands weder durch die „Politik der Stärke“ noch auf Kosten der Deutschen Demokratischen Republik zu

erreichen ist, denn es ist klar, daß die Werktätigen der DDR ihre demokratischen Errungenschaften nicht aufgeben und nicht gewillt sein werden, sich von neuem in das Joch der Kapitalisten und Junker einspannen zu lassen. Anders zu denken ist ein hoffnungsloser Irrtum: Zum Vergangenen gibt es keine Rückkehr!

Das Sowjetvolk ist bestrebt, gute, gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen mit dem ganzen deutschen Volke herzustellen. Es billigte die Vereinbarung über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik. Wir sind aufrichtig davon überzeugt, daß die Herstellung dieser Beziehungen zum Nutzen des deutschen Volkes und des Sowjetvolkes, zum Nutzen des Weltfriedens gereichen wird. Dabei versteht es sich, daß der Anspruch der Deutschen Bundesrepublik, ganz Deutschland zu vertreten, keinerlei Bedeutung haben kann. Während der Moskauer Verhandlungen wurde den Vertretern der Deutschen Bundesrepublik klipp und klar erklärt: Die Deutsche Bundesrepublik ist nur ein Teil Deutschlands und übt ihre Jurisdiktion auf dem Gebiet aus, das unter ihrer Hoheit steht. Der andere Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik. Die Deutsche Demokratische Republik ist durchaus kein „geographischer Begriff“. Nein, sie ist eine objektive, sehr wichtige Realität, die fest existiert, sich entwickelt, gedeiht und eine große Zukunft hat.

„Die Deutsche Demokratische Republik“, sagte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Genosse Chruschtschow, bei den Verhandlungen mit der Regierungsdelegation der Deutschen Bundesrepublik, „... das ist die Zukunft, das ist die Zukunft nicht nur des deutschen Volkes.“

Die werktätige Bevölkerung Deutschlands sieht immer klarer, daß der Bruch mit der Politik der aggressiven Militärblocks und die Überwindung der Spaltung des Landes vor allem durch die Anstrengungen des deutschen Volkes selbst erreicht werden kann. Der Deutschen Demokratischen Republik kommt eine wichtige Rolle im Kampf des deutschen Volkes für Frieden und nationale Einheit zu. Die Sowjetunion unterstützt die Deutsche Demokratische Republik in diesem Kampf nach wie vor. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik treten für die Herstellung der Aktionseinheit aller friedliebenden, demokratischen Kräfte Ost- und Westdeutschlands ein,

denn sie verstehen, daß angesichts der vereinten Bemühungen des deutschen Volkes alle Versuche der Militaristen, ihm ein remilitarisiertes Deutschland aufzuzwingen und die Spaltung des Landes aufrechtzuerhalten, scheitern werden.

Der deutschen Arbeiterklasse, die zusammen mit ihren Familien fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung ausmacht, kommt dabei eine besondere Rolle zu. In der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse gibt es nicht wenige hervorragende Beispiele dafür, daß sie sich der Reaktion mutig widersetzt. Im November 1918, als sie mit vereinten Kräften auftrat, stürzte sie die kaiserliche Monarchie. Ein Jahr später schlug sie in wenigen Tagen den monarchistischen Kapp-Putsch nieder, und 1923 führte der umfassende Kampf der Arbeiter dazu, daß die deutsche Arbeiterklasse nahe daran war, das Schicksal der Nation in ihre eigenen Hände zu nehmen. Dies waren Beispiele für den aufopferungsvollen geschlossenen Kampf der deutschen Arbeiterklasse für die demokratische Entwicklung Deutschlands, für Frieden und Freiheit.

Um die Unvermeidlichkeit einer Niederlage der deutschen Arbeiterklasse in der Periode der Weimarer Republik und des Faschismus zu beweisen, behaupten jetzt gewisse opportunistische Elemente, die deutsche Arbeiterklasse sei nicht stark genug gewesen, um mit der deutschen Reaktion fertig zu werden. Das ist nicht wahr. Die deutsche Arbeiterklasse unterlag der Reaktion in ganz Deutschland durchaus nicht, weil sie zu schwach war, sondern weil sie gespalten war und weil sie dadurch vom politischen Leben des Landes gewaltsam ferngehalten wurde. Deshalb konnte sie auch in den letzten Jahrzehnten nicht die Rolle spielen, die ihr von der Geschichte im Kampf für die demokratische Entwicklung Deutschlands zugewiesen wurde.

Jetzt sieht die deutsche Arbeiterklasse selbst, wohin sie eine derartige Politik geführt hat. Sie hat sie zu ungeheuren Opfern im Krieg und zu materiellen Entbehrungen, zur Spaltung des Landes geführt. Wenn die deutsche Arbeiterklasse im Bewußtsein der Verantwortung für das Schicksal ihres Volkes organisiert und geschlossen vorgehen würde, dann gäbe es keine Kraft, die sie hindern könnte, ihre demokratischen Ziele zu erreichen. Die Kraft der geeinten Arbeiterklasse läßt sich am Beispiel der Arbeiter der Deutschen Demokratischen Republik ermaßen, die nach der Zerschlagung des Faschismus die

Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben und unter der Führung ihres ruhmreichen Vortrupps — der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — im Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands die edelsten Bestrebungen des deutschen Proletariats zur Wirklichkeit werden ließen.

Genossen! Wir leben in einer Epoche geschichtlicher Wandlungen, in der die Volksmassen sich immer mehr ihrer Rolle, ihrer Bedeutung bewußt werden und ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, in einer Epoche, in der gerade das Volk und vor allem die Arbeiterklasse im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft den Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt. Die letzten Jahrzehnte sind in dieser Hinsicht besonders kennzeichnend. Das rückständige zaristische Rußland gibt es nicht mehr. An seiner Stelle hat das Volk den großen, mächtigen, sozialistischen Staat geschaffen. Das unterjochte China gibt es nicht mehr. Es gibt die große Volksrepublik China. Dort wird ein neuer, sozialistischer Staat aufgebaut. Durch die Kraft der Volksmassen wurden in einer Reihe europäischer und asiatischer Länder volksdemokratische Staaten errichtet. Alle diese Länder schreiten erfolgreich voran auf dem Wege einer machtvollen ökonomischen und kulturellen Entwicklung, auf dem Wege der Demokratie und des Sozialismus.

Leitstern der Volksmassen im Kampf für ihre ureigensten Lebensinteressen war und ist die unsterbliche Lehre des Marxismus-Leninismus. Die Volksmassen, die mit der marxistisch-leninistischen Theorie ausgerüstet sind und sie konsequent in die Tat umsetzen, sind eine unbesiegbare Kraft, die Wunder wirken kann.

Kann es denn irgendwelche Zweifel daran geben, daß die deutsche Arbeiterklasse, die der Welt Marx und Engels geschenkt hat, die ruhmreiche Traditionen und eine große Kampferfahrung besitzt, nicht auch alle Voraussetzungen dafür hat, um eine friedliche und demokratische Entwicklung Deutschlands zu gewährleisten? Das Sowjetvolk jedenfalls glaubt fest an die deutsche Arbeiterklasse; es hält sie für seinen zuverlässigen, treuen Bundesgenossen. Davon überzeugt uns der Weg, den die Deutsche Demokratische Republik zurückgelegt hat, die einen festen Platz in der Familie der friedliebenden, demokratischen Länder eingenommen hat. Davon überzeugt uns die schöpferische Arbeit des deutschen Volkes. Die Gewähr dafür

ist die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik und die fruchtbare Tätigkeit der Nationalen Front.

Gestatten Sie mir, Ihnen und in Ihrer Person dem ganzen deutschen Volk neue, große Erfolge im Kampf für den Frieden, die Demokratie, die Einheit Deutschlands und den Sozialismus zu wünschen!

Es lebe und erstarke die Deutsche Demokratische Republik!

Es lebe die Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Volk und dem Sowjetvolk!

(Neues Deutschland, Berlin 7. 10. 55)

Grußbotschaft der Teilnehmer des Staatsaktes

An den

Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

An das

Zentralkomitee der KPdSU

Moskau

Teure Genossen!

Der 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wird von den Werktätigen unseres Landes als ein froher Festtag begangen. Auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens tragen die friedliebende Politik unserer Regierung und der Fleiß unserer schaffenden Menschen Früchte und festigen die Grundlagen des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik.

Unser 6. Jahrestag erhält seine besondere Bedeutung durch den vor wenigen Tagen zwischen unseren beiden Regierungen abgeschlossenen „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik“, der bei allen friedliebenden Menschen in ganz Deutschland tiefste Zustimmung findet.

Die auf die Milderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen gerichtete konsequente Politik der Sowjetregierung hat insbesondere seit der Genfer Konferenz ein tiefes Echo der Hoffnung bei allen friedliebenden und verständigungsbereiten Menschen in der ganzen Welt gefunden. Neben der

allgemeinen Verminderung der Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen haben sich für die Völker Europas und damit auch für das deutsche Volk günstige Perspektiven für die Lösung der ungeklärten europäischen Probleme und für die Sicherung des Friedens ergeben.

Im Zusammenhang mit den zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik geführten Verhandlungen sind die realen Möglichkeiten der Wiederherstellung eines friedliebenden und demokratischen deutschen Staates erörtert worden.

Der auf dem Vertrauen zu den demokratischen Kräften der Deutschen Demokratischen Republik beruhende Vertrag ist eine große Hilfe für die Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, aber auch eine Unterstützung der friedliebenden und demokratischen Kräfte in ganz Deutschland. Mit ihm beginnt auch eine neue Periode in den Beziehungen unserer beiden Staaten und der weiteren Festigung und Vertiefung der brüderlichen Freundschaft und Zusammenarbeit unserer beiden Völker.

Die Deutsche Demokratische Republik wird entsprechend ihrer staatlichen Souveränität alles tun, um ihren Beitrag zur internationalen Entspannung, zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit und zur Beseitigung der Hindernisse, die der Wiedervereinigung zu einem friedlichen und demokratischen Deutschland zur Zeit im Wege stehen, zu leisten. Als ehrenvolle Aufgabe betrachtet sie die Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus ihrer Partnerschaft des Warschauer Vertrages und den Beziehungen zu den befreundeten Ländern ergeben.

Wir sprechen der Sowjetregierung unseren tiefempfundenen Dank aus für den großen Vertrauensbeweis, der mit diesem Vertragswerk gegenüber der Bevölkerung unserer Republik und dem gesamten deutschen Volk zum Ausdruck gebracht wurde. Die unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion wird auch für alle Zukunft die Richtschnur des Handelns der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und aller patriotischen Menschen in ganz Deutschland sein. Wir wünschen der UdSSR, den Sowjetvölkern unter der ruhmreichen Führung der KPdSU weitere Erfolge beim Aufbau des Kommunismus und im Kampf um einen lang andauernden Frieden.

(Neues Deutschland, Berlin 7. 10. 55)

**Ansprache des Mitgliedes des Präsidiums des ZK
der KPdSU, M. A. Suslow, auf der Großkundgebung
in Berlin am 7. Oktober 1955**

Teure Genossen und Freunde!

Gestatten Sie mir, Sie im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Regierung der UdSSR und des ganzen Sowjetvolkes zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zu beglückwünschen. Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste Staat der Arbeiter und Bauern in der Geschichte Deutschlands. Die Sowjetmenschen freuen sich aufrichtig über jeden Erfolg der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau eines neuen Lebens. Es ist uns angenehm, und wir freuen uns, feststellen zu können, daß die Deutsche Demokratische Republik, in der das Volk selbst der Herr ist, unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in enger freundschaftlicher Zusammenarbeit aller in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Organisationen in den sechs Jahren seit ihrer Entstehung große Erfolge im Aufbau der Grundlagen des Sozialismus erreicht hat.

Durch die konsequente Friedenspolitik hat die Deutsche Demokratische Republik die Anerkennung und das Vertrauen aller für Frieden und Demokratie kämpfenden Völker errungen und mit Staaten, deren Bevölkerung etwa eine Milliarde Menschen beträgt, Beziehungen hergestellt, die vom Geiste der Freundschaft und brüderlichen Zusammenarbeit getragen sind. Der unlängst in Moskau unterzeichnete Vertrag verankert die freundschaftlichen Beziehungen, die bereits längst zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten entstanden waren.

Gewissen westlichen Politikern gefällt die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik nicht. Aber — gleichviel, ob das jemand gefällt oder nicht, die Deutsche Demokratische Republik existiert, entwickelt sich und hat eine große Zukunft. Ihre internationale Autorität wächst und erstarkt.

Die Politik der Sowjetunion in der deutschen Frage ist gut bekannt: Wir sind für eine solche Lösung des Deutschland-

problems, die der Festigung des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit der Völker Europas ebenso wie den Interessen des deutschen Volkes selbst entspricht. Wir sind der Ansicht, daß die deutsche Frage in erster Linie eine Angelegenheit der Deutschen selbst ist, die den richtigen Weg zur Lösung ihrer nationalen und sozialen Aufgaben finden müssen. Die Deutsche Demokratische Republik kann stets auf die Hilfe und Unterstützung seitens aller Völker der Sowjetunion rechnen, die fest an das deutsche Volk, an die demokratischen Kräfte Deutschlands, an die glorreiche Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik glauben.

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik — das Bollwerk der friedliebenden und demokratischen Kräfte ganz Deutschlands! Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk!

(Neues Deutschland, Berlin 8. 10. 55)

110.

Abreise der Regierungsdelegation der UdSSR

Die Regierungsdelegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin weilte, hat am 9. Oktober 1955 vom Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld die Rückreise nach Moskau angetreten. Vor dem Abflug erklärte der Leiter der sowjetischen Regierungsdelegation, das Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, M. A. Suslow:

Beim Verlassen der gastfreundlichen Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik danke ich herzlich im Namen der sowjetischen Regierungsdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Werktätigen Berlins für den uns erwiesenen herzlichen Empfang. Wir nehmen mit uns tiefe Eindrücke von unseren Begegnungen mit den herrlichen Menschen, den Erbauern des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir wünschen allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik neue Erfolge beim Aufbau des neuen Lebens. Es erstarke und gedeihe die Deutsche Demokratische Republik! Es lebe die Freundschaft zwischen dem sowjetischen Volk und dem deutschen Volk!

Zur Verabschiedung der hohen Gäste waren Ministerpräsident Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und 1. Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, und der Erste Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, Hermann Matern, erschienen; ferner die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau, Dr. Bolz, Dr. h. c. Nuschke, Dr. Loch und Paul Scholz, die Mitglieder des Politbüros des ZK der SED Karl Schirdewan und Fred Oelßner und der 1. Sekretär der KPD, Max Reimann. Das Diplomatische Korps war zur Verabschiedung der sowjetischen Delegation vollzählig erschienen, und auch die noch in Berlin weilenden Mitglieder der Regierungsdelegationen der anderen befreundeten Länder waren anwesend.

Ein Musikkorps intonierte die Staatshymne der Sowjetunion und die Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik. Dann schritten M. A. Suslow und Otto Grotewohl die Front der Ehrenkompanie ab.

(ADN 9. 10. 55)

111.

Unterzeichnung von Luftfahrtabkommen mit der UdSSR

Im Ergebnis der Verhandlungen, die in einer freundschaftlichen Atmosphäre verliefen, sind am 18. Oktober 1955 in Moskau zwischen der Hauptverwaltung der zivilen Luftflotte beim Ministerrat der UdSSR und der Deutschen Lufthansa der Deutschen Demokratischen Republik Abkommen über die Aufnahme technischer und kommerzieller Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt unterzeichnet worden.

(ADN 18. 10. 55)

112.

Ministerpräsident Otto Grotewohl empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR

Am 22. Oktober empfing der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin. Im Verlaufe der Unterredung fand ein Meinungsaustausch statt über Fragen, die sowohl die Sowjetunion als auch die Deutsche

Demokratische Republik im Zusammenhang mit der bevorstehenden Erörterung des Deutschlandproblems auf der Außenministerkonferenz der vier Großmächte in Genf interessieren.
(ADN 23. 10. 55)

113.

Regierungsdelegation der UdSSR für die Genfer Außenministerkonferenz auf der Durchreise am 25. und 26. Oktober 1955 in Berlin

Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld

Die sowjetische Delegation für die Konferenz der Außenminister der vier Mächte traf auf dem Wege nach Genf am 25. Oktober 1955 auf dem Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld ein.

Bei ihrer Ankunft wurde die sowjetische Delegation, an ihrer Spitze der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, der Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski und der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, von den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik mit großer Herzlichkeit begrüßt.

Zum Empfang der sowjetischen Gäste hatten sich eingefunden: der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, Ministerpräsident Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph und Paul Scholz, das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, sowie der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, Prof. Erich Correns.

Des weiteren waren anwesend die Mitglieder des Ministerrates und Mitglieder der Präsidien der Volkskammer und der Länderkammer, Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei und Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.

Ebenso hatten sich das Mitglied der sowjetischen Delegation für die Genfer Außenministerkonferenz, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, eingefunden, die Mitglieder des Diplomatischen Korps, der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik, Marschall der Sowjetunion A. A. Gertschko, und weitere sowjetische Generale und Offiziere.

Zahlreiche Vertreter der in- und ausländischen Presse waren zur Ankunft der sowjetischen Delegation erschienen.

Als W. M. Molotow der Sondermaschine entstieg, wurde er von Volkskammerpräsident Dr. Dieckmann, Ministerpräsident Otto Grotewohl, von Walter Ulbricht und Botschafter G. M. Puschkin mit großer Herzlichkeit begrüßt. Eine Kompanie der Kasernierten Volkspolizei erwies dem hohen sowjetischen Gast und seiner Begleitung die Ehrenbezeugung. Dann erklangen die Staatshymne der Sowjetunion und die Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik.

Präsident Wilhelm Pieck empfängt die Regierungsdelegation der UdSSR für die Genfer Konferenz

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, empfing am 25. Oktober 1955 in seinem Amtssitz Schloß Niederschönhausen den Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow.

Dem Empfang wohnten bei: die Mitglieder der sowjetischen Delegation für die Genfer Konferenz der Außenminister der vier Mächte Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski, der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten A. A. Gromyko und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin.

Von der Seite der Deutschen Demokratischen Republik waren Ministerpräsident Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, zugegen.

Während des Empfangs, der in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre verlief, fand ein Meinungsaustausch

über Fragen statt, die mit der bevorstehenden Konferenz der Außenminister der vier Mächte in Genf zusammenhängen. Die Unterredung hat die völlige Übereinstimmung der Ansichten der Regierung der UdSSR und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowohl in der Hauptfrage der Gewährleistung der Sicherheit in Europa als auch in der Deutschlandfrage ergeben.

Essen bei Ministerpräsident Otto Grotewohl

Ministerpräsident Otto Grotewohl gab am 25. Oktober 1955 ein Essen zu Ehren der auf der Durchreise in Berlin weilenden sowjetischen Delegation für die Genfer Konferenz der Außenminister der vier Mächte.

Es waren anwesend: der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, der Erste Stellvertreter des Ministers für Verteidigung der UdSSR und Chef des Generalstabs der Sowjetarmee, Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski, der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, L. F. Iljitschow, der Leiter der 3. Europaabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, S. G. Lapin, sowie die Botschaftsräte der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, A. L. Orlow und J. P. Pitowranow.

Von deutscher Seite waren zugegen: der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Walter Ulbricht, Willi Stoph, Dr. Lothar Bolz, Dr. Hans Loch und Paul Scholz, weitere Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED Hermann Matern, Karl Schirdewan, Friedrich Ebert, Fred Oelßner, Alfred Neumann, Erich Mückenberger und Herbert Warnke, der Erste Sekretär des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann, die Sekretäre des ZK der SED Dr. h. c. Paul Wandel, Gerhart Ziller

und Prof. Albert Norden, der Präsident der Länderkammer, August Bach, der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Prof. Dr. Erich Correns, und der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Peter Florin.

Das Essen verlief in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre.

(ADN 25. 10. 55)

Abreise der Regierungsdelegation der UdSSR

Die sowjetische Regierungsdelegation für die Genfer Konferenz reiste am 26. Oktober 1955 vom Flugplatz Berlin-Schönefeld nach Genf weiter. Bei der Verabschiedung dankte Ministerpräsident Otto Grotewohl für den Besuch der sowjetischen Delegation und erklärte: „Hoffnung und Zuversicht der friedliebenden Menschen der ganzen Welt begleiten Sie, teure Genossen, auf dem Wege nach Genf.“

(Neues Deutschland, Berlin 27. 10. 55)

114.

Ständiger Kontakt zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, und dem Leiter der Beobachterdelegation der Deutschen Demokratischen Republik während der Genfer Konferenz

Während der Genfer Konferenz unterhält der Außenminister der UdSSR, W. M. Molotow, eine ständige Verbindung mit dem Leiter der Beobachterdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, dem Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Georg Handke. Von seiten der sowjetischen Delegation nahmen an den Zusammenkünften mit der Beobachterdelegation der Deutschen Demokratischen Republik A. A. Gromyko, Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski und G. M. Puschkin teil.

(Neues Deutschland, Berlin 5. 11. 55)

*Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR,
W. M. Molotow, empfängt die Beobachterdelegation
der Deutschen Demokratischen Republik in Genf*

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, gab am 9. November 1955 zu Ehren der Beobachterdelegation der Deutschen Demokratischen Republik auf der Außenministerkonferenz ein Essen.

Bei dem Essen waren zugegen: der Leiter der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Georg Handke, der Sekretär des Ausschusses für Deutsche Einheit, Dr. Wilhelm Girnus, und Wilhelm Meißner, Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Von sowjetischer Seite waren A. A. Gromyko, Marschall W. D. Sokolowski und Botschafter G. M. Puschkin anwesend.

Zugegen war auch der Vertreter der Volksrepublik China bei den chinesisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf, Botschafter Wang Ping-nan.

Nach dem Essen fand eine Unterredung statt, in deren Verlauf Fragen behandelt wurden, die mit der Erörterung des ersten Tagesordnungspunktes der Konferenz — europäische Sicherheit und Deutschland — zusammenhängen.

(ADN 9. 11. 55)

115.

Ministerpräsident Otto Grotewohl, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Walter Ulbricht und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, empfangen den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, wurde am 7. November 1955 von Ministerpräsident Otto Grotewohl, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Walter Ulbricht und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, empfangen. Botschafter Puschkin hatte sich während der dreitägigen Pause der Genfer Außenministerkonferenz nach Berlin begeben.

(ADN 7. 11. 55)

Glückwunschtelegramm des Präsidenten, des Volkskammerpräsidenten und des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik an das Präsidium des Obersten Sowjets und den Ministerrat der UdSSR zum 38. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

An das Präsidium des Obersten Sowjets
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

An den Ministerrat der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken
Moskau

Teure Genossen!

Im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und aller friedliebenden Deutschen übermitteln der Präsident, das Präsidium der Volkskammer und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik Ihnen und allen Völkern der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken brüderliche Grüße und beglückwünschen Sie zum XXXVIII. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Unter dem Ansturm des von der ruhmreichen Kommunistischen Partei geführten russischen Volkes brach vor 38 Jahren die Herrschaft der Zaren, Gutsbesitzer und Kapitalisten zusammen. Auf einem Sechstel der Erde wurde die Macht der Arbeiter und Bauern errichtet.

Mit grenzenlosem Enthusiasmus, allen inneren und äußeren Schwierigkeiten trotzend, vollbrachten die Arbeiter und Bauern des großen Sowjetlandes in den vergangenen 38 Jahren auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gigantische Leistungen. Mit Stolz und Freude schreiten sie heute auf dem Wege des allmählichen Übergangs zum Kommunismus vorwärts. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse sehen in diesen von den Sowjetvölkern vollbrachten Leistungen leuchtende Beispiele und Quellen der Kraft für den Aufbau eines glücklichen Lebens.

Das Streben der Sowjetmacht ist seit dem ersten Augenblick ihres Bestehens auf die Sicherung und Erhaltung des Friedens,

auf die ständige Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen gerichtet. Es erfüllt Hunderte von Millionen Menschen mit Hoffnung und Zuversicht.

Dank der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion ist in letzter Zeit eine gewisse Entspannung in der internationalen Lage eingetreten. Dies ist von unschätzbbarer Bedeutung für das deutsche Volk, weil erst die Gewährleistung der Sicherheit der Völker auch eine Lösung der deutschen Frage ermöglicht.

Auf das lebhafteste begrüßen wir die Vorschläge des Außenministers der Sowjetunion, Genossen Molotow, für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, die er der gegenwärtig in Genf tagenden Konferenz der Außenminister unterbreitete. Dem deutschen Volk wird immer mehr bewußt, daß die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands so lange nicht verwirklicht werden kann, solange Westdeutschland an die Pariser Verträge und an die NATO gebunden ist und die alten militaristischen und monopolistischen Kreise ihre verderbliche Politik fortführen können.

Voller Dankbarkeit und Liebe gedenkt das deutsche Volk der unermüdlichen Bemühungen der Sowjetunion zur Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands. Immer mehr verstärkt sich auch bei den friedliebenden Deutschen im Westen unserer Heimat die Erkenntnis, daß sie jetzt selbst den entscheidenden Beitrag in diesem Ringen um die friedliche Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes leisten müssen.

Die tatkräftige und uneigennützte Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion bei der Festigung und Entwicklung des Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Deutschen Demokratischen Republik hat in dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR ihren sichtbaren Ausdruck gefunden. Mit diesem Vertrag ist der Deutschen Demokratischen Republik eine Anerkennung zuteil geworden, die von weittragender Bedeutung ist.

Nehmen Sie bitte, teure Genossen, an diesem ruhmreichen Gedenktage unsere herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche für neue, immer größere Erfolge bei Ihrem Aufbauwerk und Ihren Bemühungen um die Festigung des Weltfriedens entgegen.

Es lebe die Sowjetunion, der Bannerträger einer neuen Zukunft für die ganze Menschheit.

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik
Wilhelm Pieck

Das Präsidium der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
Dr. Johannes Dieckmann
Präsident

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl
Ministerpräsident

(ADN 5. 11. 55)

Danktelegramm der Regierung der UdSSR

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Wilhelm Pieck, Berlin

Teurer Genosse!

Gestatten Sie mir, Ihnen für die herzlichen Glückwünsche und die Wünsche weiterer Erfolge für das sowjetische Volk zu danken, die Sie im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und aller friedliebenden Deutschen anlässlich des XXXVIII. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution übermittelten. Wir wünschen unsererseits den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik von Herzen weitere Erfolge beim Aufbau und der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, des Bollwerks der patriotischen Kräfte Deutschlands, die um die nationale Wiedervereinigung Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates kämpfen.

K. Woroschilow

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

N. Bulganin

Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR

Gleichlautende Telegramme wurden auch dem Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Johannes Dieckmann, und dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übermittelt.

(ADN 18. 11. 55)

**Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR,
W. M. Molotow, auf der Rückreise von der Genfer Außen-
ministerkonferenz am 17./18. November 1955 in Berlin**

117.

Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld

Am 17. November 1955 trafen die Mitglieder der sowjetischen Regierungsdelegation zur Genfer Außenministerkonferenz W. M. Molotow, Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski und Botschafter G. M. Puschkin in Berlin ein.

Zur Begrüßung der hohen Gäste hatten sich eingefunden: der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, Ministerpräsident Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, sowie die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau, Willi Stoph, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch und Paul Scholz.

Des weiteren waren erschienen die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des Zentralkomitees der SED Hermann Matern, Fred Oelßner und Erich Mückenberger, die Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates Bruno Leuschner, Fritz Lange, Fritz Selbmann, Curt Wach und Willi Rumpf, Mitglieder des Ministerrates, Mitglieder der Präsidien der Volks- und Länderkammer, Mitglieder des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei sowie Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.

Neben den Vertretern des Diplomatischen Korps hatten sich zum Empfang der sowjetischen Gäste der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik, Marschall der Sowjetunion A. A. Gretschko, sowie weitere Vertreter der sowjetischen Armee eingefunden. Zahlreiche Vertreter der in- und ausländischen Presse waren erschienen.

Auf dem Flugplatz war eine Ehrenkompanie der Kasernierten Volkspolizei angetreten. Nachdem ein Musikzug die Staats-

hymne der UdSSR und die Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik intoniert hatte, schritt Außenminister Molotow, begleitet vom Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, die Front der Ehrenkompanie ab. Anschließend wandte sich Außenminister W. M. Molotow in einer Ansprache an die zur Begrüßung der sowjetischen Delegation erschienenen Persönlichkeiten.

*Ansprache des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der UdSSR, W. M. Molotow, auf dem Flugplatz*

Genosse Ministerpräsident, teure Genossen und Freunde!

Die sowjetische Delegation freut sich, hier in Berlin, in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, wieder mit unseren deutschen Freunden zusammenzutreffen.

Wir kommen aus Genf, wo die Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs stattfand, die entsprechend dem Beschluß der Regierungschefs der vier Mächte einberufen wurde.

Die Konferenz erörterte eine Reihe wichtiger internationaler Probleme. Das wichtigste dieser Probleme ist die Gewährleistung der europäischen Sicherheit.

Die Völker Europas wissen, daß es keine wichtigere Aufgabe gibt als die Verhinderung eines neuen Krieges. Das sowjetische Volk und das deutsche Volk wissen, was ein Krieg bedeutet. Das sowjetische Volk und das deutsche Volk müssen zusammenstehen. Sie müssen gute und feste Beziehungen der Freundschaft herstellen, keinen neuen Krieg zulassen, und das ist nur möglich, wenn die Sicherheit in Europa gewährleistet ist. Unsere beiden Völker haben in dieser Sache viele Freunde. Wir können dabei mit anderen Völkern Europas zusammenwirken. Es ist notwendig, eine Organisation der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen, die alle europäischen Staaten, unabhängig von ihrer unterschiedlichen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, vereint. Es ist notwendig, mit der Schaffung militärischer Gruppierungen Schluß zu machen, die einige europäische Staaten anderen europäischen Staaten gegenüberstellen. Mit Recht glauben das Sowjetvolk und das deutsche Volk denen nicht, die die militärischen Gruppierungen in Europa zu rechtfertigen suchen. Möge man auch die Schaffung des Nordatlantikblocks und der Westeuropäischen Union

noch so sehr rechtfertigen, all das führt nicht zur Festigung des Friedens und steht im Widerspruch zu den Interessen einer wirklichen europäischen Sicherheit.

Die Konferenz in Genf hat gezeigt, daß wir in der Hauptfrage noch nicht zu einer erforderlichen Übereinstimmung mit gewissen westlichen Staaten gelangt sind. Diese Situation schafft Schwierigkeiten auch bei der Lösung des Deutschlandproblems.

Durch die Pläne einiger westlicher Mächte wurde Westdeutschland in bestimmte militärische Gruppierungen einbezogen und auf den Weg der Remilitarisierung gestoßen. Die Verwirklichung derartiger Pläne läuft jedoch den Interessen der europäischen Sicherheit und den nationalen Interessen des deutschen Volkes zuwider. Das deutsche Volk kann die Verwirklichung derartiger Bestrebungen nicht unterstützen. Darum hatte die sowjetische Delegation auch keinen Grund, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Lösung des Deutschlandproblems zur Remilitarisierung nicht nur Westdeutschlands führt — was bereits nach den Pariser Verträgen verwirklicht wird —, sondern auch zur Remilitarisierung Ostdeutschlands und zur Einbeziehung ganz Deutschlands in bestimmte militärische Gruppierungen, wie das auf der Konferenz von den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs vorge schlagen wurde.

Unter diesen Umständen trägt die Deutsche Demokratische Republik, die ihre Treue zur Sache der Arbeiterklasse und aller Werktätigen bewiesen hat, eine besondere Verantwortung. Sie hat eine ehrenvolle Rolle bei der Verteidigung der nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes und der Interessen der europäischen Sicherheit. Bei alledem können positive Ergebnisse natürlich nur auf der Grundlage des Zusammenschlusses der friedliebenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes bei gleichzeitiger weiterer Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen allen Völkern Europas erzielt werden. Diesen Zielen entspricht voll und ganz der Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Schaffung eines Gesamtdeutschen Rates.* Ein Gesamtdeutscher Rat, gebildet aus Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik, wird das Fundament für den so notwendigen Zusammenschluß der friedliebenden, demokratischen Kräfte des ganzen deutschen Volkes sein. Die

* siehe Nr. 12

Bildung eines Gesamtdeutschen Rates darf selbstverständlich nicht die gesellschaftliche Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik sowie die Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik berühren. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates gibt zugleich die Möglichkeit, die Vorbereitung und die Lösung der deutschen Frage sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf Grund wirklich freier gesamtdeutscher Wahlen zu gewährleisten, in Übereinstimmung mit den Interessen der europäischen Sicherheit und den nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Die Konferenz in Genf hat mehr als jemals gezeigt, daß fruchtbringende Ergebnisse bei der Lösung des Deutschlandproblems ohne Teilnahme der Deutschen nicht erreicht werden können. Die Lösung der Deutschlandfrage ist vor allem eine Angelegenheit der Deutschen selbst. Man kann dem deutschen Volke die Lösung dieser Frage nicht von außen aufzwingen. Es ist notwendig, daß die Deutschen diese Sache selbst in ihre Hände nehmen. Es ist notwendig, daß die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik zu diesem Zweck den Weg der Annäherung und der einmütigen Zusammenarbeit beschreiten. Diesen Zielen entsprechen voll und ganz jene Maßnahmen, die von der Deutschen Demokratischen Republik bereits getroffen wurden und jetzt getroffen werden. So werden die realen inneren und äußeren Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen.

Gestatten Sie mir, im Namen der Sowjetregierung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem ganzen deutschen Volk viel Erfolg auf diesem Wege zu wünschen.

Zum Abschluß gestatten Sie mir, Ihnen allen, den Einwohnern Berlins und dem ganzen deutschen Volk herzliche Grüße und gute Wünsche zu übermitteln.

(Neues Deutschland, Berlin 18. 11. 55)

118.

Präsident Wilhelm Pieck empfängt die Regierungsdelegation der UdSSR

Am 17. November 1955 empfing der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, in seinem Amtssitz Schloß Niederschönhausen den auf der Reise von Genf in Berlin eingetroffenen Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden

des Ministerrates der UdSSR und Minister für Auswärtige Angelegenheiten W. M. Molotow.

Von seiten der Deutschen Demokratischen Republik waren auf dem Empfang der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Erste Sekretär des ZK der SED und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, und der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, anwesend.

Von sowjetischer Seite nahmen an dem Empfang der Erste Stellvertreter des Ministers für Verteidigung der UdSSR und Chef des Generalstabes der Sowjetarmee, Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski, sowie der Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, teil. Während der Unterredung, die in einer Atmosphäre der Freundschaft und Herzlichkeit verlief, fand ein Meinungsaustausch über die Beendigung der Arbeit der Konferenz der Außenminister der vier Mächte in Genf statt. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei dem ersten Punkt der Tagesordnung — europäische Sicherheit und Deutschland — gewidmet; es wurde völlige Übereinstimmung der Ansichten über die Ergebnisse der Genfer Konferenz festgestellt. Ferner wurde die große nationale und internationale Bedeutung der Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an das deutsche Volk und an die Außenminister der vier Mächte betont.

(ADN 17.11.55)

119.

Essen bei Ministerpräsident Otto Grotewohl

Am 17. November 1955 gab der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, ein Essen zu Ehren der sowjetischen Delegation zur Konferenz der Außenminister der vier Mächte.

Bei dem Essen waren anwesend: der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, der Erste Stellvertreter des Ministers für Verteidigung der UdSSR und Chef des Generalstabes der Sowjetarmee, Marschall der

Sowjetunion W. D. Sokolowski, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, L. F. Iljitschow, der Leiter der dritten europäischen Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, S. G. Lapin, die Mitarbeiter der Botschaft der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, A. L. Orlow und J. P. Pitowranow.

Von deutscher Seite wohnten dem Essen bei: der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. J. Dieckmann, der Erste Sekretär des ZK der SED und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik W. Stoph, H. Rau, Dr. L. Bolz, Dr. O. Nuschke, Dr. H. Loch, P. Scholz, die Mitglieder des Politbüros des ZK der SED H. Matern, K. Schirdewan, F. Ebert, F. Oelßner, der Erste Sekretär des Vorstandes der KPD, M. Reimann, Sekretäre des ZK der SED, der Präsident der Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik, A. Bach, die Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik B. Leuschner, F. Selbmann, F. Lange, C. Wach und W. Rumpf, der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer, P. Florin, Mitglieder des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und andere Persönlichkeiten.
(ADN 17. 11. 55)

120.

Abflug der Regierungsdelegation der UdSSR

Die Mitglieder der sowjetischen Delegation zur Genfer Außenministerkonferenz, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, und der Erste Stellvertreter des Ministers für Verteidigung der UdSSR und Chef des Generalstabs der Sowjetarmee, Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski, sind am 18. November 1955 vom Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld nach Moskau abgeflogen.

Vor seinem Abflug von Berlin dankte W. M. Molotow im Namen der sowjetischen Delegation für den herzlichen Empfang in der deutschen Hauptstadt. „Die erstarkende Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk ist ein wichtiger Faktor für die Festigung des Friedens und die Sicherheit in Europa“, brachte der hohe Gast zum Ausdruck. „Gestatten Sie mir, den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, den Arbeitern, den Bauern, der Intelligenz und allen, denen der Frieden und die Sicherheit Europas teuer sind, nochmals Erfolge beim Aufbau des neuen Lebens, bei der Lösung der vor ihnen stehenden nationalen Aufgaben zu wünschen.“

Ministerpräsident Otto Grotewohl erklärte, es sei zu bedauern, daß es in Genf trotz aller sowjetischen Bemühungen nicht gelungen sei, zu einem vertraglich festgelegten europäischen kollektiven Sicherheitssystem zu kommen, da die Westmächte gegenwärtig keine Bereitschaft zeigten, auf aggressive und einseitige Militärpakte und auf die Einbeziehung Deutschlands in solche Pakte zu verzichten. „Die Westmächte und die Weltöffentlichkeit mußten sich aber davon überzeugen“, betonte der Ministerpräsident, „daß eine Einbeziehung Gesamtdeutschlands in die NATO unmöglich ist, weil die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik als rechtmäßiger deutscher Staat und als Bastion des Friedens in Europa weiterhin gewachsen ist.“

Zum Abschluß sprach Ministerpräsident Otto Grotewohl der Delegation der Regierung der UdSSR noch einmal den tiefempfundenen Dank der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik für ihre großen Bemühungen um den Frieden, um die europäische Sicherheit und um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Genfer Konferenz aus.

Mit einem herzlichen Händedruck verabschiedeten sich sodann die sowjetischen Gäste von den Mitgliedern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den übrigen Persönlichkeiten.

Zur Verabschiedung der Mitglieder der sowjetischen Delegation hatten sich auf dem Flughafen neben dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl eingefunden: der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des

Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, sowie die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau, Willi Stoph, Dr. h. c. Otto Nuschke und Dr. Hans Loch.

Weiter waren erschienen Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED, der 1. Sekretär des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann, Mitglieder des Ministerrates, der Präsident der Länderkammer, August Bach, Mitglieder der Präsidien der Volks- und Länderkammer, Mitglieder des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei sowie Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.

Ferner waren anwesend das Diplomatische Korps sowie Vertreter des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Marschall der Sowjetunion A. A. Gretschko an der Spitze.

(Neues Deutschland, Berlin 19. 11. 55)

Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR vom 25. November bis 14. Dezember 1955 in Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik

121.

Ankunft der Delegation in Berlin

Auf dem Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Schönefeld traf am 25. November 1955 die Sondermaschine ein, die die Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR zur deutschen Hauptstadt brachte.

Die Delegation, geleitet vom Mitglied der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Unionssowjets und 1. Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Belorusslands, N. S. Patolitschew, folgt einer Einladung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Delegation gehören ferner an:

S. Serdjuk, Mitglied der Mandatskommission des Unionsowjets, Erster Sekretär des ZK der KP Moldawiens; E. K.

Puusep, Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Estnischen SSR; M. D. Kowrigina, Minister für Gesundheitswesen der UdSSR; S. A. Katschkow, Erster Stellvertreter des Ministers für Transportmaschinenbau der UdSSR; J. P. Ostrow, Mitglied der Haushaltskommission des Unionssowjets, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Litauischen SSR; V. A. Ambarzumjan, Präsident der Akademie der Wissenschaften der Armenischen SSR; G. A. Denisow, Erster Sekretär des Saratower Gebietskomitees der KPdSU; P. F. Morosow, Vorsitzender des Exekutivkomitees des Tambowsker Gebietsowjets; N. A. Petruchin, Vorsitzender der Haushaltskommission des Unionssowjets, Vorsitzender des Kuibyschewer Gebiets-Exekutivkomitees; S. Nurutdinow, Erster Sekretär des Taschkenter Stadtkomitees der KP Usbekistans; I. F. Sinizyn, Direktor des Stalingrader Traktorenwerkes; N. I. Trofimenkow, Direktor der Sowchose „Kuban“ im Krasnodarsker Gebiet; A. T. Wenzlowa, Schriftsteller, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes der Litauischen SSR; G. J. Burkazkaja, Vorsitzende der Kolchose „Chrustschow“ im Tscherkassier Gebiet der Ukrainischen SSR, und A. I. Owsianikow, Direktor des Nowosibirsker Landwirtschaftlichen Instituts.

Zum Empfang waren auf dem Flugplatz erschienen:

Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann; der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz; der Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Friedrich Ebert; das Mitglied des Politbüros des ZK der SED Karl Schirdewan; der Präsident der Länderkammer, August Bach; der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Prof. Dr. Correns; die Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer Ernst Goldenbaum, Heinrich Homann und Wilhelmine Schirmer-Pröscher; der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Handke; Mitglieder des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front; Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten; Vertreter der demokratischen Parteien und Massenorganisationen.

Anwesend waren der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin; weitere Mitglieder des Diplomatischen Korps; Generale und Offiziere des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik, Vertreter der in- und ausländischen Presse.

Ansprache N. S. Patolitschews

Teure Genossen und Freunde!

Gestatten Sie mir, im Namen der Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR Ihnen für die Einladung zum Besuche Ihres Landes den tiefempfundenen Dank auszusprechen und Ihnen von ganzem Herzen für den freundschaftlichen Empfang zu danken. Wir schätzen uns glücklich, die Deutsche Demokratische Republik, den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands, besuchen zu können. Die Sowjetmenschen verfolgen mit großem Interesse das Leben und die Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik. Gemeinsam mit Ihnen freuen wir uns über Ihre Erfolge beim Aufbau Ihres volksdemokratischen Staates. Ihr aktiver Kampf für die Schaffung der Grundlagen eines neuen Lebens in der Republik ist ein wesentlicher Beitrag zu der gemeinsamen Sache, die Kraft des großen Lagers der Demokratie und des Sozialismus in der ganzen Welt zu stärken.

Das Sowjetvolk ist mit der friedliebenden Politik der Deutschen Demokratischen Republik, die die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit und die Vereinigung des Landes auf friedlicher und demokratischer Grundlage zum Ziel hat, gut vertraut. Diese Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik findet auch das volle Verständnis und die Unterstützung der ganzen fortschrittlichen Menschheit.

Wir sind davon überzeugt, daß die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen unseren Völkern auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten bestehen, sich auch in Zukunft immer mehr entwickeln und stärken werden.

Es lebe die Freundschaft und die Zusammenarbeit des deutschen und des sowjetischen Volkes!

(Neues Deutschland, Berlin 26. 11. 55)

122.

Empfang der Delegation des Obersten Sowjets bei Volkkammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann

Am Nachmittag des 25. November 1955 empfing der Präsident der Volkkammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, die Delegation des Obersten Sowjets im Hause der obersten Volksvertretung unserer Republik. Dabei waren u. a. anwesend die Stellvertreter des Präsidenten der Volkkammer Oberbürgermeister Friedrich Ebert und Ernst Goldenbaum. Die Delegationsmitglieder und die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik tauschten Worte herzlicher Freundschaft.

(Neues Deutschland, Berlin 26. 11. 55)

123.

Empfang der Delegation des Obersten Sowjets bei Präsident Wilhelm Pieck

Die Gruppe von Mitgliedern des Obersten Sowjets der UdSSR wurde am Abend des 25. November 1955 vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, in seinem Amtssitz Schloß Niederschönhausen empfangen.

Präsident Wilhelm Pieck begrüßte die Gäste mit großer Herzlichkeit und erklärte: „Liebe Genossinnen und Genossen Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR! Ich möchte Ihnen sagen, daß Sie uns liebe und teure Gäste sind. Sie kommen als Boten der Verständigung, des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern.

In der Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR an alle Völker und Parlamente vom 9. Februar 1955 ist gesagt, daß die Aufnahme direkter Verbindungen zwischen den Parlamenten und der Austausch von Parlamentsdelegationen dem Streben der Völker nach Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und nach Zusammenarbeit entsprechen werde. Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der

Sowjetunion bestehen enge freundschaftliche Beziehungen. Es besteht auch eine enge Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten auf den Gebieten der Wirtschaft, der Technik und Wissenschaft, der Kunst und des Sports.

Sie, liebe sowjetische Freunde, spielen als Deputierte des Obersten Sowjets auch eine hervorragende Rolle im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der verschiedenen Sowjetrepubliken. Ihr Besuch wird zweifellos dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern noch vielseitiger zu gestalten. Unsere Werktätigen werden Ihnen ihre Errungenschaften des friedlichen sozialistischen Aufbaus zeigen. Sie werden aber auch von Ihnen lernen wollen, wie man diesen Aufbau zum Wohle des Volkes noch schneller und erfolgreicher vorantreiben kann. Bei diesen Aussprachen mit unseren schaffenden Menschen werden auch Sie, liebe sowjetische Freunde, manche Anregung erhalten.

Ein freundschaftlicher Gedanken- und Erfahrungsaustausch bringt stets beiden Teilen einen Gewinn. Darin unterscheidet sich auch der Frieden vom Krieg, der allen Beteiligten nur zum Schaden gereicht. Eben deshalb kämpfen wir gemeinsam gegen jene gefährliche Politik der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, durch den die Völker in unserem Jahrhundert schon zweimal in unermessliches Leid und Elend gestürzt wurden. Ihr Besuch wird also auch unseren gemeinsamen Willen und unsere gemeinsame Entschlossenheit bekräftigen, alles zu tun, um den Völkern Europas durch die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten. Sie werden sich davon überzeugen können, daß die Deutsche Demokratische Republik aufrichtig bereit ist, ihren Beitrag zur Sicherung des europäischen Friedens zu leisten. Darin sehen wir eine notwendige Voraussetzung für den Zusammenschluß Deutschlands zu einem friedlichen und demokratischen Staat.

Unter diesen beiden großen Aspekten der festen freundschaftlichen Zusammenarbeit und der Sicherung des Friedens sehe ich Ihren Besuch, liebe sowjetische Freunde! In diesem Geiste entbiete ich Ihnen unseren herzlichsten Willkommensgruß in der Deutschen Demokratischen Republik!“

Vor der Ansprache des Präsidenten hatte der Leiter der Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Patolitschew, der großen Freude der Delegation Ausdruck gegeben, daß dieser Besuch beim Präsidenten der Deutschen Demokratischen

Republik an einem denkwürdigen Tag seines Lebens erfolgt. Bekanntlich wurde Wilhelm Pieck vor genau 50 Jahren Abgeordneter des Stadtparlaments von Bremen. „Die Sowjetmenschen kennen Sie gut und verehren Sie, Genosse Präsident, als hervorragenden Kämpfer der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung und aufrichtigen Freund der Sowjetunion“, sagte N. S. Patolitschew. Er wünschte Wilhelm Pieck im Namen der Delegation beste Gesundheit und weitere Erfolge für die Arbeit zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik.

An dem Empfang nahmen teil: der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer und Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, der Chef der Präsidialkanzlei, Staatssekretär Max Opitz, der Chef der Privatkanzlei, Staatssekretär Otto Winzer, sowie der Chef des Protokolls, Ferdinand Thun.

Anwesend waren ferner der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, sowie Botschaftsrat S. T. Astawin.

(Neues Deutschland, Berlin 26. 11. 55)

124.

Delegation des Obersten Sowjets in der Volkskammer

Der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, empfing am 26. November 1955 im Hause der Volkskammer die in der Deutschen Demokratischen Republik weilende Gruppe von Mitgliedern des Obersten Sowjets der UdSSR. Er gab eine grundlegende Information über die Tätigkeit der obersten Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik, damit die Gäste vor ihrer Rundreise durch die Republik schon einen umfassenden Einblick in die Arbeitsweise der Abgeordneten haben. Volkskammerpräsident Dr. Dieckmann informierte die sowjetischen Gäste über die wichtigsten Bestimmungen der Verfassung und der Geschäftsordnung bezüglich der Aufgaben und Pflichten der obersten

Volksvertretung. Er gab ihnen einen Überblick über die bisherige Geschichte der Volkskammer und die Hauptpunkte der parlamentarischen Arbeit in den vergangenen fünf Jahren.

Bei der Würdigung der Tätigkeit der Volkskammer hob Dr. h. c. Dieckmann hervor, daß in den vier Jahren ihrer ersten Legislaturperiode eine Vielzahl von Vorschlägen und Anregungen an gleichartige Organe in der Bundesrepublik ergangen sind, mit dem Ziel, zur Wiedervereinigung Deutschlands zu gelangen. Diese Vorschläge und Anregungen seien alle abgelehnt worden.

Die Gruppe von Mitgliedern des Obersten Sowjets der UdSSR erfuhr von Dr. Dieckmann, daß sich die Volkskammer aus 268 Arbeitern, 42 Bauern, 67 Angestellten, 41 Handwerkern und Gewerbetreibenden und 48 Angehörigen der verschiedensten Berufe der schaffenden Intelligenz zusammensetzt, daß 17 Volksvertreter jünger als 25 Jahre und 52 Volksvertreter 25 bis 30 Jahre alt sind.

Die Volkswahlen im Oktober 1954 seien eine überwältigende Dokumentation des Vertrauens der Bevölkerung zu den Kandidaten und zu dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gewesen, stellte Dr. Dieckmann fest. Mehr als 493 000 Versammlungen, an denen über 14 Millionen Bürger teilnahmen, seien der Wahl vorausgegangen. „Noch niemals gab es auf deutschem Boden ein Parlament, das eine derartige einmütige Legitimation des Volkes für sich in Anspruch nehmen konnte“, erklärte Dr. Dieckmann.

Der Leiter der Delegation, N. S. Patolitschew, dankte für die gründliche Information. Es werde sicher noch Gelegenheit sein, ausgehend davon einen Erfahrungsaustausch zu führen. „Unser bisheriger Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik hat gezeigt, daß wir uns ungeachtet der Sprachschwierigkeiten ausgezeichnet verstehen. Unsere Herzen schlugen im gleichen Takt, als wir vor wenigen Stunden die deutschen Vorkämpfer für Frieden, Demokratie und Sozialismus und die für die Befreiung Deutschlands gefallenen sowjetischen Kämpfer ehrten.“

Die Mitglieder der Delegation hatten Gelegenheit, sich bei den anwesenden Mitgliedern des Präsidiums der Volkskammer und dem Präsidenten der Länderkammer, August Bach, in persönlichen Gesprächen über nähere Einzelheiten zu unterrichten.

(ADN 26. 11. 55)

Empfang für die Delegation des Obersten Sowjets in Berlin

Das Präsidium der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und das Präsidium des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik gaben zu Ehren der Delegation des Obersten Sowjets am 13. Dezember 1955 im Haus der Ministerien zu Berlin einen Empfang. Dem Empfang wohnten u. a. der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, bei.

(ADN 13. 12. 55)

Abreise der Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR von Berlin

Die Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR, die zu einem 18tägigen Freundschaftsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik weilte, flog am 14. Dezember 1955 vom Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld nach Moskau zurück.

„In aufrichtigen Gesprächen“, sagte der Leiter der Delegation N. S. Patolitschew dem Volkskammerpräsidenten Dr. Johannes Dieckmann in seinen Dankesworten, „haben wir uns davon überzeugt, daß die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik geschlossen zu ihrer Regierung stehen und durch ihre selbstlose Arbeit die Kraft und die Macht der Deutschen Demokratischen Republik verstärken, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands, der die große Zukunft des deutschen Volkes verkörpert.“

Zur Verabschiedung waren erschienen das Mitglied des Politbüros des ZK der SED Karl Schirdewan, Mitglieder der Regierung, Mitglieder der Präsidien der Volks- und Länderkammer sowie Mitglieder des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Zugewen waren

der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, weitere Mitglieder des Diplomatischen Korps sowie Generale und Offiziere des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik.

(Neues Deutschland, Berlin 15. 12. 55)

127.

Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen mit der UdSSR für das Jahr 1956

Im Ergebnis der erfolgreich geführten Handelsbesprechungen zwischen den Handelsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde am 3. Dezember 1955 in Moskau das Protokoll über die gegenseitigen Warenlieferungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für das Jahr 1956 unterzeichnet. Die Verhandlungen wurden im Geiste der gegenseitigen Freundschaft und auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung geführt.

Die in diesem Protokoll festgelegten Warenlieferungen beinhalten gegenüber dem Protokoll vom 24. März 1955* eine Steigerung von rund 24 Prozent.

Die Deutsche Demokratische Republik wird vor allem Erzeugnisse des Maschinenbaues, wie Bergbau- und Aufbereitungsausrüstungen, Ausrüstungen für die Metallurgie, Hebezeuge, Werkzeugmaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen, Generatoren, Transformatoren, Ausrüstungen für die Kühlindustrie, die Baustoff-, die chemische und die Textilindustrie, Schiffe, Schienenfahrzeuge, chemische Erzeugnisse und andere Waren liefern. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken liefert dagegen Getreide, Nahrungsmittel, Walzmaterialien, Edelmetalle, Kohle, Erze, Maschinenausrüstungen, Holz, Erdöl, Baumwolle und andere Waren.

Das Protokoll wurde von sowjetischer Seite vom Minister für Außenhandel der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

* siehe Band II, Nr. 87

Kabanow, von deutscher Seite vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, unterzeichnet.

(ADN 3. 12. 55)

Minister Rau über den Warenaustausch mit der UdSSR

Von den Handelsbesprechungen aus Moskau kommend, traf am 4. Dezember 1955 an der Spitze der deutschen Regierungsdelegation der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, auf dem Flugplatz in Berlin-Schönefeld ein. Die Delegation wurde vom Staatssekretär Gregor sowie dem Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Außenhandel in der UdSSR, Surin, der sich zur Zeit als Leiter einer Spezialisten-Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik befindet, vom Leiter der Handelsdelegation der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, Seltjakow, u. a. begrüßt.

Minister Rau hielt eine kurze Ansprache: „Im Anschluß an die Unterzeichnung des Protokolls über die gegenseitigen Warenlieferungen im Jahre 1956 sagte der sowjetische Außenhandelsminister, Genosse Kabanow, daß dieser so umfangreiche und in so kurzer Zeit vereinbarte Vertrag ein Ausdruck der besonders herzlichen Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern ist, wie auch ein Ausdruck der gemeinsamen Organisation und der gegenseitigen Hilfe in der Entwicklung unserer Volkswirtschaften. So ist es. Die Sowjetunion war bisher stets unser bedeutendster Handelspartner und bester Helfer. Sie wird das auch im Jahre 1956 sein. Der Handelsvertrag für das Jahr 1956 ist in seinem Volumen der bisher größte Vertrag, der je von uns abgeschlossen wurde. Besonders beachtlich ist die festgelegte Erhöhung unseres Exports von Erzeugnissen des Maschinenbaues, die gegenüber dem für 1955 abgeschlossenen Vertrag eine Steigerung um rund 30 Prozent beinhaltet. Darin drückt sich der wachsende Bedarf der Sowjetunion an Maschinen und Ausrüstungen aus, der sich im Zusammenhang mit dem Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus ergibt und sich besonders auf das Tempo der Entwicklung der Wirtschaft aller sozialistischen Staaten auswirkt. Meines Erachtens ist das zugleich ein Beitrag zu der in westdeutschen Zeitungen entfachten Diskussion, ob die Sowjet-

union ein nennenswerter Handelspartner sein könne oder nicht. Die Kosten dieser Diskussion der Sowjetfeinde trägt einstweilen die nicht ins Geschäft kommende westdeutsche Wirtschaft.

Dankbar hervorheben möchte ich hier auch die Tatsache, daß diesmal der Vertragsabschluß um etwa vier Monate früher als für das Jahr 1955 erfolgte. Unseren Produktionsbetrieben wird dadurch die Organisierung des Produktionsablaufs und die Erfüllung der Aufträge erleichtert. All das steht nicht zuletzt in engem Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag bezüglich der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, ist gewissermaßen ein ökonomischer Beitrag dazu.

Aufgabe unserer Produktionsbetriebe, Handelsorgane und Verwaltungen ist es nun, durch gute Organisation der Arbeit und Entfaltung größerer Initiative die termingerechte Durchführung des Vertrages zu gewährleisten.“

(Vorwärts, Berlin 5. 12. 55)

128.

Unterzeichnung des Abkommens über Schiffbau mit der UdSSR

Zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der UdSSR wurde am 23. Dezember 1955 in Berlin das Abkommen über die Lieferung von Schiffen und anderen schwimmenden Objekten für die Jahre 1957 bis 1960 unterzeichnet.

Die besondere Bedeutung dieses Abkommens liegt darin, daß damit für den Schiffbau der Deutschen Demokratischen Republik genaue Grundlagen über die Lieferungen für die kommenden Jahre gegeben sind. Im Zusammenhang mit den Festlegungen für die Lieferung von Schiffen wurde die Lieferung der wichtigen Materialien für den Bau dieser Schiffe vereinbart. Das Abkommen wird dazu beitragen, die Entwicklung des Schiffbaues der Deutschen Demokratischen Republik zu fördern. Die darüber durchgeführten Verhandlungen wurden im Geiste aufrichtiger Freundschaft geführt.

(ADN 23. 12. 55)

Übergabe von 7 Warenhäusern und 53 Verkaufsstellen an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Von der Verwaltung der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland wurden der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik 7 Warenhäuser und 53 Verkaufsstellen übergeben, die bisher Einkaufsstätten für die sowjetischen Streitkräfte und deren Angehörige in der Deutschen Demokratischen Republik gewesen sind. Die Übergabe dieser nach dem Vorbild sowjetischer Verkaufsstätten eingerichteten Warenhäuser und Verkaufsstellen erfolgte mitsamt allen Einrichtungen und mit einem Warenbestand in Höhe von 25 Millionen DM.

Unter den von der Verwaltung der sowjetischen Streitkräfte übergebenen Objekten befinden sich u. a. die vorbildlich eingerichteten Warenhäuser in Potsdam, Leipzig, Erfurt, Schwerin und Weimar, die wie alle anderen dem staatlichen Handel der Deutschen Demokratischen Republik übergebenen Verkaufsstätten nunmehr der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung stehen.

Die Übergabe dieser insgesamt 60 Warenhäuser und Verkaufsstellen ist ein Ausdruck der herzlichen Freundschaft zwischen der Sowjetunion und dem deutschen Volke.

(Neues Deutschland, Berlin 24. 12. 55)

Besprechung zwischen deutschen und sowjetischen Staatsmännern in Moskau am 29. Dezember 1955

Zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, N. S. Chruschtschow, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, fand am 29. Dezember 1955 im Kreml ein Meinungsaustausch über beide Seiten inter-

essierende internationale Fragen statt. Es wurde die einhellige Meinung beider Seiten bekräftigt, daß weitere Bemühungen der Staaten zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa dringend notwendig sind. Die Organisierung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit unter Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik würde reale Voraussetzungen für die Regelung der Deutschlandfrage in Übereinstimmung mit den Interessen des Friedens in Europa schaffen.

Während der Unterredung wurde der einmütigen Meinung Ausdruck gegeben, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der einzig reale Weg zur Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat die Herbeiführung einer entsprechenden Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — ist. Die Unterredung verlief in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und der Freundschaft.

(ADN 30. 12. 55)

131.

Ankunft der Regierungsdelegation der UdSSR zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin

Zu den Feierlichkeiten anläßlich des 80. Geburtstages von Präsident Wilhelm Pieck traf am 2. Januar 1956 die sowjetische Regierungsdelegation auf dem Berliner Ostbahnhof ein. Sie wird geleitet von dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, dem Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, K. J. Woroschilow. Ihr gehören weiter P. N. Pospelow, Sekretär des ZK der KPdSU, O. W. Kuusinen, Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, G. M. Puschkin, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter, und Frau E. D. Stassowa an.

Die Regierungsdelegation wurde von Ministerpräsident Otto Grotewohl, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, dem Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrates, Mitgliedern und Kandidaten

des Politbüros des ZK der SED und Sekretären des ZK der SED und dem Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Prof. Dr. Correns, herzlich begrüßt.

Ferner waren erschienen die Mitglieder der zu den Feierlichkeiten anwesenden Regierungsdelegationen der befreundeten Länder, Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates, Mitglieder der Präsidien der Volks- und Länderkammer, Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei, Vertreter des Diplomatischen Korps sowie Vertreter des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland.

Vor dem Ostbahnhof hatten sich Tausende Berlinerinnen und Berliner zur Begrüßung der sowjetischen Gäste eingefunden. Ein Musikzug intonierte die Staatshymne der UdSSR und die Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik. Der Kommandeur der angetretenen Ehrenkompanie der Kasernierten Volkspolizei meldete K. J. Woroschilow die Losung des Tages: „Für feste unverbrüchliche Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk.“ Anschließend schritten K. J. Woroschilow und Ministerpräsident Grotewohl die Ehrenkompanie ab.

(Neues Deutschland, Berlin 3. 1. 56)

132.

Ansprache des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Marschalls K. J. Woroschilow, auf dem Staatsakt zu Ehren des Präsidenten Wilhelm Pieck am 3. Januar 1956 in Berlin

Hochverehrter Genosse Präsident!

Lieber Genosse Wilhelm Pieck!

Gestatten Sie mir, Sie im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, der Sowjetregierung, des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des ganzen Sowjetvolkes zu Ihrem Geburtstag, an dem Sie achtzig Jahre Ihres ruhmreichen Lebens vollenden, herzlich zu begrüßen und zu beglückwünschen.

Mit dem Gefühl der Hochachtung grüßt Sie die sowjetische Delegation als eine der ältesten und hervorragendsten Persönlichkeiten der deutschen und der internationalen Arbeiter-

bewegung, als Präsidenten des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte des deutschen Volkes — der Deutschen Demokratischen Republik —, des Staates, der den Grundstein zur demokratischen und friedlichen Entwicklung Deutschlands legte.

Ihr ganzes ruhmreiches Leben und Ihre hervorragende gesellschaftlich-politische Tätigkeit sind unlösbar mit der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, mit dem Kampf für die Lebensinteressen des deutschen Volkes, für die Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verbunden.

In den vordersten Reihen für die Sache der Arbeiterklasse kämpfend, haben Sie über sechzig Jahre Ihres beispielhaften Lebens der revolutionären Arbeiterbewegung gewidmet. In den für das werktätige deutsche Volk schweren Zeiten haben Sie als Mitkämpfer Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings und Clara Zetkins gemeinsam mit ihnen an der Spitze der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Menschen Deutschlands im Kampf gegen den deutschen Militarismus und die Reaktion, für die Freiheit des deutschen Volkes gestanden.

Sie haben die deutsche Arbeiterklasse und alle Werktätigen im Geiste des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus erzogen, schonungslos für die Ausmerzung des Opportunismus und Chauvinismus in der deutschen Arbeiterbewegung gekämpft und die Völkerfreundschaft verfochten. Als einer der ersten in der deutschen Arbeiterbewegung haben Sie die Revolution von 1905 in Rußland auf das wärmste begrüßt und die Große Sozialistische Oktoberrevolution mit Begeisterung aufgenommen. Gemeinsam mit anderen hervorragenden Führern der deutschen Arbeiterklasse standen Sie an der Spitze der revolutionären Arbeiter in der Novemberrevolution von 1918 in Deutschland.

Die Schaffung der Kommunistischen Partei Deutschlands, deren Mitbegründer Sie waren, bedeutete einen Sieg der Ideen des Marxismus-Leninismus und war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In der Weimarer Periode haben Sie zusammen mit dem hervorragenden Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, dem unvergeßlichen Ernst Thälmann, die Kräfte der deutschen Arbeiterklasse zusammengeschweißt und zum Kampf gegen den deutschen Imperialismus, für den friedlichen und demokratischen Entwicklungsweg Deutschlands erhoben. In den finsternen Jahren der

faschistischen Reaktion war die Kommunistische Partei Deutschlands, die von solchen Revolutionären wie Sie geführt wurde, die einzige politische Partei im Lande, die die deutschen Arbeiter und alle fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes zum entschlossenen Kampf gegen den Faschismus aufrief und den antifaschistischen Widerstand im Lande organisierte.

Nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die Werktätigen der ganzen Welt kennen gut Ihre hervorragende Rolle bei der Festigung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse und bei der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beim Zusammenschluß aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte zur Verwirklichung der grundlegenden demokratischen Umgestaltungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, zum erfolgreichen Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik.

Durch den Willen des deutschen werktätigen Volkes an die Spitze des ersten demokratischen deutschen Staates gestellt, haben Sie sich, lieber Genosse Pieck, durch Ihre persönliche Bescheidenheit, durch Ihr feinfühliges und aufmerksames Eingehen auf die Nöte der Arbeiter und aller Werktätigen, durch Ihre Prinzipientreue und Ihre Gerechtigkeit bei der Lösung großer und kleiner Fragen die Achtung und die innige Liebe der Werktätigen Deutschlands erworben. Als Oberhaupt eines mit dem Volke eng verbundenen Arbeiter-und-Bauern-Staates genießen Sie verdiente Autorität und Achtung unter den breiten Massen des deutschen Volkes. Ihr ruhmvoller Name ist der gesamten fortschrittlichen Menschheit bekannt.

Die Deutsche Demokratische Republik hat unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in kurzer Zeit große Erfolge bei der Entwicklung der Friedenswirtschaft und der Kultur, bei der Errichtung einer wahrhaft demokratischen Arbeiter-und-Bauern-Macht und bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus erzielt. Die gesamte in der Deutschen Demokratischen Republik geleistete gigantische Aufbauarbeit wurde möglich, weil die Arbeiterklasse und alle Werktätigen des Landes, die durch den Zusammenschluß aller antifaschistischen und demokratischen Parteien und Organisationen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland um ein Vielfaches wuchsen und weiter wachsen, für diese große Sache alle ihre Kräfte, Talente und Fähigkeiten einsetzen.

Die Tatsache, daß im Zentrum Europas die Deutsche Demokratische Republik besteht, die eine Politik der aufrichtigen Friedensliebe und der Freundschaft zu anderen Völkern betreibt, ist ein außerordentlich wichtiger Faktor des Friedens und der internationalen Sicherheit. Die Deutsche Demokratische Republik hat die festen Grundlagen für die Errichtung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands geschaffen. Die Anstrengungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Lösung der Deutschlandfrage in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa finden die Sympathie und die Unterstützung aller friedliebenden Völker. Die Lösung der Deutschlandfrage hängt in erster Linie vom deutschen Volk selbst, von seiner Entschlossenheit ab, den friedlichen und demokratischen Entwicklungsweg Deutschlands durchzusetzen und somit den verderblichen Weg des Militarismus und des Krieges zu vermeiden.

Sie, Genosse Pieck, haben sich stets in den Reihen der Arbeiterbewegung für den Zusammenschluß aller Kräfte der Arbeiterklasse zum Kampf für eine lichte Zukunft Ihres Volkes und der gesamten Menschheit eingesetzt. Und wir freuen uns zu sehen, daß Sie auch gegenwärtig als Präsident der Deutschen Demokratischen Republik zur Aktionseinheit der Arbeiter und der Werktätigen ganz Deutschlands aufrufen, daß Sie im Interesse der erfolgreichen Verwirklichung der friedlichen Vereinigung Deutschlands, der Gewährleistung seiner Unabhängigkeit von der Vormundschaft der imperialistischen Mächte und von ihren Militärblocks, im Interesse des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus auch der Sozialdemokratischen Partei der Deutschen Bundesrepublik, ihren Mitgliedern und Organisationen die Bruderhand reichen.

Lieber Genosse Pieck!

Die Sowjetmenschen kennen und lieben Sie als treuen und konsequenten Verfechter der Ideen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, als erprobten und standhaften Kämpfer für die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk. Die Delegation der Sowjetunion wünscht Ihnen, lieber Genosse Pieck, und dem ganzen deutschen Volk weitere Erfolge im Kampf für ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland.

Die sowjetische Delegation begrüßt Sie an Ihrem 80. Geburtstag nochmals von ganzem Herzen und wünscht Ihnen gute Gesundheit und ein langes Leben zum Wohle und zum Gedeihen des deutschen Volkes.

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik und ihr Präsident Wilhelm Pieck!

Es lebe die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion!

Genossen! Gestatten Sie mir, das Grußschreiben des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, des Ministerrates der UdSSR und des Zentralkomitees der KPdSU an unseren teuren Genossen Wilhelm Pieck zu verlesen:

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Wilhelm Pieck

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, die Sowjetregierung und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion senden Ihnen, dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, der hervorragenden Persönlichkeit der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zu Ihrem 80. Geburtstage herzliche Grüße und Wünsche für gute Gesundheit.

Ihr ganzes gesellschaftlich-politisches Leben, Ihr gesamtes Wirken als Staatsmann sind ein leuchtendes Beispiel des Dienstes am deutschen Volk, des Kampfes für den demokratischen und friedlichen Entwicklungsweg Deutschlands. Der von Ihnen geführte erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in der Geschichte des deutschen Volkes, die Deutsche Demokratische Republik, hat große Erfolge bei der Entwicklung der Wirtschaft und Kultur erzielt und ist zu einem zuverlässigen Bollwerk der friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes geworden.

In Ihrer Person haben das werktätige deutsche Volk und die internationale Arbeiterbewegung einen treuen Verfechter der Ideen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, einen unerschütterlichen Kämpfer für die Freundschaft zwischen den Völkern, für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Wir wünschen Ihnen, lieber Genosse Pieck, ein langes Leben und weitere Erfolge beim Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik zum Wohle des gesamten deutschen Volkes, im Kampf für die Lebensinteressen der Werktätigen, für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges

Deutschland, für die Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR

Der Ministerrat der UdSSR

Das Zentralkomitee der KPdSU

(Neues Deutschland, Berlin 4. 1. 56)

133.

**Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck
an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets
der UdSSR und Marschall der Sowjetunion, K. J. Woroschilow,
zu dessen 75. Geburtstag**

Teurer Genosse Woroschilow!

Gestatten Sie mir, Ihnen zu Ihrem 75. Geburtstag meine freundschaftlichsten Grüße und allerherzlichsten Wünsche zu übermitteln. Die aufrichtigsten Glückwünsche entbiete ich Ihnen auch im Namen der Deutschen Demokratischen Republik, von deren schaffenden Menschen Sie bei Ihrem Besuch mit so großer Aufgeschlossenheit empfangen wurden. Sie, Genosse Woroschilow, fanden bei den werktätigen Menschen überall offene Herzen, weil sie in Ihnen den treuen Schüler und Mitkämpfer des großen und unvergeßlichen Lenin erkannten.

Im zaristischen Rußland sind Sie, Genosse Woroschilow, den ruhmvollen, aber schweren Weg des Arbeiterrevolutionärs durch alle Formen des Klassenkampfes, durch Zuchthaus und Verbannung, bis zum Siege des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gegangen. Als es galt, die junge Sowjetrepublik gegen die Anschläge der Weißgardisten und imperialistischen Interventen zu verteidigen, wurden Sie einer der tapfersten Organisatoren und Führer der bewaffneten Kräfte der Arbeiter- und Bauern-Macht.

An der Seite Stalins verteidigten Sie den Marxismus-Leninismus gegen alle seine Feinde und halfen mit, die Gewähr für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion zu schaffen. In politischen Kämpfen und militärischen Schlachten erprobt, wurden Sie Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die für uns alle Vorbild und Lehrmeisterin ist.

Als Mitglied des Staatlichen Verteidigungs-Komitees leisteten Sie Hervorragendes zur Verteidigung Ihres sowjetischen Heimatlandes gegen den hinterhältigen Überfall und die barbarische Kriegführung des Hitlerfaschismus und für die Befreiung der europäischen Völker vom faschistischen Joch.

Eben weil Sie den Krieg und seine Folgen in der ganzen Schwere kennengelernt haben, waren und sind Sie stets ein aufrichtiger und leidenschaftlicher Verfechter des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern. Die Arbeiter und Bauern, Wissenschaftler und Künstler der Deutschen Demokratischen Republik begrüßten und ehrten in Ihnen daher den sowjetischen Staatsmann, der konsequent für die freie und dauerhafte Freundschaft zwischen unseren Völkern und für die Verständigung zwischen allen Völkern eintritt.

Ich wünsche Ihnen, teurer Genosse Woroschilow, noch viele, viele Jahre Gesundheit und Schaffenskraft zum Wohle der Völker der Sowjetunion, zum Wohle des Weltfriedens. Mit diesem Wunsche und den herzlichsten Grüßen verbleibe ich

Ihr Wilhelm Pieck

(Neues Deutschland, Berlin 4. 2. 56)

134.

Ankunft einer Regierungsdelegation der UdSSR zum Besuch der Frühjahrsmesse 1956 in Leipzig

Eine Regierungsdelegation der UdSSR ist am 25. Februar 1956 mit einem Sonderflugzeug in der Messestadt eingetroffen. Die Delegation wird geleitet von dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Malyschew. Ihr gehören ferner an der stellvertretende Minister für Außenhandel, Bolschakow, der Minister für Straßenbaumaschinen, Nowoselow, der Minister für Leichtindustrie, Mirotworzew, der stellvertretende Minister für Werkzeugmaschinenbau, Kostoussow, der Minister für Textilindustrie der RSFSR, Cholostow, und der Minister für Brennstoffindustrie und Örtliche Industrie der Ukraine, Grizenko.

(ADN 25. 2. 56)

Sowjetische Delegation von Energiefachleuten auf dem Wege nach Großbritannien am 14. und 15. März 1956 in Berlin

Auf dem Flug nach England ist am 14. März 1956 eine sowjetische Delegation von Energiefachleuten unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, G. M. Malenkov, in Berlin zwischengelandet. Die Delegation wurde auf dem Flugplatz Schönefeld vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Fritz Selbmann, begrüßt. Zum Empfang hatten sich außerdem der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Hans Loch, die Minister Burmeister und Goschütz sowie der Sekretär des Zentralkomitees der SED Gerhart Ziller eingefunden. Von sowjetischer Seite waren unter anderen der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, der Oberkommandierende des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik, Marschall der Sowjetunion A. A. Gretschko, und weitere Vertreter der Sowjetischen Botschaft anwesend.

Am Nachmittag wurde die Delegation von Ministerpräsident Otto Grotewohl empfangen. Der Ministerpräsident gab ein Essen.

Am Abend wohnte die Delegation der Aufführung „Eugen Onegin“ in der Deutschen Staatsoper bei.

(ADN 14. 3. 56)

Abreise der sowjetischen Delegation

Am 15. März 1956 wurde die sowjetische Delegation auf dem Flugplatz Berlin-Schönefeld vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Fritz Selbmann, verabschiedet. Der Verabschiedung wohnten der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Hans Loch und Paul Scholz sowie die Minister Goschütz und Burmeister

bei. Von sowjetischer Seite waren der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, der Oberkommandierende des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik, A. A. Gretscho, sowie Mitarbeiter der Sowjetischen Botschaft in Berlin anwesend.

(ADN 15. 3. 56)

136.

Beschluß des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR: Übergabe der Bibliothek von Gotha an die Deutsche Demokratische Republik

Die fast 300 000 Bände zählende Bibliothek von Gotha, die nach dem Kriege in der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Leningrad aufbewahrt wurde, soll jetzt der Deutschen Demokratischen Republik übergeben werden. Diesen Beschluß des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion teilte Radio Moskau am 19. April 1956 in einer deutschsprachigen Sendung mit.

Die Sammlung, die zu den wertvollsten der Welt gehört, enthält u. a. gedruckte Bücher aus dem 15. Jahrhundert, darunter Bände aus der Druckerei von Gutenberg, Erstausgaben von Werken Ciceros, Abhandlungen von Aristoteles sowie Werke Luthers, die zu seinen Lebzeiten erschienen sind.*

(ADN 19. 4. 56)

Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. April bis 18. Mai 1956 in der UdSSR

137.

Zusammensetzung der Delegation

Der Delegation, die vom Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, geleitet wird, gehören folgende

* siehe Nr. 153

Mitglieder der Volkskammer sowie Abgeordnete und Vertreter anderer parlamentarischer Körperschaften der Republik an: Hermann Matern, Erster Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer; Gerald Götting, Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer; Paul Scholz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates; Wolfgang Rösser (NDPD); Ursula Friedrich (CDU); Kurt Abendroth (DBD); Siegrid Thieme (FDJ); Walter Buchheim (SED); Prof. Dr. Hans Beyer (NDPD); Prof. Dr. Karl Polak (SED); Waldemar Schmidt (SED); Kurt Krenz (SED); Cäcilie Weidenbach (FDGB); Gisela Fuchs (DFD); Otto Sierau (FDGB) und Dr. Max Suhrbier (LDPD).

(Neues Deutschland, Berlin 26. 4. 56)

138.

Abreise von Berlin

Der Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, Oberbürgermeister Friedrich Ebert, gab bei der Verabschiedung der Delegation auf dem Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld der Überzeugung Ausdruck, daß die Studienergebnisse der Reise die Diskussion der Bevölkerung über die breitere Entfaltung der Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik befruchten werden. Volkskammerpräsident Dr. Dieckmann betonte in seinen Dankesworten, daß der Besuch in der Sowjetunion die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten weiter vertiefen wird.

(Neues Deutschland, Berlin 26. 4. 56)

139.

Ankunft der Volkskammerdelegation in Moskau

Mit zwei Sondermaschinen der Deutschen Lufthansa traf am 25. April 1956 die unter Leitung von Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann stehende Delegation der obersten Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik in der sowjetischen Hauptstadt ein. Auf dem mit den Fahnen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR geschmückten Flugplatz Wnukowo hatten sich zur Begrüßung der deutschen Gäste eingefunden der Vorsitzende des Natio-

nalitätensowjets, W. T. Lazis, der Vorsitzende des Unionssowjets, A. P. Wolkow, der stellvertretende Außenminister Semjonow und weitere Vertreter des öffentlichen Lebens und Botschafter Johannes König. Hunderte Moskauer Arbeiter begrüßten mit Blumen die Gäste, die als erste deutsche Parlamentsdelegation in der Geschichte der Beziehungen beider Länder in die Sowjetunion reiste.

Mit herzlichen Worten empfing der Vorsitzende des Nationalitätensowjets, W. T. Lazis, die deutschen Parlamentarier. „Das Sowjetvolk“, erklärte er, „verfolgt mit großem Interesse den Weg der Deutschen Demokratischen Republik und freut sich über ihre Errungenschaften. Die Sowjetunion bringt dem Streben des deutschen Volkes nach Frieden und Wiederherstellung der Einheit großes Verständnis entgegen.“ Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Delegation überall in der Sowjetunion aufrichtigen Gefühlen der Freundschaft begegnen werde. Dr. Dieckmann dankte für den überaus herzlichen Empfang der Delegation. Die oberste Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik betrachte die Einladung als eine hohe Ehre. „Wir erwidern“, erklärte Dr. Dieckmann, „den Besuch der Delegation des Obersten Sowjets in der Deutschen Demokratischen Republik, an den wir uns mit großer Freude erinnern und aus dem wir bereits viele Anregungen für unsere Arbeit gewonnen haben. Jetzt brennen die in die Sowjetunion gereisten Vertreter der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik darauf, die großen neuen Fortschritte des Sowjetvolkes auf dem Wege zum Kommunismus an Ort und Stelle kennenzulernen. Auch diese Reise“, schloß Dr. Dieckmann, „soll dazu beitragen, die unzerstörbare Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern zu festigen.“

(Neues Deutschland, Berlin 26. 4. 56)

140.

Volkskammerdelegation im Kreml

Die Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist am 26. April 1956 im großen Kremmpalast von den Vorsitzenden des Unionssowjets und des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, A. P. Wolkow und W. T. Lazis, empfangen worden.

Nach der Aussprache besichtigten die deutschen Gäste Lenins Wohn- und Aufenthaltsräume, in denen der Schöpfer des Sowjetstaates von März 1918 bis zu seiner Erkrankung 1922 gewirkt hatte.

Am Nachmittag legte die Volkskammerdelegation am Eingang des Mausoleums an der Kremlmauer einen großen Kranz roter Rosen nieder. Anschließend begab sich die Delegation zur Kremlmauer, an der viele hervorragende Persönlichkeiten des Sowjetlandes sowie Führer der internationalen Arbeiterbewegung ihre letzte Ruhestätte gefunden haben.

(ADN 26. 4. 56)

141.

Empfang für die Volkskammerdelegation in der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau

Zu Ehren der Volkskammerdelegation gab der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR, Johannes König, in der Botschaft einen Cocktail-Empfang. Von sowjetischer Seite nahmen daran u. a. der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, M. G. Perwuchin, und der Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU, Breshnew, teil. Außerdem sah man unter den Gästen die diplomatischen Vertreter zahlreicher Länder, so zum Beispiel Burmas, Indiens, Ägyptens, Syriens, des Libanon und Indonesiens.

Dr. h. c. Johannes Dieckmann führte in einer Ansprache auf dem Empfang aus: „Wir hatten jede Möglichkeit, den doppelten Zweck unserer Reise nach unseren Kräften zu erfüllen: einmal uns aus eigener Anschauung genauestens über den Staatsaufbau der Sowjetunion zu unterrichten, die Arbeit der Volksvertretungen auf allen Ebenen des Staates zu studieren und hierüber einen lebhaften Meinungsaustausch zu führen. Das war und ist für uns von größter Bedeutung, weil wir uns in der Deutschen Demokratischen Republik gegenwärtig um die weitere aktivste Demokratisierung unseres gesamten Staatsapparates und insbesondere unserer Volksvertretungen bemühen.“ Darüber hinaus galt der Besuch der Vertiefung der unverbrüchlichen deutsch-sowjetischen Freundschaft.

(ADN 11. 5. 56)

**Empfang der Volkskammerdelegation durch den Vorsitzenden
des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR,
K. J. Woroschilow**

Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, K. J. Woroschilow, empfing am 12. Mai 1956 im Kreml die Delegation der Deutschen Volkskammer, die zweieinhalb Wochen die Sowjetunion bereiste, zu einer herzlichen Aussprache über ihre Eindrücke und Erfahrungen in der Sowjetunion. Dem Empfang wohnten der Stellvertreter des Außenministers der UdSSR, Semjonow, der Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets, Pegow, und der Leiter der III. Abteilung des Außenministeriums, Lapin, bei. Die Delegation war begleitet vom Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau, Johannes König.

Volkskammerpräsident Dr. h. c. Dieckmann sagte, „durch den brüderlichen Erfahrungsaustausch mit den sowjetischen Volksvertretern hätten die Abgeordneten der Deutschen Demokratischen Republik wichtige Erkenntnisse gewonnen, die für die weitere Demokratisierung der Deutschen Demokratischen Republik eine große Hilfe seien. In einer lebhaften Aussprache vermittelten sodann Mitglieder der Delegation dem sowjetischen Staatsoberhaupt ihre Eindrücke von ihrer Reise durch die UdSSR, wobei sie übereinstimmend die tiefen freundschaftlichen Gefühle der Sowjetmenschen zum deutschen Volk als stärkstes Erlebnis hervorhoben.

Woroschilow wünschte abschließend den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik weitere Erfolge und bat die Abgeordneten, dem ganzen deutschen Volk sowie Präsident Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht seine herzlichen Grüße zu übermitteln.

(Neues Deutschland, Berlin 13. 5. 56)

Aussprache im Obersten Sowjet

Am 14. Mai 1956 hatte die Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik mit führenden Deputier-

ten des Obersten Sowjets der UdSSR einen mehr als zweistündigen Informationsaustausch über die Arbeitsweise der obersten Volksvertretungen beider Staaten. Bei dem lebhaften Gespräch im Katharinensaal des Kreml waren Vorsitzende und Mitglieder der Kommissionen des Unionssowjets sowie des Nationalitätensowjets, mehrere Regierungsmitglieder, darunter Finanzminister Swerew, und von deutscher Seite auch Botschafter Johannes König anwesend.

Der Vertreter der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Nationalitätensowjets, Schelepin, berichtete, daß die Sowjetunion schon in nächster Zeit den Besuch weiterer Parlamentsdelegationen erwartet, unter anderem auch aus Dänemark und Indonesien, während weitere Delegationen des Obersten Sowjets ins Ausland fahren werden, so nach Österreich, Rumänien und Luxemburg. Schelepin schilderte die Arbeit der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Nationalitätensowjets und betonte dabei, daß sie, ebenso wie die entsprechende Kommission des Unionssowjets, an allen wichtigen außenpolitischen Entscheidungen mitarbeitet und ihre Empfehlungen gibt.

Über die Tätigkeit der Haushaltskommissionen beider Kammern des Obersten Sowjets berichtete der Vorsitzende dieser Kommission im Nationalitätensowjet, Senin. Er hob die entscheidende Rolle der Kommissionen bei der Aufstellung der Haushaltspläne hervor. Die Kommissionen prüfen genau die Ausgabenplanungen der Ministerien, machen Abänderungsvorschläge und ziehen zu ihren Beratungen Vertreter der staatlichen Organe sowie Spezialisten hinzu.

Der Vorsitzende der Kommission für Gesetzesvorlagen des Nationalitätensowjets, Gedwilas, teilte mit, daß diese Kommission und die gleichartige Kommission des Unionssowjets alle Gesetzentwürfe vor der Beschlußfassung durch den Obersten Sowjet prüfen und auch selbst Gesetzesvorlagen einbringen können. Gedwilas wies auf das Recht der einzelnen Sowjetrepubliken hin, selbst wichtige Gesetze zu beschließen, die jedoch im Einklang mit den Unionsgesetzen stehen müssen.

Vorher hatte der stellvertretende Vorsitzende des Nationalitätensowjets, Awchimowitsch, den deutschen Abgeordneten die Struktur und Tätigkeit des Obersten Sowjets dargelegt, dessen Abgeordnete in gleicher, geheimer und direkter Wahl jeweils für vier Jahre gewählt werden. Er erwähnte, daß im

Nationalitätensohwjet Deputierte von 45 Nationalitäten des Sowjetlandes vertreten sind, darunter Usbeken, Litauer, Armenier, Esten und Karelofinnen.

Volkskammerpräsident Dr. h. c. Dieckmann dankte für die Aussprache, die das Bild der von der Delegation auf ihrer Reise gesammelten Erfahrungen abgerundet habe, und berichtete seinerseits über Struktur und Arbeitsweise der Volkskammer. Dabei fanden seine Ausführungen über die Abgeordnetengruppen und das Abgeordnetenkabinett der Volkskammer das besondere Interesse der Gastgeber, die verschiedene Fragen stellten.

(Neues Deutschland, Berlin 16. 5. 56)

144.

Empfang der Volkskammerdelegation durch Unions- und Nationalitätensohwjet der UdSSR in Moskau

Der stellvertretende Vorsitzende des Unionssohwjets der UdSSR, Lebedew, und der stellvertretende Vorsitzende des Nationalitätensohwjets, Awchimowitsch, gaben am 14. Mai 1956 zu Ehren der Volkskammerdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vor deren Abreise aus Moskau einen Empfang, bei dem zahlreiche führende Persönlichkeiten des Sowjetstaates, darunter der Vorsitzende des Komitees für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU, Schwernik, und der stellvertretende Außenminister Semjonow zugegen waren. Dem Empfang wohnte ferner der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion, Johannes König, bei.

Der stellvertretende Vorsitzende des Nationalitätensohwjets, Awchimowitsch, würdigte in einer Ansprache die Rolle, die die Deutsche Demokratische Republik trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits als friedliebender und demokratischer Staat spielt. Die Deutsche Demokratische Republik habe sich in sechs Jahren ein hohes Ansehen und Vertrauen bei allen friedliebenden Völkern erworben. Die Sowjetunion werde ihr in ihrem Kampf um ein einiges demokratisches Deutschland immer ein treuer und zuverlässiger Freund sein. Der Besuch der Volkskammerabgeordneten, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Nationalitätensohwjets, habe zum gegenseitigen

besseren Kennenlernen und zur Festigung der Freundschaft zwischen beiden Ländern beigetragen. Awchimowitsch bat die Volkskammerabgeordneten, der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, ihrem Präsidenten und der Regierung Grüße und die besten Wünsche des Obersten Sowjets und der Völker der Sowjetunion zu übermitteln.

Volkskammerpräsident Dr. h. c. Dieckmann dankte dem Obersten Sowjet und dem gesamten sowjetischen Volk für die zahllosen Beweise herzlicher Freundschaft, die der Delegation überall entgegengebracht wurden. „Die Erfolge, die wir errungen haben“, sagte Dr. Dieckmann, „verdanken wir der hingebungsvollen Arbeit unserer Werktätigen. Aber ohne die freundschaftliche Hilfe der Sowjetunion wäre das schnelle Vorwärtsschreiten der Deutschen Demokratischen Republik nicht möglich gewesen. Unsere Reise durch die Sowjetunion“, sagte Dr. Dieckmann abschließend, „war ein einziger Triumph der deutsch-sowjetischen Freundschaft, das wird auch für den Westen unserer Heimat von erheblichen Auswirkungen sein.“

(Neues Deutschland, Berlin 16. 5. 56)

145.

Ankunft der Volkskammerdelegation in Berlin

Nach mehr als dreiwöchigem Aufenthalt in der Sowjetunion ist die von Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann geleitete Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. Mai 1956 nach Berlin zurückgekehrt.

Die Abgeordneten wurden auf dem Flugplatz der Deutschen Lufthansa vom Amtierenden Präsidenten der Volkskammer, Ernst Goldenbaum, vom Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, Heinrich Homann, vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzenden des Ausschusses für Deutsche Einheit, Dr. Hans Loch, weiteren Vertretern der Volkskammer, der Länderkammer, der Regierung, der Parteien, des Nationalrates der Nationalen Front und von Betriebsdelegationen herzlich begrüßt. Zur Begrüßung hatte sich ferner der Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, eingefunden.

In einer ersten Aussprache mit Pressevertretern erklärte Dr. Dieckmann, die Reise der Volkskammerdelegation hätte offenbart, welches Ansehen die Deutsche Demokratische Republik in der Welt genießt. Davon zeugten die Gespräche mit den sowjetischen Staatsfunktionären. Nicht zuletzt kam das aber auch darin zum Ausdruck, daß zu dem Empfang der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau neben den diplomatischen Vertretern der sozialistischen Länder auch die anderer Länder, darunter Indiens, Indonesiens und der arabischen Staaten, erschienen waren.

Dr. Dieckmann sagte, der Besuch der UdSSR habe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk weiter gefestigt. Unvergleichlich herzlich wurde die Volkskammerdelegation überall empfangen. Diese Feststellung gilt nicht nur für die offiziellen Empfänge durch hohe sowjetische Staatsmänner, sie trifft auch zu für die Aufnahme durch die Bevölkerung. Unvergesslich wird der deutschen Delegation der Empfang in der Heldenstadt Leningrad bleiben, jener Stadt, die im Kriege unter der grausamsten faschistischen Blockade besonders zu leiden hatte, und auch der Empfang in einem kleinen Dorf bei Kuibyschew.

Der Volkskammerpräsident betonte, daß die Delegation eine Fülle von Material gesammelt hat, das bei der Lösung unserer augenblicklich wichtigsten Aufgabe, der breiteren Entfaltung der Demokratie, eine wertvolle Hilfe sein wird.

(Neues Deutschland, Berlin 19. 5. 56)

146.

Aus dem Bericht des Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, vor der Volkskammer am 28. Mai 1956 über den Besuch der Delegation des Parlaments der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion

In der Zeit vom 25. April bis zum 18. Mai dieses Jahres hat eine Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR dessen Besuch erwidert.* Ich habe die Ehre, Ihnen heute namens des Präsidiums und dieser Delegation über den Verlauf und die Ergebnisse dieser Besuchsreise zu berichten.

* siehe Nr. 121 bis 126

Wir waren in nicht weniger als acht Sowjetrepubliken zu Gast: in Rußland, in der Ukraine, bei den Tataren, bei den Usbeken, in Grusinien, Lettland, Kasachstan und in Belorußland, und wir haben in diesem von uns besuchten großen Gebietsteil des gewaltigen Reiches der Sowjetunion neben zahlreichen Dörfern unter anderem folgende Städte besucht: Moskau, Leningrad, Kiew, Kasan, Kuibyschew, Charkow, Taschkent, Samarkand, Tbilissi, Riga und Minsk. Unsere demokratische Presse hat Sie und die gesamte Bevölkerung unserer Republik über die vielen Stationen unserer Reise und über unser großes Erleben auf dieser 15 000-km-Reise unterrichtet. Jedem Mitglied unserer Delegation bedeutet es ein innerstes Bedürfnis und eine nationale Verpflichtung, unseren Werktätigen in Stadt und Land in den nächsten Wochen und Monaten über alles das, was wir gesehen, gehört und erfahren haben, immer wieder zu berichten, um so einen möglichst großen Teil unserer Bevölkerung an diesem Erleben teilnehmen zu lassen.

In allen von uns besuchten Republiken wurde unsere Delegation jeweils vom Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets sowie vom Vorsitzenden des Obersten Sowjets und seinen Stellvertretern empfangen. Ebenso waren wir in den von uns besuchten Großstädten stets Gäste des Vorsitzenden des Präsidiums bzw. Exekutivkomitees des Stadtsowjets und seiner Stellvertreter. Hierbei ergaben sich vielfältigste Möglichkeiten zu eingehender Erörterung der uns gerade jetzt in der Deutschen Demokratischen Republik bewegenden Fragen der bestmöglichen weiteren Ausgestaltung und Aktivierung der Demokratie. Von besonderem Wert und Gewicht waren auch die Aussprachen, die wir vor dem letzten Zeitabschnitt unserer Reise in Moskau mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, K. J. Woroschilow, und mit allen Vorsitzenden der ständigen Kommissionen des Obersten Sowjets und ihren Stellvertretern führen konnten. Schon bei unserer ersten Anwesenheit in Moskau war uns die gleiche Gelegenheit von den Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Wolkow, und des Nationalitätensowjets, Lazis, geboten worden. Auch bei den anlässlich unseres Besuchs in Moskau vom Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik und von den Präsidien des Obersten Sowjets und des Nationalitätensowjets gegebenen Empfängen bot sich uns reiche Gelegenheit zur Fortführung und Abrundung unserer Gespräche.

Welches nun sind die Ergebnisse, mit denen wir nach dem Abschluß unserer Reise vor unsere Bevölkerung und darüber hinaus vor das ganze deutsche Volk treten?

Im Vordergrund steht die staatspolitische Bedeutung unserer Reise. In hohem, uns immer wieder tief bewegendem Maße haben wir auch und gerade auf unserer großen Besuchsreise durch die Sowjetunion erfahren, in welchem Umfange das internationale Ansehen unserer Deutschen Demokratischen Republik gewachsen ist, seit wir auf Grund des im September letzten Jahres zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik geschlossenen Vertrages ein voll souveräner Staat geworden sind, der aus dem Vertrauen der Sowjetunion in der Lösung der Fragen seiner Außen- und Innenpolitik völlig frei ist. Es sind in erster Linie die großen Leistungen unserer Werktätigen in all den letzten Jahren, die uns in der Sowjetunion und in weitesten anderen Teilen der Welt dieses Vertrauen erworben haben. Die so zahlreichen Sowjetbürger, mit denen wir sprachen, die Werktätigen in Stadt und Land nicht anders als die in hoher politischer Verantwortung stehenden Persönlichkeiten, die berufenen Vertreter der sowjetischen Staatsmacht, wurden nicht müde, der großen Aufbauleistung unserer werktätigen Staatsbürger hohe Anerkennung zu zollen. Auch dem letzten Sowjetbürger ist bekannt und bewußt, daß unsere Republik ein Friedensstaat ist, daß das heiße Sehnen aller Staatsbürger unserer Deutschen Demokratischen Republik auf das gleiche Ziel gerichtet ist wie das Sehnen aller Bürger des gewaltigen Sowjetreiches: auf die Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa und der Welt, auf die internationale Entspannung — mit einem Worte also: auf eine Politik guten und besten Willens.

Immer wieder konnten wir in unseren Gesprächen feststellen, daß die Bürger der Sowjetunion nicht nur mit hoher Achtung auf unser neues Deutschland, sein Wachsen und seine großen Perspektiven blicken, sondern daß sie dem ganzen deutschen Volke freundschaftlich zugeneigt sind. Wir wurden von den Bürgern der Sowjetunion nicht nur als Staatsbürger und Volksvertreter der Deutschen Demokratischen Republik, sondern darüber hinaus als Deutsche schlechthin, als Stellvertreter aller friedliebenden Deutschen guten Willens auch im Westen unseres Vaterlandes empfangen.

Man weiß in der Sowjetunion sehr wohl, daß es auch im Westen unseres Vaterlandes breiteste Kreise der Bevölkerung

gibt, deren Wille auf die Verhinderung jedes neuen Krieges und auf die friedliche und demokratische Wiedervereinigung ganz Deutschlands gerichtet ist. Die herzliche Sympathie der Sowjetbürger gilt diesen Menschen und Kräften. Gerade auch deshalb fühlen sich die Bürger der Sowjetunion mit unserem Friedensstaat so eng verbunden, weil sie hoffen und erwarten, daß die von hier nach Westdeutschland ausstrahlenden Kräfte eines nahen Tages die Bonner Widerstände gegen die Befriedung Europas und der Welt endgültig überwinden zu helfen in der Lage sein werden.

Uns allen ist bekannt, daß und in welchem Maße das internationale Ansehen, die staatliche Autorität der Deutschen Demokratischen Republik im Laufe der Jahre und gerade in der letzten Zeit ganz allgemein in der Welt gewachsen ist. Gerade angesichts dieser Tatsache wird deutlich, wie unreal, ja kindisch die in Bonn immer noch gehegte Vorstellung ist, daß die Lösung des deutschen Problems ohne die Deutsche Demokratische Republik möglich werden könnte. Solche wirklichkeitsfremden Vorstellungen sind gerade auch in den letzten Tagen von führenden Staatsmännern in aller Welt und auch von bekannten politischen Persönlichkeiten Westdeutschlands als ganz und gar unreal bezeichnet und in das Land der Fabel verwiesen worden. Mit Utopien aber und mit Fabeln kann man keine Geschichte machen. So ist es nur natürlich, daß der Kreis der entspannungsfeindlichen Politiker in der Welt immer enger und kleiner wird. Im Bewußtsein seiner zunehmenden Isolierung versucht dieser Kreis, sich dauernd selbst zu täuschen und zu beruhigen. Hier liegt der Grund für das von dieser Seite immer noch wiederholte törichte Gerede, daß die Sowjetunion „Beweise ihres guten Willens“ erbringen müsse. Jedem aber, der sehen und hören will und kann, ist bekannt, daß kein Volk, kein Staat der Erde in allen diesen letzten Jahren stärkere Beweise guten und besten Willens zur internationalen Entspannung erbracht hat wie die Sowjetunion. Es ist endlich an der Zeit, daß nunmehr auch die andere Seite, die ewigen Neinsager zu allen Friedens- und Verständigungsvorschlägen, gegenüber diesen grandiosen Vorleistungen der Sowjetunion ihrerseits erste Beweise guten Willens vor ihren Völkern und der Welt erbringen!

Aus solchen Erwägungen wird deutlich, daß unserer Besuchsreise in die Sowjetunion auch eine hohe nationale Bedeutung

zukommt. Wir haben in der Sowjetunion keinen einzigen Menschen gefunden, der nicht ehrlichen Herzens für die Wiedervereinigung Deutschlands ist. Ebenso selbstverständlich wünschen die Sowjetbürger vor der Möglichkeit einer Wiederholung ihres schrecklichen Erlebens im Hitlerkriege geschützt zu sein. Sie wünschen also ein friedliches und demokratisches Gesamtdeutschland. Sie erkennen im vollen Umfange die aus der andauernden Spaltung Deutschlands entstehende Gefährdung des Friedens. Da die Erhaltung und Sicherung des Friedens das Hauptanliegen aller Sowjetbürger ist, wünschen sie die baldige Ausschaltung dieses ernstesten Gefahrenmoments. Darum gilt ihre ganze Sympathie allen in Deutschland auf die friedliche Wiedervereinigung gerichteten Kräften. Darum leihen sie unserem friedliebenden und demokratischen deutschen Staat aus tiefster Überzeugung ständig und gern ihre Hilfe und Unterstützung. Darum registrieren sie mit Recht jeden Erfolg unserer friedlichen Aufbauarbeit, jede Erweiterung und Vertiefung des Ansehens und der Autorität unseres deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates als einen Gewinn für den Frieden.

Wenn so der Reise der Delegation der Volkskammer eine hohe Bedeutung für die Stärkung des internationalen Ansehens und der nationalen Autorität unserer Republik beizumessen ist, so gilt das — der engste Zusammenhang ist hier ja gegeben — in nicht minderem Maße in bezug auf die Stärkung und Vertiefung der deutsch-sowjetischen Freundschaft, die wir als weiteres großes Ergebnis der Reise feststellen dürfen.

Welche Gefühle bewegten unsere Seele, als wir beispielsweise in Leningrad, das 900 Tage unter der faschistischen Blockade lag und unaufhörlich dem Bombardement der faschistischen deutschen Aggressoren ausgesetzt war und dessen Bevölkerung in dieser Zeit unaussprechliche Leiden durchlitt, mit überaus herzlicher Freundschaft nicht nur der offiziellen Stellen, sondern in gleichem Maße von der Bevölkerung auf den Straßen und in den Fabriken empfangen wurden!

Und so und ähnlich war es überall. Wo anfangen, wo aufhören, wenn wir das Erlebte zu schildern uns bemühen? — In Kasan beispielsweise hatten wir den Eindruck, daß die ganze Stadt an dem uns bereiteten freundschaftlich-festlichen Empfang teilnahm. Unvergeßlich wird uns hier — und nicht anders in den anderen von uns besuchten Städten und Dörfern — das

Zusammensein mit vielen Tausenden der Arbeiter und Arbeiterinnen in einem großen Industriewerk sein. Immer wieder wurden hier die Mitglieder unserer Delegation, die als Vertreter der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung unserer jungen Republik zu ihren sowjetischen Arbeitskameraden sprachen, von Beifallsstürmen unterbrochen. Auf unserem Abschiedsabend in Taschkent, beim Abschied von dem traumhaft schönen, in herrlichstem Rosenflor stehenden Usbekistan, boten uns die Künstlerinnen und Künstler des wunderbar gestalteten Taschkenter Theaters und andere usbekische Volkskünstler in einem an Herzlichkeit nicht zu überbietenden Zusammensein Gaben ihrer hohen musikalischen und tänzerischen Kultur dar, die wir für immer in der Erinnerung behalten werden. In Minsk, das im Hitlerkriege fast völlig zerstört worden war und das heute — ebenso wie Leningrad und viele andere sowjetische Städte — schöner denn je aus Ruinen aufstanden ist, war jede Straße zu Ehren unserer Delegation mit Wimpeln und Fahnen geschmückt. Das Innere jedes Theaters, das wir auf unserer Reise besuchten, war mit den Flaggen unserer beiden Länder und oftmals die Ränge entlang mit breiten Spruchbändern ausgestaltet, von denen die Grußworte der deutsch-sowjetischen Freundschaft leuchteten. Wo immer wir ein Theater betraten, erhob sich das Publikum spontan und bereitete uns eine herzliche Ovation der Freundschaft.

Immer wieder werden die Mitglieder unserer Delegation aus innerstem Drange in den nächsten Wochen und Monaten von unserem großen kollektiven und von ihrem persönlichen Freundschaftserleben berichten. Aus dieser Fülle persönlichsten Erlebens lassen Sie mich ein einziges Beispiel herausgreifen: Als ein Mitglied unserer Delegation — war es in Kasan oder in Kuibyschew? —, nachdem wir unser Quartier aufgesucht hatten, in der Stadt spazierenging, wurde er alsbald als Mitglied der deutschen Delegation erkannt und von einer ganzen Traube von Passanten umringt, von denen jeder ihm seine Freundschaft bekunden wollte. Vielen aber genügten die Worte nicht, mit denen sie das taten. Vielmehr kramten sie aus ihren Taschen diesen oder jenen ihnen sicherlich wertvollen Gegenstand heraus, den er als Freundschaftsgeschenk von ihrer Hand annehmen sollte. Einer gab keine Ruhe, bis das Delegationsmitglied schließlich nach langem Sträuben den Füllfederhalter, den er aus seiner Brusttasche holte und der für ihn sicherlich wichtig und wertvoll war, angenommen hatte. Sind rührendere, zu

Herzen gehendere Beweise der echten und tiefen Freundschaftsgefühle denkbar, die uns die sowjetischen Menschen entgegenbringen?

Wir Mitglieder der Delegation sind von diesem ganzen Erleben immer wieder nicht nur tief bewegt, sondern oft genug auch beschämt gewesen, wenn wir angesichts solcher unserem ganzen Volke geltenden Freundschaftsbeweise immer wieder daran denken mußten, daß es auf deutschem Boden im Westen unseres Vaterlandes immer noch eine Anzahl Menschen gibt, denen die Antisowjethetze zur übelsten Lebensgewohnheit geworden ist, die sich nicht scheuen und nicht schämen, auf die gerade von ihnen an den Völkern der Sowjetunion begangenen schweren Sünden neue Sünden der Völkerfeindschaft zu häufen. Wenn diese alten und neuen Sünder noch einen Rest von natürlichem menschlichem Schamgefühl in sich hätten, so müßten die überwältigenden Zeugnisse der freundschaftlichen Gefühle der Bürger der Sowjetunion zum deutschen Volke wie feurige Kohlen auf ihren Häuptern brennen.

Alles in allem: Unsere ganze Reise war ein einziges großes Fest wahrer Völkerfreundschaft — der Freundschaft zwischen zwei Völkern, die auf dem gleichen Wege sind, die erfüllt sind von dem Willen, von der Menschheit die Schrecken eines neuen Krieges abzuwenden, deren Arbeiter und Bauern sich für immer die Hand gereicht haben, um alle Kinder ihrer Völker im Zeichen des Sozialismus in einem Leben voll Sinn und Glück aufwachsen zu lassen. Diese uns von den Sowjetbürgern entgegengebrachte tiefe Freundschaft bedeutet für uns Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik die hohe Verpflichtung, unseren jungen Staat, die deutsche Bastion des Friedens und der Völkerverständigung, immer weiter zu festigen und unsere Volkswirtschaftspläne mit dem gleichen Arbeitsenthusiasmus zu erfüllen, von dem die Völker der Sowjetunion erfüllt sind.

Die Reise der Delegation der Volkskammer in die Sowjetunion aber hatte neben alledem noch einen weiteren Zweck und Inhalt. In einer Fernsehansprache habe ich in Moskau am 12. Mai hierzu u. a. folgendes ausgeführt:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein noch sehr junger Staat und besteht als voll souveräner Staat noch nicht einmal ein Jahr. Wir sind der erste Friedensstaat der deutschen Geschichte und der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden. Wir leben in einem noch gespaltenen Vaterlande, und

selbst unsere deutsche Hauptstadt Berlin ist eine gespaltene Stadt, in der das sozialistische und das imperialistische Weltsystem hart aufeinanderstoßen. Es ist darum wohl nur zu verständlich, daß wir beim Aufbau und der Entwicklung des großen Neuen in unserer Heimat in besonderem Maße auf die reichen Erfahrungen derjenigen Völker mit angewiesen sind, die schon vor längerer Zeit den Weg des Sozialismus beschritten haben. Das gilt natürlich ganz besonders für die nun schon bald 40 Jahre bestehende Sowjetunion, die Lehrmeisterin aller Völker auf dem Wege des Sozialismus. — Wir unsererseits sind unablässig bemüht, unser neues demokratisches und sozialistisches Leben in allen seinen Einrichtungen und Äußerungen zu verbessern. Es geht uns gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt um die Verbreiterung, Vertiefung und weitere Aktivierung unserer Demokratie und in diesem Zusammenhang besonders auch um die Verbesserung der Arbeit unserer Volksvertretungen, insbesondere in den Kreisen, Städten und ländlichen Gemeinden. Für die Lösung dieser Aufgaben, für die die 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ein inzwischen vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bestätigtes grundlegendes Dokument erarbeitet hat, ist das Studium der einschlägigen Einrichtungen und Erfahrungen der Sowjetunion für uns von großem Wert.“ Mit aufrichtiger Befriedigung kann die Delegation der Volkskammer feststellen, daß auch dieser Zweck ihrer Reise weitgehend erfüllt worden ist. Wir haben während unserer Besuchsreise eine große Zahl von Besprechungen und Beratungen mit unseren sowjetischen Freunden in den Sowjets der Gemeinden und Rayons, der Städte und Gebiete und der von uns besuchten Sowjetrepubliken geführt und dabei sehr bedeutsame Anregungen für die auf diesem Gebiet jetzt weiter zu leistende Arbeit erhalten. Die Delegation hat studiert, wie die Bürger der Sowjetunion ihre Verantwortung für die Leitung des Staates wahrnehmen, wie das Grundgesetz jedes wahren Volksstaates — „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ — am besten verwirklicht wird. Daß in der Sowjetunion dieses Grundgesetz in die Tat umgesetzt werden konnte, ist nicht zuletzt das Ergebnis der ihrem hohen politischen Bewußtsein entsprechenden vorbildlichen Arbeit der Volksvertreter und Volksvertretungen, der Träger der Staatsmacht.

Selbstverständlich kann und konnte es nicht etwa Aufgabe der Delegation sein, zu dem Dokument der Sozialistischen Einheits-

partei Deutschlands bzw. der Nationalen Front ein weiteres, ein neues Dokument zu schaffen. Es handelt sich vielmehr darum, das bestehende und beschlossene Dokument, in dem alle hier einschlägigen Fragen grundsätzlich gestellt worden sind und in dem zu allen diesen Fragen präzise Vorschläge vorgelegt wurden, durch unsere in der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen sinnvoll zu ergänzen. Ebenso selbstverständlich konnte es sich nicht etwa darum handeln, die demokratischen Institutionen und Arbeitsmethoden der Sowjetunion einfach und schematisch auf unseren Staat und unsere Verhältnisse zu übertragen. Wir sind und waren uns ebenso wie unsere sowjetischen Freunde dessen voll bewußt, daß wir die demokratischen Einrichtungen und Arbeitsmethoden in unserem Staat aus unseren besonderen Verhältnissen und aus der Art und Eigenart unseres Volkes zu entwickeln haben. Gerade hierfür aber ist die reiche Ernte unserer Studienreise von großer Bedeutung. Wir sind jetzt in der Lage, unsere in der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen in der jetzt begonnenen großen Volksaussprache über die weitere Demokratisierung unseren Bürgern bekanntzugeben und aus unserem Studium in der Sowjetunion Lehren und Schlußfolgerungen zu ziehen, die für das Endergebnis der jetzigen breiten Diskussion aller einschlägigen Fragen von erheblichem Wert sein werden.

Die Mitglieder unserer Delegation werden diese Ergebnisse und Erfahrungen unserer Reise zunächst in den Abgeordnetengruppen der Bezirke unserer Republik zur Diskussion stellen und zu dieser Beratung in den Gruppen sämtliche Bezirkstagsabgeordnete und einen möglichst großen Kreis von Kreistagsabgeordneten sowie von Mitgliedern der städtischen und ländlichen Gemeindevertretungen hinzuziehen. Danach muß die Diskussion dieser ganzen, für unsere weitere Entwicklung entscheidend wichtigen Fragen insbesondere auch mit Hilfe der Nationalen Front, aller Parteien und Organisationen usw. binnen kurzem in die gesamte Bevölkerung hineingetragen werden.

Eine uns besonders stark berührende, bisher noch nicht ausreichend gelöste Frage ist die der sinnvollen engsten Zusammenarbeit der legislativen und exekutiven Organe der Staatsmacht. Diese Frage ist in der Sowjetunion längst restlos und vorbildlich gelöst. In der höchsten Verantwortung steht hier überall die Persönlichkeit des Volksvertreters. Jedes Exekutiv-

organ besteht aus Mitgliedern der Volksvertretung und ist von der Volksvertretung gewählt und in seine Rechte und Pflichten eingesetzt. Da die Mitglieder der Exekutivorgane an diesen Beschlüssen der Volksvertretung maßgebend und verantwortlich beteiligt sind, kann es hier irgendwelche Diskrepanzen nicht geben. Im Auftrag und unter der Kontrolle der Volksvertretung erfüllen die Mitglieder des Exekutivorgans die ihnen von der Volksvertretung übertragenen Aufgaben der Durchführung der beschlossenen Gesetze, Pläne usw. Die Mitarbeit der Volksvertretung bzw. der nicht dem Exekutivorgan angehörenden Mitglieder der Volksvertretung an der zweckmäßigen und fristgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben ist insbesondere durch die engste Zusammenarbeit der ständigen Kommissionen der Volksvertretung mit den Exekutivorganen gewährleistet. Auf diese Weise ergibt sich eine engste Verzahnung der gesamten Arbeit aller Organe der Staatsmacht, wodurch Reibungen, Kompetenzstreitigkeiten und dergleichen gegenstandslos und unmöglich werden. — Es steht außer Zweifel, daß wir für unsere eigene Arbeit hiervon viel lernen können und müssen. Um aus der Fülle der Probleme ein anderes herauszugreifen: In der Sowjetunion kann ohne Zustimmung bzw. Genehmigung des für ein Territorium örtlich zuständigen Sowjets kein zentrales Staatsorgan irgendeine Veränderung — einschließlich aller Bauvorhaben — vornehmen. Unsere hiervon bisher stark abweichende Praxis hat zu zahlreichen Unzuträglichkeiten und Fehlleitungen geführt, die künftig durch eine sinnvolle Übernahme der eben geschilderten, in der Sowjetunion üblichen Praxis vermieden werden können.

Vorbildlich und sinngemäß auch bei uns anwendbar ist das in der Sowjetunion übliche System der Kontrolle der Arbeit der Volksvertretungen durch die jeweils übergeordnete Volksvertretung bis hinauf zum Obersten Sowjet. Gerade zu diesem Problem enthält das Dokument der 3. Parteikonferenz der SED und der Nationalen Front bereits besonders wertvolle Vorschläge, die nun durch die aus unserem Studium der sowjetischen Verhältnisse zu ziehenden Schlußfolgerungen noch in manchen Punkten ergänzt werden können.

In ihrer großen Mehrzahl leisten die Volksvertreter der Sowjetunion eine gute, zumeist vorbildliche Arbeit. Sie stehen in enger persönlicher Verbindung mit ihren Wählern. Das wird ihnen — ich spreche hier von den Volksvertretern in den

Städten, Kreisen und ländlichen Gemeinden — dadurch ermöglicht, daß ihr Wahlbezirk klein ist und in der Regel, auch in den Großstädten, nur etwa 300 Wähler umfaßt. Auch wir werden uns weit stärker als bisher mit der Frage der Abgrenzung der Wahlbezirke zu befassen haben.

Nicht am Rande, aber am Schluß dieser sich bewußt auf wenige Hauptpunkte beschränkenden Hinweise sei erwähnt, daß unsere Delegation beim Studium der sowjetischen Volksvertretungen immer wieder überrascht feststellen konnte, in welchem großen Umfange es in der Sowjetunion gelungen ist, die Frauen zu wichtigsten Trägern der Arbeit der Volksvertretungen besonders in den Gemeinden und Kreisen zu machen. In sehr vielen dieser Volksvertretungen stellen die Frauen mehr als die Hälfte der Volksvertreter. Zweifellos liegt hier auch bei uns noch eine große, bisher nicht ausgeschöpfte Reserve.

Lassen Sie mich, sehr geehrte Mitglieder der Volkskammer, am Schluß meines Berichts noch einmal zum Ausgangspunkt bzw. zum Schwerpunkt des Berichts zurückkehren.

Wir sahen in der Sowjetunion ein großes, fleißiges, begabtes, von seiner nationalen und internationalen Mission tief erfülltes Volk am Werk seiner friedlichen Arbeit. Die ganze Sowjetunion ist in der Tat und in der Wahrheit ein einziger großer Bauplatz der friedlichen Arbeit. Staunend und bewundernd standen wir vor den gigantischen Anlagen des Hydrowerks in Kuibyschew an der Wolga, wo ein Stausee von geradezu märchenhaften Dimensionen gewaltige Naturkräfte frei macht, um das Leben der werktätigen Menschen weiter zu erleichtern und zu verschönen. Mit der gleichen Bewunderung haben wir gesehen, welchen unerhörten Aufschwung das kulturelle Leben der Sowjetbürger genommen hat. Den tiefsten Eindruck aber hat in uns allen die aus ihrem hohen politischen Bewußtsein gestaltete Gesinnung der Sowjetbürger hinterlassen, ihr Arbeitsenthusiasmus und ihre Werkbegeisterung, die uns allüberall entgegentrat und die die Antwort auf die Frage gibt, was dieses vor 40 Jahren in der Mehrzahl noch im Zustand der Halbsklaverei lebende Volk zu solchen gewaltigen Leistungen befähigen konnte: Es gibt kein Volk der Welt, in dem die Friedensliebe in höherem Maße als in der Sowjetunion das Denken und Handeln der Menschen bestimmt. In keinem Volke der Welt ist darum auch die Völkerfreundschaft stärker

als in der Sowjetunion zum Denk- und Lebensinhalt der Staatsbürger geworden, und weiter ist — und alles dies bildet ja eine Einheit — der Sozialismus in diesem auf dem Wege zum Kommunismus befindlichen Volk zum geistigen Besitz des ganzen Volkes geworden.

Die Mitglieder der Delegation der Volkskammer sind von der Überzeugung durchdrungen, daß ihre Freundschaftsreise durch die Sowjetunion zu der Verstärkung dieser Erkenntnis im ganzen deutschen Volk und damit zur baldigen friedlichen und demokratischen Lösung der deutschen Frage, nicht zuletzt aber zur Stärkung des Ansehens unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates, zur weiteren Festigung seiner internationalen und nationalen Autorität einen Beitrag leisten konnte.

Es lebe die deutsch-sowjetische Freundschaft!

Es lebe der Friede!

(Neues Deutschland, Berlin 29. 5. 56)

147.

Unterzeichnung des Abkommens über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR

In der berühmten Spiridonow-Villa, in der bereits viele bedeutende Verhandlungen geführt und Verträge abgeschlossen wurden, unterzeichneten am 26. April 1956 Volksbildungsminister Fritz Lange und der Stellvertreter des Außenministers der UdSSR, Semjonow, das Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern, das die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zusammen mit einer Regierungsdelegation der UdSSR ausgearbeitet hatte.

Nach der Unterzeichnung erklärte der Stellvertreter des Ministers für Kultur der UdSSR, Surin, das Abkommen leite eine neue Etappe in den kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern ein, da es der erste Regierungsvertrag über Fragen der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR sei.

Volksbildungsminister Lange wies darauf hin, daß wir in der Vergangenheit auf kulturellem Gebiet von der UdSSR mehr erhalten haben, als wir geben konnten. Das Abkommen, sagte

er, ist die Bestätigung dessen, daß wir auch auf diesem Gebiet ein gutes Stück vorangekommen sind und nunmehr auch etwas zu bieten haben.

Genosse Semjonow erhob sein Glas auf die Deutsche Demokratische Republik, einen der Unterzeichnerstaaten des Abkommens, einen der beiden deutschen Staaten, dem die Zukunft gehört.

(Neues Deutschland, Berlin 27. 4. 56)

148.

Grußadresse des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, anläßlich des 11. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus

An den

Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Nikolai Alexandrowitsch Bulganin

Moskau

Hochverehrter Genosse Vorsitzender!

Aus Anlaß des 11. Jahrestages der Wiederkehr des Sieges der ruhmreichen Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus übermittelt Ihnen der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik die herzlichsten brüderlichen Grüße.

Unter der Führung der Arbeiterklasse wurde von den Werktätigen in den verflossenen elf Jahren auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik der erste deutsche Staat der Arbeiter und Bauern errichtet, der den Weg des Aufbaus des Sozialismus beschreitet.

Fruchtbringend und nützlich haben sich in diesen Jahren die Hilfe und Unterstützung, die das große Sowjetvolk und die Regierung der UdSSR auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserem Volk bei der Erfüllung seiner großen historischen Aufgabe gewährte, ausgewirkt.

In diesen Jahren haben sich die freundschaftlichen brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern immer enger gestaltet. Neue Kraft und Stärke schöpfen die Werktätigen unserer Republik aus den Beschlüssen des XX. Partei-

tages der KPdSU, die der gesamten Menschheit neue gewaltige Perspektiven eröffnen.

Die Lehren der Geschichte berücksichtigend, werden die friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes Seite an Seite mit den Staaten des Lagers der Demokratie und des Sozialismus erfolgreich den Aufbau einer friedlichen und glücklichen Zukunft fortführen. Nehmen Sie als Zeichen der Dankbarkeit gegenüber dem Sowjetvolk, als Ausdruck der Verbundenheit mit der Sache des Sozialismus und im Gedenken an den welthistorischen Sieg der Sowjetvölker und seiner heldenhaften Armee vor nunmehr elf Jahren die Versicherung entgegen, daß die deutschen Patrioten alle ihre Kräfte für die gemeinsame Sache des Friedens und des Fortschritts verstärkt einsetzen werden.

Der Ministerpräsident
der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl

(ADN 7. 5. 56)

*Danktelegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR,
N. A. Bulganin, an Ministerpräsident Otto Grotewohl*

Verehrter Genosse Ministerpräsident!

Ich bitte Sie, den Dank des Ministerrates der Sowjetunion und meinen persönlichen Dank für die herzlichen Grüße anlässlich des 11. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerjoch entgegenzunehmen.

Ich wünsche der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weitere Erfolge beim sozialistischen Aufbau, beim Aufschwung der Wirtschaft und bei der Entwicklung der Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, des Bollwerks der friedliebenden Kräfte ganz Deutschlands im Kampf gegen das Wiedererstehen des Militarismus, für die Wiedervereinigung ihrer Heimat auf friedlicher und demokratischer Grundlage.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Beziehungen der Freundschaft und der brüderlichen Zusammenarbeit, die zwischen unseren beiden Staaten entstanden sind, sich im Interesse der Völker unserer Länder, im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa und der ganzen Welt auch weiterhin festigen werden.

(ADN 11. 5. 56)

Interview mit dem Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau, Johannes König, über die Frage der Rückführung deutscher Staatsbürger aus der Sowjetunion

Frage: Wie verhält es sich mit der von der westdeutschen Presse veröffentlichten Behauptung der Regierung der Deutschen Bundesrepublik, daß die angeblich zurückgehaltenen Deutschen in der Sowjetunion noch nicht einmal die Möglichkeit gehabt hätten, „eine neutrale Macht zum Schutze ihrer Interessen in Anspruch zu nehmen“?

Antwort: Die Behauptung der Regierung der Deutschen Bundesrepublik von der Zurückhaltung und Rechtlosigkeit deutscher Staatsbürger in der UdSSR entbehrt jeder Grundlage: Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik führt schon seit Jahren die Repatriierung deutscher Staatsbürger aus der UdSSR durch. Mit Hilfe der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau wurde eine große Anzahl Personen nach beiden Teilen Deutschlands — beispielsweise im Jahre 1953 358 in die Deutsche Demokratische Republik und 160 nach Westdeutschland — zurückgeführt. Ebenso übt die Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik eine große Mitwirkung aus bei der Repatriierung der Kriegsgefangenen und Kriegsverbrecher; um die Erledigung weiterer Anträge auf Rückführung ist die Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau bemüht. Solche Tatsachen werden von der Regierung der Bundesrepublik absichtlich verschwiegen, um ihren haltlosen Anspruch, von anderen Staaten als allein berechtigter Repräsentant ganz Deutschlands anerkannt zu werden, nicht selbst zu widerlegen.

Frage: Die Bundesregierung bezeichnet die Rückführung aller deutschen Personen aus der UdSSR als einen selbstverständlichen Rechtsakt. Was ist Ihre Auffassung dazu?

Antwort: Der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau liegen Anträge von Personen vor, die den Wunsch äußern, nach Deutschland umzusiedeln, obwohl ihre Staatsbürgerschaft ungeklärt ist. Teilweise handelt es sich hier um Menschen, die sich auf die faschistische Einbürgerungspolitik Hitlers in den Jahren 1939 bis 1945 berufen. Die faschistischen Einbürgerungsgesetze können aber nicht zur Rechtsgrundlage eines Anspruches auf „Rückführung“ gemacht wer-

den. Das würde bedeuten, die nazistische Eroberungs- und Gewaltpolitik zu rechtfertigen. Es ist bedauerlich, daß die Deutsche Bundesrepublik diese Hitlergesetze noch heute für verbindlich erklärt und sich auf sie stützt.

Es versteht sich von selbst, daß die Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik sich nicht von diesen Hitlergesetzen leiten lassen kann. Trotzdem übernimmt die Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik die Anträge von solchen Personen, die zwar gesetzmäßig keine deutschen Staatsbürger sind, die aber um Umsiedlung in die Deutsche Demokratische Republik ersuchen, zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen für die Umsiedlung. In solchen Fällen wird die Botschaft den notwendigen Kontakt mit den entsprechenden sowjetischen Organen aufnehmen. Bekanntlich hat die Sowjetregierung ihre Bereitschaft erklärt, die Ausreiseanträge solcher Personen zu überprüfen und großzügig zu behandeln. Dies ist noch einmal mit ein Beweis für den Verständigungswillen der UdSSR. Auch die Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik wird die Anträge auf Umsiedlung nach Deutschland in großzügiger Weise behandeln.

Frage: Wie beurteilen Sie, Herr Botschafter, den Notenwechsel zwischen der Deutschen Bundesrepublik und der UdSSR in der Frage der Rückführung deutscher Staatsbürger?

Antwort: Der westdeutsche Versuch, auch die Frage der Deutschen in der UdSSR zum Anlaß zu nehmen, um zwischen der Sowjetunion und dem deutschen Volk Mißtrauen zu säen, ist gescheitert. Die Bundesregierung hat ihr Ziel, die Rückführungsmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Botschaft in Moskau zu übergehen sowie von der gewaltsamen Zurückhaltung sowjetischer Staatsbürger abzuwenden, die im Verlaufe des zweiten Weltkrieges nach Westdeutschland verschleppt wurden, nicht erreicht. Die Note der Sowjetregierung zeugt von der Verständigungsbereitschaft der UdSSR und ihrem Wunsch, gute Beziehungen auch zur Deutschen Bundesrepublik herzustellen. Das wird von der Deutschen Demokratischen Republik aufrichtig begrüßt.

Es ist zu hoffen, daß die Bundesregierung ebenfalls Anstrengungen unternimmt, um ihrerseits normale Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen. Das wäre ein echter Beitrag zur Entspannung und zur Festigung des Friedens.

(ADN 11. 5. 56)

150.

**Clara-Zetkin-Bibliothek kommt in die Deutsche
Demokratische Republik**

Die persönliche Bibliothek Clara Zetkins wird in Kürze aus Moskau in die Deutsche Demokratische Republik gesandt werden. Die mehr als dreitausend Bände umfassende Bibliothek wurde seit 1939 im Moskauer Staatlichen Revolutionsmuseum aufbewahrt. Sie enthält wertvolle Materialien aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, der Kommunistischen Partei Deutschlands und der sozialistischen Frauenbewegung. Ferner enthält die Bibliothek Protokolle von Parteitagungen der SPD und KPD und Berichte über die parlamentarische Arbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus den Jahren 1904/08.

(ADN 19. 5. 56)

151.

**Unterzeichnung eines Abkommens
über Quarantäne und Pflanzenschutz mit der UdSSR**

Im Ergebnis von Verhandlungen zwischen dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik, die in einer Atmosphäre des gegenseitigen Einvernehmens verliefen, wurde am 30. Mai 1956 in Berlin ein Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR über die Quarantäne und den Schutz landwirtschaftlicher Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge unterzeichnet.

(ADN 30. 5. 56)

152.

**Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkommens
mit der UdSSR**

Am 18. Juni 1956 wurde in Moskau zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Darin wird für die

Deutsche Lufthansa und die AERO-FLOT das Recht zum Befliegen der Strecke Berlin—Moskau festgelegt.

(Neues Deutschland, Berlin 19. 6. 56)

153.

Feierliche Übergabe der Gothaer Bibliothek in Moskau an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Die alte Gothaer Schloßbibliothek — einer der wertvollsten nationalen deutschen Kulturschätze —, die seit 1946 in der Sowjetunion aufbewahrt worden ist, wurde auf Beschluß des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR* an die Deutsche Demokratische Republik übergeben. Im Gebäude der Akademie der Wissenschaften wurde am 29. Juni 1956 durch den Präsidenten der Akademie, Nesmejanow, und den Direktor der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Leningrad, Tschebotarew, von sowjetischer Seite und deutscherseits durch den Leiter der Abteilung Publikation und Hochschullehrbücher im Staatssekretariat für Hochschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Johannes Müller, und den Hauptdirektor der Deutschen Staatsbibliothek, Professor Dr. Horst Kunze, das Übergabeprotokoll unterzeichnet.

Bei der feierlichen Unterzeichnung erklärte Präsident Nesmejanow, daß das Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit dem Beschluß zur Übergabe der Gothaer Bibliothek an die Deutsche Demokratische Republik die freundschaftlichen Gefühle des Sowjetvolkes zum deutschen Volk und zur Deutschen Demokratischen Republik sowie das Bestreben zum Ausdruck bringt, allseitig zur weiteren Entwicklung und Festigung der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum deutschen Volk beizutragen.

Dr. Müller hob besonders die außerordentlich gute Pflege hervor, die man der Bibliothek in der Sowjetunion angedeihen ließ. Sie sei in ein so vorzügliches System gebracht worden, daß man mit ihr sofort werde wissenschaftlich arbeiten können.

Als Geschenk an die Akademie der Wissenschaften der UdSSR überreichte Dr. Müller sechs Großatlanten, die aus Schutt und Trümmern der Berliner Staatsbibliothek geborgen worden waren.

* siehe Nr. 136

Die Gothaer Bibliothek, deren Gründung in das 16. Jahrhundert zurückgeht, umfaßt über 325 000 Bücher, Handschriften und Erstlingsdrucke und ist die bedeutendste Bibliothek ganz Deutschlands. Zu ihren Beständen gehören Erstlingsdrucke aus der Druckerei Gutenberg, eine Ausgabe der Werke Aristoteles' von 1493 und Avicenna von 1486, Briefe Luthers und Melancthons, eine Sammlung von Unterlagen aus dem Prozeß gegen Jeanne d'Arc, sowie sechstausend Zeitschriften, darunter die älteste Zeitschrift der Welt.

Die Gothaer Bibliothek wird auf das Schloß Friedenstein in Gotha zurückkehren. Vorher wird sie in der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin ausgestellt werden.

(ADN 29. 6. 56)

DIE BEZIEHUNGEN DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
ZU DEN LÄNDERN
DER VOLKSDEMOKRATIE

Volksrepublik China

154.

Protokoll der II. Tagung der Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China

Am 20. August 1955 wurde in Berlin das Protokoll der II. Tagung der Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet. Die Verhandlungen verliefen im Geiste aufrichtiger Freundschaft und zeigten das Bestreben, die Zusammenarbeit beider Länder zu vertiefen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird der Volksrepublik China technische Dokumentationen auf dem Gebiete der Metallurgie, des Schwermaschinenbaues, der Elektrotechnik und der Textilindustrie übergeben und einer größeren Anzahl chinesischer Techniker Ausbildungsmöglichkeiten in Betrieben dieser Industriezweige bieten.

Die Volksrepublik China wird der Deutschen Demokratischen Republik u. a. insbesondere zu Fragen der Textil- und Papierindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und der Landwirtschaft technische Dokumentationen übergeben.

Die Beschlüsse sehen auch die Entsendung deutscher Spezialistendelegationen in die Volksrepublik China vor, u. a. zum Studium der Eigenschaften verschiedener Materialien und Fertigerzeugnisse bei ihrer Anwendung unter subtropischen Bedingungen.

(ADN 26. 8. 55)

155.

Zusätzliche Warenlieferungen für das Jahr 1955 mit der Volksrepublik China vereinbart

Wie das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel mitteilt, wurden am 16. September 1955 zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik in Peking zusätzliche Warenlieferungen für das Jahr 1955 vereinbart. Die Volksrepublik China wird Tee, Fleisch, Därme, Obstkonserven, Tabak, Baumwolle, Sojabohnen und Bergbau-

erzeugnisse liefern, die Deutsche Demokratische Republik u. a. Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Feinmechanik/Optik und Elektrotechnik in die Volksrepublik China schicken.

(ADN 22. 9. 55)

156.

Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck, des Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Vorsitzenden der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Liu Schau-tschü, und an den Ministerpräsidenten Tschou En-lai anlässlich des 6. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China

Anlässlich des 6. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China übermitteln wir Ihnen und durch Sie dem großen chinesischen Brudervolk und der Regierung der Volksrepublik China im Namen des deutschen Volkes und der Deutschen Demokratischen Republik die herzlichsten Glückwünsche.

Die gewaltigen Erfolge, die das chinesische Volk seit Bestehen seines volksdemokratischen Staates errungen hat, und die großartigen Perspektiven, die ihm der erste Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft eröffnet, zeugen von der Kraft und der Stärke des neuen China.

Die von der Volksrepublik China vertretenen fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zu denen sich auch die Deutsche Demokratische Republik rückhaltlos bekennt, finden bei den Völkern der Welt immer mehr Anerkennung und tragen entscheidend bei zur Entspannung in den internationalen Beziehungen. Mit tiefer Bewunderung und aufrichtiger Freude verfolgt das deutsche Volk die Erfolge des großen chinesischen Brudervolkes und ist zutiefst davon überzeugt, daß der gemeinsame Kampf unserer beiden Völker an der Seite und unter der Führung der großen Sowjetunion um die Erhaltung des Friedens und die Minderung der internationalen Spannungen erfolgreich enden wird.

Wir wünschen dem chinesischen Volk beim sozialistischen Aufbau seiner Volksrepublik und im Kampf um die ihr gebührende internationale Stellung von ganzem Herzen die besten Erfolge.

Wir sind gewiß, daß sich die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern stetig weiter festigen und vertiefen werden.

(Neues Deutschland, Berlin 1. 10. 55)

157.

**Glückwunschtelegramm der Staatsmänner der Volksrepublik
China zum 6. Jahrestag der Gründung
der Deutschen Demokratischen Republik**

An den

Genossen Wilhelm Pieck,

Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

Genossen Johannes Dieckmann,

Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik;

Genossen Otto Grotewohl,

Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik

Anläßlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik erlauben Sie uns, Ihnen und durch Sie der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem gesamten deutschen Volk im Namen der Regierung der Volksrepublik China und des chinesischen Volkes unsere herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

In den letzten sechs Jahren hat die Deutsche Demokratische Republik bei der Stärkung der volksdemokratischen Ordnung, beim Aufbau des Sozialismus und bei der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung große Erfolge errungen. Die Deutsche Demokratische Republik ist zu einem mächtigen Bollwerk für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands geworden und stellt einen wichtigen Faktor für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa dar. Das chinesische Volk unterstützt voll und ganz den Kampf des deutschen Volkes für Frieden, Einheit und Demokratie sowie die Bemühungen der Sowjetunion für die friedliche Lösung der deutschen Frage.

Wir wünschen, daß sich die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik immer weiter entwickelt und festigt. Wir wünschen der Deutschen Demokratischen Republik neue

Erfolge in der Sache des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus und im Kampf für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands sowie für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.

Mao Tse-tung,
Vorsitzender der Volksrepublik China;
Liu Schau-tschi,
Vorsitzender des Ständigen Ausschusses
des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China;
Tschou En-lai,
Ministerpräsident des Staatsrates der Volksrepublik China.
Peking, den 6. Oktober 1955.

(ADN 6. 10. 55)

158.

Handelsabkommen mit der Volksrepublik China für das Jahr 1956

Am 20. November 1955 wurde in Berlin das Handelsabkommen zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1956 abgeschlossen. Von deutscher Seite unterzeichnete das Abkommen der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, für die Volksrepublik China der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik China in der Deutschen Demokratischen Republik, Tseng Jung-tschuan.

Die Deutsche Demokratische Republik wird vor allem Ausrüstungen, Maschinen, Werkzeugmaschinen, Chemikalien, Düngemittel, Erzeugnisse der Feinmechanik-Optik und der Elektrotechnik liefern. Von der Volksrepublik China erhalten wir dafür Wolframerz, Zinn, Antimon, Quecksilber, Ölfrüchte, Fleisch, Geflügel, Mandarinen, Tee, Wolle, Seide u. a. m.

In seiner Ansprache führte Minister Rau aus: „Im Vergleich zu den bisherigen Handelsabkommen unserer beiden Länder wurde im jetzigen Abkommen für 1956 ein bemerkenswerter Fortschritt erzielt. Ich denke dabei nicht nur an den festgelegten erhöhten Warenaustausch. Das Wesentliche besteht vielmehr darin, daß das Abkommen einige Wochen vor Beginn des

neuen Planjahres abgeschlossen werden konnte und daß bereits jetzt die spezifizierten Bestellungen für Maschinen und Ausrüstungen zur Durchführung dieses Abkommens vorliegen und größtenteils schon unseren Betrieben übergeben wurden. Diese Betriebe können rechtzeitig die benötigten Materialien spezifizieren und bestellen, rechtzeitig einen rhythmischen Produktionsablauf organisieren, was die Rentabilität der Betriebe hebt.“

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik China, Tseng Jung-tschuan, brachte zum Ausdruck, daß die Unterzeichnung des Abkommens nicht nur ein Zeichen der Vertiefung der Freundschaft und der Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern ist. Sie dient auch der Stärkung des Lagers des Sozialismus, des Friedens und der Demokratie, das von der Sowjetunion geführt wird. Er sprach den Wunsch aus, daß sich die deutsch-chinesische Freundschaft zum Wohle aller friedliebenden Völker weiterentwickeln möge.

(Vorwärts, Berlin 21. 11. 55)

*Empfang bei Botschafter Tseng Jung-tschuan
anläßlich des Abschlusses des Handelsabkommens*

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik China in der Deutschen Demokratischen Republik, Tseng Jung-tschuan, gab anläßlich des erfolgreichen Abschlusses des Handelsabkommens zwischen beiden Ländern am 30. November 1955 einen Empfang. Der Botschafter sprach dem deutschen Volk für die Lieferungen von Maschinenanlagen und für die erstrangige wissenschaftlich-technische Hilfe herzlichen Dank aus und betonte, der Handel zwischen beiden Ländern habe eine große Zukunft.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, sagte, aus dem Abkommen erwachse die Verpflichtung, die Waren für China termingemäß und in bester Qualität zu liefern. Die Anstrengungen der Werktätigen beider Länder dienen dem Aufbau des Sozialismus in China wie in der Deutschen Demokratischen Republik. Tseng Jung-tschuan und Heinrich Rau erhoben ihr Glas auf das Wohl des Präsidenten Pieck und Mao Tse-tungs.

(Neues Deutschland, Berlin 1. 12. 55)

**Präsident Wilhelm Pieck ernennt Herrn Richard Gyptner zum
Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der
Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik
China**

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, verlieh am 26. November 1955 dem Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn Richard Gyptner, den diplomatischen Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters und überreichte ihm das Beglaubigungsschreiben als Leiter der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China. Präsident Wilhelm Pieck bat Botschafter Gyptner, dem Vorsitzenden der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, seine herzlichsten Grüße zu übermitteln.

(ADN 26. 11. 55)

**Vorsitzender der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, empfängt
den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter
der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Vorsitzende der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, empfing am 3. Dezember 1955 den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China, Richard Gyptner, zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens. An dem feierlichen Akt nahmen der Vorsitzende des Staatsrats und Außenminister der Volksrepublik China, Tschou En-lai, der Chef des Protokolls und der Leiter der zuständigen Hauptabteilung des Außenministeriums sowie Mitarbeiter der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik teil.

Botschafter Gyptner überbrachte dem Vorsitzenden der Volksrepublik China die persönlichen Grüße des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, für die Mao Tse-tung mit herzlichen Worten dankte.

Die Ansprache Mao Tse-tungs hat folgenden Wortlaut:

„Genosse Botschafter!

Ich freue mich sehr, das von Ihnen überreichte Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen, durch das Sie vom Präsidenten

der Deutschen Demokratischen Republik zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in der Volksrepublik China ernannt wurden, und danke Ihnen auf das herzlichste für Ihre aufrichtigen Wünsche.

Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste wahrhaft friedliebende demokratische Staat in der Geschichte Deutschlands. Sie hat im Kampfe für den Aufbau des Sozialismus, für die friedliche Vereinigung Deutschlands und für die Verteidigung des Friedens in Europa und der ganzen Welt große Erfolge errungen. Die Deutsche Demokratische Republik ist zu einem festen Bollwerk für die Kräfte des Friedens und der Demokratie in ganz Deutschland geworden und stellt einen wichtigen Faktor in der Erhaltung der Sicherheit in Europa und des Friedens in der Welt dar. Ich bin überzeugt, daß der sozialistische Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und der Kampf des deutschen Volkes um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands von noch größeren Siegen gekrönt sein werden. In diesem Kampf wird das deutsche Volk weiterhin die volle Unterstützung des chinesischen Volkes finden.

In den vergangenen Jahren hat die enge Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern immer mehr entwickelt und gefestigt. Diese umfangreiche Zusammenarbeit und diese brüderliche Freundschaft entspricht den gemeinsamen Interessen und Wünschen unserer beiden Völker und verstärkt auch die Kräfte des unter der Führung der Sowjetunion stehenden Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Genosse Botschafter, ich begrüße herzlichst Ihre Ernennung zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China. In Ihrer Arbeit zur Weiterentwicklung und Festigung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China werden Sie von mir und der Regierung der Volksrepublik China volle Unterstützung erhalten. Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit die besten Erfolge.“

Anschließend fand zwischen den chinesischen Staatsmännern sowie dem Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik und seinen Mitarbeitern eine einstündige Unterhaltung statt, die in einer außerordentlich freundschaftlichen und herzlichen Atmosphäre verlief.

(ADN 3. 12. 55)

**Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik
zu einem Freundschaftsbesuch nach der Volksrepublik China,
der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der
Mongolischen Volksrepublik eingeladen**

Die Regierung der Volksrepublik China hat der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Einladung zu einem Freundschaftsbesuch einer Regierungsdelegation übermittelt. Gleiche Einladungen sind der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von den Regierungen der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik zugegangen. Das Präsidium des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik hat die Einladungen mit Dank angenommen und beschlossen, eine Regierungsdelegation unter Leitung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in diese Länder zu entsenden.

(ADN 3. 12. 55)

**Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen
Republik zu einem Freundschaftsbesuch in der Volks-
republik China, der Koreanischen Volksdemokratischen
Republik und der Mongolischen Volksrepublik
(5. bis 30. Dezember 1955)**

Abreise der Regierungsdelegation

Unter Führung von Ministerpräsident Otto Grotewohl ist am 5. Dezember 1955 eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom Flugplatz der Deutschen Luftwaffe in Berlin-Schönefeld nach China abgereist. Die Delegation, die vom Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, verabschiedet wurde, wird auch die Koreanische Volksdemokratische Republik und die Mongolische Volksrepublik besuchen. Walter Ulbricht bat, im Namen der gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und aller

friedliebenden Kräfte Deutschlands dem heroischen chinesischen Volk die brüderlichen Kampfesgrüße der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes zu übermitteln. „Wir wünschen der Arbeiterklasse Chinas und dem ganzen chinesischen Volke weitere große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, bei der Stärkung Volkschinas“, sagte er. Ministerpräsident Otto Grotewohl entgegnete in einer kurzen Ansprache, die Delegation trete ihre Reise in einer guten und großen Mission für das deutsche Volk an. Er sei davon überzeugt, daß sich der Besuch in der Volksrepublik China zum Wohle der Sache der Verständigung, des Friedens und der Völkerfreundschaft auswirken werde.

Der Regierungsdelegation gehören an: Ministerpräsident Otto Grotewohl; der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz; der Staatssekretär im Ministerium der Justiz, Dr. Heinrich Toeplitz; der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Volkskammer, Peter Florin; das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Fritz Grosse; der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China, Richard Gyptner; das Mitglied des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes, Christa Jablonsky; der Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, Professor Dr. Walter Neye; der Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei, Heinrich Dollwetz; der Vorsitzende der LPG „Freundschaft“ in Schulenburg, Kreis Ribnitz-Damgarten, Held der Arbeit Ernst Wulff; Aktivist Werner Horn, Meister in der Waggon-Fabrik Dessau. Die Delegation wird von Botschafter Tseng Jung-tschuan begleitet.

Auf dem Flugplatz, der mit den Flaggen der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik geschmückt war, hatten sich zahlreiche Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens zur Verabschiedung der Regierungsdelegation eingefunden. Man sah den Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, Mitglieder des Politbüros der SED, der Regierung, des Nationalrates der Nationalen Front, Generale und Offiziere der Volkspolizei, das Diplomatische Korps und Vertreter der Kommandos der Gruppe sowjetischer Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Regierungsdelegation wird von einem Mitarbeiterstab begleitet, dem unter anderen der Leiter der Presseabteilung, der Rechtsabteilung und der Stellvertretende Chef des Protokolls im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten angehören. Außerdem begleiten Korrespondenten des „Neuen Deutschland“ und des ADN die Regierungsdelegation.

(Neues Deutschland, Berlin 6. 12. 55)

163.

Ankunft der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Peking

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung von Ministerpräsident Otto Grotewohl ist am 8. Dezember 1955 zu ihrem Staatsbesuch in Peking eingetroffen, wo ihr Zehntausende Menschen einen stürmischen freundschaftlichen Empfang bereiteten. Als Ministerpräsident Otto Grotewohl mit seiner Gattin aus dem Flugzeug stieg, wurden sie von Ministerpräsident Tschou En-lai und seiner Gattin herzlich begrüßt. Pekinger Studenten eilten auf die Delegationsmitglieder zu und entboten ihnen ein überaus herzliches Willkommen. Neben hohen Regierungsvertretern hatten sich zur Begrüßung der Bürgermeister von Peking, hohe Offiziere der chinesischen Volksarmee, Vertreter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und führende Mitglieder der demokratischen Parteien und Volksorganisationen eingefunden. Es waren anwesend die diplomatischen Vertreter der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der ČSR, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Demokratischen Republik Vietnam, der Mongolischen Volksrepublik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien, der Volksrepublik Albanien, der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, der Republik Indien, der Republik Indonesien, der Union von Burma und der Republik Finnland. Weiter waren der neue Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in Peking, Richard Gyptner, deutsche Spezialisten, die beim Aufbau in Volkschina helfen, und in China studierende Deutsche erschienen.

*Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl
auf dem Flugplatz*

Der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik ist es eine hohe Ehre und eine große Freude, auf Einladung der Regierung der Volksrepublik China in Ihrem großen und schönen Land, das eine so alte und ehrwürdige Kultur und ein so heldenhaftes und intelligentes Volk besitzt, weilen zu dürfen. Wir sagen Ihnen dafür unseren tiefempfundenen und herzlichen Dank.

Vor nunmehr sechs Jahren schuf sich sowohl das deutsche als auch das große chinesische Volk seinen Staat der Arbeiter und Bauern. Deshalb verbinden uns gemeinsame Interessen, und deshalb ist es nur natürlich, daß unsere beiden Staaten vom ersten Tage ihrer Gründung an enge freundschaftliche Beziehungen miteinander unterhalten. Das ganze deutsche Volk und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wünschen von ganzem Herzen, daß diese Beziehungen weiter vertieft und gefestigt werden.

Ich möchte diese ersten Minuten unseres Aufenthaltes in Ihrem Lande nicht vorübergehen lassen, ohne dem großen chinesischen Brudervolk im Namen des deutschen Volkes für die große Hilfe zu danken, die es uns zuteil werden ließ. Ich kann hier an dieser Stelle versichern, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und alle Patrioten Westdeutschlands diesen Beweis brüderlicher Solidarität nie vergessen werden und ihrerseits stets bereit sind, alle ihre Kräfte für unsere gemeinsame Sache, die Erhaltung des Friedens in der Welt und die Schaffung einer glücklichen Zukunft für die ganze Menschheit, einzusetzen.

(Neues Deutschland, Berlin 9. 12. 55)

164.

**Der Vorsitzende der Volksrepublik China, Mao Tse-tung,
empfängt die Regierungsdelegation
der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Vorsitzende der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, empfing am 9. Dezember 1955 den Leiter der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerpräsident Otto Grotewohl, und seine Gattin sowie die Mitglieder der

Delegation. Von chinesischer Seite waren der stellvertretende Vorsitzende der Volksrepublik China, Tschu Teh, der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Liu Schau-tschi, der Vorsitzende des Staatsrates der Volksrepublik China, Tschou En-lai, und weitere führende Mitglieder der chinesischen Regierung anwesend.

(ADN 9. 12. 55)

165.

Festempfang in Peking am 9. Dezember 1955

*Rede des Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl*

Hochverehrter Genosse Ministerpräsident, liebe Genossen und Freunde!

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen im Namen der Delegationsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik für den herzlichen Empfang zu danken, den Sie uns hier erwiesen haben. Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik China sind Brüder in der großen Familie unter der Führung der Sowjetunion, deren Mitglieder — das heißt die Völker des Friedenslagers — alle dem gleichen Ziele zustreben: der Sicherung und Erhaltung des Friedens und dem Aufbau eines glücklichen Lebens für das werktätige Volk.

Dieses edle Ziel und die Erfolge, die dabei bereits errungen sind, durchkreuzen die Pläne des Imperialismus. Deshalb unternimmt er alle Versuche, unser gemeinschaftliches Aufbauwerk mit allen Mitteln zu stören. Die Geschichte der letzten Jahre zeigt viele Beispiele, daß diese Versuche zum Scheitern verurteilt sind.

Das große chinesische Volk hat die Imperialisten aus seinem Lande verjagt und kämpft aktiv für die Erhaltung und Festigung des Friedens an der vordersten östlichen Front des Friedenslagers. Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben an der vordersten westlichen Front im Kampf gegen den Imperialismus die Aufgabe, zum Schutze und zur Verteidigung des Friedens beizutragen. Es ist unsere Pflicht zu verhindern, daß der mit den amerikanischen Monopolverbündeten Imperialismus in Westdeutschland einen

neuen Weltkrieg entfesselt. Wir sind uns dieser Verantwortung für den Frieden in Europa voll bewußt, und, liebe chinesische Freunde, Sie können sicher sein, daß wir unsere Kräfte nicht schonen werden, um unsere Aufgabe in Ehren zu erfüllen.

In diesem Bewußtsein werden wir gestärkt durch die Tatsache, daß an unserer Seite so starke Freunde wie die Sowjetunion und die Volksrepublik China stehen, mit denen uns das feste Band brüderlicher Freundschaft verbindet. Unsere beiden Staaten verbindet ferner die Tatsache, daß unsere Politik auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener gesellschaftlicher und politischer Ordnung entsprechend den von Ihnen, Genosse Ministerpräsident, und von dem Ministerpräsidenten der Republik Indien, Herrn Nehru, entwickelten und auf der Konferenz von Bandung beschlossenen fünf Grundprinzipien beruht. Uns verbindet ferner die Tatsache, daß wir allen Völkern, die um ihre Befreiung vom Joch kolonialer Unterdrückung kämpfen, unsere volle Unterstützung zuteil werden lassen.

Wir sind überzeugt, daß unser Besuch in Ihrem großen Lande zur weiteren Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volke und damit auch zur weiteren Festigung des Friedenslagers beitragen wird. Ich bitte Sie, mit mir das Glas zu erheben auf die unverbrüchliche Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volke, auf weitere gute Erfolge in unserem gemeinsamen Kampfe für den Frieden und für die Sicherheit der Völker, auf das große chinesische Volk und auf die Gesundheit des Genossen Mao Tse-tung.

(Neues Deutschland, Berlin 11. 12. 55)

*Aus der Rede des Ministerpräsidenten
der Volksrepublik China, Tschou En-lai*

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik China sind durch eine gemeinsame Sache eng miteinander verbunden. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sind stets vom Geiste der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung getragen gewesen. Im Juli 1954 hatte ich die Ehre, auf Einladung der Regierung die Deutsche Demokratische Republik zu besuchen. Über die Besprechungen zwischen

unseren beiden Ministerpräsidenten wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem der gemeinsame Wunsch unserer beiden Länder bekräftigt wurde, ihre freundschaftliche Zusammenarbeit zu festigen und nach Frieden in der Welt zu streben.*

Im Verlaufe eines Jahres sind neue wichtige Veränderungen auf internationalem Gebiet im Interesse des Friedens vor sich gegangen. Insbesondere haben die asiatisch-afrikanische Konferenz in Bandung im vergangenen April und die Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte im vergangenen Juli in Genf die Minderung der internationalen Spannung kraftvoll vorangebracht, das gegenseitige Vertrauen zwischen den Ländern gefördert und günstige Bedingungen für die friedliche Regelung internationaler Streitfragen durch Verhandlungen geschaffen.

Um die Hindernisse bei der Lösung der Deutschlandfrage zu beseitigen, die infolge der Ratifizierung der Pariser Verträge durch die Westmächte und der Einbeziehung Westdeutschlands in den aggressiven Nordatlantikblock errichtet wurden, haben die Sowjetunion, die Deutsche Demokratische Republik und andere friedliebende Länder eine Reihe großer Anstrengungen unternommen. Zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik fanden im Juli in Berlin und im September in Moskau Besprechungen statt, und es wurde ein Vertrag über ihre Beziehungen abgeschlossen. Die Sowjetunion stellte ferner diplomatische Beziehungen mit der Deutschen Bundesrepublik her. Diese Schritte fördern zweifellos die Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik und haben günstige Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage herbeigeführt.

Sowohl in der an die Konferenz der Außenminister der vier Mächte und an das gesamte deutsche Volk gerichteten Erklärung der Deutschen Demokratischen Republik als auch in den von der Sowjetunion auf der Konferenz der Außenminister der vier Mächte in Genf unterbreiteten Vorschlägen wurde die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa und eines Gesamtdeutschen Rates zur Förderung der Annäherung zwischen den beiden bestehenden deutschen Staaten vorgeschlagen.

* siehe Band II, Nr. 113

Alle realistisch denkenden Menschen werden anerkennen, daß diese Vorschläge vernünftige und praktische Richtlinien für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands vorsehen, da sie sowohl mit den Interessen der europäischen Sicherheit als auch mit den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes übereinstimmen. Die Vereinigten Staaten und die anderen Westmächte verwarfen jedoch diese vernünftigen Vorschläge. Vergeblich versuchen sie, die von der werktätigen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bereits errungenen politischen und sozialen Erfolge zunichte zu machen, den Militarismus in ganz Deutschland wiederzuerrichten und ganz Deutschland in ihren aggressiven Block hineinzuziehen.

Dieser Plan der Vereinigten Staaten und der anderen Westmächte wird natürlich von der friedliebenden Bevölkerung Deutschlands und Europas abgelehnt, und ebenso entschlossen widersetzt sich ihm das 600-Millionen-Volk Chinas. Die Regierung und das Volk Chinas unterstützen konsequent die unermüdlichen Anstrengungen des deutschen Volkes, ein vereintes, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland zu erreichen. Der Vertreter der Volksrepublik China, der als Beobachter an der Warschauer Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa teilnahm, brachte die volle Unterstützung für den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zum Ausdruck, der von acht europäischen Ländern geschlossen wurde und der die feste Entschlossenheit der friedliebenden Länder Europas aufzeigt, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Wir sind überzeugt, daß das standhafte deutsche Volk mit Unterstützung der friedliebenden Völker der ganzen Welt durchaus in der Lage ist, die Sache der Wiedervereinigung Deutschlands in seine eigenen Hände zu nehmen und den richtigen Weg für Deutschlands friedliche Entwicklung zu wählen, und daß der fanatische Versuch der Westmächte, dem deutschen Volk ihren Willen aufzuzwingen, zum Scheitern verurteilt ist.

Die Deutsche Demokratische Republik ist die machtvolle Festung der Kräfte des Friedens und der Demokratie in Deutschland. Die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau des Sozialismus und bei der Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens der Werktätigen stellen eine lebendige Ermutigung für das gesamte deutsche Volk dar. Die friedliche Außenpolitik der Deutschen Demokratischen

Republik hat bereits das Vertrauen und die Unterstützung aller friedliebenden Völker gefunden. Trotz der Politik der Feindseligkeit und der Nichtanerkennung gewisser Länder ihr gegenüber sind das Bestehen und die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik eine unabänderliche Tatsache. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Deutsche Demokratische Republik eine immer stärkere Entwicklung auf dem richtigen Weg, den sie gewählt hat, erzielen wird.

Mit großem Interesse folgt das chinesische Volk den riesigen Erfolgen, die die Deutsche Demokratische Republik auf verschiedenen Gebieten erzielte, und sieht sie als seine eigenen Erfolge an. Das chinesische Volk war, ist und wird für immer ein ganz zuverlässiger Freund des deutschen Volkes sein. In seinem Kampf für die friedliche Wiedervereinigung seines Vaterlandes kann das deutsche Volk auf die volle Unterstützung durch das chinesische Volk rechnen.

In den vergangenen sechs Jahren haben die Volksrepublik China und die Deutsche Demokratische Republik eine unlösliche brüderliche Freundschaft geschmiedet. Das chinesische Volk hat von der Deutschen Demokratischen Republik außerordentlich große Hilfe bei seinem eigenen sozialistischen Aufbau erhalten. Wenn wir Sie heute herzlich willkommen heißen, Genosse Ministerpräsident, so gestatten Sie mir, Ihnen und durch Sie der Regierung und dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik den aufrichtigen Dank der Regierung und der Bevölkerung Chinas für die Hilfe auszusprechen, die Sie uns geleistet haben.

Wir sind fest davon überzeugt, daß der Freundschaftsbesuch der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern weiter fördern, die Macht des von der großen Sowjetunion geführten Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus stärken und dem Interesse des Friedens in Europa, in Asien und der ganzen Welt dienen wird.

Liebe Genossen und Freunde, laßt uns einen Trinkspruch auf die unlösliche Freundschaft zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik, auf das Gedeihen der Deutschen Demokratischen Republik und auf die Gesundheit des vom chinesischen Volk verehrten und geliebten Freundes, des verehrten und geliebten Vaters des deutschen Volkes, des Präsidenten Wilhelm Pieck, ausbringen.

(Neues Deutschland, Berlin 10. 12. 55)

Massenkundgebung in Peking am 11. Dezember 1955

Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

Teurer Genosse Ministerpräsident! Teurer Genosse Oberbürgermeister! Liebe Freunde und Genossen!

Mit großer Freude und mit Dank ist die Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Einladung Ihrer Regierung gefolgt und ist nach dem Besuch des Ministerpräsidenten Volkschinas, Tschou En-lai, im Juli 1954 in Berlin* zu einem Gegenbesuch in Ihr schönes und mächtiges Land gekommen. Wir danken Ihnen aus ganzem Herzen für die freundlichen Worte, mit denen der Oberbürgermeister Ihrer Stadt, Genosse Peng Tschen, uns begrüßt hat. Wir danken Ihnen gleicherweise für das Banner der Freundschaft, das Sie uns eben übergeben haben.

Wir überbringen Ihnen, den Einwohnern Pekings, Ihrer Regierung und dem ganzen chinesischen Volk die herzlichsten und brüderlichsten Kampfesgrüße unseres Präsidenten Wilhelm Pieck, der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und aller friedliebenden und patriotischen Deutschen.

Zwischen unseren beiden Ländern bestehen seit langem alte und traditionelle Beziehungen. Diese Beziehungen waren allerdings nicht immer gut. Der deutsche Kapitalismus beteiligte sich in der Vergangenheit an dem Eindringen des ausländischen Kapitalismus in China. Aber unter den revolutionären Kräften unserer beiden Völker fand eine jahrzehntelange ständige Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen der kämpfenden Arbeiterklasse statt.

Das sind die wahren Wurzeln unserer heutigen freundschaftlichen Beziehungen, die durch die Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus durch die ruhmreichen Armeen der Sowjetunion und durch den siegreichen Kampf des chinesischen Volkes um seine Befreiung von in- und ausländischen Unterdrückern auf eine völlig neue Grundlage gestellt wurden.

Wir haben mit Bewunderung den heldenhaften revolutionären Kampf des chinesischen Volkes um seine nationale und

* siehe Band II, Nr. 105 bis 114

soziale Befreiung verfolgt, der schließlich im Jahre 1949, in demselben Jahr der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, zu dem historischen Sieg der Volksrevolution führte. Ein neues China entstand, das China des Volkes. Befreit von den Fesseln des Feudalismus und des Kapitals, frei von dem Einfluß des ausländischen Imperialismus, nahm das chinesische Volk sein Geschick in die eigenen Hände.

So, wie die Gründung der Volksrepublik China einen Wendepunkt in der Geschichte Asiens, einen Wendepunkt im Kampf seiner Völker für nationale Befreiung und Unabhängigkeit darstellt, so ist auch die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ein Wendepunkt in Europa.

Von dieser Zeit an gibt es zwischen unseren Völkern Beziehungen völlig neuer Art, Beziehungen, die sich auf gegenseitige Freundschaft und Hilfe, auf Anerkennung der Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität unserer Völker begründen, die von Jahr zu Jahr enger und freundschaftlicher wurden.

Der Kampf des chinesischen Volkes um Frieden und kollektive Sicherheit in Asien ist von dem gleichen Kampf der Deutschen Demokratischen Republik in Europa nicht zu trennen, weil der Frieden unteilbar ist. Der Kampf gegen die aggressiven, von den amerikanischen Imperialisten organisierten militärischen Paktsysteme in Asien und Europa, der Kampf gegen die SEATO und die NATO, die den Frieden und die Sicherheit der Völker gefährden, hat große Erfolge gezeitigt. Die von Weltherrschaftsplänen diktierte „Politik der Stärke“ der amerikanischen Imperialisten ist sowohl in Asien als auch in Europa am Friedenswillen der Völker für immer gescheitert.

Der langjährige heroische Kampf und der Sieg des chinesischen Volkes über seine Kolonialherren ist ein leuchtendes Beispiel für alle asiatischen und darüber hinaus für alle kolonialen und halbkolonialen Völker.

Das alte Asien ist nicht mehr! Das neue Asien steht im Begriff, die Fremdherrschaft abzuschütteln und den Weg in eine neue, friedliche und glückliche Zukunft anzutreten.

Alle Versuche der amerikanischen Imperialisten, durch die Auslösung des Koreakrieges, durch ihre Einmischung in den indonesischen Krieg und durch die Besetzung der chinesischen Insel Taiwan ihren Einfluß in Asien aufrechtzuhalten, das chinesische Volk und die anderen asiatischen Völker wieder

unter die imperialistische Knute zu zwingen, sind erfolglos verlaufen.

Die Konferenz in Bandung im April 1955 hat dazu geführt, daß heute immer mehr Völker Asiens und Afrikas ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und die fremden imperialistischen Einflüsse beseitigen.

Daran ändert auch die feindselige Haltung der USA-Imperialisten gegenüber dem großen 600 Millionen starken chinesischen Volke nichts, die so tun, als ob China nicht existiere, es nicht anerkennen und versuchen, China von internationalen Organisationen und Konferenzen fernzuhalten.

Die Deutsche Demokratische Republik fühlt sich eng und brüderlich verbunden mit dem chinesischen Volk in seinem gerechten Kampf um die Wiederherstellung seiner legitimen Rechte in der Organisation der Vereinten Nationen und die Rückführung Taiwans zum chinesischen Mutterland.

Auch die Deutsche Demokratische Republik wird von den imperialistischen Westmächten nicht „anerkannt“ und kämpft um die Beseitigung der imperialistischen Besetzung Westdeutschlands.

Eine solche Politik der „Nichtanerkennung“ aber hat, wie die Geschichte lehrt, keinen Bestand.

Volkschina und die Deutsche Demokratische Republik existieren, wachsen und entwickeln sich. Damit die Westpolitiker das sehen lernen, sind wir hier in Ihr Land gekommen, liebe Genossen. Wer diese Tatsache übersieht, will das Rad der Geschichte zurückdrehen, wobei er unweigerlich scheitern muß. Das Geheimnis des wachsenden Einflusses Chinas und der Deutschen Demokratischen Republik auf die internationale Politik liegt in der einfachen Tatsache, daß unsere Länder die Interessen der Millionenmassen der werktätigen Menschen vertreten, die am Frieden, an der Unabhängigkeit und am wachsenden Wohlstand ihrer Länder interessiert sind. Die Konferenz in Bandung bedeutete den Sieg der fünf Prinzipien, die in dem Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Ministerpräsident Tschou En-lai und Ministerpräsident Nehru aufgestellt wurden. Diese fünf Prinzipien sind auch Grundlage der Politik der Deutschen Demokratischen Republik. Diese Prinzipien finden immer mehr die Unterstützung der Völker und der verantwortungsbewußten Politiker.

Die Einhaltung dieser Prinzipien vermindert die Kriegsgefahr, schwächt die Spannungen in den internationalen Beziehungen

ab und verbessert die Zusammenarbeit von Ländern mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen.

Auch in Europa wird der Einfluß der amerikanischen Imperialisten weiter zurückgedrängt. Die imperialistischen Westmächte und die ganze Welt mußten sich in Genf überzeugen, daß es unmöglich ist, ganz Deutschland in einen Kriegspakt und in die NATO einzubeziehen. Die Pläne der Kriegstreiber mußten scheitern, da die Sowjetunion mit ihren Vorschlägen zur Schaffung eines europäischen Sicherheitspaktes, zur Abrüstung und der Schaffung von Kontakten zwischen Ost und West die wirklichen Interessen des deutschen Volkes und aller europäischen Völker zum Ausdruck brachte.

Die Vorschläge der Westmächte aber berücksichtigen in keiner Weise die reale Situation, die durch die Existenz zweier deutscher Staaten entstanden ist. Sie mißachten den Standpunkt der Deutschen Demokratischen Republik und wollen das deutsche Volk von seinen eigenen Angelegenheiten ausschließen.

Das deutsche Volk muß in seiner eigenen Angelegenheit selbst handeln, es muß sich verständigen und die Lösung seiner Lebensfragen in die eigenen Hände nehmen. Der Kampf des deutschen Volkes aber ist ein Teil des weltweiten Kampfes der friedliebenden Völker und Menschen um Frieden, Demokratie und Fortschritt.

Darum kann die Wiedervereinigung Deutschlands nur das Resultat des Volkskampfes gegen den Militarismus in Westdeutschland und der gemeinsamen Anstrengungen der Kräfte des Friedens und der Verständigung in der Welt sein. Wir werden diesen Kampf unerbittlich weiterführen, bis diese edle Sache unseres Volkes siegreich sein wird.

Mit großer Anteilnahme blicken die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und alle deutschen Patrioten auf die wachsende Kraft und Macht der Volksrepublik China, die sich unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas in der Übergangsperiode zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft befindet.

Große Erfolge hat die Volksrepublik China seit ihrer Gründung in der schrittweisen Industrialisierung des Landes und in der sozialistischen Umwandlung der Landwirtschaft, des Handwerks und der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels errungen. Unter der Führung der Kommunistischen

Partei und des Vorsitzenden Mao Tse-tung schreitet das chinesische Volk als Herr seines Landes geschlossen und voller Siegeszuversicht vorwärts zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir beglückwünschen die Werktätigen Chinas und ihre Regierung zu ihren großen Erfolgen und wünschen ihnen, daß sie auch weiterhin von Sieg zu Sieg schreiten mögen.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik verfolgen die Anstrengungen des chinesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus mit großem Verständnis in innerer brüderlicher Anteilnahme.

Auch die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sind unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der schaffenden Intelligenz dabei, die Grundlagen des Sozialismus zu errichten. Auch bei uns sind die Großgrundbesitzer verjagt, das Land ist an die Bauern gegeben, die begonnen haben, es genossenschaftlich zu bewirtschaften. Die Monopolherren sind enteignet, und eine große volkseigene Wirtschaft ist entstanden. Die Türen aller Schulen und Universitäten sind weit für die Kinder unserer Arbeiter und Bauern geöffnet. Alle Kraft richten wir auf die Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die gegenseitige Hilfe und Unterstützung, die Erweiterung der ökonomischen Beziehungen zwischen unseren Ländern sind dabei von ebenso großer Bedeutung wie die Erweiterung der kulturellen Zusammenarbeit unserer beiden Länder.

Die sich ständig erweiternden Handelsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Volkschina haben auch das lebhafte Interesse der westdeutschen Wirtschaftskreise geweckt, die mehr und mehr die Herstellung von normalen Handelsbeziehungen mit China fordern, um sich von den einseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA zu befreien.

Die friedliebenden Völker stehen heute vor großen Aufgaben. Es ist notwendig, die Rückkehr zum „kalten Krieg“ zu verhindern, das Wettrüsten zu beenden, das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen durchzusetzen, die europäische Sicherheit zu gewährleisten, die Deutschlandfrage zu lösen, die territorialen Rechte Chinas wiederherzustellen, die völkerrechtlichen Ansprüche der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik zu sichern und den Ausbau der wirtschaft-

lichen und kulturellen Verbindungen zwischen Ost und West fortzusetzen.

Die erfolgreiche Lösung aller dieser brennenden Fragen ist nur möglich, wenn die friedliebenden Völker und Menschen sich enger zusammenschließen und den aktiven Kampf um ihre Forderungen organisieren. Dieser Aufgabe soll auch unser Besuch dienen.

Die Festigung der Freundschaft unserer Völker zur großen sozialistischen Sowjetunion aber ist dabei das Unterpfand für den endgültigen Sieg unserer gerechten Sache.

Die Sowjetunion, die seit ihrer Existenz eine konsequente Politik des Friedens und der Minderung der internationalen Spannungen betreibt, ist das große Beispiel für alle Völker. Ihr Ziel ist es, den Frieden zu erhalten, einen Krieg zu vereiteln und die Menschen von seinen Schrecken zu befreien, den Völkern ruhige Arbeit und das Glück eines friedlichen Lebens zu sichern. Die Sowjetunion steht an der Spitze des großen Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, das heute 900 Millionen Menschen umfaßt und zu einer gewaltigen, weltumspannenden Kraft geworden ist.

Seite an Seite mit der Sowjetunion stehen in diesem großen Lager heute China und die Deutsche Demokratische Republik. Gestatten Sie mir zum Schluß einige andere Bemerkungen. Unter der Regierungszeit des Kaisers Tschen-Tsu der Ming-Dynastie wurde eine der größten Enzyklopädien Chinas vollendet, die die Welt gesehen hat. Die übriggebliebene Abschrift dieser großen chinesischen Enzyklopädie wurde durch den Brand der Han-Lin-Akademie zu Peking im Juni 1900 vernichtet. Nur einige Teile wurden gerettet und in alle Winde verstreut. So gelangten drei Bände an unsere Universitäts-Bibliothek Leipzig.

Nachdem die Sowjetunion bereits die in ihrem Besitz befindlichen Stücke zurückgegeben hat, gestatten Sie uns, Ihnen die drei Bände, die in unserem Besitz waren, zurückzugeben.

Voller Hochachtung betrachten wir die großen kämpferischen Traditionen des chinesischen Volkes aus seinem geschichtlichen Befreiungskampf vom Joch ausländischer imperialistischer Räuber um die Jahrhundertwende.

Als kurz vor Ende des 19. Jahrhunderts der Kampf unter den Imperialisten um die Aufteilung der Welt entbrannte, streckten

sie ihre schmutzigen Hände auch nach dem fruchtbaren und reichen Land des chinesischen Volkes aus.

Unser großer Lehrer Lenin sagte zu diesen Machenschaften der Imperialisten: „Eine nach der anderen gingen die europäischen Regierungen so eifrig daran, chinesisches Land zu räubern, zu pachten, wie sie es nennen, daß nicht ohne Grund Gerüchte über die Aufteilung Chinas aufgetaucht sind. Aber sie haben mit der Aufteilung nicht offen begonnen, sondern heimlich, wie Diebe. Sie sind wie Leichenschänder darangegangen, China auszuräubern.“

Aber beseelt von glühendem Haß gegen die imperialistischen Räuber und Plünderer, erfüllt von grenzenloser Liebe zu ihrem Vaterland, erhoben sich die chinesischen Patrioten unter der Losung „Die Faust im Namen des Friedens und der Gerechtigkeit!“ zu dem in der ganzen Welt bekannten Boxeraufstand, zur bewaffneten Gegenwehr gegen den frechen Raub ihres Landes.

Die Imperialisten aus aller Welt aber sandten Truppen nach China, um die berechtigten Forderungen des Volkes in Blut zu ersticken. Deutsche Militaristen haben bei diesem Überfall zahlreiche Freiheitsfahnen der chinesischen Aufständischen geraubt und als Siegestrophäen nach Deutschland geschleppt. Unter den zehn Fahnen, die nach der Vernichtung des deutschen Faschismus durch die Sowjetarmee in unsere Hände gelangten, befinden sich die ruhmreichen Fahnen der Bergfeste Tau-king-huan, des Miliz-Kommandos von Kuang-tschiang-kun, befindet sich das Banner der „Miliz der patriotischen Vereinigung von Tien-hsien-kung bei Schi Mon-tschen“ und andere Sturmflaggen der chinesischen Freiheitskämpfer.

Diese ehrwürdigen Zeugen des historischen chinesischen Volkskampfes sind Eigentum des chinesischen Volkes. Wir geben darum diese zehn von deutschen Militaristen geraubten Fahnen voller Hochachtung vor dem Freiheitswillen des chinesischen Volkes und im Angedenken an die im Boxeraufstand gefallenen chinesischen Volkshelden, begleitet von den brüderlichen Kampfesgrüßen der Regierung und der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, in die Hände des chinesischen Volkes zurück.

Deutsche Militaristen, blut- und profitgierige Feinde des chinesischen Volkes, raubten diese Fahnen. Deutsche Sozialisten, die Enkel von Karl Marx und Friedrich Engels, treue Freunde und

Kampfesgenossen des chinesischen Volkes, bringen sie euch zurück und legen sie in eure Hände.

Möge die Übergabe dieser Fahnen durch den ersten Arbeiter- und Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands die Freundschaft zwischen unseren Völkern festigen und vertiefen. Möge sie dazu beitragen, unser Kampfbündnis gegen imperialistische Völkerverhetzung und Kriegsdrohung noch enger und fester zu knüpfen.

Es lebe das tapfere und ruhmreiche chinesische Volk!

Es lebe die unverbrüchliche Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volke!

Es lebe der Genosse Mao Tse-tung!

Es lebe die Regierung der Volksrepublik China!

Es lebe der Genosse Tschou En-lai!

Ju Hau! (Freundschaft)

(Neues Deutschland, Berlin 12. 12. 55)

Rede des Ministerpräsidenten Tschou En-lai

Verehrter Genosse Ministerpräsident! Genossen der Delegation, Genossen und Freunde!

Gerade eben hat Ministerpräsident Otto Grotewohl im Namen der deutschen Sozialisten, der aufrichtigen Freunde und Kampfgenossen des chinesischen Volkes, drei Teile der Juenlo-Enzyklopädie und zehn Fahnen des „Bundes Faust im Namen der Gerechtigkeit“ (Boxeraufstand) dem chinesischen Volke zurückgegeben. Im Namen des sozialistischen chinesischen Volkes und seiner Regierung möchte ich Ihnen, verehrter Genosse Ministerpräsident, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem deutschen Volke den tiefsten Dank aussprechen.

Diese Freundschaftstat der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zeigt voll und ganz die neuen, brüderlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik. Diese Beziehungen sind entstanden, nachdem unsere beiden Völker in ihren Ländern ihre eigene Macht errichtet haben und Herren ihres Schicksals wurden.

Seit mehr als 100 Jahren hat das chinesische Volk viel unter imperialistischer Aggression und Unterdrückung, unter Ausplünderung und Mord gelitten.

In dieser Zeit hat das chinesische Volk, um seine nationale Freiheit und Unabhängigkeit zu erreichen, gegen imperialistische Aggressionen und die feudalistische Unterdrückung einen ununterbrochenen heroischen Kampf geführt. Der „Boxeraufstand“ im Jahre 1900 war ein Ausdruck des hartnäckigen Widerstandes des chinesischen Volkes gegen die imperialistischen Aggressionen, sein heroischer Kampf war ein Grundstein für den großen Sieg, den das chinesische Volk 50 Jahre später errungen hat.

Das chinesische Volk schätzt sehr die Geschichte und die Kulturdenkmäler des Kampfes seiner Vorfahren. Deshalb nehmen wir mit hoher Achtung dieses große Geschenk einer großen Freundschaft entgegen. Viele Denkmäler der Geschichte des chinesischen Volkes befinden sich noch als „Trophäen“ in den Museen vieler westlicher Staaten. Das chinesische Volk kann aber erst recht nicht vergessen, daß die imperialistischen Staaten bis heute noch einen Teil des chinesischen Territoriums besetzt halten.

Chinesische historische Denkmäler, die von den Imperialisten aus China gestohlen wurden, werden in den Museen westlicher Länder zurückgehalten. Das chinesische Territorium Taiwan ist von Imperialisten okkupiert. Das chinesische Volk glaubt fest daran, daß der Tag kommen wird, an dem diese sogenannten „Trophäen“ endgültig in unsere Heimat zurückkommen werden.

Die freundschaftliche Geste der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik ist für das chinesische Volk ein neuer Beweis dafür, wer sein wirklicher Freund ist und wer wirklich die Denkmäler der Geschichte des chinesischen Volkes achtet, wer wirklich den Willen des chinesischen Volkes zur Erreichung der Unabhängigkeit achtet.

Zwischen unseren beiden bereits befreiten Völkern, die jetzt den Sozialismus aufbauen, sind schon Bande der unverbrüchlichen Freundschaft geknüpft. Verehrter Genosse Ministerpräsident! Im Namen des chinesischen Volkes versichere ich Ihnen, daß das chinesische Volk die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern wie seinen Augapfel hüten wird und daß es die Vertiefung und Entwicklung dieser Freundschaft als eine seiner bedeutenden Aufgaben betrachten wird. Es lebe die brüderliche Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem deutschen Volk!

(Neues Deutschland, Berlin 13. 12. 55)

**Gemeinsame Erklärung
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Volksrepublik China**

In der Zeit vom 8. Dezember bis zum 18. Dezember und vom 22. Dezember bis zum 26. Dezember 1955 weilte eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter der Leitung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf Einladung der Regierung der Volksrepublik China zu einem Freundschaftsbesuch in der Volksrepublik China.

Der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik gehörten an:

der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz;
der Staatssekretär im Ministerium der Justiz, Dr. Heinrich Toeplitz;

der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer, Peter Florin;

das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Fritz Grosse;

der Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China, Richard Gyptner;

das Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christa Jablonsky;

der Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Neye;

der Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei, Heinrich Dollwetz;

der Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Freundschaft“, Held der Arbeit Ernst Wulff;

der Aktivist und Meister im VEB Waggonbau Dessau, Werner Horn.

Während ihres Aufenthaltes wurde die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom Vorsitzenden der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, empfangen.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik besuchte Städte und Dörfer, Kulturinstitutionen und Produktionsstätten der Volksrepublik China sowie Einheiten der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Sie empfing starke Eindrücke vom Fortschritt der Volksrepublik China beim

Aufbau der Volkswirtschaft und der Entwicklung des kulturellen Lebens, der Verbundenheit von Volk und Regierung sowie der Bereitschaft zur Verteidigung des Friedens. Die Begegnungen der Vertreter des deutschen Volkes mit dem chinesischen Volke und seinen Führern waren eine Manifestation ihrer unverbrüchlichen Freundschaft und brüderlichen Verbundenheit.

Zwischen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter der Leitung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und einer Regierungsdelegation der Volksrepublik China unter der Leitung des Vorsitzenden des Staatsrates und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China, Tschou En-lai, fanden Verhandlungen statt.

Der Regierungsdelegation der Volksrepublik China gehörten an:
Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Tschou Jün;
die Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Tschang Wen-tien und Tschou Peng-fei;
der Minister für Kultur, Schen Jän-bing;
der Minister für Landwirtschaft, Liao Lu-jän;
der Botschafter der Volksrepublik China in der Deutschen Demokratischen Republik, Tseng Jung-tschuan.

Im Laufe der Verhandlungen berieten beide Seiten über die weitere Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen und führten einen Meinungsaustausch über die internationale Lage. Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß sie den gemeinsamen Wunsch haben, die bereits zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit weiterzuentwickeln, und daß ihre Auffassungen über die internationale Lage völlig übereinstimmen. Die Verhandlungen verliefen in einer aufrichtigen und freundschaftlichen Atmosphäre.

Im Ergebnis der Verhandlungen wurde ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China abgeschlossen. Ferner wurde ein Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit sowie ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Pflanzenquarantäne und des Schutzes der Kulturpflanzen vor Schädlingen und Krank-

heiten unterzeichnet. Beide Seiten gaben ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß der Abschluß des Vertrages und der Abkommen die zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China bestehenden allseitigen engen und freundschaftlichen Beziehungen und ihre Zusammenarbeit weiter festigen und entwickeln. Insbesondere werden sich die beiden Staaten jede mögliche Hilfe erweisen. Bei der Erörterung der internationalen Lage fand ein ausführlicher Meinungsaustausch über die Ergebnisse der Genfer Konferenz der Außenminister der vier Mächte im Oktober/November 1955 und im Zusammenhang damit über die deutsche Frage statt. Beide Seiten stimmten in der Auffassung überein, daß die Haltung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Genfer Außenministerkonferenz und die von ihr vorgelegten Vorschläge der realen Lage in Europa und in Deutschland Rechnung tragen und daß die von der Sowjetunion auf der Genfer Außenministerkonferenz vertretenen Ansichten und Vorschläge den Interessen des Weltfriedens sowie den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechen.

Entgegen dem Willen aller Völker der Welt nach einer Entspannung der internationalen Beziehungen, wie sie sich auf der Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte und der Konferenz von Bandung durchsetzte, versuchen aggressive Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Anhänger, ihre bankrotte „Politik der Stärke“ weiter zu betreiben. Ein Ausdruck dafür ist ihre besonders feindselige Haltung gegenüber der friedliebenden Volksrepublik China und der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik. Diese Politik, die mit den Interessen aller friedliebenden Staaten und Völker sowie mit den Interessen ihrer eigenen Völker im Widerspruch steht, ist nach wie vor zum Scheitern verurteilt. Beide Seiten brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur Erhaltung des Friedens in der Welt und zum Fortschritt der Menschheit beizutragen. Sie betonten, daß beide Staaten an allen internationalen Handlungen teilnehmen werden, die der Festigung des Weltfriedens und der Gewährleistung der kollektiven Sicherheit dienen. Sie werden sich über alle Fragen beraten, die gemeinsame Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China berühren, um ihre Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer

Staaten und zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens wirksam zu koordinieren.

Während der Verhandlungen wurden Fragen der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Bundesrepublik berührt. Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik erklärte, daß sie eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Bundesrepublik im Interesse des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebenden und demokratischen Staat begrüßen würde.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß die internationalen Spannungen, die die fortdauernde völkerrechtswidrige Besetzung des chinesischen Territoriums Taiwan durch die amerikanischen Aggressoren in diesem Raum hervorruft, schnellstens beseitigt werden müssen.

Es ist ein ernster Verstoß gegen die Satzung und das Ansehen der Vereinten Nationen, daß der Volksrepublik China ihr rechtmäßiger Platz in den Vereinten Nationen und im Sicherheitsrat vorenthalten wird. Die Volksrepublik China muß den ihr zustehenden Platz in den Vereinten Nationen wieder einnehmen.

Zur Förderung des internationalen Friedens und der internationalen Zusammenarbeit muß die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen universell sein. Alle Staaten, die den von der Satzung der Vereinten Nationen festgelegten Bedingungen entsprechen, müssen als Mitgliedstaaten aufgenommen werden. Beide Seiten verurteilen es, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Marionette, die Tschiang Kai-schek-Clique, den von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Vorschlag auf gleichzeitige Aufnahme von 18 Staaten zu Fall bringen konnten. Sie begrüßen gleichzeitig die auf Initiative der Sowjetunion von der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedstaaten beschlossene Aufnahme von 16 Staaten in die Vereinten Nationen.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß das Genfer Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens in Indochina in jeder Weise eingehalten werden muß.

Beide Seiten erachten es für notwendig, daß zur friedlichen Regelung der Koreafrage in Übereinstimmung mit den Interessen des koreanischen Volkes und den Interessen des Friedens sobald als nur möglich eine internationale Konferenz unter

Teilnahme aller Staaten, die an diesen Fragen interessiert sind, einberufen wird.

Beide Seiten begrüßen mit Freude, daß sich die nationalen demokratischen Kräfte in den asiatisch-afrikanischen Gebieten schnell entwickeln und der Kolonialismus schwere Niederlagen erleidet. Die bedeutsamen Anstrengungen vieler Staaten in diesem Raum zur Erreichung und Erhaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit tragen zur Erhaltung des Weltfriedens bei. Beide Seiten erklären ihre entschlossene Ablehnung jeder Form des Kolonialismus.

Sie unterstützen alle Staaten und Völker im Kampf für die nationale Unabhängigkeit und für die Verteidigung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität. Sie unterstützen die gerechten Forderungen Indiens auf Rückgabe Goas und die Indonesiens auf Rückgabe West-Irians, den Kampf der nordafrikanischen Völker für ihre nationale Selbstbestimmung, die gerechten Ansprüche der arabischen Völker sowie deren Widerstand gegen die Einbeziehung in aggressive Militärblocks.

Die Freundschaftsbesuche des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Bulganin, und des Mitglieds des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Chruschtschow, in der Republik Indien, der Union von Burma und dem Königreich Afghanistan sowie die gemeinsamen Erklärungen der Sowjetunion und Indiens, der Sowjetunion und Burmas und der Sowjetunion und Afghanistans sind internationale Ereignisse von großer Bedeutung. Sie sind wertvolle Beiträge zur Entwicklung der aufrichtigen Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und zur friedlichen Koexistenz zwischen Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen und damit zur Festigung des Friedens in Asien und in der Welt.

Beide Seiten wenden sich mit aller Schärfe gegen aggressive Militärblocks und sind der Ansicht, daß die NATO, die Westeuropäische Union, die SEATO (der Manila-Pakt) und der Bagdad-Pakt die Sicherheit der Länder in Europa, Asien und Afrika gefährden. Die Verletzung des Territoriums anderer Länder und die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten durch solche Militärblocks stehen in krassem Widerspruch zur Satzung der Vereinten Nationen und stellen eine offene Verletzung des Völkerrechts und eine Bedrohung des Weltfriedens dar.

Der Frieden in Asien und Europa ist unteilbar. Beide Seiten sind der Meinung, daß internationale Streitfragen nicht mit Drohung und Gewalt, sondern durch friedliche Verhandlungen aller interessierten Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, zu lösen sind.

Sie müssen gemeinsam nach Überwindung der Militärblocks, nach Herstellung der allgemeinen Sicherheit, nach Verwirklichung der Abrüstung und nach dem Verbot der Herstellung, der Erprobung und der Anwendung von Atom- und Wasserstoffwaffen streben.

Beide Seiten drücken ihre Zufriedenheit darüber aus, daß die auf Antrag der Republik Indien und der Volksrepublik China von der asiatisch-afrikanischen Konferenz bestätigten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz von immer mehr Staaten anerkannt werden. Diese Prinzipien sind die Grundlage für die Schaffung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten und gegenseitigen Vertrauens, für die Beseitigung der internationalen Spannungen und für die Entwicklung der Freundschaft und der internationalen Zusammenarbeit. Beide Seiten werden sich weiter bemühen, ihre Beziehungen zu anderen Staaten nach den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung und der territorialen Integrität und der Souveränität, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils und der friedlichen Koexistenz zu entwickeln. Sie sind davon überzeugt, daß das den Interessen der Völker aller Länder und der Erhaltung des Weltfriedens entspricht.

Peking, den 25. Dezember 1955

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik
gez. O. Grotewohl

Der Ministerpräsident des Staatsrates der Volksrepublik China
gez. Tschou En-lai

(Drucksache der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik)

**Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik China vom 25. Dezember 1955**

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und
der Vorsitzende der Volksrepublik China

h a b e n ,

von dem Wunsch beseelt, die engen und freundschaftlichen
Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen
Demokratischen Republik und der Volksrepublik China auf
der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität,
der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der
Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens weiter-
zuentwickeln und zu stärken;

in der Entschlossenheit, in Übereinstimmung mit den Grund-
sätzen der Satzung der Vereinten Nationen, den Weltfrieden
zu erhalten und zu festigen und jeden möglichen Beitrag zur
Gewährleistung der Sicherheit der Völker in Europa und in
Asien zu leisten;

überzeugt davon, daß die Festigung und die Entwicklung der
freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der
Volksrepublik China den Lebensinteressen des deutschen und
des chinesischen Volkes und gleichzeitig den Interessen aller
Völker der Welt entsprechen,

b e s c h l o s s e n ,

zu diesem Zweck den vorliegenden Vertrag zu schließen, und
zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik — den
Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
Otto Grotewohl;

der Vorsitzende der Volksrepublik China — den Minister-
präsidenten des Staatsrates, Tschou En-lai.

Die Bevollmächtigten kamen nach dem Austausch ihrer in
gehöriger Form und in Ordnung befundenen Vollmachten
über folgendes überein:

Artikel 1

Die Vertragschließenden Seiten bestätigen feierlich, daß beide
Staaten im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen inter-
nationalen Handlungen teilnehmen, deren Ziel die Gewähr-

leistung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen ist.

Artikel 2

Die Vertragschließenden Seiten werden sich im Geiste brüderlicher Verbundenheit über alle wichtigen internationalen Fragen beraten, die die Interessen beider Staaten berühren. Hierbei werden sie der Notwendigkeit, die Unverletzbarkeit ihres Hoheitsgebietes und die Sicherheit ihrer Staaten zu gewährleisten und den Weltfrieden zu festigen, besondere Aufmerksamkeit widmen.

Artikel 3

Die Vertragschließenden Seiten verpflichten sich in Übereinstimmung mit den Interessen ihrer Staaten, die freundschaftlichen Beziehungen auf allen Gebieten auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens zu verstärken und zu erweitern.

Artikel 4

Die Vertragschließenden Seiten werden sich im Interesse des friedlichen Aufbaus in beiden Staaten jede mögliche wirtschaftliche Hilfe erweisen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Staaten weiterentwickeln.

Artikel 5

Die Vertragschließenden Seiten werden als Beitrag zur Entwicklung der Wissenschaft und zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die erforderliche wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit verwirklichen.

Artikel 6

Die Vertragschließenden Seiten werden in der Überzeugung, daß die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten und ihrer Bevölkerung zur Stärkung der Freundschaft beigetragen und für die Entwicklung der eigenen nationalen Kultur von Nutzen sind, Maßnahmen zur Förderung und allseitigen Erweiterung der kulturellen Beziehungen ergreifen.

Artikel 7

Der Vertrag wird bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat oder bis die Vertragschließenden Seiten zu einem Übereinkommen

über die Änderung oder Außerkraftsetzung dieses Vertrages gelangen, Gültigkeit haben.

Artikel 8

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung und tritt in Kraft am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in nächster Zeit in Berlin erfolgt.

Ausgefertigt in Peking, am 25. Dezember 1955 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und chinesischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

In Vollmacht
des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Otto Grotewohl

In Vollmacht
des Vorsitzenden der Volksrepublik China
gez. Tschou En-lai

(Vorwärts, Berlin 27. 12. 55)

Erklärungen nach Abschluß der Verhandlungen: Ministerpräsident Otto Grotewohl

Werter Genosse Ministerpräsident, teure chinesische Freunde! Mit der soeben vollzogenen Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit haben die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten und unseren beiden Völkern eine außerordentliche Vertiefung erfahren. Wir sind der festen Überzeugung, daß sich mit diesem Vertrag die bestehenden allseitigen, engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China auf politischem, wirtschaftlichem Gebiet und anderen Gebieten noch weiter festigen und entwickeln werden. Es ist für das deutsche Volk ein glückliches Gefühl zu wissen, daß es in der großen und starken Volksrepublik China einen mächtigen Bundesgenossen hat, der in den Fragen der Notwendigkeit und des Weges zur Wiederherstellung eines friedlichen, demokratischen, einheitlichen Deutschlands mit uns völlig übereinstimmt. So, wie dies der Sicherung des Friedens in Europa nutzt, so ist es ohne Zweifel für den Frieden in Asien nützlich, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik völlig übereinstimmt mit der gerechten Forderung der Völker

in Asien, die sich vom Kolonialismus befreit haben oder um ihre Befreiung kämpfen.

Unsere Regierungsdelegation geht mit guten Resultaten nach Deutschland zurück. Wir haben festgestellt, daß sich unsere Auffassungen mit denen unserer chinesischen Freunde in den wichtigen und entscheidenden Fragen unserer beiden Nationen völlig decken. Diese unsere gemeinsamen Auffassungen resultieren daraus, daß wir beide in unseren Ländern die Vorherrschaft der reaktionären Ausbeuterklassen überwunden und die Herrschaft der Arbeiter und Bauern errichtet haben. In beiden Ländern schaffen wir die Grundlagen des Sozialismus, entwickeln wir die Volkswirtschaft ständig und planmäßig, und es wächst der Wohlstand unserer Völker. Dazu bedürfen wir aber dringend des Friedens. Gerade darum sind wir auch beide übereingekommen, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um zur Erhaltung des Friedens in der Welt und zum Fortschritt der Menschheit beizutragen, und haben unsere beiderseitige Bereitschaft ausgedrückt, an allen internationalen Handlungen teilzunehmen, die der Festigung des Weltfriedens und der Gewährleistung der kollektiven Sicherheit dienen.

Wir sind fest überzeugt, daß es den Vereinigten Staaten von Amerika nicht mehr lange möglich sein wird, die Tschiang Kaischek-Clique als Marionette zu gebrauchen und der Volksrepublik China den ihr zustehenden Platz in den Vereinten Nationen streitig zu machen. Ebenso wird die Wiedereingliederung Taiwans in das chinesische Mutterland und das Ende des Kolonialismus in ganz Asien zur unumgänglichen Notwendigkeit. Wir fahren mit froher Zuversicht nach Hause, weil wir die Sache des Friedens hier in Asien in so festen und starken Händen wissen, und nehmen Sie bitte von uns die Versicherung an, daß wir in Deutschland alle unsere Kräfte anstrengen werden, um in Europa den Gefahrenherd eines neuen Krieges zu beseitigen. Das deutsche Volk wird den Militarismus und die Herrschaft der Junker und Monopole in Westdeutschland beseitigen, um den Weg für die Sicherheit der Völker und die Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage frei zu machen. Ihre Unterstützung, liebe chinesische Freunde, deren wir sicher sind, Ihre Unterstützung, die wir hier während unseres Aufenthaltes in so hohem Maße spüren konnten, macht uns diesen Kampf leichter und sichert uns den endgültigen Sieg.

Ministerpräsident Tschou En-lai

Werter Genosse Ministerpräsident Grotewohl, wertee Genossen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik!

Während Ihres Besuches in China haben Regierungsdelegationen unserer beiden Länder Verhandlungen über die Frage der weiteren Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern geführt. Heute haben wir hier den Vertrag zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik über Freundschaft und Zusammenarbeit abgeschlossen und das chinesisch-deutsche Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit und das über Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Pflanzenquarantäne und des Schutzes der Kulturpflanzen vor Schädlingen und Krankheiten unterzeichnet. Die Unterzeichnung dieses Vertrages und dieser Abkommen bedeutet eine weitere Entwicklung und Festigung der Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern.

Gestatten Sie mir, Ihnen, Genosse Ministerpräsident, und allen Mitgliedern der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik im Namen der Regierung der Volksrepublik China die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Nach dem Ende des antifaschistischen Krieges wurde auf deutschem Boden die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Dieses große Ereignis bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas. Die Deutsche Demokratische Republik, die an der vordersten westlichen Front im Kampfe gegen den Imperialismus steht, ist ein starkes Mitglied des sozialistischen Lagers des Friedens und der Demokratie. Ihre Existenz und Entwicklung ist ein mächtiger Ansporn für das chinesische Volk in seinem Kampf um die Sicherung des Friedens in Asien und der ganzen Welt.

Genosse Mao Tse-tung hat gesagt: Zur Zeit der Existenz des Imperialismus kann in keinem Lande die gerechte Volksrevolution siegen, wenn sie nicht auf verschiedene Weise durch die internationalen revolutionären Kräfte unterstützt wird. Auch nach dem Siege kann sie sich ohne diese Unterstützung nicht festigen. Daß das chinesische Volk nach dem zweiten Weltkrieg den Sieg in seiner Revolution erringen und nach dem Siege seinen Staat festigen und aufbauen konnte, ist der beste

Beweis dafür. Jetzt sind unsere beiden Länder beim Aufbau des Sozialismus. Wir haben die gleichen Ziele. Unser gemeinsamer Wunsch ist gegenseitige Unterstützung, Lernen voneinander, Festigung unserer Freundschaft und Stärkung unserer Solidarität.

Der Vertrag, den wir abgeschlossen haben, und die Abkommen, die wir unterzeichnet haben, dienen nicht nur unseren beiden Völkern, sondern sie dienen der Verteidigung des Weltfriedens und dem Fortschritt der gesamten Menschheit. Ich bin tief davon überzeugt, daß alle friedliebenden Völker der ganzen Welt die Arbeit begrüßen werden, die wir heute abgeschlossen haben.

(ADN 27. 12. 55)

169.

Ankunft der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit Ministerpräsident Otto Grotewohl an der Spitze traf am 30. Dezember 1955 von ihrer fast vierwöchigen Reise durch die Volksrepublik China, die Koreanische Volksdemokratische Republik und die Mongolische Volksrepublik wieder in Berlin ein.

Zum Empfang auf dem Flugplatz waren Mitglieder des Politbüros und Sekretäre des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, an ihrer Spitze der Erste Sekretär des ZK und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Genosse Walter Ulbricht; der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann; Vertreter der Volkskammer, der Behörden und Organisationen; Mitglieder des Diplomatischen Korps und zahlreiche Abordnungen von Berliner Betrieben erschienen. Unter den Anwesenden waren: die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph, Prof. Fred Oelßner, Dr. h. c. Otto Nuschke, Paul Scholz und Dr. Hans Loch; Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates; Mitglieder der Präsidien der Volks- und Länderkammer; der Chef der Präsidialkanzlei, Staatssekretär Max Opitz; der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Georg

Handke, sowie Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten; der 1. Sekretär des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann; Mitglieder des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front und Vertreter des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen; Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei.

Zur Begrüßung der Delegation waren zugegen Mitglieder des Diplomatischen Korps und Vertreter des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik.

Volkskammerpräsident Dr. h. c. Dieckmann betonte in seinen Begrüßungsworten, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik jede Etappe der bedeutsamen Reise der Regierungsdelegation mit großem Interesse verfolgt habe. „Die Ergebnisse dieser Reise sind ein Beweis für das große Ansehen, das die junge Deutsche Demokratische Republik in der Welt genießt“, sagte er. „Die Reise war ein Triumph des Gedankens echter, wahrer Völkerfreundschaft.“ Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik habe dem ganzen deutschen Volk mit dieser ergebnisreichen Reise einen großen Dienst erwiesen. Volkskammerpräsident Dr. h. c. Dieckmann sprach noch einmal den Dank der obersten Volksvertretung und aller friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik für die bedeutsamen Ergebnisse der Reise aus.

(Neues Deutschland, Berlin 31. 12. 55)

170.

Bericht des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl über den Freundschaftsbesuch der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik im Fernen Osten vor der Volkskammer am 18. Januar 1956

Verehrte Abgeordnete der Volkskammer!

In der Zeit vom 8. bis 28. Dezember weilte eine Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu Freundschaftsbesuchen in der Volksrepublik China, in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und in der Mongolischen Volksrepublik. Die gesamte Delegation nimmt an der heutigen Sitzung der Volkskammer teil.

Unsere Delegation hatte im Verlauf ihrer Reise Gelegenheit, durch den Besuch von Betrieben, Städten, Dörfern, kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie von Verteidigungsanlagen und Armee-Einheiten einen Einblick in das Leben dieser Völker zu bekommen. Tief beeindruckt von der stürmischen Entwicklung beim Aufbau des Sozialismus in diesen Ländern kehrten wir zurück. Die Regierungsdelegation sah den Enthusiasmus der Volksmassen bei der Lösung der vor ihnen stehenden Aufgaben, die unerschütterliche Verbundenheit zwischen Volk und Regierung, die Bereitschaft und Entschlossenheit, ihre Errungenschaften unter allen Umständen gegen jeden Angriff zu verteidigen.

Die Regierungsdelegation hatte Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen mit dem Vorsitzenden der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, und führte Verhandlungen mit einer unter Leitung des Ministerpräsidenten des Staatsrates, Tschou En-lai, stehenden Regierungsdelegation, ferner mit dem Vorsitzenden der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Du Bon, und dem Vorsitzenden des Ministerkabinetts, Kim Ir Sen, sowie mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, Sambu, und dem Ministerpräsidenten Zedenbal. Darüber hinaus wurden mit anderen leitenden Persönlichkeiten dieser Länder Besprechungen geführt.

Da die Presse ausführlich den Verlauf der Reise und meinen Bericht vor dem Ministerrat bereits wiedergegeben hat, kann ich mich heute auf die wesentlichen politischen Fragen beschränken.

Seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bestehen zu den friedliebenden Ländern Asiens, die wir besuchten, freundschaftliche Beziehungen. Diese Beziehungen gestalteten sich deshalb so freundschaftlich, weil auch in den von uns besuchten Ländern die Arbeiter und Bauern die Macht in den Händen haben. Unser Besuch war deshalb auch der Ausdruck neuer Beziehungen.

Es war leider nicht immer so. Das wird deutlich, wenn man sich die Worte ins Gedächtnis zurückruft, die Wilhelm II. um die Jahrhundertwende an das sogenannte deutsche Expeditionskorps nach China hielt. In dieser „Hunnenrede“ sagte er: „Wie vor tausend Jahren sich die Hunnen unter ihrem König Etzel einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name

Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“

Im Ergebnis dieser ungeheuerlichen Aufforderung gingen die Truppen des deutschen Imperialismus — „im Namen des christlichen Abendlandes“ — mit abscheulicher Grausamkeit gegen die chinesische Bevölkerung vor.

Wir haben diese Zeit hinter uns. Es soll kein Haß sein zwischen chinesischen und deutschen Menschen, sondern Frieden und ewige Freundschaft.

Unsere Reise war darum von vornherein mehr als ein Höflichkeitsakt, der lediglich der Erwidierung des Besuches unseres Freundes, des chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En-lai, im Jahre 1954 diene.

Wie Sie wissen, wurde am 20. September 1955 der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR abgeschlossen*. Damit war eine feste völkerrechtliche Basis für die weitere Entwicklung unserer Beziehungen zu der mächtigen sozialistischen Sowjetunion geschaffen. Es ist logisch, daß wir bestrebt waren, auch mit der anderen Großmacht des Friedenslagers, der Volksrepublik China, dieses Vertragssystem des Friedens und der Freundschaft zu erweitern.

Wesentlich für die Wahl des Zeitpunktes unserer Reise war, daß auf der Außenministerkonferenz in Genf völlig klar gestellt wurde, daß es auf deutschem Territorium zwei deutsche Staaten gibt, die nicht nur voneinander abweichende politische Grundkonzeptionen haben, sondern deren außenpolitische Zielsetzung entsprechend ihrem innerstaatlichen Charakter völlig entgegengesetzt ist.

Trotzdem haben wir uns abermals für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China und damit für die Eröffnung des größten Marktes in Asien für ganz Deutschland ausgesprochen. Wir taten das aus unserer nationalen Verantwortung gegenüber ganz Deutschland, weil wir davon überzeugt sind, daß sich ein solcher Schritt günstig auf die Wiedervereinigung Deutschlands auswirken wird.

Welche Aufgaben waren aus dieser Sicht unserer Delegation gestellt? Es waren im wesentlichen drei.

* siehe Nr. 94

Die erste Aufgabe bestand darin, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den uns befreundeten Völkern Asiens und dem deutschen Volk zu festigen und zu vertiefen.

Diese Aufgabe haben wir von Anfang an als eine Aufgabe von gesamtdeutscher Bedeutung betrachtet und sie auch so zu lösen versucht.

Die zweite Aufgabe bestand darin, einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa und in Asien zu leisten.

Die dritte Aufgabe bestand in der Stärkung der internationalen Autorität unserer Republik.

Wenn man die Ergebnisse der Arbeit unserer Delegation betrachtet, so kann man wohl sagen, daß sie sich redlich darum bemüht hat, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Wir haben während unserer Reise Dokumente von wirklich weittragender politischer Bedeutung mit unseren chinesischen, koreanischen und mongolischen Freunden beraten und unterzeichnet. Das bedeutendste dieser Dokumente ist der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China. Ein bedeutendes Dokument ist auch die gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China vom 25. Dezember 1955.*

Es wurde ferner ein Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China und ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Pflanzenquarantäne und des Schutzes der Kulturpflanzen vor Schädlingen und Krankheiten zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China unterzeichnet.

Auch mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und mit der Mongolischen Volksrepublik wurden bedeutsame gemeinsame Erklärungen unterzeichnet.**

Die Ergebnisse unserer Reise kann man natürlich nicht nur an den vereinbarten Dokumenten messen. Wir haben in allen drei Ländern industrielle Betriebe, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Universitäten, Theater, Schulen und andere Kulturstätten besucht und haben dort zu den Menschen und mit den Menschen gesprochen.

* siehe Nr. 168

** siehe Nr. 276 und 304

Wir haben auf einer internationalen Pressekonferenz in Peking zur Presse und damit zu den Völkern Asiens und Afrikas sprechen können, und ich hatte Gelegenheit, über den Rundfunk zum chinesischen Volk zu sprechen. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß all das nachhaltig auf die Vertiefung der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern wirken wird.

Während unseres Aufenthalts in der Volksrepublik China erhielten wir Briefe und Geschenke aus allen Teilen des Landes, die in rührender Weise von der herzlichen Freude über unseren Besuch und von der brüderlichen Verbundenheit zu unserem Volk zeugen.

Wir bringen die volle Gewißheit mit, daß wir auch in Asien starke und treue Freunde haben, die uns stets hilfreich zur Seite stehen werden. Wir bringen gleichzeitig die hohe Verpflichtung mit, diesen Völkern ebenfalls stets ein treuer Freund und Helfer zu sein.

Ich habe über die Verträge und Abkommen bereits vor dem Ministerrat ausführlich berichtet. Unsere Presse hat diesen Bericht abgedruckt. Gestatten Sie mir darum, daß ich hier nur noch einige grundsätzliche Ausführungen zu dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China mache.

Man kann mit vollem Recht sagen, daß der Vertrag eine neue Seite in der Geschichte der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China eröffnet. Er stellt ein festes Band dar, das zwischen dem westlichsten und östlichsten Land des mächtigen Lagers der sozialistischen Staaten geknüpft wurde. Damit wurde gleichzeitig die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staaten weiter gestärkt und gefestigt. Die Bedeutung des Vertrages geht also wesentlich über den nationalen Rahmen der beiden vertragschließenden Staaten hinaus.

Wir glauben, daß wir mit diesem Vertrag ein Beispiel geschaffen haben, welche Politik Deutschland heute gegenüber den asiatisch-afrikanischen Staaten betreiben muß. Ich bin fest davon überzeugt, daß es für alle Beteiligten nur von Vorteil wäre, wenn man beispielsweise auch in Bonn hieraus die richtigen Lehren ziehen würde.

Der Vertrag ist eine Weiterentwicklung des gemeinsamen deutsch-chinesischen Kommuniqués, das am 25. Juli 1954

anlässlich des Besuches des Genossen Tschou En-lai in Berlin unterzeichnet wurde.* Der Vertrag geht in Fortführung der bereits in diesem Kommuniqué enthaltenen Gedanken von der Erkenntnis aus, daß der Frieden in Europa und Asien unteilbar ist. In der Präambel ist das Ziel des Vertrages, die weitere Entwicklung und Verstärkung der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten dargelegt. Die Vertragspartner erklären ihre Bereitschaft, zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in der Welt ihren Beitrag zu leisten. Das liegt sowohl im Interesse unseres als auch des chinesischen Volkes, da sich die Erhaltung des Friedens auf die Lösung der nationalen Fragen unserer beiden Völker und auf ihre innerstaatliche Entwicklung nur günstig auswirken kann. Aus dem gleichen Grunde ist im Artikel 1 des Vertrages festgelegt, daß beide Staaten an allen internationalen Handlungen teilnehmen werden, die der Gewährleistung des Weltfriedens und der Aufrechterhaltung der Sicherheit dienen.

In Artikel 2 des Vertrages erklären die Vertragschließenden, daß sie sich in wichtigen internationalen Fragen, die die Interessen beider Staaten berühren, gegenseitig konsultieren werden. Das bedeutet, daß unsere beiden Staaten auch in diesen Fragen enger als bisher zusammenarbeiten und gemeinsam notwendige Maßnahmen ergreifen werden. Es wird in Artikel 2 weiter gesagt, daß beide Vertragspartner den Fragen der Unverletzlichkeit ihrer Territorien besondere Aufmerksamkeit schenken werden. Man kann sicher sein, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen dem fleißigen und begabten 600-Millionen-Volk der Chinesen in Asien und unserer Republik im Herzen Europas ein nicht unwesentlicher Faktor für die Erhaltung des Friedens in Europa und in Asien sein wird.

Im Artikel 3 des Vertrages haben wir auf die Prinzipien unserer gegenseitigen Beziehungen hingewiesen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß wir uns in unserer gesamten Außenpolitik von diesen Prinzipien leiten lassen.

Die Artikel 4, 5 und 6 sehen die Erweiterung der Zusammenarbeit auf kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gebieten vor.

Der Artikel 7 des Vertrages trägt der besonderen Lage in Deutschland Rechnung. Zwar sind wir der Meinung, daß es

* siehe Band II, Nr. 113

auch für ein einheitliches Deutschland nur von Vorteil sein könnte, einen solchen Vertrag zu besitzen, doch haben wir vereinbart, daß dieser Vertrag bei der Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes außer Kraft tritt. Wir sind völlig überzeugt davon, daß das neue, einheitliche, demokratische Deutschland die große Bedeutung dieses Vertrages erkennen und den richtigen Weg gehen wird.

Ich bitte die Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, dem am 25. Dezember 1955 in Peking unterzeichneten Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China gemäß Artikel 63 unserer Verfassung ihre Zustimmung zu erteilen, damit der Austausch der Ratifikationsurkunden hinterher in Berlin erfolgen kann.

Neben dem Vertrag kommt unseren gemeinsamen Erklärungen große Bedeutung zu, die dadurch unterstrichen wird, daß sie von den Ministerpräsidenten beider Länder unterzeichnet wurden. Alle drei gemeinsamen Erklärungen, die wir auf unserer Asienreise mit der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik unterzeichneten, ergeben zusammen unsere Stellung zu den gegenwärtigen Problemen Europas und Asiens. Die Erklärungen stehen im schroffen Gegensatz zu der bisherigen Politik der Bundesrepublik gegenüber den asiatischen Ländern, von der man leider sagen muß, daß sie nichts anderes als ein Teil der den asiatischen Völkern feindseligen amerikanischen Asienpolitik ist.

In welchem Maße die amerikanische Außenpolitik mit den friedlichen Lebensinteressen der asiatischen Völker und der Völker der ganzen Welt im Widerspruch steht, zeigt das Interview des amerikanischen Außenministers Dulles in der amerikanischen Zeitschrift „Life“. Dulles sagt, die Politik der amerikanischen Regierung sei von 1953 bis 1955 dreimal bis hart an den Rand des Krieges mit dem Einsatz von Atomwaffen geraten. Die amerikanische Regierung sei in dieser Zeit dreimal bereit gewesen, wegen des Krieges in Vietnam, wegen der provozierenden Politik des südkoreanischen Präsidenten Li Syng Man und bei der amerikanischen Einmischung in die innerchinesische Frage Taiwan das Wagnis auf sich zu nehmen, den Atomkrieg zu beginnen. Eine Welle der Empörung ist über diese Ungeheuerlichkeit durch die Öffentlichkeit der ganzen Welt gegangen. Es ist wohl verständlich, daß selbst

in der Presse der westlichen Länder zum Ausdruck gebracht ist: „...der Himmel bewahre uns vor diesem waghalsigen Spieler...“

Diese Konsequenz hat auch das deutsche Volk zu ziehen, denn Herr Adenauer befindet sich ja mit seiner gesamten Politik im Troß des Herrn Dulles. Das Dulles-Interview zeigt uns, wie nötig es ist, daß beide Teile Deutschlands die Gefährlichkeit der NATO- und der Militärpaktpolitik erkennen und die richtigen Schlußfolgerungen daraus ziehen. Die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland müssen darum unverzüglich mit uns gemeinsam den Weg suchen, um Deutschland aus der für das deutsche Volk lebensgefährlichen Politik des amerikanischen Imperialismus herauszulösen. Es ist an der Zeit, daß sich das deutsche Volk schnell über folgende Fragen verständigt:

1. Um das friedliche Leben der Bevölkerung zu sichern, setzen sich beide deutschen Staaten für einen Vertrag der kollektiven Sicherheit in Europa und für die Verminderung der ausländischen Truppen ein. Beide Teile Deutschlands verpflichten sich in einem Abkommen feierlich, jede Anwendung von Gewalt gegeneinander zu unterlassen und nur mit friedlichen Mitteln für die Wiedervereinigung Deutschlands zu wirken.
Ich denke, nach der Erklärung, die Herr Blücher in Indien über die Notwendigkeit der friedlichen Wiedervereinigung abgegeben hat, dürfte es nun der Bundesrepublik leicht sein, in einer solch wichtigen und für das Leben des deutschen Volkes entscheidenden Frage mit uns zur Übereinstimmung zu kommen.
2. Einstellung jeder Propaganda und jeder Vorbereitung des Atomkrieges auf deutschem Boden. Gemeinsame Vereinbarung beider Regierungen über die Ächtung der Atom-bombe und des beiderseitigen Verzichts auf die Herstellung von Atomwaffen.
3. Die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik sind bestrebt, ihre Beziehungen zueinander zu normalisieren, und treffen auf den verschiedenen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens entsprechende Vereinbarungen.

Über die Art und den Umfang entsprechender Vereinbarungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten haben wir bereits sehr eingehende Vor-

schläge gemacht. Ebenso haben wir die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates vorgeschlagen, in dem solche Beratungen geführt werden können. Wir sind jederzeit bereit zu Verhandlungen beider deutschen Staaten, die dem Frieden und der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands dienen.

In der gemeinsamen Erklärung mit der Volksrepublik China haben wir mit Freude begrüßt, daß sich die nationalen demokratischen Kräfte in den asiatisch-afrikanischen Gebieten schnell entwickeln und der Kolonialismus schwere Niederlagen erleidet. Der Kampf dieser Staaten gegen den verhaßten Kolonialismus hat die volle Sympathie und Unterstützung aller friedliebenden und demokratischen Staaten, darunter auch die der Deutschen Demokratischen Republik. Wir sind bemüht, unsere Beziehungen zu anderen Staaten nach den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung, der territorialen Integrität und der Souveränität, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils und der friedlichen Koexistenz zu entwickeln, da wir überzeugt sind, daß dies den Interessen der Völker und der Erhaltung des Weltfriedens entspricht.

Darum unterstützt die Deutsche Demokratische Republik auch die gerechten Forderungen der Republik Indien auf die Rückgabe der portugiesischen Kolonialbesitzungen von Goa, Daman und Diu. Gleichzeitig verurteilen wir die Versuche der westdeutschen Regierung, die widerrechtliche Besetzung dieses indischen Gebietes durch Portugal zu rechtfertigen. So hat z. B. Adenauer erst im vergangenen Jahr Portugal der „Sympathien der Bundesregierung“ in der Goafrage versichert. Adenauers Leibblatt, der „Rheinische Merkur“, verstieg sich in seiner Ausgabe vom 19. August 1955 angesichts des berechtigten Eintretens des indischen Ministerpräsidenten Nehru für die Befreiung Goas vom portugiesischen Kolonialjoch sogar so weit, Nehru als einen „fanatischen Nationalisten“ zu beschimpfen. Das ist die Sprache der unverbesserlichen deutschen Imperialisten, die kein anderes Streben kennen als die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker.

Auch die berechtigten Forderungen der Republik Indonesien auf Rückgabe des widerrechtlich von Holland besetzten Gebietes von West-Irian werden von uns unterstützt. West-Irian soll von den Mächten des aggressiven SEATO-Kriegspaktes zu

einem Kriegsstützpunkt ausgebaut werden. Das stellt eine Bedrohung der Völker in diesem Gebiet dar.

Es ist bezeichnend, daß Westdeutschland noch nie offiziell die indonesischen Ansprüche auf West-Irian anerkannt hat. Dies würde auch seinen gegen die Interessen der Völker gerichteten Verpflichtungen im Rahmen der NATO vollkommen widersprechen. Bekanntlich ist ja Westdeutschland mit Holland und anderen Kolonialstaaten durch die NATO und andere Kriegspakte gebunden.

Wir möchten an dieser Stelle erklären, daß die Deutsche Demokratische Republik auch den Kampf der nordafrikanischen Völker um die Verwirklichung ihrer Rechte auf nationale Selbstbestimmung in vollem Umfange unterstützt. Wir sind uns dabei mit dem französischen Volk einig, daß bei den letzten Wahlen der Kolonialpolitik der herrschenden Kreise Frankreichs eine entschiedene Abfuhr erteilt wurde.

Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt ebenfalls die gerechten Ansprüche der arabischen Staaten auf eine größtmögliche Sicherheit vor militärischen Überfällen und Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Wir verurteilen alle imperialistischen Versuche, die arabischen Staaten unter Aufgabe ihrer nationalen Souveränität in solche aggressiven Militärblocks, wie auch der Bagdad-Pakt es ist, einzubeziehen. Wir begrüßen die Haltung der Regierungen Ägyptens, Syriens, Libanons und Saudi-Arabiens, die den Bagdad-Pakt als eine Gefahr für ihre nationale Unabhängigkeit ablehnen und alle Einmischungsversuche imperialistischer Staaten in die inneren Angelegenheiten ihrer Länder entschieden zurückweisen.

Alle diese Probleme haben wir in den beiderseitigen Erklärungen unserer Regierungsdelegationen ausführlich behandelt und unseren Standpunkt festgelegt. Immer mehr erkennen die Völker, daß die aggressiven Militärpakte, wie NATO, SEATO und Bagdad-Pakt, sich in erster Linie gegen die Staaten wenden, die in diese Pakte gepreßt wurden. Die aggressive Politik des Imperialismus richtet sich immer mehr auch gegen die neutralen Länder.

Natürlich versuchen die Imperialisten, diese Politik zu verschleiern. Dabei wenden sie die verschiedensten Methoden an. Eine solche Methode ist es, Vertreter solcher Länder vorzuschieben, die in den Augen dieses Volkes weniger verdächtig sind. In diesem Zusammenhang muß man die Reise Blüchers

nach Indien sehen und beurteilen. Blücher, so berichtet die Weltpresse, sei die Mission zugedacht, „als eine Art westlicher Vorposten in Indien Fühlung aufzunehmen“. Die letzte Tagung der NATO in Paris hat diese Rolle Westdeutschlands gegenüber den asiatisch-afrikanischen Ländern noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Wir stellen dazu fest, daß sich das deutsche Volk von einer solchen Politik entschieden distanziert, und wir verwahren uns dagegen, daß Blücher in Indien im Namen des deutschen Volkes auftritt.

Wir hatten es auf unserer Reise und bei unseren Verhandlungen leicht, denn wir gingen als Freunde zu Freunden und hatten den gemeinsamen Willen, der Sicherheit der Völker und dem Frieden zu dienen. Da hat es zweifellos Herr Blücher in Neu Delhi bedeutend schwerer.

Einerseits soll er so tun, als ob die Bundesrepublik für die fünf Prinzipien der Koexistenz, die von China und Indien proklamiert wurden, großes Verständnis aufbrächte, zugleich versucht er sich aber massiv in die inneren Angelegenheiten Indiens einzumischen und geht dabei so weit, sogar Herrn Nehru vorzuschreiben, mit wem er diplomatische Beziehungen herstellen darf und mit wem nicht. Blücher tut dabei so, als ob Westdeutschland die indische Politik begrüße, daß alle strittigen Fragen in Deutschland auf dem Wege friedlicher Verhandlungen geklärt werden sollen, aber gleichzeitig versucht er, Herrn Nehru zu erklären, daß Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht stattfinden dürfen. Welches schmachwürdige Bild nationaler Zerrissenheit zeigt die Bonner Regierung dem indischen Volk und den Völkern der Welt.

Während unsere Delegation in Peking für die Normalisierung der Beziehungen der westdeutschen Bundesrepublik mit China erfolgreich wirkte, damit ganz Deutschland den wirtschaftlichen Segnungen aus dieser Verbindung teilhaftig werden kann, wirkt der Vertreter der Bonner Regierung, Blücher, in Indien durch Verleumdungen und Verdächtigungen der Deutschen Demokratischen Republik gegen die gesamtdeutschen Interessen.

Im völligen Gegensatz zu den Tatsachen behauptete Herr Blücher in Neu Delhi, daß die diplomatische Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch Staaten, die mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalten,

die Spaltung Deutschlands vertiefe. Es ist auch in Indien klar geworden, daß die Adenauer-Regierung nicht die friedliche Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage will, sondern die Spaltung. Das will die Regierung der Bundesrepublik durch ihre Teilnahme an solchen Militärgruppierungen wie der NATO erreichen. Es ist indessen vollkommen klar, daß das deutsche Volk weder die Einbeziehung ganz Deutschlands in die NATO wünscht noch jemals zulassen wird. Das deutsche Volk wie auch alle anderen Völker sind daran interessiert, daß ein friedliebender deutscher Staat entsteht. Das ist nur auf dem Wege der Verständigung beider deutscher Staaten und auf der Basis einer gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitsregelung möglich. Das deutsche Volk ist jedem Staat, der für die Ersetzung der militärischen Gruppierungen durch Schaffung umfassender kollektiver Sicherheitssysteme eintritt, von ganzem Herzen dankbar.

Es begrüßt ebenso dankbar jedes Bekenntnis zum Grundsatz zur Nichteinmischung und damit zur Unterstützung unseres Standpunktes, daß die deutsche Frage in erster Linie Sache der Deutschen ist. Wir befinden uns auch in dieser Hinsicht in völliger Übereinstimmung mit dem indischen Chefdelegierten Krishna Menon in der UN. Herr Menon hat dort am 6. Oktober vorigen Jahres erklärt:

„Der Friede in Deutschland ist für den Frieden in der ganzen Welt notwendig, und die Basis für den Frieden in Deutschland ist die Einheit Deutschlands. Deshalb möchten wir den Gedanken zum Ausdruck bringen, daß unmittelbar zwischen den beiden deutschen Regierungen Verhandlungen stattfinden müssen. Wir sprechen nicht davon, was Gegenstand dieser Verhandlungen sein soll, aber wenn zwei unabhängige Vereinigungskörper in Deutschland existieren, dann scheint es uns, daß es den Deutschen möglich sein muß, mit Deutschen zu sprechen, um Wege zur Vereinigung ihres eigenen Landes zu finden.“

Die Herstellung eines friedliebenden deutschen Staates erfährt aber keine Förderung, wenn man versucht, diplomatische Beziehungen auf jenen deutschen Staat zu beschränken, dessen Politik des Revanchismus und der Remilitarisierung die Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung von Sicherheit in Europa verhindern. Blücher bietet Indien wirtschaftliche Hilfe an und verbindet damit plumpe Versuche der Ein-

mischung in die inneren Angelegenheiten Indiens. Wenn die Deutsche Demokratische Republik weniger entwickelten Ländern wirtschaftliche Hilfe anbietet und leistet, so tut sie dies ohne politische Bedingungen und ohne Vorbehalte. Jeder Spezialist der Deutschen Demokratischen Republik, der ins Ausland fährt, erhält von uns die strikte Direktive, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Hebung des Wohlstandes des betreffenden Landes beizutragen.

Es ist aus den Erfahrungen der Vergangenheit kein Wunder, daß die Völker sich eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten verbitten und sich nicht unter Druck setzen lassen. Die Herren Adenauer, von Brentano und Blücher mögen sich gesagt sein lassen, daß die Deutsche Demokratische Republik wächst und erstarkt und sich immer mehr Achtung unter den Staaten und Völkern erwirbt. Die Regierungen souveräner Staaten werden solche Entscheidungen fällen, wie sie dem Nutzen ihres Landes und der Sicherheit der Völker dienen.

Auch die vielen Handels- und Zahlungsabkommen, die die Deutsche Demokratische Republik mit vielen Ländern im beiderseitigen Nutzen abschloß, helfen diesen Staaten beim Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft.

Durch diese Abkommen wird unseren Handelspartnern der Absatz eines Teiles ihrer Landesprodukte gesichert, und sie erhalten im Austausch dafür die Industrieausrüstungen, Maschinen und Anlagen, die sie zum Aufbau ihrer eigenen Industrie benötigen.

Wir sind bereit, an den Universitäten und Hochschulen unserer Republik Studenten der afrikanisch-asiatischen Länder auf allen Gebieten auszubilden. Ingenieuren, Technikern und Facharbeitern aus diesen Ländern bieten wir die Möglichkeit, unsere Technik zu studieren, damit sie in ihrer Heimat die bei uns gesammelten Erfahrungen zum Wohle ihrer Völker auswerten können.

Die Regierung Adenauers in Bonn bemüht sich krampfhaft, die Deutsche Demokratische Republik zu übersehen und versucht, ihre Existenz zu bestreiten. Dabei fühlt sie sich so stark, daß sie auch von dem 600-Millionen-Volk Chinas keine Notiz nehmen möchte. Statt dessen konspiriert sie mit Tschiang Kai-schek und ähnlichen politischen Desperados gegen den Frieden.

Die Volksrepublik China ist eine nicht zu übergehende Großmacht in der Welt, und ihre internationale Autorität wächst unaufhaltsam. Es kann keine bedeutende internationale Frage zur Zufriedenheit gelöst werden, wenn die Volksrepublik China nicht an ihrer Lösung teilgenommen hat. Mit dem kaum in weiter Ferne liegenden Zeitpunkt des Einzugs der Vertreter der Volksrepublik China in die UN und den Sicherheitsrat ist auch eine internationale Entscheidung in Europa gegen den Willen der Volksrepublik China undenkbar.

Das chinesische Volk hat in den wenigen Jahren, seit es sich von ausländischen und inländischen Unterdrückern befreit hat, bewiesen, was ein Volk, das die Fesseln des Kolonialismus abgeschüttelt und sein Schicksal in die eigenen Hände genommen hat, zu leisten in der Lage ist. Die Volksrepublik China ist heute bereits eine mächtige Kraft, die gemeinsam mit der Sowjetunion die Führung im großen Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus innehat. Die Volksrepublik China ist der Bannerträger im nationalen Befreiungskampf der Völker Asiens und Afrikas. Und wir stehen nach unseren Abmachungen und nach unserem Verträge unlöslich an der Seite des chinesischen Volkes!

Die mächtige Kraft des 600-Millionen-Volkes hat die Tschiang Kai-schek-Clique und ihre Auftraggeber, die USA, vom chinesischen Festland hinweggefegt und wird selbstverständlich auch Taiwan, echtes, uraltes chinesisches Land, wieder mit dem Mutterland vereinen.

Das chinesische Volk und die chinesische Volksbefreiungsarmee haben den Mythos der USA und den Glorienschein ihrer Unbesiegbarkeit ein für allemal zerstört. Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat in China, ebenso wie die chinesischen Volksfreiwilligen und koreanischen Patrioten in Korea, die Pläne der amerikanischen Imperialisten zerschlagen und dafür gesorgt, daß heute weder auf dem chinesischen Festland noch in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik amerikanische Besatzer ihr Unwesen treiben.

Die Stärke der Volksrepublik China liegt nicht allein auf militärischem Gebiet und in den 600 Millionen Menschen. China ist auch unermesslich reich an Bodenschätzen. Sofort nach dem Sieg über die USA und Tschiang Kai-schek hat das chinesische Volk mit großem Fleiß und ungeheurem Elan begonnen, die Bodenschätze zu erkunden und nutzbar zu machen, große Industrie-

betriebe, Eisenbahnen, Wasserkraftwerke und vieles andere mehr zu errichten.

Die Arbeiter der Industriebetriebe Chinas kämpfen erfolgreich für die vorfristige Erfüllung der Produktionspläne.

Die 500 Millionen zählende werktätige Bauernschaft Chinas hat dem Appell der Kommunistischen Partei, die Kooperationsbewegung in der Landwirtschaft noch mehr zu entfalten, freudig Folge geleistet. Die wachsenden Spareinlagen zeigen eindrucksvoll, wie sich der Wohlstand des chinesischen Volkes ständig hebt.

Die Zahl der Sparer ist von 5,8 Millionen Ende 1954 auf etwa 10 Millionen Sparer gestiegen. Auf die langfristigen Einlagen der Werktätigen entfallen bereits über 70 Prozent der Einzahlungen. Das sind die Tendenzen eines großen und außerordentlichen Aufstiegs.

Trotz der bisher beim wirtschaftlichen Aufbau erzielten großen Erfolge ist das natürlich erst der Anfang. In steilem und stürmischem Aufstieg arbeitet das fleißige, geschickte, heldenhafte und mutige chinesische Volk an seiner neuen und glücklichen Zukunft, an der Schaffung des Sozialismus. Unsere brüderlichen Sympathien sind bei unseren chinesischen Freunden. Wir beglückwünschen sie und das koreanische und mongolische Volk, das wir gleichfalls besucht haben, von ganzem Herzen zu ihren großen Erfolgen und wünschen ihnen weitere große Fortschritte. Wir sind entschlossen, im Sinne unseres Vertrages zu handeln, wonach wir uns gegenseitig jede mögliche wirtschaftliche Hilfe erweisen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Staaten weiter entwickeln.

Im Verlauf unserer Gespräche mit den führenden Staatsmännern der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik wurden auch die Fragen der kollektiven Sicherheit in Europa und im Zusammenhang damit die nationalen Hauptfragen unseres Volkes in einem eingehenden Gedankenaustausch erörtert. Diese Gespräche brachten die tiefe Übereinstimmung unserer chinesischen, koreanischen und mongolischen Freunde mit unserer Politik in der Frage der europäischen kollektiven Sicherheit und unseren Ansichten und Vorschlägen zur Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen und unabhängigen deutschen Staates zum Ausdruck.

Es wurde volle Übereinstimmung darüber erzielt, daß die von den Vereinigten Staaten und den deutschen Imperialisten betriebene Remilitarisierung Westdeutschlands und die dadurch verstärkte Gefahr eines neuen Krieges für das deutsche Volk, die Völker Europas und der ganzen Welt die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit, das die militärischen Gruppierungen überwindet, unerläßlich macht. Diejenigen Staaten, die in Deutschland Truppen unterhalten, sollen unverzüglich Maßnahmen zum gleichzeitigen Abzug ihrer Truppen vom Territorium Deutschlands und vom Territorium Koreas ergreifen. Damit würden — so haben wir es in unseren Dokumenten zum Ausdruck gebracht — zugleich die notwendigen äußeren Voraussetzungen zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und Koreas geschaffen werden.

Die befreundeten Staaten unterstützen voll und ganz unsere Auffassung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands vor allem Sache des deutschen Volkes selbst ist.

Die junge Koreanische Volksdemokratische Republik, die sich in einer ähnlichen Lage wie die Deutsche Demokratische Republik befindet, unterstützt unseren Kampf um die friedliche Lösung der deutschen Lebensfrage, wie wir alle unsere Kräfte einsetzen, um dem tapferen koreanischen Volk in seinem schweren Kampf um den Wiederaufbau der durch den amerikanischen Aggressionskrieg zerstörten Heimat und in seinen Bestrebungen zur Wiedervereinigung Koreas in einen friedlichen und demokratischen Staat jede Unterstützung und Hilfe gewähren. Auch während unseres Aufenthaltes in der aufstrebenden Mongolischen Volksrepublik wurde uns die volle Unterstützung und Sympathie des mongolischen Volkes für den nationalen Lebenskampf des deutschen Volkes um Frieden, Einheit und Demokratie versichert.

Unser Besuch in der Volksrepublik China, in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und in der Mongolischen Volksrepublik und die in herzlichem, freundschaftlichem Geist geführten Aussprachen über unsere nationalen Fragen haben unsere Zuversicht an den Sieg unserer nationalen gerechten Sache gestärkt und neue Möglichkeiten für unsere freundschaftliche ökonomische Zusammenarbeit und kulturelle Verbindung geschaffen. Das deutsche Volk kann jederzeit auf die brüderliche Hilfe und Unterstützung des chinesischen, koreanischen und mongolischen Volkes rechnen. Wir versichern

unseren Freunden von dieser Stelle noch einmal, daß auch sie jederzeit auf uns rechnen können.

Sowohl auf unserer Hin- als auch Rückreise konnten wir auf allen Stationen unseres Fluges durch die Sowjetunion die feste Verbundenheit und Freundschaft der Sowjetmenschen zu unserer Deutschen Demokratischen Republik verspüren, und in den Beratungen im Kreml, die wir anschließend hatten, zeigte sich die vollkommene Übereinstimmung mit den sowjetischen Staatsmännern in allen entscheidenden Fragen, die heute vor dem gesamten deutschen Volke stehen.*

Wir bringen aus dem Fernen Osten millionenfache Grüße an unsere Bevölkerung mit und die feste Versicherung, daß diese großen und heldenhaften Völker fest in unwandelbarer Freundschaft mit dem friedliebenden und demokratischen deutschen Volke verbunden sind.

Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie unserer Delegation danke ich den Regierungen und der Bevölkerung der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik für ihre brüderliche und herzliche Gastfreundschaft, die uns den Aufenthalt in diesen Ländern zu einem überwältigenden Erlebnis des sozialistischen Internationalismus werden ließ.

Wir danken den chinesischen, koreanischen und mongolischen Arbeitern und Bauern, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz, die uns so viele Beweise ihrer freundschaftlichen Gesinnung entgegenbrachten, daß uns in jedem Ort und in jedem Augenblick unserer Reise immer aufs neue bewußt wurde: Unsere Völker stehen jetzt und für alle Zeiten in enger und unlösbarer brüderlicher Freundschaft zusammen. Gemeinsam werden wir kämpfen und unsere gerechte Sache gemeinsam zum Siege führen.

Ich danke aber auch den Mitgliedern unserer Regierungsdelegation, die auf der 25 000 Kilometer langen Fahrt in die Länder des Fernen Ostens keine Mühen und Anstrengungen scheuten, um ihre Aufgaben im Dienste unseres Vaterlandes, im Dienste des Friedens und des Fortschritts freudig zu erfüllen.

Unser Dank gilt nicht zuletzt den Piloten und Angehörigen des flugtechnischen Personals unserer jungen Deutschen Luft-hansa, die zum erstenmal vor der Lösung einer so großen und

* siehe Nr. 130

schweren Aufgabe stand und die durch ihr Pflichtbewußtsein und ihre zuverlässige Arbeit den reibungslosen Ablauf unserer ganzen Reise sicherte.

Vor allem aber — und nicht zuletzt — gilt unser Dank den werktätigen Menschen der Deutschen Demokratischen Republik, die mit ihrer jahrelangen schöpferischen Arbeit erst die Grundlagen dafür schufen, daß die Regierung Delegationen in solche Länder entsenden konnte, deren Freundschaft für die Deutsche Demokratische Republik, ja für ganz Deutschland von großer und zukunftsweisender Bedeutung ist.

Wir sind davon überzeugt, daß unser Besuch in der Volksrepublik China, in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und in der Mongolischen Volksrepublik seine Früchte für alle beteiligten Völker tragen wird.

Ich bitte Sie, den von mir gegebenen Bericht über unsere Reise zu bestätigen und den von uns abgeschlossenen Verträgen zuzustimmen.

(Neues Deutschland, Berlin 19. 1. 56)

171.

Präsident Wilhelm Pieck ratifiziert den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, hat am 2. Februar 1956 den am 18. Januar 1956 von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik einstimmig gebilligten Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China ratifiziert.

Am 25. Dezember 1955 war der Vertrag von den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und Tschou En-lai in Peking unterzeichnet worden.* Der Vertrag wurde am 23. Januar 1956 vom Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China gebilligt und vom Vorsitzenden der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, ratifiziert.

(ADN 3. 2. 56)

* siehe Nr. 168

**Austausch der Ratifikationsurkunden für den Vertrag
über Freundschaft und Zusammenarbeit
mit der Volksrepublik China in Berlin**

Der feierliche Austausch der Ratifikationsurkunden für den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik fand am 10. Februar 1956 in Berlin im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten statt. Die Übergabeprotokolle für die Ratifikationsurkunden unterzeichneten für die Deutsche Demokratische Republik der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und für die Volksrepublik China der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter in der Deutschen Demokratischen Republik, Tseng Jung-tschuan. Anwesend waren u. a. der Chef der Präsidialkanzlei, Staatssekretär Max Opitz, die Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und die diplomatischen Mitarbeiter der Botschaft der Volksrepublik China in der Deutschen Demokratischen Republik.

Minister Bolz erklärte u. a.: „Durch den Vertrag werden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten auf allen Gebieten auf eine höhere Ebene gehoben. Der Vertrag ist der Ausdruck neuer Beziehungen des deutschen Volkes zu den Völkern ganz Asiens und auch Afrikas. Er ist eine Solidaritätsbekundung der Deutschen Demokratischen Republik und aller friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes mit dem Kampf der Völker Asiens und Afrikas gegen den Kolonialismus, gegen die Einmischung des amerikanischen Monopolkapitals in ihre inneren Angelegenheiten, für ihre nationale Selbstbestimmung und Souveränität, für ihre Freiheit und Würde.“

„Der Vertrag besitzt eine unermessliche Bedeutung für die Stärkung der brüderlichen Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern“, erwiderte Botschafter Tseng Jung-tschuan. „Das chinesische Volk wird stets der treueste Freund des deutschen Volkes sein, und das deutsche Volk wird weiterhin die volle Unterstützung des chinesischen Volkes in dem gerechten Kampf für die Wiedervereinigung seines Vaterlandes auf friedlicher und demokratischer Grundlage finden.“

(ADN 10. 2. 56)

Ankunft der Regierungsdelegation der Volksrepublik China zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin

Die Regierungsdelegation der Volksrepublik China traf am 1. Januar 1956 auf dem Berliner Ostbahnhof ein. Sie wird von dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Volksrepublik China und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Marschall Tschu Teh, geleitet. Ihr gehören an: der Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Nationalen Verteidigung, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, Marschall Nieh Jung-tschun, das Mitglied des Komitees des Nationalen Volkskongresses, Kandidat des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, Liu Lan-tao, sowie der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik China in der Deutschen Demokratischen Republik, Tseng Jung-tschuan.

Zu ihrer Begrüßung waren der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph, Dr. Lothar Bolz, Prof. Fred Oelßner, Dr. h. c. Otto Nuschke und Dr. Hans Loch erschienen. Weiterhin hatten sich eingefunden: die Mitglieder des Politbüros Karl Schirdewan und Friedrich Ebert, die Sekretäre des ZK der SED Prof. Kurt Hager und Prof. Albert Norden, der Erste Sekretär des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann, weitere Mitglieder der Regierung, Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei. Ferner waren die Mitglieder der in Berlin weilenden Regierungsdelegation der Rumänischen Volksrepublik unter Leitung des Vorsitzenden der Großen Nationalversammlung, Constantin Pirvulescu, das Diplomatische Korps und Vertreter des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik anwesend.

Auf dem Bahnsteig war eine Ehrenkompanie der Kasernierten Volkspolizei angetreten. Der Musikzug intonierte die Nationalhymnen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik. Marschall Tschu Teh schritt, begleitet von Walter Ulbricht, die Ehrenformation ab.

(Neues Deutschland, Berlin 2. 1. 56)

174.

**Glückwunschtelegramm
der Staatsmänner der Volksrepublik China
zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck**

An den teuren Genossen Wilhelm Pieck, Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

Anläßlich Ihres 80. Geburtstages erlauben Sie uns, Ihnen, dem Staatsoberhaupt der Deutschen Demokratischen Republik, dem beliebtesten Führer des deutschen Volkes, dem teuren und engen Freund des chinesischen Volkes im Namen der Regierung der Volksrepublik China und des chinesischen Volkes, unsere herzlichsten und wärmsten Glückwünsche zu übermitteln.

Wir wünschen Ihnen aufrichtig beste Gesundheit und ein langes Leben, wir wünschen Ihnen weitere glänzende Erfolge im Kampf um den Wohlstand des deutschen Volkes und für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands sowie in der Sache des sozialistischen Aufbaues der Deutschen Demokratischen Republik.

Mao Tse-tung, Vorsitzender der Volksrepublik China; Liu Schau-tschi, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China; Tschou En-lai, Ministerpräsident des Staatsrates der Volksrepublik China.

(Neues Deutschland, Berlin 3. 1. 56)

175.

**Ansprache
des Stellvertretenden Vorsitzenden der Volksrepublik China,
Marschalls Tschu Teh, auf dem Staatsakt zu Ehren
des Präsidenten Wilhelm Pieck am 3. Januar 1956 in Berlin**

Hochverehrter Genosse Präsident!

Liebe Genossen und Freunde!

Die Delegation der Volksrepublik China gratuliert in herzlicher Freundschaft des 600-Millionen-Volkes und mit seinen besten Wünschen dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Wilhelm Pieck, zu seinem 80. Geburtstag.

Genosse Wilhelm Pieck ist der hochverehrte Führer des deutschen Volkes und ein treuer Freund des chinesischen Volkes. Das chinesische Volk ehrt voller Ergebenheit die selbstlosen und ruhmreichen Taten des Genossen Wilhelm Pieck in einem mehr als 60jährigen Kampf für die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes, für die Erhaltung des Weltfriedens und für den Fortschritt der Menschheit.

Als sich das chinesische Volk noch in den schwierigen Jahren des Befreiungskampfes befand, nahm Genosse Wilhelm Pieck schon damals an der Sache der Revolution des chinesischen Volkes regen Anteil. Nach der Gründung der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik bemühte er sich wiederum, eine unverbrüchliche brüderliche Freundschaft zwischen unseren beiden Staaten zu schaffen, und erweist dem sozialistischen Aufbau des chinesischen Volkes eine begeisterte Unterstützung. Das chinesische Volk liebt und ehrt, genau wie das deutsche Volk, den Genossen Wilhelm Pieck von ganzem Herzen und ist stolz darauf, daß es solch einen treuen Freund wie den Präsidenten Wilhelm Pieck besitzt.

Genosse Wilhelm Pieck ist ein Mitbegründer der ruhmreichen Parteien — der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands —, ein hervorragender Arbeiterführer und Veteran der Arbeiterbewegung Deutschlands und der internationalen Arbeiterbewegung, schon lange ein bewährter Marxist und ein treuer Schüler Lenins und Mitkämpfer Stalins.

In den Jahren des ersten Weltkrieges, in den Jahren der Weimarer Republik, in den Jahren des blutigen Hitlerregimes oder im antifaschistischen Kampf der Welt hat er mit einem stählernen bolschewistischen Willen und einem Geist bolschewistischer Selbstlosigkeit für die Verteidigung der Interessen des deutschen Volkes und der fortschrittlichen Menschheit der ganzen Welt heroisch und unermüdlich gekämpft. Der ruhmreiche Weg, den er beschritten hat, ist der Weg der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes zum Sieg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Nach der Befreiung Deutschlands durch die Sowjetarmee steht der Genosse Wilhelm Pieck wiederum an vorderster Front im Kampf für einen einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staat. Im Oktober 1949 wurde ein Staat neuen Typus in der Geschichte des deutschen Volkes — ein

wahrhaft demokratisches und friedliebendes Deutschland — geboren. Dem Genossen Wilhelm Pieck wurde die ehrenvolle Wahl zum Präsidenten dieses Deutschlands, in dem die Werktätigen die Herren wurden, zuteil. Unter seiner Führung führte die Deutsche Demokratische Republik eine ganze Reihe demokratischer und gesellschaftlicher Reformen durch, leistete umfangreiche Arbeiten bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft und erzielte große Erfolge auf allen Gebieten; dadurch wurde eine feste Grundlage für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen. Im Interesse der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit führt er gleichzeitig das deutsche Volk in einem unnachgiebigen Kampf gegen die Kriegspolitik der Westmächte, die auf die Spaltung Deutschlands, die Wiederbelebung des deutschen Militarismus und die Einbeziehung Deutschlands in den westlichen Aggressionsblock abzielt.

Da Genosse Wilhelm Pieck derartige hervorragende Beiträge für die Sache der Befreiung des deutschen Volkes und im Kampf für die Verteidigung des Weltfriedens leistete, errang er das Vertrauen und die Liebe des deutschen Volkes und aller friedliebenden Menschen der ganzen Welt.

Liebe Genossen und Freunde! Die Deutsche Demokratische Republik ist unter der Führung des Präsidenten Wilhelm Pieck und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ein starkes Bollwerk der friedliebenden und demokratischen Kräfte ganz Deutschlands und ein wichtiger Faktor für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa geworden. Hier wurde die Herrschaft der Monopolkapitalisten und Junker gestürzt. Die ursprünglich in ihrem Besitz befindlichen Industriebetriebe und Bergwerke sowie das Ackerland wurden Volkseigentum. Die neue Staatsordnung wurde geschaffen. Das Volk leistet friedliche Arbeit und wird zur Friedensliebe und zum Internationalismus erzogen. Dadurch wurde von Grund auf die Möglichkeit eines Wiederauflebens des Militarismus beseitigt.

Die Deutsche Demokratische Republik stellt die edlen und fortschrittlichen Wünsche des gesamten deutschen Volkes dar.

Es gibt keine Kraft in der Welt, die die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik daran hindern könnte, für ihre Sache des Aufbaus des neuen Lebens voranzuschreiten. Die Leute, die die Existenz der Deutschen Demokratischen

Republik nicht anerkennen wollen, sind dazu verurteilt, eine Niederlage zu erleiden.

Deutschland ist die Heimat der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und der großen Lehrer des Proletariats der Welt, Marx und Engels. Das deutsche Volk hat schon lange durch seine großen Erfolge auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft, der Technik und der Kunst Weltruhm erlangt, und es hat einen glänzenden Beitrag für die Kultur der Welt geleistet. Nachdem die Deutsche Demokratische Republik den Weg der friedlichen und demokratischen Entwicklung beschritten hatte, besaß das deutsche Volk die Möglichkeit, seine große Schaffenskraft noch vollständiger zum Ausdruck zu bringen und zu entwickeln und größere Erfolge denn je zu erringen. Deshalb sind das Wachstum und die Stärke der Deutschen Demokratischen Republik von großer Bedeutung für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt.

Natürlich ist der Weg, der vor dem deutschen Volk liegt, nicht ohne Hindernisse. Durch die Behinderung und Sabotage der Westmächte ist Deutschland heute, 10 Jahre nach Kriegsende, noch künstlich in zwei Staaten gespalten. Die amerikanischen aggressiven Kräfte und ihre Anhänger in England und Frankreich brachen das Potsdamer Abkommen und andere internationale Abmachungen in bezug auf die Deutschlandfrage. Sie schlossen die Pariser Verträge ab, ließen den Militarismus in Westdeutschland wieder aufleben, bezogen Westdeutschland in die NATO ein und haben den Plan, Westdeutschland in eine Aufmarschbasis für einen neuen Krieg umzuwandeln; damit widersprechen sie den nationalen Wünschen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit.

Auf diese Weise wird die Lösung des Problems der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands erschwert. Hinsichtlich der neuen Lage, die sich nach der Ratifizierung der Pariser Verträge ergab, und der Tatsache, daß zwei deutsche Staaten existieren, haben die Sowjetregierung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durchführbare Vorschläge für die Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands unterbreitet, d. h. durch die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa Schritt für Schritt die gegeneinander gerichteten militärischen Gruppierungen

zu beseitigen und einen Gesamtdeutschen Rat zu bilden, um die Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten zu fördern und die äußeren und inneren Voraussetzungen für die endgültige Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung zu schaffen. Aber diese vernünftigen Vorschläge wurden kürzlich auf der Außenministerkonferenz der vier Mächte in Genf von den Westmächten grundlos abgelehnt.

Die Vorschläge, die von den westlichen Außenministern unterbreitet wurden, haben allein das Ziel, die sozialen und politischen Errungenschaften, die die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik erzielt haben, abzuschaffen, den Militarismus in ganz Deutschland wiederzubeleben und ganz Deutschland in den nordatlantischen Aggressionsblock einzubeziehen. Ohne Zweifel werden derartige Intrigen vom deutschen Volk und allen friedliebenden Staaten und Völkern der Welt schärfstens abgelehnt. Deshalb werden sie bestimmt eine gründliche Niederlage erleiden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Friedens und der Demokratie ist eine bestimmte Richtung in der geschichtlichen Entwicklung. Trotz aller Sabotage der Westmächte wird sie niemals verhindert werden. Die Außenministerkonferenz der vier Mächte hat erneut bewiesen, daß die Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands vor allem eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst ist. Nur wenn sich das gesamte deutsche Volk zusammenschließt und sein Schicksal in die eigenen Hände nimmt, ist die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands erst möglich. Deshalb sind die allmähliche Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und der Kampf des deutschen Volkes für Einheit, Frieden und Demokratie von entscheidender Bedeutung.

Das deutsche Volk steht nicht allein in seinem Kampf für Einheit, Frieden und Demokratie seines Vaterlandes. Neben Ihnen stehen die große Sowjetunion und die gesamten Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Die Sympathie und Unterstützung der Völker der ganzen Welt sind ebenfalls völlig auf Ihrer Seite. Als Abgesandte des chinesischen Volkes haben wir die Verpflichtung, Ihnen zu versichern, daß das 600-Millionen-Volk Chinas Ihr treuer Freund ist, wir werden für immer mit Ihnen zusammenstehen. Das chinesische Volk ist der festen Überzeugung, daß der gerechte Kampf des deut-

schen Volkes für Einheit, Frieden und Demokratie des Vaterlandes bestimmt den Sieg davontragen wird.

Liebe Genossen und Freunde! Zwischen den Völkern Chinas und Deutschlands bestand schon lange Zeit eine feste Freundschaft. Seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China knüpfen unsere beiden Staaten brüderliche Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit an.

Im Juli 1954 besuchte unser Ministerpräsident, Genosse Tschou En-lai, die Deutsche Demokratische Republik. Damals veröffentlichten die Ministerpräsidenten der beiden Länder ein gemeinsames Kommuniqué, das die brüderliche Freundschaft und die gegenseitige Unterstützung unserer beiden Länder unterstreicht.*

Vor kurzer Zeit stattete eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Genossen Grotewohl an der Spitze unserem Staat einen Freundschaftsbesuch ab. Während des Besuchs haben die Regierungsdelegationen beider Länder ihre Meinungen über die jetzige internationale Lage, über die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten und über andere Probleme, die sich auf die gemeinsamen Interessen der beiden Länder beziehen, umfassend ausgetauscht und einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik**, ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit sowie ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Pflanzenquarantäne und des Schutzes der Kulturpflanzen vor Schädlingen und Krankheiten abgeschlossen.

Der Geist des gegenseitigen Vertrauens und der Einigkeit erfüllt die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Wir helfen einander auf allen Gebieten. Das chinesische Volk hat während des Aufbaus des Sozialismus große Unterstützung und Hilfe von der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik empfangen und erhält sie auch weiterhin.

Gestatten Sie mir, hier im Namen des chinesischen Volkes und der Regierung der Volksrepublik China Ihnen unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

* siehe Band II, Nr. 113

** siehe Nr. 167 und 168

Liebe Genossen und Freunde! Unserer Delegation wurde in Ihrem freundschaftlichen und gastfreundlichen Land ein warmherziger Empfang zuteil. Wir sind uns im klaren darüber, daß er die Freundschaft und große Liebe des deutschen Volkes zum chinesischen Volk zum Ausdruck bringt. Das chinesische Volk schätzt diese Freundschaft hoch und wünscht von ganzem Herzen, daß die Deutsche Demokratische Republik unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Präsidenten Wilhelm Pieck noch größere Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, im Kampf für Einheit, Frieden und Demokratie seines Vaterlandes und für die Erhaltung der europäischen Sicherheit und des Weltfriedens erringen möge. Es lebe Präsident Wilhelm Pieck!
Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!
Es lebe die ewige Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem deutschen Volke!
Es lebe der Weltfrieden!

(Neues Deutschland, Berlin 4. 1. 56)

176.

Unterzeichnung des Arbeitsplans für das Jahr 1956 zum Kulturabkommen mit der Volksrepublik China

Der Arbeitsplan 1956 zum Kulturabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China ist am 2. Februar 1956 in Peking unterzeichnet worden. Für die Deutsche Demokratische Republik zeichnete Staatssekretär Professor Harig, der an der Spitze einer Kulturdelegation seit einiger Zeit in Peking weilt; für die Volksrepublik China unterschrieb der stellvertretende Minister für Kultur Hsia Jen.

(ADN 3. 2. 56)

177.

Zusätzliche Liefervereinbarungen mit der Volksrepublik China für das Jahr 1956

In Peking wurden am 22. Mai 1956 zwischen Bevollmächtigten der Außenhandelsministerien der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China zusätzliche Lieferverein-

barungen zum Handelsabkommen für das Jahr 1956 unterzeichnet. Die Zusatzwarenliste für den Import aus China umfaßt u. a. Erzeugnisse der Landwirtschaft und Nahrungsmittel. Die Deutsche Demokratische Republik wird noch in diesem Jahre zusätzlich Erzeugnisse des Maschinenbaues, der Feinmechanik-Optik und der Elektrotechnik an die Volksrepublik China liefern.

(ADN 5. 6. 56)

Volksrepublik Polen

178.

Unterzeichnung eines Protokolls über Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der deutschen und polnischen Postverwaltung

Ein Protokoll über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der deutschen und polnischen Postverwaltung wurde am 28. Mai 1955 von Minister Burmeister und von Staatssekretär Bitig unterzeichnet. Es wird angestrebt, die zwischen beiden Ländern bestehenden Postabkommen zu erweitern, um die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zu vertiefen.

(ADN 28. 5. 55)

179.

Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkommens mit der Volksrepublik Polen

Ein Abkommen über den Luftverkehr zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 20. Juni 1955 in Berlin unterzeichnet. Das Abkommen unterzeichneten im Auftrage der Regierung der Volksrepublik Polen Jan Rustecki, Minister für Straßen- und Lufttransport, und im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Rudolf Menzel, Stellvertreter des Ministers des Innern.

(ADN 22. 6. 55)

**Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen
anlässlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des
Vertrages über die Markierung der festgelegten und
bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze
vom 5. bis 9. Juli 1955 in Berlin**

180.

Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld

Am 5. Juli 1955 traf auf dem Flughafen Schönefeld bei Berlin anlässlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Neiße eine Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen ein. Der Delegation gehören an:

Bolesław Bierut, 1. Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und Vorsitzender des Gesamtpolnischen Komitees der Nationalen Front; Stefan Jedrychowski, Stellvertreter der Vorsitzender des Ministerrates; Adam Rapacki, Minister für Hochschulwesen; Stanisław Kulczynski, Stellvertretender Vorsitzender des Sejm und Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten im Sejm; Jan Rotkiewicz, Divisionsgeneral; Aleksander Juskiewicz, Sekretär des Gesamtpolnischen Komitees der Nationalen Front und Mitglied des Staatsrates; Helena Jaworska, Vorsitzende des Zentralvorstandes des ZMP, Abgeordnete des Sejm; Mieczysław Klimek, Rektor des Lodzer Polytechnikums; Jadwiga Lekczynska, Direktor des Instituts für Pflanzenzucht und Pflanzenakklimatisierung; Franciszek Klaja, Arbeiter in den Werken zur Herstellung von Elektromaterialien in Krakow; Romuald Cebertowicz, Professor des Gdansker Polytechnikums; Karol Tkocz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Volksrates in Opole.

Zum Empfang der Delegation hatten sich eingefunden: der Erste Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, Hermann Matern; die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph und Dr. h. c. Otto Nuschke; Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates sowie weitere Mitglieder des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik; Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED und Sekretäre des ZK der SED; der Vorsitzende des Präsidiums

des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Prof. Dr. Correns, und weitere Mitglieder des Präsidiums des Nationalrates sowie Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei.

Anwesend waren der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik, Stanisław Albrecht; Mitarbeiter der Polnischen Botschaft in Berlin sowie weitere Vertreter des Diplomatischen Korps; leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik sowie Vertreter der deutschen und polnischen Presse. Zum Empfang hatten sich ferner Delegationen aus volkseigenen Berliner Betrieben eingefunden.

Zu Ehren der Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen war eine Ehrenkompanie der Deutschen Volkspolizei angetreten. Eine Kapelle der Deutschen Volkspolizei intonierte die polnische und die deutsche Nationalhymne. Der Flugplatz war mit den Flaggen beider Länder geschmückt.

Begrüßungsansprache Bolesław Bieruts

Liebe Freunde!

Die polnische Regierungsdelegation, deren Vorsitz zu führen ich die Ehre habe, ist in eurem Lande zum 5. Jahrestag des am 6. Juli 1950 abgeschlossenen denkwürdigen Abkommens zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik* eingetroffen. Dieses Abkommen, das an die früheren im Jahre 1945 in Potsdam geschlossenen Verträge zwischen den Großmächten anknüpft, hat die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern dauerhaft geregelt. Das am 6. Juli in Zgorzelec unterzeichnete Abkommen hat die polnisch-deutsche Staatsgrenze an der Oder und Neiße als unantastbare Friedensgrenze endgültig festgelegt. Diese Grenze hat — um mit dem ehrwürdigen Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, dem Genossen Pieck, zu sprechen — die Voraussetzungen für neue, friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen unseren Ländern geschaffen.

Die vergangenen fünf Jahre brachten eine Entfaltung und Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit unserer

* siehe Band I, Seite 342

Völker auf allen Gebieten. Diese Zusammenarbeit stützte sich auf das wachsende gegenseitige Vertrauen, dessen unerschütterliche Grundlage das Bewußtsein der gemeinsamen gesellschaftlichen Zielsetzung, des gemeinsamen Kampfes für die Festigung des Friedens und der Sicherheit unserer Völker ist. Zu einem neuen Ausdruck dieses Kampfes wurde die weitere Festigung des Bündnisses der acht brüderlichen, friedliebenden europäischen Staaten unter Führung unseres gemeinsamen mächtigen Freundes, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, durch das auf der Warschauer Konferenz geschlossene Abkommen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand.* Die Werktätigen unserer Länder sind um den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung bemüht, die ihnen eine ständige Steigerung ihrer Lebenshaltung und einen immer größeren Aufschwung ihres kulturellen Lebens gewährleistet. In beiden Ländern wird unaufhörlich und in schnellem Tempo der sozialistische Aufbau verwirklicht, die Produktivkräfte sind in ständigem Wachstum begriffen, alle Zentren der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Arbeit weisen einen großartigen Fortschritt auf. Lebhaft pulsiert das Leben der studierenden und werktätigen Jugend, die einen immer aktiveren Anteil an den lebenswichtigen Fragen ihres Landes nimmt. Diese überaus erfreulichen Erscheinungen unseres gesellschaftlichen Lebens werden allseitig begünstigt durch die Entfaltung der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten, durch unseren gegenseitigen Beistand und durch unsere Freundschaft.

Es ist der polnischen Regierungsdelegation nach der Ankunft in eurer Hauptstadt ein tiefempfundenes Bedürfnis, euch, liebe Freunde, die herzlichsten Grüße der polnischen Werktätigen, der Arbeiter und Bauern, der Intelligenz unseres Landes, des ganzen polnischen Volkes zu übermitteln. Wir wünschen dem deutschen Volk, es möge in kürzester Zeit die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischen und friedlichen Grundlagen erlangen.

In deutscher Sprache rief Bolesław Bierut abschließend aus: „Es lebe und gedeihe die polnisch-deutsche Freundschaft und Zusammenarbeit. Es lebe der Frieden in aller Welt!“

* siehe Band II, Nr. 34

**Polnische Regierungsdelegation besucht
den Amtierenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht**

Die Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen, geleitet vom 1. Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Bolesław Bierut, stattete dem Amtierenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik und 1. Sekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, am 5. Juli 1955 einen Besuch ab.

Anwesend waren der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph, das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Fritz Grosse, sowie der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik, Stanisław Albrecht.

Zum Abschluß des in einer sehr herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre verlaufenen Beisammenseins überreichte der Leiter der polnischen Regierungsdelegation dem Amtierenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik wertvolle Erzeugnisse der polnischen Volkskunst als Geschenk.

(ADN 5. 7. 55)

**Freundschaftskundgebung in Berlin am 6. Juli 1955 anlässlich
des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über die
Markierung der festgelegten und bestehenden
deutsch-polnischen Staatsgrenze**

Ansprache des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. h. c. Otto Nuschke

Hochverehrte Gäste, liebe Freunde!

Wenn wir heute die große Freude und außerordentliche Ehre haben, eine Delegation aus Volkspolen unter der Führung des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hier bei uns in Berlin begrüßen zu können, so dürfen wir gleichzeitig feststellen, daß eine Delegation aus der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in Warschau weilt.

Der Austausch so bedeutsamer Delegationen dient dem Gedenken des Tages, an dem vor fünf Jahren in Zgorzelec das Abkommen über die Markierung der deutsch-polnischen Staatsgrenze unterzeichnet wurde. Damit vollzog sich das historische Ereignis der feierlichen Festlegung der Oder-Neiße-Friedensgrenze.

In diesen fünf Jahren hat sich erwiesen, daß die Unabänderlichkeit und Beständigkeit dieser Grenze nicht nur für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern, sondern darüber hinaus für den Frieden und die Sicherheit in Europa erstrangige Bedeutung erlangt hat. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern Deutschlands und Polens zu entwickeln.

Das furchtbare Verbrechen Hitlers, der Überfall auf Polen, rief in seinen Folgeerscheinungen tiefwurzelnden Haß der polnischen Bevölkerung gegen alles Deutsche hervor. Hatte doch Hitler am 22. August 1939 seinen Generalen auf dem Obersalzberg die „physische Vernichtung“ des polnischen Volkes anbefohlen. Er pries damals Dschingis Khan, der „bewußt und fröhlichen Herzens Millionen Frauen und Kinder in den Tod gejagt“ habe. Er forderte von seinen Generalen „Rücksichtslosigkeit und Brutalität“, ja, er sprach sogar die Ungeheuerlichkeit aus, „unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung in den Tod zu schicken“. Die Generale waren zu feig, diese Mordbefehle zurückzuweisen. Wo sie aber ihre Durchführung nicht selber besorgten, da setzte die grauenhafte Blutarbeit der SS-Banditen ein. Die Intelligenz des Landes wurde systematisch ausgerottet. Sechs Millionen polnischer Menschen sind von der Tyrannei Hitlers in den Tod gejagt worden. Wirtschaftlich wurde das Land systematisch ausgeplündert, und zahlreiche Patrioten schmachteten in den Kerkern und Konzentrationslagern, nur weil sie das vaterländische Pflichtgebot erfüllten, dem Blutterror Widerstand zu leisten, oftmals nur moralischen Widerstand. Mußte das Volk Polens nicht einen furchtbaren Haß gegen seine Unterdrücker hegen, aber auch gegen das Volk, dessen Namen die Hitlerbanditen schändeten? Die Tatsache, daß der faschistische Terror in gleicher Weise gegen deutsche Patrioten wütete, kam dem unterdrückten polnischen Volke nur allmählich zum Bewußtsein.

Als die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde, war es ihre erste Sorge, durch eine Politik aufrichtiger Friedensbereitschaft und ehrlicher Völkerfreundschaft die Brücke zu jenen Völkern zu schlagen, die am grausamsten unter dem SS-Stiefel gelitten hatten. Unsere Politik hat Früchte getragen. Allmählich erkannte man in Polen und in der Tschechoslowakei, daß es ein anderes Deutschland gab und daß dieses andere Deutschland bereit ist, mit seinen Nachbarn in ehrlicher Freundschaft und in loyaler Anerkennung ihrer Integrität und Souveränität zusammenzuarbeiten.

Aber das Abkommen über die Oder-Neiße-Friedensgrenze bedeutet geschichtlich auch noch etwas anderes. Es ist der Schlußstrich unter die jahrhundertlang betriebene Politik der Unterdrückung Polens, insbesondere durch die herrschenden Kräfte Preußens und den gefährlichen „Drang nach dem Osten“. Hier zieht das Abkommen den endgültigen Schlußstrich. Die geschichtliche Einsicht von Friedrich Engels hat ihre Erfüllung gefunden, der die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen wie folgt kennzeichnete:

„Die Befreiung Deutschlands kann nicht zustande kommen, ohne daß die Befreiung Polens von der Unterdrückung durch Deutsche zustande kommt. Und darum haben Polen und Deutschland ein gemeinschaftliches Interesse, und darum können polnische und deutsche Demokraten gemeinsam arbeiten an der Befreiung beider Nationen.“

Nach dem Siege der Sowjetunion über den Faschismus, der sowohl der Volksrepublik Polen wie der Deutschen Demokratischen Republik die Freiheit brachte, ergaben sich die geschichtlichen Wege, auf denen unsere beiden Völker zueinander finden konnten. In den fünf Jahren nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Markierung der deutsch-polnischen Friedensgrenze an Oder und Neiße sind die politischen, die wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen mit unserem polnischen Nachbarn immer mehr vertieft worden.

Junge Deutsche lernen und studieren in Polen, polnische Studenten treffen wir an unseren Hochschulen, Künstler und Wissenschaftler überqueren die Oder-Neiße-Friedensgrenze hinüber und herüber. Der Austausch unserer technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Erfahrungen nimmt einen immer größeren Umfang an.

In wachsendem Maße machen sich unsere Völker mit den beiderseitigen Kulturgütern vertraut. Deutsche Literatur,

deutsche Zeitungen und Zeitschriften sind ebenso in ganz Polen wie polnische Druckerzeugnisse in der Deutschen Demokratischen Republik erhältlich. Die Zahl der aus der polnischen Sprache übersetzten Werke wissenschaftlicher und unterhaltender Art nimmt Jahr für Jahr zu. Allein der Verlag „Volk und Welt“ brachte in den letzten Jahren Werke der polnischen Schriftsteller Kowalski, Newerly, Putrament, Rymkiewicz, Scibor-Rylski, Strykowski, Wasilewski und anderer in deutscher Sprache heraus.

Das Jahr 1955 ist das Jahr des Gedenkens an Friedrich Schiller und Adam Mickiewicz. Mehrere Neuerscheinungen geben dem deutschen Volk Gelegenheit, das ihm so lange vorenthaltene Werk des großen polnischen Nationaldichters und sein Leben kennenzulernen. Schillers Werke sind in allen Buchhandlungen Volkspolens zu haben.

Bei der Vertiefung der kulturellen Beziehungen ist es erforderlich, an große gemeinsame Traditionen beider Völker, wie z. B. an die gemeinsame Kundgebung auf dem Hambacher Fest 1832, anzuknüpfen. Damals jubelten die deutschen Demokraten den Polen zu als unseren Verbündeten. Unbewußt schlummerte im einfachen deutschen Menschen das Bewußtsein der klassenmäßigen Zusammengehörigkeit mit polnischen Bauern und Arbeitern. Und die Landarbeiter des deutschen Ostens sangen heimlich das Lied:

Michel spricht zu seinem Sohne:
Hol' der Teufel die Barone!
Ob sie deutsch sind oder Polen,
Alle soll der Teufel holen!

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete erfolgt eine für beide Seiten erfolgreiche Zusammenarbeit. Für die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne sind die ständig steigenden Steinkohlen- und Kokslieferungen an unsere Hütten- und an die Grundstoffindustrie sowie für die Verkehrs- und Energiewirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das große Hüttenwerk „J. W. Stalin“ in Stalinstadt ist zum Symbol der großartigen Zusammenarbeit dreier Völker geworden. Hier wird die Oder zur wirtschaftlichen Brücke. Wir bekommen den polnischen Koks, die Sowjetunion liefert das Erz, und deutsche Arbeit glüht hier das Eisen für unsere Friedenswirtschaft. Auf der anderen Seite aber ist Polen unser Abnehmer für Erzeugnisse der Feinmechanik, der optischen und elektrischen Fertigerzeugnisse sowie insbesondere von Maschinen und Groß-

anlagen. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft tauschen wir Lebensmittel gegen Kali und Stickstoff.

Von besonderer Bedeutung ist auch die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit, die sich auf viele industrielle Produktionsgebiete und auf die Bauindustrie erstreckt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf die See- und Binnenschifffahrt, den Fernsprechverkehr sowie die Lieferung von Energie.

Die Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen wird die Freundschaft beider Völker fortlaufend immer stärker machen. In der Volksrepublik Polen ist ein ehrlicher, tiefer Wille vorhanden, diese Freundschaft zu vertiefen. Dankbar erkennen wir die Worte an, die unser hochverehrter Gast, Boleslaw Bierut, auf der 7. Plenarsitzung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei aussprach:

„Von der Voraussetzung ausgehend, daß die wesentlichen nationalen Interessen des demokratischen Deutschlands mit den feindseligen Plänen des Imperialismus in Europa nicht zu vereinen sind, gewährt das polnische Volk dem Kampf des deutschen Volkes um Wiedervereinigung und um ein unabhängiges Dasein restlose Unterstützung. Dadurch, daß wir dem deutschen Volke beim Wiederaufbau seiner Souveränität und seiner Unabhängigkeit auf demokratischer und friedlicher Grundlage helfen, verteidigen wir den Weltfrieden, verteidigen wir unseren eigenen friedlichen Aufbau.“

Dankbar erinnern wir uns auch jener Entschließung der Länderkonferenz in Warschau, an der Delegierte aus ganz Polen, aus Westdeutschland, aus Frankreich, der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik teilnahmen, und in der es heißt:

„Das polnische Volk, das mit dem ganzen deutschen Volk in Frieden und Freundschaft leben will, festigt die Beziehungen brüderlicher Zusammenarbeit mit der Deutschen Demokratischen Republik und erklärt sich mit dem opfervollen Kampf der Patrioten in Westdeutschland um die Abschaffung der Kriegsverträge und für ein friedliches, vereintes Deutschland solidarisch. Das polnische Volk ist der Meinung, daß ein freies, unabhängiges und friedliebendes Deutschland in der Familie der europäischen Völker als gleiches unter gleichen Völkern Platz finden muß.“

An solchen Manifestationen zeigt sich die große gemeinsame Grundlage, die, im Friedenslager stehend, unsere beiden Völker gewonnen haben. Wenn man von seiten der Bonner Regierung und so manches anderen unverantwortlichen Schwätzers drohende oder rührsame Forderungen ausspricht, an der Oder-Neiße-Friedensgrenze zu rütteln, so muß man doch mit Genugtuung feststellen, daß sich jene Kreise immer stärker in der Richtung einer Isolierung bewegen. In England spricht man es offen aus, daß die Oder-Neiße-Friedensgrenze den polnischen Staat nach Westen organisch abschließt. Das haben Churchill und Eden, aber auch der Führer der Labourpartei — Attlee — wiederholt zum Ausdruck gebracht. Frankreich denkt nicht daran, restaurative Tendenzen Bonns faktisch oder auch nur deklamatorisch zu unterstützen, und selbst die Eisenhower und Dulles sind schweigsam geworden, wenn die Frage der Oder-Neiße aufgeworfen wird. Es wird höchste Zeit, daß Herr Adenauer endlich gezwungen wird, daß die Gefühle der Umsiedler nicht länger mißbraucht werden und daß diese Umsiedler nicht länger in unwürdigen Baracken und in Arbeitslosigkeit verbleiben. Die Pfingsttreffen von ehemaligen Umsiedlern, in Landsmannschaften gruppiert, werden von dem Kaiser-Ministerium organisiert und geführt. Unsere Umsiedler haben Land aus der Bodenreform, Darlehen für die Ausübung eines Handwerks oder guten Lohn in öffentlichen Betrieben erhalten. Bonn würde guttun, unserem Beispiel hier zu folgen, und den Umsiedlern würde damit besser gedient werden, als in ihnen falsche Hoffnungen auf Rückkehr in ihre alte Heimat zu wecken.

Wenn die Außenminister und die Staatschefs der vier Mächte demnächst zusammentreten, so darf man von ihrem Realismus und ihrer geschichtlichen Einsicht erhoffen, daß die Frage der Oder-Neiße-Grenze für sie eine nicht mehr zu diskutierende geschichtliche Tatsache sein wird. Herr Adenauer sollte so viel gelernt haben, daß man keinen Kampf gegen Windmühlen führen darf, wenn man seinen ernsten Ruf als Politiker nicht verlieren will.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Großteil der Umsiedler klar auf dem Boden unserer Friedenspolitik und damit auch auf dem festen Grund der Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Friedensgrenze steht.

Die Sicherung dieser Friedensgrenze aber muß unser ständiges Bemühen, d. h. das ständige Bemühen des großen Friedenslagers, bleiben.

Das drückt sich auch in dem Warschauer Vertrag für Frieden, Freundschaft und gegenseitigen Beistand* aus. Er ist ein Werk des Friedens. Jeder Staat kann ihm, unbeschadet seiner ökonomischen Ordnung, beitreten. Er ist keine Ost-NATO. Er erlischt, wenn die westliche Bedrohung in Fortfall kommt, er zeigt den Weg zum endgültigen Frieden, indem er bestimmt, daß, wenn der großartige Plan der Schaffung eines Paktes für die kollektive Sicherheit Europas zustande kommt, er automatisch erlischt.

Für die Deutsche Demokratische Republik bedeutet er einen wirksamen Schutz. Alle Teilnehmerstaaten sind verpflichtet, jede Aggression gemeinsam abzuwehren, und das große Volkschina hat durch seinen Vertreter auf der Warschauer Konferenz ausdrücklich erklären lassen, daß der Friede unteilbar ist und daß Volkschina bei jedem imperialistischen Angriff auf das Friedenslager automatisch an die Seite der Vertragschließenden tritt.

Aber auch Volkspolen erhält durch den Warschauer Vertrag eine erhöhte Sicherheit. Sollte es ein Aggressor wagen, das große Friedenslager anzugreifen, so würde die Oder-Neiße-Friedensgrenze westlich der Elbe verteidigt werden.

Der Warschauer Vertrag ist auch gegen niemand gerichtet. Er befindet sich im Einklang mit den Grundsätzen der UN-Charta. Wird er durch ein System der kollektiven Sicherheit abgelöst, so wäre die entscheidende Voraussetzung für die Entspannung der internationalen Lage geschaffen.

Indem wir noch einmal unsere gemeinsamen Ziele und unser beiderseitiges Gelöbnis zum dauernden Festhalten an der Oder-Neiße-Friedensgrenze zum Ausdruck bringen, schaffen wir in einer bedeutsamen Frage der internationalen Politik restlose Klarheit. Klarheit aber ist immer eine wichtige Voraussetzung für die Entspannung der internationalen Lage.

Wir danken es der großen Sowjetunion, daß sie in allen ihren Vorschlägen keine einseitige politische und militärische Bindung eines geeinten Deutschlands haben will, sondern einen selbständigen demokratischen Staat, der gleichberechtigt und unabhängig freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten

* siehe Band II, Nr. 34

unterhält. Insbesondere aber wird dadurch auch das Verhältnis zu unserem unmittelbaren Nachbarn, der Volksrepublik Polen, wertvoll vertieft und gepflegt.

Das Weltfriedenstagstreffen in Helsinki hat allen Regierungen der Welt die Forderungen der Friedenskräfte übermittelt. Im Geiste von Verhandlungen sollen alle internationalen Spannungen beseitigt werden. Die Atomwaffen müssen vernichtet werden. Eine systematische Abrüstung wird die Sicherheit für das friedliche Zusammenleben aller Völker auf der Grundlage der aktiven Koexistenz garantieren. Unser Ministerpräsident, Otto Grotewohl, brachte in dem Interview, das er der „Trybuna Ludu“ gewährte, zum Ausdruck, daß es wünschenswert sei, von Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik einen gemeinsamen deutschen Standpunkt zur kommenden Viermächtekonferenz auszuarbeiten, der die Forderung nach Abzug der Besatzungstruppen, Beseitigung der Militärstützpunkte, Abschluß eines Friedensvertrages und Aufnahme eines bündnisfreien Deutschlands in ein kollektives Sicherheitssystem zum Inhalt haben müsse.

Der Ministerpräsident sagte mit Recht: „Das gemeinsame Auftreten der Deutschen auf der Viermächtekonferenz mit einem gemeinsamen Programm würde eine positive Lösung in der Deutschlandfrage erleichtern. Eine solche positive Lösung aber würde allen europäischen Völkern nützen; denn sie würde einen Kriegsherd im Herzen Europas beseitigen, dem deutschen Volke und allen Völkern Sicherheit und Frieden garantieren.“ *

Wir sind fest überzeugt, daß diese Grundsätze den vollen Beifall unserer polnischen Freunde finden werden, wie wir auf der anderen Seite die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze als wichtigen Beitrag zur Bewahrung des Weltfriedens werten. Gemeinsam unter der Führung der großen Sowjetunion werden unsere Völker den großen Grundsätzen treu bleiben, die im Warschauer Vertrag verankert sind und die die Richtschnur gebildet haben für das Kommuniqué von Belgrad und für die gemeinsame Erklärung des indischen Ministerpräsidenten Nehru mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En-lai: „Nichteinmischung, Achtung der Souveränität und Integrität aller Länder, friedliche Koexistenz, gegen Atomkrieg, für Verhandlungen, für Sicherheit und Frieden in der ganzen Welt!“

(Neues Deutschland, Berlin 7. 7. 55)

* siehe Nr. 3

*Ansprache des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen
Vereinigten Arbeiterpartei, Boleslaw Bierut*

Genossen und Genossinnen!

Liebe deutsche Freunde!

Das Abkommen, das vor fünf Jahren von den Vertretern Polens und Deutschlands in Zgorzelec unterzeichnet wurde, hat große und weite Perspektiven für die gegenseitigen Beziehungen unserer Völker erschlossen.

In Anlehnung an das Potsdamer Abkommen der Großmächte vom Jahre 1945 hat das Abkommen von Zgorzelec die polnisch-deutsche Staatsgrenze an der Oder und Neiße endgültig als Friedensgrenze markiert. Das Abkommen hatte, wie in der Präambel zu lesen ist, zum Ziel: „Nach den tragischen Erfahrungen aus der Zeit des Hitlersystems eine unerschütterliche Grundlage für ein friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben beider Völker zu schaffen.“

Der 6. Juli 1950 wurde zur großen Wende in den polnisch-deutschen Beziehungen!

Die Geschichte unserer seit Jahrhunderten benachbarten Völker ist reich an historischen Daten, die für das Schicksal unserer Völker folgeschwer waren. Sie erzählen von Kriegen, Überfällen, Kriegsbrand und Verheerung, Unterdrückung und Not des Volkes. Die Geschichtsschönik unserer beiden Völker ist mit dem Blut geschrieben, das in tragischer Folge der unheilvollen preußischen Militaristenpolitik des „Dranges nach dem Osten“ vergossen wurde.

Weder Kriege noch das durch Jahrhunderte eingeflöbte Gift des Hasses und gegenseitigen Mißtrauens vermochten aber die tiefe Solidarität der entrechteten und ausgebeuteten Massen unserer Völker restlos zu ersticken. Daher haben die Volksmassen beider Länder in ihren Befreiungs- und Revolutionskämpfen öfters ihre Freundschaft im Kampf gegen die Unterdrücker bekundet.

Zum ersten Male jedoch in der Geschichte der zwischenstaatlichen polnisch-deutschen Beziehungen bindet uns ein Abkommen, dessen Inhalt Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit sind.

Wie kam es zu dieser geschichtlichen Wende? Wie wurde sie möglich?

Möglich wurde sie, weil in der Deutschen Demokratischen Republik die deutschen Arbeiter und Bauern die Macht ergriffen haben, weil das werktätige Volk gesiegt hat und nunmehr, gestützt auf die breitesten patriotischen Kräfte, konsequent die Politik der Demokratie und des Friedens führt. Möglich wurde sie, weil in Polen die polnischen Arbeiter und Bauern gesiegt haben.

Das Fundament für diese geschichtlichen Umwandlungen, die das Leben unserer Länder völlig verändern, wurde aber durch den denkwürdigen Sieg der Sowjetvölker über den Hitlerfaschismus gelegt. Dieser große Sieg ermöglichte uns Polen, die Unabhängigkeit zu erringen, und euch, deutsche Freunde, hat er von dem Schandfleck des Hitlerfaschismus befreit, der mit unerbittlicher Konsequenz das deutsche Volk in den Abgrund zerrte. Gleichzeitig befreite dieser Sieg die vorher vom Faschismus geknebelten demokratischen und fortschrittlichen Kräfte und bahnte somit dem deutschen Volk den Weg zur schöpferischen Friedensarbeit und zum Wohlergehen.

Die Geschichte hat die Worte bestätigt, die Karl Marx 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ schrieb: „Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands.“

Der Lauf der Ereignisse im Nachkriegsdeutschland bestätigte den Glauben der polnischen Demokratie daran, daß das deutsche Volk sich von dem durch den Hitlerfaschismus eingepfachten Gift des Nationalismus und des Rassenwahns befreien wird, daß der Hitlerfaschismus in der Geschichte des deutschen Volkes nur eine vorübergehende Erscheinung war. Nach wie vor glauben wir an die großen freiheitlichen Traditionen des deutschen Volkes, wir glauben nach wie vor daran, daß im deutschen Volke, in seiner Arbeiterklasse, die hohen Ideen der Kämpfer für Freiheit, Demokratie und Sozialismus lebendig sind. Wir glauben nach wie vor an die unverbrauchte Kraft der siegreichen Ideen von Marx und Engels, der großen Söhne des deutschen Volkes.

Aus den ruhmreichen Überlieferungen der deutschen Arbeiterbewegung, aus den revolutionären Traditionen der Kommunistischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Linken ging die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hervor, um an die Spitze der antifaschistischen Nationalen Front im Kampf um ein neues Deutschland zu treten. In diesem

Kampf habt ihr, Genossen, alle Lehren aus der Geschichte des deutschen Volkes gezogen, aus der durch die Niederlage des Faschismus geschaffenen Lage, aus dem Entstehen des Lagers der Staaten des Friedens und des Sozialismus, aus dem neuen System der internationalen Beziehungen. So habt ihr in Anlehnung an die jahrhundertealten Bestrebungen der deutschen fortschrittlichen Kräfte den ersten Staat der Demokratie und des Friedens in der Geschichte Deutschlands, die Deutsche Demokratische Republik, geschaffen.

Das Entstehen der Deutschen Demokratischen Republik wurde zum Wendepunkt in der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen. Es wurden die unerläßlichen Vorbedingungen für die allseitige Zusammenarbeit unserer beiden Völker geschaffen.

Von dieser Zeit an entwickelt sich zwischen unseren Ländern eine harmonische, fruchtbare und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen haben eine beträchtliche Erweiterung erfahren. Wir haben eine Reihe von Abkommen über die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie über den Handelsaustausch geschlossen. Der Warenumsatz zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik war schon im Jahre 1952 fast doppelt so groß wie 1937 mit ganz Deutschland. Der Umfang der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern wird ständig erweitert. Die polnischen und deutschen Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker tauschen Erfahrungen aus und helfen einander mit Rat und Tat.

Es entfaltet sich die kulturelle Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern. Das Schiller-Jahr wurde zu einem großen Ereignis im kulturellen Leben Polens. Das Kulturleben eurer Republik wird durch das Mickiewicz-Jahr bereichert.

Die schönsten Werke der klassischen und fortschrittlichen Kultur unserer beiden Länder sind nun den weitesten Kreisen der Jugend und allen Kunstliebhabern in Polen und der Deutschen Demokratischen Republik zugänglich geworden. In unseren Ländern bewundern wir die künstlerischen Ensembles und die namhaftesten polnischen und deutschen Künstler, die uns die gemeinsamen Traditionen und Errungenschaften immer tiefer verstehen und immer höher schätzen lehren.

Unsere Zusammenarbeit dient der großen Sache der Freundschaft und des Friedens. Wir werden keine Mühe scheuen, damit diese Zusammenarbeit immer breiter, reicher und fruchtbarer wird.

Diese von Grund auf neuen Beziehungen zwischen unseren Staaten entwickeln sich in Anlehnung an die immer mehr erstarkende politische Zusammenarbeit. Sie wird auf der internationalen Schaubühne zu einem immer bedeutenderen Faktor und spielt im Kampf für die Sicherung des Friedens und der Unabhängigkeit aller europäischen Völker eine immer größere Rolle. In engster Zusammenarbeit wirken wir in dem fast 900 Millionen Menschen umfassenden Lager des Friedens und des Sozialismus. Die Warschauer Konferenz jedoch, an der unsere Staaten im Interesse der Verteidigung des Friedens in Europa und ihrer Unabhängigkeit teilnahmen, verband uns in einem brüderlichen Bündnis, an dem die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie beteiligt sind und das die volle Unterstützung der zweiten Großmacht, der Volksrepublik China, genießt.

Polen und Deutschland als Verbündete, das ist eine in der Geschichte neue Erscheinung, die nur in einer Zeit möglich ist, in der die Ideen der Demokratie in Polen und im Lande der deutschen Freiheit, in der Deutschen Demokratischen Republik, die Vorherrschaft errungen haben.

Es wurden die prophetischen Worte Friedrich Engels' über das polnisch-deutsche Bündnis verwirklicht, welche vor über hundert Jahren in Brüssel anlässlich des zweiten Jahrestages des Krakauer Aufstandes vom Jahre 1846 ausgesprochen wurden: „So wie wir, die hier anwesenden deutschen Demokraten, den polnischen Demokraten die Hand reichen, ebenso wird auch das gesamte deutsche Volk sein Bündnis mit dem polnischen Volk auf dem Felde der ersten Schlacht feiern, in der wir den gemeinsamen Sieg über unsere Unterdrücker erringen werden.“

Getäuscht haben sich diejenigen, die da glaubten, daß sie wie einst aus den Streitigkeiten zwischen Polen und Deutschland, aus dem Schüren der Feindschaft zwischen unseren Völkern ihren Gewinn herauschlagen werden. Getäuscht haben sich diejenigen, welche unsere Grenzen zum Zankapfel und zum Kriegsherd machen wollten. Es täuschten sich und werden sich künftig diejenigen täuschen, welche für ihre düsteren Ziele

die polnisch-deutschen Beziehungen vergiften wollen, um aus diesem Zwist für sich Nutzen zu ziehen. Viele Jahrhunderte hindurch waren die polnisch-deutschen Beziehungen eine Unruhequelle in Europa, ein Ausgangspunkt für eine Reihe von kriegerischen Konflikten, welche dann in blutige Kriege umschlugen.

Dank der wachsenden Erfahrung und dem Bewußtsein der Volksmassen wurden die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Vorbild der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern, zu einem Vorbild für die friedliche Beilegung strittiger Fragen unter Berücksichtigung der am besten und am weitsichtigsten aufgefaßten Interessen der beiden Seiten, ein Beispiel für die Beziehungen, die zwischen Polen und dem ganzen vereinigten Deutschland bestehen könnten und sollten. Solche freundschaftlichen Beziehungen mit dem ganzen deutschen Volk wünscht das polnische Volk herbei. Danach strebt die Politik der polnischen Regierung, für dieses Ziel wirken die Regierung und das Volk der Deutschen Demokratischen Republik, die den Grundsatz der Vereinigung des deutschen Volkes auf friedlichen und demokratischen Grundlagen verkünden.

Die polnisch-deutschen Beziehungen gehen weit über den Rahmen zweiseitiger Beziehungen hinaus, die nur die Interessen zweier Länder betreffen. Die Entwicklung unserer Beziehungen auf der Grundlage der Freundschaft und der Zusammenarbeit wurde zu einem bedeutenden Beitrag für die Sicherung und Festigung des Friedens in Europa. Am freundschaftlichen Zusammenwirken unserer Länder sind die benachbarten Völker lebendigst interessiert, dieses Zusammenwirken liegt insbesondere im Interesse Frankreichs. Die weitere Vertiefung unserer gegenseitigen Beziehungen wird ein bedeutendes Hemmnis sein für die durch gewisse Kreise jenseits des Ozeans begünstigten Kräfte der Revanche und des Krieges in Westdeutschland.

Ebenso wie Polen, setzt sich die Deutsche Demokratische Republik der Hetze der revanchelüsternen Revisionisten und den nach der Herrschaft über das deutsche Volk lechzenden Neohitleristen entgegen, der Hetze gegen die deutsch-polnische Grenze und gegen die Integrität polnischen Gebiets.

Immer mehr wird unsere Zusammenarbeit zu einem wichtigen Faktor im Kampf gegen die Verwirklichung der Pariser Ver-

träge, gegen die Wiedergeburt des Militarismus, also gegen den Mißbrauch Westdeutschlands und seines menschlichen und materiellen Potentials für Ziele, die den Interessen des deutschen Volkes und aller europäischen Völker entgegengesetzt sind.

Die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Polen und Deutschland, tiefgreifende Änderungen in den europäischen Verhältnissen, das Heranreifen von Stimmungen in Westdeutschlandschaffen zusätzliche Möglichkeiten für die Normalisierung der internationalen Beziehungen. Das Streben nach der Normalisierung und nach der kollektiven Sicherheit ebnet den Weg für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und für die Erweiterung der bestehenden wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der Deutschen Bundesrepublik.

Liebe Freunde!

Ebenso wie die Deutsche Demokratische Republik hat sich Polen den Kräften entgegengesetzt, die die Spaltung Deutschlands verewigen wollen, und hat die gerechten Forderungen nach Herstellung eines wiedervereinigten deutschen Staates auf demokratischen und friedlichen Grundsätzen vorbehaltlos unterstützt. Wer als das durch den Krieg schwer geprüfte Polen kann die Tragödie der Zerreißung des Heimatlandes und die in der Spaltung Deutschlands liegende Gefährdung des Friedens in Europa und in der Welt besser verstehen?

Deshalb unterstützen wir mit dem ganzen Herzen das Streben der patriotischen und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes nach der Wiedervereinigung Deutschlands und nach der Wiedererlangung des ihm gebührenden Platzes unter den Völkern der Welt. In ihrem Streben nach dem Frieden in Europa haben sich Polen und die Deutsche Demokratische Republik entschieden für ein System der kollektiven Sicherheit nach dem Vorschlag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausgesprochen. Ein System der kollektiven Sicherheit dieser Art, das allen Staaten ohne Rücksicht auf ihre gesellschaftliche Struktur die Möglichkeit einer Zusammenarbeit erschließt, ist gegenwärtig die wirksamste Gewährleistung des Friedens in Europa und in der Welt. Ein solches System der kollektiven Sicherheit, das mit der UNO-Charta übereinstimmt und das an die UNO gebunden ist, kann eine Plattform für eine harmonische Zusammenarbeit aller europäischen Völker sein, zu einer Plattform werden, die den Grundsätzen der Koexistenz entspricht.

Die Sicherung und Festigung des Friedens in Europa und in der Welt setzt die Lösung vieler Streitfragen voraus. Eine gerechte Lösung der deutschen Frage, wie dies die sowjetischen Vorschläge über den Abzug fremder Truppen und die freie Entscheidung des deutschen Volkes über sein staatliches Leben vorsehen, wird ein wichtiger Beitrag zur internationalen Entspannung sein. Ebenso wie alle Völker der Welt, erwarten das polnische und das deutsche Volk, daß die Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte alles Erforderliche tun wird, um reale internationale Entspannung herbeizuführen. Die Völker erwarten die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit, das Verbot der Atomwaffe und die Einschränkung der Rüstungen. Alle diese Probleme können nur im Geiste der Verständigung und auf dem Wege der Verhandlungen gelöst werden.

Wir wissen aber sehr gut, daß es auch solche gibt, die nicht an Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichheit denken, sondern weiterhin von einem Diktat von der „Position der Stärke“ aus träumen. Trotz der Fruchtlosigkeit einer derartigen Politik, trotz einer Reihe von Niederlagen, die in der letzten Zeit erlitten wurden, dünkt es manchen amerikanischen Politikern weiterhin, daß sie nicht verhandeln, sondern diktieren werden können. Unter der heuchlerischen und betrügerischen Maske der „Befreiung“ bringen sie allerlei Pläne über Aggression und Intervention vor.

Das widerspricht nicht nur den Grundsätzen einer friedlichen Zusammenarbeit, sondern besitzt einen geradezu provozierenden Charakter. Gegenwärtig verbreiten sie alberne Ideen über die „Neutralisierung“ Polens und der Tschechoslowakei und unterstützen somit die abenteuerlichsten Elemente, um die Beendigung des „kalten Krieges“ zu erschweren. Dieses ganze Vorspiel zu den Genfer Verhandlungen erinnert an die anekdotische Figur des polnischen Edelmanns Zagloba, eines der Helden der Sienkiewicz-Trilogie, der mit genauso ernster Miene dem Schwedenkönig das Königreich der Niederlande zum Geschenk machen wollte.

Diese Herren vergessen, daß in unseren Ländern das Volk gesiegt hat, das sich seine Errungenschaften und Freiheit nicht entreißen lassen wird. Sein Sieg ist eben die Gewähr für die Souveränität unserer Länder. Über unsere Verteidigungskräfte und Außenpolitik bestimmt die Volksmacht, die das gesamte Volk repräsentiert. Diese Herren vergessen, daß Polen, sofern

es um die Verteidigung seiner Unabhängigkeit und die Unantastbarkeit seiner Grenzen geht, sehr wohl imstande sein wird, gemeinsam mit seinen Verbündeten und Freunden, deren es viele besitzt, wirksam seine Rechte auf Freiheit und Frieden zu behaupten.

Liebe Freunde!

Allen Kriegspropheten und allen Anhängern eines bewaffneten Kreuzzuges gegen die Länder des Friedens zum Trotz, allen Fatalisten zum Trotz sind weitere Fortschritte auf dem Wege zur Beendigung des „kalten Krieges“ und zur internationalen Entspannung sichtbar. Hier möchte ich nur auf solche bedeutsamen Ereignisse hinweisen wie die Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Österreich, die Warschauer Konferenz, den Belgrader Besuch und die Belgrader Deklaration, die Konferenz von Bandung, die Deklaration des Ministerpräsidenten Nehru und des Ministerpräsidenten Bulganin und schließlich die Tatsache, daß die Konferenz der vier Großmächte zustande kommt.

Das sind bedeutsame Erfolge, die dank dem beharrlichen Friedenswillen der Völker der Welt erreicht wurden, dank der energischen, vielseitigen und friedlichen Initiative der Sowjetunion. Diese Politik wird von der großen Chinesischen Volksrepublik unterstützt. Diese Politik wird von den Ländern des Friedenslagers unterstützt. Für diese Politik treten alle Völker der Welt ein, weil sie mit ihren Wünschen übereinstimmt. Die Völker hassen nämlich den Krieg, wünschen den Frieden herbei und wollen in Freundschaft und Brüderlichkeit leben.

Das polnische Volk verlangt nach Frieden. Es wünscht freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern. Dank dem konstruktiven Programm der polnischen Außenpolitik, das aus der marxistisch-leninistischen Analyse des Kräfteverhältnisses und der Entwicklung der Kräfte auf der internationalen Bühne resultiert, hat Polen seinen Beitrag zur internationalen Entspannung geleistet und wird ihn weiterhin leisten. Und zu unseren wichtigsten, gemeinsamen Erfolgen zählen wir die Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk. Unsere Politik stützen wir auf das Vertrauen in die fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in Deutschland.

Wir freuen uns besonders über die Erfolge der deutschen demokratischen Kräfte. Besondere Genugtuung bereiten uns die

Errungenschaften eurer Republik, die Festigung ihrer Stärke, ihrer Bedeutung, ihres internationalen Ansehens. Im polnischen Volk besitzt ihr einen Freund und zuverlässigen Verbündeten in eurem gerechten Kampf. Unsere Völker verbinden der gemeinsame Kampf für Frieden und Sozialismus, die alten und festen proletarischen Traditionen, die alten internationalen Bindungen zwischen der Arbeiterklasse Polens und Deutschlands, die Überlieferungen eines Liebknecht und Marchlewski, einer Rosa Luxemburg.

Der Internationalismus und tiefer Patriotismus der polnischen und der deutschen Arbeiterklasse, die an der Spitze ihrer Völker voranschreiten, sind die beste Gewähr für die Unverbrüchlichkeit unseres Bündnisses, unserer Freundschaft und unserer Brüderlichkeit. Darüber wachen unsere ruhmreichen Arbeiterparteien. Ich bin überzeugt, daß die heutige Feier aus Anlaß des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens, das die bestehende Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland für immer bestätigt hat, zur weiteren Vertiefung der polnisch-deutschen Freundschaft beitragen wird.

Im Namen des polnischen Volkes überbringe ich euch und damit dem ganzen deutschen Volke unsere heißen Grüße und die besten Wünsche für Einheit, Frieden und eine glückliche Zukunft.

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!

Es lebe die deutsche antifaschistische Nationale Front!

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

Es leben und festigen sich die friedlichen Kräfte in ganz Deutschland!

Es lebe und entfalte sich die polnisch-deutsche Freundschaft und Zusammenarbeit!

Es lebe die Sowjetunion, das Bollwerk des Friedens!

Es lebe der Frieden und die Freundschaft unter den Völkern!

(Neues Deutschland, Berlin 7. 7. 55)

183.

Empfang in der Botschaft der Volksrepublik Polen

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Repu-

blik. Stanisław Albrecht, gab anlässlich des Aufenthaltes der Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des 1. Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Bolesław Bierut, am 8. Juli 1955 einen Empfang. An dem Empfang nahmen teil: der Amtierende Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann; Vertreter der Regierung und des ZK der SED; der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, Prof. Dr. Correns; führende Vertreter der demokratischen Parteien und Massenorganisationen; Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei sowie führende Vertreter des gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik.

Anwesend waren ferner Mitglieder des Diplomatischen Korps, Vertreter der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, die Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und Vertreter der in- und ausländischen Presse.

Botschafter Albrecht würdigte in einer Ansprache die Bedeutung des fünften Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens über die Markierung der polnisch-deutschen Staatsgrenze an Oder und Neiße. Der Präsident der Volkskammer und Amtierende Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, brachte in einem Trinkspruch die herzlichen Gefühle des deutschen Volkes gegenüber dem polnischen Volke zum Ausdruck. Bolesław Bierut schilderte, daß er in zahlreichen Gesprächen mit Arbeitern, Bauern, Wissenschaftlern und Jugendlichen feststellen konnte, daß die friedliebenden Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik voller Begeisterung an ihrer neuen Gesellschaftsordnung in der festen Überzeugung bauen, daß ihr Werk einer besseren und glücklichen Zukunft diene. Die polnische Regierungsdelegation nimmt die Gewißheit mit, daß sich in der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber dem polnischen Nachbarvolk eine große geschichtliche Wandlung vollzogen hat. Bolesław Bierut brachte einen Toast auf weitere Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke aus.

(ADN 9. 7. 55)

Abreise der Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen

Nach viertägigem Staatsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik, der zu einer neuen Manifestation herzlicher deutsch-polnischer Freundschaft wurde, hat die Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen am 9. Juli 1955 vom Flugplatz Schönefeld die Rückreise nach Warschau angetreten.

Zur Verabschiedung der polnischen Gäste hatten sich auf dem Flugplatz eingefunden: die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Willi Stoph und Paul Scholz; weitere Mitglieder der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik; Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED; der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, Prof. Dr. Correns, sowie Generale und Offiziere der Volkspolizei. Anwesend waren der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik, Stanisław Albrecht, und Vertreter des Diplomatischen Korps.

Zu Ehren der polnischen Regierungsdelegation war eine Ehrenkompanie der Deutschen Volkspolizei angetreten. Eine Kapelle der Deutschen Volkspolizei intonierte die polnische und die deutsche Nationalhymne. Der Flugplatz war mit den Flaggen beider Länder geschmückt.

(Neues Deutschland, Berlin 10. 7. 55)

Ansprache Bolesław Bieruts

Liebe Freunde!

Beim Verlassen eures Landes möchte die polnische Regierungsdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der gesamten Bevölkerung für die außerordentliche und rührende Gastfreundschaft, die uns während unseres Aufenthaltes bei euch zuteil wurde, ihren herzlichen Dank zum Ausdruck bringen.

Wir besuchten eine Reihe von Städten, Betrieben, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen. Wir sind in Dresden, Görlitz, Karl-Marx-Stadt, StalinStadt und in anderen Städten auf Massenkundgebungen mit vielen Tausenden Werktätigen

zusammengekommen. Mit Freude stellen wir fest, daß uns überall aufrichtige brüderliche Gefühle entgegengebracht wurden. Gefühle, die nur zwischen Völkern bestehen können, die durch gemeinsame Ziele und gemeinsame Bestrebungen, durch den gemeinsamen Kampf um die Festigung und Sicherung des Friedens in Europa verbunden sind. Uns verbindet auch das gemeinsame Streben nach dem Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung, die allen Menschen Wohlstand, die Entfaltung ihrer Talente und ein glückliches Leben sichert.

Mit Freude stellen wir fest, daß in eurem schönen Land ebenso wie bei uns überall eine eifrige und schöpferische Arbeit zur Stärkung eures Staates und für das Wohl eures werktätigen Volkes geleistet wird. Es wird bei euch an dem Wiederaufbau der zerstörten Städte gearbeitet und insbesondere an der Wiederherstellung der alten bekannten Stätten eurer nationalen Kultur und der Weltkultur, wie in Dresden, in eurer Hauptstadt Berlin und in vielen anderen Städten, die von den Schrecken des vergangenen Krieges nicht verschont geblieben sind, ähnlich wie die polnischen Städte und Dörfer.

Wir haben das große Eisenhüttenkombinat in StalinStadt besichtigt, ein großartiges Werk des sozialistischen Aufbaues, so wie die Stadt beim Kombinat, die ähnlich wie bei uns Nowa Huta unlängst auf freiem Felde entstanden ist und heute uns alle durch ihre Schönheit entzückt; die Stadt, in der heute das fröhliche Lachen der Kinder zu hören ist. Diese Stadt lenkt durch den Wohlstand ihrer Bewohner und ihre großartigen sozialen und kulturellen Einrichtungen die Aufmerksamkeit auf sich. Wir haben die im Bau befindlichen Schulen und ihre wunderbaren wissenschaftlichen Einrichtungen und Laboratorien besichtigt. Sie entstanden dank der Sorge der Volksmacht um die Bildungsmöglichkeiten der lernenden Jugend und um ihre Lebensbedingungen.

Ganz deutlich haben wir bei jedem Schritt gespürt, daß die Werktätigen in eurem Lande ähnlich wie in unserem den Krieg sowie diejenigen hassen, die zum Kriege hetzen; daß sie ebenso wie wir wünschen, in Frieden zu leben und für die Zukunft ihrer Kinder, für das Aufblühen ihrer Heimat, ihrer Wirtschaft und Kultur zu arbeiten. Eine außerordentlich große Arbeit haben die werktätigen Massen in der Deutschen Demokratischen Republik unter der Führung ihrer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ihrer Regierung für die Ent-

wicklung der Wirtschaft und Kultur, für die Festigung ihres Staates in den vergangenen Jahren geleistet.

Zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik bestehen und entwickeln sich freundschaftliche Beziehungen, es entwickelt sich eine immer umfassendere Zusammenarbeit. Bereits vor fünf Jahren wurde zwischen unseren Ländern die Staatsgrenze an der Oder und Neiße endgültig markiert, eine Grenze, die das werktätige Volk unserer Länder die Grenze des Friedens und der Freundschaft nennt. Es gibt zwischen unseren Ländern keine strittigen Fragen, und die Entfaltung unserer Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet trägt zur Festigung der guten Nachbarschaft, zur gegenseitigen Hilfe und zur Vertiefung unserer Freundschaft bei. Mit diesen Gefühlen und mit dieser Überzeugung verläßt die polnische Regierungsdelegation eure gastfreundschaftliche Hauptstadt nach diesem Besuch.

Liebe Freunde!

Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleichzeitig die herzlichsten Grüße an die Arbeiter Westberlins und an die ganze gegen die Remilitarisierung kämpfende werktätige Bevölkerung Westdeutschlands richten. Während unseres Aufenthaltes haben wir viele Grußbotschaften von den Werktätigen Westdeutschlands erhalten. Darin bekunden sie ihren Friedenswillen, ihren Wunsch und ihr Streben nach friedlichem Zusammenleben mit dem polnischen Volke, aller Revanchepropaganda der Imperialisten und den Organisatoren einer neuen Wehrmacht zum Trotz. Die polnische Regierungsdelegation dankt der Arbeiterklasse Westdeutschlands für die Solidaritäts- und Freundschaftsbeweise.

Wir wünschen dem gesamten deutschen Volke die baldige Wiedervereinigung seiner Heimat auf friedlicher und demokratischer Grundlage. Im Kampf um diese Wiedervereinigung ist und bleibt Volkspolen euer treuer Verbündeter!

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik, die führende Kraft des deutschen Volkes im Kampf um Frieden und Demokratie, um Zusammenarbeit und internationale Freundschaft!

Es lebe und gedeihe die Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke!

Es lebe und siege der Kampf um den Frieden in der ganzen Welt!

*Ansprache des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates
Willi Stoph*

Teurer Genosse Bierut! Liebe polnische Gäste!

Ihr Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik anläßlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Neiße hat wesentlich zur Festigung der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern beigetragen. Die Werktätigen in Berlin, Dresden und vielen anderen Orten haben die Delegation begeistert in dem festen Bewußtsein begrüßt, daß nur die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern Glück und Wohlstand für uns und alle Völker mit sich bringt.

Nehmen Sie die Gewißheit und den Ausdruck der echten Freundschaft unseres ganzen werktätigen Volkes mit nach Polen. Grüßen Sie das ganze polnische Volk und insbesondere die polnische Arbeiterklasse von der Deutschen Demokratischen Republik und von der Hauptstadt Deutschlands, Berlin. Wir wollen gemeinsam mit unseren polnischen Freunden ebenso wie in der Vergangenheit weiterhin im gleichen Interesse an der Erhaltung des Friedens und der Festigung der Freundschaft und des Zusammenwirkens arbeiten. Wir wünschen dem großen polnischen Volk, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der polnischen Regierung weitere Erfolge im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

Die Besprechungen zwischen der Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fanden in herzlichem Einvernehmen statt und bildeten den Auftakt zu einer Verstärkung der Freundschaft sowie der Zusammenarbeit auf solchen Gebieten, auf denen bisher eine Zusammenarbeit noch nicht vorhanden war. Es wurde die Tatsache unterstrichen, daß die Oder-Neiße-Grenze endgültig bestimmt ist und daß beide Regierungen, die Regierung der Volksrepublik Polen und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, alle Störversuche, die die Oder-Neiße-Friedensgrenze antasten wollen, entschieden zurückweisen werden. Es wurden Maßnahmen zur weiteren Vertiefung der Freundschaft und zur Verbesserung der Zusammenarbeit besprochen. Wir wissen, daß diese Maßnahmen in kürzester Frist ihre Realisierung finden werden.

Wir danken für Ihren Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik und für die Hilfe, die Sie uns durch Ihre Anwesenheit und durch Ihr Wirken für unseren eigenen Aufbau gegeben haben. Im Namen und Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik rufe ich unseren polnischen Freunden ein herzliches „Auf Wiedersehen!“ zu.

(ADN 9. 7. 55)

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik anläßlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze vom 5. bis 10. Juli 1955 in Warschau

185.

Abreise der Regierungsdelegation

Entsprechend dem Beschluß der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen, aus Anlaß des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze am 6. Juli 1950 in Zgorzelec Regierungsdelegationen auszutauschen, ist am 4. Juli 1955 die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik nach Warschau abgereist.

Die Delegation wird geleitet vom Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl.

Der Delegation gehören an: Dr. Lothar Bolz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik;

Georg Handke, Staatssekretär und Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten;

Rudolf Dölling, Generalmajor der KVP, sowie weitere sieben Mitglieder.

Zur Verabschiedung der Delegation auf dem Ostbahnhof hatten sich eingefunden: Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik sowie weitere Regierungsmitglieder, Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED und Sekretäre des ZK der SED,

Mitglieder des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik, Stanisław Albrecht, weitere Vertreter des Diplomatischen Korps sowie leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik. Zur Verabschiedung der Delegation war eine Ehrenkompanie der Deutschen Volkspolizei angetreten. Die Kapelle der Deutschen Volkspolizei intonierte die deutsche Nationalhymne. Der Berliner Ostbahnhof war mit den Flaggen der beiden Länder geschmückt.

(ADN 4. 7. 55)

186.

Ankunft der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Warschau

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit Ministerpräsident Otto Grotewohl und Außenminister Dr. Lothar Bolz an der Spitze traf am 5. Juli 1955 in Warschau ein.

Bolesław Bierut, der 1. Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz, die Vertreter des Diplomatischen Korps, der Partei und Regierung begrüßten die deutsche Delegation mit einem herzlichen Willkommen. Nachdem die Staatshymnen beider Länder verklungen waren, schritten die Ministerpräsidenten die Front der Ehrenkompanie ab.

Auf dem Bahnhofsvorplatz, der mit den Fahnen der Deutschen Demokratischen Republik und Volkspolens geschmückt war, hatten sich Tausende von Warschauern zu einer Freundschaftskundgebung versammelt. Mit Blumen und Hochrufen auf die deutsch-polnischen Freundschaft und den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl begrüßten sie die Abgesandten des befreundeten deutschen Nachbarlandes.

Józef Cyrankiewicz würdigte die Bedeutung des Abkommens über die Oder-Neiße-Grenze und hieß die deutschen Freunde herzlich willkommen. Im Namen der Regierung, der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und aller demokratischen Kräfte in Deutschland begrüßte Otto Grotewohl die

Bewohner der polnischen Hauptstadt und das enthusiastisch und mutig am Aufbau des Sozialismus arbeitende polnische Volk. Die Festlegung der Oder-Neiße-Friedensgrenze hat entschieden beigetragen, so sagte Otto Grotewohl, den Aufbau in beiden Ländern zu sichern.

Mit den Worten: „Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk!“ schloß Otto Grotewohl seine Begrüßungsansprache.

Kurz nach ihrer Ankunft legten Ministerpräsident Otto Grotewohl und die anderen Mitglieder der Regierungsdelegation am Ehrenmal für die im Kampf um die Befreiung ihrer und unserer Heimat gefallenen sowjetischen Soldaten Kränze nieder.

Ministerpräsident Otto Grotewohl überreichte der polnischen Regierung im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als Zeichen ihrer freundschaftlichen Verbundenheit wertvolle Geschenke: eine Mappe mit Originalzeichnungen Daniel Pöppelmanns von Warschau, eine Mappe mit den technischen Zeichnungen für eine fahrbare Zahnstation, die der Volksrepublik Polen übergeben werden wird, und das Zepter Augusts des Starken als Symbol dafür, daß die Zeit einer deutschen Fremdherrschaft in Polen niemals wiederkehren wird.

(Neues Deutschland, Berlin 6. 7. 55)

187.

Hohe polnische Auszeichnungen für Ministerpräsident Otto Grotewohl und für Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz

Zu einer eindrucksvollen Manifestation der deutsch-polnischen Freundschaft und einem erhebenden Bekenntnis zur deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Neiße wurde die große Kundgebung am 6. Juli 1955 in der Gwardia-Halle, auf der Tausende Warschauer Otto Grotewohl und weitere Mitglieder der Regierung mit Hochrufen und stürmischem Beifall begrüßten.

Die Ministerpräsidenten der beiden befreundeten Staaten bekräftigten die Unantastbarkeit dieser Grenze als einer Friedens-

grenze, nicht nur zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, sondern ganz Europas.

Aleksander Zawadzki verlieh in Anerkennung ihrer besonderen Verdienste um die deutsch-polnische Freundschaft dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, den Orden Polonia Restituta 1. Klasse und dem Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, das Kommandeurkreuz zum Orden Polonia Restituta. Die herzliche Umarmung und der feste Händedruck der beiden Ministerpräsidenten vor den Fahnen Volkspolens und der Deutschen Demokratischen Republik, die Sprechchöre und Hochrufe, die die Halle erfüllten — das war die feierliche Erneuerung des Abkommens von Zgorzelec.

Otto Grotewohl dankte für die hohe Auszeichnung.

Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz begrüßte mit großer Freude, daß das polnische Volk auf der anderen Seite der Grenze Freunde hat und haben wird. Wir hoffen, so betonte er, daß gute Beziehungen mit dem ganzen deutschen Volk, dem Beispiel der Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik entsprechend, Form finden werden.

Aus der Rede des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl

„Liebe Genossen und Freunde!

Wir danken Ihnen für die soeben erhaltene hohe Auszeichnung. Wir sehen darin eine hohe Ehrung für die demokratischen und friedliebenden Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik.

Gestatten Sie mir, Ihnen im Namen der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik für die Einladung unserer Delegation zum Besuch der Volksrepublik Polen an diesem historisch-denkwürdigen Tage zu danken und dem gesamten polnischen Volk die herzlichsten und brüderlichen Freundesgrüße zu übermitteln.

Getragen von dem Willen der Werktätigen unserer beiden Völker, wurde vor fünf Jahren, am 6. Juli 1950, das Abkommen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße von den Regierungen unserer beiden Länder abge-

schlossen.* Damit hat sich eine geschichtliche Wende vollzogen.“

Nachdem der Ministerpräsident auf die historische Vergangenheit in den Beziehungen des deutschen und des polnischen Volkes eingegangen war, die durch blutige Auseinandersetzungen, durch blutige Überfälle des preußisch-deutschen Militarismus und dann des Hitlerfaschismus gekennzeichnet waren, gleichzeitig an die stolzen Traditionen der freundschaftlichen Beziehungen der fortschrittlichen und revolutionären Kreise beider Völker erinnerte, führte er weiter aus:

„Der vor fünf Jahren unterzeichnete Vertrag über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße ist ein bedeutender Beitrag für die Sicherung des Friedens in Europa und ein schwerer Schlag gegen die aggressiven und revanchistischen Kriegstreiber. Jeder politisch denkende Mensch muß wissen, daß Revisionspropaganda gegen die Oder-Neiße-Grenze heute offene Kriegspropaganda ist. Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Wilhelm Pieck, sagte in seiner Antrittsrede nach seiner Wahl am 11. Oktober 1949:

„Niemals werden wir es dulden, daß die Oder-Neiße-Grenze von den imperialistischen Interessenten an einem neuen Krieg zur Aufhetzung des deutschen Volkes gegen unseren polnischen Nachbarstaat mißbraucht werden kann. Die Oder-Neiße-Grenze soll die Grenze des Friedens sein und niemals die freundschaftlichen Beziehungen zu dem polnischen Volke stören.“

In der Deutschen Demokratischen Republik haben Hunderttausende von Umsiedlern aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße eine neue Heimat und eine gesicherte Existenz gefunden, während sie in Westdeutschland von den revanchistischen Kreisen durch eine chauvinistische Propaganda aufgehetzt werden, wobei gleichzeitig bewußt verhindert wird, sie sesshaft werden zu lassen und ihnen eine neue Existenzgrundlage zu schaffen. Adenauer selbst hat erklärt, Polen müsse „in den östlichen Vorposten“ der sogenannten „freien Welt“ umgewandelt werden.

Die Oder-Neiße-Grenze wurde auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam von den damaligen Alliierten einmütig festgelegt.

* siehe Band I, Seite 342

Solange die herrschenden Kreise in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien hofften, daß sie die polnische Mikołajczyk-Regierung als ein willfähiges Werkzeug ihrer imperialistischen und antisowjetischen Politik mißbrauchen könnten, hielten sie an der Oder-Neiße-Grenze fest. Erst als sie erkennen mußten, daß das neue Volkspolen für die westlichen Machtinteressen verloren war, änderten sie ihre Haltung und fingen an, von Revision zu reden, um der Regierung Volkspolens Schwierigkeiten zu machen, die revanchistischen Kreise Westdeutschlands zu ermuntern und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Volkspolen zu stören.

Ich benutze die heutige Gelegenheit, um noch einmal mit aller Eindeutigkeit zu erklären, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Oder-Neiße-Grenze als feststehend und endgültig anerkannt hat und daß sie entschlossen ist, zusammen mit den anderen Signatarstaaten des Warschauer Vertrages die Oder-Neiße-Friedensgrenze mit allen Kräften zu verteidigen, damit sich an dieser Stelle kein neuer Weltbrand entzünden kann. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist sich völlig bewußt, daß ein Angriff der militaristischen und revanchistischen Kräfte des Westens auf die Oder-Neiße-Friedensgrenze zugleich einen Angriff auf die Deutsche Demokratische Republik und auf ihre demokratischen Errungenschaften bedeutet.

Die Regierung der Volksrepublik Polen und das gesamte polnische Volk haben in den letzten Jahren keine Gelegenheit vorbegehen lassen, der Deutschen Demokratischen Republik und den friedliebenden Kräften in ganz Deutschland vielseitige Unterstützung bei der Lösung des nationalen Hauptproblems des deutschen Volkes, der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung, angedeihen zu lassen. Es ist mir ein Bedürfnis, dafür von dieser Stelle aus im Namen der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik unseren polnischen Freunden den herzlichsten Dank auszusprechen.

Die Politik der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland und seine Eingliederung in die westlichen aggressiven Kriegspakte ist ein ernstes Hindernis für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Sie ist aber auch eine große Gefahr für die Erhaltung des Friedens. Ein bündnisfreies, an

keinerlei imperialistische Militärpakte gebundenes Deutschland bildet dagegen die Garantie für die Erhaltung des Friedens in Europa.

Die Politik der Stärke mit der Schaffung einseitiger aggressiver Kriegsblocks, des Wettrüstens auf allen Gebieten und der provokatorischen Drohungen kann nicht der Entspannung der internationalen Lage dienen. Der Weg der Verhandlungen und der Verständigung, den die Sowjetunion immer wieder vorgeschlagen und in den letzten Monaten so erfolgreich gegangen ist, wird dagegen zur Sicherheit und zur Stärkung des Friedens führen. Der erfolgreiche Abschluß der Genfer Konferenz im vorigen Jahre, die positive Lösung der Österreichfrage, die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, die Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan, der Besuch des indischen Ministerpräsidenten Nehru in Moskau, Warschau und Prag und schließlich die Einladung zu Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland beweisen ebenso wie die geplante Viererkonferenz in Genf mit aller Deutlichkeit, daß die Möglichkeit durchaus besteht, bei beiderseits gutem Willen auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung schwierige internationale Probleme zu lösen. Auch die Vorschläge des sowjetischen Außenministers, Genossen Molotow, in San Franzisko anläßlich der Festveranstaltung der UN zeigen den Weg zur Lösung der internationalen Spannungen und zur Gewährleistung des Friedens in der Welt.

Auch der Warschauer Vertrag ist ein Schritt auf dem Wege zur Verständigung. Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, den unsere beiden Länder mit der Sowjetunion, der Tschechoslowakischen Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien am 14. Mai hier in Warschau abgeschlossen haben*, stellt eine neue Etappe im Kampf um die Sicherung des Friedens und die weitere Verminderung der bestehenden internationalen Spannungen dar. Die in ihm zusammengeschlossenen Staaten haben nicht nur den etwaigen Gelüsten aggressiver, revanchistischer Kreise einen stabilen Riegel vorgeschoben und sie zu ruhigem Nachdenken gebracht, sondern sie haben zugleich auch die Ver-

* siehe Band II, Nr. 34

pflichtung übernommen, alle Maßnahmen zur friedlichen Lösung der internationalen Probleme tatkräftig zu unterstützen. Vor allem ist es nach wie vor ihre Auffassung, daß ein gesamteuropäischer kollektiver Sicherheitsvertrag die beste Gewähr für einen dauerhaften Frieden in Europa darstellt.

Wir haben feierlich erklärt und bekräftigen es heute an dieser Stelle noch einmal, daß die Deutsche Demokratische Republik nun auch als Verbündeter der Volksrepublik Polen alle Verpflichtungen getreulich erfüllen wird, die sich aus dem Warschauer Vertrag ergeben.

Der Warschauer Vertrag entspricht vollkommen den nationalen Interessen unseres ganzen deutschen Volkes. Er ist ein unübersehbares Warnsignal vor jeder aggressiven militaristischen Politik und schafft deshalb günstige Voraussetzungen für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Er hilft, die dringlichste nationale Lebensfrage, die friedliche und demokratische Wiedervereinigung unseres Volkes, zu erfüllen, die das Hauptanliegen unseres Volkes und unserer Regierung war und bleibt. Wir wissen, daß unser nationaler Lebenskampf zugleich ein Kampf für die Sicherung des Friedens ist, und wir sind glücklich, daß wir dabei solche mächtigen und guten Freunde und Verbündete besitzen wie die Partnerstaaten des Warschauer Vertrages, darunter Ihr stolzes und schönes Land, die Volksrepublik Polen.

Mit Bewunderung verfolgen die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik die stolzen Aufbauleistungen des polnischen Volkes, die schnelle Entwicklung Ihres Landes von einem vorwiegend agrarischen Staat in ein mächtiges Industrieland. Eng und fest fundiert ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Völkern. Unser Außenhandel hat eine stürmische Entwicklung genommen und beträgt heute schon das Vielfache des früheren Außenhandels zwischen Polen und Gesamtdeutschland. Die Volksrepublik Polen ermöglicht es uns, unsere Schwerindustrie auszubauen, andererseits waren wir durch die schnelle Entwicklung unserer eigenen Industrie, besonders des Maschinenbaues, in der Lage, unseren polnischen Freunden wesentliche Hilfe zu leisten bei der Industrialisierung ihres Landes.“

Dann würdigte Otto Grotewohl die Zusammenarbeit beider Länder auf wissenschaftlich-technischem und auf kulturellem Gebiet, die zur Vertiefung der Freundschaft zwischen beiden

Völkern beiträgt, und die Rolle der deutschen und polnischen Jugend, die man nie wieder zur Feindschaft gegeneinander aufhetzen kann. Der Ministerpräsident fuhr fort:

„Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen stehen fest und bewußt im Lager des Friedens. Wir lieben unseren gemeinsamen mächtigen Freund, die Sowjetunion. Wir sind brüderlich und fest verbunden dem großen und tapferen chinesischen Volke und allen Völkern der Volksdemokratie und des Weltfriedenslagers.

Der große Optimismus des polnischen Volkes bei der Wiederherstellung seines Staates und seiner Nation, den es selbst in den dunkelsten Zeiten seiner Geschichte fest bewahrt hatte, ist ein Beispiel für das deutsche Volk und spornt es an, niemals nachzulassen in seinem Kampf um die Wiederherstellung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik werden weiterhin ihre ganze Kraft einsetzen, um die Arbeiter- und Bauern-Macht in ihrem Staate zu stärken und ihre Erzungenschaften mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie werden nicht nachlassen, um ganz Deutschland zu einem friedliebenden und demokratischen Staate zu machen. Ein solches Deutschland wird der Garant dafür sein, daß dem polnischen Brudervolk nie wieder Gefahr von seinem westlichen Nachbarn droht.

Es lebe die ewige, unverbrüchliche Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk!

Es lebe das mächtige Weltfriedenslager mit der Sowjetunion und Volkschina an der Spitze!

Es lebe der Friede in der ganzen Welt!“

(Neues Deutschland, Berlin 8. 7. 55)

188.

Erklärung über die deutsch-polnischen Besprechungen in Warschau und Berlin

Anläßlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Lausitzer

Neiße wurden zwischen der Regierung der Volksrepublik Polen und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Delegationen ausgetauscht. Über die in diesem Zusammenhang in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, und in der Hauptstadt der Volksrepublik Polen, Warschau, geführten Besprechungen wurde folgende Erklärung vereinbart:

„Die aus Anlaß des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze zwischen der Delegation der Volksrepublik Polen und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geführten Besprechungen standen im Zeichen herzlichen Einvernehmens. Sie waren Ausdruck der bestehenden und sich festigenden freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. In den Besprechungen wurde erneut zum Ausdruck gebracht, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern von erstrangiger Bedeutung für den Frieden und die Sicherheit in Europa sind und daß das Verhältnis zu der beide Völker verbindenden Oder-Neiße-Grenze das Kriterium für die Stellung zur Sache des Friedens und der Sicherheit ist. Es besteht volle Übereinstimmung darüber, daß mit der Festlegung der Oder-Neiße-Friedensgrenze die Grenze zwischen Deutschland und Polen endgültig bestimmt ist. Beide Regierungen dokumentierten ihren unbeugsamen Willen, allen Versuchen der Störung der freundschaftlichen Beziehungen entsprechend dem Warschauer Vertrag gemeinsam entgegenzutreten.

Es wurden Maßnahmen zur Vertiefung der Freundschaft und zur Verstärkung der weiteren Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und polnischen Volk erörtert und der gemeinsame Standpunkt beider Regierungen in den Fragen der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands, der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der Minderung der internationalen Spannungen bekräftigt.“

(ADN 9. 7. 55)

189.

Ministerpräsident Otto Grotewohl an den Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Józef Cyrankiewicz

Beim Verlassen der Volksrepublik Polen ist es mir ein herzliches Bedürfnis, Ihnen, Genosse Vorsitzender des Minister-

rates, der Regierung der Volksrepublik Polen und dem polnischen Volke den aufrichtigen und tiefempfundenen Dank der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik für die brüderliche und freundschaftliche Aufnahme, die Sie und das polnische Volk uns bereitet haben, zu übermitteln. Das freundschaftliche Zusammentreffen unserer Regierungen und der Bevölkerung unserer Länder hat gezeigt, daß die Oder-Neiße-Grenze niemals mehr der Anlaß zur Störung unserer Beziehungen sein kann. Die Oder-Neiße-Grenze ist eine wahrhafte Friedensgrenze geworden. Unsere Besprechungen sind Gewähr für die weitere Vertiefung der aufrichtigen Freundschaft zwischen unseren Völkern. Der Warschauer Vertrag gibt unseren Völkern die Gewähr für die friedliche und glückliche Gestaltung ihres Lebens. Die tiefbewegenden Erlebnisse unserer Reise durch Ihr schönes Land haben uns bestätigt, daß Freundschaft und Frieden die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke endgültig bestimmen werden.

Nehmen Sie, Genosse Vorsitzender des Ministerrates, nochmals die Versicherung unseres Dankes und unserer unverbrüchlichen Freundschaft entgegen.

(ADN 10. 7. 55)

190.

Unterzeichnung eines Abkommens über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Veterinärmedizin mit der Volksrepublik Polen

Ein Abkommen zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Veterinärmedizin wurde am 9. Juli 1955 in Berlin geschlossen.

(ADN 11. 7. 55)

191.

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik anlässlich der Feierlichkeiten zum polnischen Nationalfeiertag in Warschau

Eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik ist am 20. Juli 1955 in der polnischen Hauptstadt ein-

getroffen, um an den Feierlichkeiten zum polnischen Nationalfeiertag teilzunehmen. Sie wurde auf dem Flugplatz Okecie vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Franciszek Józwiak-Witold, vom Außenminister Stanisław Skrzyszewski und anderen Regierungsmitgliedern sowie dem Vorsitzenden des Warschauer Volksrates, Jerzy Albrecht, herzlich begrüßt. Abordnungen der Warschauer Werktätigen und Junge Pioniere hießen die Gäste ebenfalls mit großer Herzlichkeit willkommen.

Nach dem Abschreiten der Ehrenkompanie dankte der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Willi Stoph, als Leiter der Delegation in seiner Begrüßungsansprache für die Einladung und den herzlichen Empfang. Er bezeichnete die Tatsache, daß innerhalb der letzten zwei Wochen bereits zum zweitenmal eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik die Volksrepublik Polen besucht, als Ausdruck der immer enger werdenden Freundschaft zwischen beiden Ländern. Willi Stoph übermittelte dem polnischen Volk und seiner Regierung die Grüße und Glückwünsche aller deutschen Patrioten zum Jahrestag der Wiedergeburt Polens.

Der Delegation gehören weiter an: Fritz Lange, Mitglied des Präsidiums des Ministerrates und Minister für Volksbildung, Prof. Dr. Wolfgang Steinitz, Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Fritz Johne, Generalmajor der KVP, Stefan Heymann, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Polen.

(ADN 20. 7. 55)

**Glückwunschtelegramm zum polnischen Nationalfeiertag
am 22. Juli 1955**

An den

Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Polen,
Genossen Aleksander Zawadzki

An den

Marschall des Sejm der Volksrepublik Polen,
Genossen Jan Dembowski

An den

Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen,
Genossen Józef Cyrankiewicz

An den

Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei,
Genossen Bolesław Bierut

Hochverehrte Freunde, liebe Genossen!

Zum Nationalfeiertag der Volksrepublik Polen, am 22. Juli 1955, an dem das Jubiläumsjahr des 10jährigen Bestehens Volkspolens abschließt, übersenden wir Ihnen und dem ganzen polnischen Volk herzliche und brüderliche Grüße und Glückwünsche.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik blickt mit Bewunderung und Sympathie auf die großen Erfolge, die das heroische und fleißige polnische Volk und seine Regierung unter Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei beim Aufbau des Sozialismus erreicht haben.

Die Deutsche Demokratische Republik, die durch den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand der Verbündete Volkspolens geworden ist, ist bereit, gemeinsam mit allen Teilnehmerstaaten dieses Vertrages unter Führung der großen Sowjetunion die Unantastbarkeit ihrer Grenzen, die demokratischen Errungenschaften und die Aufbauenerfolge zu verteidigen. Über die Oder-Neiße-Grenze hinweg, die das deutsche und das polnische Volk als endgültig und unantastbar betrachten, entwickeln sich bisher nie dagewesene freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern. Diese neuen Beziehungen fanden ihren besonderen Ausdruck in dem Austausch von Regierungsdelegationen aus Anlaß des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens über die Markierung der

festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße. Die Deutsche Demokratische Republik sieht es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, die Beziehungen zur Volksrepublik Polen, die vorbildlich für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland sind, auch künftighin zu erweitern und zu festigen zum Segen unserer beiden Völker und zur Sicherung des Friedens in Europa.

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik
in Vertretung:

Dr. Johannes Dieckmann

Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Der Ministerpräsident
der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl

Der Erste Sekretär des ZK der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Walter Ulbricht

(Neues Deutschland, Berlin 22. 7. 55)

193.

Glückwunschtelegramm der Staatsmänner der Volksrepublik Polen an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, anlässlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

An den
Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,
Genossen Walter Ulbricht

Anlässlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik senden wir im Namen des Staates der Volksrepublik Polen, der Regierung der Volksrepublik Polen, des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und des ganzen polnischen Volkes herzliche Wünsche und innige Grüße Ihnen persönlich, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik.

Wir wünschen der Deutschen Demokratischen Republik weitere Erfolge beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, die ein Unterpfand des ständigen Wachstums ihrer Kraft und ihrer Bedeutung sowie des Wohlergehens ihrer Bewohner sind.

Ständig wächst das Vertrauen der Völker zu der friedlichen Politik ihrer Regierung, festigt sich die internationale Autorität und Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik als eines souveränen deutschen Staates, der die Politik einer friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit unter den Völkern konsequent verwirklicht.

Das polnische Volk erblickt in der Deutschen Demokratischen Republik seinen Freund und Verbündeten im Kampf um einen dauerhaften Frieden und europäische Sicherheit. Im Verlauf der vergangenen Jahre hat sich zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik eine aufrichtige Freundschaft und allseitige Zusammenarbeit entwickelt, die sich auf die uns verbindende Friedensgrenze an der Oder und Neiße stützt. Jedes weitere Jahr der Zusammenarbeit vertieft und festigt diese Beziehungen.

Wir wünschen der Deutschen Demokratischen Republik auf das herzlichste ein weiteres, allseitiges Aufblühen und eine erfolgreiche Verwirklichung ihrer Aufgaben im Kampf um die Vereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage im Interesse des deutschen Volkes und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt.

Aleksander Zawadzki, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen,

Józef Cyrankiewicz, Ministerpräsident der Volksrepublik Polen,
Bolesław Bierut, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

(Neues Deutschland, Berlin 7. 10. 55)

194.

Gesundheitsabkommen mit der Volksrepublik Polen

Am nationalen Feiertag des demokratischen Deutschland ist in Warschau ein neues Abkommen im Rahmen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen geschlossen worden. Es handelt sich um das erste umfassende Abkommen zwischen den Gesundheitsministerien der beiden befreundeten Länder

über eine weitgehende Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. Nach zweitägigen Beratungen wurde es am Vormittag des 7. Oktober 1955 für die Deutsche Demokratische Republik vom Staatssekretär im Ministerium für Gesundheitswesen, Jenny Matern, und für die Volksrepublik Polen vom Unterstaatssekretär im Gesundheitsministerium, Dr. Bogusław Kozusznik, unterzeichnet. Bei dem feierlichen Akt waren der Minister für Gesundheitswesen der Volksrepublik Polen, Jerzy Stachelski, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Polen, Stefan Heymann, anwesend.

Das Abkommen, das auf Vorschlag der polnischen Seite zeitlich nicht begrenzt wurde, sieht eine enge gegenseitige Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem, organisatorischem und hygienischem Gebiet vor. So regelt es den Austausch von ärztlichen Erfahrungen, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten sowie das wissenschaftliche und praktische Zusammenwirken von Medizinern beider Länder auf anderen Gebieten des Gesundheitswesens. Für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik werden dadurch beispielsweise künftig noch stärker die reichen Erfahrungen und Erkenntnisse genutzt werden können, die polnische Ärzte auf dem Gebiet der Herzdiagnose und der Bekämpfung von Herzkrankheiten sammeln konnten. Das gleiche gilt umgekehrt für die neuen Erkenntnisse, die Ärzte der Deutschen Demokratischen Republik auf besonderen Gebieten der Medizin gewonnen haben.

Da die Deutsche Demokratische Republik bereits ein ähnliches Abkommen mit der Tschechoslowakischen Republik schloß und auch zwischen Polen und der Tschechoslowakischen Republik schon längere Zeit ein derartiges Übereinkommen besteht, werden die drei Länder auf dem Gebiet des Gesundheitswesens nun ständig eng zusammenwirken können.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 20/1955)

**Plan für das Jahr 1956 zur Erfüllung des Abkommens
über kulturelle Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Polen
vom 8. Januar 1952***

In der Zeit vom 2. bis 8. November 1955 tagte in Warschau die gemischte deutsch-polnische Kommission, die den Plan zur Erfüllung des Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen für das Jahr 1956 ausarbeitete. Der neue Plan sieht eine weitere bedeutende Ausdehnung des Kulturaustausches zwischen beiden Ländern vor. Die feierliche Unterzeichnung des Planes wurde am 9. November in Warschau von dem Generalsekretär der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, Dr. Carlfriedrich Wiese, und dem Generalsekretär des Komitees für kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland, Botschafter Jan Karol Wende, vorgenommen. (Neues Deutschland, Berlin 11. 11. 55)

**Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen zum
80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin**

Der Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen, die von Aleksander Zawadzki, Vorsitzendem des Staatsrates, Mitglied des Politbüros des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, geleitet wird, gehören weiter an:

Franciszek Józwiak-Witold, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates und Mitglied des Politbüros des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Hilary Chelchowski, Kandidat des Politbüros des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Mitglied des Staatsrates, Vorsitzender des Präsidiums des Nationalen Wojewodschaftsrates in Wrocław, Jerzy Morawski, Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Zofia Wasilkowska, Mitglied des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Sekretär des Zentralrates der Gewerkschaften, und Stanisław Albrecht, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter.

Die Delegation traf am 2. Januar 1956 in Berlin ein.

(Neues Deutschland, Berlin 3. 1. 56)

* siehe Band I, Seite 367

Ansprache des Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Aleksander Zawadzki, auf dem Staatsakt zu Ehren des Präsidenten Wilhelm Pieck am 3. Januar 1956 in Berlin

Teure Genossen und Freunde!

Im Namen des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, des Staatsrates und der Regierung der Volksrepublik Polen, im Namen der polnischen Arbeiterklasse und des ganzen polnischen Volkes entbietet unsere Delegation dem Genossen Präsidenten Wilhelm Pieck zu seinem achtzigsten Geburtstage die heißesten und herzlichsten Grüße.

In der Person des Genossen Präsidenten Pieck grüßen die werktätigen Massen Volkspolens den unbeugsamen Kämpfer und Arbeiterführer, dessen Lebensweg seit über 60 Jahren unzertrennlich verbunden ist mit der Geschichte der revolutionären Kämpfe der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse für die Sache des Sozialismus.

Mit seinem Namen ist das Entstehen der vereinigten Partei der deutschen Arbeiterklasse — der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — wie auch das Entstehen der Deutschen Demokratischen Republik — des ersten friedliebenden und demokratischen deutschen Staates in der Geschichte Deutschlands — verbunden.

Dank dem Siege der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus, dank dem Entstehen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik können jetzt die werktätigen Massen unserer Völker all das beseitigen, was uns in der Vergangenheit getrennt hat. Jetzt bauen sie gemeinsam ein Werk des Friedens und der Freundschaft, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens.

Diese von Grund auf neuen und äußerst vorteilhaften Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik stellen die richtigen Schlußfolgerungen aus den schweren Erfahrungen der beiden Völker in den letzten Jahrzehnten dar und knüpfen an die langjährige Geschichte der Klassenkämpfe an, die von dem polnischen und von dem deutschen Proletariat geführt wurden.

Diese Geschichte, die heute von Mitgliedern der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, von den breitesten Volksmassen Polens und von der polnischen Jugend studiert wird, enthält

so manches ruhmreiches Blatt über den gemeinsamen Kampf und die gemeinsamen Opfer der besten Söhne und Töchter unserer Völker. In der Geschichte ist der Name des Genossen Wilhelm Pieck eng verbunden sowohl mit den Namen Karl Liebknecht und Ernst Thälmann als auch mit den Namen Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski und den Namen anderer Führer der polnischen Arbeiterklasse.

Heute wissen unsere Völker, daß an beiden Ufern der Oder und Neiße — die zur Friedensgrenze geworden sind — Freunde wohnen. Heute sind Volkspolen und die Deutsche Demokratische Republik durch vielseitige wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen, durch die große Idee des Aufbaues eines gesellschaftlichen Systems der sozialen Gerechtigkeit verbunden.

Gemeinsam werden wir auch weiterhin alles daransetzen, damit es den Imperialisten und neofaschistischen Revanchisten nicht gelingt, unseren friedliebenden Aufbau des Sozialismus zu stören, damit die Idee eines dauerhaften Friedens auf der ganzen Welt triumphiert, damit das Streben der Deutschen Demokratischen Republik und aller wahrhaft ihr Land und ihr Volk liebenden Deutschen nach Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichen und demokratischen Grundlagen den Sieg erringt.

In der Person des Genossen Wilhelm Pieck begrüßen wir an seinem achtzigsten Geburtstage den hervorragenden Führer der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, dessen Leben und dessen grenzenlose Hingabe für die Sache der Arbeiterklasse, für die Sache des proletarischen Internationalismus und für die Sache seines Volkes allen Kämpfern um Frieden und Sozialismus in der ganzen Welt zum Vorbild wurden.

Hochverehrter und teurer Genosse Präsident!

Die polnische Delegation entbietet Dir die aus vollem Herzen des polnischen Volkes kommenden Grüße und wünscht Dir, noch recht viele Lebensjahre in allerbesten Gesundheit zu verbringen.

Mit diesen Wünschen verbinden wir die allerherzlichsten Grüße und Glückwünsche für die Deutsche Demokratische Republik und für alle friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes.

Wir wünschen Euch, teure deutsche Genossen und Freunde, baldige und volle Erfüllung Eures Strebens nach einem ver-

einigten und freien, friedliebenden und im Wohlstand blühenden Vaterlande.

Es lebe die Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke!

Es lebe Präsident Genosse Wilhelm Pieck!

(Neues Deutschland, Berlin 4. 1. 56)

198.

Unterzeichnung eines Abkommens über Aufnahme des regelmäßigen Luftverkehrs Berlin—Warschau

Die Deutsche Lufthansa der Deutschen Demokratischen Republik wird in den ersten Februartagen einen regelmäßigen Flugverkehr zwischen Berlin und Warschau eröffnen. Vorgesehen sind zwei Flüge wöchentlich. Zwischen einer Delegation der Deutschen Lufthansa unter Leitung von Hauptdirektor Arthur Pieck und dem polnischen Luftverkehrsunternehmen „LOT“ wurde am 12. Januar 1956 in Warschau ein Abkommen unterzeichnet.

(ADN 13. 1. 56)

199.

Unterzeichnung eines Abkommens mit der Volksrepublik Polen über Zusammenarbeit für die Sicherheit der Schifffahrt und der Fischerei im Ostseeraum

Zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Schifffahrt der Volksrepublik Polen ist am 13. Januar 1956 in Warschau ein Abkommen über Zusammenarbeit für die Sicherheit der Schifffahrt und der Fischerei im Ostseeraum unterzeichnet worden. Das Abkommen sieht eine weitere Entwicklung der Zusammenarbeit und einen Erfahrungsaustausch zwischen den polnischen und den Schiffsbergungsbetrieben der Deutschen Demokratischen Republik vor.

Von seiten der Deutschen Demokratischen Republik wurde das Abkommen vom Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Karl Salomon, und von polnischer Seite vom Unterstaatssekretär im Ministerium für Schifffahrt der Volksrepublik Polen, Stanisław Bukowski, unterzeichnet.

(ADN 14. 1. 56)

200.

Unterzeichnung eines langfristigen Abkommens über wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Polen

Zwischen der Deutschen und der Polnischen Akademie der Wissenschaften sind am 27. Januar 1956 ein langfristiges Abkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit und eine Vereinbarung zu diesem Abkommen für das Jahr 1956 abgeschlossen worden. Die feierliche Unterzeichnung erfolgte durch die Präsidenten Professor Dr. Dr. Walther Friedrich und Professor Jan Dembowski sowie durch führende Mitarbeiter der beiden wissenschaftlichen Institutionen.

In dem langfristigen Abkommen über die Grundsätze der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Akademien wird betont, daß diese Übereinkunft der planmäßigen Erweiterung und Verbesserung des freundschaftlichen Zusammenwirkens der Wissenschaftler beider Staaten dienen und auch die Freundschaft zwischen beiden Völkern festigen helfen soll.

(ADN 28. 1. 56)

201.

Abschluß eines Vertrages über Zusammenarbeit im Wasserstraßenverkehr mit der Volksrepublik Polen

Ein Vertrag über die Zusammenarbeit im Wasserstraßenverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen ist am 31. Januar 1956 in Berlin zwischen Vertretern des Schiffahrtsministeriums der Volksrepublik Polen und des polnischen Oder-Schiffahrtsbetriebes „Zegluga na Odrze“ und Mitarbeitern des Deutschen Schiffahrts- und Umschlagsbetriebes Berlin sowie Vertretern der Hauptverwaltung Schifffahrt beim Ministerium für Verkehrswesen abgeschlossen worden.

(ADN 31. 1. 56)

202.

Handelsabkommen mit der Volksrepublik Polen für das Jahr 1956

Als Ergebnis der in freundschaftlicher Atmosphäre und in gutem Einvernehmen geführten Verhandlungen wurde am

16. Februar 1956 in Berlin das Handelsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen für das Jahr 1956 abgeschlossen. Die beiderseitigen Warenlisten sehen im Jahre 1956 eine bedeutende Erhöhung des Warenumsatzes im Verhältnis zum Jahre 1955 vor, besonders auf dem Gebiet von Maschinen und Einrichtungen.

Das erweiterte Sortiment der Warenlieferungen aus der Deutschen Demokratischen Republik an die Volksrepublik Polen umfaßt: Investitionseinrichtungen und Maschinen, Erzeugnisse der Präzisionsindustrie, Kalidüngesalze, Stickstoffdünger, flüssige Treibstoffe und zahlreiche andere Industrieerzeugnisse. Gleichzeitig erhöht sich auch erheblich der polnische Import an Konsumgütern, z. B.: Uhren, Fahrrädern, Radioapparaten, Fotoapparaten, elektrischen Nähmaschinen, Perlonwäsche und Musikinstrumenten.

Die Volksrepublik Polen wird solche Waren liefern, die für die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik von besonders großer Bedeutung sind, u. a.: Steinkohle, Koks, Braunkohle, verschiedene Artikel der chemischen Industrie, Walzerzeugnisse, Zink, Chemikalien und viele andere Industrieerzeugnisse.

Seitens der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnete das Abkommen der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Erwin Kerber, seitens der Volksrepublik Polen der Staatssekretär für Außenhandel Tadeusz Kropczynski. Bei dem anschließenden Empfang, der in Anwesenheit des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, stattfand, brachten der stellvertretende Minister Kerber und Staatssekretär Kropczynski Trinksprüche auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Volkspolen aus.

(ADN 16. 2. 56)

Beileid des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Ableben des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Boleslaw Bierut (gestorben am 12. März 1956)

An das
Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei
An die
Regierung der Volksrepublik Polen

Teure Genossen!

Schmerzerfüllt haben das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie die gesamte Bevölkerung unserer Republik die Kunde vom Ableben des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, des unbeugsamen Kämpfers für Frieden, Demokratie und Sozialismus, des hochverehrten Freundes des deutschen Volkes, Genossen Boleslaw Bierut, Träger des Karl-Marx-Ordens, am 12. März 1956 vernommen.

Das Leben des Genossen Boleslaw Bierut ist mit dem Kampf der polnischen Arbeiterklasse um ihre Einheit, mit dem Kampf des polnischen Volkes um seine Freiheit und Unabhängigkeit, mit dem Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens in der Welt aufs engste verbunden.

Als Vorsitzender des Nationalrates, als Präsident der Volksrepublik Polen und als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hat der Genosse Bierut großen Anteil am sozialistischen Aufbau Eurer von den deutschen Faschisten zerstörten polnischen Heimat.

Sein unermüdliches Wirken hat besonders zur Verständigung und Festigung der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus beigetragen. Uns allen ist sein letzter Freundschaftsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik in steter Erinnerung, als er die große Bedeutung einer festen Verbundenheit zwischen unseren Völkern für den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens betonte.

In Boleslaw Bierut verliert das polnische Volk einen seiner besten Söhne und das deutsche Volk einen großen Freund, der

ihm in seinem Kampf um ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland jede mögliche Unterstützung zuteil werden ließ.

Im Namen der deutschen Arbeiterklasse, im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und aller deutschen Patrioten sprechen wir Euch, teure Genossen, unser tiefempfundenes Beileid aus. In enger Verbundenheit werden wir in unserem gemeinsamen Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus vorwärtsschreiten.

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Walter Ulbricht

Erster Sekretär

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Otto Grotewohl

Vorsitzender des Ministerrates

(Neues Deutschland, Berlin 14. 3. 56)

204.

Maßnahmen zur Verwirklichung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens mit der Volksrepublik Polen

Maßnahmen zur Verwirklichung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen* wurden von der deutsch-polnischen Gesundheitskommission festgelegt, die am 17. März 1956 in Berlin ihre erste Arbeitstagung beendete. In den Beratungen wurde u. a. der Austausch von Ärzten zur gegenseitigen Information auf medizinischen Spezialgebieten wie der Tbc-Bekämpfung, dem Arbeitsschutz und der Geschwulsttherapie sowie die Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Institute und der Hoch- und Fachschulen beider Länder vereinbart. Neue Erkenntnisse werden die Fachleute der Deutschen Demokratischen Republik besonders bei dem vorgesehenen Erfahrungsaustausch über die Hygiene auf dem Lande sammeln, da die Volksrepublik Polen über ein besonderes Institut für dieses Fachgebiet in Lublin verfügt.

* siehe Nr. 194

Die Beratungen wurden von der polnischen Sektion der Gesundheitskommission mit ihrem Vorsitzenden Unterstaatssekretär Dr. Bogusław Kozusznik vom Ministerium für Gesundheitswesen der Volksrepublik Polen und der deutschen Sektion unter Leitung von Jenny Matern, Staatssekretär im Ministerium für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik, geführt. Bei der Unterzeichnung der Vereinbarungen unterstrich Dr. Kozusznik die großzügige Organisation des Gesundheitswesens und das fachlich hohe Niveau der medizinischen Einrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik. (ADN 17. 3. 56)

205.

Delegation des Allpolnischen Komitees der Nationalen Front der Volksrepublik Polen zur Woche der deutsch-polnischen Freundschaft vom 25. bis 31. Mai 1956 in Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik

Zur Woche der deutsch-polnischen Freundschaft traf am 24. Mai 1956 auf dem festlich geschmückten Ostbahnhof in Berlin eine Delegation des Allpolnischen Komitees der Nationalen Front der Volksrepublik Polen ein, die vom Mitglied des Staatsrates der Volksrepublik Polen und führenden Funktionär der polnischen Bauernpartei, Jan Domanski, geleitet wird. Zur Begrüßung der Delegation hatten sich u. a. die Mitglieder des Büros des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit Hans Seigewasser an der Spitze und der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Volkskammer, Peter Florin, eingefunden. Ferner waren Vertreter der Länderkammer, der demokratischen Parteien und Massenorganisationen, des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und der Polnischen Botschaft erschienen.

„Wir versprechen uns von diesem Besuch viele Anregungen und einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch, der weit über die Woche der deutsch-polnischen Freundschaft hinausstrahlt“, sagte Hans Seigewasser in seinen Begrüßungsworten. Aus seinen Händen empfing Jan Domanski einen in den polnischen Landesfarben gehaltenen großen Nelkenstrauß.

Jan Domanski richtete herzliche Grußworte an die deutsche Bevölkerung. Das deutsche und das polnische Volk verbinden nicht nur die gemeinsamen Grenzen, sondern die Ziele des

Kampfes für Frieden und Sicherheit der Völker. Dieser Kampf sei das Fundament der deutsch-polnischen Freundschaft. Mit besonderem Interesse verfolge das polnische Volk das Ringen der patriotischen Kräfte Deutschlands um die demokratische Einheit ihres Vaterlandes. Jan Domanski versicherte das deutsche Volk in diesem Kampfe der vollen Sympathie seiner Landsleute.

(Neues Deutschland, Berlin 25. 5. 56)

206.

Zusätzliches Protokoll zum Handelsabkommen mit der Volksrepublik Polen für das Jahr 1956

Ein zusätzliches Protokoll zum Handelsabkommen über den Warenaustausch zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1956* ist am 28. Mai 1956 in Berlin unterzeichnet worden. Gemäß dem Protokoll wird die Deutsche Demokratische Republik an Polen u. a. Radioapparate, Textilerzeugnisse, Fotoapparate, verschiedene Gebrauchsgüter und Haushaltartikel sowie flüssige Kraftstoffe, Kalidüngemittel und verschiedene Rohprodukte der chemischen Industrie liefern. Die Volksrepublik Polen liefert an die Deutsche Demokratische Republik u. a. Lebensmittel wie Fleisch, Eier, Butter, Geflügel, Obstprodukte, Gemüse, Zuckererzeugnisse sowie Stoffe und Erzeugnisse der chemischen Industrie.

(ADN 29. 5. 56)

* siehe Nr. 202

Tschechoslowakische Republik

207.

Aus dem Interview des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl mit „Rudé Právo“, Prag, über die Auswirkungen des Warschauer Vertrages auf die Beziehungen Deutsche Demokratische Republik—Tschechoslowakische Republik

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, beantwortete einem Vertreter des Zentralorgans der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, „Rudé Právo“, einige Fragen über die Auswirkungen des kürzlich in Warschau abgeschlossenen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand.

Auf die Frage, wie sich der Warschauer Vertrag, der das Bündnis zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der ČSR einschließt, in den weiteren Beziehungen zwischen den beiden Ländern auswirken wird, antwortete Otto Grotewohl: „Seit dem Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik hat sich zwischen unseren beiden benachbarten Ländern eine besonders enge und wahrhaft freundschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten entwickelt, die auf dem gemeinsamen, unerschütterlichen Willen beruht, für die Erhaltung und Festigung des Friedens zu arbeiten und jeder neuen Revanche- und Aggressionspolitik entgegenzuwirken.“

Der am 14. Mai 1955 in Warschau unterzeichnete Vertrag* eröffnet unseren als den von der westdeutschen Remilitarisierung zuerst bedrohten Ländern neue Perspektiven des gemeinsamen Kampfes zum Wohle des tschechoslowakischen und deutschen Volkes. Eine noch engere Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet wird unser Kampfbündnis weiter stärken und die Arbeiter-und-Bauern-Macht in beiden Ländern noch mehr festigen sowie ihre wirtschaftliche Kraft und den Wohlstand steigern.“

„In ihren Stellungnahmen begrüßen die Werktätigen den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand als einen großen Beitrag zur Erhaltung des Friedens

* siehe Band II, Nr. 34

und als bedeutenden Schritt zur friedlichen Lösung der deutschen Frage“, erklärte der Ministerpräsident auf die Frage, wie die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik den Abschluß des Warschauer Vertrages aufgenommen habe. „Die Bevölkerung hat mit großer Genugtuung festgestellt, daß ihr durch den Warschauer Vertrag die Sicherheit garantiert wird, die notwendig ist, um dem friedlichen Aufbauwerk weiter nachgehen und in Freundschaft mit allen Völkern leben zu können.

Die Beschlüsse der Warschauer Konferenz bedeuten auch eine wichtige Hilfe für den Kampf des deutschen Volkes um die Wiedervereinigung seines Vaterlandes und tragen in entscheidendem Maße zur Mobilisierung der patriotischen Kräfte in ganz Deutschland bei.“

Auf die Frage eingehend, wie das deutsche Volk die Lösung der österreichischen Frage betrachte, antwortete Otto Grotewohl, daß das deutsche Volk mit aufrichtiger Freude die Tatsache zur Kenntnis genommen hat, daß es auf Grund der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion und der nationalen Haltung der österreichischen Regierung möglich war, die Unterzeichnung des Staatsvertrages vorzunehmen.

Otto Grotewohl erklärte: „Die Lösung der Österreichfrage ist ein Beispiel für Deutschland. Immer stärker bringt das deutsche Volk seine Meinung zu Gehör, daß eine ähnliche Lösung auch für Deutschland gefunden werden kann. Immer mehr Menschen, auch in Westdeutschland, erkennen, daß die Pariser Verträge das Haupthindernis einer friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung sind und deshalb durch den Kampf der Volksmassen beseitigt werden müssen.“

(Neues Deutschland, Berlin 1. 6. 55)

208.

Protokoll über engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakischen Republik auf dem Gebiete der Energiewirtschaft

In Berlin fanden gemeinsame Beratungen der Regierungskommissionen der Tschechoslowakischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete der Energiewirtschaft statt.

Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen stand das Bestreben beider Länder, in freundschaftlicher Zusammenarbeit ihre Energieversorgung beschleunigt weiterzuentwickeln. Im einzelnen wurden beraten: die Verbindung der Energiesysteme beider Länder, die Ausnutzung aller Energieressourcen und die gegenseitige Hilfe bei Havariefällen.

In den Verhandlungen, die im Geiste aufrichtiger Freundschaft durchgeführt wurden, einigte man sich auf eine enge und langfristige Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Energiewirtschaft beider Länder. Die Vereinbarungen wurden in einem gemeinsamen Protokoll festgehalten und von den Vorsitzenden beider Kommissionen am 20. Juni 1955 unterzeichnet.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 12/1955)

209.

Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkommens mit der Tschechoslowakischen Republik

Ein Abkommen über den zivilen Luftverkehr ist am 8. August 1955 in Prag zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet worden. Für die Tschechoslowakische Republik unterzeichnete der stellvertretende Transportminister Vaclav Stejskal und für die Deutsche Demokratische Republik der Stellvertreter des Ministers des Innern, Rudolf Menzel.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 16/1955)

210.

Unterzeichnung eines Veterinärabkommens mit der Tschechoslowakischen Republik

Ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Veterinärmedizin wurde am 30. August 1955 in Prag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik abgeschlossen. Das Abkommen wurde von deutscher Seite vom Stellvertreter des Ministers für Land- und Forstwirtschaft, Professor Dr. Lothar Hüssel, und für die tschechoslowakische Seite vom Stellvertreter des Ministers für Landwirtschaft, Professor Dr. Ingenieur Emil Kunc, unterzeichnet.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 17-18/1955)

**Glückwünsche
zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen
Demokratischen Republik**

Präsident Antonín Zápotocký an Präsident Wilhelm Pieck

Erlauben Sie mir, Ihnen und durch Ihre Vermittlung dem ganzen deutschen Volk anlässlich des Tages der Republik meine herzlichsten Glückwünsche auszusprechen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich vor allem die historische Bedeutung der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik für die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern hervorheben. Von Anfang an haben sich die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Hilfe entwickelt.

Diese Freundschaft hat sich in diesem Jahre auf der Warschauer Konferenz noch mehr vertieft. Durch den Abschluß des Warschauer Abkommens wird die Deutsche Demokratische Republik Schulter an Schulter mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie gemeinsam die Sache des Friedens und der Sicherheit ihrer Völker verteidigen.

Die Genfer Konferenz der Chefs der Regierungen der vier Großmächte bedeutet einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Wege zur Entspannung der internationalen Lage. Das hat auch eine große Bedeutung für die Lösung der deutschen Frage. Ein ernstes Hindernis auf diesem Wege ist jedoch die Politik der Schaffung militärischer Gruppierungen und der Plan für die Remilitarisierung Westdeutschlands. Unter solchen Umständen ist es notwendig, die Bemühungen um ein System der kollektiven Sicherheit Europas unter Anteilnahme beider deutscher Republiken noch mehr zu verstärken.

Antonín Zápotocký

Präsident der Tschechoslowakischen Republik

*Ministerpräsident Viliam Široký an Ministerpräsident
Otto Grotewohl*

Verehrter Genosse Ministerpräsident!

Ich bitte Sie, anlässlich des sechsten Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik meine herzlichsten

Glückwünsche entgegenzunehmen. Die Deutsche Demokratische Republik hat während der sechs Jahre ihres Bestehens große Erfolge beim Aufbau der demokratischen Ordnung, der Entwicklung der Wirtschaft und der Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Werktätigen erzielt. Dank dieser Erfolge nimmt heute die Deutsche Demokratische Republik eine bedeutende Stellung unter den europäischen Staaten ein. Die Bedeutung und die Autorität der Deutschen Demokratischen Republik wurden sowohl in den Augen des ganzen deutschen Volkes als auch der anderen Völker durch den historischen Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR noch mehr gefestigt. Das tschechoslowakische Volk schätzt die Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik außerordentlich, die einen bedeutsamen Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Sicherheit in Europa und zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat darstellen. Ich versichere Sie, daß die Deutsche Demokratische Republik in diesem großen Ringen auf die volle Unterstützung des tschechoslowakischen Volkes und seiner Regierung vertrauen kann.

Viliam Široký

Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Republik
(Neues Deutschland, Berlin 9. 10. 55)

212.

Unterzeichnung des Arbeitsplanes für das Jahr 1956 zum Kulturabkommen mit der Tschechoslowakischen Republik

Der Arbeitsplan für 1956 zum Kulturabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik ist am 22. Oktober 1955 in Berlin unterzeichnet worden.

Die Verhandlungen verliefen in einer sehr herzlichen Atmosphäre und spiegelten die weitere Festigung der Freundschaft zwischen beiden Ländern wider. Im kommenden Jahr wird die Zusammenarbeit auf allen Gebieten des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens weiter ausgedehnt und vertieft.

Der Arbeitsplan wurde für die Deutsche Demokratische Republik von Frau Maria Rentmeister, Hauptabteilungsleiter im

Ministerium für Kultur, und für die Tschechoslowakische Republik von Dozent Dr. Karol Bedrna, 1. Stellvertreter des Ministers für Kultur, unterzeichnet. (ADN 25. 10. 55)

213.

Unterzeichnung eines Abkommens über den Eisenbahngrenzverkehr mit der Tschechoslowakischen Republik

Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik wurde am 25. Oktober 1955 in Berlin ein Abkommen über den Eisenbahngrenzverkehr unterzeichnet. Die Verhandlungen zum Abschluß dieses Abkommens zwischen den beiden Delegationen verliefen in einer freundschaftlichen Atmosphäre.

Das Abkommen wurde unterzeichnet vom Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Fritz Szczepecki, und vom Ersten Stellvertreter des Verkehrsministers der Tschechoslowakischen Republik, Jan Kalina.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 22/1955)

214.

Entlassung deutscher Kriegsverurteilter durch die Tschechoslowakische Republik

Auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich die Regierung der Tschechoslowakischen Republik am 12. November 1955 entschlossen, die Frage der vorzeitigen Freilassung jener deutschen Staatsangehörigen, die für verübte Verbrechen verurteilt wurden und ihre Strafe in der Tschechoslowakei verbüßen, zu überprüfen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurden 1437 Personen in Freiheit gesetzt; sie haben ihren Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik, in der Deutschen Bundesrepublik und in Österreich genommen. Die verbleibenden Personen werden nach und nach entlassen werden.

Jene deutschen Staatsangehörigen, die wegen besonders schwerer Verbrechen verurteilt wurden und ihren ständigen

Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik haben, werden als Kriegsverbrecher den staatlichen Organen der Deutschen Demokratischen Republik übergeben.

(ADN 12. 11. 55)

215.

Unterzeichnung eines wasserwirtschaftlichen Abkommens mit der Tschechoslowakischen Republik

Am 14. November 1955 wurde in Prag ein Abkommen über die Regelung der technischen und wirtschaftlichen Fragen der Grenzwasserläufe zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik unterzeichnet.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 23/1955)

216.

Vereinbarungen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakischen Republik

Vom 17. bis 23. November 1955 fand in Berlin die VI. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik statt.

Von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung für beide Länder sind die Vereinbarungen, die auf dieser Tagung über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Grundstoffindustrie, des Maschinenbaus, der chemischen Industrie und der Leichtindustrie gefaßt worden sind.

Auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie sind die Beschlüsse über Fragen der Braunkohlenverwertung und -veredelung, der Erzeugung von metallurgischem Koks, des Aufschlusses von Braunkohlengroßtagebauen und der Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Energiewirtschaft hervorzuheben. Ein großer Teil der Beschlüsse betrifft Probleme des Maschinenbaus, so u. a. Fragen des Landmaschinenbaus, der Herstellung von Ausrüstungen für Stromerzeugungs- und -übertragungsanlagen und von Pumpen und Verdichtern.

Über die Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik auf dem Gebiet der Kunstfaserherstellung, der Einführung von modernen Verfahren in der Textil- und Glasindustrie und bei der Lederbe- und -verarbeitung wurden ebenfalls Vereinbarungen getroffen.

Auch für das Gesundheitswesen sind eine Reihe bedeutender Beschlüsse über den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit gefaßt worden.

(Neues Deutschland, Berlin 4. 12. 55)

217.

Eintreffen einer Regierungsdelegation der Tschechoslowakischen Republik zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck am 2. Januar 1956 in Berlin

Zur Begrüßung der Regierungsdelegation aus der Tschechoslowakischen Republik, die von Karol Bacilek, Mitglied des Politbüros des ZK der KPČ und Erster Sekretär des ZK der KP der Slowakei, geleitet wird, und der Josef Krošnár, Minister für Forsten und Holzindustrie, Jiři Hendršch, Sekretär des ZK der KPČ, und Lubomir Linhart, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter angehören, waren der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. Lothar Bolz, das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Oberbürgermeister Friedrich Ebert, der Kandidat des Politbüros des ZK der SED, Erich Mückenberger, Sekretäre des ZK der SED erschienen.

(Neues Deutschland, Berlin 3. 1. 56)

218.

Ansprache des Leiters der Regierungsdelegation der Tschechoslowakischen Republik, Karol Bacilek, auf dem Staatsakt zu Ehren des Präsidenten Wilhelm Pieck am 3. Januar 1956 in Berlin

Teurer Genosse Pieck!

Wir gestatten uns, Ihnen im Namen unserer Partei und Regierung und im Namen der Werktätigen der Tschechoslowakei die herzlichsten Glückwünsche zum 80. Geburtstag darzubringen.

Ihr schönes Lebensjubiläum erleben Sie umgeben von der Liebe und Achtung der Werktätigen, der Jugend und Kinder der Deutschen Demokratischen Republik und aller deutschen Patrioten. Gemeinsam mit dem deutschen Volk ehren wir in Ihnen den tapferen und unermüdlichen Kämpfer für eine glückliche Zukunft Deutschlands, eines Deutschlands, vereinigt auf der Grundlage der Demokratie und des Friedens. Unsere Werktätigen schätzen Sie als einen Vorkämpfer der internationalen Arbeiterbewegung und ihren hervorragenden Anteil am revolutionären Kampf der internationalen Arbeiterklasse auf dem Weg zum Siege des Sozialismus.

Im Kampf für eine lichte Zukunft Deutschlands wünschen wir Ihnen und dem gesamten deutschen Volk viele Erfolge.

Zwischen unseren Ländern und Ihren Völkern besteht eine wahre Freundschaft, die sich ständig vertieft und festigt. Unser Volk gedenkt mit großer Freude und Liebe Ihres Besuches in der Tschechoslowakei*; mit lebhafter Freude und Liebe gedenkt es dessen, wie herzlich Sie und die deutschen Werktätigen hier in Berlin unseren unvergeßlichen Genossen Klement Gottwald aufnahmen**. All das, was Sie, teurer Genosse Pieck, für die Freundschaft unserer Nationen vollbrachten, brachte Sie dem Herzen unseres Volkes nahe.

Wir setzen all unsere Kräfte in den Dienst der weiteren Entfaltung und Vertiefung dieser Freundschaft ein, zum Wohle unserer Nationen und im Interesse des dauerhaften Friedens.

Wir ehren in Ihnen aufrichtig den hervorragenden Repräsentanten der internationalen Arbeiterbewegung, welcher auf dem Boden der Kommunistischen Internationale als einer der nächsten Mitkämpfer des Genossen Stalin, des Genossen Dimitroff und unseres Genossen Klement Gottwald sein ganzes Wissen und alle seine Kräfte dem Kampf für die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung widmete.

Von ganzem Herzen wünschen wir Ihnen Gesundheit und viele Erfolge in Ihrem Wirken und in Ihrem Kampf für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes und der ganzen fortschrittlichen Menschheit.

(Neues Deutschland, Berlin 4. 1. 56)

* siehe Band I, Seiten 383 bis 393

** siehe Band I, Seiten 395 bis 420

Handels- und Zahlungsabkommen mit der Tschechoslowakischen Republik für das Jahr 1956

Ein Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen und das Zahlungsabkommen für 1956 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der befreundeten Tschechoslowakischen Republik wurden am 6. Februar 1956 in Berlin unterzeichnet. Die vorausgegangenen Verhandlungen wurden im Geiste der Freundschaft und nach dem Prinzip der größtmöglichen gegenseitigen brüderlichen Hilfe geführt. Das Außenhandelsvolumen von 1956 wurde gegenüber 1955 um 40 Prozent erhöht. Einen wesentlichen Anteil an der Steigerung des Volumens hat hierbei der Austausch von Maschinen und Maschinenbauerzeugnissen. Die Tschechoslowakische Republik wird nach dem neuen Abkommen in die Deutsche Demokratische Republik Koks, Steinkohle, Walzmaterial, Maschinen-erzeugnisse, Motorräder, Braugerste, Lebensmittel, Hopfen, Schuhe, Textilien und andere Waren liefern.

Die Deutsche Demokratische Republik wird an die ČSR Kunstdüngemittel, Chemikalien, Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik, diverse Maschinen und Maschineneinrichtungen, Personenkraftwagen und Konsumgüter liefern.

Für die Tschechoslowakische Republik unterzeichnete das Abkommen der Minister für Außenhandel, Richard Dvořák, für die Deutsche Demokratische Republik der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Reinrich Rau.

Die Verhandlungen zum Abschluß des Abkommens brachten den Beweis, daß der Außenhandel zwischen Ländern mit gleichgearteter Wirtschaftsstruktur ständig erweitert werden kann.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 4/1956)

II. Tagung der deutsch-tschechoslowakischen Gesundheitskommission in Berlin

In der Zeit vom 27. Februar bis 5. März 1956 fand in Berlin unter Leitung des Ministers für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Luitpold Steidle, und des

Ministers für Gesundheitswesen der Tschechoslowakischen Republik, Dr. h. c. Plojhar, die II. Tagung der deutsch-tschechoslowakischen Gesundheitskommission statt. Auf ihr wurden Beschlüsse über die Durchführung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik gefaßt. Unter anderem ist der Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschung und der Studienaufenthalt von deutschen Wissenschaftlern in der Tschechoslowakischen Republik und von Wissenschaftlern der Tschechoslowakischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, ferner der Austausch von Kurplätzen vorgesehen.

221.

Unterzeichnung eines Vertrages zur Aufnahme des regelmäßigen Luftverkehrs Berlin—Prag

Die Deutsche Lufthansa nimmt mit Beginn des Sommerflugplanes den regelmäßigen Luftverkehr zwischen Berlin und Prag auf. Hauptdirektor Arthur Pieck als Vertreter der Lufthansa und Generaldirektor František Novak als Vertreter des tschechoslowakischen Luftfahrtunternehmens „ČSA“ unterzeichneten aus diesem Grunde am 10. März 1956 in Berlin einen Vertrag über Generalvertretung und gegenseitige Bedienung.
(ADN 10. 3. 56)

222.

Unterzeichnung eines Eisenbahnabkommens mit der Tschechoslowakischen Republik

Zwischen den Regierungen der Tschechoslowakischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 25. April 1956 in Prag ein Abkommen über den Eisenbahnverkehr auf den Durchgangsstationen an der Staatsgrenze abgeschlossen. Das Abkommen wurde vom Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Fritz Szczepecki, und vom Ersten Stellvertreter des Verkehrsministers der Tschechoslowakischen Republik, Jan Kalina, unterzeichnet.
(ADN 26. 4. 56)

**Grußadresse der Staatsmänner der Deutschen Demokratischen
Republik zum tschechoslowakischen Nationalfeiertag
am 9. Mai 1956**

An den Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Genossen Antonín Zápotocký,

den Vorsitzenden des Präsidiums der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, Genossen Zdeněk Fierlinger,

den Ministerpräsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Genossen Viliam Široký,

und den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Republik, Genossen Antonín Novotný, Prag.

Hochverehrte Genossen, teure Freunde!

Erlauben Sie uns, Ihnen und dem gesamten tschechoslowakischen Volk zur elften Wiederkehr des Tages der Befreiung im Namen aller deutschen Patrioten sowie in unserem eigenen Namen brüderliche Grüße zu übermitteln.

Fest und unerschütterlich steht die Tschechoslowakische Republik für die Sache des Friedens und des Sozialismus auf Wacht. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik schätzt sich glücklich, einen solchen Freund an ihrer Seite zu haben, und wünscht dem tapferen tschechoslowakischen Volk weitere große Erfolge.

Die friedliebenden und fortschrittlichen Menschen in Ost und West unseres deutschen Vaterlandes verfolgen mit Aufmerksamkeit und großem Enthusiasmus die Anstrengungen der tschechoslowakischen Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus. Wir sind fest davon überzeugt, daß ihr kühnes Streben zur Lösung der Hauptaufgabe — im zweiten Fünfjahrplan das Beispiel für die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu schaffen — zum Siege führt. Ihre Erfolge sind unsere Erfolge und die des ganzen Friedenslagers.

Die zwischen unseren beiden Ländern ständig wachsende Zusammenarbeit auf politischem, kulturellem und insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet ist ein Ausdruck unserer engen freundschaftlichen Verbundenheit.

Gemeinsam mit allen friedliebenden Menschen kämpfen wir im Lager des Friedens und des Sozialismus für das friedliche Zusammenleben aller Völker und damit für das Glück der gesamten Menschheit.

Eine große Bedeutung hat die brüderliche Hilfe, welche das tschechoslowakische Volk dem deutschen Volke im Kampf um seine nationalen Rechte und für die Wiedervereinigung seines Vaterlandes gewährt, die von allen deutschen Patrioten dankbar begrüßt wird.

Seien Sie versichert, daß unsere Kräfte im Kampf nicht erlahmen, sondern weiter wachsen und erstarken, und gestatten Sie uns, der tschechoslowakischen Arbeiterklasse und dem ganzen tschechoslowakischen Volk neue Erfolge im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus zu wünschen.

Schreiten wir, beflügelt von den kühnen Perspektiven des gemeinsamen großen Plans, vorwärts!

Wilhelm Pieck

Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

Ernst Goldenbaum

Amtierender Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Otto Grotewohl

Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik

Walter Ulbricht

Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

(Neues Deutschland, Berlin 9. 5. 56)

224.

Grußtelegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Republik, Vaclav David, zum 11. Jahrestag der Befreiung der Tschechoslowakischen Republik

Anläßlich des elften Jahrestages der Befreiung der Tschechoslowakischen Republik durch die ruhmreiche Sowjetarmee, unterstützt von den heldenhaften Widerstandskämpfern des tschechoslowakischen Volkes, erlaube ich mir, Ihnen meine

herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Unablässig und zielbewußt kämpft die Tschechoslowakische Republik für die Abrüstung, für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und für einen festen und dauerhaften Frieden. Durch diesen Kampf leistet sie der Deutschen Demokratischen Republik eine unschätzbare Unterstützung bei der Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes. Gestatten Sie mir, dem tschechoslowakischen Volk und Ihnen persönlich meine besten Wünsche für weitere große Erfolge auszusprechen.

(ADN 8. 5. 56)

225.

Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Tschechoslowakischen Republik zum Abschiedsbesuch

Präsident Wilhelm Pieck empfing am 14. Mai 1956 den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Tschechoslowakischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Lubomir Linhart, zum Abschiedsbesuch. Botschafter Linhart sprach dem Präsidenten den Dank für die Unterstützung aus, die er ihm in seiner Arbeit stets zuteil werden ließ.

(ADN 14. 5. 56)

226.

Aus einem Interview des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, mit „Rudé Právo“, Prag, zu Fragen der Abrüstung und der kollektiven Sicherheit

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, gewährte dem Berliner Korrespondenten der Prager Zeitung „Rudé Právo“, Douděra, ein Interview, in dem er einige aktuelle Fragen beantwortete.

Auf die Frage, ob ein Fortschritt in der Abrüstung auch zur Lösung der deutschen Frage beitragen könnte, erwiderte Dr. Bolz, es sei bekannt, daß die friedliche Wiedervereinigung

Deutschlands auf demokratischer Grundlage gegenwärtig vor allem durch die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in die aggressiven Militärgruppierungen der Westmächte verhindert wird. Vereinbarungen in der Abrüstungsfrage würden die unmittelbaren Gefahren der westdeutschen Aufrüstung beseitigen und zur Herstellung einer Atmosphäre der Entspannung, der Sicherheit der Staaten und des gegenseitigen Vertrauens beitragen. Das würde die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems begünstigen und so die Verwirklichung der äußeren Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichen.

Zur internationalen Entspannung, erklärte Dr. Bolz auf eine weitere Frage, würde auch eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen der Tschechoslowakischen Republik und der anderen Länder des sozialistischen Lagers mit Westdeutschland beitragen. Die Herstellung von normalen Beziehungen zwischen der ČSR und Westdeutschland, die eine gemeinsame Grenze haben, wäre für den Frieden in Europa von besonderer Notwendigkeit und würde den Gedanken der Verständigung, auch zwischen den beiden deutschen Staaten, stärken.

(Neues Deutschland, Berlin 15. 5. 56)

Ungarische Volksrepublik

227.

Zusatzprotokoll über gegenseitige Warenlieferungen mit der Ungarischen Volksrepublik für das Jahr 1955

Am 28. Juni 1955 wurde in Budapest ein Zusatzprotokoll über gegenseitige Warenlieferungen zum Protokoll vom 21. Februar 1955* zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik für das Jahr 1955 unterzeichnet.

Von deutscher Seite werden vor allem Erzeugnisse des Maschinenbaues, der Chemie und der Leichtindustrie geliefert, von ungarischer Seite landwirtschaftliche Produkte und Konsumgüter.

Die Verhandlungen wurden im Geiste des gegenseitigen Verständnisses und der aufrichtigen Freundschaft geführt und haben eine weitere große Steigerung des Warenaustausches zwischen beiden Ländern für das Jahr 1955 zum Ergebnis.

Die Unterzeichnung erfolgte von deutscher Seite durch Frau E. Staimer, Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, und von ungarischer Seite durch Herrn J. Gyula Czimer, Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel der Ungarischen Volksrepublik.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 13/1955)

228.

Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkommens mit der Ungarischen Volksrepublik

Zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik wurde am 10. September 1955 in Budapest ein Abkommen über den zivilen Luftverkehr abgeschlossen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 17-18/1955)

* siehe Band II, Nr. 160

229.

**Unterzeichnung eines Fernseh- und Rundfunkabkommens mit
der Ungarischen Volksrepublik**

Ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Rundfunks und des Fernsehens ist zwischen den Staatlichen Rundfunkkomitees der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik am 23. September 1955 in Budapest unterzeichnet worden.

(ADN 23. 9. 55)

230.

**Glückwunschtelegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der
Ungarischen Volksrepublik, András Hegedüs, an Minister-
präsident Otto Grotewohl zum 6. Jahrestag der Gründung der
Deutschen Demokratischen Republik**

Anläßlich des sechsten Jahrestages des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik entbiete ich im Namen des ungarischen Volkes, der Regierung der Ungarischen Volksrepublik sowie in meinem eigenen Namen dem deutschen Volke, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie Ihnen, Genosse Ministerpräsident, persönlich meine herzlichsten Glückwünsche. Das ungarische Volk schätzt den unermüdlichen Kampf des deutschen Volkes und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Schaffung der Einheit des Vaterlandes, für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, den alle friedliebenden Völker gutheißen und unterstützen, hoch ein.

András Hegedüs

Vorsitzender des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik
(Neues Deutschland, Berlin 9. 10. 55)

231.

**Unterzeichnung des Arbeitsplanes für das Jahr 1956 zum
Kulturabkommen mit der Ungarischen Volksrepublik**

Der Arbeitsplan für das Jahr 1956 zum Kulturabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der

Ungarischen Volksrepublik ist am 3. November 1955 in Budapest unterzeichnet worden. Der Plan sieht eine enge Zusammenarbeit beider Länder auf wissenschaftlichem, pädagogischem, künstlerischem und literarischem Gebiet vor.

(ADN 4. 11. 55)

232.

Vereinbarung mit der Ungarischen Volksrepublik über die Entlassung deutscher Kriegsverurteilter

Zwischen der Regierung der Ungarischen Volksrepublik und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wurden Besprechungen abgeschlossen, die über die in der Ungarischen Volksrepublik wegen Kriegsverbrechen verurteilten und ihre Strafe verbüßenden deutschen Staatsangehörigen geführt wurden. Es wurde vereinbart, daß die Regierung der Ungarischen Volksrepublik die Freilassung dieser Personen verfügt. Trotz der von ihnen am ungarischen Volk verübten Verbrechen läßt sich die Regierung der Ungarischen Volksrepublik davon leiten, daß die Verurteilten einen großen Teil ihrer Strafe verbüßt haben, seit dem Ende des zweiten Weltkrieges mehr als zehn Jahre vergangen sind und zwischen der Ungarischen Volksrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik enge freundschaftliche Beziehungen bestehen. Diese Beziehungen sind eine Garantie dafür, daß die deutschen Militaristen bei einem Versuch zur Wiederholung aggressiver Aktionen gegen das ungarische Volk auch auf den entschlossenen Widerstand des deutschen Volkes selbst stoßen würden.

Die deutschen Staatsangehörigen, die wegen besonders schwerer Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurden und ihren ständigen Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik haben, werden als Kriegsverbrecher den staatlichen Organen der Deutschen Demokratischen Republik übergeben, weil es die Ungarische Volksrepublik nicht für möglich erachtet, sie vorzeitig freizulassen.

(ADN 10. 11. 55)

233.

I. Tagung der Regierungskommissionen für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ungarischen Volksrepublik auf dem Gebiete der Landwirtschaft

Maßnahmen zur Vertiefung der gegenseitigen Hilfe, insbesondere auf den Gebieten der Saatgutvermehrung, des Obst-, Gemüse- und Weinbaues, des Zuchtviehaustausches und der Produktion veterinär-medizinischer Arzneimittel, wurden auf der ersten Tagung der Regierungskommissionen für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft zwischen Ungarn und der Deutschen Demokratischen Republik vereinbart. Die Tagung fand vom 22. bis 28. November 1955 in Berlin statt.

(Neues Deutschland, Berlin 7. 12. 55)

234.

I. Tagung der Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ungarischen Volksrepublik auf dem Gebiete der Lebensmittelindustrie — Unterzeichnung eines Protokolls

In Berlin fand vom 6. bis 12. Dezember 1955 die erste Tagung der Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik auf dem Gebiete der Lebensmittelindustrie statt. Die Besprechungen wurden im Geiste einer aufrichtigen Freundschaft geführt und fanden am 12. Dezember durch die Unterzeichnung eines Protokolls ihren Abschluß.

(ADN 16. 12. 55)

235.

Regierungsdelegation der Ungarischen Volksrepublik zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin

Die Regierungsdelegation der Ungarischen Volksrepublik zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck traf am 2. Januar 1956 in Berlin ein. An ihrer Spitze steht István

Kovács, Mitglied des Politbüros und Mitglied des Sekretariats der Partei der Ungarischen Werktätigen. Ferner gehören ihr an: Antal Apró, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Mitglied des Politbüros der Partei der Ungarischen Werktätigen, István Kristóf, Vorsitzender der Revisionskommission und Mitglied des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen, Sándor Nógrádi, Generaloberst, Stellvertreter des Ministers für Verteidigung, und Emánuel Safrankó, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik.

236.

Glückwunsch der Staatsmänner der Ungarischen Volksrepublik zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck

An Genossen Wilhelm Pieck, Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin.

Gestatten Sie, Genosse Präsident, Ihnen anlässlich Ihres 80. Geburtstages im Namen des ungarischen Volkes, des Präsidialrates und Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen sowie in unserem Namen unsere heißen Glückwünsche auszudrücken. Zusammen mit den deutschen Werktätigen und der gesamten internationalen Arbeiterklasse werden Sie heute von den ungarischen Werktätigen als der unermüdliche und selbstaufopfernde Kämpfer der deutschen Arbeiterklasse, als einer der hervorragendsten Führer im Kampf gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus gefeiert. Das ungarische Volk weiß nur zu gut, daß Ihre Bemühungen im Interesse des Aufblühens der Deutschen Demokratischen Republik in entscheidendem Maße zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands beitragen. Wir vermitteln die Gefühle des gesamten ungarischen Volkes, wenn wir Ihnen, Genosse Präsident, aus vollem Herzen Kraft und Gesundheit wünschen, damit Sie noch viele Jahre hindurch für den Fortschritt und den Aufstieg des deutschen Volkes wirken mögen, um auch damit zur Festigung des von der Sowjetunion geführten Friedens-

lagers und zu einer Minderung der internationalen Spannung beizutragen.

István Dobi, Vorsitzender des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik, András Hegedüs, Vorsitzender des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, Mátyás Rákosi, Erster Sekretär des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen

(Neues Deutschland, Berlin 4. 1. 56)

237.

Vereinbarung über erweiterte Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Leichtindustrie mit der Ungarischen Volksrepublik

Zwischen den Regierungskommissionen für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Leichtindustrie der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik wurden in der Zeit vom 26. bis 30. Januar 1956 in Budapest Verhandlungen geführt. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der die beiden befreundeten Länder sich unter anderem bei der Entwicklung der Produktion von Strohzellstoff, der Erweiterung des Sortiments von Textilien und der Entwicklung der Herstellung von Lederaustauschstoffen gegenseitig Hilfe leisten werden. Die Vereinbarung wird in beiden Ländern zur Erweiterung des Sortiments von Gebrauchsgütern, zur Erhöhung der Qualität und zur wirtschaftlichen Produktion führen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 5-6/1956)

238.

Handels- und Zahlungsabkommen mit der Ungarischen Volksrepublik für das Jahr 1956

Am 14. Februar 1956 wurde in Budapest das Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen und Zahlungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik für das Jahr 1956 unterzeichnet.

Im Rahmen dieses Abkommens liefert die Deutsche Demokratische Republik vor allem Werkzeugmaschinen, Maschinen für die Textil- und Lebensmittelindustrie, Erzeugnisse der Fein-

mechanik Optik und der Elektrotechnik, darunter eine Fernsendsendeanlage, sowie Produkte des Bergbaus und der Chemieindustrie.

Die Ungarische Volksrepublik liefert landwirtschaftliche Produkte wie Fleisch, Eier, Pflanzenöl und in größerem Umfange Konserven, Fahrzeuge, darunter Autobusse und Dumper, sowie Chemie- und Bergbauerzeugnisse.

Die im Geiste des gegenseitigen Verständnisses und der aufrichtigen Freundschaft geführten Verhandlungen förderten die Festigung der politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Von deutscher Seite erfolgte die Unterzeichnung durch den Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Erich Wächter, und von ungarischer Seite durch den Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel der Ungarischen Volksrepublik, Dezsö Lantos.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 4/1956)

239.

Unterzeichnung eines Vertrages zur Aufnahme des regelmäßigen Luftverkehrs Berlin—Budapest

Die Deutsche Lufthansa wird mit Beginn des Sommerflugplanes den regelmäßigen Flugverkehr zwischen Berlin und Budapest aufnehmen, wie am 16. März 1956 in einem Vertrag über Generalvertretung und gegenseitige Bedienung zwischen der Deutschen Lufthansa und dem ungarischen Luftverkehrsunternehmen „MALEV“ festgelegt wurde.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 7/1956)

240.

Glückwunschadresse des Präsidenten Wilhelm Pieck, des Volkskammerpräsidenten Dr. h. c. Johannes Dieckmann, des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, zum 11. Jahrestag der Befreiung des ungarischen Volkes vom Faschismus am 4. April 1956

Werte Freunde! Teure Genossen!

An Ihrem hohen Feiertag übermitteln wir Ihnen und dem gesamten ungarischen Volk im Namen aller friedliebenden

Deutschen und in unserem eigenen Namen freundliche Grüße und herzliche Glückwünsche.

Elf Jahre sind seit dem Tage vergangen, an dem das ungarische Volk durch die ruhmreiche Sowjetarmee unter Mithilfe der besten ungarischen Patrioten von der faschistischen Unterdrückung befreit wurde.

Mit aufrichtiger Sympathie und großem Interesse verfolgt die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die großen Anstrengungen und die zähe Arbeit des ungarischen Volkes, um neue Siege beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu erzielen.

Zwischen unseren Staaten haben sich enge freundschaftliche Beziehungen entwickelt. Diese Beziehungen, die unseren Ländern zum Nutzen gereichen, beruhen auf dem gemeinsamen Interesse, unsere Völker zu Glück und Wohlstand zu führen, sie beruhen auf unserer gemeinsamen Verbundenheit im mächtigen Lager der friedliebenden Staaten und auf den Bemühungen, ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen. Die Unterstützung, die das ungarische Volk unserem Kampf für die friedliche und gerechte Lösung der Deutschlandfrage gewährt, wird von den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und allen patriotischen Deutschen mit Dankbarkeit begrüßt.

Gestatten Sie uns, dem gesamten ungarischen Volk neue große Erfolge im Ringen um die Stärkung und Festigung Ihres Landes und in unserem gemeinsamen Kampf zur Erhaltung des Friedens zu wünschen. (Neues Deutschland, Berlin 4. 4. 56)

Delegation der Nationalversammlung der Ungarischen Volksrepublik vom 19. April bis 2. Mai 1956 in Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik

241.

Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld

Am 19. April 1956 traf auf dem Flugplatz der Deutschen Luft-hansa in Berlin-Schönefeld eine Delegation der Ungarischen Nationalversammlung ein. Der Delegation, die von dem Sekre-

tär des Präsidialrates der Ungarischen Nationalversammlung, István Kristóf, geleitet wird, gehören weiter an: Ferenz Nezval, Stellvertreter des Ministers für kommunale Wirtschaft; Rosa Sárfi, Sekretär der Gewerkschaft für Gesundheitswesen; István Sebes, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten; Kalman Nagy, 1. Sekretär des Parteikomitees in Kama-rom, Mitglied des Zentralkomitees der Ungarischen Partei der Werktätigen; Dr. Janos Gosztonyi, Mitglied des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik, Sekretär des Verbandes der werktätigen Jugend Ungarns; Ignaz Pioker, Dreher und Held der sozialistischen Arbeit; Ede Horváth, Direktor der Werkzeugmaschinenfabrik in Győr; Lajos Fodroozsi, Vorsitzender einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, und Gergili Boros, Sekretär der Gewerkschaft für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften.

Die Mitglieder der ungarischen Parlamentsdelegation werden während ihres Aufenthaltes Aussprachen mit Volksvertretern und Staatsfunktionären führen und volkseigene Betriebe, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, kulturelle und soziale Einrichtungen besichtigen.

Die Begrüßung der Delegation durch den Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, Ernst Goldenbaum, erwiderte István Kristóf. Er hob hervor, daß die ungarischen Abgeordneten die Einladung des Präsidiums der Volkskammer mit großer Freude angenommen hätten. „Wir freuen uns“, sagte der Delegationsleiter, „daß wir das fleißige werktätige deutsche Volk kennenlernen, das um die Wiederherstellung seiner Einheit und für die Festigung des Weltfriedens kämpft.“

Zur Begrüßung der ungarischen Gäste hatten sich auf dem Flugplatz u. a. Mitglieder des Präsidiums der Volkskammer, unter ihnen Heinrich Homann und Gerald Götting, der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer, Peter Florin, Vertreter aller Fraktionen der Volkskammer und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik, Emánuel Safrankó, eingefunden.

(Neues Deutschland, Berlin 20. 4. 56)

Abschließende Besprechung mit der Delegation der Nationalversammlung der Ungarischen Volksrepublik

Die Delegation der Ungarischen Nationalversammlung hatte am 30. April 1956 unter Leitung des Amtierenden Präsidenten der Volkskammer, Ernst Goldenbaum, mit Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrates der Volkskammer eine abschließende Besprechung. Bei der Aussprache waren der Präsident der Länderkammer, August Bach, der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Peter Florin, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Ungarischen Volksrepublik, Emánuel Safrankó, und der Leiter des Sekretariats der Volkskammer und der Länderkammer, Wilhelm Koenen, sowie Vertreter der Regierung zugegen.

Der Leiter der Parlamentsdelegation, István Kristóf, Sekretär des Präsidialrates der Ungarischen Nationalversammlung, teilte mit, daß der Präsidialrat der Ungarischen Nationalversammlung eine Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Gegenbesuch eingeladen hat.

István Kristóf schilderte dann die Eindrücke der Abgeordneten von der Studienreise durch die Deutsche Demokratische Republik. In den Gesprächen der ungarischen Abgeordneten mit Volksvertretern und Staatsfunktionären habe sich gezeigt, daß beide Länder vor der Lösung gleicher Probleme stehen. In Ungarn werde den Volksvertretern vor allem die Aufgabe gestellt, vor ihren Wählern vierteljährlich Rechenschaft zu legen und regelmäßig öffentliche Sprechstunden durchzuführen sowie die sich hieraus ergebenden Maßnahmen zu treffen.

Wie in der Deutschen Demokratischen Republik, so sei es auch in Ungarn notwendig, daß die werktätigen Massen noch mehr als bisher in die Leitung des Staates einbezogen werden. „Wir werden in unserer Heimat von der großen Herzlichkeit berichten“, sagte István Kristóf, „der wir hier in der Deutschen Demokratischen Republik begegnet sind. Das ungarische Volk erwartet mit großer Freude die Ankunft der Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.“

Zu Ehren der Delegation der Ungarischen Nationalversammlung hatte der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Ungarischen Volksrepublik, Emánuel Safrankó, am 29. April einen Empfang gegeben. (ADN 30. 4. 56)

Abreise der Parlamentsdelegation aus Berlin

Die ungarische Parlamentsdelegation, die auf Einladung des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Erfahrungsaustausch in der Deutschen Demokratischen Republik weilte, hat am 2. Mai 1956 vom Flughafen Berlin-Schönefeld aus die Heimreise angetreten. Bei der Verabschiedung erklärte der Amtierende Präsident der Volkskammer, Ernst Goldenbaum: „Ihr Besuch hat durch die vielen persönlichen Kontakte in Betrieben und Dörfern den Gedanken der Freundschaft zwischen unseren Völkern vertieft, wie es dem Geist des Warschauer Vertrages entspricht. Die Freundschaft zwischen diesen Völkern ist eine große Kraft in unserem Kampf für die internationale Entspannung, einer Politik der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung. Das ist besonders für das deutsche Volk von großer Bedeutung; denn durch die Abrüstung werden günstige Möglichkeiten für die Annäherung beider deutscher Staaten und die friedliche Wiedervereinigung geschaffen. Wir sind glücklich, in diesem Kampf auch Ihrer Unterstützung gewiß zu sein.“ Ernst Goldenbaum wünschte den ungarischen Volksvertretern eine gute Heimreise und bat sie, dem ungarischen Volk herzliche Grüße zu übermitteln.

„Wir kehren mit der Überzeugung in unsere Heimat zurück, daß die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem ungarischen Volk der Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt dient“, erwiderte Delegationsleiter István Kristóf, Sekretär des Präsidialrates der Ungarischen Nationalversammlung, der sich bei der Verabschiedung noch einmal für die herzliche Aufnahme bei den deutschen Werktätigen bedankte.

Zur Verabschiedung der ungarischen Parlamentsdelegation hatten sich auf dem Schönefelder Flughafen eingefunden das Mitglied des Präsidiums der Volkskammer, Grete Groh-Kummerlów, Minister Erwin Kramer, der stellvertretende Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates, Anton Plenikowski, Staatssekretär Josef Hegen und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik, Emánuel Safrankó.

(ADN 2. 5. 56)

**Rudolf Helmer neuer Außerordentlicher und Bevollmächtigter
Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der
Ungarischen Volksrepublik**

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik empfing am 27. Juni 1956 in seinem Amtssitz den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Ungarischen Volksrepublik, Rudolf Helmer. Er überreichte ihm Ernennungsurkunde und Beglaubigungsschreiben und bat ihn, dem Vorsitzenden des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik, István Dobi, herzlichste Grüße zu übermitteln.

(ADN 27. 6. 56)

Rumänische Volksrepublik

245.

VI. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Rumänischen Volksrepublik — Unterzeichnung eines Protokolls

Am 3. Juni 1955 wurde in Bukarest das Protokoll der VI. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Rumänischen Volksrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen und unterzeichnet.

Bei den Verhandlungen kam der aufrichtige Wunsch beider Partner zum Ausdruck, die Volkswirtschaft beider Länder auch weiterhin zu entwickeln und dadurch die vielfältige Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Friedenslagers zu erweitern und zu vertiefen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird der Rumänischen Volksrepublik technische Unterlagen zur Verbesserung der Herstellungsprozesse verschiedener Erzeugnisse der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Leichtindustrie liefern. Gleichzeitig wurden Beschlüsse gefaßt, nach denen rumänische Fachleute Produktionserfahrungen und Betriebsanlagen aus diesem Sektor wie auch aus der Kohlenindustrie der Deutschen Demokratischen Republik werden studieren können. Die Rumänische Volksrepublik wird der Deutschen Demokratischen Republik technische Unterlagen auf dem Gebiete der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, des Gesundheitsschutzes sowie der Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung stellen. Die getroffenen Beschlüsse sehen ferner die Entsendung von mehr Fachleuten auf dem Gebiete der chemischen Industrie und des Gesundheitsschutzes vor, um gerade in diesen Sektoren eine vielfältige Zusammenarbeit zu verwirklichen.

(Neues Deutschland, Berlin 11. 6. 55)

246.

Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkommens mit der Rumänischen Volksrepublik

Zwischen Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Rumänischen Volks-

republik wurde am 28. Juli 1955 in Bukarest ein Abkommen über den zivilen Luftverkehr unterzeichnet. Ähnliche Abkommen bestehen bereits mit anderen Ländern der Volksdemokratie.

(Neues Deutschland, Berlin 29. 7. 55)

247.

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zu den Feierlichkeiten anlässlich des 11. Jahrestages der Befreiung Rumäniens nach Bukarest abgereist

Auf Einladung des Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Gheorghe Gheorghiu-Dej, reiste am 18. August 1955 eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik nach der Rumänischen Volksrepublik ab, um an den Feierlichkeiten anlässlich des 11. Jahrestages der Befreiung Rumäniens teilzunehmen. Die Delegation wird vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Paul Scholz, geleitet. Der Delegation gehören weiter an: der 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg der SED, Alois Pisnik, der Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei, Bernhard Bechler, und der Direktor des VEB Agfa-Wolfen, Dr. Wilhelm Weyrauch.

(ADN 19. 8. 55)

248.

Glückwunschtelegramm zum 11. Jahrestag der Befreiung Rumäniens am 23. August 1955

An den Vorsitzenden des Präsidiums der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik, Genossen Dr. Petru Groza

An den Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Genossen Gheorghe Gheorghiu-Dej

An den Ersten Sekretär des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei, Genossen Gheorghe Apostol, Bukarest

Hochverehrte Freunde, liebe Genossen!

Zum 11. Jahrestag der Befreiung Rumäniens von der faschistischen Barbarei durch die ruhmreiche Sowjetarmee übermitteln wir Ihnen und dem ganzen rumänischen Volk brüder-

liche Grüße. Auf das herzlichste beglückwünschen wir Sie im Namen des deutschen Volkes zu den stolzen Erfolgen, die von den Arbeitern, Bauern und Geistesschaffenden des neuen Rumänien unter der Führung der Rumänischen Arbeiterpartei errungen wurden.

Dieser große Festtag Rumäniens findet in einer Atmosphäre der von den Völkern herbeigesehnten und geforderten Entspannung der internationalen Lage statt. Die Bevölkerung unserer beiden Länder blickt hoffnungsvoll auf das von der Sowjetunion angestrebte System der europäischen Sicherheit, welches die Gewähr dafür bietet, das grandiose Aufbauwerk des Sozialismus in friedlicher Arbeit erfolgreich fortzusetzen. Die in Genf angebahnten Wege zur Verständigung geben auch den Deutschen in Ost und West neue Impulse, zu einer Annäherung in beiden Teilen Deutschlands zu kommen, die den Interessen des Friedens in Europa und des Fortschritts in Deutschland entspricht.

Am heutigen Tage dankt das deutsche Volk seinen rumänischen Freunden für die vielen Beweise einer tiefen Verbundenheit und versichert, alles daranzusetzen, diese Freundschaft noch enger zu gestalten.

In Vertretung des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik
Präsident der Volkskammer
Dr. Johannes Dieckmann

Der Amtierende Ministerpräsident
der Deutschen Demokratischen Republik
Willi Stoph

Der 1. Sekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands
i. V. Karl Schirdewan
(Neues Deutschland, Berlin 23. 8. 55)

249.

**Unterzeichnung des Arbeitsplanes für 1956
zum Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit mit der
Rumänischen Volksrepublik**

In der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin wurde am 3. Dezember 1955 der Arbeitsplan für das Jahr 1956 zum Ab-

kommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik unterzeichnet.

Auf einem Empfang in der Rumänischen Botschaft in Berlin würdigten der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Rumänischen Volksrepublik, Gheorghe Stoica, der 1. Stellvertreter des rumänischen Ministers für Kultur, Ion Pas, und der Minister für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik, Fritz Lange, das Abkommen als einen neuen Schritt zur Festigung der rumänisch-deutschen Freundschaft.

(Neues Deutschland, Berlin 4. 12. 55)

250.

Regierungsdelegation der Rumänischen Volksrepublik zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin

Die rumänische Regierungsdelegation, die am 1. Januar 1956 in Berlin eintraf, wird von Constantin Pirvulescu geleitet, dem Vorsitzenden der Großen Nationalversammlung und Mitglied des Politbüros der Rumänischen Arbeiterpartei. Ihr gehören ferner der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Mitglied des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei, Simion Bughici, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter Gheorghe Stoica an.

(Neues Deutschland, Berlin 2. 1. 56)

251.

Glückwünsche der Staatsmänner der Rumänischen Volksrepublik zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck am 3. Januar 1956

Der Vorsitzende des Präsidiums der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik, Dr. Petru Groza

Anläßlich Ihres 80. Geburtstages bitte ich Sie, verehrter Genosse Präsident, die herzlichen Glückwünsche und Wünsche für ein langes Leben entgegenzunehmen, damit Sie Ihre frucht-

bringende Arbeit, die dem Gedeihen und der Einheit des deutschen Volkes sowie dem Frieden zwischen den Völkern dient, erfolgreich fortsetzen können.

(Neues Deutschland, Berlin 4. 1. 56)

*Der Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik, das Präsidium
der Großen Nationalversammlung der Rumänischen
Volksrepublik und das Zentralkomitee der Rumänischen
Arbeiterpartei:*

Teurer und hochverehrter Genosse Wilhelm Pieck!

Zu Ihrem 80. Geburtstag senden wir Ihnen, lieber Genosse Pieck, einen herzlichen und brüderlichen Gruß.

Ihr ganzes Leben ist eng verknüpft mit dem Kampf des deutschen Volkes für seine Befreiung vom Joch der Herrschaft der Junker und imperialistischen Monopole und bietet ein leuchtendes Beispiel der Hingabe an die edelste Sache unserer Zeiten, die Befreiung der Menschen von jeglicher Unterdrückung. Unser Volk grüßt in Ihnen den treuen Sohn der deutschen Arbeiterklasse, den Kampfgefährten Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns, einen der bedeutendsten Streiter der internationalen Arbeiterbewegung, den Kämpfer, der im Kampf gegen den deutschen Faschismus und Militarismus unerschütterlich in den ersten Reihen stand, den verehrten Führer der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte des deutschen Volkes.

Wir wünschen Ihnen aus ganzem Herzen, lieber Genosse Pieck, noch viele Jahre der Gesundheit und neuer Erfolge im Kampf, den Sie für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, für die Vereinigung des deutschen Volkes in einem einigen, friedliebenden Staat, für die Festigung des Friedens in der ganzen Welt führen.

Das Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei

Der Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik

Das Präsidium der Großen Nationalversammlung
der Rumänischen Volksrepublik.

(Neues Deutschland, Berlin 4. 1. 56)

252.

Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Rumänischen Volksrepublik zum Abschiedsbesuch

Präsident Wilhelm Pieck empfing am 27. Februar 1956 in seinem Amtssitz Schloß Niederschönhausen den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Rumänischen Volksrepublik, Georghe Stoica, zum Abschiedsbesuch.

Botschafter Stoica sprach den Dank für die Unterstützung aus, die ihm der Präsident in seiner Arbeit stets zuteil werden ließ.

(Neues Deutschland, Berlin 28. 2. 56)

253.

Iosif Puvak neuer Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Rumänischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik

Das Präsidium der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik hat Iosif Puvak zum neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Rumänischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik ernannt. Der bisherige Botschafter Gheorghe Stoica wurde mit einer anderen Aufgabe betraut.

(ADN 12. 3. 56)

254.

Präsident Wilhelm Pieck empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Rumänischen Volksrepublik

Zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens empfing Präsident Wilhelm Pieck am 23. März 1956 den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Rumänischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik, Iosif Puvak.

Bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens waren der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und die Staatssekretäre Georg Handke, Max Opitz und Otto Winzer zugegen.

In seiner Begrüßungsansprache erklärte Botschafter Puvak: „Ich freue mich herzlich und erachte es als große Ehre, für die Entwicklung und weitere Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern zu arbeiten. Die Erweiterung und ständige Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfeleistung auf allen Gebieten tragen zur Festigung und Entwicklung unserer Länder bei und sind gleichzeitig ein bedeutender Faktor zur Festigung der europäischen Sicherheit und ein Beitrag zur Sache des Weltfriedens.

Das rumänische Volk freut sich aus vollem Herzen über die von der Deutschen Demokratischen Republik erzielten wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge, über das Wachsen ihres internationalen Ansehens und verfolgt mit herzlicher Sympathie den Kampf und die aufopferungsvolle Arbeit des deutschen Volkes zur Schaffung eines vereinten demokratischen und friedliebenden Deutschlands.“

Präsident Wilhelm Pieck führte in seiner Erwiderung aus: „Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bewundert aufrichtig die Erfolge der Werktätigen der Rumänischen Volksrepublik bei der Erfüllung des ersten Fünfjahrplans. Sie wünscht dem rumänischen Volk noch größere Erfolge bei der Erfüllung der kühnen Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans.

Mit tiefer Befriedigung haben die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die Aufnahme der Rumänischen Volksrepublik in die Organisation der Vereinten Nationen begrüßt. Sie sind überzeugt, daß das rumänische Volk ebenso wie bisher bemüht sein wird, die friedliche Zusammenarbeit der Völker zu fördern und den Frieden und die Sicherheit zu verteidigen. Seien Sie versichert, Genosse Botschafter, daß die Deutsche Demokratische Republik gemeinsam mit allen Stäaten des mächtigen Weltfriedenslagers beharrlich und konsequent für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa eintreten wird. Das deutsche Volk ist sich seiner hohen Verantwortung für die Erhaltung des Friedens bewußt.“

(ADN 23. 3. 56)

Unterzeichnung eines Abkommens über Generalvertretung und gegenseitige Bedienung zwischen der Deutschen Lufthansa und dem rumänischen Luftverkehrsunternehmen „Tarom“

Zur weiteren Verbesserung des Flugverkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik wurde am 11. Juni 1956 in Berlin vom Hauptdirektor der Deutschen Lufthansa, Arthur Pieck, und dem Generaldirektor des rumänischen Luftverkehrsunternehmens „Tarom“, Vladimir Stingaciu, ein Vertrag über Generalvertretung und gegenseitige Bedienung unterzeichnet.

(ADN 12. 6. 56)

Handelsabkommen mit der Rumänischen Volksrepublik

Ein Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik wurde am 16. Juni 1956 in Bukarest unterzeichnet. Im Rahmen dieses Abkommens liefert Rumänien an die Deutsche Demokratische Republik Bohrausrüstungen, Erze, Chemikalien, Erzeugnisse der Forstwirtschaft, landwirtschaftliche Erzeugnisse und andere Waren.

Die Deutsche Demokratische Republik liefert Rohstoffe für die Textilindustrie, chemische Grundstoffe, Düngemittel, Maschinen und Werkzeugmaschinen und anderes. Das Volumen des Warenaustausches wird in diesem Jahr gegenüber 1955 um etwa 40 Prozent erhöht.

Die Verhandlungen zum Abschluß des Abkommens verliefen in freundschaftlicher Atmosphäre und trugen zur weiteren Zusammenarbeit beim Warenaustausch zwischen beiden Ländern bei.

Das Abkommen wurde von rumänischer Seite vom Minister für Außenhandel, Marcel Popescu, und für die Deutsche Demokratische Republik vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Erich Wächter, unterzeichnet.

(ADN 19. 6. 56)

Volksrepublik Bulgarien

257.

Protokoll über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Bulgarien auf dem Gebiete des Maschinenbaus

Am 26. Mai 1955 wurde in Berlin ein Protokoll über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete des Maschinenbaus unterzeichnet.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Kommissionen standen im Zeichen herzlicher Freundschaft und gegenseitiger Hilfeleistung. Die Festlegungen betreffen die Zusammenarbeit in Fragen der Ausnutzung und Entwicklung der vorhandenen Kapazitäten sowie den planmäßigen Ausbau des gegenseitigen Warenaustausches.

(ADN 2. 6. 55)

258.

Unterzeichnung eines Abkommens über Pflanzenschutz und Quarantäne mit der Volksrepublik Bulgarien

Ein Abkommen über Pflanzenschutz und Quarantäne ist am 17. Juni 1955 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien in Sofia abgeschlossen worden. Entsprechend diesem Abkommen verpflichten sich beide Länder zu einer Reihe von Maßnahmen für den Schutz landwirtschaftlicher Kulturen vor verschiedenen Krankheiten und Schädlingen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 12/1955)

259.

Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkommens mit der Volksrepublik Bulgarien

Von Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien wurde

am 30. Juli 1955 in Sofia ein Abkommen über den zivilen Luftverkehr unterzeichnet. Entsprechende Abkommen hat die Deutsche Demokratische Republik bereits mit anderen volksdemokratischen Ländern abgeschlossen.

(ADN 30. 7. 55)

260.

Unterzeichnung eines Abkommens über erweiterte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Bulgarien

Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien wurde am 22. August 1955 in Berlin ein Abkommen über eine erweiterte wirtschaftliche Zusammenarbeit geschlossen. Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnete das Abkommen der Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Herr Kerber, und für die Regierung der Volksrepublik Bulgariens der Minister für Außenhandel, Herr Jiwkoff.

(ADN 24. 8. 55)

261.

Aus dem Schreiben des Präsidenten Wilhelm Pieck, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und des ZK der SED an den Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien, G. Damjanoff, den Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, W. Tschervenkov, und das ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens anlässlich des 11. Jahrestages der Befreiung Bulgariens am 9. September 1955

Liebe Freunde, teure Genossen!

Zum 9. September 1955, dem 11. Jahrestag des bewaffneten Volksaufstandes gegen die faschistische Barbarei, der in Verbindung mit dem heldenhaften Kampf der Sowjetarmee Bulgariens die Freiheit brachte, übermitteln wir Ihnen und dem bulgarischen Volk unsere brüderlichen Kampfesgrüße. Im Namen aller demokratischen und friedliebenden Deutschen beglückwünschen wir Sie auf das herzlichste zu den großartigen

Erfolgen, die das bulgarische Volk in diesen elf Jahren auf allen Gebieten unter Führung der von dem unvergeßlichen Georgij Dimitroff und der Kommunistischen Partei Bulgariens geschaffenen Vaterländischen Front errungen hat.

Die unbeirrbare Friedenspolitik der Sowjetunion und der volksdemokratischen Staaten sowie die Bemühungen friedliebender Menschen in allen anderen Ländern haben bereits zu einer Minderung der internationalen Spannung geführt.

Der Wille der Völker, ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben durch die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa zu gewährleisten, wird sich durchsetzen. Im Kampf um die Sicherung des Friedens und beim Aufbau des Sozialismus wünschen wir dem bulgarischen Volke weitere große Erfolge.

(Neues Deutschland, Berlin 9. 9. 55)

Danktelegramm des Präsidiums der Volksversammlung und des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien sowie des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens

Für die dem bulgarischen Volk aus Anlaß des 11. Jahrestages der Befreiung Bulgariens vom Faschismus und imperialistischen Joch übersandten Glückwünsche möchten wir Ihnen den allerherzlichsten Dank übermitteln.

Georgij Damjanoff, Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien; Wylko Tscherwenkoff, Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien; Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens.

(ADN 20. 9. 55)

262.

**VIII. Tagung der Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Bulgarien —
Unterzeichnung eines Protokolls**

Die Ständige Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien hielt vom 15. bis 19. September 1955 in Sofia ihre VIII. Tagung ab. In Beratungen, die

im Geiste herzlicher Freundschaft verliefen, wurden weitere Maßnahmen für den Ausbau der gegenseitigen Hilfe auf zahlreichen Gebieten der Industrie und der Landwirtschaft beschlossen. Die Leiter der Delegationen unterzeichneten am 19. September 1955 ein Protokoll mit entsprechenden Verpflichtungen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 20/1955)

263.

Glückwünsche zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

*Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung
der Volksrepublik Bulgarien, Georgij Damjanoff,
an Präsident Wilhelm Pieck*

Im Namen des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien und in meinem eigenen Namen beglückwünsche ich Sie, Genosse Präsident, herzlich anlässlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit äußerst lebhaftem Interesse und aufrichtiger Sympathie verfolgt das bulgarische Volk die Erfolge, die die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Wege des ständigen Aufschwungs der sozialistischen Wirtschaft und Kultur zur Hebung des Wohlstandes des Volkes erringen. Es ist von dem Wunsch erfüllt, die Freundschaft zwischen unseren Völkern zu festigen.

Ich wünsche von ganzem Herzen, daß der Kampf der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes um die Schaffung eines einheitlichen und friedliebenden Deutschlands von Erfolg gekrönt sein möge.

Georgij Damjanoff
Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung
der Volksrepublik Bulgarien

*Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien,
Wylko Tschervenoff, an Ministerpräsident Otto Grotewohl*

Anlässlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik erlauben Sie mir, Genosse Minister-

präsident. im Namen des bulgarischen Volkes, seiner Regierung und in meinem eigenen Namen Ihnen und durch Sie der Regierung und den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die herzlichsten Grüße zu übermitteln. Das bulgarische Volk freut sich aufrichtig über die hervorragenden Erfolge, die die Deutsche Demokratische Republik in ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung erreicht hat. Vollständig billigt und unterstützt es die konsequente Politik des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern, die die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verfolgt. Die Werktätigen in der Volksrepublik Bulgarien begrüßen von ganzem Herzen den in Moskau unterzeichneten Vertrag über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik, der einen bedeutenden Beitrag im Kampf für die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und für die friedliche Vereinigung des deutschen Volkes darstellt.

Es lebe und gedeihe die Freundschaft zwischen dem bulgarischen und dem deutschen Volke!

Wylko Tscherwenkoff

Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien
(Neues Deutschland, Berlin 9. 10. 55)

264.

Oskar Fischer neuer Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Bulgarien

Präsident Wilhelm Pieck verlieh am 9. Dezember 1955 Herrn Oskar Fischer den diplomatischen Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters und überreichte ihm das Beglaubigungsschreiben als Leiter der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Bulgarien.

Präsident Wilhelm Pieck bat Botschafter Fischer, dem Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien, Genossen Georgij Damjanoff, seine herzlichsten Grüße zu übermitteln.

(ADN 9. 12. 55)

265.

**Unterzeichnung des Arbeitsplanes für das Jahr 1956
zum Kulturabkommen mit der Volksrepublik Bulgarien**

Der Arbeitsplan für 1956 zum Kulturabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien wurde am 16. Dezember 1955 in Sofia unterzeichnet. Der Arbeitsplan sieht eine Reihe gegenseitiger Besuche von Künstlern, Wissenschaftlern, Schriftstellern und anderen Kulturschaffenden vor.

(ADN 17. 12. 55)

266.

**Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien, Georgij Damjanoff, empfängt den neuen
Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter
der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien, Georgij Damjanoff, empfing am 21. Dezember 1955 den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in Bulgarien, Oskar Fischer, der ihm sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Vor dem Gebäude der Volksversammlung war eine Ehrenwache aufgezogen; eine Militärkapelle spielte die Staatshymnen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien.

(ADN 22. 12. 55)

267.

**Regierungsdelegation der Volksrepublik Bulgarien
zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin**

An der Spitze der bulgarischen Regierungsdelegation, die am 1. Januar 1956 in Berlin eintraf, steht der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung und Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Bulgariens, Georgij Damjanoff. Ihr gehören der Minister des Innern und Mitglied des Politbüros, Georgij Zankoff, der Justizminister Radi Naidenoff,

der Sekretär der Volksversammlung, Mintscho Mintscheff, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter Christo Bojew an.

(Neues Deutschland, Berlin 2. 1. 56)

268.

Glückwunschtelegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck

Lieber, hochverehrter Genosse Wilhelm Pieck!

Ich begrüße Sie mit dem Gefühl innigster Verbundenheit und Liebe zu Ihrem ruhmvollen 80. Geburtstag und sende Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche für ein noch lang dauerndes Leben und kräftige Gesundheit. Mögen Sie, lieber Genosse Wilhelm Pieck, noch lange Jahre an der Spitze des deutschen Volkes stehen in seinem Kampf um ein einheitliches, friedliches und demokratisches Deutschland — die sichere Stütze des Friedens in Europa und in der Welt.

Kräftig drücke ich Ihnen die Hand und umarme Sie.

Ihr

Wylko Tscherwenkoff

(Neues Deutschland, Berlin 3. 1. 56)

269.

Handelsabkommen mit der Volksrepublik Bulgarien für das Jahr 1956

Zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien wurde am 16. Januar 1956 in Berlin das Handelsabkommen über die gegenseitigen Warenlieferungen für das Jahr 1956 unterzeichnet.

Auf der Grundlage der Warenlieferungen des Vorjahres ist für das Jahr 1956 eine Steigerung um 23 Prozent vorgesehen. Die Deutsche Demokratische Republik wird im Jahre 1956 in erster Linie Erzeugnisse des Maschinenbaues sowie der Elektrotechnik und Feinmechanik/Optik liefern. Aus der Volksrepublik Bulgarien erhält die Deutsche Demokratische Republik Rohstoffe, Nahrungs- und Genußmittel wie Fleisch, verschiedene

Arten Obst und Gemüse, Tabak, Zigaretten, Wein und andere Waren.

Die Verhandlungen wurden im Geiste aufrichtiger Freundschaft geführt. Das Abkommen wurde von deutscher Seite vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Hüttenrauch, und von bulgarischer Seite vom stellvertretenden Minister für Außenhandel, Frau Kaprielowa, unterzeichnet.

In einer kurzen Ansprache erklärte Herr Willy Hüttenrauch, daß der Vertrag dazu beitragen werde, die Grundlagen des Sozialismus noch rascher aufzubauen. Er wird im Sinne des Warschauer Vertrages helfen, die Verteidigungskraft der beiden Länder zu erhöhen. Mit freundlichen Worten erwiderte Frau Jordanka Kaprielowa die guten Wünsche für eine erfolgreiche Erfüllung des Abkommens und sagte, daß im Interesse einer noch besseren Zusammenarbeit der Abschluß langfristiger Außenhandelsabkommen wünschenswert sei.

(Neues Deutschland, Berlin 17. 1. 56)

270.

Unterzeichnung eines Vertrages zur Aufnahme des planmäßigen Luftverkehrs Berlin—Sofia

Zwischen der Deutschen Lufthansa der Deutschen Demokratischen Republik und dem bulgarischen zivilen Luftverkehrsunternehmen „TABSO“ ist am 23. März 1956 in Berlin ein Vertrag über Generalvertretung und gegenseitige Bedienung abgeschlossen worden. Mit Beginn des Sommerflugplans wird die Deutsche Lufthansa den regelmäßigen Luftverkehr zwischen Berlin und Sofia aufnehmen.

(ADN 23. 3. 56)

271.

I. Tagung der Regierungskommissionen für Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Bulgarien auf dem Gebiete der Landwirtschaft

Die I. Tagung der Regierungskommissionen für Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Deutschen Demokratischen Republik

fand in der Zeit vom 13. bis 22. Juni 1956 in Berlin statt. Es wurden unter anderem Maßnahmen zur Verbesserung der Saatgutvermehrung, der tierischen Produktion, der Mechanisierung in der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie vereinbart. Die Verhandlungen wurden seitens der Volksrepublik Bulgarien vom Minister für Landwirtschaft, Todoroff, und seitens der Deutschen Demokratischen Republik vom Stellvertreter des Ministers für Land- und Forstwirtschaft, Dr. Rübensam, geführt.

(ADN 26. 6. 56)

Koreanische Volksdemokratische Republik

272.

**Glückwunschtelegramm des Amtierenden Präsidenten
Dr. h. c. Johannes Dieckmann und des Ministerpräsidenten
Otto Grotewohl an den Vorsitzenden des Präsidiums der
Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokra-
tischen Republik, Kim Du Bon, und an den Vorsitzenden des
Ministerrates Kim Ir Sen zum 10. Jahrestag der
Befreiung Koreas am 15. August 1955**

Zum 10. Jahrestag der Befreiung Koreas von der japanischen Kolonialherrschaft durch die ruhmreiche Sowjetarmee übermitteln wir Ihnen und in Ihrer Person dem koreanischen Volk und der Regierung freundschaftliche Grüße und herzliche Glückwünsche.

Die Beendigung des 1950 durch die imperialistischen Aggressoren entfesselten Krieges in Korea war ein großer Sieg des koreanischen Volkes und der gesamten friedliebenden Menschheit und trug in hohem Maße zur Milderung der internationalen Spannungen bei. Kühn und entschlossen arbeitet heute das koreanische Volk an der Beseitigung der ungeheuren Verwüstungen des barbarischen Krieges und baut erfolgreich seine Volkswirtschaft auf.

Das deutsche Volk verfolgt stets mit großer Bewunderung den heroischen Kampf des koreanischen Volkes und bringt ihm die wärmste Sympathie und brüderliche Unterstützung entgegen. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik fühlen sich mit dem koreanischen Volk freundschaftlich verbunden und wünschen ihm an seinem Nationalfeiertag weitere Erfolge bei der Festigung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik sowie bei der Wiedervereinigung und dem Neuaufbau seiner Heimat.

(ADN 14. 8. 55)

*Danktelegramm der Staatsmänner der
Koreanischen Volksdemokratischen Republik*

Der Vorsitzende des Präsidiums der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim

Du Bon, und der Vorsitzende des Ministerrates der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, übermittelten dem Amtierenden Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Volkskammerpräsident Dr. h. c. Dieckmann, sowie Ministerpräsident Otto Grotewohl telegraphisch den tiefempfundenen Dank für ihre brüderlichen Glückwünsche zum 10. Jahrestag der Befreiung des koreanischen Volkes durch die ruhmreiche Sowjetarmee.

(ADN 22. 8. 55)

273.

Glückwunschtelegramm der Staatsmänner der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

An den

Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Wilhelm Pieck;

Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Otto Grotewohl;

Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Lothar Bolz

Im Namen der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und des gesamten koreanischen Volkes übermitteln wir Ihnen und durch Sie der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem uns brüderlich verbundenen deutschen Volk anlässlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik herzliche Glückwünsche. Die Deutsche Demokratische Republik hat auf allen Gebieten des staatlichen Aufbaus und der Entwicklung der Wirtschaft und Kultur des Landes große Erfolge erzielt, sie entwickelte sich zu einem festen Bollwerk im Kampf um die Schaffung eines einheitlichen und unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands.

Die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und das koreanische Volk wünschen dem uns brüderlich verbundenen deutschen Volk weitere große Erfolge im Kampf

für das Gedeihen und die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik sowie für die Wiedervereinigung seiner Heimat.

Der Vorsitzende
des Präsidiums der Obersten Volksversammlung
Kim Du Bon

Der Vorsitzende des Ministerrates
der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
Kim Ir Sen

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Nam Ir

(Neues Deutschland, Berlin 9. 10. 55)

274.

Unterzeichnung eines Abkommens über Post- und Paketverkehr sowie eines Abkommens über den Fernmeldeverkehr mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

Abkommen über den Post- und Paketverkehr und den Fernmeldeverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik sind am 1. Dezember 1955 in Berlin abgeschlossen worden. Die Abkommen wurden für die Deutsche Demokratische Republik vom Minister für Post und Fernmeldewesen, Friedrich Burmeister, und für die Koreanische Volksdemokratische Republik vom Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Pak Kil Jon, unterzeichnet.

(ADN 2. 12. 55)

**Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen
Republik vom 18. bis 22. Dezember 1955
in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik***

275.

**Aus der Ansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl bei
der Ankunft in Phoengjang am 18. Dezember 1955**

Ministerpräsident Otto Grotewohl brachte zunächst den Dank der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Einladung nach Korea zum Ausdruck und erklärte dann weiter:

„Wir sind beauftragt, dem tapferen koreanischen Brudervolk vom deutschen Volk heiße und brüderliche Kampfesgrüße zu übermitteln.

Mit großer Bewunderung und aufrichtiger Sympathie verfolgen die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und alle friedliebenden Menschen in Westdeutschland die hervorragenden Leistungen der koreanischen Werktätigen beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung. Der Kampf der koreanischen Patrioten um ihr nationales Selbstbestimmungsrecht, um die friedliche Wiederherstellung eines einheitlichen koreanischen Staates auf demokratischer Grundlage wird von allen friedliebenden Deutschen als die gerechte Forderung des koreanischen Volkes unterstützt. Wir sind davon überzeugt, daß sowohl das deutsche als auch das koreanische Volk die von den Westmächten willkürlich betriebene Spaltung ihrer Länder überwinden und ihre Heimat zu einem Hort des Friedens und der Demokratie gestalten werden.

Unsere Reise, die uns auf Ihre Einladung in Ihr Land führt, soll ein sichtbares Zeichen für die sich ständig festigenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern und Ländern sein. Ich benutze die Gelegenheit, um besonders die tapfere Bevölkerung der Heldenstadt Phoengjang herzlich zu grüßen, die kühn und entschlossen an der Beseitigung der tiefen Wunden arbeitet, die der barbarische Krieg der ausländischen Aggressoren geschlagen hat.

Es lebe die Regierung und das heldenhafte Volk der Koreanischen Volksdemokratischen Republik!

* siehe Nr. 162 bis 170 und 304

Es lebe die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem koreanischen Volk!

Es lebe der Friede zwischen den Völkern!“

(ADN 19. 12. 55)

276.

Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

Auf Einladung der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik weilte eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 18. bis 22. Dezember 1955 zu einem Freundschaftsbesuch in Korea. Der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik gehörten an: der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, der Staatssekretär im Ministerium der Justiz, Dr. Heinrich Toeplitz, der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer, Peter Florin, das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Fritz Grosse, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Richard Fischer, das Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christa Jablonsky, der Rektor der Berliner Humboldt-Universität, Professor Dr. Walter Neye, der Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei, Heinrich Dollwetz, der Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Freundschaft“, Held der Arbeit Ernst Wulff, und der Meister und Aktivist der Waggonbaufabrik Dessau, Werner Horn.

Zwischen dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und dem Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, fand ein Meinungsaustausch statt, an dem von deutscher Seite die Mitglieder der Regierungsdelegation und von koreanischer Seite der Vorsitzende des Präsidiums der Obersten Volksversammlung, Kim Du Bon, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerkabinetts, Zoi Jon Gen, der Stell-

vertreter des Vorsitzenden des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas, Pak Den Ai, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerkabinetts Hon Men Chi, Pak Tschan Ok, Kim Ir, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas, Pak Kym Tscher, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerkabinetts, Zoi Tschan Ik, Pak I Wan, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Nam Ir, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Pak Kil Jon, teilnahmen.

Es wurden Fragen der weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, der kollektiven Sicherung des Friedens, des Schutzes des deutschen und des koreanischen Volkes vor aggressiven Militärblocks, der von beiden Völkern ersehnten Wiedervereinigung ihrer Länder und andere internationale Probleme erörtert, die die Interessen beider Länder berühren. Der Meinungsaustausch verlief in herzlicher Freundschaft und zeigte volle Übereinstimmung der Ansichten.

Beide Regierungen sind der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung der Spaltung ihrer Länder durch die Versuche der herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika, Westdeutschland und Südkorea in Angriffsbasen zu verwandeln, ein Unglück für die Völker Deutschlands und Koreas ist. Der Verbleib ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium Deutschlands und Koreas steht der Wiedervereinigung sowohl Deutschlands wie Koreas entgegen. Beide Regierungen erklären erneut, daß die Staaten, die in Deutschland und Korea Truppen unterhalten, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zum gleichzeitigen Abzug aller ihrer Truppen vom Territorium Deutschlands wie zum gleichzeitigen Abzug aller ihrer Truppen vom Territorium Koreas treffen müssen.

Die Wiedervereinigung Deutschlands und Koreas ist vor allem Sache des deutschen und des koreanischen Volkes und muß auf friedlichem Wege und auf demokratischer Grundlage erzielt werden. Hierzu ist erforderlich, das gegenseitige Mißtrauen und die Spannung zwischen Ost- und Westdeutschland wie zwischen Nord- und Südkorea zu beseitigen und in Verhandlungen zu treten, die der schrittweisen Annäherung und Wiedervereinigung beider Länder dienen. Beide Regierungen halten ihre diesbezüglichen Vorschläge aufrecht.

Der Abschluß des Waffenstillstandsabkommens in Korea war ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Asien und eine unerläßliche Voraussetzung für die friedliche Wiedervereinigung Koreas. Um vom Waffenstillstandsabkommen in Korea zu einem dauerhaften Frieden überzugehen, muß das Abkommen von beiden Seiten streng eingehalten werden. Dem entsprechend muß die neutrale Waffenstillstandskommission in Korea, die aus Vertretern Polens, Schwedens, der Schweiz und der Tschechoslowakischen Republik besteht, beibehalten und jeder Versuch, ihre Arbeit zu behindern oder sie zu liquidieren, zurückgewiesen werden.

Beide Regierungen erachten es für notwendig, daß zur friedlichen Regelung der Koreafrage in Übereinstimmung mit den Interessen des koreanischen Volkes und den Interessen des Friedens sobald als nur möglich eine internationale Konferenz unter Teilnahme aller Staaten, die an diesen Fragen interessiert sind, einberufen wird.

Die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika zur Remilitarisierung Westdeutschlands stürzt das deutsche Volk, die Völker Europas und der ganzen Welt in die Gefahr eines neuen Krieges. Der Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands ist die gemeinsame Pflicht aller friedliebenden Völker.

Beide Regierungen erachten es als unerläßlich, daß in Europa ein System der kollektiven Sicherheit geschaffen wird, die militärischen Gruppierungen überwunden werden und durch die Beseitigung der Vorherrschaft der Monopolherren und Junker in Westdeutschland der Weg zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands frei gemacht wird.

Es gibt keine Kraft, die in der Lage wäre, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiedervereinigung Koreas als friedliebende, demokratische und souveräne Staaten auf die Dauer zu verhindern.

Beide Regierungen bestätigen feierlich ihren unbeugsamen Willen, das nationale Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker vor jedem Anschlag zu schützen, jeden Versuch der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zu vereiteln und ihre Beziehungen zu allen anderen Ländern — unabhängig von deren Staats- und Gesellschaftsordnung — auf den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens aufzubauen.

Beide Regierungen stellen mit Befriedigung fest, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik ständig erweitern und festigen, was den Interessen beider Völker entspricht und zur Festigung des Weltfriedens beiträgt.

Beide Regierungen sind übereingekommen, zum weiteren Ausbau dieser Beziehungen alle erforderlichen Maßnahmen auf wirtschaftlichem, kulturellem und anderen Gebieten zu treffen.

Die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik benutzte die Gelegenheit, um ihren aufrichtigen Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß das deutsche Volk gemeinsam mit den Völkern der anderen brüderlichen Länder — mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik China an der Spitze — dem koreanischen Volk moralische und materielle Hilfe in seinem Kampf für die Wiederherstellung und den Aufbau der Volkswirtschaft in der Nachkriegszeit leistet. Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik brachte die Bereitschaft zum Ausdruck, dem koreanischen Volk diese Hilfe auch weiterhin zuteil werden zu lassen.

Beide Regierungen sind davon überzeugt, daß der Besuch der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Meinungsaustausch zur Festigung der Freundschaft und der Solidarität der Völker beider Länder sowie zur Gewährleistung der Sicherheit der Völker und zur Festigung des Friedens in Europa wie in Asien beitragen.

Phoengjang, den 21. Dezember 1955.

Der Ministerpräsident
der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Otto Grotewohl

Der Vorsitzende des Ministerkabinetts
der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
gez. Kim Ir Sen

(Drucksache der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik)

*Aus den Ansprachen des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl
und des Vorsitzenden des Ministerkabinetts
der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen,
nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung*

Otto Grotewohl sagte, die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik kehre mit dem zuversichtlichen Gefühl zurück, daß in diesem Teil des Fernen Ostens die Sache des Friedens und der Sicherheit der Völker in guten Händen ruht. Dies sei für die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und alle anderen friedliebenden Deutschen ein Ansporn, den Kampf gegen den deutschen Militarismus noch entschlossener zu führen.

„Wir fühlen uns sehr geehrt, daß Kim Ir Sen im Namen der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik die Zustimmung gegeben hat, nächstes Jahr eine Regierungsdelegation in die Deutsche Demokratische Republik zu entsenden“, sagte der Ministerpräsident. „Dort werden sich unsere koreanischen Freunde selbst überzeugen können, wie teuer dem deutschen Volk die Freundschaft zu dem heroischen koreanischen Brudervolk ist.“*

Kim Ir Sen brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß die gemeinsame Erklärung zur weiteren Festigung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Staaten beitragen und die Völker dieser Länder im Kampf um die friedliche Wiedervereinigung ihrer Heimat begeistern werde. Die Erklärung sei auch ein Beitrag zur Stärkung des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus sowie zur Erhaltung des Friedens in Asien und Europa. „Es gibt keine Kräfte, die sich dem entschlossenen Kampf der Völker Koreas und Deutschlands entgegenstellen können“, betonte Kim Ir Sen. „Dieser gerechte Kampf wird zweifellos mit dem Sieg gekrönt werden.“ Abschließend drückte Kim Ir Sen seine Überzeugung aus, daß das koreanische Volk immer ein enger Freund des deutschen Volkes und das deutsche Volk, das Frieden und Demokratie liebe, immer ein enger Freund des koreanischen Volkes bleiben werde.

(ADN 21. 12. 55)

* siehe Nr. 280 bis 288

277.

Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin

Der Delegation aus der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, die unter Leitung des Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und Mitglied des Politbüros der Partei der Arbeit, Kim Du Bon, steht, gehören der Minister für Elektroenergie, Kim Du San, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter Pak Kil Jon an. Die Delegation traf am 2. Januar 1956 in Berlin ein.

(Neues Deutschland, Berlin 3. 1. 56)

278.

Hilfeleistung für die Koreanische Volksdemokratische Republik bei der Wiederingangsetzung von Bergbau- und Hüttenbetrieben

Am 20. Januar 1956 wurde in Berlin die I. Tagung im Rahmen der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik beendet. Die Deutsche Demokratische Republik wird Korea technische Dokumentationen für die Wiederingangsetzung von Bergbau- und Hüttenbetrieben übergeben, darunter insbesondere solche für schwere Maschinen, für Schachtanlagen, Erzaufbereitung und Walzstraßen. Bei der Wiederinbetriebnahme einer Reihe von chemischen Anlagen wird ebenfalls Unterstützung gewährt. Korea wird uns technische Dokumentationen auf dem Gebiete des Hüttenwesens und der Landwirtschaft geben.

(ADN 28. 1. 56)

279.

Handelsabkommen mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik für das Jahr 1956

Ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr für das Jahr 1956 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik

und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik wurde am 25. Februar 1956 in Phoengjang abgeschlossen. Das Volumen des Abkommens (Export und Import) ist rund viermal höher als der Warenaustausch 1955.

Das Abkommen wurde für die Deutsche Demokratische Republik von dem Beauftragten des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Meloh, und für die Koreanische Volksdemokratische Republik vom Ersten Stellvertreter des Ministers für Außenhandel, Kim Hen Juk, unterzeichnet. Die Unterzeichnung erfolgte in Anwesenheit des Ministers für Außenhandel der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Din Ban Su, und des Ersten Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Li Don Gen, und des Botschafters der Deutschen Demokratischen Republik, Fischer.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 5-6/1956)

Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik vom 7. bis 13. Juni 1956 in Berlin

280.

Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld

Am 7. Juni 1956 traf auf dem Flugplatz der Deutschen Luft-hansa in Berlin-Schönefeld die Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik unter Führung des Vorsitzenden des Ministerkabinetts, Marschall Kim Ir Sen, zu einem Freundschaftsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik ein.

Der Delegation gehören außer Kim Ir Sen folgende Persönlichkeiten an: Frau Pak Den Ai, Stellvertretende Vorsitzende des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes; Nam Ir, Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Mitglied des Präsidiums des ZK der Partei der Arbeit Koreas; Li Djon Ok, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission; General Zoi Hen, stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung; Kim Bjon Deh, stellvertretender Vorsitzender der Religionspartei; Ko Tschun Tek, stellver-

tretender Vorsitzender der Demokratischen Partei Koreas: Tcho Kim Son, Direktor des Polytechnischen Instituts von Phoengjang; die Helden der Arbeit Han Gi Tsan und Tschon Sin Bok sowie Pak Kil Jon, Botschafter in der Deutschen Demokratischen Republik.

Zum Empfang der koreanischen Regierungsdelegation waren mit Otto Grotewohl und Dr. h. c. Dieckmann auf dem Flugplatz erschienen: die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau, Prof. Fred Oelßner, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Lothar Bolz, Dr. Hans Loch, Paul Scholz, weitere Mitglieder der Regierung, der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front, Prof. Dr. Erich Correns, die Mitglieder des Politbüros des ZK und Sekretäre des ZK der SED Karl Schirdewan, Erich Mückenberger, Alfred Neumann, Albert Norden, Gerhart Ziller, der 1. Sekretär des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann, der Präsident der Länderkammer, August Bach, der Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, Generale und Offiziere der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei, Generale und Offiziere der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und Mitglieder des Diplomatischen Korps.

Als die Mitglieder der Delegation den Flugzeugen entstiegen, wurden sie von den führenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik mit einem kräftigen Händedruck herzlich willkommen geheißen. Das Orchester der Ehrenkompanie der Nationalen Volksarmee intonierte die Nationalhymnen beider Staaten. Kim Ir Sen schritt in Begleitung von Otto Grotewohl die Front der Ehrenkompanie ab.

*Ansprache des Vorsitzenden des Ministerkabinetts,
Marschalls Kim Ir Sen*

Verehrter Genosse Ministerpräsident!

Teure Genossen und Freunde!

Die Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik ist sehr erfreut, daß es ihr durch die Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ermöglicht wurde, Ihrem Land, das mit unserem Lande feste, freundschaftliche Beziehungen hat, einen Freundschaftsbesuch abzustatten.

Gestatten Sie mir, Ihnen im Namen der Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik für den freudigen Empfang auf das herzlichste zu danken und den Einwohnern Berlins — der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik — und allen friedliebenden Kräften Deutschlands die besten Grüße zu übermitteln.

Das koreanische Volk hat uns beauftragt, dem brüderlichen deutschen Volk für die sowohl während des dreijährigen Vaterländischen Befreiungskrieges als auch während der Nachkriegsperiode gewährte ständige materielle Hilfe und moralische Unterstützung in unserem gerechten Kampf für die Vereinigung und Unabhängigkeit der Heimat und für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus den aufrichtigsten Dank auszusprechen.

Mit großer Freude begrüßt das koreanische Volk alle Errungenschaften des brüderlichen deutschen Volkes im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und für den Weltfrieden und betrachtet sie als seine eigenen Erfolge. Von ihrer eigenen Lage ausgehend, verstehen die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und das koreanische Volk sehr gut den gerechten Kampf und die Forderungen des brüderlichen deutschen Volkes nach der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands und haben diese Forderungen immer unterstützt und werden sie auch weiterhin unterstützen.

Ich bin davon überzeugt, daß unsere Völker mit Hilfe der Länder des sozialistischen Lagers unter Führung der Sowjetunion und der Volksrepublik China sowie aller friedliebenden Völker der Welt zweifellos den Sieg in dem gerechten Kampf für die nationale Wiedervereinigung ihrer Länder davontragen werden, wenn sie die territoriale Zerrissenheit und Spaltung der Nation, die unseren beiden Ländern von den imperialistischen und reaktionären Kräften aufgezwungen wurde, beseitigen.

Ohne Zweifel wird der gegenwärtige Besuch unserer Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik die bereits zwischen unseren Ländern bestehende Freundschaft, die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit festigen und zur Erhaltung des Friedens in Asien und in Europa beitragen.

Es lebe die unverbrüchliche Freundschaft und Einheit zwischen dem koreanischen und deutschen Volk!

Es lebe der dauerhafte Frieden in der ganzen Welt!

(ADN 7. 6. 56)

Besuche der koreanischen Regierungsdelegation

Die Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik stattete am 7. Juni 1956 dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, in seinem Amtssitz einen Besuch ab. Im Verlauf der Unterhaltung wurden Fragen der Beziehungen zwischen beiden Staaten, Fragen der internationalen Lage und der Lage in Deutschland und Korea besprochen. An der Unterhaltung, die in einer herzlichen Atmosphäre verlief, nahmen von deutscher Seite die Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates Dr. Lothar Bolz, Heinrich Rau, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch, Paul Scholz, Fred Oelßner und Karl Maron teil.

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Nam Ir, stattete in Begleitung des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Pak Kil Jon, dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, einen offiziellen Besuch ab.

(ADN 7. 6. 56)

Präsident Wilhelm Pieck empfängt die koreanische Regierungsdelegation

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, empfing am 8. Juni 1956 in seinem Amtssitz Schloß Niederschönhausen die koreanische Regierungsdelegation unter der Leitung des Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen.

Dem Empfang wohnten u. a. Ministerpräsident Otto Grotewohl und der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, bei. Nach der Vorstellung der einzelnen Delegationsmitglieder richtete Präsident Wilhelm Pieck eine kurze Begrüßungsansprache an die Gäste, in der er die enge Verbundenheit der Deutschen Demokratischen Republik mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zum Ausdruck brachte. „Wir fühlen uns mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik“, sagte der

Präsident, „auch deshalb fest verbunden, weil sie einen unbeirr-
baren Kampf für die friedliche Wiedervereinigung ihres geteil-
ten Vaterlandes führt.“ Wilhelm Pieck äußerte die Überzeu-
gung, daß der Besuch der koreanischen Regierungsdelegation
die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden
Ländern weiter festigen werde. Kim Ir Sen erwiderte die An-
sprache des Präsidenten mit herzlichen Worten.

(Neues Deutschland, Berlin 9. 6. 56)

283.

Festempfang für die Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik am 8. Juni 1956 in Berlin

*Ansprache des Vorsitzenden des Ministerkabinetts, Marshalls
Kim Ir Sen*

Hochverehrter Genosse Präsident! Hochverehrter Genosse
Ministerpräsident! Liebe Genossen und Freunde!

Im Namen der Regierungsdelegation der Koreanischen Volks-
demokratischen Republik danke ich Ihnen herzlich für den
freundschaftlichen Empfang. Obwohl wir uns erst ganze zwei
Tage in der Deutschen Demokratischen Republik aufhalten,
haben wir schon in vollem Maße das Glück verspürt, unter
nahestehenden Freunden zu weilen, und empfinden die große
brüderliche Liebe des friedliebenden deutschen Volkes zum
koreanischen Volk.

Von unseren Ländern liegt das eine im Osten und das andere
im Westen, sie sind einige tausend Kilometer voneinander
getrennt. Das aber ist für uns kein Hindernis. Die Freundschaft
unserer beiden in der großen Familie des Lagers des Frie-
dens, der Demokratie und des Sozialismus zusammengeschlos-
senen Völker beruht auf der gemeinsamen Idee und dem ge-
meinsamen Ziel. Sie wächst und erstarkt im Kampf um den
Frieden in der ganzen Welt und um die friedliche Wieder-
vereinigung unserer Länder auf demokratischer Grundlage
und verwandelt sich zu einer unbesiegbaren Kraft.

Die große materielle und moralische Unterstützung, die vom
deutschen Brudervolk in der schweren Zeit des Vaterländischen
Befreiungskrieges unseres Volkes gegen die imperialistische
Aggression geleistet wurde, spornte das koreanische Volk in
seinem gerechten Kampfe an. Die ununterbrochene Hilfe, die

unserem Volk vom deutschen Volk in der Nachkriegsperiode gegeben wird, ist ein großer Beitrag zur Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Volkswirtschaft unseres Landes.

Insbesondere die Stadt Hamhung, die von den besten Fachleuten und Materialien, die uns das deutsche Brudervolk sendet, wiederaufgebaut wird, die Korea-Hilfsaktion, die sich auch gegenwärtig in Ihrem Land weiter entfaltet, sowie die mütterliche Liebe und herzliche Fürsorge, mit der Sie unsere Kriegswaisen umgeben, ist ein Symbol der immer stärker werdenden brüderlichen Freundschaft unserer Länder.

Der Besuch unseres Landes durch eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl im Dezember vorigen Jahres* war eine eindrucksvolle Demonstration der Freundschaft zwischen dem koreanischen und dem deutschen Volk und leistete einen beträchtlichen Beitrag zur weiteren Festigung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern.

Wir sind ermächtigt, Ihnen zu übermitteln, daß das koreanische Volk Ihnen für Ihre unschätzbare, auf dem proletarischen Internationalismus beruhende Hilfe von Herzen dankbar ist und daß es alle Anstrengungen unternehmen wird, um die Freundschaft zwischen Korea und Deutschland noch mehr zu festigen, um so unsere gemeinsame große Sache zum erfolgreichen Ende zu führen.

Liebe Freunde! Wir freuen uns über jeden Erfolg der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau Ihres Landes. Unter Berücksichtigung seiner eigenen Lage unterstützt das koreanische Volk voll und ganz Ihr Bestreben, die Einheit Ihrer gespaltenen Heimat auf friedlichem Wege und auf demokratischer Grundlage wiederherzustellen und den Frieden in Europa und in der ganzen Welt zu erhalten und zu festigen.

Wir sind der Meinung, daß in Westdeutschland die Wiedergeburt des Militarismus verhindert werden muß, daß Westdeutschland aus der NATO austreten muß und in Europa ein wirksames System der kollektiven Sicherheit zu schaffen ist.

Wie Sie mehrfach erklärt haben, muß die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage durch die Herstellung von Kontakten und Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten erfolgen.

* siehe Nr. 275 und 276

Am 29. Mai unterbreitete Ministerpräsident Otto Grotewohl in der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erneut Vorschläge zur Minderung der Spannungen innerhalb Deutschlands und zur Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten, was die beste Voraussetzung für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands wäre.*

Es versteht sich, daß die Politik der herrschenden Kreise der Deutschen Bundesrepublik, in der diese Vorschläge abgelehnt wurden, aber gleichzeitig der Militarismus wiederhergestellt wird, den Interessen des deutschen Volkes zuwiderläuft. Das deutsche Volk wünscht die Herstellung von Kontakten und den Frieden zwischen den beiden deutschen Staaten. Wir begrüßen von Herzen die richtige Haltung der Deutschen Demokratischen Republik, die die Interessen des deutschen Volkes widerspiegelt.

Liebe Freunde! Ebenso wie die Deutsche Demokratische Republik unternimmt auch die Koreanische Volksdemokratische Republik alle Anstrengungen, um die koreanische Frage auf demokratischer Grundlage durch die Koreaner selbst zu lösen. Wir haben wiederholt vorgeschlagen, Verhandlungen zwischen politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und einzelnen Persönlichkeiten Süd- und Nordkoreas zu führen und politische, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen zwischen dem Süden und dem Norden des Landes herzustellen. Um die realen Voraussetzungen für die Erhaltung des Friedens in Korea und für die friedliche Wiedervereinigung der Heimat zu schaffen, haben wir am 31. Mai neue Maßnahmen ergriffen. Sofern die südkoreanischen Behörden keinen Krieg gegen Nordkorea entfesseln und da wir auch in Zukunft wie bisher nicht als erste unsere bewaffneten Streitkräfte gegen die südkoreanischen Behörden einsetzen, haben wir beschlossen, bis zum 31. August 1956 eine Reduzierung der bewaffneten Streitkräfte der KVDR um 80 000 Mann vorzunehmen und die entsprechenden militärischen Ausgaben für den friedlichen Aufbau und die Verbesserung des Lebens des Volkes zu verwenden.

Die vom Volke isolierte herrschende Clique Südkoreas lehnt jedoch unsere friedliebenden Vorschläge ab. Auf Geheiß der herrschenden Kreise der USA und unter grober Verletzung des Waffenstillstandsabkommens in Korea vergrößern sie die südkoreanische Armee und führen illegal Kriegsmaterial nach

* siehe Nr. 26

Südkorea ein. Wie bekannt, haben kürzlich die USA und andere Länder, die an dem Aggressionskrieg gegen Korea teilgenommen haben, erneut den Vorschlag der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China, eine internationale Konferenz zur friedlichen Lösung des Korea-Problems einzuberufen, abgelehnt. Das spricht beredt dafür, daß sie den Frieden und die Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen nicht wünschen. Zu einem Zeitpunkt, an dem wir zur Festigung des Waffenstillstandes in Korea und zur Herstellung von Möglichkeiten für die Annäherung zwischen dem Süden und dem Norden des Landes die Armee und die Kriegsausrüstungen reduzieren, verlangen das Oberkommando der UNO-Armee und Li Syng Man die Entfernung der Inspektionsgruppen der neutralen Waffenstillstandskommission aus Südkorea.

Somit versuchen sie, das Waffenstillstandsabkommen zu torpedieren, und ohne Gewissensbisse vergrößern sie die Rüstungen in Südkorea.

Die sogenannte Politik der Stärke, die gegenwärtig von den aggressiven imperialistischen Kräften und den reaktionären Kreisen in Westdeutschland und Südkorea betrieben wird, bedroht den Frieden.

Sie verfolgen das Ziel, die Spaltung unserer Länder zu verewigen und die internationalen Spannungen zu verschärfen. Es ist aber vollkommen klar, daß diese Politik, die die Unterstützung der Völker nicht hat, zum Scheitern verurteilt ist.

Um den Frieden zu festigen, ist es notwendig, die Rüstungen zu beschränken, in Europa und Asien ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen, die Verwendung der Atom- und anderer Massenvernichtungswaffen zu verbieten und die Atomenergie nur zu friedlichen Zwecken zu verwenden. Das würde die internationalen Voraussetzungen für die beschleunigte friedliche Wiedervereinigung unserer Länder schaffen. Wir sind der Meinung, daß alle Streitfragen durch Verhandlungen gelöst werden müssen und daß es erforderlich ist, die persönlichen Kontakte zwischen den Staatsmännern zu festigen, um die internationalen Spannungen zu vermindern.

Der gerechte Kampf der Völker unserer Länder um die Wiedervereinigung Koreas und Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage wird unbedingt vom Sieg gekrönt sein.

Gestatten Sie mir, das Glas zu erheben auf die feste unverbrüchliche Freundschaft und Solidarität unserer Völker, auf das Gedeihen und die Entwicklung des friedliebenden deutschen Volkes und der Deutschen Demokratischen Republik sowie auf die Führer der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auf das Wohl des verehrten Genossen Präsidenten Wilhelm Pieck, des Genossen Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht.

Ansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

Hochverehrter Genosse Vorsitzender Kim Ir Sen!

Liebe Genossen und Freunde!

Es ist mir eine ganz besondere Freude, Sie, liebe koreanische Freunde, im Namen unseres Präsidenten, unserer Regierung und im Namen unserer gesamten Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik zu begrüßen. Wenige Monate sind seit den Tagen vergangen, als eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik die Gastfreundschaft des koreanischen Volkes genoß.* Wir werden nie die tiefen Eindrücke aus unserem Herzen verlieren über die Gefühle der Freundschaft, die uns in Korea von allen Seiten zuteil wurden. Wir fühlen uns in tiefer brüderlicher Freundschaft mit dem koreanischen Volk verbunden, weil unsere beiden Völker Mitglieder der großen sozialistischen Völkerfamilie sind, an deren Spitze die große Sowjetunion und Volkschina stehen.

Tausende Kilometer Entfernung liegen zwischen unseren Staaten, und doch sind unsere Herzen eng verbunden durch den gemeinsamen Kampf um Frieden und Sozialismus. Noch sind Korea und Deutschland gespalten.

Es ist das Hauptanliegen unseres Volkes, diesen einer friedlichen Entwicklung zuwiderlaufenden Zustand zu beseitigen und eine Verständigung zwischen den beiden Teilen unseres Landes herbeizuführen. Eine solche Lösung würde ebenso wie eine allgemeine Abrüstung den Interessen unserer Völker und dem Frieden der Welt dienen. Wir bedauern es sehr, daß der chinesisch-koreanische Vorschlag vom 9. April 1956, eine neue Konferenz zur Lösung der Koreafrage abzuhalten, von den

* siehe Nr. 275 und 276

USA abgelehnt wurde. Damit wollen die Imperialisten eine weitere Entspannung im Fernen Osten verhindern.

So, wie Adenauer in Westdeutschland seine „Politik der Stärke“ und des „kalten Krieges“ unverändert fortsetzt, versucht Li Syng Man in Südkorea, das Waffenstillstandsabkommen zu brechen, indem er der neutralen Überwachungskommission untersagt, ihre Arbeit in Südkorea fortzusetzen. Das ist ein flagranter Bruch des Waffenstillstandsabkommens vom Jahre 1953. Wir sind überzeugt, daß das koreanische Volk derartige Provokationen einmütig zurückweist und so wie das deutsche Volk gemeinsam mit allen friedliebenden Ländern und Völkern unbeirrt für die friedliche Lösung ihrer nationalen Fragen, für Frieden, Einheit und internationale Entspannung eintreten wird.

Wir haben bei unserem Besuch im Dezember vorigen Jahres in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik unsere schon bestehenden gegenseitigen Beziehungen weiter vertieft und gefestigt.

Wir denken, daß Ihr Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik ein weiterer Schritt auf diesem Wege ist. Es sollte unsere gemeinsame Aufgabe sein, durch dazu geeignete Maßnahmen die Freundschaft zwischen unseren Ländern und Völkern weiter zu vertiefen. Wir sind überzeugt, daß wir diese Aufgabe während Ihres Berliner Aufenthaltes lösen werden. Ich erhebe mein Glas auf die Gesundheit und auf weitere große Erfolge des Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Genossen Kim Ir Sen, und alle übrigen Genossen Delegationsmitglieder.

Ich erhebe mein Glas auf die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem koreanischen Volk, auf den gerechten Kampf unserer Völker für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und Koreas.

Auf ein freies, demokratisches und glückliches, wiedervereinigtes Korea!

Auf ein freies, demokratisches und glückliches, wiedervereinigtes Deutschland!

(Neues Deutschland, Berlin 9. 6. 56)

Verhandlungen mit den führenden Mitgliedern der koreanischen Regierungsdelegation

Das Presseamt beim Ministerpräsidenten teilt mit: In den am 7. Juni 1956 begonnenen Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und den Mitgliedern des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik einerseits und dem Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, und den Mitgliedern der Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik andererseits wurden Fragen der Beziehungen zwischen beiden Staaten, Fragen der internationalen Lage und der Lage in Deutschland und Korea erörtert. Es wurde vereinbart, daß der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, und der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Nam Ir, die Verhandlungen fortführen und die für ihren Abschluß in Betracht gezogenen Dokumente vorbereiten. (ADN 8. 6. 56)



Am 9. Juni, 12 Uhr, begannen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik die vereinbarten Verhandlungen zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Nam Ir.

An den Verhandlungen nahmen von deutscher Seite teil: der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Sepp Schwab, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Richard Fischer, der Staatssekretär und Erste Stellvertreter des Ministers für Kultur, Alexander Abusch, der Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Georg Henke, der Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Helmut Böhning, der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees, Kurt Heiß, der Leiter der Ab-

teilung Rechts- und Vertragswesen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Bock.

Von koreanischer Seite nahmen an den Verhandlungen teil: der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Li Djon Ok, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Pak Kil Jon, der Leiter der 4. Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Tjan In Tche, der Leiter der Rechtsabteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Djo Djen Su.

In den mehrstündigen Verhandlungen wurden alle beide Seiten interessierenden Fragen besprochen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

(ADN 9. 6. 56)

★

Die Verhandlungen zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Nam Ir, wurden am 11. Juni um 9.30 Uhr im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik fortgesetzt.

Über die bei den Verhandlungen erarbeiteten Dokumente wurde von beiden Seiten volle Übereinstimmung festgestellt. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Nam Ir, der die Schlußsitzung leitete, sprach allen an den Verhandlungen Beteiligten den Dank für die von ihnen geleistete Arbeit aus.

(ADN 11. 6. 56)

285.

Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik vom 12. Juni 1956

Auf Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die während des Besuches der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Koreanischen

Volksdemokratischen Republik im Dezember 1955 ausgesprochen wurde, weilte vom 7. bis 13. Juni 1956 eine Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik unter Leitung des Vorsitzenden des Ministerkabinetts, Kim Ir Sen, in der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Delegation gehörten an:

der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas, Pak Den Ai,

der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Nam Ir,

der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Li Djon Ok,

der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der Demokratischen Partei Nordkoreas, Ko Tschun Tek,

der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei „Tschenudan“ Nordkoreas, Kim Bjon Deh,

der stellvertretende Minister für Nationale Verteidigung, Generalmajor Zoi Hen,

der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Pak Kil Jon,

der Direktor des Polytechnischen Instituts „Kim Tschak“, Tscho Kim Son,

der Werkleiter des metallurgischen Betriebes „Kim Tschak“, Held der Arbeit Han Gi Tsan,

der Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft im Andjuk, Held der Arbeit Meisterbauer Tschon Sin Bok.

Die Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik wurde vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und vom Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, empfangen. Bei dem Besuch von Betrieben verschiedener Industriezweige, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Kulturstätten und Einheiten der Nationalen Volksarmee hatte die Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik Gelegenheit, die Aufbauenerfolge und die Probleme der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik aus eigener Anschauung kennenzulernen.

Die Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik wurde in Deutschlands Hauptstadt Berlin wie bei ihrer Reise durch die Deutsche Demokratische Republik von

der Bevölkerung überall mit Freude und Begeisterung begrüßt. Ihr Besuch gestaltete sich zu einer lebendigen Demonstration der brüderlichen Freundschaft und Verbundenheit zwischen dem deutschen und dem koreanischen Volke.

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und der Vorsitzende des Ministerrates der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, erörterten die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Probleme der internationalen Lage und die Situation in Deutschland und in Korea.

An diesem in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre geführten Meinungsaustausch nahmen von deutscher Seite

der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht,

der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau,

der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. h. c. Otto Nuschke,

der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Hans Loch,

der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Paul Scholz,

der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Prof. Fred Oelßner,

der Minister des Innern, Karl Maron,

und von koreanischer Seite die Mitglieder der Regierungsdelegation teil.

Im Verlaufe des Meinungsaustausches wurde mit Befriedigung festgestellt, daß sich die seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten unablässig weiterentwickelt haben.

Diese Beziehungen beruhen auf der Gemeinsamkeit des Kampfes für den Frieden und für die Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen und des koreanischen Volkes: der friedlichen Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Koreas auf demokratischer Grundlage.

Sie beruhen auf den in beiden Staaten vollzogenen demokratischen Umgestaltungen und der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Von der ständigen Festigung dieser Beziehungen zeugen die Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik vom 21. Dezember 1955 und die seither getroffenen weiteren Vereinbarungen über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.*

Während des Besuches der Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik fanden Verhandlungen über die künftige Erweiterung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern statt. Im Ergebnis der Verhandlungen wurden ein Abkommen über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks unterzeichnet.

Beide Regierungen brachten ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß der Abschluß dieser Abkommen die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit, die zwischen beiden Ländern bestehen, noch weiter vertiefen wird.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurden internationale Probleme erörtert, die beide Seiten interessieren. Dabei ergab sich volle Übereinstimmung der Auffassungen beider Regierungen. Beide Regierungen begrüßen die in der letzten Zeit fühlbare Verminderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen.

Beide Regierungen bekräftigen erneut ihr gemeinsames Streben, durch geeignete Maßnahmen zur weiteren Entspannung der internationalen Lage beizutragen.

Beide Regierungen betrachten den Ausbau und die Entwicklung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen und die Herstellung persönlicher Kontakte zwischen den Staatsmännern als ein wichtiges Mittel zur Förderung des Ver-

* siehe Nr. 276, 278 und 279

trauens, des gegenseitigen Verständnisses und der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern. Beide Regierungen geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß auf dem Wege der Verhandlungen die friedliche Lösung aller strittigen internationalen Probleme erreicht werden kann.

Beide Regierungen fordern auf das entschiedenste ein bedingungsloses Verbot der Herstellung und Anwendung von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen und treten für die Verwendung der Atomenergie ausschließlich zu friedlichen Zwecken ein.

Beide Regierungen sind der Auffassung, daß ein Übereinkommen der Staaten in der Abrüstungsfrage zur weiteren Entspannung der internationalen Lage beitragen und der Festigung des Friedens sowie der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und der friedlichen Wiedervereinigung Koreas auf demokratischer Grundlage dienen würde.

Beide Regierungen erklären ihre Bereitschaft, wirksame Maßnahmen zur Beschränkung der herkömmlichen Rüstungen und Streitkräfte zu unterstützen.

Der Vorschlag über die Schaffung einer Zone der kontrollierten Rüstung in Mitteleuropa, der beide deutschen Staaten sowie ihre Nachbarländer angehören sollen, stellt einen gangbaren Weg zur Festigung der Sicherheit und zur Entspannung der Lage in Europa sowie zur Schaffung notwendiger Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage dar.

Die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den Nordatlantikblock versperren den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die verstärkte Aufrüstung in Südkorea ist ein Hindernis für die Wiedervereinigung Koreas. Diese Entwicklung in Westdeutschland und in Südkorea bedroht den Frieden in Europa und in Asien.

Beide Regierungen sind der Auffassung, daß der Militarismus in Westdeutschland beseitigt, die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO aufgehoben und ein wirksames System der kollektiven Sicherheit in Europa geschaffen werden muß.

Zur friedlichen Lösung der koreanischen Frage halten es beide Regierungen für erforderlich, daß Süd- und Nordkorea die Erklärung abgeben, daß sie keinerlei Kriegshandlungen gegeneinander unternehmen, die Stärke der gegenwärtig in Süd- und Nordkorea bestehenden Armeen auf ein Minimum herabsetzen

und daß alle ausländischen Truppen, darunter auch die chinesischen Volksfreiwilligen, unverzüglich und gleichzeitig vom Territorium Koreas abgezogen werden müssen.

Im Zusammenhang damit weisen beide Regierungen auf die Bedeutung der von der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik aus freien Stücken getroffenen Maßnahmen zur beträchtlichen Herabsetzung der Stärke ihrer Streitkräfte hin, die ein Ausdruck der konsequenten auf die friedliche Wiedervereinigung Koreas gerichteten Bemühungen der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik sind. Sie betonen gleichzeitig, daß der Waffenstillstand in Korea in einen dauerhaften Frieden umgewandelt werden muß. Dazu ist es notwendig, daß beide Seiten das Abkommen über den Waffenstillstand in Korea einhalten. Ebenso notwendig ist es, daß die Neutrale Kommission zur Überwachung des Waffenstillstandes weiter bestehen bleibt. Daher verurteilen beide Regierungen auf das schärfste die offenen Bestrebungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der unter ihrem Schutz stehenden südkoreanischen Behörden, die Erfüllung der Verpflichtungen der Neutralen Kommission zur Überwachung des Waffenstillstandes zu behindern und die Kommission aufzulösen.

Beide Regierungen bekennen sich zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz als der festen Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten.

Die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik begrüßt die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Gemeinsamen Erklärung mit der Regierung der Volksrepublik China vom 25. Dezember 1955 abgegebene Stellungnahme zum Befreiungskampf der asiatischen und afrikanischen Völker* und sieht darin den Ausdruck einer von der Deutschen Demokratischen Republik herbeigeführten Wende in den Beziehungen zwischen Deutschland und den vom kolonialen Joch befreiten und um ihre Befreiung kämpfenden Völkern dieser Länder. Sie erblickt darin die Bekundung der Solidarität der friedlichen und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes mit dem Streben dieser Völker nach Unabhängigkeit und Frieden. Beide Regierungen wünschen die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen zu allen Staaten, insbesondere zu den friedliebenden Ländern Asiens und Afrikas. Sie begrüßen und unterstützen den fortschreitenden Be-

* siehe Nr. 167

freiungskampf der Völker Asiens und Afrikas und die Bildung unabhängiger Staaten, deren Außenpolitik auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruht und dem Frieden und der Völkerverständigung dient.

Im Laufe der Verhandlungen brachten beide Regierungen ihr tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die südvietnamesischen Behörden die Erfüllung des Genfer Abkommens, das die nationale Vereinigung Vietnams vorsieht, sabotieren. Das deutsche und das koreanische Volk, die unter der Spaltung ihrer Heimat leiden, unterstützen den Vorschlag der Demokratischen Republik Vietnam und anderer interessierter Staaten, eine neue Konferenz zur Beseitigung der Hindernisse bei der Verwirklichung der Genfer Abkommen und zu deren Gewährleistung einzuberufen.

Beide Regierungen stimmen darin überein, daß es der Charta der Vereinten Nationen widerspricht, wenn Staaten entgegen ihrem Willen von der Mitgliedschaft in den internationalen Organisationen ferngehalten werden.

Zu diesen Staaten gehören die Deutsche Demokratische Republik und die Koreanische Volksdemokratische Republik.

Beide Regierungen unterstützen das Prinzip der Universalität der Vereinten Nationen und treten insbesondere für die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Volksrepublik China in der Organisation der Vereinten Nationen ein.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Koreanische Volksdemokratische Republik gehören zum großen Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Ihr gemeinsames Ziel ist der Aufbau und die Festigung der sozialistischen Ordnung in ihren Ländern.

Die ständige Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern entspricht voll und ganz den Interessen beider Völker und dient der Sache des Weltfriedens.

Die Lage beider Staaten hat vieles gemeinsam. Deutschland und Korea sind durch den Eingriff imperialistischer und reaktionärer Kräfte gespalten.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Koreanische Volksdemokratische Republik sind die Repräsentanten der friedliebenden Kräfte des ganzen deutschen und des ganzen koreanischen Volkes. Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik erklären erneut ihren unbeugsamen Willen, die

Spaltung ihrer Länder auf friedlichem Wege zu überwinden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik sichern sich gegenseitig die volle Unterstützung im Kampf des deutschen und des koreanischen Volkes für die Schaffung der Einheit Deutschlands und der Einheit Koreas auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu.

Beide Regierungen sind überzeugt, daß der Besuch der Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik und die hier geführten Verhandlungen einen Beitrag zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit darstellen.

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl

Der Vorsitzende des Ministerkabinetts
der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
Kim Ir Sen

(Neues Deutschland, Berlin 13. 6. 56)

*Ansprachen anläßlich der Unterzeichnung der Gemeinsamen
Erklärung:*

Ministerpräsident Otto Grotewohl

Werter Genosse Vorsitzender des Ministerkabinetts!

Teure koreanische Freunde!

Die Gemeinsame Erklärung, die wir soeben unterzeichnet haben, und die beiden Abkommen über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Rundfunks sind ein Ausdruck der fruchtbaren und rasch voranschreitenden Entwicklung und Festigung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.

Wir sind überzeugt, daß die Gemeinsame Erklärung und der Abschluß der Abkommen ebenso wie die Ergebnisse der vorangegangenen Gespräche die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der

Koreanischen Volksdemokratischen Republik stärken und vertiefen werden. Der soeben vollzogene feierliche Akt stellt nicht nur einen Höhepunkt des Besuchs der koreanischen Regierungsdelegation in der Deutschen Demokratischen Republik und einen neuen Markstein in der Entwicklung der deutsch-koreanischen Beziehungen dar, sondern seine Bedeutung sollte zugleich auch im Zusammenhang mit den weltpolitischen Ereignissen der letzten Tage gemessen werden.

In unserer Gemeinsamen Erklärung bekräftigen beide Regierungen erneut ihr gemeinsames Streben, durch geeignete Maßnahmen zur weiteren Entspannung der internationalen Lage beizutragen, und ihre Bereitschaft, wirksame Maßnahmen zur Beschränkung der Rüstungen und Streitkräfte zu unterstützen.

Ferner äußern darin beide Regierungen die Auffassung, daß ein Übereinkommen der Staaten in der Abrüstungsfrage zur weiteren Entspannung der internationalen Lage beitragen und der Festigung des Friedens sowie der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und der friedlichen Wiedervereinigung Koreas auf demokratischer Grundlage dienen würde.

Diese Feststellungen entsprechen voll und ganz dem Inhalt der von dem Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Bulganin, an Eisenhower und Adenauer gerichteten Schreiben, die für uns höchst bedeutsame Probleme der Erhaltung des Friedens, der Abrüstung und der Sicherheit unserer Völker berühren. Der in diesem Schreiben niedergelegte Vorschlag, bis zum Abschluß eines internationalen Abrüstungsabkommens die Bemühungen der Staaten darauf zu richten, Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen zu verwirklichen, um auf diesem Wege zu einer weiteren Minderung der internationalen Spannungen, zur Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten und damit zu günstigeren Voraussetzungen für ein umfassendes Abrüstungsprogramm zu gelangen, findet unsere volle Unterstützung. Wir stellen fest, daß die Sowjetunion in dieser Frage bereits beispielhaft vorangegangen ist und eine erhebliche Verringerung ihrer Streitkräfte vorgenommen hat.

Wir würden es aufrichtig begrüßen, wenn die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ähnliche Maßnahmen zur Verringerung ihrer Streitkräfte — besonders auch auf deutschem Territorium — treffen würden, wie es die Regie-

rung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bereits getan hat.

Solche Maßnahmen der Regierungen der vier Mächte, die zu einer fortschreitenden Verringerung und schließlich zum Abzug der ausländischen Streitkräfte aus Deutschland führen könnten, wären nicht nur für die internationale Entspannung, sondern auch für die Lösung der Wiedervereinigung Deutschlands von großer Bedeutung. Auch die Wiedervereinigung Koreas, das sich in einer ähnlichen Situation befindet, würde damit ihrer Lösung nähergebracht werden.

Die hier unterzeichneten Dokumente sind durchdrungen von dem tiefen Wunsch unserer Völker nach Frieden und nach Beendigung der unseligen Spaltung Deutschlands und Koreas. Sie sind nicht nur ein Ausdruck des unablässigen harten Ringens aller deutschen und koreanischen Patrioten um die Lösung der Lebensfragen unserer Nationen, sondern zugleich ein neuer Beitrag zur Regelung internationaler Probleme und zur Festigung des Weltfriedens. Sie werden von der Bevölkerung unserer Länder und von allen friedliebenden Menschen der Welt begrüßt werden.

Vorsitzender des Ministerkabinetts Kim Ir Sen

Verehrter Genosse Otto Grotewohl!

Liebe Freunde!

Gestatten Sie mir, meiner tiefen Befriedigung über die heute erfolgte Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung Ausdruck zu geben, die zwischen der Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vereinbart wurde.

Die Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik, die im Dezember 1955 während des Besuches einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik unterzeichnet wurde,* bedeutet eine wichtige Etappe für die Festigung und Erweiterung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.

* siehe Nr. 276

Während unseres Aufenthaltes in Ihrem Lande haben wir ein Abkommen über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks abgeschlossen. Das beweist, daß die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sich mit jedem Tag vertieft und erweitert. Wir begrüßen diese Tatsache und sind darüber sehr erfreut.

In der Gemeinsamen Erklärung haben beide Regierungen erneut ihre einstimmige Meinung sowohl zu Fragen der weiteren Entwicklung der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern als auch zu beide Länder interessierenden internationalen Fragen bekräftigt.

Beide Regierungen, die die friedliebenden Kräfte in Korea und in Deutschland verkörpern, haben mit aller Deutlichkeit erklärt, daß sie bestrebt sind, die friedliche Wiedervereinigung ihrer Länder auf demokratischer Grundlage zu erreichen, wie das vom koreanischen und vom deutschen Volk so sehnlich herbeigewünscht wird. In der Gemeinsamen Erklärung haben unsere Regierungen ihre einmütige Meinung bekräftigt, daß die internationalen Streitfragen durch Verhandlungen gelöst werden müssen, daß ein Abkommen der Staaten über die Abrüstung erreicht werden muß und daß die Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel verboten werden müssen.

Unsere Regierungen haben ihre unerschütterliche Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu unterstützen, die die Grundlage für normale friedliche Beziehungen zwischen den Staaten sein müssen. Sie wollen alle ihre Kräfte anspannen, um eine weitere Entspannung in den internationalen Beziehungen zu erreichen.

Ich bin überzeugt, daß die soeben unterzeichnete Gemeinsame Erklärung unserer Regierungen, in der vor der ganzen Welt das einmütige Bestreben des koreanischen und des deutschen Volkes nach Frieden und Wiedervereinigung ihrer Länder dokumentiert ist, zur weiteren Festigung der sich ständig weiterentwickelnden Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern unserer Länder beitragen und unsere Völker im Kampf um die friedliche Wiedervereinigung der Heimat und den Aufbau des Sozialismus anspornen wird.

Es besteht ebenso kein Zweifel daran, daß die Gemeinsame Erklärung ein Beitrag zur Festigung des Lagers des Friedens und des Sozialismus, das unter der Führung der Sowjetunion und der Volksrepublik China steht, und zur Sache des Friedens in Europa und Asien sein wird.

Die koreanische und die deutsche Frage müssen durch unsere Völker selbst auf friedlichem Wege und auf demokratischer Grundlage in Übereinstimmung mit dem einmütigen Bestreben unserer Völker und ihren nationalen Interessen gelöst werden. Der gerechte Kampf der Völker unserer Länder, die in der großen, von der Sowjetunion und der Volksrepublik China geführten Familie des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus vereint sind, wird unbedingt vom Sieg gekrönt sein. Die zwischen dem koreanischen und dem deutschen Volk geschmiedete Freundschaft ist unzerstörbar. Sie wird als Ruhmesblatt ewig in die Geschichte unserer Länder eingehen.

(Neues Deutschland, Berlin 13. 6. 56)

286.

Empfang zu Ehren der koreanischen Regierungsdelegation

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Pak Kil Jon, gab anläßlich des Aufenthalts der Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik unter Leitung des Vorsitzenden des Ministerkabinetts, Kim Ir Sen, am 12. Juni 1956 im Haus der Ministerien zu Berlin einen festlichen Empfang.

An dem Empfang nahmen teil: der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, Ministerpräsident Otto Grotewohl, der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch, Paul Scholz, Prof. Fred Oelßner und Fritz Selbmann, das Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Karl Maron, Mitglieder des Ministerrates, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED Karl Schirdewan und

Erich Mückenberger, der 1. Sekretär des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann, der Sekretär des ZK der SED, Dr. h. c. Paul Wandel, Mitglieder der Präsidien der Volks- und Länderkammer, der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Prof. Dr. Erich Correns, Generale und Offiziere der Nationalen Volksarmee und der Deutschen Volkspolizei, Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Nationalpreisträger, Helden der Arbeit und Aktivisten. Ferner waren erschienen Mitglieder des Diplomatischen Korps und Vertreter des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik sowie Vertreter der in- und ausländischen Presse. Der Empfang verlief in einer herzlichen Atmosphäre.

Auf dem Empfang ergriff Kim Ir Sen das Wort und dankte der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Werktätigen unserer Republik für den herzlichen Empfang, den sie der koreanischen Freundschaftsdelegation zuteil werden ließen. „Freudig begrüßte uns das deutsche Volk“, sagte Kim Ir Sen. „Mit eigenen Augen konnten wir uns von dem wahren Enthusiasmus der deutschen Arbeiter, Bauern, der schaffenden Intelligenz und aller Patrioten — der Erbauer eines neuen Lebens — überzeugen.“

„Die Deutsche Demokratische Republik“, erklärte Kim Ir Sen, „ist die feste Bastion des Friedens und des Fortschritts in Deutschland und Europa. Von Tag zu Tag wachsen und festigen sich ihre politischen und wirtschaftlichen Kräfte. Wir sind überzeugt, daß weder Verleumdung noch Widerstände die Vorwärtsbewegung in Ihrem Lande aufhalten werden können.“

Ministerpräsident Grotewohl erinnerte in seiner Erwiderrungsansprache an den gemeinsamen Kampf beider Völker und ihre untrennbare Verbundenheit im großen Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. „Unsere Gespräche, die im Geiste herzlicher Freundschaft geführt wurden, sowie unsere Abmachungen sind Beiträge zur Sicherung des Friedens und zur Völkerverständigung. Sie dienen der internationalen Entspannung und zur friedlichen Lösung der Wiedervereinigung unserer Völker.“

(ADN 12. 6. 56)

Abreise der koreanischen Regierungsdelegation

Die koreanische Regierungsdelegation unter Leitung des Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, hat am 13. Juni 1956 nach ihrem mehrtägigen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik die Weiterreise in die Rumänische Volksrepublik angetreten. Zur Verabschiedung der Gäste hatten sich auf dem Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld Ministerpräsident Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, weitere Mitglieder der Regierung, Mitglieder des Politbüros des ZK der SED, Mitglieder der Präsidien der Volks- und Länderkammer, Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, Generale und Offiziere der Nationalen Volksarmee und der Deutschen Volkspolizei eingefunden. Mitglieder des Diplomatischen Korps und Vertreter des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik waren ebenfalls zugegen. Ferner waren Hunderte Werktätige aus Berliner Betrieben und Junge Pioniere zur Verabschiedung der Gäste erschienen. Eine Ehrenkompanie der Nationalen Volksarmee erwies der Delegation die Ehrenbezeugung.

Vor seiner Abreise erklärte Kim Ir Sen: „Mit dem Gefühl großer Freude konnten wir die unmittelbaren Erfolge des deutschen Volkes und jene patriotische Opferbereitschaft kennenlernen, die die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer friedlichen Arbeit entfalten. Wir nehmen einen unauslöschlichen Eindruck vom Besuch Ihres Landes und der Begegnung mit dem deutschen Volke mit.“

Ministerpräsident Otto Grotewohl verabschiedete die koreanischen Freunde mit herzlichen Worten. „Die Abkommen sowie die von unseren beiden Regierungen unterzeichnete Erklärung zeigen“, sagte er, „daß die Ziele Ihres Freundschaftsbesuches in der Deutschen Demokratischen Republik in vollem Umfange verwirklicht wurden.“

(Neues Deutschland, Berlin 14. 6. 56)

**Danktelegramm des Vorsitzenden des Ministerkabinetts
Kim Ir Sen an Ministerpräsident Otto Grotewohl**

Der Vorsitzende des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, hat beim Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl ein Telegramm gesandt, in dem er noch einmal für den freundschaftlichen Empfang während des Aufenthaltes der koreanischen Regierungsdelegation in unserer Republik dankt. „Gestatten Sie mir“, heißt es darin, „Ihnen und durch Sie dem ganzen deutschen Volk neue Erfolge für den Frieden, für die Wiedervereinigung der Heimat und für den Aufbau des Sozialismus zu wünschen.“

(Neues Deutschland, Berlin 15. 6. 56)

Volksrepublik Albanien

289.

Gaqo Paze

**neuer Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der
Volksrepublik Albanien in der Deutschen Demokratischen
Republik**

Das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien hat zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in der Deutschen Demokratischen Republik Gaqo Paze ernannt. Der bisherige albanische Gesandte in der Deutschen Demokratischen Republik, Ulvi Lulo, wurde mit einer anderen Funktion betraut.

(ADN 22. 9. 55)

290.

Präsident Wilhelm Pieck empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Volksrepublik Albanien

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, empfing am 30. September 1955 in seinem Amtssitz Schloß Niederschönhausen den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Volksrepublik Albanien in der Deutschen Demokratischen Republik, Gaqo Paze, der ihm sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Anschließend begaben sich Präsident Wilhelm Pieck und Botschafter Paze zu einer ersten freundschaftlichen Aussprache in das Arbeitszimmer des Präsidenten.

In seiner Ansprache an Präsident Wilhelm Pieck würdigte Botschafter Paze die aufrichtige und brüderliche Freundschaft zwischen dem albanischen Volk und dem deutschen Volk. Er bezeichnete dabei die Unterzeichnung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR als einen neuen wichtigen Faktor bei der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa. „Das albanische Volk verfolgt mit großem Interesse und mit großer Sympathie die allseitige Entwicklung und

Festigung der Deutschen Demokratischen Republik“, sagte Botschafter Paze. „Das albanische Volk und seine Regierung brachten immer ihren Wunsch zum Ausdruck, daß die Deutschlandfrage richtig gelöst werden möge, und leisteten in dieser Hinsicht jeden nur möglichen Beitrag. Die Regierungen der Volksrepublik Albanien und der Deutschen Demokratischen Republik unternehmen weiterhin alle erforderlichen Anstrengungen zur Minderung der internationalen Spannung und zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen den Staaten.“

Die Umwandlung der diplomatischen Vertretungen in Berlin und Tirana in Botschaften* bestätige erneut, daß sich die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Albanien und der Deutschen Demokratischen Republik ständig festigen. Botschafter Paze schloß mit der Versicherung, seine ganze Kraft daranzusetzen, um diese freundschaftlichen Beziehungen zu vertiefen.

In seiner Erwiderungsansprache wünschte Präsident Wilhelm Pieck Botschafter Paze die besten Erfolge in seiner neuen Tätigkeit. „Ich darf der Versicherung Ausdruck geben, daß sowohl ich als auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik alles tun werden, um Ihnen bei der Erfüllung Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe die größte Unterstützung zuteil werden zu lassen“, sagte Präsident Wilhelm Pieck. „Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bewundert die Erfolge, die Ihr tapferes Volk beim Aufbau des Sozialismus bereits errungen hat. Mit herzlichen Gefühlen der Freundschaft verfolgt sie die stürmische Entwicklung auf allen Gebieten des nationalen Lebens der Volksrepublik Albanien, die Ihrem Volk ein Leben in Frieden und Wohlstand sichern wird. Die Umbildung der diplomatischen Vertretungen unserer beiden Länder in Botschaften und der Austausch von Botschaftern bekräftigt aufs neue unsere feste und herzliche Freundschaft. Für die Unterstützung, die das albanische Volk dem deutschen Volk im Kampf um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland erweist, sage ich Ihnen den Dank aller deutschen Patrioten.“

(ADN 30. 9. 55)

* siehe Band II, Nr. 199

291.

Glückwunschtelegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Mehmet Shehu, an Ministerpräsident Otto Grotewohl zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Gestatten Sie mir, Genosse Ministerpräsident, Ihnen und in Ihrer Person dem deutschen Volke und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anlässlich des 6. Jahrestages der Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik die herzlichsten Grüße und Glückwünsche des albanischen Volkes, der Regierung der Volksrepublik Albanien und von mir persönlich zu übermitteln.

Mehmet Shehu

Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Albanien

(Neues Deutschland, Berlin 9. 10. 55)

292.

Kurt Prenzel neuer Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Albanien

Präsident Wilhelm Pieck verlieh am 14. November 1955 Herrn Kurt Prenzel den diplomatischen Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters und überreichte ihm das Beglaubigungsschreiben als Leiter der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Albanien. Der bisherige Leiter der Botschaft, Herr Erhard Scheffler, wird mit anderen Aufgaben betraut. *

Präsident Wilhelm Pieck bat Botschafter Prenzel, dem Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, Herrn Haxhi Lleshi, herzliche Grüße zu übermitteln.

(ADN 14. 11. 55)

**Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung
der Volksrepublik Albanien, Haxhi Lleshi, empfängt den neuen
Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der
Deutschen Demokratischen Republik**

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Albanien, Kurt Prenzel, hat am 22. November 1955 dem Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, Haxhi Lleshi, sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Kurt Prenzel führte bei der Überreichung aus: „Die deutschen Patrioten wissen, daß sie im Kampf um die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands jederzeit die brüderliche Hilfe des albanischen Volkes finden.“ Haxhi Lleshi erwiderte, daß das albanische Volk die Bestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik für die gerechte Lösung der Deutschlandfrage als einen Beitrag für die Erhaltung des Friedens würdige.

(ADN 23. 11. 55)

**Glückwunschtelegramm zum 11. Jahrestag der Befreiung
Albaniens am 29. November 1955**

Werte Freunde, teure Genossen!

Zum 11. Jahrestag der Befreiung Ihres Landes vom Faschismus übermitteln wir Ihnen im Namen aller deutschen Patrioten und in unserem eigenen Namen brüderliche Grüße. Wir beglückwünschen Sie zu den großen Erfolgen, die das tapfere albanische Volk unter der Führung der im Kampf gestählten Partei der Arbeit beim Aufbau des Sozialismus in den vergangenen elf Jahren errungen hat.

Die freundschaftlichen Beziehungen, die sich zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien entwickelt haben, dienen der Sicherung des Friedens in Europa. Unsere Völker, verbunden durch den in Warschau geschlossenen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, kämpfen gemeinsam für die Entspannung der internationalen Lage, für Sicherheit und ein friedliches Zu-

sammenleben aller Völker. Die deutschen Patrioten wissen, daß sie in ihrem schweren Kampf um die Wiedervereinigung ihres Vaterlandes auf friedlicher und demokratischer Grundlage auf die brüderliche Hilfe des verbündeten albanischen Volkes rechnen können.

Gestatten Sie uns, Ihnen immer neue und größere Erfolge in Ihrem friedlichen Aufbauwerk und in Ihrem Bemühen um die Sicherung des Friedens zu wünschen. Möge sich die Freundschaft zwischen dem deutschen und albanischen Volk zum Wohle unserer beiden Völker ständig festigen und vertiefen.

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik
Wilhelm Pieck

Das Präsidium der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
Dr. Johannes Dieckmann

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands
Walter Ulbricht

(Neues Deutschland, Berlin 29. 11. 55)

*Danktelegramm albanischer Staatsmänner für die
Glückwünsche zum 11. Jahrestag der Befreiung Albaniens*

Der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, Haxhi Lleshi, der Vorsitzende des Ministerrates, Mehmet Shehu, und der Erste Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, Enver Hodscha, haben Präsident Wilhelm Pieck, Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann und Ministerpräsident Otto Grotewohl ihren Dank für die Glückwünsche zum 11. Jahrestag der Befreiung Albaniens übermittelt.

(ADN 9. 12. 55)

Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Für die uns anläßlich des 11. Jahrestages der Befreiung Albaniens übermittelten freundschaftlichen Glückwünsche und

besten Wünsche drücken wir Ihnen unseren aufrichtigsten Dank aus.

Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, Haxhi Lleshi;

Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Mehmet Shehu;

Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Enver Hodscha.

295.

Regierungsdelegation der Volksrepublik Albanien zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin

Eine Regierungsdelegation der Volksrepublik Albanien traf am 31. Dezember 1955 zur Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des 80. Geburtstages von Präsident Wilhelm Pieck auf dem Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld ein. Die Delegation wird geleitet von dem Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien und Mitglied des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, Haxhi Lleshi. Der Delegation gehören an der Vizepräsident der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, Pilo Peristeri, Kandidat des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Albaniens; der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Behar Shtylla, sowie der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter in der Deutschen Demokratischen Republik, Gaqo Paze.

Auf dem Flugplatz hatten sich zum Empfang der Gäste eingefunden der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Hans Loch, der Sekretär des Zentralkomitees der SED Dr. h. c. Paul Wandel, Minister Kurt Westphal, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Georg Handke, sowie Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und der Deutschen Volkspolizei. Ferner waren Mitarbeiter der Botschaft der Volksrepublik Albanien in der Deutschen Demokratischen Republik erschienen.

Eine Kompanie der Kasernierten Volkspolizei erwies den Gästen die Ehrenbezeigung.

(Neues Deutschland, Berlin 31. 12. 55)

III. Tagung über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Albanien

Auf der III. Tagung über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien, die vom 4. bis 15. Februar 1956 in Tirana stattfand, wurde vereinbart, daß die Deutsche Demokratische Republik der Volksrepublik Albanien Hilfe beim Aufbau von Betrieben der Leicht- und Lebensmittelindustrie leistet und die Ausbildung albanischer Spezialisten für ein neues Fischkombinat sowie für die graphische Industrie übernimmt. Die Volksrepublik Albanien gewährt der Deutschen Demokratischen Republik Hilfe bei der Beschaffung von zoologischem Studienmaterial sowie durch Versuchsanbau neuer Kartoffelsorten. Ferner wurden Vereinbarungen über den Austausch landwirtschaftlicher Kulturen getroffen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 5—6/1956)

Handelsabkommen mit der Volksrepublik Albanien für das Jahr 1956

Zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und einer Handelsdelegation der Volksrepublik Albanien wurde am 17. Februar 1956 in Berlin das Handelsabkommen über die gegenseitigen Warenlieferungen im Jahre 1956 unterzeichnet.

Im Vergleich zum Jahre 1955 wird der Austausch von Waren weiter gesteigert werden. Die Deutsche Demokratische Republik wird im Jahre 1956 in die Volksrepublik Albanien in erster Linie Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Elektrotechnik, der Feinmechanik/Optik sowie des Bergbaus und der Chemie exportieren. Außerdem wird die Deutsche Demokratische Republik Transportschiffe sowie Fischkutter liefern. Diese Lieferung erfolgt im Rahmen des in der Volksrepublik Albanien von der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführenden Aufbaus eines Fischkombinates. Aus der Volksrepublik Albanien erhält die Deutsche Demokratische Republik Chromerze, Kupfer, Konserven und Südfrüchte.

Das Abkommen wurde von deutscher Seite vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Erwin Kerber und von albanischer Seite vom Stellvertreter des Ministers für Handel Vasil Kati unterzeichnet. Die Verhandlungen wurden im Geiste aufrichtiger Freundschaft geführt.

(ADN 17. 2. 56)

298.

Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. bis 21. Juni 1956 in Albanien

Ankunft in Tirana

Am 10. Juni 1956 traf auf dem Flugplatz in Tirana eine Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Besuch in der Volksrepublik Albanien ein. Die Delegation, die unter Leitung des Stellvertreters des Präsidenten der Volkskammer, Ernst Goldenbaum, steht, folgt einer Einladung der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien.

Am 11. Juni wurden die Abgeordneten vom Vorsitzenden der Volksversammlung, Gogo Nushi, empfangen. In einer kurzen Ansprache würdigte Gogo Nushi die Hilfe, die die Deutsche Demokratische Republik dem albanischen Volk beim Aufbau des Sozialismus leistet. Er wies vor allem auf den Bau des Fischkombinats „Ernst Thälmann“ in Vlora hin, dessen gesamte Ausrüstung von der Deutschen Demokratischen Republik geliefert wird.

Ernst Goldenbaum überreichte Nushi eine Vase aus Meißner Porzellan und einen Erinnerungswimpel. Gleichzeitig lud er eine Delegation der albanischen Volksvertretung zum Besuch in die Deutsche Demokratische Republik ein.

(Neues Deutschland, Berlin 12. 6. 56)

Empfang in Tirana

Anlässlich des Aufenthalts der Volkskammerdelegation aus der Deutschen Demokratischen Republik in Albanien gab der Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in Albanien, Kurt Prenzel, im Hotel „Dajti“ in Tirana einen Empfang. An-

wesend waren der Vorsitzende der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, Gogo Nushi, der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung, Haxhi Lleshi, sowie weitere führende Vertreter von Partei und Regierung.

(ADN 18. 6. 56)

Rückkehr nach Berlin

Die Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, die unter Leitung des Stellvertreters des Präsidenten der Volkskammer Ernst Goldenbaum zu einem zehntägigen Studienaufenthalt in Albanien weilte, ist am 21. Juni 1956 auf dem Luftwege wieder in Berlin eingetroffen. In ihrem ersten Bericht, den die Delegationsmitglieder Volkskammerpräsident Dr. h. c. Dieckmann erstatteten, berichteten sie u. a., daß sich in diesem kleinen Land am sichtbarsten von allen volksdemokratischen Staaten die gegenseitige Wirtschaftshilfe bemerkbar mache.

(Neues Deutschland, Berlin 22. 6. 56)

*

Der Delegation gehörten ferner an: Volkskammerabgeordneter Paul Fröhlich, Kandidat des ZK der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Leipzig; Volkskammerabgeordnete und Vorsitzende des Rates des Bezirkes Gera, Lydia Poser (SED); Volkskammerabgeordneter und Forschungsleiter Dr. Heinrich Moritz (CDU); Volkskammerabgeordneter und Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Neubrandenburg, Prof. Dr. Rühle (NDPD); Volkskammerabgeordneter und Sekretär der Parteileitung der LDPD, Kurt Wünsche; Volkskammerabgeordnete und Bürgermeisterin in Mildenberg, Kreis Gransee, Martha Kanow (VdgB).

(Neues Deutschland, Berlin 7. 6. 56)

299.

Unterzeichnung des Arbeitsplanes zum Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Albanien

Der Arbeitsplan zum Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien wurde am 13. Juni 1956 in Berlin unterzeichnet.

(ADN 15. 6. 56)

Mongolische Volksrepublik

300.

Unterzeichnung eines Rundfunkabkommens mit der Mongolischen Volksrepublik

In Moskau wurde am 18. Juli 1955 ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Radiokomitee beim Ministerrat der Mongolischen Volksrepublik abgeschlossen.

(ADN 19. 7. 55)

301.

Glückwunschtelegramm der Staatsmänner der Mongolischen Volksrepublik zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

An den

Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Wilhelm Pieck;

Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Otto Grotewohl;

Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands, Genossen Walter Ulbricht.

Im Namen des Präsidiums des Großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, des Ministerrates der Mongolischen Volksrepublik, des Zentralkomitees der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und des gesamten mongolischen Volkes übersenden wir Ihnen, teure Genossen, und in Ihrer Person der uns befreundeten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die herzlichsten Glückwünsche anlässlich des 6. Jahrestages der Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das mongolische Volk verfolgt wie alle friedliebenden Völker der Welt mit großem Interesse die grandiosen Erfolge, die die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau und bei der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit in

Europa errungen haben. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein festes Bollwerk der friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes und unternimmt große Anstrengungen, um zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates und somit zur Entspannung der internationalen Lage und zur Festigung des mächtigen Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus unter der Führung der großen Sowjetunion beizutragen.

Der Vorsitzende des Großen Volkshurals der Mongolischen
Volksrepublik
J. Sambul

Der Ministerpräsident der Mongolischen Volksrepublik
J. Zedenbal

Der Sekretär des Zentralkomitees der Mongolischen
Revolutionären Volkspartei
D. Damba

(Neues Deutschland, Berlin 9. 10. 55)

302.

Kommuniqué der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik über die Umwandlung ihrer Gesandtschaften in Botschaften

In dem Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik weiterzuentwickeln und zu festigen, haben die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik beschlossen, die Gesandtschaften in beiden Ländern in Botschaften umzuwandeln und Botschafter auszutauschen.

(ADN 17. 10. 55)

303.

Vorsitzender des Großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, Sambu, empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Mongolischen

Volksrepublik. Johannes König, überreichte am 14. November 1955 dem Vorsitzenden des Großen Volkshurals, Sambu, sein Beglaubigungsschreiben. Bei der Überreichung waren der Amtierende Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Rawdan, der Sekretär des Präsidiums des Großen Volkshurals, Scharab, der Chef des Protokolls und leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Mongolischen Volksrepublik zugegen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 23/1955)

304.

Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Mongolischen Volksrepublik

Auf Einladung der Regierung der Mongolischen Volksrepublik weilte eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 26. bis 28. Dezember 1955 zu einem Freundschaftsbesuch in der Mongolischen Volksrepublik.*

Der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik gehörten an:

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz;

der Staatssekretär im Ministerium der Justiz, Dr. Heinrich Toeplitz;

der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer, Peter Florin;

das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Fritz Grosse;

der Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Mongolischen Volksrepublik, Johannes König;

das Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christa Jablonsky;

der Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, Professor Dr. Walter Neye;

der Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei, Heinrich Dollwetzell;

* siehe Nr. 162 bis 170 und 275/276

der Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Freundschaft“, Held der Arbeit Ernst Wulff; der Meister und Aktivist im VEB Waggonbau Dessau, Werner Horn.

Zwischen dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und dem Ministerpräsidenten der Mongolischen Volksrepublik, Jumshagin Zedenbal, fand ein Meinungsaustausch statt, an dem von deutscher Seite die Mitglieder der Regierungsdelegation und von mongolischer Seite das Mitglied des Präsidiums des Großen Volkshurals D. Damba, die Stellvertreter des Ministerpräsidenten B. Schirendyb, S. Lubsan, L. Zend, S. Awarsid, der Amtierende Minister für Auswärtige Angelegenheiten S. Rawdan, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten N. Jadamshaw, das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, J. Bansar, teilnahmen.

Es wurden Fragen der weiteren Entwicklung und Festigung der zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen sowie internationale Probleme, die die Interessen beider Staaten berühren, erörtert. Der Meinungsaustausch fand in einer freundschaftlichen und herzlichen Atmosphäre statt.

Beide Seiten bestätigten die volle Übereinstimmung ihrer Auffassungen in allen Fragen von gemeinsamem Interesse und kamen überein, die zwischen beiden befreundeten Staaten bereits bestehenden Beziehungen auf allen Gebieten, insbesondere auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, weiterzuentwickeln und zu festigen.

Gleichzeitig wurde die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den anderen mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik befreundeten Staaten betont.

Beide Seiten stellen mit Befriedigung fest, daß die bekannten fünf Prinzipien:

1. gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität;
2. Nichtangriff;
3. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen;
4. Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil und
5. friedliche Koexistenz

in den Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen immer mehr zur Anwendung kommen.

Beide Seiten sind der Überzeugung, daß auf der Grundlage der genannten Prinzipien die Beziehungen zwischen den Staaten entwickelt werden können und daß die Anwendung dieser Grundsätze in den internationalen Beziehungen das gegenseitige Vertrauen fördert und der Minderung der internationalen Spannung dient.

Davon ausgehend erklären beide Seiten, daß sie bestrebt sind, auf dieser Grundlage Beziehungen zu jedem Staat unabhängig von seiner Gesellschaftsordnung zu pflegen.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Mongolischen Volksrepublik und der Republik Indien ist ein weiterer Beweis für die Entwicklung und Anwendung der fünf Prinzipien der Koexistenz und eine Tatsache von größter internationaler Bedeutung für die Festigung des Friedens in Asien und in der ganzen Welt.

Der Frieden in Europa und in Asien ist unteilbar. Er wird bedroht durch die Politik gewisser Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika, die aggressive Militärblocks schaffen und insbesondere den Militarismus in Westdeutschland wiedererrichten. Die dringlichste Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat ist die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, die Überwindung der militärischen Gruppierungen und die Beseitigung der Vorherrschaft der Monopolherren und Junker in Westdeutschland. Die Regierung der Mongolischen Volksrepublik erklärt ihre volle Solidarität mit dem deutschen Volk, das für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage kämpft.

Beide Seiten betrachten die Verweigerung der Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik in die Vereinten Nationen als eine Maßnahme, die im Widerspruch zu den Grundsätzen und der Satzung der Vereinten Nationen steht. Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik verurteilen es aufs schärfste, daß die von den amerikanischen Imperialisten vorgeschobene Marionette, Tschiang Kai-schek, diesmal die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen empfohlene Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik in die Vereinten Nationen verhindern konnte.

Die Mongolische Volksrepublik als souveräner und friedliebender Staat muß Mitglied der Vereinten Nationen sein.

Die Vereinten Nationen können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn der Grundsatz der Universalität strikte Anwendung findet und die Staaten, die den in der Satzung festgelegten Bedingungen entsprechen, als Mitglieder aufgenommen werden. Die auf Initiative der Sowjetunion erfolgte Aufnahme von sechzehn Staaten in die Vereinten Nationen wird von beiden Seiten begrüßt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Mongolischen Volksrepublik erklären ihre Entschlossenheit, auch in Zukunft konsequent für die Erhaltung des Friedens und für die Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit der Völker zu kämpfen.

Ulan-Bator, den 27. Dezember 1955.

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Otto Grotewohl

Der Ministerpräsident der Mongolischen Volksrepublik
gez. Zedenbal

(Drucksache der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik)

305.

**Regierungsdelegation der Mongolischen Volksrepublik
zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin**

Die Regierungsdelegation der Mongolischen Volksrepublik, die am 2. Januar 1956 auf dem Flughafen der Deutschen Luft-hansa in Berlin-Schönefeld ankam, wird vom Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volkshurals und Mitglied des Politbüros der Revolutionären Volkspartei, Sambu, geleitet. Der Delegation gehört weiter an das Mitglied des Zentralkomitees der Revolutionären Volkspartei, der Vorsitzende des Komitees der Wissenschaft, Schagbaral.

(Neues Deutschland, Berlin 3. 1. 56)

Demokratische Republik Vietnam

306.

Präsident Ho Chi Minh empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Demokratischen Republik Vietnam, Rudolf Pfützner, hat am 30. August 1955 dem Präsidenten Ho Chi Minh sein Beglaubigungsschreiben überreicht. In seiner Antrittsrede erklärte Botschafter Pfützner, daß die deutschen Patrioten den Kampf des vietnamesischen Volkes zur Wiedervereinigung seines Landes mit aufrichtiger Sympathie verfolgen. Die Regierung und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik würden die volks- und friedensfeindlichen Ränke der Diem-Regierung in Südvietnam verurteilen.

In seiner Antwort betonte Präsident Ho Chi Minh, daß das deutsche und das vietnamesische Volk das gleiche Endziel haben. „Ich bitte Sie“, sagte er, „meine aufrichtigsten Grüße dem Genossen Wilhelm Pieck, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem deutschen Brudervolk zu übermitteln.“

(Neues Deutschland, Berlin 1. 9. 55)

307.

Aus der gemeinsamen Grußadresse des Präsidenten und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik an den Präsidenten und Ministerpräsidenten Ho Chi Minh anläßlich des 10. Jahrestages der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam

Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam übermitteln wir Ihnen, verehrter Genosse Ho Chi Minh, und in Ihrer Person dem heldenhaften vietnamesischen Volke im Namen aller friedliebenden Deutschen und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik brüderliche Grüße und beglückwünschen Sie zu den

stolzen Erfolgen, die Ihr Volk unter Ihrer weitblickenden Führung erringen konnte.

Alle friedliebenden Deutschen sind davon überzeugt, daß das vietnamesische Volk alle Versuche der herrschenden Kreise Südvietnams, die Durchführung der gesamtvietnamesischen freien Wahlen im Jahre 1956 zu sabotieren, zurückweisen und die Einhaltung der Genfer Vereinbarungen erzwingen wird. Voll Bewunderung blicken wir auf den Enthusiasmus, mit dem das vietnamesische Volk an der Beseitigung der schweren Folgen des barbarischen Krieges und der jahrzehntelangen Kolonialherrschaft arbeitet, um die Grundlagen für ein friedliches, glückliches Leben in einem geeinten Vaterlande zu schaffen.

Wir versichern Ihnen, verehrter Genosse Präsident, daß das vietnamesische Volk bei seiner wirtschaftlichen und kulturellen Aufbauarbeit stets der brüderlichen, solidarischen Unterstützung durch die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gewiß sein kann.

Wir bitten Sie, verehrter Genosse Präsident, unsere besten Wünsche für weitere große Erfolge des tapferen vietnamesischen Volkes entgegenzunehmen.

(Neues Deutschland, Berlin 2. 9. 55)

308.

Vietnamesische Messe-Ausstellung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergeben

Am 15. September übergab der Leiter der vietnamesischen Messe-Delegation, Herr Huynh Ba Van, im Leipziger Buchgewerbehaus die vietnamesische Messe-Ausstellung als Geschenk an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Aus diesem Anlaß hatten sich Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der Parteien und Massenorganisationen aus Leipzig zu einer Feierstunde zusammengefunden.

Die Übergabe der vietnamesischen Ausstellung mit ihren rund 600 Erzeugnissen dieses ruhmvollen Landes verlief in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre.

Bereits während der Leipziger Herbstmesse hatte die Ausstellung Vietnams bei den in- und ausländischen Besuchern großes Interesse und viel Bewunderung hervorgerufen.

Nach der Ansprache von Herrn Huynh Ba Van dankte der Staatssekretär für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Frau Staimer, im Namen der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik dem vietnamesischen Volk für dieses wertvolle völkerverbindende Geschenk.

(Neues Deutschland, Berlin 16. 9. 55)

309.

Glückwunschtelegramm der Staatsmänner der Demokratischen Republik Vietnam zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

An

Genossen Wilhelm Pieck,

Präsident der Deutschen Demokratischen Republik,

Genossen Otto Grotewohl,

Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik

und

Genossen Lothar Bolz,

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik.

Anläßlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik haben wir die Ehre, im Namen des vietnamesischen Volkes und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Auswärtige Angelegenheiten die aufrichtigsten Glückwünsche zu übermitteln. Wir bitten Sie, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem deutschen Volk unsere herzlichsten Grüße zu überbringen.

Unter der klaren Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des ehrenwerten Präsidenten Wilhelm Pieck und mit der uneigennützigen Hilfe der großen Sowjetunion wird das tapfere deutsche Volk den Kampf für die Wiedervereinigung der Heimat siegreich beenden und somit einen bedeutenden Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt leisten.

In dem harten Kampf für Unabhängigkeit und Einheit seiner Heimat erfreut sich das vietnamesische Volk der aktiven Hilfe und Unterstützung des deutschen Brudervolkes. Wir benutzen diese Gelegenheit, um dem deutschen Volk und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unseren aufrichtigen Dank zu sagen.

Möge die Freundschaft, die das vietnamesische Volk mit dem deutschen Volk verbindet, mit jedem Tag fester werden.

Ho Chi Minh

Präsident der Demokratischen Republik Vietnam

Pham Van Dong

Ministerpräsident und Außenminister
der Demokratischen Republik Vietnam

310.

**Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz,
empfängt in Peking den Vorsitzenden der Nationalversammlung
der Demokratischen Republik Vietnam, Ton Duc Thang**

Der Vorsitzende der Nationalversammlung der Demokratischen Republik Vietnam, Ton Duc Thang, der sich auf der Fahrt nach der Deutschen Demokratischen Republik befindet, wurde am 9. Dezember 1955 auf der Durchreise in Peking im Namen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und vom Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in China, Richard Gyptner, herzlich empfangen.

Der vietnamesische Staatsmann wird dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, anlässlich seines Geburtstages einen Besuch abstatten. Die Begrüßungsansprache von Dr. Lothar Bolz beantwortete Ton Duc Thang mit den Worten, es sei für ihn eine große Ehre, Präsident Wilhelm Pieck besuchen zu dürfen, denn Wilhelm Pieck werde vom vietnamesischen Volk nicht nur als Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch als Vorkämpfer der Arbeiterklasse aller Länder verehrt.

(ADN 9. 12. 55)

311.

Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Geschäftsträger a. i. der Demokratischen Republik Vietnam

Präsident Wilhelm Pieck empfing am 24. Dezember 1955 in seinem Amtssitz Schloß Niederschönhausen den Geschäftsträger a. i. der Demokratischen Republik Vietnam, Botschaftsrat Nguyen Song Tung, sowie den III. Sekretär der Botschaft, Le Quang Hiep, und den Attaché Tran Thouy Hien. Der vietnamesische Geschäftsträger in der Deutschen Demokratischen Republik und seine Begleitung überbrachten Präsident Wilhelm Pieck als Geschenk eine kostbare Lackmalerei „Das Glück nach der Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“. Sie übermittelten dem Präsidenten gleichzeitig die herzlichsten Grüße des Präsidenten der Demokratischen Republik Vietnam, Ho Chi Minh. Für die hochherzige Betreuung vietnamesischer Kinder in der Deutschen Demokratischen Republik, die fern von der Heimat unbeschwert lernen und fröhlich sein können, dankten die Mitarbeiter der vietnamesischen Botschaft in herzlichen Worten.

(ADN 24. 12. 55)

312.

Regierungsvertreter der Demokratischen Republik Vietnam zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin

Am 31. Dezember 1955 traf auf dem Berliner Ostbahnhof der Vorsitzende der Obersten Volksversammlung der Demokratischen Republik Vietnam, Mitglied des Zentralkomitees der Lao-Dong-Partei, Ton Duc Thang, zur Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des 80. Geburtstages des Präsidenten Wilhelm Pieck ein. Zum Empfang des hohen Gastes waren erschienen der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Hans Loch, der Minister für Kohle und Energie, Richard Goschütz, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Georg Handke, der Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates, Staatssekretär Dr. Fritz Geyer, weitere Mitglieder der Regierung, Sekretäre des ZK der SED,

Generale und Offiziere der Kasernierten Volkspolizei und Vertreter des Diplomatischen Korps.

Nach der Begrüßung intonierte ein Musikzug die Nationalhymnen der Demokratischen Republik Vietnam und der Deutschen Demokratischen Republik. Danach schritten Ton Duc Thang und Dr. Hans Loch die Front der Ehrenkompanie der Kasernierten Volkspolizei ab. Mit einem dreifachen Hurra grüßte die Ehrenkompanie den vietnamesischen Gast.

(Neues Deutschland, Berlin 1. 1. 56)

313.

Glückwunschtelegramm der Staatsmänner der Demokratischen Republik Vietnam zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck

Anläßlich des 80. Geburtstages übermitteln wir Ihnen, dem geliebten Führer des deutschen Volkes und dem teuren Freund des vietnamesischen Volkes, die herzlichsten und brüderlichsten Glückwünsche im Namen der Bevölkerung und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam. Bei dieser Gelegenheit möchten wir Ihnen, der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik auch unseren Dank für die Unterstützung des vietnamesischen Volkes bei seinem Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der kulturellen Entwicklung aussprechen und Ihnen von ganzem Herzen ein langes Leben und gute Gesundheit wünschen, damit Sie die Deutsche Demokratische Republik zum siegreichen Aufbau des Sozialismus, der ruhmvollen Wiedervereinigung des Vaterlandes führen.

(Neues Deutschland, Berlin 6. 1. 56)

314.

Abkommen über Warenlieferungen und technische Ausrüstungen mit der Demokratischen Republik Vietnam für das Jahr 1956

Zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam wurde am 30. Januar 1956 in Hanoi ein Abkommen über Waren-

lieferungen und technische Ausrüstungen für 1956 abgeschlossen. Auf Grund dieses Abkommens liefert die Deutsche Demokratische Republik Werkzeugmaschinen, Transportausrüstungen, Fernsprechanlagen, feinmechanisch-optische Erzeugnisse. Ausrüstungen für Krankenhäuser, Erzeugnisse der Glas- und der keramischen Industrie, Kulturwaren, komplette Anlagen und sonstige Maschinen und Geräte.

(ADN 4. 2. 56)

315.

Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr mit der Demokratischen Republik Vietnam für das Jahr 1956

Nachdem am 30. Januar 1956 ein Abkommen über Warenlieferungen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam in Hanoi abgeschlossen wurde, ist am Abend des 2. März 1956 in Leipzig ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr für das Jahr 1956 unterzeichnet worden.

Auf Grund dieses Abkommens liefert die Deutsche Demokratische Republik u. a. pharmazeutische Produkte, Chemikalien, Fotoartikel sowie Maschinen und Werkzeuge für die Metall- und Holzverarbeitung.

Die Demokratische Republik Vietnam liefert Ölfrüchte, Gewürze, kandierte Südfrüchte, Kaffee, Holz, Bambus und Erzeugnisse des Bergbaus.

Das Abkommen wurde unterzeichnet im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, und im Auftrage der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam vom Minister für Handel Phan Anh.

Das Abkommen ist ein weiterer Beweis für die Freundschaft und Solidarität zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 5—6/1956)

316.

**Unterzeichnung eines Abkommens
über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit
mit der Demokratischen Republik Vietnam**

Am 14. März 1956 wurde in Berlin ein Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam abgeschlossen. Das Abkommen wurde unterzeichnet im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Dr. Grete Wittkowski, und im Auftrage der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam vom Minister für Handel Phan Anh.

317.

**Unterzeichnung eines Abkommens
über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr
mit der Demokratischen Republik Vietnam**

Zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam wurde am 15. Juni 1956 in Hanoi ein Abkommen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr abgeschlossen.

(ADN 16. 6. 56)

Föderative Volksrepublik Jugoslawien

318.

Außenhandelsbesprechungen mit der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien

In der Zeit vom 24. bis 28. Juni 1955 fanden die Verhandlungen zwischen Vertretern der Kammer für Außenhandel und der jugoslawischen Bundesaußenhandelskammer sowie maßgeblichen behördlichen Stellen in Belgrad statt. Die Besprechungen verliefen in einer aufgeschlossenen, freundschaftlichen Atmosphäre, wobei die Verhandlungspartner feststellten, daß die Möglichkeiten des gegenseitigen Warenaustausches weit über das derzeitige Volumen des Abkommens zwischen beiden Ländern hinausgehen.

Von jugoslawischer Seite wurden die Vorschläge der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik zur Vertiefung und Erweiterung der Handelsbeziehungen lebhaft begrüßt.

Dieser Handel, der sich auf der Basis der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens vollzieht, ist für Jugoslawien von Interesse, da die Deutsche Demokratische Republik in der Lage ist, landwirtschaftliche Maschinen, Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Feinmechanik-Optik, der Elektrotechnik und chemische Produkte zu liefern und sich durch das umfangreiche Angebot an kompletten Anlagen auch an den großen Investitionsvorhaben des Landes beteiligen kann. Für die Deutsche Demokratische Republik sind die Importe aus Jugoslawien an Rohstoffen, wie z. B. Holz und Pyrit, sowie an Verbrauchsgütern, u. a. Fleisch, Eiern, Pulpen für die Marmeladenherstellung, Weinen und Tabaken, sehr wertvoll.

Es wurde vereinbart, zur Intensivierung des Handels beiderseitige Expertendelegationen auszutauschen und den Austausch von Handelsvertretungen vorzubereiten.

(ADN 7. 7. 55)

319.

Zusatzabkommen zur Handelsvereinbarung mit der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien

Am 22. September 1955 wurde in Belgrad zwischen der jugoslawischen Bundes-Außenhandelskammer, vertreten durch

Herrn Generalsekretär Barbalic, und der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik, vertreten durch Herrn Hauptabteilungsleiter Werner Wolter, ein Zusatzabkommen im Umfange von 1 Mill. US-Dollar auf jeder Seite zu der schon laufenden Vereinbarung getroffen. Hiernach wird Jugoslawien Obst, Hartholz, Tabak und Bettfedern sowie Stahlrohre für Installationen und Konstruktionen liefern. Die Gegenlieferungen der Deutschen Demokratischen Republik umfassen insbesondere polygrafische und andere Maschinen, Elektromaterialien, feinmechanisch-optische Erzeugnisse, verschiedene Metallwaren und Chemikalien.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 19/1955)

320.

**Grußadresse des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz
an den Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten
Koca Popovic zum 10. Jahrestag der Gründung der Föderativen
Volksrepublik Jugoslawien**

Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien übersende ich Ihnen meine besten Grüße und wünsche Ihnen in Ihrer der Festigung des Friedens und dem Gedeihen der Völker Jugoslawiens gewidmeten Arbeit weitere Erfolge.

(ADN 29. 11. 55)

321.

**Zusatzabkommen zum bestehenden Warenabkommen mit der
Föderativen Volksrepublik Jugoslawien**

Zwischen der Bundes-Außenhandelskammer der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik wurde während der Leipziger Messe am 1. März 1956 ein Zusatzabkommen zum bestehenden Warenabkommen in Höhe von 3 Millionen Dollar vereinbart.

Jugoslawischerseits wurde das Abkommen durch den Stellvertretenden Generalsekretär der jugoslawischen Bundes-Außen-

handelskammer. Herrn Dr. Aleksic, unterzeichnet. Seitens der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik unterschrieb deren Präsident, Herr Dr. Lessing.

Die Unterzeichnung des Protokolls hat das Interesse bestätigt, das die Volkswirtschaften beider Staaten für einander haben. Wie schon im bestehenden Abkommen festgelegt ist, wird die Deutsche Demokratische Republik an Jugoslawien u. a. liefern: chemische Produkte, Maschinen aller Art und Erzeugnisse der Feinmechanik-Optik. Jugoslawien dagegen liefert u. a.: landwirtschaftliche Produkte, Fleisch, Hülsenfrüchte und Holz.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 5—6/1956)

DIE BEZIEHUNGEN DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
ZU ANDEREN LÄNDERN

Ägypten

322.

**Glückwunsch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten,
Dr. Lothar Bolz, an den Minister für Auswärtige Angelegen-
heiten der Republik Ägypten, Dr. Mahmoud Fawzi,
zum ägyptischen Nationalfeiertag**

Ich habe die Ehre, Ihnen, Exzellenz, und in Ihrer Person dem ganzen ägyptischen Volk zum Nationalfeiertag der Republik Ägypten die besten Glückwünsche zu übermitteln und weitere Erfolge im Kampf für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit Ihres Landes und die Erhaltung des Friedens zu wünschen.

(ADN 21. 7. 55)

Minister Dr. Mahmoud Fawzi an Minister Dr. Lothar Bolz

Sehr geehrt durch Ihre liebenswürdige Botschaft, bitte ich Eure Exzellenz, meinen aufrichtigen Dank sowie meine besten Wünsche entgegenzunehmen.

(ADN 9. 8. 55)

323.

**Empfang für Regierungsdelegation
der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo**

Der Minister für Handel und Industrie der Republik Ägypten, Dr. Abou Nosseir, gab zu Ehren der zu Handelsbesprechungen in Kairo weilenden Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik einen Empfang. Von ägyptischer Seite nahmen mehrere Minister und Staatssekretäre sowie leitende Mitarbeiter des Nationalen Produktionsstabes, der Industrieverbände, Banken und anderer Organisationen teil. Der Empfang verlief in einer freundschaftlichen Atmosphäre, getragen vom Geiste guter Beziehungen zwischen beiden Ländern.

(ADN 25. 10. 55)

Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, vom 6. bis 12. November 1955 in Kairo

324.

Ankunft in Kairo

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, ist am 6. November 1955, aus Neu Delhi kommend, in Kairo eingetroffen. Minister Rau folgte einer Einladung des ägyptischen Ministeriums für Handel und Industrie und wird in der ägyptischen Hauptstadt Besprechungen über die Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Ägypten führen.

Minister Rau wurde auf dem Flugplatz in Kairo vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Ägyptens, Gamal Salem, vom Minister für Handel und Industrie, Dr. Mohammed Abou Nosseir, sowie vom Minister für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Abdel Moneim el-Kaysouni, und führenden Mitarbeitern verschiedener ägyptischer Ministerien empfangen. Ferner waren zur Begrüßung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik der Botschafter der UdSSR in Ägypten, D. S. Solod, und die Chefs der diplomatischen Vertretungen der volksdemokratischen Länder erschienen.

(ADN 6. 11. 55)

325.

Ministerpräsident der Republik Ägypten, Gamal Abd el Nasser, empfängt Minister Heinrich Rau

Der Ministerpräsident der Republik Ägypten, Gamal Abd el Nasser, empfing am 6. November 1955 den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Heinrich Rau. In einer herzlichen und offenen Atmosphäre wurden Probleme der Beziehungen zwischen beiden Ländern erörtert. Dem Gespräch wohnten bei der Minister für Handel und Industrie Ägyptens, Dr. Abou Nosseir, der Haupt-

abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Curt-Heinz Merkel, der Handelsrat der Deutschen Demokratischen Republik in Ägypten, Kurt Enkelmann, der Präsident der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lessing, und Herr Markowski.

(ADN 7. 11. 55)

326.

Langfristiges Handelsabkommen sowie Handels- und Zahlungsabkommen für das Jahr 1956 mit der Republik Ägypten

Im Gebäude des Ministeriums für Handel und Industrie Ägyptens wurde am 10. November 1955 das erste langfristige Handelsabkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Ägypten unterzeichnet. Von der ägyptischen Seite leistete der Minister für Handel und Industrie, Dr. Mohammed Abou Nosseir, und von deutscher Seite der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, die Unterschrift.

Zu gleicher Zeit erfolgte die Unterzeichnung eines neuen Handels- und Zahlungsabkommens für das Jahr 1956 durch den Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie Ägyptens, Taher el-Kholi, und den Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Curt-Heinz Merkel. Anlässlich der Unterzeichnung der beiden Abkommen wurde ein gemeinsames Kommuniqué mit folgendem Wortlaut herausgegeben:

„Getragen von dem Wunsche, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu festigen und zu fördern, haben die Regierung der Republik Ägypten und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik heute ein langfristiges Handelsabkommen sowie ein kurzfristiges Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnet. Dank dem Geist der Zusammenarbeit und des guten Willens auf beiden Seiten sind die Verhandlungen zu einem erfolgreichen, für die Wirtschaft beider Länder nützlichen Abschluß gekommen.“

Wie Minister Dr. Nosseir am 9. November 1955 vor Presse-

vertretern erklärte, sieht das langfristige Handelsabkommen zwischen Ägypten und der Deutschen Demokratischen Republik im Laufe von drei Jahren einen Handelsaustausch in Höhe von sechs Millionen ägyptischen Pfund von jeder Seite und das Handels- und Zahlungsabkommen für das Jahr 1956 einen Handelsaustausch in Höhe von drei Millionen ägyptischen Pfund von jeder Seite vor. Dr. Abou Nosseir teilte mit, daß Ägypten der Deutschen Demokratischen Republik Baumwolle, Garn und Textilien liefern und aus der Deutschen Demokratischen Republik Kunstdünger, Chemikalien und Maschinen erhalten werde.

Heinrich Rau gab im Hotel Semiramis in Kairo einen Empfang. Unter den weit über 400 Gästen befanden sich der stellvertretende Premierminister der Republik Ägypten, Gamal Salem, der Minister für Handel und Industrie, Dr. Abou Nosseir, der Vorsitzende des Nationalen Produktionsrates, Hussein Fahmy, der Präsident der ägyptischen Eisenbahn, Hamdi, mehrere Staatssekretäre sowie leitende Mitarbeiter fast aller Ministerien. Vom Diplomatischen Korps waren die Botschafter bzw. Geschäftsträger und Mitarbeiter folgender Länder erschienen: UdSSR, CSR, Polen, Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Finnland, Burma, Libanon, Indonesien, Afghanistan, Schweden, Uruguay, Argentinien, Thailand, Äthiopien.

Der Empfang wird von der ägyptischen Presse in ausführlichen Wort- und Bildberichten als ein in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht bedeutendes Ereignis für die Hauptstadt der Republik Ägypten bezeichnet.

(Neues Deutschland, Berlin 11. 11. 55)

327.

Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Heinrich Rau über seine Reise nach Indien und Ägypten*

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, erklärte am 13. November 1955 auf dem Flugplatz Schönefeld, zurückgekehrt von wichtigen Verhandlungen mit der indischen und ägyptischen Regierung:

„Ich möchte von dieser Stelle der Regierung der Republik Indien und besonders Herrn Ministerpräsidenten Nehru danken

* siehe Nr. 357 bis 361

für das uns gezeigte Entgegenkommen und den immer wieder nachdrücklich zum Ausdruck gebrachten guten Willen für eine weitgehende ökonomische Zusammenarbeit.

Im Rahmen der im Fünfjahrplan Indiens vorgesehenen Entwicklung der Industrie werden wir eine Reihe Projekte bearbeiten und durchführen. Um die ökonomische Zusammenarbeit von Regierung zu Regierung zu erleichtern, wurde uns die Zustimmung zur Verlegung des Sitzes unserer Handelsvertretung von Bombay in die Hauptstadt Neu Delhi erteilt. Bisher standen dieser Maßnahme politische Erwägungen entgegen. Eine vielbeachtete Ehrung unserer Regierung und Bevölkerung war die an mich gerichtete Einladung der indischen Regierung, während meines Aufenthaltes in Neu Delhi Gast der Regierung zu sein. Ich glaube sagen zu dürfen, daß die Deutsche Demokratische Republik viele Freunde in Indien hat und daß feste Grundlagen für eine fruchtbare ökonomische Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten geschaffen sind.

Dasselbe darf ich auch — vielleicht in noch höherem Maße — bezüglich unserer Beziehungen zur Republik Ägypten sagen. Bei allen meinen Unterredungen, sei es mit Herrn Ministerpräsident Nasser, seinem Stellvertreter Herrn Gamal Salem, dem Minister für Handel und Industrie, Dr. Abou Nosseir, oder all den anderen Ministern, empfing mich eine Atmosphäre der Aufgeschlossenheit, des guten Willens zur weitgehenden ökonomischen Zusammenarbeit, und wenn bei der Abreise unserer Delegation aus Kairo der stellvertretende Ministerpräsident Gamal Salem mir mehrmals das Wort ‚Freundschaft‘ zurief, so entsprach dies dem Geist der Verhandlungen und den Gefühlen des ägyptischen Volkes zu unserem Volke. Das erklärt auch, warum es möglich war, in wenigen Tagen zwei inhaltsreiche Handelsabkommen, ein kurzfristiges und ein langfristiges Abkommen, auszuarbeiten. In Zahlen ausgedrückt, beinhalten die beiden Verträge für das Jahr 1956 Lieferungen von jeder Seite in Höhe von minimal 18 Millionen Dollar und maximal 27 Millionen Dollar.

Außerdem wurde die Errichtung von gegenseitigen Handelsvertretungen in Berlin und Kairo festgelegt, wobei zur Erleichterung der Handelstätigkeit den Vertretungen entsprechende konsularische Rechte und Funktionen gewährt werden.“

(Neues Deutschland, Berlin 15. 11. 55)

328.

Ägyptische Handelsvertretung in Berlin

Die ägyptische Regierung hat am 16. November 1955 beschlossen, im demokratischen Sektor von Berlin eine Handelsvertretung mit diplomatischen Rechten zu errichten. Dieser Beschluß entspricht den Vereinbarungen, die zwischen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik und der ägyptischen Regierung vor kurzem in Kairo getroffen worden sind.

(ADN 17. 11. 55)

329.

Wirtschaftsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo

*Empfang beim ägyptischen Minister für Handel und Industrie,
Dr. Nosseir*

Eine Wirtschaftsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Kurt Gregor befindet sich seit dem 23. Januar 1956 in Ägypten. Die Delegation wurde bei ihrer Ankunft in Kairo vom Staatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie der Republik Ägypten, Taher el-Kholi, und weiteren Vertretern der ägyptischen Regierung empfangen. Außerdem waren zur Begrüßung die Handelsräte der Sowjetunion, der Volksrepublik China, der Ungarischen Volksrepublik, der ČSR, der Volksrepublik Bulgarien und der Rumänischen Volksrepublik auf dem Flugplatz erschienen.

Am 24. Januar wurden Staatssekretär Gregor sowie der Handelsrat der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Ägypten, Kurt Enkelmann, vom ägyptischen Minister für Handel und Industrie, Dr. Nosseir, und anschließend vom Minister für Produktionsangelegenheiten, Hassan Ibrahim, zu längeren Besprechungen über die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen sowie der ökonomischen und technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern empfangen.

(ADN 26. 1. 56)

*Stellvertretender Ministerpräsident der Republik Ägypten,
Gamal Salem, empfängt Staatssekretär Kurt Gregor —
Empfang für führende Persönlichkeiten der Republik Ägypten*

Am 11. Februar 1956 wurde der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Kurt Gregor, vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Republik Ägypten, Gamal Salem, zu einer längeren Unterredung über die weitere Entwicklung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Republik Ägypten und der Deutschen Demokratischen Republik empfangen.

Am 12. Februar 1956 gab der Leiter der Wirtschaftsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär Kurt Gregor, einen Empfang, an dem der Minister für Angelegenheiten der Präsidentschaft und Produktionsangelegenheiten, Hassan Ibrahim, der Minister für Handel und Industrie, Dr. Mohammed Abou Nosseir, sowie weitere Persönlichkeiten der Republik Ägypten teilnahmen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 4/1956)

330.

Interview des „Neuen Deutschland“ mit dem Leiter der ägyptischen Regierungsdelegation zur Leipziger Messe, Minister Hassan Ibrahim

Frage: Die Bevölkerung unseres Landes hat die Tatsache Ihres Besuches mit großer Genugtuung aufgenommen und darin ein Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen erblickt, die zwischen unseren Ländern bestehen. Dürfen wir daraus entnehmen, daß auch Ägypten bestrebt ist, diese Beziehungen weiter zu vertiefen?

Antwort: Ich, sowohl wie die übrigen Mitglieder der ägyptischen Delegation, sind sehr glücklich über die Möglichkeit, Ihr Land besuchen zu können. Ich danke sowohl der Bevölkerung als auch der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf das herzlichste für die freundliche Aufnahme und hoffe, daß dieser Besuch dazu beitragen möge, unsere Beziehungen zu fördern und zu verstärken, speziell auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels.

Frage: Unsere Bevölkerung verfolgt mit außerordentlichem Interesse die Pläne für die industrielle und auch landwirtschaftliche Entwicklung Ihres Landes. Welche Möglichkeiten erkennen Sie, wie die Deutsche Demokratische Republik dabei künftig noch stärker mithelfen kann?

Antwort: Wir haben schon eine Reihe von großen Unternehmungen begonnen. Zweifellos brauchen wir dazu die nötigen Maschinen und Materialien. Deswegen bitten wir alle Länder, die uns industriell voraus sind, darunter die Deutsche Demokratische Republik, uns mit diesen Maschinen zu versorgen; auf der Grundlage des gegenseitigen Warenaustausches, insbesondere gegen unsere landwirtschaftlichen Produkte, im Rahmen des allgemeinen Wettbewerbs.

Frage: Wir wissen, daß Ägypten in den letzten Jahren nicht nur mit der Deutschen Demokratischen Republik, sondern mit fast allen Ländern des demokratischen Weltmarktes engere wirtschaftliche Beziehungen aufgenommen und ständig erweitert hat. Von welchen Erwägungen ließ sich dabei Ihr Land leiten?

Antwort: Unsere Regierung strebt einen ständig wachsenden Wohlstand des ägyptischen Volkes an. Um dieses Ziel zu verwirklichen, wünscht sie, mit allen anderen Ländern gute Beziehungen zu unterhalten und mit ihnen in Frieden zu leben. Ägypten hat deshalb den anderen Ländern seine Hand geboten, um ihre Freundschaft zu gewinnen, und zwar auf der Basis der völligen Gleichberechtigung. Viele Länder haben uns ihre Freundschaft angeboten, darunter die Deutsche Demokratische Republik sowie andere demokratische Länder. Wir haben diese Freundschaft dankbar angenommen und unsere Beziehungen mit diesen Ländern auf der Basis des gegenseitigen Vorteils erweitert. Ich wiederhole nochmals, daß wir den Frieden wünschen, um unser Vaterland aufzubauen. Deshalb werden wir denjenigen vernichten, der unseren Frieden stört.

Frage: Werden Sie Gelegenheit nehmen, nicht nur Leipzig, sondern auch andere Orte in der Deutschen Demokratischen Republik zu besuchen?

Antwort: Ich danke der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für das Programm, daß sie für uns vorbereitet hat, um den Besuch verschiedener Industriebetriebe zu ermöglichen. Wir haben schon einige Betriebe in Bitterfeld

besichtigt und werden noch andere, chemische, elektrotechnische und Maschinenfabriken, besuchen. Übrigens möchte ich der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die besten Grüße und Wünsche von 22 Millionen Ägyptern überbringen.

(Neues Deutschland, Berlin 29. 2. 56)

331.

Empfang des Leiters der ägyptischen Regierungsdelegation zur Leipziger Messe in Berlin

Der Leiter der ägyptischen Regierungsdelegation, die zur Leipziger Messe in der Deutschen Demokratischen Republik weilt, Minister Hassan Ibrahim, gab am 3. März 1956 im Hotel „Johannishof“ in Berlin einen Empfang. Daran nahmen Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau, Dr. Lothar Bolz, Fritz Selbmann, Paul Scholz und weitere Mitglieder der Regierung, des Präsidiums der Volkskammer, der Chef der Präsidialkanzlei, Staatssekretär Opitz, Mitglieder des Diplomatischen Korps und weitere hervorragende Persönlichkeiten teil.

Minister Ibrahim erklärte in einer Ansprache: „Wir sind sehr froh über die Gelegenheit, Ihr gastfreundliches Land zu besuchen. Der Besuch des Herrn Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Heinrich Rau, in unserem Land* hatte einen großen Einfluß auf die Entwicklung unserer freundschaftlichen Beziehungen. Auch der Besuch des Herrn Staatssekretärs Gregor und seiner technischen Mitarbeiter** wird von uns sehr hoch eingeschätzt.“

Der Minister dankte für die Möglichkeit, einige Betriebe zu besichtigen. „Während dieser Besuche konnten wir mit Bewunderung feststellen, welch großen Fortschritt Ihre Industrie gemacht hat, eine Tatsache, die wiederum die traditionelle Geschicklichkeit und Einsatzbereitschaft der deutschen Arbeiter unter Beweis stellt. Wir hatten auch Gelegenheit, die Staatliche Plankommission und die Staatliche Verwaltung für Statistik zu besuchen. Dabei konnten wir unsere Kenntnisse über

* siehe Nr. 324—326

** siehe Nr. 329

Gebiete erweitern, über die uns Herr Staatssekretär Gregor in Kairo bereits informierte.

Ich kann hier mit Genugtuung bestätigen, daß wir überall, wohin wir kamen, in freundschaftlichem Geiste begrüßt wurden und daß uns trotz der Kürze unseres Besuches bereitwillig alle gewünschten Informationen und Auskünfte erteilt wurden. Dafür möchte ich allen Ministern, Betriebsdirektoren und Arbeitern meinen herzlichen Dank aussprechen.

Dies alles verspricht ohne Zweifel eine fruchtbare Zusammenarbeit auf den Gebieten des Handels und der Wirtschaft sowie eine weitere gute Entwicklung der Beziehungen unserer Länder. Wenn sich diese Zusammenarbeit in der ganzen Welt durchsetzt, dann wird es den Völkern gelingen, ihr Leben in blühendem Wohlstand zu gestalten.

Wir glauben fest an unsere Zukunft und an die Zukunft unseres Vaterlandes. Wir sind uns der Schwere unserer Aufgabe, eine Wirtschaft auf solider und gesunder Basis zu schaffen, bewußt, aber wir werden alles tun, um unser Ziel zu erreichen. Wir sind von unserem Besuch bei Ihnen tief beeindruckt. Wenn wir jetzt Ihr Land verlassen, möchten wir besonders die unbeirrbaren Bemühungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer Bevölkerung und besonders der Arbeiter würdigen. Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit, Ihr Land zu besuchen. Ich bitte Sie, mir zu erlauben, das Glas auf das Wohl und Gedeihen unseres Freundeslandes, der Deutschen Demokratischen Republik, zu erheben.“

Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann antwortete dem ägyptischen Staatsmann: „Wir begrüßen den Besuch einer Regierungsdelegation der Republik Ägypten und geben der Hoffnung Ausdruck, daß mit diesem Besuch der weiteren Entwicklung insbesondere der Wirtschaftsbeziehungen und des gegenseitigen Verstehens zwischen unseren beiden Staaten gedient wurde. Die Deutsche Demokratische Republik ist bemüht, ihre Beziehungen zu anderen Staaten nach den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils und der friedlichen Koexistenz zu entwickeln, da sie überzeugt ist, daß dies den Interessen der Völker und der Erhaltung des Weltfriedens entspricht.

Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, der Republik Ägypten weiterhin und in noch verstärktem Maße bei der

Durchführung der vor ihr stehenden wirtschaftlichen Aufgaben zu helfen. Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, mit der Republik Ägypten allseitige Beziehungen aufzunehmen. Überbringen Sie bitte, Exzellenz, Ihrer Regierung und dem gesamten ägyptischen Volk die aufrichtigsten Grüße und besten Wünsche für weitere große Erfolge bei der Entwicklung Ihres Landes und im Kampf um Frieden, um Sicherung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit.“

(ADN 3. 3. 56)

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. bis 19. Mai 1956 in Kairo

332.

Ankunft in Kairo — Unterredung mit Ministerpräsident Nasser

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, ist am 16. Mai 1956, aus dem Libanon kommend, zu einem mehrtägigen Besuch in der ägyptischen Hauptstadt Kairo eingetroffen.

Kurz nach ihrer Ankunft hatten Heinrich Rau und mehrere andere Delegationsmitglieder eine einstündige Unterredung mit Ministerpräsident Nasser.

(ADN 16. 5. 56)

333.

Weitere Besprechungen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo — Empfang bei Ministerpräsident Nasser

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, wurde am 16. Mai 1956 von dem ägyptischen Staatspräsidenten Nasser zu einer Unterredung

empfangen. Dabei drückte Nasser seine Befriedigung über die immer enger werdenden wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Ägypten und der Deutschen Demokratischen Republik aus.

Zuvor hatte die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik den ägyptischen Minister für Produktionsangelegenheiten, Hassan Ibrahim, aufgesucht und mit ihm die Durchführung einiger Projekte besprochen. Am Nachmittag wurde die Delegation von Außenminister Dr. Fawzi empfangen. Der stellvertretende Ministerpräsident Ägyptens, Gamal Salem, gab für die Regierungsdelegation im Offiziersklub von Kairo ein Essen, an dem mehrere Minister und andere führende Persönlichkeiten der ägyptischen Regierung teilnahmen.

Der in Kairo weilende Außenminister des Jemen hatte mit Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik Besprechungen über wirtschaftliche und industrielle Projekte.

(ADN 17. 5. 56)

334.

Abschiedsempfang in der Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik auf der Nilinsel Zamalek

Am 19. Mai 1956 gab Minister Rau in dem neubezogenen Haus der Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik auf der Nilinsel Zamalek einen Abschiedsempfang, an dem führende Persönlichkeiten der Regierung, Wirtschaft, Armee und des öffentlichen Lebens Ägyptens sowie die diplomatischen Vertreter einer Reihe europäischer, asiatischer und afrikanischer Länder teilnahmen.

(Vorwärts, Berlin 22. 5. 56)

335.

Regierungsdelegation aus dem Nahen Osten zurückgekehrt Minister Heinrich Rau über die Ergebnisse der Reise

„Wir haben alte Beziehungen weiter gefestigt und neue Freunde gewonnen“, erklärte in einem Gespräch mit Journalisten am 20. Mai 1956 auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld der Stell-

vertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, zu dem Ergebnis der 3¹2wöchigen Reise der von ihm geleiteten Regierungsdelegation in die Republiken Sudan,* Syrien,** Libanon*** und Ägypten****. „Bei all unseren Gesprächen mit den Staatspräsidenten, Ministern, Präsidenten von Parlamenten und Gouverneuren kam immer wieder zum Ausdruck, daß die Völker der von uns besuchten arabischen Länder gute freundschaftliche Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik wie überhaupt zum deutschen Volk anstreben und besonders begrüßen, daß unsere Republik dem Kampf der arabischen Staaten um die Unabhängigkeit so große Aufmerksamkeit widmet.“

Auf die Frage, welchen Erfolg die Reise für den Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit diesen Staaten hatte, brachte Heinrich Rau zum Ausdruck, daß sich aus den Beratungen mit den Ländern, von denen die Deutsche Demokratische Republik in der Hauptsache Baumwolle, Ölsaaten und andere landwirtschaftliche Produkte sowie Südfrüchte bezieht, eine Reihe neuer Aufgaben für den Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik ergeben. „Wir konnten den Handel mit diesen Ländern erweitern“, sagte Heinrich Rau weiter, „aber unsere Reise hatte diesmal nicht nur eine Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ergebnis, sondern wir konnten auch in ziemlich umfangreichem Maße Vereinbarungen für eine Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet treffen.“ Auf wirtschaftlichem Gebiet habe die Delegation den Republiken Sudan, Syrien, Libanon und Ägypten in verstärktem Umfang technische und wissenschaftliche Hilfe für die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung angeboten. „Aber diese Länder brauchen nicht nur Hilfe, sondern sie können auch uns Hilfe geben und uns z. B. ihre großen Erfahrungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens vermitteln.“

(Vorwärts, Berlin 22. 5. 56)

* siehe Nr. 377—381

** siehe Nr. 389 und 390

*** siehe Nr. 370—372

**** siehe Nr. 332—334

Gouverneur von Kairo vom 1. bis 7. Juni 1956 in Berlin*Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld*

Der Gouverneur und Vorsitzende der Stadtverwaltung von Kairo, General Abd el Fattah el-Bendary, traf am 1. Juni 1956 zu einem Besuch in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ein. Er wird begleitet vom stellvertretenden Direktor des Kairoer Gesundheitsdepartements, Dr. Abd el Hamed Mohammed Aly. Die Gäste wurden auf dem Flughafen der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld vom Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, und anderen namhaften Persönlichkeiten begrüßt.

(ADN 1. 6. 56)

*Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel,
Heinrich Rau, empfängt den Gouverneur der Stadt Kairo*

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, empfing am 2. Juni 1956 den Gouverneur der Stadt Kairo, General Abd el Fattah el-Bendary, sowie den stellvertretenden Direktor des Gesundheitsdepartements in Kairo, Dr. Abd el Hamed Mohammed Aly, die zu einem offiziellen Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik weilen. Während der Unterredung, die in einer freundschaftlichen Atmosphäre verlief, übermittelte der General Heinrich Rau die persönlichen Grüße des ägyptischen Ministerpräsidenten Gamal Abd el Nasser.

(ADN 2. 6. 56)

*Empfang des Gouverneurs von Kairo beim Ministerpräsidenten
Otto Grotewohl — Abreise von Berlin*

Der Gouverneur und Vorsitzende der Stadtverwaltung von Kairo, General Abd el Fattah el-Bendary, trat am 7. Juni 1956 gemeinsam mit dem stellvertretenden Direktor des Kairoer Gesundheitsdepartements, Dr. Abd el Hamed Mohammed Aly, vom Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld

die Heimreise an. Die ägyptischen Gäste wurden vom Minister des Innern der Deutschen Demokratischen Republik, Karl Maron, dem Minister für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Erwin Kramer, dem Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates, Staatssekretär Plenikowski, und weiteren Mitgliedern der Regierung herzlich verabschiedet.

Vor Antritt ihrer Heimreise wurden die ägyptischen Gäste von Ministerpräsident Otto Grotewohl empfangen. Dem in herzlicher und aufgeschlossener Atmosphäre verlaufenen Empfang wohnten bei der Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Sepp Schwab, der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Gerhard Weiß, und der Handelsattaché der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo, Heinz Bastian.

Der Gouverneur der Stadt Kairo brachte seine Befriedigung über den Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck und fand Worte hoher Anerkennung für die Leistungen der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, von denen er sich während seiner Reise überzeugen konnte. Abd el Fattah el-Bendary überbrachte Ministerpräsident Otto Grotewohl die persönlichen Grüße des Ministerpräsidenten der Republik Ägypten, Gamal Abd el Nasser. Otto Grotewohl bat den Gouverneur seinerseits, Ministerpräsident Nasser und dem ägyptischen Volk beste Grüße und Wünsche zu übermitteln.

(ADN 7. 6. 56)

337.

Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten der Republik Ägypten, Gamal Abd el Nasser, zum Tage der Unabhängigkeit

Gestatten Sie mir, Exzellenz, Ihnen und dem ägyptischen Volk anlässlich der Feierlichkeiten zum Tage der Unabhängigkeit der Republik die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Die Regierung und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik verfolgen mit großer Anteilnahme die Bemühungen des ägyptischen Volkes und seiner Regierung zur Festigung der nationalen Unabhängigkeit seines Landes

und zur Erhaltung des Friedens. Ich verbinde meine Glückwünsche mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und für weitere Erfolge des ägyptischen Volkes in seiner friedlichen Aufbauarbeit.

(Vorwärts, Berlin 18. 6. 56)

Ministerpräsident Nasser an Ministerpräsident Otto Grotewohl

Ich danke Ihnen, Exzellenz, auf das herzlichste für die guten Wünsche und das Wohlwollen, daß Sie mir und meinem Volk anlässlich unseres Unabhängigkeitstages ausgesprochen haben. Ich wünsche Ihnen, Exzellenz, von ganzem Herzen vollen Erfolg in Ihrer Arbeit bei der Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik.

(ADN 20. 6. 56)

338.

**Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck
an Abd el Nasser
anlässlich dessen Wahl zum Präsidenten der Republik Ägypten**

Ich gestatte mir, Euer Exzellenz anlässlich der Wahl zum Präsidenten der Republik Ägypten namens des deutschen Volkes und in meinem eigenen Namen herzliche und freundschaftliche Grüße zu übermitteln.

Nehmen Sie, Exzellenz, meine besten Wünsche für neue große Erfolge in Ihrer Arbeit zum Wohle des ägyptischen Volkes und im Interesse der Erhaltung und Festigung des Friedens entgegen.

(ADN 25. 6. 56)

Präsident Gamal Abd el Nasser an Präsident Wilhelm Pieck

Ihre Glückwünsche sowie die Glückwünsche des deutschen Volkes haben mich zutiefst bewegt. Ich wünsche Euer Exzellenz beste Gesundheit und viel Glück und dem deutschen Volke Ruhm und Wohlstand.

Gamal Abd el Nasser

(ADN 28. 6. 56)

Burma

339.

Deutsche Demokratische Republik eröffnet Büro eines Handelsrates in Rangun

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union von Burma, Sao Hkun Hkio, hat dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, mitgeteilt, daß die Regierung der Union von Burma im Interesse des Handels zwischen beiden Ländern am 30. Juli 1955 der Eröffnung des Büros eines Handelsrates der Deutschen Demokratischen Republik in Rangun zugestimmt hat.

(ADN 4. 8. 55)

Regierungsdelegation der Union von Burma vom 13. bis 29. Oktober 1955 zu Wirtschaftsverhandlungen in Berlin

340.

Empfang für die Regierungsdelegation der Union von Burma

Einen festlichen Empfang für die seit dem 13. Oktober 1955 zu Wirtschaftsverhandlungen in der Deutschen Demokratischen Republik weilende Regierungsdelegation der Union von Burma unter Leitung des Ministers für Versorgung, Bo Min Gaung, gab der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, am 19. Oktober 1955. Mit großer Freude begrüßten die Anwesenden neben dem Minister des Shan-Staates, U Yi Tip, und den weiteren 15 Mitgliedern der burmesischen Delegation den seit 15. Oktober in der Deutschen Demokratischen Republik weilenden Minister für Außenhandel der Volksrepublik China, Yeh Chi-chuang, sowie weitere Mitglieder der chinesischen Handelsdelegation. Außerdem waren Botschafter der befreundeten

Volksrepubliken sowie der Geschäftsträger der UdSSR und der Leiter der Handelsvertretung der Republik Finnland anwesend. Von deutscher Seite waren auch der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, der Staatssekretär und stellvertretende Minister im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Kurt Gregor, sowie die stellvertretenden Minister Hüttenrauch, Kerber, Wächter und Weiß erschienen.

In seiner Ansprache begrüßte der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, die burmesischen Gäste als Vertreter eines Landes, das in der Verwirklichung der historisch gewordenen Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern einen beachtlichen Beitrag für den Weltfrieden geleistet hat.

Er betonte, daß die Erklärung des burmesischen Ministerpräsidenten U Nu vom 16. Juni 1955 in Frankfurt (Main), wonach die Union von Burma zu beiden Teilen Deutschlands gute Beziehungen unterhalten wolle, von den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit besonderer Befriedigung aufgenommen wurde. Bekanntlich hatte Ministerpräsident U Nu dort erklärt, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik ein logischer Schritt dieser Entwicklung sei. Minister Rau betonte, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine solche Entwicklung mit allen Kräften fördern werde.

Der Leiter der burmesischen Delegation, Minister Bo Min Gaung, bedankte sich für den herzlichen Empfang, der seiner Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik zuteil wurde. Die Freundlichkeit und die Höflichkeit, mit der die burmesischen Vertreter überall in der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen wurden, haben sie tief beeindruckt und werden für sie unvergeßlich bleiben. Mit Bewunderung sprach Bo Min Gaung über den Fleiß der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, die trotz der großen Zerstörungen durch den Krieg die Industrie- und die Kulturstätten so herrlich aufgebaut habe.

Mit großem Beifall wurde die Rede des Chefsingenieurs der burmesischen Eisenbahnen aufgenommen. Er wies darauf hin, daß der Zweck des Besuchs seiner Delegation nicht nur im Kauf von Maschinen bestehe, sondern daß das burmesische

Volk und seine Regierung überall nach Freundschaft suche, und er sprach die Hoffnung aus, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern weiter vertieft werden mögen.

Ein besonders schönes Symbol für die Freundschaft zwischen den Völkern der anwesenden Regierungsvertreter war der Augenblick, als Minister Rau die Hand des Ministers Yeh Chichuang und des Ministers Bo Min Gaung fest und herzlich drückte und ein tiefempfundenes „Freundschaft“ in den Raum rief, das unter den Anwesenden ein herzliches Echo fand.

(Neues Deutschland, Berlin 20. 10. 55)

341.

Empfang des Ministers für Versorgung der Union von Burma, Bo Min Gaung, in Berlin

Der Minister für Versorgung der Union von Burma, Bo Min Gaung, gab anlässlich des Aufenthaltes einer Regierungsdelegation der Union von Burma in der Deutschen Demokratischen Republik am 26. Oktober 1955 im Gästehaus der Regierung in Berlin einen Empfang. Zugegen waren der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, das Mitglied des Präsidiums des Ministerrates und Minister für Handel und Versorgung, Curt Wach, der Minister für Leichtindustrie, Dr. Wilhelm Feldmann, der 1. Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Staatssekretär Kurt Gregor, weitere Mitglieder der Regierung sowie leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel sowie der Außenhandelsorgane der Deutschen Demokratischen Republik. Außerdem waren Vertreter der in Berlin weilenden Handelsdelegation der Volksrepublik China und Mitglieder des Diplomatischen Korps anwesend.

In seiner mit herzlichem Beifall aufgenommenen Ansprache betonte Minister Gaung, daß „Stabilität und Wohlstand nur möglich sind, wenn der Weltfrieden gesichert ist. Dabei kann auch ein kleines Land einen Beitrag leisten“.

Die Union von Burma, die erst 1948 ihre Souveränität gewann, geht den Weg der modernen Zivilisation und des Fortschritts.

In diesem Zusammenhang wies der Minister auf die erfolgreichen Bemühungen der jungen Republik bei der Überwindung der kolonialen Rückständigkeit hin, besonders auf dem Gebiet der Landwirtschaft, Volksbildung, des Wohnungsbaues und im Gesundheitswesen. Die Deutsche Demokratische Republik exportiere Maschinen, die für die Industrialisierung des Landes benötigt werden, während andererseits die Union von Burma wichtige Erzeugnisse, wie Reis, Metalle und Edelhölzer, liefern kann. Daher könne sich der Warenaustausch beider Länder auf der Grundlage des beiderseitigen Vorteils entwickeln.

Die Union von Burma, hob der Minister hervor, werde ihren Teil dazu beitragen, Frieden und Zusammenarbeit in der Welt zu fördern. Gleiche Bestrebungen habe er auch in der Deutschen Demokratischen Republik feststellen können. Minister Gaug brachte einen Trinkspruch auf den Weltfrieden und die freundschaftliche Zusammenarbeit beider Länder aus. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, sprach den Wunsch aus, der Aufenthalt der Delegation in unserer Republik möge dazu beitragen, die Beziehungen zwischen der Union von Burma und der Deutschen Demokratischen Republik auszudehnen und zu festigen.

Je enger die Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern gestaltet werden, um so mehr dienen sie dem Weltfrieden, erklärte der stellvertretende Leiter der Regierungsdelegation, der Minister des Shan-Staates, U Yi Tip.

Staatssekretär Kurt Gregor versicherte die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, die Wirtschaft Burmas durch verstärkte gegenseitige Handelsbeziehungen zu fördern. Der Besuch der Delegation eröffne Perspektiven für eine noch engere freundschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der fünf Prinzipien der Koexistenz.

(Neues Deutschland, Berlin 27. 10. 55)

342.

Abreise der Regierungsdelegation der Union von Burma

Die Verhandlungen mit der Regierungsdelegation der Union von Burma wurden für beide Seiten erfolgreich beendet, teilt das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

mit. Die in einer offenen und freundschaftlichen Atmosphäre geführten Besprechungen führten zu Abschlüssen über die Lieferung von elektrotechnischen Erzeugnissen, Erzeugnissen der Feinmechanik-Optik, des Maschinenbaues und der Leichtindustrie an die Union von Burma.

Die Delegation unter der Leitung des Ministers für Versorgung, Bo Min Gaung, hat am 29. Oktober 1955 die Weiterreise angetreten. Sie wurde vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Erwin Kerber, auf dem Berliner Ostbahnhof verabschiedet.

(ADN 30. 10. 55)

343.

Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten der Union von Burma, U Nu, zum 8. Jahrestag der Unabhängigkeit am 4. Januar 1956

Herr Ministerpräsident!

Gestatten Sie mir, Eurer Exzellenz und dem burmesischen Volk im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und in meinem eigenen Namen zum 8. Jahrestag der Unabhängigkeit und Souveränität der Union von Burma die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

Ich wünsche dem burmesischen Volk in seinem Kampf für den Frieden und die allseitige Entwicklung seines Landes auch weiterhin viel Erfolg.

(ADN 3. 1. 56)

*Danktelegramm des Ministerpräsidenten U Nu
an Ministerpräsident Otto Grotewohl*

Lassen Sie mich Ihnen, Exzellenz, für Ihre freundliche Botschaft anlässlich des 8. Jahrestages der Unabhängigkeit Burmas meinen herzlichen Dank zum Ausdruck bringen. Nehmen Sie bitte die aufrichtigsten Wünsche der Regierung und des Volkes von Burma für den weiteren Fortschritt und den Wohlstand Ihres Landes entgegen. Möge die deutsch-burmesische Freundschaft weiterhin bestehen bleiben.

(ADN 12. 1. 56)

344.

Glückwunschtelegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union von Burma, Sao Hkun Hkio, zum 8. Jahrestag der Unabhängigkeit am 4. Januar 1956

Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz zum Nationalfeiertag der Union von Burma die besten Glückwünsche zu übermitteln.

Danktelegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Sao Hkun Hkio, an Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz

Aufrichtigen Dank für Ihre herzliche Glückwunschsbotschaft anlässlich des 8. Jahrestages der Unabhängigkeit Burmas.

345.

Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den neugewählten Ministerpräsidenten der Union von Burma, U Ba Swe — Danktelegramm an den Präsidenten der Antifaschistischen Volksfreiheitsliga, U Nu

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übersandte dem Ministerpräsidenten und Minister für Verteidigung der Union von Burma, U Ba Swe, anlässlich seiner Wahl zum Ministerpräsidenten ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm, in dem er die Hoffnung ausspricht, daß sich die guten Beziehungen zwischen Burma und der Deutschen Demokratischen Republik auch weiterhin vertiefen und erweitern werden. In einem Telegramm an den Präsidenten der Antifaschistischen Volksfreiheitsliga, U Nu, dankt Otto Grotewohl für dessen bisherige Bemühungen zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Burma und der Deutschen Demokratischen Republik.

(Neues Deutschland, Berlin 28. 6. 56)

Finnland

346.

Handelsbesprechungen mit der Republik Finnland über Ergänzung des Warenaustausches für das Jahr 1955

Vom 26. bis 31. August 1955 fanden in Helsinki Besprechungen zwischen dem Minister Tuominen, dem Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Ministeriums für Ausländische Angelegenheiten der Republik Finnland, und dem Bevollmächtigten des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Herbert Meyer, statt. Diese Besprechungen führten zur Ergänzung des Warenaustausches für die beiden Länder für 1955.

Die Kontingente für die finnischen Exportwaren, wie Schnittholz, Zellstoff, Furnier- und Hartfaserplatten, Papiersäcke, Karton, Papier- und Kartonprodukte, und für die Deutsche Demokratische Republik, wie Natriumsulfat, kalzinierte Soda, technischer Gips und verschiedene Chemikalien, wurden ergänzt und erweitert.

(ADN 3. 9. 55)

347.

Besprechungen des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, mit dem Präsidenten der Republik Finnland, Paasikivi, in Moskau

Ministerpräsident Otto Grotewohl und der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, haben in Moskau Besprechungen mit dem Präsidenten der Republik Finnland, Paasikivi, und dem finnischen Ministerpräsidenten Kekkonen geführt. In einem Interview, das sie deutschen Pressevertretern in Moskau gewährten, berichteten Ministerpräsident Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, daß diese Besprechungen in einer herzlichen und aufgeschlossenen Atmosphäre stattgefunden haben. In den Unterredungen seien die beide Völker in gleichem Maße interessierenden Fragen der Festigung des Friedens und der

noch engeren Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zur Sprache gekommen. In seinem Gespräch mit Otto Grotewohl habe Präsident Paasikivi sein starkes Interesse für Deutschland bekundet und zum Ausdruck gebracht, daß er, der 85jährige, sich noch gern seiner Studienzeit in Leipzig und seiner verschiedenen Besuche Berlins erinnere.

(Neues Deutschland, Berlin 20. 9. 55)

348.

Empfang für Staatssekretär Kurt Gregor in Helsinki

Am 11. Oktober 1955 gab der finnische Handels- und Industrieminister, Aarre Simonen, zu Ehren des Stellvertreters des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Staatssekretär Kurt Gregor, im Gästehaus der finnischen Regierung ein Essen. An ihm nahmen Mitarbeiter des Handels- und Industrieministeriums, der handelspolitischen Abteilung des finnischen Außenministeriums sowie namhafte Wirtschaftler Finnlands teil.

Staatssekretär Gregor stattete, ebenfalls am 11. Oktober, dem Außenminister der Republik Finnland, Herrn Virolainen, einen Besuch ab.

Während seines Aufenthalts in Finnland hatte Staatssekretär Kurt Gregor Unterredungen mit maßgebenden Persönlichkeiten des finnischen Wirtschaftslebens, unter anderem mit dem Generaldirektor des finnischen Außenhandelsverbandes.

(ADN 11. 10. 55)

349.

Staatssekretär Gregor über die Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Republik Finnland

Der anläßlich der finnischen Industriemesse in Helsinki weilende Staatssekretär Gregor gab kürzlich im Hotel Vaakuna eine Pressekonferenz, zu der fast alle namhaften Zeitungen der finnischen Hauptstadt ihre Korrespondenten entsandt hatten. Staatssekretär Gregor schilderte den Journalisten die Perspektiven, die die Deutsche Demokratische Republik bei der Entwicklung des Handels mit Finnland sieht. In der

gesamten Presse erschienen über diese Pressekonferenz ausführliche Berichte. Zahlreiche Zeitungen in Helsinki würdigten zugleich den 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie veröffentlichten Artikel und Berichte über das in unserer Republik geleistete Aufbauwerk.

Staatssekretär Gregor erklärte, die beiden Völker hätten sich erst vor wenigen Tagen von den Vorteilen einer Verständigungspolitik, wie sie in Genf geboren wurde, überzeugen können. Während Finnland den ehemaligen sowjetischen Stützpunkt Porkkala zurückerhalten und mit der Regierung der Sowjetunion den bedeutsamen Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Hilfe auf weitere 20 Jahre verlängert hat, wurden zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik zweiseitige staatsrechtliche Vereinbarungen über die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik getroffen. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland, sagte Staatssekretär Gregor, empfinden diese Schritte der Sowjetunion als Beispiele einer echten, wahrhaften Friedenspolitik, die in ihrer konsequenten Fortsetzung allen Völkern zum Segen gereichen wird. Alle Völker und Regierungen müssen bestrebt sein, den Geist von Genf zu erhalten und zu vertiefen, wobei der Handel ein bedeutsamer Faktor ist. Handel vereint und verbindet die Völker. Er schafft die Grundlagen für die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen und damit des friedlichen Zusammenlebens der Völker.

Ein überzeugender Beweis dafür sind die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten, führte der Staatssekretär weiter aus. Während bis 1953 ausschließlich Geschäftsabschlüsse getätigt wurden, erfolgte bald ein reger Austausch auf den Gebieten der Wissenschaft, der Kultur und des Sports. So weilte im vergangenen Jahr Professor Hermann Abendroth in Finnland und der finnische Dirigent Niels Eric Fougstedt in Berlin. Namhafte finnische Dirigenten bereiten sich gegenwärtig auf Gastspiele in der Deutschen Demokratischen Republik vor. Anfang November haben die finnischen Musikfreunde die Gelegenheit, den weltberühmten Dresdner Kreuzchor unter Leitung von Professor Dr. Mauersberger in Helsinki zu hören. In Leipzig haben in diesem Jahr die ersten finnischen Studenten ihr Studium aufgenommen. Zwischen den Sportlern der Deutschen Demokratischen Republik und Finnlands besteht ein reger Austausch.

Staatssekretär Gregor ging dann besonders auf die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder ein. Er wies darauf hin, daß das Handelsvolumen beider Länder von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Von 1951 bis 1954 sei der Umsatz auf 334 Prozent gestiegen. In diesem Jahr wird sich das Volumen entsprechend dem Handelsabkommen auf 141 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Die Außenhandelsorgane der Deutschen Demokratischen Republik seien bereit, die gegenseitigen Warenlieferungen im kommenden Jahr um 20 Prozent gegenüber 1955 zu erhöhen. Bis 1960 könne der Warenaustausch gegenüber 1955 verdoppelt werden.

(Neues Deutschland, Berlin 12. 10. 55)

350.

Glückwunschadresse des Präsidenten Wilhelm Pieck an den Präsidenten der Republik Finnland, Juho Kusti Paasikivi, zu seinem 85. Geburtstag am 27. November 1955

Herr Präsident!

Zu Eurer Exzellenz 85. Geburtstag habe ich die Ehre, Ihnen meine herzlichen Grüße und Glückwünsche zu übermitteln.

Ich grüße Sie als den Repräsentanten des finnischen Volkes, das nach den Worten Eurer Exzellenz leidenschaftlich wünscht, in Frieden zu leben und für die Entwicklung seiner Wirtschaft und Kultur zu arbeiten. Die Innen- und Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik entspricht dem gleichen sehnlichen Wunsche des deutschen Volkes. Auf der Grundlage dieser Gemeinsamkeit haben die friedlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten auf den Gebieten des Handels, der Wissenschaft und Kunst sowie des Sports in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung genommen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die friedlichen Beziehungen zwischen der Republik Finnland und der Deutschen Demokratischen Republik sich noch fester und enger gestalten werden.

Ich wünsche Eurer Exzellenz noch viele Jahre guter Gesundheit und Schaffenskraft zum Wohle des finnischen Volkes und zur Förderung des Friedens zwischen den Völkern.

Genehmigen Sie, Eure Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

W. Pieck

(ADN 26. 11. 55)

*Danktelegramm des Präsidenten der Republik Finnland an den
Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik*

Für die freundlichen Glückwünsche anlässlich meines fünfund-
achtzigsten Geburtstages bitte ich Euer Exzellenz, meinen auf-
richtigsten Dank zu empfangen.

J. K. Paasikivi

(ADN 3. 12. 55)

351.

**Glückwünsche deutscher Staatsmänner
zum 38. Jahrestag der Gründung der Republik Finnland**

Zum 38. Jahrestag der Gründung der Republik Finnland am
6. Dezember 1955 sandten Ministerpräsident Grotewohl an
Ministerpräsident Kekkonen, Außenminister Dr. Bolz an
Außenminister Virolainen und der Minister für Außenhandel
und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, an den finnischen
Industrie- und Handelsminister Aarre Simonen in herzlichen
Worten gehaltene Glückwunschtelegramme. Minister Dr. Bolz
verband seine Grüße mit dem Wunsch, daß sich die freund-
schaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zum beider-
seitigen Wohle auch weiterhin festigen und entwickeln.
Minister Rau gab dem Wunsch Ausdruck, daß sich die bereits
bestehenden guten Handelsbeziehungen in Zukunft noch enger
gestalten werden.

(Neues Deutschland, Berlin 6. 12. 55)

*Danktelegramm des Ministerpräsidenten der Republik
Finnland, Urho Kaleva Kekkonen, an Ministerpräsident
Otto Grotewohl*

Für die liebenswürdigen Glückwünsche zum Nationalfeiertag
Finnlands bitte ich Euer Exzellenz, meinen warmen Dank ent-
gegenzunehmen.

(ADN 9. 12. 55)

352.

**Glückwunschtelegramm des Präsidenten der Republik Finnland,
J. K. Paasikivi, zum 80. Geburtstag des Präsidenten
Wilhelm Pieck**

Seiner Exzellenz, dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, Berlin.

Anläßlich des 80. Geburtstages Euer Exzellenz bitte ich Sie, meine allerbesten Glückwünsche entgegenzunehmen.

J. K. Paasikivi

Präsident der Republik Finnland

(Neues Deutschland, Berlin 4. 1. 56)

353.

**Handelsabkommen für das Jahr 1956
und langfristiges Zahlungsabkommen mit der Republik
Finnland**

Am 25. Januar 1956 wurde in Helsinki ein Abkommen über den Warenaustausch zwischen der Republik Finnland und der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1956 unterzeichnet.

Im Zusammenhang mit dem Abkommen über den Warenverkehr wurde gleichzeitig zwischen beiden Regierungen ein langfristiges Zahlungsabkommen vereinbart. Die im abgeschlossenen Warenabkommen vorgesehenen Warenlieferungen bedeuten im Verhältnis zum gegenseitigen Warenaustausch 1955 eine Erweiterung um etwa 15 Prozent.

Die Deutsche Demokratische Republik bezieht aus der Republik Finnland im Rahmen dieses Abkommens unter anderem Rundholz, Schnittholz, Zellulose, Erzeugnisse der papier- und holzverarbeitenden Industrie und des Bergbaus sowie der Landwirtschaft — wie Käse und andere Erzeugnisse — im Werte von etwa 19 Millionen Dollar. Die Warenlieferungen aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Republik Finnland bestehen unter anderem aus Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Feinmechanik/Optik, der Elektroindustrie, ferner Büromaschinen sowie Chemikalien, Düngemittel, Briketts, Textilien,

Musikinstrumente und andere Waren der Konsumtionsgüterindustrie in einem Gesamtwert von etwa 23 Millionen Dollar. Die Differenz der beiderseitigen Warenlieferungen wird durch Vereinbarung mit einem dritten Land und durch Dienstleistungen ausgeglichen.

Der Unterzeichnung beider Abkommen wohnte der Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Finnland, Herr Richard Seppaelae, bei.

Die Unterzeichnung beider Abkommen erfolgte für die Regierung der Republik Finnland durch Herrn Ministerialdirigent Olli Kaila vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Das Abkommen über den Warenaustausch wurde für die Deutsche Demokratische Republik vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Herrn Gerhard Weiß, und das Abkommen über den Zahlungsverkehr durch den Hauptabteilungsleiter im Ministerium der Finanzen, Herrn Hans Pätzold, unterschrieben.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 3/1956)

354.

Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck an den neugewählten Präsidenten der Republik Finnland, Urho Kaleva Kekkonen

Herr Präsident! Zu Ihrer Wahl zum Präsidenten der Republik Finnland habe ich die Ehre, Ihnen, Exzellenz, meine herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Ich bin überzeugt, daß die von Ihnen vertretene Politik der friedlichen Koexistenz dem finnischen Volk weitere große Erfolge bringen wird, und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß sich die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern weiterhin entwickeln und festigen werden.

Genehmigen Sie, Euer Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. W. Pieck

Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

(ADN 17. 2. 56)

*Danktelegramm des Präsidenten Urho Kekkonen
an Präsident Wilhelm Pieck*

Seiner Exzellenz, dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, Berlin.

Ich bitte Euer Exzellenz, meinen aufrichtigen Dank für die liebenswürdigen Glückwünsche anlässlich meiner Wahl zum Präsidenten der Republik Finnland entgegenzunehmen.

Urho Kekkonen

(ADN 22. 2. 56)

Indien

355.

**Beileidstelegramm von Ministerpräsident Otto Grotewohl
an den indischen Ministerpräsidenten J. Nehru
vom 15. August 1955
anlässlich der schweren Hochwasserkatastrophe in Uttar
Pradesh, Westbengalen und Assam im Juli/August 1955**

An

Seine Exzellenz

den Ministerpräsidenten der Republik Indien

Herrn Jawaharlal Nehru

Neu Delhi

Euer Exzellenz!

Die schwere Hochwasserkatastrophe in Uttar Pradesh, Westbengalen und Assam, von der Ihr Land und Volk betroffen worden ist, hat bei der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik tiefste Anteilnahme ausgelöst. Gestatten Sie mir, Ihnen, Ihrer Regierung und Ihrem Volk das aufrichtige Mitgefühl der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu übermitteln. Als Ausdruck unseres Mitgefühls hat das Präsidium des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik die unverzügliche Absendung von Medikamenten und anderen Gegenständen des dringenden Bedarfs beschlossen.

Ich benutze diese Gelegenheit, um Euer Exzellenz und den Völkern der Republik Indien meine Sympathie und Hochachtung zum Ausdruck zu bringen.

Otto Grotewohl

Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik

*Ministerpräsident Nehru dankt für die Hilfe der
Deutschen Demokratischen Republik*

Der Ministerpräsident der Republik Indien, Jawaharlal Nehru, hat dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, in einem Telegramm den Dank für die Hilfsmaßnahmen ausgesprochen, die die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Opfer einer Überschwemmungskatastrophe in Indien getroffen hat. Ministerpräsident Nehru übermittelt in seinem Telegramm den Dank der Regierung und des Volkes von Indien für diesen Ausdruck der Sympathie und für das großzügige Geschenk an Medikamenten und sendet dem Ministerpräsidenten und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik Grüße und bringt seine Hochachtung zum Ausdruck. Die Überschwemmungskatastrophe hatte Anfang August im oberen West-Bengalen und in Assam schwere Verwüstungen verursacht. Das Präsidium des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik beschloß daraufhin am 11. August 1955, unmittelbar nach Bekanntwerden der Katastrophe, der Regierung und der Bevölkerung der Republik Indien das Mitgefühl der Deutschen Demokratischen Republik auszusprechen und Medikamente und andere Gegenstände des dringenden Bedarfs abzusenden. Es wurde ein umfangreicher Medikamententransport zusammengestellt, der Berlin in der nächsten Woche verlassen wird.

(ADN 27. 8. 55)

356.

Handelsrat der Deutschen Demokratischen Republik für Indien ernannt

Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, hat Herbert Meyer, der als Stellvertreter des Ministers am 16. Oktober 1954 das Handels- und Zahlungs-

abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien* abschloß, mit Wirkung vom 1. September 1955 zum Leiter der Handelsvertretung der Außenhandelsorgane der Deutschen Demokratischen Republik in Indien ernannt. Ihm wurde der Rang eines Handelsrates der Deutschen Demokratischen Republik verliehen.

(ADN 27. 8. 55)

**Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel,
Heinrich Rau, vom 27. Oktober bis 5. November 1955
in Neu Delhi**

357.

Ankunft in der indischen Hauptstadt

Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, ist am 27. Oktober 1955 an der Spitze einer Regierungsdelegation zur Internationalen Industriemesse in der indischen Hauptstadt Neu Delhi eingetroffen. Bei ihrer Ankunft wurde die Delegation von Vertretern des Ministeriums für Handel und Industrie der Republik Indien und Mitgliedern des Diplomatischen Korps begrüßt.

(ADN 27. 10. 55)

358.

**Ministerpräsident Nehru empfängt den Minister
für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau**

Der indische Ministerpräsident J. Nehru empfing am 29. Oktober 1955 den gegenwärtig zur Internationalen Industriemesse in Neu Delhi weilenden Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik,

* siehe Band I, Nr. 231

Heinrich Rau, Nehru und Minister Rau erörterten Fragen der engeren Handels- und Wirtschaftsverbindungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien.

(ADN 30. 10. 55)

359.

Empfang der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Neu Delhi

Der als Leiter einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Industriemesse in Neu Delhi weilenden Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, gab am 31. Oktober 1955 einen großen Empfang. Unter den rund 400 Anwesenden befanden sich der Minister für Handel und Industrie, der Minister für Verteidigung und der Minister für Rohstoffe der Republik Indien, ferner die Generalsekretäre und Sekretäre der Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten und für Handel und Industrie, der geologische Berater der indischen Regierung, der Vorsitzende des Allindischen Friedensrates, Parlamentsabgeordnete, Professoren verschiedener Universitäten, Industrielle, Großkaufleute und Künstler. Außerdem waren diplomatische Vertreter der Sowjetunion, der Volksrepublik China, der europäischen Länder der Volkdemokratie, Ägyptens, Burmas, Frankreichs, Finnlands, Indonesiens, Saudi-Arabiens, Syriens, Äthiopiens und unter Leitung von Ministerialrat Dr. Hitzig vom Bundeswirtschaftsministerium Mitglieder der Messedelegation der Deutschen Bundesrepublik zu dem Empfang erschienen.

(ADN 1. 11. 55)

360.

Minister Rau Gast der indischen Regierung

Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, der sich zur Zeit in Indien aufhält und vom indischen Ministerpräsidenten Nehru empfangen wurde, ist eingeladen worden, als Gast der indischen Regierung im Haiderabad-Palast in Neu

Delhi zu wohnen, der zur Unterbringung von hohen ausländischen Gästen dient. Minister Rau hatte vor kurzem der Eröffnung der Internationalen Industriemesse in Neu Delhi beigewohnt.

(ADN 3. 11. 55)

361.

Abreise der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik von Neu Delhi

Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, hat am 5. November 1955 an der Spitze einer Regierungsdelegation nach erfolgreichen Verhandlungen mit Mitgliedern der indischen Regierung Neu Delhi verlassen. Die Regierungsdelegation begibt sich, einer Einladung des ägyptischen Ministeriums für Handel und Industrie folgend, nach Kairo.* Die Delegation wurde in Neu Delhi von Vertretern des indischen Ministeriums für Handel und Industrie sowie von Mitgliedern des Diplomatischen Korps, unter ihnen Vertreter der ägyptischen Botschaft, verabschiedet.

(ADN 5. 11. 55)

Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, über seine Reise nach Indien und Ägypten

siehe Nummer 327

362.

Indische Aufträge für 30 Millionen Rubel

Mit Aufträgen für 30 Millionen Rubel traf am 20. Januar 1956 die Messe-Delegation der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik, aus Neu Delhi kommend, wieder in Berlin ein. Indien bestellte vor allem Schwermaschinen, Werkzeug- und Transportmaschinen, Elektromotoren; Meß- und Prüfgeräte für die Kameras. Es erteilte auch einen Auftrag für eine komplette Drahtseilbahn, und Verhandlungen über die Lieferung einer großen Transportanlage stehen kurz vor dem Abschluß. Außerdem wurden auf der Messe Besprechungen über die Lieferung kompletter

* siehe Nr. 324 bis 326

Zucker- und Zementfabriken sowie Ausrüstungen für chemische Betriebe aufgenommen.

Vor drei Tagen traf in Neu Delhi eine Expertendelegation aus der Deutschen Demokratischen Republik ein, um den Bau einer Rohfilmfabrik in Indien vorzubereiten. Eine andere Gruppe unserer Fachleute führt die letzten Gespräche zur Einrichtung einiger Textilbetriebe. Der Leiter der Messe-Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, Herr Rudolf Seidel, schlägt den führenden Exportbetrieben vor, ständige Ingenieurbüros in Indien einzurichten, um mit der Lieferung der Anlagen und Ausrüstungen zugleich auch die notwendige technische Hilfe zu gewähren.

(ADN 20. 1. 56)

363.

**Glückwunschadresse des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl
an den Ministerpräsidenten der Republik Indien,
Jawaharlal Nehru, zum Nationalfeiertag der Republik Indien
am 26. Januar 1956**

Herr Ministerpräsident! Gestatten Sie mir, Euer Exzellenz und dem großen indischen Volk im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und in meinem eigenen Namen zum Nationalfeiertag der Republik Indien die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

Ich wünsche dem indischen Volk in seinem Kampf für die Erhaltung des Friedens und die allseitige Entwicklung seiner Volkswirtschaft zum Wohle seines Landes auch weiterhin viel Erfolg.

(ADN 25. 1. 56)

*Danktelegramm des Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru
an Ministerpräsident Otto Grotewohl*

Im Namen der Regierung Indiens und in meinem eigenen Namen danke ich Euer Exzellenz und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die freundliche Gratulation und die guten Wünsche anlässlich des Jahrestages unserer Republik.

(ADN 6. 2. 56)

364.

**Eröffnung des Büros der Handelsvertretung
der Deutschen Demokratischen Republik in Neu Delhi**

Anläßlich der Eröffnung des Büros der Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik in Indien am 12. Februar 1956, dessen Verlegung von Bombay nach Neu Delhi unter Beibehaltung von Niederlassungen in Kalkutta und Bombay im Oktober vorigen Jahres mit der indischen Regierung vereinbart worden war, fand in der Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik in Neu Delhi ein Filmabend statt. Unter den zahlreichen Gästen befanden sich leitende Mitarbeiter der Ministerien der Republik Indien sowie Vertreter des Diplomatischen Korps. Neben Vertretern der Sowjetunion, Chinas und der Länder der Volksdemokratie waren auch Vertreter aus Äthiopien, Afghanistan, Australien, Burma, Indonesien, Iran, Kambodscha, Nepal, Pakistan und Syrien anwesend.

(ADN 16. 2. 56)

365.

**Beileidstelegramm des Präsidenten der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. J. Dieckmann,
an das indische Parlament aus Anlaß des Ablebens
des Präsidenten des indischen Parlaments, G. V. Mavalankar,
vom 29. Februar 1956**

Anläßlich des Ablebens des Präsidenten des indischen Parlaments, Exzellenz Mavalankar, übermittle ich den Mitgliedern des indischen Parlaments im Namen der Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sowie in meinem eigenen Namen den Ausdruck aufrichtiger Teilnahme.

Dr. Johannes Dieckmann

Präsident der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik

*Antworttelegramm
des stellv. Präsidenten des indischen Parlaments (Lok Sabha),
M. A. Ayyangar, an den Präsidenten der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik,
Dr. h. c. Johannes Dieckmann, vom 7. März 1956*

Ich bin Ihnen zutiefst dankbar für die Botschaft der Anteilnahme und Sympathie, die Sie mir anlässlich des Hinscheidens des Präsidenten, Shri G. V. Mavalankar, übersandten.

Ich habe Ihre Beileidsbotschaft an Shrimati Mavalankar und ebenfalls an die Abgeordneten der Lok Sabha übermittelt.

366.

**Leiter der indischen Regierungsdelegation
zur Leipziger Frühjahrmesse 1956 bei
Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl**

Der Leiter der Regierungsdelegation der Republik Indien zur Leipziger Frühjahrmesse 1956, Unterstaatssekretär* Panikkar, suchte am 15. März 1956 den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, in dessen Amtssitz Schloß Niederschönhausen auf und überreichte ihm ein Geschenk. In der herzlichen und freundschaftlichen Unterhaltung sprach Unterstaatssekretär Panikkar seine Anerkennung über die „außerordentlich gut organisierte Leipziger Messe“ aus, die ein „Barometer für den internationalen Handel“ gewesen sei.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Bolz, der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Weiß, sowie leitende Mitarbeiter dieses Ministeriums und der Chef des Protokolls, Thun, waren bei der Begegnung anwesend. Die Staatssekretäre Max Opitz und Otto Winzer wohnten der Unterredung ebenfalls bei.

Der Leiter der indischen Regierungsdelegation, der die Kollektivausstellung der Republik Indien auf der Leipziger Messe führte, hob die große Bedeutung der Messe als internationalen Handelsplatz hervor und erklärte, die Handelsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der

* Nach indischen Quellen Direktor für Ausstellungen (Director of Exhibitions)

Republik Indien hätten sich durch die Leipziger Messe weiter wesentlich verbessert. Die indische Ausstellerdelegation, bei der Hunderte von Anfragen aus vielen Ländern Europas und aus Übersee eingingen, sei mit den in Leipzig getätigten Abschlüssen sehr zufrieden.

Präsident Wilhelm Pieck erwiderte dem indischen Gast unter anderem: „Ihr Erfolg auf der Leipziger Messe und die Besuche der indischen Regierungsdelegation in unserer Republik werden, wie ich hoffe, zur weiteren Entfaltung unserer gegenseitigen Handelsbeziehungen beitragen. In der Deutschen Demokratischen Republik werden das große indische Volk und seine Staatsmänner hoch geachtet und geschätzt. Das Bestreben der indischen Staatsmänner, vor allem des Ministerpräsidenten Herrn Nehru, durch Vermittlung und Verständigung der internationalen Entspannung und dem Frieden zu dienen, findet unsere volle Zustimmung und Unterstützung.“

Präsident Wilhelm Pieck bat Unterstaatssekretär Panikkar, der Regierung Indiens von seinem herzlichen Wunsch Mitteilung zu machen, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien zum Nutzen des Friedens und zum Wohle beider Völker auch weiterhin entwickeln und festigen mögen. Der Präsident bat, dem Präsidenten der Indischen Union, Herrn Dr. Prasad, die besten Wünsche für dessen persönliches Wohlergehen zu übermitteln.

Am Nachmittag stattete Herr Panikkar dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl einen Besuch ab. Ministerpräsident Otto Grotewohl, dem Unterstaatssekretär Panikkar ein Geschenk überreichte, verband seinen Dank für diese Aufmerksamkeit des Leiters der Regierungsdelegation der Republik Indien mit den herzlichsten Wünschen für die weitere Entwicklung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien. Er bat Unterstaatssekretär Panikkar, dem Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru beste Wünsche für dessen persönliches Wohlergehen zu übermitteln.

(ADN 15. 3. 56)

**Glückwunschtelegramm des Ministers für Verkehrswesen
der Deutschen Demokratischen Republik, Erwin Kramer,
vom 18. April 1956 an den Minister für Transport
und Eisenbahnen der Republik Indien, Lal Bahadur Shastri,
aus Anlaß des 100. Jahrestages
der Inbetriebnahme der ersten indischen Eisenbahn**

Gestatten Sie mir, daß ich Sie, Exzellenz, und in Ihrer Person alle Eisenbahner Indiens im Namen der Eisenbahner der Deutschen Demokratischen Republik und in meinem eigenen Namen anläßlich des 100. Jahrestages der Inbetriebnahme der ersten Bahnstrecke Ihres Landes sowie zur Woche der indischen Eisenbahner herzlichst beglückwünsche.

Erlauben Sie mir, Ihnen und allen indischen Eisenbahnern bei dieser Gelegenheit weiterhin beste Erfolge in Ihrer Arbeit zum Wohle der souveränen Republik Indien zu wünschen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

E. Kramer

Danktelegramm

des Ministers Shastri vom 25. April 1956 an Minister Kramer

In meinem eigenen und im Namen aller Eisenbahner Indiens danke ich Ihnen und damit allen Eisenbahnern der Deutschen Demokratischen Republik für die Gratulationen und guten Wünsche, die Sie mir mit Ihrem Telegramm vom 18. April übermittelt haben.

Lal Bahadur Shastri

Minister für Transport und Eisenbahnen

Libanon

Protokoll zum Handels- und Zahlungsabkommen mit der Republik Libanon

Am 12. November 1955 wurde im Ergebnis freundschaftlicher Verhandlungen zwischen Vertretern der Deutschen Demo-

kratischen Republik und der Regierung der Republik Libanon ein Protokoll zu dem seit Dezember 1953 bestehenden Handels- und Zahlungsabkommen zwischen beiden Ländern* unterzeichnet. In diesem Protokoll wurde die Gültigkeit des Handels- und Zahlungsabkommens auf fünf Jahre erweitert. Im Rahmen des Handels- und Zahlungsabkommens werden von der Deutschen Demokratischen Republik in erster Linie Erzeugnisse des Maschinenbaus, wie polygraphische Maschinen, Textilmaschinen, Ausrüstungen für die Leichtindustrie, feinmechanisch-optische Erzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Kraftfahrzeuge sowie Erzeugnisse der chemischen Industrie geliefert. Der Import der Deutschen Demokratischen Republik aus der Republik Libanon wird sich zu 60 Prozent aus Zitrusfrüchten und anderen landwirtschaftlichen Produkten des Libanon und zu 40 Prozent aus Leder- und Textilrohstoffen, Bergbauerzeugnissen und anderen Waren libanesischen Ursprungs zusammensetzen.

Für das erste Jahr der Gültigkeit des Abkommens wurde ein gegenseitiger Warenaustausch im Werte von je 5 Millionen lib. Pfund auf jeder Seite vereinbart.

Das Protokoll wurde von deutscher Seite von dem Vertreter des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Libanon, Herrn Alfred Grimm, auf libanesischer Seite von dem Generalsekretär des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Libanon, Herrn Fouad Ammoum, unterzeichnet.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 23/1955)

369.

Glückwunschtelegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, an Außenminister Selim Lahoud zum Nationalfeiertag der Republik Libanon

Ich habe die Ehre, Ihnen, Exzellenz, und in Ihrer Person dem libanesischen Volk zum Nationalfeiertag der Republik Libanon die besten Glückwünsche zu übermitteln und weitere Erfolge im Kampf für die Erhaltung des Friedens und des nationalen Selbstbestimmungsrechts zu wünschen. (ADN 21. 11. 55)

* siehe Band I, S. 506

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. bis 16. Mai 1956 in Beirut

370.

Ankunft in Beirut

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, ist am 12. Mai 1956, von Damaskus kommend, in Beirut eingetroffen. An der syrisch-libanesischen Grenze wurde die Delegation vom Direktor der Abteilung Wirtschaft im Außenministerium des Libanon, Ammoun, weiteren libanesischen Persönlichkeiten und diplomatischen Vertretern befreundeter Länder begrüßt.

(ADN 12. 5. 56)

371.

Empfang der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Staatspräsidenten der Republik Libanon

Der Staatspräsident der Republik Libanon, Camille Chamoun, empfing am 14. Mai 1956 die unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, stehende Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik. Bei dem Empfang kam es zu einer Aussprache über beide Länder betreffende Fragen. Der libanesischer Staatspräsident sprach sich bei dem Empfang für eine Erweiterung des Handels mit der Deutschen Demokratischen Republik aus. Der Handel festigte die Beziehungen zwischen den Völkern, erklärte der Staatspräsident. Ministerpräsident Abdallah el-Yafi begrüßte die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, bei der Industrialisierung des Libanon Hilfe zu leisten. Die Regierungsdelegation mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, hatte außerdem Unterredungen mit Außenminister Selim Lahoud sowie mit dem Vorsitzenden des libanesischen Industriellenverbandes, Philippe Tamer.

(Neues Deutschland, Berlin 16. 5. 56)

372.

**Empfang
der Regierungsdelegation durch den Ministerpräsidenten
des Libanon — Weitere Besprechungen**

An einem Empfang, den der libanesische Ministerpräsident Abdallah el-Yafi am 14. Mai 1956 in Beirut zu Ehren der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik gab, nahmen Minister und Staatssekretäre der Regierung des Libanon, Wirtschaftler und Kulturschaffende des Landes sowie diplomatische Vertreter der Sowjetunion, der ČSR, Ungarns, Jugoslawiens, Ägyptens, Argentiniens, Kanadas und anderer Länder teil. (ADN 16. 5. 56)

Die Delegation reiste am 16. Mai 1956 nach Kairo weiter.
(Siehe Nr. 332 bis 334)

Sudan

373.

Zahlungsabkommen mit dem Sudan

Nach erfolgreichen Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung des Sudan und der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 10. Juni 1955 in Khartum ein Zahlungsabkommen mit Warenlisten unterzeichnet. Der Import von Erzeugnissen aus dem Sudan umfaßt u. a. Baumwolle, schwere Häute, Ölsaaten, Gummi und anderes, wofür die Deutsche Demokratische Republik Investanlagen, Maschinen und Erzeugnisse der Leichtindustrie exportieren wird.

Von sudanesischer Seite wurde das Zahlungsabkommen mit Warenlisten von dem Ständigen Unterstaatssekretär, Sir John Carmichael, Ministerium für Finanzen, und von dem Minister für Handel, Industrie und Versorgung, Sayed Ibrahim el-Mufti, unterzeichnet. Für die deutsche Seite unterzeichneten der Beauftragte des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Curt-Heinz Merkel, und der Beauftragte der Deutschen Notenbank, Kurt Gawehn.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 12/1955)

**Sudan ehrt Wasserwirtschaftler
der Deutschen Demokratischen Republik**

Der sudanesische Ministerpräsident Ismail el-Azhari empfing am 7. Dezember 1955 eine Delegation von Wasserwirtschaftlern der Deutschen Demokratischen Republik. Die Delegation war von der Regierung des Landes eingeladen worden und hat jetzt ihre Arbeiten beendet. Dem Empfang wohnten die Vorsitzenden des Parlaments und des Senats, zwölf Kabinettsminister, hohe Persönlichkeiten der Ministerien, Führer der verschiedenen politischen Parteien des Sudan sowie maßgebende Vertreter des Geisteslebens bei. Der Empfang stand im Zeichen der guten Beziehungen, die sich zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Sudan entwickelt haben.

(ADN 9. 12. 55)

**Glückwunsch
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
anlässlich der Bildung der Republik Sudan**

Ministerpräsident Otto Grotewohl hat dem Ministerpräsidenten der Republik Sudan, Ismail el-Azhari, am 4. Januar 1956 telegrafisch mitgeteilt, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von der Bildung der souveränen Republik Sudan Kenntnis nimmt und das sudanesische Volk zu diesem großen Erfolg in seinem Kampf um nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit beglückwünscht. Weiter bringt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Hoffnung auf die Entwicklung von guten Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Sudan zum Ausdruck.

(ADN 4. 1. 56)

Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

An den Ministerpräsidenten der Republik Sudan
Herrn el-Azhari
Khartum

Euer Exzellenz!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nimmt von der Bildung der souveränen Republik Sudan Kenntnis und

begrüßt das sudanesisches Volk zu diesem großen Erfolg in seinem Kampf um nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bringt ihre Hoffnung auf die Entwicklung von guten Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Sudan zum Ausdruck und erklärt die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik zur Aufnahme von normalen Beziehungen zur Republik Sudan.

Otto Grotewohl

Vorsitzender des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

*Antworttelegramm des Ministerpräsidenten Ismail el-Azhari
an Ministerpräsident Otto Grotewohl*

An Seine Exzellenz, den Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin

Dank für Ihre freundlichen Glückwünsche zum Erfolg unseres nationalen Kampfes, der mit der Erreichung der Souveränität und Unabhängigkeit seinen Höhepunkt gefunden hat. Betrachten Ihre Anerkennung als Geste der Freundschaft. Regierung bereits zugestimmt, ein Handelsbüro in Sudan zu eröffnen. Wir erwarten weitere Zusammenarbeit. Wünschen Euer Exzellenz und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik Wohlergehen und Fortschritt.

Ministerpräsident des Sudan

(ADN 10. 1. 56)

376.

Ernennung des Handelsrates der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Sudan

Auf Grund des Schreibens von Ministerpräsident Ismail el-Azhari vom 7. Januar 1956, wonach der Ministerrat der Republik Sudan die Eröffnung einer Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik genehmigt hat, hat der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, Herrn Herbert Niederberger als Handelsrat und Herrn Kurt Böttger als Handelsattaché für den Sudan berufen.

(Neues Deutschland, Berlin 11. 1. 56)

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. April bis 7. Mai 1956 in der Republik Sudan

377.

Abreise von Berlin

Am 26. April 1956 trat eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik auf Einladung der Regierung der Republik Sudan eine Reise in den jüngsten Staat des Nahen Ostens an. Sie wird vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, geleitet. Ferner gehören der Delegation der Stellvertreter des Ministers Curt-Heinz Merkel sowie leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und der Staatlichen Plankommission an. Eine Experten- und Technikerdelegation der Außenhandelsorgane der Deutschen Demokratischen Republik reiste gleichzeitig in die Republik Sudan ab.

Auf dem Flughafen der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld hatten sich zur Verabschiedung der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph, der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Kurt Gregor, der Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Alexander Grüttner sowie weitere leitende Mitarbeiter der Regierung eingefunden.

Ziel der Reise ist die weitere Vertiefung und Erweiterung der bereits bestehenden guten Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Sudan, vor allem des Handels zwischen beiden Ländern.

(Neues Deutschland, Berlin 27. 4. 56)

378.

Ankunft in Khartum

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, traf am 27. April in der

sudanesischen Hauptstadt Khartum ein. Die Delegation wurde auf dem Flugplatz vom Amtierenden Ministerpräsidenten und Minister für Handel, Industrie und Versorgung, Ibrahim el-Mufti, empfangen. Den deutschen Gästen wurde die Dienstvilla des Ministerpräsidenten und das Gästehaus der Regierung für die Dauer ihres Aufenthaltes zur Verfügung gestellt.
(ADN 27. 4. 56)

379.

Empfang der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik durch Ministerpräsident Ismail el-Azhari

Der sudanesische Ministerpräsident Ismail el-Azhari empfing am 1. Mai 1956 unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Kairo den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, und weitere Mitglieder der in Khartum weilenden Regierungsdelegation. Die Besprechungen verliefen in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre. Im Verlaufe des anderthalbstündigen Meinungsaustausches wurden Fragen der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern erörtert.

(ADN 2. 5. 56)

380.

Aus dem Abschlußkommuniqué der Besprechungen in Khartum

Auf Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird der sudanesische Minister für Handel, Industrie und Versorgung, Ibrahim el-Mufti, der Deutschen Demokratischen Republik einen Besuch abstatten. Dies wird in einem Kommuniqué mitgeteilt, das zum Abschluß des Besuches einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik im Sudan am 7. Mai 1956 vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Heinrich Rau, und vom stellvertretenden Handelsminister des Sudan, Ibrahim Osman Ishag, unterzeichnet wurde. In dem Kommuniqué heißt es, die Besprechungen über die Förderung des Handelsaustausches seien „vom Geiste des guten Willens, der gegenseitigen Verständi-

gung und dem gemeinsamen Wunsch getragen gewesen, die Beziehungen der beiden Länder zum gegenseitigen Nutzen zu erweitern“.

(ADN 9. 5. 56)

381.

Abreise der Delegation aus Khartum

Vom sudanesischen Premier Ismail el-Azhari herzlich verabschiedet, reiste am 7. Mai 1956 die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit einem Sonderflugzeug weiter nach Damaskus.* Mit Heinrich Rau an der Spitze hatten die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik zehntägige, fruchtbare, vom Geiste guten Willens getragene Beratungen über eine Erweiterung der Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Republik Sudan geführt. Am Vorabend der Abreise hatte Heinrich Rau im Grandhotel einen festlichen Empfang gegeben, an dem die sudanesische Regierung, Vertreter der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens sowie Mitglieder des Diplomatischen Korps in Khartum teilgenommen hatten.

(Neues Deutschland, Berlin 9. 5. 56)

Stellvertretender Ministerpräsident der Republik Sudan, Ibrahim el-Mufti, vom 13. bis 19. Mai 1956 in Berlin

382.

Ankunft in Berlin

Auf Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik traf am 13. Mai 1956 der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Handel, Industrie und Versorgung der Republik Sudan, Ibrahim el-Mufti, in Berlin ein. Der Gast wurde von Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden

* siehe Nr. 389 und 390

des Ministerrates Fred Oelßner an der Spitze, begrüßt. Bei seiner Ankunft erklärte Ibrahim el-Mufti: „Ich bin sehr froh, Ihr Land besuchen zu können und unter Freunden zu sein.“

(Vorwärts, Berlin 14. 5. 56)

383.

Ministerpräsident Otto Grotewohl empfängt Minister Ibrahim el-Mufti

Der zur Zeit auf Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin weilende stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Handel, Industrie und Versorgung der Republik Sudan, Ibrahim el-Mufti, wurde am 14. Mai vom Ministerpräsidenten Otto Grotewohl empfangen. In einer in freundschaftlicher und herzlicher Atmosphäre verlaufenen Besprechung wurden Fragen der weiteren Vertiefung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Sudan erörtert. An dieser Aussprache nahmen teil der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, der Erste Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Staatssekretär Kurt Gregor, sowie der Handelsattaché der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Sudan, Kurt Böttger. In offenem und freiem Meinungsaustausch wurde Übereinstimmung in den Ansichten erzielt, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern in Zukunft noch weiter zu festigen und zu entwickeln sind.

(ADN 14. 5. 56)

384.

Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, empfängt Minister Ibrahim el-Mufti

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, empfing am 15. Mai 1956 den gegenwärtig in Berlin weilenden stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Handel, Industrie und Versorgung der Republik Sudan, Ibrahim el-Mufti, zu einer

in herzlicher Atmosphäre verlaufenen Aussprache. Teilnehmer der Aussprache waren ferner der Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Walfried Lange, der Chef des Protokolls, Dr. Max Hummeltenberg, der Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Alexander Grüttner, und der Handelsattaché der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Sudan, Kurt Böttger.

(ADN 15. 5. 56)

385.

Abreise des Ministers Ibrahim el-Mufti von Berlin

Der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Handel, Industrie und Versorgung der Republik Sudan, Ibrahim el-Mufti, flog nach seinem Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik am 19. Mai 1956 vom Flugplatz der Deutschen Lufthansa Berlin-Schönefeld wieder ab. Ibrahim el-Mufti wird zu einem offiziellen Besuch in die Ungarische Volksrepublik sowie nach der Sowjetunion und Großbritannien reisen.

Zu seiner Verabschiedung waren der Minister für Leichtindustrie, Dr. Feldmann, Staatssekretär Kurt Gregor und der ungarische Botschafter in der Deutschen Demokratischen Republik, Safrankó, erschienen.

Kurz vor Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik gewährte der sudanesishe Gast einem ADN-Vertreter ein Interview. Dabei versicherte er, daß er bei seinem Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik unvergeßliche Eindrücke gewonnen habe. Seine Erwartungen von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik seien noch übertroffen worden. Die mit Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geführten Besprechungen würden sicher zur Erweiterung der beiderseitigen Beziehungen führen.

(Vorwärts, Berlin 22. 5. 56)

Syrien

386.

Aufnahme offizieller Handelsbeziehungen mit der Republik Syrien

Der Ministerrat der Republik Syrien hat beschlossen, offizielle Handelsbeziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik aufzunehmen. (ADN 8. 11. 55)

387.

Handelsabkommen mit der Republik Syrien

Ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Syrien wurde am 27. November 1955 in Damaskus abgeschlossen. Die Deutsche Demokratische Republik wird von der Republik Syrien Baumwolle, Getreide, Ölsaaten, Trockenfrüchte, Tabak, Wolle, Häute und anderes erhalten. Die Deutsche Demokratische Republik wird Maschinen, Industrieausrüstungen, Transportmittel, Erzeugnisse der Feinmechanik/Optik, chemische und andere Produkte liefern. Ferner wurde vereinbart, Handelsvertretungen in den Hauptstädten beider Länder zu errichten, denen Schutz und Sicherheit gewährt wird.

Für die Republik Syrien unterzeichnete das Abkommen der Minister für nationale Wirtschaft, Rizkallah Antaki, und für die Deutsche Demokratische Republik der Hauptabteilungsleiter Merkel vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik.

(ADN 28. 11. 55)

388.

Glückwunschadresse des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Syrien, Said el-Ghazzi, zum syrischen Nationalfeiertag

Gestatten Sie mir, Exzellenz, Ihnen im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regie-

zung sowie in meinem Namen die herzlichsten Glückwünsche zum Nationalfeiertag der Republik Syrien auszusprechen.

Ich wünsche Ihnen und in Ihrer Person dem syrischen Volk Erfolge im Kampf für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit und verbinde diese Wünsche mit der aufrichtigen Hoffnung auf den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Syrien.

(ADN 16. 4. 56)

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. bis 12. Mai 1956 in Damaskus

389.

Ankunft und erste Besprechungen in Damaskus

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, ist am 7. Mai 1956, aus Khar-tum kommend, auf dem Luftwege in Damaskus eingetroffen. Am 8. Mai hatten Heinrich Rau, sein Stellvertreter Curt-Heinz Merkel und der Sonderbeauftragte für die arabischen Staaten, Ernst Scholz, erste freundschaftliche Unterredungen mit dem syrischen Ministerpräsidenten und Außenminister Said el-Ghazzi und dem Wirtschaftsminister Rizkallah Antaki. Am Abend gab Minister Antaki zu Ehren der Delegation einen Empfang im Orient-Klub, an dem auch verschiedene andere Minister und der Generalsekretär des Außenministeriums teilnahmen. Die gesamte syrische Presse widmete dem Besuch auf den ersten Seiten großen Raum.

(ADN 9. 5. 56)

**Empfang der Regierungsdelegation
der Deutschen Demokratischen Republik beim syrischen
Staatspräsidenten — Empfang im Orient-Klub von Damaskus —
Glückwünsche für den Staatspräsidenten zum Beiram-Fest**

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, ist am 8. Mai 1956 vom syrischen Staatspräsidenten Schukri el-Kuwatli empfangen worden. In einer herzlich geführten Unterredung legte der Staatspräsident ausführlich die Außenpolitik seines Landes dar und wünschte der Delegation Erfolge im Interesse guter Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Am 9. Mai gab Heinrich Rau einen Empfang im Orient-Klub von Damaskus, der in einer herzlichen Atmosphäre verlief. Von seiten der syrischen Regierung waren Ministerpräsident und Außenminister Said el-Ghazzi, die Minister für Finanzen, Wirtschaft, Erziehung und Landwirtschaft, der Generalsekretär des Außenministeriums, der Gouverneur der Nationalen Emissionsbank sowie Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Syriens und Mitglieder des Diplomatischen Korps, darunter der Doyen, der Botschafter Saudi-Arabiens, anwesend. Beide Seiten brachten den Wunsch zum Ausdruck, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Syrien und der Deutschen Demokratischen Republik zu erweitern.

Am 11. Mai überbrachte Heinrich Rau dem syrischen Präsidenten Glückwünsche zum höchsten mohammedanischen Feiertag, dem Beiram-Fest. Dabei drückte Schukri el-Kuwatli seine Befriedigung darüber aus, daß die Gespräche zwischen Heinrich Rau und dem Wirtschaftsminister Syriens über erweiterte Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern erfolgreich verlaufen.

(ADN 11. 5. 56)

Die Delegation reiste am 12. Mai 1956 nach Beirut weiter. (Siehe Nr. 370 bis 372)

Athiopien

391.

Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik zur Audienz bei Kaiser Haile Selassie I. von Äthiopien

Kaiser Haile Selassie I. von Äthiopien empfing am 19. November 1955 den Vizepräsidenten der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik, Kurt Wolf, zu einer Audienz im kaiserlichen Palast. (ADN 9. 12. 55)

Eine Delegation der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik weilte vom 13. bis 26. November 1955 in Addis Abeba.

Afghanistan

392.

Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten des Königreiches Afghanistan, Sardar Mohammed Davud, zum Jahrestag der Proklamation der Unabhängigkeit des Landes

Gestatten Sie mir, Exzellenz, Ihnen im Namen der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik sowie in meinem eigenen Namen die besten Glückwünsche zum Jahrestag der Proklamation der Unabhängigkeit Ihres Landes auszusprechen. Ich benutze die Gelegenheit, um der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß sich zwischen unseren Ländern gute freundschaftliche Beziehungen entwickeln. Ich verbinde meine Glückwünsche mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und Ihre Gesundheit.

(ADN 26. 5. 56)

*Danktelegramm des Ministerpräsidenten Mohammed Davud
an Ministerpräsident Otto Grotewohl*

Ich danke Euer Exzellenz für das liebenswürdige Glückwunschtelegramm, das Sie die Güte hatten, mir anlässlich des Jahrestages der Unabhängigkeit Afghanistans zukommen zu lassen, und bitte Euer Exzellenz, die Wünsche entgegenzunehmen, die ich für Ihr persönliches Glück sowie für das Wohlergehen des deutschen Volkes aussprechen möchte.

Mohammed Davud
(ADN 12. 6. 56)

Belgien

393.

**Handelsabkommen mit der Belgisch-Luxemburgischen Union
für das Jahr 1956**

Ein Abkommen über den Warenaustausch zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Gebiet der Belgisch-Luxemburgischen Union für das Jahr 1956 ist am 3. Februar 1956 in Brüssel unterzeichnet worden. Die Verhandlungen wurden von Vertretern des Deutschen Innen- und Außenhandels und der „Fédération des Industries Belges“ geführt und verliefen in einer freundschaftlichen Atmosphäre.

Gemäß diesem Abkommen wird sich das Gesamtvolumen des Warenaustausches gegenüber dem Jahre 1955 um mehr als 40 Prozent, auf 1360 Millionen belgische Franc, erhöhen, wobei insbesondere das Warensortiment wesentlich erweitert wird. Die Belgisch-Luxemburgische Union wird unter anderem hochwertige Düngemittel, Walzwerkerzeugnisse, Textilrohstoffe, Hart- und Edelhölzer, Spezialmaschinen, Chemikalien, Wollstoffe und hochwertige Lebens- und Genußmittel in die Deutsche Demokratische Republik liefern. Die Deutsche Demokratische Republik liefert in die Belgisch-Luxemburgische Union unter anderem Kalidüngemittel, Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Feinmechanik/Optik, Chemikalien, Glas/Keramik, Textilien und Papiererzeugnisse.

(ADN 6. 2. 56)

Brasilien

394.

**Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck
anläßlich des Amtsantritts des neugewählten Präsidenten der
Vereinigten Staaten von Brasilien, Dr. Juscelino Kubitschek
de Oliveira**

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, hat dem neugewählten Bundespräsidenten der Vereinigten Staaten von Brasilien, Dr. Juscelino Kubitschek de Oliveira, aus Anlaß seines Amtsantritts am 31. Januar 1956 ein Glückwunschtelegramm übermittelt, in dem er gleichzeitig auch im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik dem brasilianischen Volk aus diesem Anlaß freundschaftliche Grüße sandte.

(ADN 29. 1. 56)

Chile

395.

Handelsvereinbarung mit Chile bis 31. Dezember 1956

Auf der Leipziger Herbstmesse wurden zwischen den Außenhandelsorganen der Deutschen Demokratischen Republik und Vertretern bedeutender chilenischer Wirtschaftskreise Besprechungen über die Entwicklung und Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Chile geführt. Im Ergebnis dieser Besprechungen wurde am 9. September 1955 zwischen dem VEH DIA Kompensation und der chilenischen Handelsgesellschaft „SOGECO“ ein Globalabkommen mit einem Gesamtvolumen von zehn Millionen Dollar unterzeichnet, das die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern regelt. Im Rahmen dieses Abkommens wird die Deutsche Demokratische Republik vor allem Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Feinmechanik/Optik und Elektrotechnik sowie Chemikalien liefern. Die

Deutsche Demokratische Republik importiert hauptsächlich Hülsenfrüchte, Hölzer, Wolle, Futtergetreide, Weine und andere Waren. Das Abkommen hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 1956.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 17—18/1955)

Dänemark

396.

Empfang der Delegation der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und des Leipziger Messeamtes in Kopenhagen

Die in Dänemark weilende Delegation der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und des Leipziger Messeamtes gab am 25. November 1955 in Kopenhagen einen Empfang. Unter den zahlreichen Gästen befanden sich leitende Persönlichkeiten des dänischen Industrie-, des Landwirtschaftsrates, der dänischen Großhandels- und der Provinz-kammer. Außerdem hatten sich Vertreter bekannter landwirtschaftlicher Unternehmen und Industriefirmen, Importeure und Exporteure sowie die Handelsvertreter der Handelsmissionen der befreundeten Länder zum Empfang eingefunden, der in einer überaus herzlichen Atmosphäre verlief. Die Ausführungen des Delegationsleiters, D. Rummelsburg, der u. a. den Wunsch der Deutschen Demokratischen Republik hervorhob, die Handelsbeziehungen zu Dänemark zu normalisieren und auszubauen, wurden mit großem Beifall aufgenommen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 23/1955)

Frankreich

397.

**Glückwunschtelegramm des Volkskammerpräsidenten
Dr. h. c. Johannes Dieckmann an André Le Troquer
anläßlich seiner Wahl zum Präsidenten der National-
versammlung der Republik Frankreich**

Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, hat am 25. Januar 1956 Herrn Le Troquer aus Anlaß seiner Wahl zum Präsidenten der Nationalversammlung der Republik Frankreich ein Glückwunschtelegramm übersandt.

(ADN 26. 1. 56)

Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident!

Aus Anlaß Ihrer Wahl zum Präsidenten der Nationalversammlung der Republik Frankreich erlaube ich mir, Ihnen im Namen des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik herzliche Glückwünsche zu übermitteln. Die Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und alle friedliebenden Deutschen sind von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt, mit dem französischen Volke in einem gesamteuropäischen System der kollektiven Sicherheit zusammenzuarbeiten, das auch jede Bedrohung des Friedens unserer beiden Völker durch den deutschen Militarismus ausschließt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Johannes Dieckmann
Präsident der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik

*Danktelegramm des Präsidenten der Nationalversammlung
der Republik Frankreich, André Le Troquer,
an Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann
vom 30. Januar 1956*

Die mir von Ihnen, Herr Präsident, namens des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik übermittelten Glückwünsche haben mich auf das stärkste berührt. Ich bitte Sie und alle diejenigen, die mir durch Sie diese Wünsche zum Ausdruck brachten, dafür meinen tiefgefühlten Dank entgegenzunehmen. Ich versichere Sie meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(ADN 3. 2. 56)

398.

Schreiben des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Frankreich, Christian Pineau, zur Saarfrage

Eure Exzellenz!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich, der Regierung der Republik Frankreich im Hinblick auf die Verhandlungen, die zwischen den Regierungen der Republik Frankreich und der Deutschen Bundesrepublik über die Saarfrage geführt werden, folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Regelung der Saarfrage davon ausgehen muß, daß das Saargebiet ein untrennbarer Bestandteil Deutschlands ist. Eine dauerhafte Regelung der Saarfrage ist nur möglich, wenn sie der Festigung des Friedens in Europa dient und den friedlichen — insbesondere auch wirtschaftlichen — Interessen des französischen wie des deutschen Volkes entspricht.

Die Zurückweisung der Pläne zur Abtrennung der Saar von Deutschland durch die Saarbevölkerung hat günstige Bedingungen für eine dauerhafte Lösung der Saarfrage geschaffen. Die Saarbevölkerung bekannte sich am 23. Oktober 1955 zu Deutschland. Sie erklärte sich dagegen, das Saarland auf diese oder jene Weise an den Nordatlantiktakt und die Westeuro-

päische Union zu ketten. Dieser Wille der Saarbevölkerung darf nicht verfälscht werden.

Gegenwärtig sind Bestrebungen im Gange, die sich gegen die friedlichen Interessen des französischen und des deutschen Volkes richten und mit dem Streben der Völker Europas nach Frieden und kollektiver Sicherheit unvereinbar sind. Diese Bestrebungen haben das Ziel, das Saargebiet unter mißbräuchlicher Ausnutzung des Votums der Saarbevölkerung vom 23. Oktober 1955 auf dem Wege des Anschlusses des Saargebietes an die Deutsche Bundesrepublik der westdeutschen Aufrüstung dienstbar zu machen. Das aber würde die Schwierigkeiten, die der Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates entgegenstehen, nur erhöhen. Eine Regelung, die das Saargebiet den militärischen Kräften Westdeutschlands überläßt, verstärkt dieses Hindernis und erhöht die Gefährdung des europäischen Friedens, die die westdeutsche Aufrüstung nach sich zieht.

Die friedliebenden Kräfte des französischen und des deutschen Volkes haben ein gemeinsames Interesse an der Sicherung des Friedens und an der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa. Die Lösung der Deutschlandfrage auf friedlichem und demokratischem Wege liegt ebenfalls im Interesse beider Völker. Die Saarfrage ist eine gesamtdeutsche Frage. Sie berührt das Verhältnis des französischen Volkes zum ganzen deutschen Volk und ist für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und ganz Deutschland von großer Bedeutung.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet einseitige Regelungen zwischen den Regierungen Frankreichs und der Deutschen Bundesrepublik als unvereinbar mit dem Bestehen zweier deutscher Staaten wie mit dem völkerrechtlich begründeten Anspruch des deutschen Volkes auf friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, das heißt: als unzulässig und unwirksam. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weist darauf hin, daß sie keine Vereinbarungen in der Saarfrage anerkennen wird, die ohne ihre Mitwirkung getroffen werden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Dr. Lothar Bolz

Minister für Auswärtige Angelegenheiten
(Neues Deutschland, Berlin 6. 5. 56)

**Interview des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten,
Dr. Lothar Bolz, mit „Le Monde“ vom 23. Mai 1956
zu Fragen einer gesamtdeutschen Saarregelung sowie zu
anderen internationalen Problemen**

Frage: Was beabsichtigen Sie, Herr Minister, mit Ihrem Schreiben an Herrn Pineau in der Saarfrage?

Antwort: Mein Schreiben an Herrn Pineau stellt fest, daß keine gesamtdeutsche Frage ohne die Mitwirkung der Deutschen Demokratischen Republik geregelt werden kann. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat ihre Bereitschaft zu Verhandlungen — auch in der Saarfrage — wiederholt zum Ausdruck gebracht. Wer sich über diese Bereitschaft hinwegsetzt, verletzt den völkerrechtlich begründeten Anspruch der Deutschen Demokratischen Republik auf Mitwirkung, ganz zu schweigen davon, daß es zu den ersten Grundsätzen der Außenpolitik gehört, mit den Tatsachen zu rechnen, das heißt in diesem Falle mit dem Bestehen zweier deutscher Staaten.

Einseitige Saarverhandlungen stehen auch im Widerspruch zu den von Frankreich und anderen Staaten übernommenen Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volk. Das deutsche Volk hat ebenso wie alle anderen europäischen Staaten Anspruch auf die Sicherung seiner Zukunft vor dem deutschen Militarismus und Faschismus. Die Pariser Verträge haben unter Verletzung dieses Anspruchs die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland sanktioniert. Jetzt soll auch noch das Saargebiet in die Sphäre des wiedererstehenden deutschen Militarismus einbezogen werden.

Ich denke, daß es den Interessen des deutschen und des französischen Volkes entspricht, wenn in meinem Schreiben an Herrn Pineau auf die Gefährlichkeit dieser Politik hingewiesen und gefordert wird, die Vertreter der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik zur Lösung der Saarfrage hinzuzuziehen. Gerade weil unsere beiden Völker wünschen, daß die deutsch-französischen Beziehungen künftig nicht mehr gefährdet werden, bedarf es einer Regelung der Saarfrage im Einvernehmen aller Beteiligten, insbesondere im Einvernehmen mit den von unserer Republik repräsentierten demokratischen und friedliebenden Kräften des deutschen Volkes.

Frage: Was für ein Mittel sehen Sie, um die Lösung der Saarfrage im Sinne dieses Standpunktes zu erreichen?

Antwort: Dazu ist eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten und dem Saargebiet einerseits und Frankreich andererseits notwendig.

Unsere Völker sind gleichermaßen an der Erhaltung des Friedens interessiert; sie fordern Sicherheit und sind für Verständigung und freundschaftliche Zusammenarbeit. Es dient dem Wohle des deutschen und des französischen Volkes, wenn die friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes an der Regelung der Saarfrage beteiligt sind. Zugeständnisse an die revanchistischen Kreise Westdeutschlands sind gefährlich. Sie schaffen keine Sicherheit des französischen Volkes, und sie helfen dem deutschen Volk nicht in seinem Kampfe für die friedliche Wiedervereinigung.

Frage: Was beabsichtigen Sie zu tun, um die Wiedervereinigung Deutschlands so schnell wie möglich zu erreichen? Sind Sie zum Beispiel bereit, ihre Rüstung zu beschränken, wenn Westdeutschland dasselbe tun würde?

Antwort: Die Wiedervereinigung Deutschlands ist an bestimmte äußere und innere Voraussetzungen gebunden. Unsere Regierung hat vor der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und seiner Einbeziehung in einseitige Militärpakte gewarnt. Sie hat sich wiederholt für die Schaffung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems und für die Annäherung der beiden deutschen Staaten ausgesprochen. Natürlich hat die Abrüstungsfrage für die Lösung des deutschen Problems eine besonders große Bedeutung. Eine allgemeine Abrüstung würde dazu beitragen, die Hindernisse zu beseitigen, die der Wiedervereinigung Deutschlands im Wege stehen. Unsere Regierung ist auch für die Schaffung einer kontrollierten Zone der Einschränkung der Streitkräfte und der Rüstungen in Europa unter Einbeziehung beider deutscher Staaten und der Nachbarstaaten Deutschlands. Sie hat der westdeutschen Regierung Vorschläge unterbreitet und sich bereit erklärt, sich jederzeit über die Begrenzung der Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands zu verständigen. Diese Vorschläge werden nach wie vor aufrechterhalten.

Frage: Wird sich Westdeutschland nach der Wiedervereinigung Deutschlands von seinen Verpflichtungen gegenüber den NATO-Ländern befreien können, und gilt das auch für die

Deutsche Demokratische Republik hinsichtlich ihrer Einbeziehung in den Warschauer Vertrag?

A n t w o r t : Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands wird durch die Eingliederung der Bundesrepublik in die Militärpakte der NATO und der Westeuropa-Union verhindert. Ohne die Beseitigung dieser militärischen Verpflichtungen Westdeutschlands ist die Schaffung eines friedlichen und demokratischen Deutschlands nicht möglich. Die deutschen Friedenskräfte werden nicht zulassen, daß Deutschland abermals als militaristischer Staat entsteht, der die europäischen Völker bedroht und das deutsche Volk selbst neuen Schrecken und Leiden aussetzt. Die große Mehrheit des deutschen Volkes ist gegen die Bindung an einseitige Militärpakte. Es bedarf nur der Respektierung des Volkswillens durch die Regierungen der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten, um das Ausscheiden Westdeutschlands aus der NATO herbeizuführen.

Was die Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik am Warschauer Vertrag für Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 angeht, so ist die von allen Teilnehmerstaaten gebilligte Erklärung von Ministerpräsident Otto Grotewohl bekannt, daß das wiedervereinigte Deutschland nicht an die Verpflichtungen gebunden ist, die ein Teil Deutschlands in militärpolitischen Verträgen und Abkommen vor der Wiedervereinigung Deutschlands eingegangen ist.

F r a g e : Sie wissen, daß in Frankreich Sorgen bestehen, das wiedervereinigte Deutschland könnte ein Gefahrenherd für seine Nachbarländer sein. Sind Sie bereit, die aktive Teilnahme Deutschlands an einem Sicherheitspakt für ganz Europa zu unterstützen?

A n t w o r t : Das wiedervereinigte Deutschland wäre nur dann eine Gefahr für den Frieden in Europa, wenn sich der Wunschtraum der deutschen Militaristen, ganz Deutschland wieder unter ihre Herrschaft zu bringen, erfüllen würde. Diese Pläne werden am Widerstand der fortschrittlichen Kräfte Deutschlands, insbesondere am Widerstand der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik, scheitern. Die Sicherheit der Nachbarländer Deutschlands wird lediglich durch die Aufrüstung Westdeutschlands gefährdet. Die Bundesregierung hat die Vorschläge zur Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen mit Plänen über die Aufstellung von 500 000 Mann NATO-Truppen

und 500 000 Mann Miliz beantwortet. Die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands würde diese gefährliche Entwicklung beseitigen. Ein solches Deutschland würde nicht von revanchistischen und militaristischen Kräften beherrscht sein. Es würde im Rahmen eines Sicherheitspaktes zum Frieden und zur Sicherheit der Völker Europas beitragen und für eine aufrichtige wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit allen anderen Staaten eintreten. Die Deutsche Demokratische Republik hat sich wiederholt für die Schaffung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitsvertrages erklärt. Ihm könnten zunächst beide Teile Deutschlands angehören und nach der Wiedervereinigung das einheitliche Deutschland.

Frage: Es gibt Pläne, Deutschland zu neutralisieren. Halten Sie es für möglich, daß die Neutralisierung ganz Europa umfassen könnte, wenn die europäische Sicherheit von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion garantiert wird?

Antwort: Ich denke, wir sollten alle unsere Anstrengungen auf Maßnahmen zur Abrüstung, zur Überwindung der Militärblocks und zur Schaffung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems konzentrieren. Das sind erreichbare Ziele und zudem ausreichende Schritte zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens auf unserem Kontinent.

In einem kollektiven Sicherheitssystem wird Deutschland gleiche Rechte und Pflichten übernehmen wie jeder andere Teilnehmerstaat.

Frage: Ihr Kollege, Herr Minister Rau, hat in Leipzig von einer Möglichkeit der Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik mit allen Ländern, darunter auch mit Frankreich, gesprochen. Welche Perspektiven sehen Sie für die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit Frankreich?

Antwort: Die wirtschaftlichen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Republik Frankreich haben sich in den letzten Jahren entwickelt. Unsere Regierung ist jedoch der Auffassung, daß normale Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu einer wesentlichen Erweiterung des Warenaustausches führen würden.

Was die kulturellen Beziehungen betrifft, so erfreut sich die französische Kultur in der Deutschen Demokratischen Republik großer Liebe und Verehrung. Es kann festgestellt werden,

daß in beiden Ländern das Interesse an der Erweiterung des Kulturaustausches ständig im Wachsen begriffen ist. Die Herstellung enger Kontakte auch auf diesem Gebiete wäre geeignet, zu einer Vertiefung der Beziehungen beizutragen. Unsere Regierung wird alles, was von ihr abhängt, tun, um eine solche Entwicklung zu fördern.

(Neues Deutschland, Berlin 23. 5. 56)

Großbritannien

400.

Handelsvereinbarung mit Großbritannien

Im Ergebnis der während der Leipziger Frühjahrsmesse 1955 begonnenen Gespräche wurde am 27. Juli 1955 zwischen der VEH DIA Kompensation und einer bedeutenden britischen Industriegruppe der verschiedensten Industriezweige Großbritanniens (BELFA) eine Vereinbarung unterzeichnet, die einen Warenaustausch in Höhe von 5,4 Millionen Pfund vorsieht.

Lieferungen der Deutschen Demokratischen Republik werden vorwiegend aus Düngemitteln, Zement, Chemikalien und Fertigerzeugnissen bestehen, während die Deutsche Demokratische Republik aus Großbritannien Wolle, Kakao, Kaffee, Eisen- und Stahlerzeugnisse bezieht.

(ADN 30. 7. 55)

401.

Empfang der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und des Leipziger Messeamtes in London

Eine Delegation von Wirtschaftsfachleuten der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und des Leipziger Messeamtes gab am 29. November 1955 im Londoner Waldorf-Hotel einen Empfang. Daran nahmen teil: Vertreter des Chemietrusts ICI, der English Steel Corp., des Unilever-

Konzerns und anderer britischer Gesellschaften sowie Vertreter der Londoner Handelskammer und des Verbandes der britischen Industrie.

Die britischen Kaufleute informierten sich über die Möglichkeit der Erweiterung des Handels zwischen beiden Ländern.

Dem Empfang war eine Pressekonferenz vorangegangen, zu der viele Vertreter der führenden Tages- und Fachpresse erschienen waren.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 23/1955)

402.

Offizielle Erklärung des Foreign Office zum innerdeutschen Schiffsverkehr

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums teilte am 6. Dezember 1955 in einer offiziellen Erklärung mit, daß Großbritannien die Zuständigkeit der Behörden der Deutschen Demokratischen Republik für die Erteilung von Genehmigungen zur Durchfahrt westdeutscher Schiffe durch die Deutsche Demokratische Republik anerkennt. Der Sprecher gab bekannt, die britische Regierung sei bereits im Oktober von sowjetischer Seite davon unterrichtet worden, daß die Zuständigkeit für die Erteilung dieser sogenannten Permits auf die Behörden der Deutschen Demokratischen Republik übergegangen ist.

Gleichzeitig mußte der Beamte des britischen Außenministeriums zugestehen, die Behörden der Deutschen Demokratischen Republik hätten in keiner Weise eingegriffen, um den normalen Flußschiffahrtsverkehr zu behindern.

(ADN 6. 12. 55)

403.

Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann beantwortet Fragen britischer Parlamentarier zur Prager Deklaration

Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann hat in einer Stellungnahme Fragen von Abgeordneten des britischen Parlaments beantwortet. Diese Fragen bezogen sich auf eine Regierungserklärung des französischen Ministerpräsidenten

Mollet, in der es hieß: „Eine neue Annäherung ist notwendig und sollte in Übereinstimmung mit den Alliierten Frankreichs durch Verhandlungen über allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung gefunden werden. Der Weg zur deutschen Wiedervereinigung muß über die Abrüstung führen.“

Darauf hat Volkskammerpräsident Dr. h. c. Dieckmann wie folgt geantwortet: „Die Deutsche Demokratische Republik ist bekanntlich Partner des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Wie weiter bekannt ist, sind die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 27. und 28. Januar 1956 in Prag, in Anwesenheit eines Beobachters Volkschinas, zu gemeinsamen Beratungen zusammengetreten, deren Ergebnis in einer Deklaration zusammengefaßt wurde.* In dieser Deklaration haben die in Prag versammelten Vertreter der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages eine Anzahl konstruktiver Vorschläge zur weiteren Minderung der internationalen Spannungen gemacht. Unter anderem haben sie vorgeschlagen, in Europa unter Einschluß des Territoriums beider Teile Deutschlands eine Zone der Rüstungsbeschränkung und -kontrolle zu schaffen. Bei diesen und ihren anderen Vorschlägen haben sie die große Bedeutung hervorgehoben, die die Annahme dieser Vorschläge für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands haben würde.

Da die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik diese Deklaration von Prag mit erarbeitet und mit unterzeichnet haben, ist damit die von den britischen Parlamentariern gestellte Frage klar beantwortet. Dabei sei noch darauf verwiesen, daß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer 11. Plenarsitzung vom 8. Februar 1956 der vom Präsidenten der Volkskammer zur Prager Deklaration abgegebenen Erklärung**, in der die Prager Deklaration in ihrem gesamten Inhalt gebilligt wurde, zugestimmt hat. Damit sind die Prager Vorschläge zur friedlichen Lösung der europäischen und der deutschen Frage eine Willenserklärung auch der obersten Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik geworden.“

(ADN 14. 2. 56)

* siehe Nr. 35

** siehe Nr. 19

**Britische Unterhausabgeordnete bei Minister für Außenhandel
und Innerdeutschen Handel Heinrich Rau**

Die zur Frühjahrsmesse in Leipzig weilenden Abgeordneten des Unterhauses des Königreiches Großbritannien, der Abgeordnete der Konservativen Partei Drayson und der Abgeordnete der Labour-Party de Freitas, wurden am 27. Februar 1956 vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, zu einer Unterredung empfangen. Die Unterredung, welcher der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiß beiwohnte, diente der Erörterung von Möglichkeiten für die Erweiterung und Vertiefung des Handels zwischen Großbritannien und der Deutschen Demokratischen Republik. Es bestand volle Übereinstimmung über die Notwendigkeit, sowohl den West-Ost-Handel allgemein als auch den Handel zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Großbritannien zu erweitern.

(ADN 28. 2. 56)

**Aussprache des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden
des Ministerrates, Walter Ulbricht, mit Unterhaus-
abgeordneten der Labour-Party**

Der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, empfing am 9. April 1956 eine Delegation von drei Unterhausabgeordneten der britischen Labour-Party. In einer längeren Aussprache wurde übereinstimmend festgestellt, daß die größte Gefahr, die dem Frieden droht, die Wiederaufrüstung des deutschen Militarismus in Westdeutschland ist. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß alles getan werden muß, um die Abrüstungsvorschläge zu unterstützen und den Frieden zu erhalten.

Die gemeinsamen Interessen der englischen und der deutschen Arbeiterklasse erfordern normale und freundschaftliche Beziehungen zwischen der englischen Arbeiterbewegung und den Organisationen der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik.

Auf die Frage, wie Walter Ulbricht zu gegenseitigen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Deutschen Demokratischen Republik stehe, erwiderte er, die Deutsche Demokratische Republik sei bereit, auf der Basis der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit Großbritannien aufzunehmen. Durch gegenseitige Besuche und den Austausch von Künstlern, Schriftstellern, Journalisten, vor allem aber durch Arbeiterdelegationen könnten gutnachbarliche Beziehungen geschaffen werden.

Ein Abgeordneter stellte die Frage, ob die Einreise führender Funktionäre der englischen Arbeiterbewegung in die Deutsche Demokratische Republik zum Studium des sozialistischen Aufbauwerks unterstützt würde. Walter Ulbricht erklärte, daß der Besuch von Gewerkschaftsdelegationen und Funktionären der Labour-Party begrüßt würde. Auf die Frage, ob der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik auf Einladung England besuchen würde, antwortete Walter Ulbricht bejahend.

Die Unterhaltung trug einen freundschaftlichen Charakter. Die Unterhausabgeordneten brachten abschließend zum Ausdruck, daß sie alles tun würden, um in England dazu beizutragen, Klarheit über den Aufbauwillen und die friedlichen Bestrebungen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen.

(ADN 10. 4. 56)

Indonesien

406.

**Telegramm des Präsidenten der Volkskammer,
Dr. h. c. Johannes Dieckmann, an das Parlament der
Republik Indonesien zu dessen Zusammentritt**

Gestatten Sie mir, Ihnen, den gewählten Vertretern des indonesischen Volkes, zum Zusammentritt des Parlaments der Republik Indonesien und zur Aufnahme Ihrer Tätigkeit im Namen der Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sowie in meinem eigenen Namen die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. (ADN 25. 3. 56)

Island

407.

Zahlungs- und Warenabkommen mit Island für das Jahr 1956

Die im November 1955 in der Hauptstadt Islands, Reykjavik, begonnenen Verhandlungen über ein Zahlungs- und Warenabkommen zwischen Island und der Deutschen Demokratischen Republik für 1956 haben am 29. November zu einem Abkommen in Höhe von rund 14 700 000 DM geführt.

Die Deutsche Demokratische Republik wird im Rahmen dieses Abkommens neben Konsumtionsgütern aller Art Maschinen, Dieselmotoren, komplette Anlagen, Fischereifahrzeuge, elektrotechnische Ausrüstungen, Büromaschinen, Kameras sowie Zement, Kali, Chemikalien und weitere Erzeugnisse unserer Produktion liefern.

Unter Berücksichtigung der Struktur der isländischen Volkswirtschaft, die zu etwa 95 Prozent auf dem Fischfang und der fischverarbeitenden Industrie basiert, liefert Island tiefgefrorenes Fischfilet, Frischfisch und Fischkonserven an die Deutsche Demokratische Republik.

Ferner wurde in den in freundschaftlicher Atmosphäre geführten Verhandlungen vereinbart, zur Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen und zur Erweiterung des Warenaustausches in den Hauptstädten der Partnerländer Vertretungen einzurichten.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 24/1955)

Jemen

Kronprinz des Königreichs Jemen, Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr, vom 25. Juni bis 2. Juli 1956 in Berlin

408.

Ankunft auf dem Flugplatz Schönefeld

Zu einem mehrtägigen Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik traf am 25. Juni 1956 der Kronprinz des

Königreichs Jemen und Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr, auf dem Flugplatz der Deutschen Lufthansa in Berlin-Schönefeld ein. Der jemenitische Staatsmann, in dessen Begleitung sich bedeutende Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens des Jemen befinden, folgt einer Einladung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl.

In Begleitung des Kronprinzen befinden sich der Finanzminister des Jemen, el-Kadi Abdurahman el-Sayali, der Stellvertreter des Außenministers, Staatsminister el-Kadi Mohammed el-Amri, der politische Berater der jemenitischen Regierung, Dr. Hassan Bagdadi, der Handelsrat Scheich Ali el-Dgabali, der Sekretär der Delegation, Dr. Isa Nakhleh, und andere Persönlichkeiten.

Die jemenitischen Gäste wurden bei ihrer Ankunft von Ministerpräsident Otto Grotewohl, dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und den Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch und Paul Scholz begrüßt. Ferner waren erschienen Mitglieder des Ministerrates, Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Generale der Nationalen Volksarmee und Mitglieder des Diplomatischen Korps. Eine Ehrenkompanie der Nationalen Volksarmee erwies den jemenitischen Gästen die Ehrenbezeugung. Ein Musikzug intonierte die Hymnen beider Länder.

Nach dem Vorbeimarsch der Ehrenkompanie ergriff Kronprinz Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr das Wort zu einer kurzen Ansprache.

Kronprinz el-Badr brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß in nächster Zukunft die Möglichkeit für einen wirtschaftlichen Austausch im Interesse des Jemen und Deutschlands gegeben ist. Der wirtschaftliche Austausch auf der Basis eines gesunden gegenseitigen Verständnisses sei eines der besten Mittel, um eine Zusammenarbeit zwischen den Nationen zu ermöglichen und auch die internationalen Beziehungen auf solche Weise zu entwickeln, daß die Hoffnungen derer erfüllt werden, die sich dem Wohlergehen der Menschheit widmen und an die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz glauben.

Abschließend erklärte der jemenitische Staatsmann: „Während ich dem großen deutschen Volk meine Grüße überbringe, sehe

ich der Wiedervereinigung Deutschlands entgegen als einem positiven Beitrag für die Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit. Ich glaube, daß mein Besuch zu einer engen gegenseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern führen wird, und zwar in einem solchen Ausmaß, daß unsere traditionelle Freundschaft entwickelt und daß der Weg gebahnt wird für eine glänzendere Zukunft und für bessere Bedingungen der Wohlfahrt und des Wohlergehens.“

(Neues Deutschland, Berlin 26. 6. 56)

409.

Essen zu Ehren des Kronprinzen des Königreichs Jemen

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, gab am 25. Juni 1956 zu Ehren des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers des Königreichs Jemen und der ihn begleitenden Persönlichkeiten ein Essen. In einer Begrüßungsansprache erklärte Dr. Bolz, daß die Regierung und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit großer Sympathie die Politik des Königreichs Jemen verfolgen. „Wir begrüßen den Kampf der arabischen Völker für ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit, gegen den Kolonialismus und gegen einseitige aggressive Kriegspakte“, sagte Außenminister Bolz. „Obwohl wir selbst durch den letzten Krieg schwer gelitten haben, sind wir gern bereit, die arabischen Völker bei der Industrialisierung ihrer Länder zu unterstützen und ihnen auch auf anderen Gebieten, wie zum Beispiel auf dem Gebiet der Volksgesundheit, mit unseren Erfahrungen zu helfen.“

Dr. Bolz brachte einen Trinkspruch aus auf die Gesundheit Seiner Majestät, des Königs von Jemen, und auf die guten Beziehungen zwischen dem jemenitischen und dem deutschen Volk.

In seiner Antwortrede dankte der Kronprinz des Jemen für den herzlichen Empfang.

(Neues Deutschland, Berlin 26. 6. 56)

**Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Kronprinzen
des Königreichs Jemen am 26. Juni 1956**

Dankesworte des Kronprinzen

Eure Exzellenz! Sehr verehrte Exzellenzen! Ich danke Ihnen, daß ich die Ehre habe, Berlin und Ostdeutschland zu besuchen. Ihr Land ist ein großes Land, und wir haben uns schon lange vorgenommen, Ihrem Land einen Besuch abzustatten. Ich benutze diese Gelegenheit, im Namen meiner Kollegen, die mich begleiten, und in meinem eigenen Namen meinen Dank für den eindrucksvollen Empfang auszusprechen. Es ist für mich eine Freude, Ihnen die besten Wünsche und die Hochachtung meines Vaters, Seiner Majestät des Königs des Jemen, und der jemenitischen Regierung zu überbringen.

Ich hoffe sehr stark, daß unser Besuch in Deutschland die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern verstärken wird. Indem ich noch einmal meinen Dank wiederhole, spreche ich die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk eine prächtige Zukunft haben möge.

Begrüßungsrede des Präsidenten Wilhelm Pieck

Eure Königliche Hoheit! Verehrte Exzellenzen! Meine Herren! Ich bin hocherfreut, als anerkannten Staatsmann des Volkes von Jemen den Kronprinzen des Königreichs Jemen und die ihn begleitenden hochgestellten Mitglieder der Regierungsdelegation begrüßen zu können. Ich gestatte mir, Sie, Königliche Hoheit, und Ihre hochgeschätzten Begleiter in der Deutschen Demokratischen Republik herzlich willkommen zu heißen.

Die friedliebende Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik verfolgt mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie den Kampf der arabischen Völker um nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität, um Frieden und Sicherheit. Wir schätzen den wichtigen Beitrag hoch, den das Königreich Jemen und seine friedliebende Bevölkerung zur Erhaltung des Friedens im Nahen Osten und damit in der ganzen Welt geleistet haben. Dieses Eintreten für nationale Freiheit und Unabhängigkeit, für Frieden und Sicherheit verbinden unsere

Völker miteinander. Ich bin überzeugt, daß dieses gemeinsame Streben auch eine gute Grundlage für die Beratungen abgibt, die Eure Königliche Hoheit und die Sie begleitenden Exzellenzen mit den Mitgliedern der Regierung unserer Republik führen werden. In den weiteren Besprechungen wird Eure Königliche Hoheit Gelegenheit haben, alles Erforderliche mit Ministerpräsident Otto Grotewohl zu vereinbaren.

Die Besuche und Besichtigungen in den Bezirken und Städten unserer Republik werden außerdem den Beweis erbringen, daß unsere werktätigen Menschen dem hervorragenden Vertreter des aufstrebenden Volkes von Jemen freundschaftlich zugetan sind. Es werden angespannte, aber sicher sehr eindrucksvolle Tage sein, die die Regierungsdelegation des Königreichs Jemen in der Deutschen Demokratischen Republik verbringt.

Ich wünsche Eurer Königlichen Hoheit und Ihren hochgeschätzten Begleitern einen angenehmen und ergebnisreichen Aufenthalt in unserer Republik. Möge Ihr Besuch der erste Schritt zur dauernden Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen unseren Völkern sein. Ich danke Eurer Königlichen Hoheit für die Aufmerksamkeit Ihres Besuchs.

(Neues Deutschland, Berlin 27. 6. 56)

411.

Kommuniqué über die gemeinsamen Besprechungen

Am 26. Juni stattete der Kronprinz des Königreichs Jemen, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr, mit der ihn begleitenden jemenitischen Delegation dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, in dessen Amtssitz einen Besuch ab. Dabei wurden die auf die Fragen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Königreich Jemen bezüglichen Beratungen aufgenommen.

An den Beratungen nahmen teil:

seitens der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Lothar Bolz, Heinrich Rau, Fritz Selbmann, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch, Prof. Fred Oelßner und Paul Scholz sowie der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Sepp Schwab, der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel

und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiß und die Staatssekretäre Anton Plenikowski und Max Opitz, seitens der jemenitischen Delegation der Stellvertreter des Außenministers, Staatsminister el-Kadi Mohammed el-Amri, Finanzminister el-Kadi Abdurahman el-Sayali, der politische Berater der jemenitischen Regierung, Dr. Hassan Bagdadi, und weitere Herren der Begleitung des Kronprinzen Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr.

Bei den in freundschaftlicher Atmosphäre verlaufenen Beratungen wurden Fragen der internationalen Lage, die politischen Probleme des Jemen und der arabischen Länder sowie das Deutschlandproblem und die Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der beiden Länder erörtert.

In den in herzlicher Übereinstimmung verlaufenen Beratungen wurden die Grundlagen für die Arbeit beiderseits benannter Kommissionen festgelegt.

(Neues Deutschland, Berlin 27. 6. 56)

412.

Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, empfängt den Kronprinzen des Königreichs Jemen

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, empfing am 29. Juni 1956 in seinen Amtsräumen in Berlin den Kronprinzen des Jemen, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr.

In dem Gespräch, das in einer Atmosphäre herzlicher Freundschaft verlief, wurden Fragen der gegenseitigen Handelsbeziehungen und ihrer weiteren Perspektiven behandelt. Gleichzeitig fanden Besprechungen zwischen jemenitischen Kaufleuten und Mitarbeitern der Außenhandelsorgane der Deutschen Demokratischen Republik über die Realisierung einzelner geschäftlicher Vereinbarungen statt.

(ADN 29. 6. 56)

Empfang zu Ehren des Kronprinzen des Königreichs Jemen

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, gab zu Ehren Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Königreichs Jemen, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr, sowie der Mitglieder der jemenitischen Delegation am 29. Juni 1956 in seinem Amtssitz Schloß Niederschönhausen einen Empfang.

Anwesend waren der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann; Ministerpräsident Otto Grotewohl; der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht; der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz; die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch, Fritz Selbmann und Paul Scholz sowie Mitglieder des Ministerrates; Mitglieder des Politbüros und Sekretäre des ZK der SED; der Erste Sekretär des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann; der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front, Prof. Dr. Correns; der Amtierende Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Waldemar Schmidt; Generale und Offiziere der Nationalen Volksarmee sowie zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, Nationalpreisträger, Träger des Vaterländischen Verdienstordens, Helden der Arbeit und Aktivisten aus den Betrieben.

An dem Empfang nahmen die Mitglieder des Diplomatischen Korps, Vertreter des Kommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik sowie Vertreter der in- und ausländischen Presse teil.

Präsident Wilhelm Pieck begrüßte in einem Toast in dem Repräsentanten des jemenitischen Volkes einen tapferen Verteidiger der nationalen Souveränität seines Landes. „Durch Sie entbieten wir unseren Gruß an das Volk des Königreichs Jemen, das seit Jahrhunderten gegen Unterdrückung durch fremde Mächte, für die Erhaltung seiner Freiheit und Unabhängigkeit kämpft.“ Er erhob das Glas auf das Wohl des Vaters des Kronprinzen, König Imam Achmed von Jemen.

Ministerpräsident Otto Grotewohl leerte sein Glas auf das Glück, die Gesundheit und ein langes erfolgreiches Wirken Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen el-Badr. „Wir hoffen, daß es Ihnen gelungen ist, während Ihres Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik den Eindruck zu gewinnen, daß hier ein friedliebendes Volk lebt, das um die Freiheit und Unabhängigkeit kämpft. Diese drei politischen Prinzipien vereinigen unsere beiden Völker und ihre Regierungen in ihrer Arbeit. Wir wünschen, daß diese Zusammenarbeit, die sich innerhalb weniger Tage angebahnt hat, erfolgreich fortgeführt und vertieft werden kann.“

Walter Ulbricht versicherte dem hohen jemenitischen Gast in einem Toast, daß die friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik von tiefer Sympathie für den großen Kampf der arabischen Völker um ihre Unabhängigkeit erfüllt sind. „Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, und die erste Aufgabe, die die Werktätigen in unserem Lande erfüllten, war die Beseitigung der Macht der Imperialisten mit der Wurzel. In diesem Teil Deutschlands hat das Volk feste Grundlagen für eine Politik des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts geschaffen.“

Außenminister Dr. Bolz brachte einen Toast auf die anwesenden Mitglieder des Diplomatischen Korps aus. „Die erste Grundlage unserer Außenpolitik“, betonte er, „ist die feste Zugehörigkeit unseres Staates zum Friedenslager und die herzliche Freundschaft zu jedem Land, dessen Regierung für die Festigung des Friedens eintritt.“

Kronprinz el-Badr dankte für die herzlichen Grußworte und erklärte in einem Trinkspruch u. a.: „Während meines Besuches habe ich festgestellt, wie tief und schnell freundschaftliche Beziehungen zwischen Völkern und Ländern hergestellt werden können, ungeachtet der Entfernungen, die zwischen ihnen liegen. Mit unserem Gruß an das große deutsche Volk erwarten wir zugleich voller Ungeduld den Tag, an dem die Wiedervereinigung Deutschlands zur Tatsache geworden ist, und zwar eine Wiedervereinigung, die den Wünschen des deutschen Volkes entspricht.“ el-Badr erhob sein Glas auf den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und auf die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem jemenitischen Volk.

Im Verlauf des Empfanges, der in einer sehr herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre verlief, wurde den Gästen des Präsidenten ein umfangreiches Programm von Solisten des Balletts der Deutschen Staatsoper, des Rundfunk-Kinderchors Berlin und des Ensembles der Nationalen Volksarmee „Erich Weinert“ geboten.

(ADN 29. 6. 56)

414.

Unterzeichnung eines deutsch-jemenitischen Kommuniqués

Am 30. Juni 1956 erfolgte im Amtssitz des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik die feierliche Unterzeichnung eines deutsch-jemenitischen Kommuniqués über den Besuch des Kronprinzen des Königreichs Jemen in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Unterzeichnung erfolgte durch den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und den Kronprinzen des Königreichs Jemen, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr.

Bei der feierlichen Unterzeichnung waren zugegen:

seitens der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik: die Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates Walter Ulbricht, Dr. Lothar Bolz, Heinrich Rau, Dr. h. c. Otto Nuschke, Dr. Hans Loch und Paul Scholz. Ferner wohnten der Unterzeichnung bei: die Staatssekretäre Georg Handke, Prof. Martin Schmidt, Anton Plenikowski und Max Opitz, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Sepp Schwab sowie die Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiß und Curt-Heinz Merkel,

seitens der Delegation des Königreichs Jemen waren Finanzminister el-Kadi Abdurahman el-Sayali, der politische Berater der jemenitischen Regierung, Dr. Hassan Bagdadi, und weitere Mitglieder der jemenitischen Delegation zugegen.

Aus Anlaß der feierlichen Unterzeichnung des deutsch-jemenitischen Kommuniqués fand zu Ehren des Kronprinzen Emir

Seif el-Islam Mohammed el-Badr und der ihn begleitenden Delegation ein Essen statt.

Wortlaut des Kommuniqués

Vom 25. Juni bis 1. Juli 1956 besuchte auf Einladung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl der Kronprinz des Königreichs Jemen, Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Auswärtige Angelegenheiten seines Landes, die Deutsche Demokratische Republik. In seiner Begleitung befand sich eine Delegation, der Minister, hochgestellte Beamte und Geschäftsleute angehörten.

Der Kronprinz und die Mitglieder der Delegation besuchten während dieser Zeit Industriebetriebe und kulturelle Einrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Bei dieser Gelegenheit wurde wiederholt die Freundschaft der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik für das Volk Jemens sowie für die Völker der arabischen Länder unterstrichen.

Der Kronprinz und die Delegation wurden vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, empfangen. Der Kronprinz führte Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau.

Während dieses Besuches haben Verhandlungen in sehr freundschaftlichem und herzlichem Geist stattgefunden. Erörtert wurden die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und einige internationale Probleme, an denen beide Länder zum gegenwärtigen Zeitpunkt interessiert sind. Diese Verhandlungen ergaben eine erneute Bestätigung des Wunsches beider Länder, die alte Freundschaft, die zwischen dem jemenitischen Volk und dem deutschen Volk stets bestanden hat, aufrechtzuerhalten, und ihres Wunsches, diese Freundschaft weiterzuentwickeln und zu gegebener Zeit normale Beziehungen zwischen ihnen herzustellen. Bis dahin wurde es für zweckmäßig erachtet, mit der Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen und des Handelsaustausches fortzu-

fahren. Zu diesem Zweck wurde ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Königreich Jemen abgeschlossen.

Dieses Abkommen dient der Förderung des wirtschaftlichen Austausches und der Handelsbeziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils.

In den Besprechungen herrschte Übereinstimmung auf beiden Seiten, daß beide Länder in gewisser Beziehung ähnlichen Problemen gegenübergestellt sind. Das sind in erster Linie die Fragen des Kampfes der beiden Länder für die Erreichung ihrer nationalen Ziele in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung. Es herrschte weiter Übereinstimmung, daß beide Seiten gleiche Ansichten vertreten in bezug auf das Recht der Völker auf ihre Freiheit und Unabhängigkeit sowie auf ihr Recht, in Frieden zu leben, unbedroht von allen Maßnahmen und Aktionen, die diesen Frieden gefährden können. Beide Seiten stimmen überein, daß die internationalen Beziehungen von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den in der Resolution der Konferenz von Bandung enthaltenen Prinzipien geleitet werden sollen, und zwar: gegenseitige Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Anerkennung der Gleichberechtigung, friedliche Koexistenz.

Bei den Besprechungen wurde auch die deutsche Frage erörtert. Beide Seiten sind der Überzeugung, daß die Deutschen selbst in gegenseitiger Verständigung und in brüderlichen Verhandlungen der beiden direkt betroffenen Seiten die nationale deutsche Frage lösen sollten.

Beide Seiten stimmen überein, daß die politischen Probleme im Nahen Osten ohne Einmischung von außen entsprechend dem Willen der Völker des Nahen Ostens und im Einklang mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Resolution der Bandung-Konferenz gelöst werden sollten. Es ist die Überzeugung beider Seiten, daß die gerechten Forderungen der arabischen Völker in friedlicher Weise erfüllt werden können und daß es keine ausländische Einmischung geben sollte, die die Erfüllung dieser Forderung behindert.

Der Besuch des Kronprinzen Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr und der Delegation hat die Grundlage gelegt für eine

lichtere und fruchtbringendere Zukunft der Beziehungen zwischen den beiden Völkern.

Berlin, den 30. Juni 1956.

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Otto Grotewohl
Der Ministerpräsident

Für die Regierung des Mutawakkilischen Königreichs Jemen
gez. Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr
Der Kronprinz
Stellvertreter des Ministerpräsidenten
und Minister für Auswärtige Angelegenheiten des Jemen
(Neues Deutschland, Berlin 1. 7. 56)

415.

Abreise des Kronprinzen des Königreichs Jemen

Der Kronprinz des Königreichs Jemen, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr, ist nach einem siebentägigen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik am 2. Juli 1956 mit einer Sondermaschine der ČSA nach Prag geflogen. Zur Verabschiedung el-Badrs waren auf dem Flugplatz Ministerpräsident Otto Grotewohl und weitere Regierungsmitglieder erschienen. Ein Musikzug intonierte die jemenitische und die deutsche Nationalhymne. Eine Ehrenkompanie der Nationalen Volksarmee erwies Kronprinz el-Badr und seiner Begleitung die Ehrenbezeugung.

Bei der Verabschiedung der Staatsmänner des Jemen sprach Ministerpräsident Grotewohl die Überzeugung aus, daß die getroffenen Vereinbarungen für beide Völker von großem Vorteil und für die Sache des Friedens in der ganzen Welt von Segen sein werden. „Wir sind sehr froh darüber, daß wir Gelegenheit hatten, Ihnen während Ihrer Anwesenheit unsere Sympathie für die gesamte arabische Welt und für das Königreich Jemen, seinen Herrscher und sein Volk auszudrücken. Unsere Verhandlungen haben gezeigt, daß es sehr wohl möglich ist, daß Länder und Völker mit den verschiedensten gesellschaftlichen Systemen und politischen Auffassungen fried-

lich und freundschaftlich nebeneinander leben können. Unter völliger Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse haben wir Beziehungen herstellen können, die uns zu der Hoffnung berechtigen, daß diesem ersten Schritt eines freundschaftlichen Zusammenlebens bald weitere Schritte folgen werden.“ Mit der Versicherung, daß die hier geschaffenen Grundlagen der Freundschaft weiter vertieft und entwickelt werden, übermittelte Otto Grotewohl dem ganzen jemenitischen Volk herzliche Grüße und Wünsche für eine glückliche und schöne Zukunft.

Mit Worten des tiefempfundenen Dankes und dem Wunsch, daß das deutsche Volk recht bald seine Einheit unter den Prinzipien der Freiheit, der Unabhängigkeit und des Friedens wiedererlangen möge, erwiderte der Kronprinz die Ansprache. „Ich freue mich, feststellen zu können“, sagte er unter anderem, „daß dieser Besuch mir die Gelegenheit gab, mir einen Überblick zu verschaffen über die großartigen Anstrengungen, die auf dem Gebiete der Industrie und des Wiederaufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik geleistet werden. Mein Besuch gab mir ferner die Gelegenheit, mir ein Bild über die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern zu machen. Ich bin überzeugt davon, daß eine großartige und fruchtbare Zukunft für unsere beiden Völker vor uns steht.“

(Neues Deutschland, Berlin 3. 7. 56)

Marokko

416.

**Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck
an den Sultan von Marokko, Mohammed V.,
zur Erlangung der Unabhängigkeit des Landes**

Gestatten Sie mir, Eure Majestät, Ihnen und in Ihrer Person dem gesamten marokkanischen Volk zur Wiedervereinigung Ihres Landes und zur Verkündung der Unabhängigkeit Ihres Landes die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen.

(ADN 11. 4. 56)

*Dankschreiben von Sultan Mohammed V.
an Präsident Wilhelm Pieck*

Wir waren sehr bewegt beim Erhalt der Glückwünsche, die Sie die Güte hatten, uns und unserem Volk anlässlich der Anerkennung der Unabhängigkeit Marokkos und seiner territorialen Einheit zuzusenden. Wir bringen unseren tiefempfundenen Dank zum Ausdruck.

(ADN 21. 4. 56)

417.

**Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten
Otto Grotewohl vom 11. April 1956
an Ministerpräsident Si Bekkai
zur Erlangung der Unabhängigkeit Marokkos**

Seiner Exzellenz
dem Ministerpräsidenten von Marokko
Si Bekkai
Rabat

Erlauben Sie mir, Ihnen, Herr Ministerpräsident, und dem marokkanischen Volk im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aus Anlaß der Wiedervereinigung und der Erlangung der Unabhängigkeit Ihres Landes die besten Wünsche zu übermitteln. Ich verbinde diese Wünsche mit der aufrichtigen Hoffnung auf Herstellung guter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Marokko.

Otto Grotewohl
Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik
(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 8/1956)

*Danktelegramm des Ministerpräsidenten Si Bekkai
an Ministerpräsident Otto Grotewohl*

Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für die Glückwünsche, die Sie mir und dem marokkanischen Volk anlässlich der Unabhängigkeit und Wiedervereinigung meines Landes übermittelten. In der Hoffnung, daß es uns die wiedererhaltene Souveränität

gestatten wird, mit Ihrem Lande die besten Beziehungen anzuknüpfen, sende ich Ihnen die besten Wünsche für den Wohlstand des deutschen Volkes, den Frieden und die Freundschaft zwischen allen Völkern.

(ADN 18. 4. 56)

Niederlande

418.

Erweiterung des Handelsabkommens mit den Niederlanden

Durch Verhandlungen zwischen Vertretern der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der niederländischen Handelskammer konnte am 28. Juli 1955 eine Aufstockung des bestehenden Handelsabkommens erreicht werden.

Die Deutsche Demokratische Republik wird hauptsächlich Kali, Maschinen, Textilien, Glas und Keramik und anderes exportieren. Der Import der Deutschen Demokratischen Republik aus Holland wird in der Hauptsache Gemüse und Obst, Fisch, Molkereiprodukte, Fleisch, Superphosphat, Textilrohstoffe umfassen.

Das Abkommen sieht nunmehr einen Warenaustausch im Werte von insgesamt etwa 110 000 000 holländischen Gulden vor.

(ADN 30. 7. 55)

419.

Handelsabkommen mit den Niederlanden für das Jahr 1956

Am 20. Februar 1956 wurden in Berlin die Verhandlungen zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der Nederlandse Kamer van Koophandel voor Duitsland abgeschlossen. Für den Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit den Niederlanden im Jahre 1956 wurden Warenlisten vereinbart, die ein Volumen von 116 Mill. hfl. vorsehen. Die Deutsche Demokratische Republik wird u. a. Erzeugnisse des Maschinenbaus, Dünge-

mittel, Brennstoffe, Chemikalien, Glas und Keramik, Textilien und Kulturwaren exportieren und Metallwaren, Textilien, Rohstoffe für die Textilindustrie, Chemikalien, Düngemittel, Obst und Gemüse, Fische, Molkereiprodukte und tierische Produkte sowie andere Waren aus den Niederlanden importieren.

Damit wurde Kaufleuten aus den Niederlanden die Möglichkeit gegeben, auf der diesjährigen Frühjahrsmesse Ex- und Import-Verträge mit den Außenhandelsgesellschaften der Deutschen Demokratischen Republik in erheblichem Umfange abzuschließen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 5—6/1956)

Norwegen

420.

Handelsabkommen mit Norwegen für das Jahr 1956

Zwischen der Norsk-Kompensasjonsselskap A/S, Oslo, und dem Volkseigenen Handelsunternehmen DIA Kompensation, Berlin, wurde am 18. Januar 1956 ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr im Jahre 1956 in Höhe von 120 Millionen norw. Kronen unterzeichnet.

Durch das neue Abkommen werden die traditionellen Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern gefestigt. Die Deutsche Demokratische Republik liefert u. a. Werkzeugmaschinen, grafische Maschinen, PKW und LKW, Erzeugnisse der Feinmechanik/Optik, Kulturwaren und Textilien. Sie bezieht dafür aus Norwegen Fische, Fischereierzeugnisse, Schwefelkies und chemische Produkte.

(ADN 21. 1. 56)

Österreich

421.

Abkommen zur Regelung des Warenverkehrs mit der Republik Österreich für das Jahr 1956

Die am 7. Dezember 1955 begonnenen Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zur Regelung des Warenverkehrs zwischen den beiden Ländern für das Jahr 1956 wurden am 19. Dezember 1955 beendet.

Das Volumen des Warenaustauschs wurde auf jeder Seite mit 19,5 Millionen Dollar festgelegt und damit gegenüber dem bisherigen Abkommen um 40 Prozent gesteigert. Österreich wird vorwiegend Stahl- und Holzzeugnisse sowie Maschinen, Textilien und andere Industriewaren gegen Braunkohlenbriketts, Kali, Erzeugnisse der chemischen Industrie, der Feinmechanik/Optik und Elektrotechnik sowie Maschinen aus der Deutschen Demokratischen Republik liefern.

Das Abkommen wurde auf der österreichischen Seite von dem Präsidenten der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Nationalrat Dworak, und dem Generalsekretär der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Dr. Korinek, und auf der deutschen Seite von dem Präsidenten der Kammer für Außenhandel, Dr. Lessing, unterzeichnet.

(ADN 19. 12. 55)

422.

Beratungen über die Entwicklung des Warenaustausches mit Österreich

Delegationen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Österreichs und der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik traten vom 22. Mai bis 5. Juni 1956 in Berlin zusammen, um über die bisherige Realisierung des Abkommens für das Jahr 1956 zu beraten.

Beide Delegationen stimmten darin überein, daß der Stand der Ausnutzung, bezogen auf das Gesamtvolumen, in den ersten vier Monaten dieses Jahres günstig ist und für die Zukunft eine gute Entwicklung des Warenaustausches erhoffen läßt.

Beide Vertragspartner unterzeichneten zum Abschluß der Verhandlungen ein gemeinsames Protokoll.

(ADN 8. 6. 56)

Pakistan

423.

**Glückwunschadresse des Präsidenten Wilhelm Pieck
an den Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan,
Generalmajor Iskander Mirza, zu dessen Amtsantritt**

Euer Exzellenz!

Gestatten Sie mir, Ihnen und in Ihrem Namen dem Volke von Pakistan zu Ihrer Wahl zum Staatspräsidenten und zu Ihrem Amtsantritt die Glückwünsche der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik sowie meine eigenen zu übermitteln.

**Glückwunschadresse des Ministerpräsidenten
Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten Chaudri
Mohammed Ali zur Proklamation der Islamischen Republik
Pakistan**

Euer Exzellenz!

Gestatten Sie mir, Ihnen im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung sowie in meinem Namen Glückwünsche zur Proklamation der Islamischen Republik Pakistan auszusprechen. Ich verbinde diese Wünsche mit der aufrichtigen Hoffnung auf Herstellung guter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Islamischen Republik Pakistan.

(ADN 22. 3. 56)

Danktelegramme der Staatsmänner Pakistans

Der Präsident der Islamischen Republik Pakistan, Iskander Mirza, hat dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, seinen herzlichsten Dank für die

Grußbotschaft anlässlich der Proklamation der Islamischen Republik Pakistan und seines Amtsantritts als erstem Präsidenten der Republik übermittelt.

Gleichzeitig dankte der Ministerpräsident der Islamischen Republik Pakistan, Chaudri Mohammed Ali, Ministerpräsident Otto Grotewohl für die Grußbotschaft.

(ADN 11. 4. 56)

Portugal

424.

Handelsabkommen mit Portugal für das Jahr 1956

Ein Handels- und Zahlungsabkommen für das Jahr 1956 wurde am 16. Februar 1956 zwischen Vertretern der Deutschen Notenbank und Vertretern der Bank von Portugal abgeschlossen.

Dieses Waren- und Zahlungsabkommen sieht einen Warenaustausch von rund 18 Millionen DM vor. Im Rahmen des Abkommens wird Portugal an die Deutsche Demokratische Republik liefern: Kaffee, Tee, Kakao, Weine, Superphosphat, Kork und Textil-Rohstoffe. Von der Deutschen Demokratischen Republik werden u. a. Maschinen, Textilien, Erzeugnisse der Glas- und keramischen Industrie, Musikinstrumente und pharmazeutische Erzeugnisse nach Portugal geliefert.

Die portugiesische Delegation, der Direktor Armenio Fonseca Lopes von der Bank von Portugal und Dr. Fernando Alves Machado, Präsident der Koordinierungs-Kommission des portugiesischen Wirtschaftsministeriums, angehörten, trat nach erfolgreichen Verhandlungen am 17. Februar die Heimreise an.

(ADN 17. 2. 56)

Schweden

425.

Handelsabkommen mit Schweden für das Jahr 1956

Am 20. Januar 1956 gelangten die seit einiger Zeit in Berlin geführten Verhandlungen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen Schweden und der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1956 zum Abschluß.

Die Verhandlungen wurden für Schweden von der AB. Sukab, Stockholm, und für die Deutsche Demokratische Republik von Deutscher Innen- und Außenhandel Kompensation, Berlin, geführt.

Das Abkommen hat ein Gesamtvolumen von 182,9 Millionen Skr und hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1956. Es läßt darüber hinausgehende Vertragsabschlüsse zu und wird zur Erweiterung des Handels zwischen Schweden und der Deutschen Demokratischen Republik beitragen.

Von Schweden werden an die Deutsche Demokratische Republik u. a. Stahl und Eisen, verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse, Seefische und Fischkonserven, Erz, chemische Produkte, Holz, Düngemittel, Textilien und verschiedene Maschinen und Geräte geliefert.

Die Deutsche Demokratische Republik wird nach Schweden Düngemittel, Glas und Porzellan, Maschinen und Fahrzeuge aller Art, Musikinstrumente, Spielwaren, Textilien, Büromaschinen, feinmechanische und elektrotechnische Artikel und eine ganze Reihe anderer Waren exportieren.

(ADN 21. 1. 56)

426.

Note an die Regierung des Königreichs Schweden zur Frage der Freigabe der beschlagnahmten Vermögenswerte des ehemaligen Deutschen Reiches

Vor kurzem fanden Verhandlungen zwischen der Regierung der Deutschen Bundesrepublik und der Regierung des Königreichs Schweden über die Freigabe bisher beschlagnahmter Vermögenswerte des ehemaligen Deutschen Reiches beziehungs-

weise über die Regelung von Entschädigungszahlungen für solche Vermögen statt, wobei auch entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen wurden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat der Regierung des Königreichs Schweden eine Note übermittelt, in der gegen dieses Vorgehen Einspruch erhoben wird.

Vereinbarungen über Vermögenswerte des ehemaligen Deutschen Reiches können nicht ohne die Mitwirkung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen. Solange Deutschland nicht als demokratischer Staat wiedervereinigt ist, bedarf es bei der Regelung gesamtdeutscher Fragen der Zustimmung beider deutscher Staaten.

Der von der Regierung der Deutschen Bundesrepublik vertretene anmaßende Anspruch auf ihre Anerkennung als alleinige Vertretung Deutschlands geht an den Tatsachen des Bestehens zweier Staaten vorbei. Weder die Deutsche Demokratische Republik noch das wiedervereinigte demokratische Deutschland werden durch die von Regierungen anderer Staaten mit der Regierung der Deutschen Bundesrepublik getroffenen Vereinbarungen in irgendeiner Weise gebunden.

(ADN 25. 4. 56)

Tunesien

427.

**Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck
an den Bey von Tunesien, Mohammed el-Amin,
zur Erlangung der Unabhängigkeit des Landes**

Erlauben Sie mir, Eure Majestät, Ihnen und in Ihrer Person dem tunesischen Volk zu der Erlangung der Unabhängigkeit Ihres Landes die herzlichsten Glückwünsche der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wie meine eigenen auszusprechen.

(ADN 11. 4. 56)

**Glückwunschtelegramm
des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 11. April 1956
an den Ministerpräsidenten Habib Bourguiba
zur Erlangung der Unabhängigkeit Tunesiens**

Seiner Exzellenz
dem Ministerpräsidenten von Tunesien
Habib Bourguiba
Tunis

Gestatten Sie mir, Ihnen, Herr Ministerpräsident, und damit gleichzeitig dem tunesischen Volk zur Erlangung der Unabhängigkeit Ihres Landes herzliche Glückwünsche zu übermitteln. Ich verbinde diese Wünsche mit der aufrichtigen Hoffnung auf Herstellung guter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Tunesien.

Otto Grotewohl
Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik
(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 8/1956)

*Danktelegramm des Ministerpräsidenten Habib Bourguiba
an Ministerpräsident Otto Grotewohl*

Ich freue mich, Euer Exzellenz im Namen der Regierung, im Namen des tunesischen Volkes und in meinem eigenen Namen den aufrichtigen Dank für die herzlichen Glückwünsche aussprechen zu können, die Sie uns anlässlich der Unabhängigkeit unseres Landes übermittelt haben. Tunesien beabsichtigt, mit allen freien Völkern gute Beziehungen anzuknüpfen, um somit zur Festigung des Friedens und des guten Verstehens in der Welt beizutragen.

(ADN 18. 4. 56)

Uruguay

429.

Ernennung eines Handelsvertreters der Republik Uruguay in der Deutschen Demokratischen Republik

Der Nationalrat der Regierung der Republik Uruguay ernannte am 21. Oktober 1955 Herrn Manuel Fariña zum Handelsvertreter Uruguays in der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Beschluß der uruguayischen Regierung wird wesentlich zur Verbesserung des Kontaktes zwischen den Geschäftskreisen beider Länder und zur Erweiterung des Warenaustauschs beitragen.

(ADN 7. 12. 55)

430.

Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiß empfängt den Handelsvertreter der Republik Uruguay

Der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiß empfing am 22. Februar 1956 den Handelsvertreter der Republik Uruguay in der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Manuel Fariña.

Sie erörterten Fragen der Verbesserung und Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten. (ADN 24. 2. 56)

431.

Staatssekretär Gregor empfängt den Handelsvertreter der Republik Uruguay

Der Handelsvertreter der Regierung der Republik Uruguay in der Deutschen Demokratischen Republik, Manuel Fariña, wurde am 4. Juni 1956 vom Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Kurt Gregor empfangen.

Die in einer offenen und freundschaftlichen Atmosphäre verlaufene Unterredung diente der Erweiterung und Vertiefung der gegenseitigen Handelsbeziehungen.

(ADN 5. 6. 56)

ZEITTADEL

Zeittafel vom 22. Mai 1955 bis 30. Juni 1956
Datum mit * bedeutet Tag der Veröffentlichung

1955

Nr.

- | | | |
|--------------|--|-----|
| 26. 5. | Protokoll über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Bulgarien auf dem Gebiete des Maschinenbaus | 257 |
| 28. 5. | Protokoll über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der deutschen und polnischen Postverwaltung | 178 |
| 28. 5./3. 6. | VI. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Rumänischen Volksrepublik — Unterzeichnung eines Protokolls | 245 |
| 31. 5./3. 6. | Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Spezialarbeitstagung für Fragen des Transports auf Binnenwasserstraßen im Rahmen des Inlandtransportkomitees der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil | 41 |
| *1. 6. | Interview des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl mit der „Rudé Právo“, Prag, über die Auswirkungen des Warschauer Vertrages auf die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik | 207 |
| 10. 6. | Interview des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Note der Regierung der UdSSR vom 7. Juni 1955 an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik | 1 |
| 10. 6. | Zahlungsabkommen mit Warenlisten mit dem Sudan | 373 |
| 16. 6. | Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur bevorstehenden Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Genf | 2 |
| 16./18. 6. | Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Diplomatischen Konferenz zur Inkraftsetzung der Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahngüterverkehr (CIM) und über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) in Bern teil | 42 |
| 17. 6. | Abkommen über Pflanzenschutz und Quarantäne mit der Volksrepublik Bulgarien | 258 |
| 20. 6. | Luftverkehrsabkommen mit der Volksrepublik Polen | 179 |
| 20. 6. | Protokoll über engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakischen Republik auf dem Gebiete der Energiewirtschaft | 208 |

Zeittafel

1955

Nr.

- 21./25. 6. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung der Arbeitsgruppe für den Transport leichtverderblicher Güter des Inlandtransportkomitees der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil 43
21. 6./1. 7. Deutsche Demokratische Republik nimmt an Tagungen der Arbeitsgruppen des Kohlekomitees der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil 43
- 24./28. 6. Außenhandelsbesprechungen mit der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien 318
27. 6./1. 7. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der V. Tagung des Komitees für Fragen der Landwirtschaft der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil 43
28. 6. Zusatzprotokoll über gegenseitige Warenlieferungen mit der Ungarischen Volksrepublik für das Jahr 1955 227
30. 6. Protokoll über die Übergabe von wichtigem Archivmaterial an die Deutsche Demokratische Republik in Moskau unterzeichnet 69
1. 7. Verträge über die Neuregelung der Filmbeziehungen mit der UdSSR 70
- 1./30. 7. 3. Ordentliche Konferenz zur Revision von internationalen Eisenbahnabkommen in Berlin 29
- *5. 7. Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl: Für Ausarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunktes zur Genfer Viermächtekonferenz 3
- 5./9. 7. Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen anlässlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze in Berlin 180 bis 184
- 5./10. 7. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik anlässlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze in Warschau 185 bis 189
- *8. 7. Beileid des Obersten Sowjets zum Tode des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR, Rudolf Appelt (gestorben 2. Juli 1955 in Moskau) 71
9. 7. Erklärung über die deutsch-polnischen Besprechungen in Warschau und Berlin 188

Zeittafel

	Nr.
9. 7. Abkommen mit der Volksrepublik Polen über Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Veterinärmedizin	190
16. 7. Rundfunkansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Genfer Viermächtekonferenz	4
16./17. 7. Regierungsdelegation der UdSSR zur Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte auf der Durchreise in Berlin	72
18. 7. Rundfunkabkommen mit der Mongolischen Volksrepublik	300
20. 7. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik anlässlich der Feierlichkeiten zum polnischen Nationalfeiertag in Warschau eingetroffen	191
21. 7. Glückwunschtelegramm der Staatsmänner der Deutschen Demokratischen Republik zum polnischen Nationalfeiertag am 22. Juli	192
*21. 7. Glückwunschtelegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Ägypten, Mahmoud Fawzi, zum Nationalfeiertag der Republik Ägypten	322
24./27. 7. Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, und Mitglied des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschtschow, in Berlin	73 bis 78
27. 7. Handelsvereinbarung mit Großbritannien	400
28. 7. Luftverkehrsabkommen mit der Rumänischen Volksrepublik	246
28. 7. Erweiterung des bestehenden Handelsabkommens mit den Niederlanden	418
30. 7. Luftverkehrsabkommen mit der Volksrepublik Bulgarien	259
30. 7. Regierung der Union von Burma stimmt der Eröffnung des Büros eines Handelsrates der Deutschen Demokratischen Republik in Rangun zu	339
*6. 8. Johannes König zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR und zum Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister der Deutschen Demokratischen Republik in der Mongolischen Volksrepublik ernannt	79
8. 8. Luftverkehrsabkommen mit der Tschechoslowakischen Republik	209

Zeittafel

1955	Nr.
9. 8. Danktelegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Ägypten an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz (siehe 21. 7.)	322
12. 8. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer über die Aufgaben der Deutschen Demokratischen Republik nach der Genfer Konferenz	5
Entschließung der Volkskammer zur Genfer Konferenz	6
14. 8. Glückwunschtelegramm der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum 10. Jahrestag der Befreiung Koreas	272
15. 8. Beileidstelegramm von Ministerpräsident Otto Grotewohl an den indischen Ministerpräsidenten J. Nehru anlässlich der schweren Hochwasserkatastrophe in Uttar Pradesh, Westbengalen und Assam im Juli/August 1955	355
18. 8. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zu den Feierlichkeiten anlässlich des 11. Jahrestages der Befreiung Rumäniens nach Bukarest abgereist	247
20. 8. Protokoll der II. Tagung der Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China	154
22. 8. Abkommen über erweiterte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Bulgarien	260
22. 8. Deutsche Demokratische Republik beantragt Aufnahme in die UNESCO	44
*22. 8. Danktelegramm des Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Du Bon, und des Vorsitzenden des Ministerrates, Kim Ir Sen (siehe 14. 8.)	272
23. 8. Glückwunschtelegramm der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum 11. Jahrestag der Befreiung Rumäniens	248
23./27. 8. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zur Übernahme der 750 Gemälde der Dresdener Galerie in Moskau	80 bis 82
25. 8. Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. P. Tarassow, emp-	

Zeittafel

	Nr.
fängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik mit der UdSSR	83
25. 30. 8. Leitender Ausschuß des Internationalen Transportkomitees (ITK) nimmt auf seiner Tagung in Stockholm die Deutsche Reichsbahn als Mitglied auf	45
26. 31. 8. Handelsbesprechungen mit der Republik Finnland über Ergänzung des Warenaustausches für das Jahr 1955	346
*27. 8. Ministerpräsident Nehru dankt für die Hilfe der Deutschen Demokratischen Republik (siehe 15. 8.)	355
29. 8./3. 9. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung der Spezialarbeitsgruppe des Komitees für Fragen der Landwirtschaft der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf zur Ausarbeitung von Musterverträgen für den Kauf und Verkauf von Getreide teil	46
29. 8./6. 9. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung der Arbeitsgruppe für Transportselbstkosten des Inlandtransportkomitees der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	46
30. 8. Veterinärabkommen mit der Tschechoslowakischen Republik	210
30. 8. Präsident der Demokratischen Republik Vietnam, Ho Chi Minh, empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens	306
31. 8. Brief des Präsidenten Wilhelm Pieck an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, K. J. Woroschilow, zur Frage der Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen	84
1./25. 9. Deutsche Demokratische Republik nimmt an einer internationalen Konferenz der an die Ostsee und die Nordsee angrenzenden Staaten in Göteborg teil, auf der Fragen der Verbesserung des Seefunkfern-sprechverkehrs und Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Seenotrettungsdienst beraten werden	47
1. 9. Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Herbert Meyer, Leiter der Handelsvertretung der Außenhandelsorgane der Deutschen Demokratischen Republik in Indien	356

Zeittafel

1955	Nr.
*2. 9. Grußadresse des Präsidenten und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik an den Präsidenten und Ministerpräsidenten Ho Chi Minh zum 10. Jahrestag der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam	307
3. 9. Protokoll über enge wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der UdSSR	85
5. 9. Präsident Wilhelm Pieck verleiht dem sowjetischen Generalmajor Kaschnikow den Vaterländischen Verdienstorden in Silber für seine außerordentlichen Verdienste beim Aufbau und bei der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik	86
9. 9. Glückwunschartikel der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und des ZK der SED zum 11. Jahrestag der Befreiung Bulgariens	261
9. 9. Handelsvereinbarung mit Chile bis zum 31. Dezember 1956	395
10. 9. Luftverkehrsabkommen mit der Ungarischen Volksrepublik	228
15. 9. Vietnamesische Messe-Ausstellung in Leipzig der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergeben	308
15./19. 9. VIII. Tagung der Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Bulgarien — Unterzeichnung eines Protokolls	262
16. 9. Zusätzliche Warenlieferungen für das Jahr 1955 mit der Volksrepublik China vereinbart	155
16./21. 9. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zu Verhandlungen in Moskau	87 bis 99
16./27. 9. Internationaler Bahnärzterverband (UIMC) nimmt auf seiner Tagung in Dubrovnik den Bahnärztlichen Dienst der Deutschen Reichsbahn als Mitglied auf	48
19. 9. Schreiben der Vorsitzenden des Unionssowjets und des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR an Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann zum Delegationsaustausch zwischen den Parlamenten der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik	104
20. 9. Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	94

Zeittafel

	Nr.
20. 9. Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an den Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. A. Sorin, zur Frage der Bewachung und Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik	95
20. 9. Beschluß der Regierung der UdSSR: Über die Auflösung der Hohen Kommission der UdSSR in Deutschland	96
*20. 9. Besprechung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, mit dem Präsidenten der Republik Finnland, Paasikivi, in Moskau	347
20. 9. Danktelegramm der Regierung und des ZK der Kommunistischen Partei der Volksrepublik Bulgarien	261
22. 9. Zusatzabkommen zur Handelsvereinbarung mit der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien	319
*22. 9. Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien ernennt Gaço Paze zum neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in der Deutschen Demokratischen Republik	289
23. 9. Fernseh- und Rundfunkabkommen mit der Ungarischen Volksrepublik	229
26. 9. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer über die Moskauer Verhandlungen Volkskammer billigt den Staatsvertrag	100
26.9./14. 10. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung des bei der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf bestehenden Komitees zur Entwicklung des Handels teil	49
*29. 9. Erlaß des Obersten Sowjets der UdSSR: Kriegsverurteilte werden repatriiert	105
30. 9. Präsident Wilhelm Pieck empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Volksrepublik Albanien zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens	290
1. 10. Glückwunschtelegramm der Staatsmänner der Deutschen Demokratischen Republik an die Staatsmänner der Volksrepublik China anläßlich des 6. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China	156

Zeittafel

1955	Nr.
4. 10. Austausch von Glückwunschartikeln zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, und Ministerpräsident Otto Grotewohl anlässlich der Ratifizierung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik	101
Telegrammwechsel zwischen den Ministern für Auswärtige Angelegenheiten Molotow und Dr. Bolz	102
5. 10. Interview des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz zu den Erklärungen des westdeutschen Außenministers von Brentano im Washingtoner Fernsehfunk	7
5./9. 10. Regierungsdelegation der UdSSR zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin	106 bis 110
5./15. 10. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Europäischen Reisezug-Fahrplankonferenz in Wiesbaden teil	50
6. 10. Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf dem Staatsakt anlässlich des 6. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in der Deutschen Staatsoper zu Berlin	8
6. 10. Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag mit der UdSSR in Berlin	103
7. 10. Gesundheitsabkommen mit der Volksrepublik Polen	194
7. 10. Glückwunschartikeln zum 6. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik:	
Volksrepublik China	157
Volksrepublik Polen	193
Tschechoslowakische Republik	211
Ungarische Volksrepublik	230
Volksrepublik Bulgarien	263
Koreanische Volksdemokratische Republik	273
Volksrepublik Albanien	291
Mongolische Volksrepublik	301
Demokratische Republik Vietnam	309
11. 10. Empfang für Staatssekretär Kurt Gregor in Helsinki	348
*12. 10. Staatssekretär Kurt Gregor über die Beziehungen Finnland—Deutsche Demokratische Republik	349
13./14. 10. Leipziger Messe auf einem außerordentlichen Kongreß der Union des Foires Internationales (Vereinigung der Internationalen Messen) erstmalig nach dem zweiten Weltkrieg wieder in das Direktorium aufgenommen	51

Zeittafel

Nr.

13./29.10. Regierungsdelegation der Union von Burma zu Wirtschaftsverhandlungen in Berlin	340 bis 342
*17.10. Kommuniqué der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik über die Umwandlung ihrer Gesandtschaften in Botschaften und über den Austausch von Botschaftern	302
18.10. Luftfahrtabkommen mit der UdSSR	111
*18.10. Interview des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Abstimmung im Saargebiet am 23. Oktober 1955	9
21.10. Nationalrat der Regierung der Republik Uruguay ernannt Manuel Fariña zum Handelsvertreter der Republik Uruguay in der Deutschen Demokratischen Republik	429
22.10. Ministerpräsident Otto Grotewohl empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR	112
22.10. Arbeitsplan für das Jahr 1956 zum Kulturabkommen mit der Tschechoslowakischen Republik	212
24./27.10. Deutsche Demokratische Republik nimmt an Tagungen von Arbeits- und Expertengruppen des Komitees für Fragen der Landwirtschaft bei der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	52
24./29.10. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung des Komitees für Wohnungsfragen bei der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	52
25.10. Abkommen über den Eisenbahngrenzverkehr mit der Tschechoslowakischen Republik	213
*25.10. Empfang für Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo	323
25./26.10. Regierungsdelegation der UdSSR für die Genfer Außenministerkonferenz auf der Durchreise in Berlin	113
27.10./4.11. Delegation von Geologen und Bergingenieuren der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten in Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik	53
27.10./5.11. Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, in Neu Delhi	357 bis 361
27.10./16.11. Ständige Kontakte zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, und dem Leiter der Beobachterdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär Georg Handke, während der Genfer Konferenz	114

Zeittafel

1955

Nr.

- | | |
|--|-----------------|
| 28. 10. Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an das deutsche Volk und an die Konferenz der Außenminister der vier Mächte in Genf (am 31. 10. in Genf überreicht, am 1. 11. veröffentlicht) | 11
und
12 |
| 28. 10. Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Saarabstimmung | 10 |
| 31. 10./5. 11. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der I. Tagung der Arbeitsgruppe des Inlandtransportkomitees für den Transport gefährlicher Frachten der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil | 52 |
| 2./5. 11. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der I. Tagung der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Musterverträgen für den An- und Verkauf von Stahl- und Eisenerzeugnissen, Chrom und Manganerzen in Genf teil | 52 |
| 3. 11. Erklärung von Staatssekretär Handke vor der internationalen Presse in Genf | 13 |
| 3. 11. Arbeitsplan für das Jahr 1956 zum Kulturabkommen mit der Ungarischen Volksrepublik | 231 |
| 4./9. 11. Delegation der Deutschen Reichsbahn nimmt an der Europäischen Güterzugfahrplankonferenz in Paris teil | 54 |
| 4./25. 11. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der VIII. Tagung der Konferenz der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der UN (FAO) in Rom teil | 55 |
| 5. 11. Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck, des Volkskammerpräsidenten Dr. h. c. Johannes Dieckmann und des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an das Präsidium des Obersten Sowjets und an den Ministerrat der UdSSR anlässlich des 38. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution | 116 |
| 5. 11. Erklärung der Beobachterdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Genf zur Frage von gesamtdeutschen Wahlen | 14 |
| 6./12. 11. Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, in Kairo | 324
bis 326 |
| 7. 11. Ministerpräsident Otto Grotewohl, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar | |

Zeittafel

Nr.

Bolz, empfangen den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR zur Aussprache über die Genfer Außenministerkonferenz	115
7./12. 11. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der VI. Tagung der Expertengruppe für Zollfragen bei der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	56
*8. 11. Ministerrat der Republik Syrien beschließt Aufnahme offizieller Handelsbeziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik	386
9. 11. Plan für das Jahr 1956 zur Erfüllung des Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Polen	195
10. 11. Langfristiges Handelsabkommen sowie Handels- und Zahlungsabkommen für das Jahr 1956 mit der Republik Ägypten	326
*10. 11. Vereinbarung mit der Ungarischen Volksrepublik über die Entlassung deutscher Kriegsverurteilter	232
11. 11. Ministerpräsident Otto Grotewohl zur Genfer Außenministerkonferenz und zu den künftigen Aufgaben des deutschen Volkes	15
12. 11. Protokoll zum Handels- und Zahlungsabkommen mit der Republik Libanon	368
12. 11. Beschluß der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über die Entlassung deutscher Kriegsverurteilter	214
13. 11. Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel über seine Reise nach Indien und Ägypten	327
13./26. 11. Delegation der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik in Addis Abeba — Vizepräsident der Kammer für Außenhandel am 19. 11. zur Audienz bei Kaiser Haile Selassie I. von Äthiopien	391
14. 11. Präsident Wilhelm Pieck verleiht Herrn Kurt Prenzel den diplomatischen Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters und überreicht ihm das Beglaubigungsschreiben als Leiter der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Albanien	292
14. 11. Abkommen mit der Tschechoslowakischen Republik über die Regelung der technischen und wirtschaftlichen Fragen der Grenzwasserläufe	215

Zeittafel

1955	Nr.
14. 11. Vorsitzender des Großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, Sambu, empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens	303
14./17. 11. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung der Arbeitsgruppe zur Verwendung von festen Mineralbrennstoffen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	57
14./19. 11. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung der Arbeitsgruppe für Tariff Fragen des Inlandtransportkomitees der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	57
16. 11. Regierung der Republik Ägypten beschließt Errichtung einer Handelsvertretung mit diplomatischen Rechten in Berlin	328
*17. 11. Interview des Leiters der Beobachterdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretärs Georg Handke, zum Ausgang der Genfer Außenministerkonferenz	16
17./18. 11. Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, auf der Rückreise von der Genfer Konferenz in Berlin	117 bis 120
17./23. 11. VI. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakischen Republik	216
18. 11. Danktelegramm der Regierung der UdSSR (siehe 5. 11.)	116
20. 11. Handelsabkommen mit der Volksrepublik China für das Jahr 1956	158
21. 11. Glückwunschtelegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, an Außenminister Selim Lahoud zum Nationalfeiertag der Republik Libanon	369
21./26. 11. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der II. Tagung der Expertengruppe für Arbitrage des Komitees zur Entwicklung des Handels der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	57
22. 11. Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, Haxhi Lleshi, empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens	293

Zeittafel

Nr.

22./28. 11. I. Tagung der Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ungarischen Volksrepublik auf dem Gebiete der Landwirtschaft	233
24. 11./3. 12. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung des Komitees für Elektroenergie der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	57
25. 11. Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Abschluß der Genfer Außenministerkonferenz	17
25. 11. Empfang der Delegation der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und des Leipziger Messeamtes in Kopenhagen	396
25. 11./14. 12. Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR in Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik	121 bis 126
26. 11. Präsident Wilhelm Pieck verleiht Herrn Richard Gyptner den diplomatischen Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters und überreicht ihm das Beglaubigungsschreiben als Leiter der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China	159
26. 11. Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck an den Präsidenten der Republik Finnland, J. K. Paasikivi, zu seinem 85. Geburtstag	350
27. 11. Handelsabkommen mit der Republik Syrien	387
28. 11./3. 12. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Musterverträgen für den Kauf und Verkauf von Maschinenbauprodukten der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	57
29. 11. Zahlungs- und Warenabkommen mit Island für das Jahr 1956	407
29. 11. Glückwünsche der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und des ZK der SED zum 11. Jahrestag der Befreiung Albaniens	294
29. 11. Grußadresse des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz an den Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Koca Popovic zum 10. Jahrestag der Gründung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien	320

Zeittafel

1955

Nr.

29. 11. Empfang der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und des Leipziger Messeamtes in London 401
1. 12. Abkommen über den Post- und Paketverkehr sowie Abkommen über den Fernmeldeverkehr mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik 274
3. 12. Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen mit der UdSSR für das Jahr 1956 127
3. 12. Arbeitsplan für das Jahr 1956 zum Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit mit der Rumänischen Volksrepublik 249
3. 12. Vorsitzender der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik 160
- *3. 12. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Freundschaftsbesuch nach der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik eingeladen 161
- *3. 12. Danktelegramm des Präsidenten der Republik Finnland an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik (siehe 26. 11.) 350
- 5./30. 12. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Freundschaftsbesuch im Fernen Osten bis 169
6. 12. Offizielle Erklärung des Foreign Office zum innerdeutschen Schiffsverkehr 402
6. 12. Glückwünsche deutscher Staatsmänner zum 38. Jahrestag der Gründung der Republik Finnland 351
- 6./12. 12. I. Tagung der Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ungarischen Volksrepublik auf dem Gebiete der Lebensmittelindustrie — Unterzeichnung eines Protokolls 234
7. 12. Ministerpräsident des Sudan, Ismail el-Azhari, empfängt eine Delegation von Wasserwirtschaftlern der Deutschen Demokratischen Republik 374
- 7./11. 12. Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Budapest 30
- 8./18. und
- 22./26. 12. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China 163 bis 168

Zeittafel

Nr.

9. 12. Präsident Wilhelm Pieck verleiht Herrn Oskar Fischer den diplomatischen Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters und überreicht ihm das Beglaubigungsschreiben als Leiter der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Bulgarien	264
9. 12. Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz empfängt in Peking den Vorsitzenden der Nationalversammlung der Demokratischen Republik Vietnam, Ton Duc Thang	310
*9. 12. Danktelegramm der Staatsmänner der Volksrepublik Albanien (siehe 29. 11.)	294
*9. 12. Danktelegramm des Ministerpräsidenten der Republik Finnland, U. K. Kekkonen, an Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 6. 12.)	351
12. 17. 12. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Volltagung des Inlandtransportkomitees der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	58
16. 12. Arbeitsplan für das Jahr 1956 zum Kulturabkommen mit der Volksrepublik Bulgarien	265
18. 21. 12. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik	275 und 276
19. 12. Abkommen zur Regelung des Warenverkehrs mit der Republik Österreich für das Jahr 1956	421
21. 12. Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik	276
21. 12. Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien, Georgij Damjanoff, empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens	266
23. 12. Abkommen mit der UdSSR über die Lieferung von Schiffen und anderen schwimmenden Objekten für die Jahre 1957 bis 1960	128
24. 12. Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Geschäftsträger a. i. der Demokratischen Republik Vietnam	311
*24. 12. Übergabe von sieben Warenhäusern und 53 Verkaufsstellen durch die Verwaltung der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik	129

Zeittafel

1955

Nr.

- | | |
|---|-----|
| 25. 12. Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China | 168 |
| 25. 12. Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China | 167 |
| 26./28. 12. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Mongolischen Volksrepublik | 304 |
| 27. 12. Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Mongolischen Volksrepublik | 304 |
| 29. 12. Besprechung zwischen deutschen und sowjetischen Staatsmännern über deutsche und internationale Fragen in Moskau | 130 |
| 31. 12. Eintreffen der Regierungsdelegationen zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin: | |
| Volksrepublik Albanien | 295 |
| Demokratische Republik Vietnam | 312 |

1956

- | | |
|---|-----|
| 1. 1. Eintreffen der Regierungsdelegationen zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck in Berlin: | |
| Volksrepublik China | 173 |
| Rumänische Volksrepublik | 250 |
| Volksrepublik Bulgarien | 267 |
| 2. 1. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken | 131 |
| Volksrepublik Polen | 196 |
| Tschechoslowakische Republik | 217 |
| Ungarische Volksrepublik | 235 |
| Koreanische Volksdemokratische Republik | 277 |
| Mongolische Volksrepublik | 305 |
| 3. 1. Ansprachen auf dem Staatsakt in Berlin zu Ehren des Präsidenten Wilhelm Pieck: | |
| K. J. Woroschilow, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR | 132 |
| Marschall Tschu Teh, Stellvertretender Vorsitzender der Volksrepublik China | 175 |
| Aleksander Zawadzki, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen | 197 |

Zeittafel

	Nr.
Karol Bacilek, Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Erster Sekretär der KP der Slowakei	218
3. 1. Glückwünsche zum 80. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck:	
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	132
Volksrepublik China	174
Ungarische Volksrepublik	236
Rumänische Volksrepublik	251
Volksrepublik Bulgarien	268
Demokratische Republik Vietnam	313
Republik Finnland	352
3. 1. Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten der Union von Burma, U Nu, zum 8. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes	343
3. 1. Glückwunschtelegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union von Burma, Sao Hkun Hkio, zum 8. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes	344
4. 1. Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten Ismail el- Azhari anlässlich der Bildung der souveränen Repu- blik Sudan	375
7. 1. Ernennung des Handelsrates der Deutschen Demokra- tischen Republik für die Republik Sudan	376
10. 1. Antworttelegramm des Ministerpräsidenten Ismail el- Azhari an Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 4. 1.)	375
12. 1. Abkommen über die Aufnahme des regelmäßigen Flugverkehrs Berlin—Warschau zwischen der Deut- schen Lufthansa und dem polnischen Luftverkehrs- unternehmen „LOT“	198
12. 1. Danktelegramm des Ministerpräsidenten U Nu an Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 3. 1.)	343
12. 1. Danktelegramm des Ministers für Auswärtige Ange- legenheiten Sao Hkun Hkio an Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz (siehe 3. 1.)	344
13. 1. Abkommen mit der Volksrepublik Polen über Zusam- menarbeit für die Sicherheit der Schifffahrt und der Fischerei im Ostseeraum	199

Zeittafel

1956	Nr.
14. 1. Interview des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz zur Indienreise des Bonner Vizekanzlers Franz Blücher	18
16. 1. Handelsabkommen mit der Volksrepublik Bulgarien für das Jahr 1956	269
18. 1. Bericht des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer über den Freundschaftsbesuch der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik im Fernen Osten	170
18. 1. Handelsabkommen mit Norwegen für das Jahr 1956	420
20. 1. Handelsabkommen mit Schweden für das Jahr 1956	425
20. 1. Vereinbarungen über Hilfeleistung für die Koreanische Volksdemokratische Republik bei der Wiederingangsetzung von Bergbau- und Hüttenbetrieben	278
20. 1. Messedelegation der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik kehrt mit Aufträgen für 30 Millionen Rubel von der Internationalen Industriemesse in Neu Delhi nach Berlin zurück	362
23. 1. Wirtschaftsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik trifft in Kairo ein	329
23./27. 1. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Tagung der Arbeitsgruppe für Messen und Ausstellungen des Komitees für Entwicklung des Handels der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf teil	59
25. 1. Handelsabkommen für das Jahr 1956 und langfristiges Zahlungsabkommen mit der Republik Finnland	353
25. 1. Glückwunschtelegramm des Volkskammerpräsidenten Dr. h. c. Johannes Dieckmann an André Le Troquer anlässlich seiner Wahl zum Präsidenten der Nationalversammlung der Republik Frankreich	397
25. 1. Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten der Republik Indien, Jawaharlal Nehru, zum Nationalfeiertag der Republik Indien	363
27. 1. Langfristiges Abkommen über wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Polen	200
27./28. 1. Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Prag — Gemeinsame Deklaration	31 bis 35

Zeittafel

	Nr.
29. 1. Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck an den neugewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Brasilien, Dr. Juscelino Kubitschek de Oliveira, zu dessen Amtsantritt	394
30. 1. Abkommen über Warenlieferungen und technische Ausrüstungen mit der Demokratischen Republik Vietnam für das Jahr 1956	314
30. 1. Vereinbarung über erweiterte Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Leichtindustrie mit der Ungarischen Volksrepublik	237
30. 1. Danktelegramm des Präsidenten der Nationalversammlung der Republik Frankreich an Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann (siehe 25. 1.)	397
31. 1. Vertrag über Zusammenarbeit im Wasserstraßenverkehr mit der Volksrepublik Polen	201
2. 2. Präsident Wilhelm Pieck ratifiziert den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China	171
2. 2. Arbeitsplan für das Jahr 1956 zum Kulturabkommen mit der Volksrepublik China	176
3. 2. Handelsabkommen mit der Belgisch-Luxemburgischen Union für das Jahr 1956	393
*4. 2. Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Marschall der Sowjetunion, K. J. Woroschilow, zu dessen 75. Geburtstag	133
4. 15. 2. III. Tagung über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Albanien — Vereinbarungen auf dem Gebiete der Leicht- und Lebensmittelindustrie	296
6. 2. Handels- und Zahlungsabkommen mit der Tschechoslowakischen Republik für das Jahr 1956	219
6. 2. Danktelegramm des Ministerpräsidenten J. Nehru an Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 25. 1.)	363
8. 2. Erklärung des Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, vor der Volkskammer zu den amerikanischen Ballonaktionen und zum westdeutschen Verleumdungsfeldzug gegen die Urteile des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik	19

Zeittafel

1956

Nr.

10. 2.	Austausch der Ratifikationsurkunden für den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China in Berlin	172
11./12. 2.	Stellvertretender Ministerpräsident der Republik Ägypten, Gamal Salem, empfängt Staatssekretär Kurt Gregor — Empfang für führende Persönlichkeiten der Republik Ägypten	329
12. 2.	Eröffnung des Büros der Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik in Neu Delhi	364
14. 2.	Handels- und Zahlungsabkommen mit der Ungarischen Volksrepublik für das Jahr 1956	238
*14. 2.	Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann beantwortet Fragen britischer Parlamentarier zur Prager Deklaration	403
16. 2.	Handelsabkommen mit der Volksrepublik Polen für das Jahr 1956	202
16. 2.	Handelsabkommen mit Portugal für das Jahr 1956	424
17. 2.	Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck an den neugewählten Präsidenten der Republik Finnland, Urho Kaleva Kekkonen	354
17. 2.	Handelsabkommen mit der Volksrepublik Albanien für das Jahr 1956	297
20. 2.	Handelsabkommen mit den Niederlanden für das Jahr 1956	419
22. 2.	Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Gerhard Weiß, empfängt den Handelsvertreter der Republik Uruguay	430
22. 2.	Danktelegramm des Präsidenten der Republik Finnland, U. K. Kekkonen, an Präsident Wilhelm Pieck (siehe 17. 2.)	354
25. 2.	Handelsabkommen mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik für das Jahr 1956	279
25. 2.	Ankunft einer Regierungsdelegation der UdSSR zum Besuch der Frühjahrsmesse 1956 in Leipzig	134
27. 2.	Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Rumänischen Volksrepublik zum Abschiedsbesuch	252
27. 2.	Britische Unterhausabgeordnete beim Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau	404

Zeittafel

	Nr.
27.2. 5.3. II. Tagung der deutsch-tschechoslowakischen Gesundheitskommission in Berlin	220
29. 2. Beileidstelegramm des Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, an das indische Parlament aus Anlaß des Ablebens des Präsidenten des indischen Parlaments, G. V. Mavalankar	365
29. 2. Interview des „Neuen Deutschland“ mit dem Leiter der ägyptischen Regierungsdelegation zur Leipziger Frühjahrsmesse 1956, Minister Hassan Ibrahim	330
1. 3. Zusatzabkommen zum bestehenden Warenabkommen mit der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien	321
2. 3. Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr mit der Demokratischen Republik Vietnam für das Jahr 1956	315
3. 3. Empfang des Leiters der ägyptischen Regierungsdelegation zur Leipziger Frühjahrsmesse 1956 in Berlin	331
7. 3. Antworttelegramm des stellvertretenden Präsidenten des indischen Parlaments (Lok Sabha), M. A. Ayyangar, an den Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann (siehe 29. 2.)	365
10. 3. Vertrag über Generalvertretung und gegenseitige Bedienung für den planmäßigen Flugverkehr Berlin—Prag zwischen der Deutschen Lufthansa und dem tschechoslowakischen Luftverkehrsunternehmen „CSA“	221
*12. 3. Präsidium der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik ernannt Iosif Puvak zum neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in der Deutschen Demokratischen Republik	253
14. 3. Beileid des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Ableben des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Bolesław Bierut	203
14. 3. Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Demokratischen Republik Vietnam	316
14./15. 3. Sowjetische Delegation von Energiefachleuten auf dem Wege nach Großbritannien in Berlin	135
15. 3. Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl empfangen den Leiter der indischen Regierungsdelegation zur Leipziger Frühjahrsmesse 1956	366

1956

Nr.

16. 3. Vertrag über Generalvertretung und gegenseitige Bedienung für den planmäßigen Flugverkehr Berlin—Budapest zwischen der Deutschen Lufthansa und dem ungarischen Luftverkehrsunternehmen „MALEV“ 239
17. 3. Maßnahmen zur Verwirklichung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens mit der Volksrepublik Polen festgelegt 204
- 20./26. 3. Internationale Konferenz zur Gründung eines Vereinigten Instituts für Kernforschung in Moskau 36 bis 38
22. 3. Glückwunschartrede des Präsidenten Wilhelm Pieck an den Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan, Generalmajor Iskander Mirza, zu dessen Amtsantritt 423
22. 3. Glückwunschartrede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten Chaudri Mohammed Ali zur Proklamation der Islamischen Republik Pakistan 423
23. 3. Präsident Wilhelm Pieck empfängt den neuen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Rumänischen Volksrepublik zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens 254
23. 3. Vertrag über Generalvertretung und gegenseitige Bedienung für den planmäßigen Flugverkehr Berlin—Sofia zwischen der Deutschen Lufthansa und dem bulgarischen Luftverkehrsunternehmen „TABSO“ 270
25. 3. Telegramm des Volkskammerpräsidenten Dr. h. c. Johannes Dieckmann an das Parlament der Republik Indonesien zu dessen Zusammentritt 406
4. 4. Glückwunschartrede der Staatsmänner der Deutschen Demokratischen Republik zum 11. Jahrestag der Befreiung des ungarischen Volkes vom Faschismus 240
5. 4. Ministerpräsident Otto Grotewohl zu den Londoner Abrüstungsverhandlungen und zur Frage der kollektiven Sicherheit in Europa 20
5. 4. Schreiben des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz an den Vorsitzenden der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf 60
6. 4. Behandlung des künftigen Status der Deutschen Demokratischen Republik auf der XI. Plenartagung der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf 61

Zeittafel

	Nr.
9. 4. Aussprache des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, mit Unterhausabgeordneten der Labour-Party	405
*9. 4. Interview des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretärs Georg Handke, zur Bonner Haltung in der Abrüstungsfrage	21
11. 4. Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck an den Sultan von Marokko, Mohammed V., zur Erlangung der Unabhängigkeit des Landes	416
11. 4. Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck an den Bey von Tunesien, Mohammed el-Amin, zur Erlangung der Unabhängigkeit des Landes	427
11. 4. Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten von Marokko, Si Bekkai, zur Erlangung der Unabhängigkeit des Landes	417
11. 4. Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten von Tunesien, Habib Bourguiba, zur Erlangung der Unabhängigkeit des Landes	428
*11. 4. Presseerklärung der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik zu Punkt 3 der Tagesordnung der XI. Plenartagung der UN-Wirtschaftskommission für Europa „Status der Deutschen Demokratischen Republik in der ECE“ (siehe 6. 4.)	61
*11. 4. Danktelegramme der Staatsmänner der Islamischen Republik Pakistan an Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 22. 3.)	423
16. 4. Glückwunschadresse des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Syrien, Said el-Ghazzi, zum syrischen Nationalfeiertag	388
17. 4. Erklärung des Präsidenten Wilhelm Pieck zu Fragen der Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands	22
18. 4. Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt 400 000 DM für das UNO-Hilfsprogramm zur Förderung schwachentwickelter Länder zur Verfügung	62
18. 4. Glückwunschtelegramm des Ministers für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Erwin Kramer, an den Minister für Transport und Eisen-	

Zeittafel

1956	Nr.
bahnen der Republik Indien, Lal Bahadur Shastri, aus Anlaß des 100. Jahrestages der Inbetriebnahme der ersten indischen Eisenbahn	367
18. 4. Danktelegramm des Ministerpräsidenten von Marokko, Si Bekkai, an Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 11. 4.)	417
18. 4. Danktelegramm des Ministerpräsidenten von Tunesien, Habib Bourguiba, an Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 11. 4.)	428
19. 4. Beschluß des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR: Übergabe der Bibliothek von Gotha an die Deutsche Demokratische Republik	136
19. 4./2. 5. Delegation der Nationalversammlung der Ungarischen Volksrepublik in Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik	241 bis 243
21. 4. Danktelegramm des Sultans von Marokko, Mohammed V., an Präsident Wilhelm Pieck (siehe 11. 4.)	416
25. 4. Abkommen mit der Tschechoslowakischen Republik über den Eisenbahnverkehr auf den Durchgangsstationen an der Staatsgrenze	222
25. 4. Danktelegramm des Ministers für Transport und Eisenbahnen der Republik Indien, Lal Bahadur Shastri, an den Minister für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Erwin Kramer (siehe 18. 4.)	367
*25. 4. Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung des Königreichs Schweden zur Frage der Freigabe der beschlagnahmten Vermögenswerte des ehemaligen Deutschen Reiches	426
25. 4./18. 5. Delegation der Volkskammer unter Leitung von Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann in der UdSSR	137 bis 145
26. 4. Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR	147
26. 4./20. 5. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Heinrich Rau im Nahen Osten	
27. 4./7. 5. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Sudan	377 bis 381

Zeittafel

	Nr.
2. 5. Protest der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beim Internationalen Fernmeldeverein in Genf gegen amerikanische Telefonspionage in Berlin	63
5. 5. Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an Bundeskanzler Dr. Adenauer und an den saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Ney mit Vorschlägen und zur gesamtdeutschen Regelung der Saarfrage	23 24
5. 5. Schreiben des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Frankreich, Christian Pineau, zur Saarfrage	398
7. 5. Grußadresse des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, zum 11. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus	148
7. 12. 5. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Damaskus	389 und 390
8./26. 5. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der Weltgesundheitsversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf teil	64
9. 5. Grußadresse der Staatsmänner der Deutschen Demokratischen Republik zum tschechoslowakischen Nationalfeiertag	223
Grußtelegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Republik, Vaclav David, zum tschechoslowakischen Nationalfeiertag	224
11. 5. Danktelegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, an Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 7. 5.)	148
11. 5. Interview des Botschafters der Deutschen Demokratischen Republik in Moskau, Johannes König, zur Frage der Rückführung deutscher Staatsbürger aus der Sowjetunion	149
12./16. 5. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Beirut	370 bis 372
12. 5. Interview des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, zu Abrüstungsfragen und zur Wiedervereinigung Deutschlands	25

Zeittafel

1956	Nr.
13./19. 5. Stellvertretender Ministerpräsident der Republik Sudan, Ibrahim el-Mufti, in Berlin	382 bis 385
14. 5. Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Tschechoslowakischen Republik zum Abschiedsbesuch	225
14./19. 5. Deutsches Rotes Kreuz der Deutschen Demokratischen Republik nimmt an Beratungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf teil	65
*15. 5. Interview des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz mit „Rudé Právo“, Prag, zu Fragen der Abrüstung und der kollektiven Sicherheit	226
16./19. 5. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo	332 bis 334
18./25. 5. Außerordentliche Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Berlin	39
*19. 5. Ankündigung der Rücksendung der persönlichen Bibliothek Clara Zetkins aus der UdSSR in die Deutsche Demokratische Republik	150
20. 5. Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Heinrich Rau über die Ergebnisse der Reise der von ihm geführten Regierungsdelegation nach dem Nahen Osten	335
22. 5. Zusätzliche Liefervereinbarungen mit der Volksrepublik China für das Jahr 1956	177
22. 5./5. 6. Beratungen über die Entwicklung des Warenaustausches mit Österreich in Berlin	422
23. 5. Interview des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz mit „Le Monde“, Paris, zu Fragen einer gesamtdeutschen Saarregelung und zu anderen internationalen Problemen	399
24. 5./1. 6. Delegation des Allpolnischen Komitees der Nationalen Front der Volksrepublik Polen zur Woche der deutsch-polnischen Freundschaft (24./31. 5.) in Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik	205
26. 5. Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten des Königreichs Afghanistan, Sardar Mohammed Davud, zum Jahrestag der Proklamation der Unabhängigkeit des Landes	392

Zeittafel

	Nr.
28. 5. Bericht des Volkskammerpräsidenten Dr. h. c. Johannes Dieckmann vor der Volkskammer über den Besuch der Delegation des Parlaments der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR	146
28. 5. Zusätzliches Protokoll zum Handelsabkommen mit der Volksrepublik Polen für das Jahr 1956	206
29. 5. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer über die Festigung des Friedens und die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage	26
30. 5. Abkommen über Quarantäne und Pflanzenschutz mit der UdSSR	151
1. 7. 6. Gouverneur der Stadt Kairo, General Abd el Fattah el-Bendary, in Berlin	336
4. 6. Staatssekretär Gregor empfängt den Handelsvertreter der Republik Uruguay	431
4./9. 6. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der ECE-Tagung (Arbeitsgruppe für internationale Messen) in Genf teil	66
6. 6. Stellungnahme des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands	27
7./13. 6. Regierungsdelegation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik unter Leitung des Vorsitzenden des Ministerkabinetts, Marschalls Kim Ir Sen, in Berlin	280 bis 288
10./21. 6. Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Präsidenten der Volkskammer, Ernst Goldenbaum, in der Volksrepublik Albanien	293
11. 6. Abkommen über Generalvertretung und gegenseitige Bedienung für den planmäßigen Flugverkehr Berlin—Bukarest zwischen der Deutschen Lufthansa und dem rumänischen Luftverkehrsunternehmen „Tarom“	255
12. 6. Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik	285
12. 6. Danktelegramm des Ministerpräsidenten des Königreichs Afghanistan, Sardar Mohammed Davud, an Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 26. 5.)	392
47* A	739

Zeittafel

1956	Nr.
13. 6. Arbeitsplan zum Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Albanien	299
13./22. 6. I. Tagung der Regierungskommissionen für Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Bulgarien auf dem Gebiete der Landwirtschaft in Berlin	271
15. 6. Abkommen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr mit der Demokratischen Republik Vietnam	317
16. 6. Handelsabkommen mit der Rumänischen Volksrepublik	256
17./23. 6. Deutsche Demokratische Republik nimmt an der V. Weltkraftkonferenz in Wien teil	67
18. 6. Luftverkehrsabkommen mit der UdSSR: Recht zum Befliegen der Strecke Berlin—Moskau für die Deutsche Lufthansa und die „AERO-FLOT“ festgelegt	152
18. 6. Protest der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik gegen westliche Provokationen auf der 39. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf	68
*18. 6. Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten der Republik Ägypten, Gamal Abd el Nasser, zum Tage der Unabhängigkeit des Landes	337
19. 6. Interview des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl mit der italienischen Zeitung „Avanti“ zu Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und zu den Botschaften N. A. Bulganins zur Abrüstungsfrage an die Westmächte	28
20. 6. Danktelegramm des Ministerpräsidenten Gamal Abd el Nasser an Ministerpräsident Otto Grotewohl (siehe 18. 6.)	337
23./28. 6. Konferenz der Eisenbahnminister der UdSSR und der Länder der Volksdemokratie in Sofia	40
25. 6. Glückwunschtelegramm des Präsidenten Wilhelm Pieck an Gamal Abd el Nasser anlässlich dessen Wahl zum Präsidenten der Republik Ägypten	338
25. 6./2. 7. Kronprinz des Königreichs Jemen, Emir Seif el-Islam Mohammed el-Badr, in Berlin	408 bis 415
27. 6. Präsident Wilhelm Pieck verleiht Herrn Rudolf Helmer den diplomatischen Rang als Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter und überreicht ihm das Beglaubigungsschreiben als Leiter der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Ungarischen Volksrepublik	244

Zeittafel

		Nr.
28. 6.	Danktelegramm des Präsidenten der Republik Ägypten, Gamal Abd el Nasser, an Präsident Wilhelm Pieck (siehe 25. 6.)	338
*28. 6.	Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den neugewählten Ministerpräsidenten der Union von Burma, U Ba Swe — Danktelegramm an den Präsidenten der Antifaschistischen Volksfreiheitsliga, U Nu	345
29. 6.	Feierliche Übergabe der Gothaer Bibliothek in Moskau an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (siehe 19. 4.)	153

NAMENREGISTER

- Abendroth, Kurt — 365
 Abusch, Alexander — 233, 574
 Ackermann, Anton — 206
 Adenauer, Dr. Konrad
 Gegen Wiedervereinigung, für
 Spaltung — 28, 30, 43, 47, 130,
 143, 144, 147, 262, 293—296
 Saarstatut — 55—57
 „Politik der Stärke“ — 28, 30,
 112, 124, 293, 573
 Gegen Verständigung — 41,
 114, 117, 124, 125, 191, 291,
 293—296
 Gegen Volksabstimmung — 37
 „Rüstungsbegrenzung“ — 100
 Aufrüstung — 112, 147
 Konjunkturkrise — 126
 Beziehungen zur UdSSR —
 120, 121, 194, 261, 271, 273, 293,
 297
 Gegen Oder-Neiße-Friedens-
 grenze — 467, 488
 Akopow, G. M. — 308
 Albrecht, Jerzy — 495
 Albrecht, Stanisław — 460, 462,
 479, 480, 485, 500
 Aleksic, Dr. — 615
 Ambarzumjan, V. A. — 344
 Ammoum, Fouad — 658, 659
 el-Amri, el-Kadi Mohammed —
 688, 692
 Antaki, Rizkallah — 668, 669
 Apelt, Fritz — 240
 Apró, Antal — 529
 Astawin, S. T. — 308, 348
 Attlee, Lord — 467
 Awarsid, S. — 602
 Awchimowitsch — 369—371
 Ayyangar, M. A. — 655
 el-Azhari, Ismail — 661, 662,
 664, 665

 Bach, August — 208, 331, 341,
 343, 344, 349, 534, 565
 Bacilek, Karol — 517
 el-Badr, Emir Seif el-Islam Mo-
 hammed — 687—699
 Bagdadi, Dr. Hassan — 688, 692,
 695
 Balluku, B. — 159, 168
 Bansar, J. — 602

 Barbalic — 614
 Barger, E. — 195
 Barwich, Dr. Heinz — 169
 Bastian, Heinz — 633
 Bata, I. — 159, 168
 Bazanow, B. T. — 308
 Becher, Dr. h. c. Johannes R. —
 207
 Bechler, Bernhard — 538
 Bedrna, Dr. Karol — 515
 el-Bendary, Abd el Fattah —
 632, 633
 Beyer, Prof. Dr. Hans — 365
 Bierbach, Martin — 308
 Bierut, Bolesław — 459, 461, 462,
 466, 470, 479, 480, 485, 498
 Bilkenroth, Dr.-Ing. Georg — 185
 Bitig — 458
 Blank, Theodor — 120, 121, 155
 Blochinzew, Prof. D. I. — 169,
 170, 172
 Blücher, Franz — 87—89, 437,
 440, 441
 Blümel, Prof. Dr. — 233
 Bock, Dr. Siegfried — 575
 Böhning, Helmut — 574
 Böttger, Kurt — 662, 666, 667
 Bojew, Christo — 551
 Bolschakow — 362
 Bolz, Dr. Lothar
 Abrüstung und kollektive
 Sicherheit — 43, 44, 523, 524
 Indienreise Blüchers — 87
 Internationale Zusammen-
 arbeit — 180, 188, 190, 192, 194
 Beziehungen zur UdSSR —
 208, 210—212, 216, 229, 231,
 233—235, 239, 244, 247, 248, 262,
 266, 278, 280, 283, 284, 307, 308,
 311, 327—330, 332, 336, 340, 341,
 343, 344, 354, 363
 Beziehungen zur Volksrepu-
 blik China — 401, 418, 448, 449
 Beziehungen zur Volksrepu-
 blik Polen — 484—486
 Beziehungen zur Tschecho-
 slowakischen Republik — 517,
 522—524
 Beziehungen zur Rumänischen
 Volksrepublik — 543

- Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik — 558, 565, 567, 574, 575, 577, 586, 588
 Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik — 601
 Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam — 608
 Beziehungen zur Föderativen Volksrepublik Jugoslawien — 614
 Beziehungen zu anderen Ländern — 619, 627, 636—638, 640, 645, 655, 658, 666, 676—678, 688, 689, 691, 693—696
 Bo Min Gaung — 635—639
 Boros, Gergill — 533
 Bräutigam, Dr. Otto — 155
 Brentano, Heinrich von — 21, 30, 43, 46, 111, 118, 129
 Breshnew — 367
 Buchheim, Walter — 365
 Bughici, Simion — 540
 Bukowski, Stanisław — 503
 Bulganin, N. A. — 31, 33, 38, 146, 147, 208—213, 215, 216, 218, 219, 228, 229, 231, 232, 244, 248, 256, 258, 265, 268, 273, 275, 276, 278, 281, 283, 285, 286, 289, 297, 305, 335, 354, 422, 583
 Bourguiba, Habib — 708
 Burkazkaja, G. J. — 344
 Burmeister, Friedrich — 363, 458, 556

 Candau, Dr. M. G. — 199
 Carmichael, Sir John — 660
 Cebertowicz, Romuald — 459
 Čepička, Alexej — 153, 160, 168
 Chamoun, Camille — 659
 Chandra Roy, Dr. Rhabesh — 184
 Chaudri Mohammed Ali — 705
 Chelchowski, Hilary — 500
 Cholostow — 362
 Chotulew, B. P. — 308
 Chrustschow, N. S. — 208, 210 bis 212, 215, 216, 218, 222, 228, 229, 231, 244, 245, 258, 268, 276, 277, 279, 285, 289, 293, 297, 298, 320, 354, 422
 Churchill, Sir Winston — 467
 Clay, Lucius D. — 46
 Correns, Prof. Dr. Erich — 208, 244, 266, 268, 278, 328, 331, 344, 356, 460, 479, 480, 565, 587, 693
 Cyrankiewicz, Józef — 159, 168, 485, 487, 498
 Czimer, J. Gyula — 525

 Damba, D. — 600, 602
 Damjanoff, Georgij — 547, 548, 550
 Damjanoff, R. — 159, 168
 Danysz, Dr. Marian — 172
 David, Vaclav — 153, 160, 168
 Davud, Mohammed — 672
 Dembowski, Prof. Jan — 504
 Denisow, G. A. — 344
 el-Dgabali, Scheich Ali — 688
 Dieckmann, Dr. h. c. Johannes
 Erklärung zur Prager Deklaration — 90
 Beziehungen zur UdSSR — 208, 210, 211, 328—330, 335, 336, 341, 344, 346, 348—350, 355, 364—368, 370—372
 Beziehungen zur Volksrepublik China — 394, 401, 429, 430
 Beziehungen zur Volksrepublik Polen — 479, 497
 Beziehungen zur Ungarischen Volksrepublik — 531
 Beziehungen zur Rumänischen Volksrepublik — 539
 Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik — 554, 565, 576, 586
 Beziehungen zur Volksrepublik Albanien — 594, 598
 Beziehungen zu anderen Ländern — 627, 628, 654, 675, 683, 684, 686, 693
 Din Ban Su — 564
 Djo Djen Su — 575
 Dobi, István — 530
 Dölling, Rudolf — 484
 Dolling — 184
 Dollwetz, Heinrich — 401, 418, 558, 601
 Domanski, Jan — 508, 509
 Doudéra — 523

- Drayson — 685
 Dulles, Allan — 136
 Dulles, John F. — 80, 123, 436, 467
 Dvořák, Richard — 519
 Dworak — 703
- Ebert, Friedrich — 133, 208, 212, 213, 217, 229, 231, 328, 330, 341, 344, 346, 348, 365, 449, 517, 565, 632, 633
 Eden, Sir Anthony — 120, 467
 Ehlers, Dr. Hermann — 76
 Eisenhower, Dwight D. — 120, 467
 Enkelmann, Kurt — 621, 624
 Erhard, Prof. Ludwig — 126
- Fahmy, Hussein — 622
 Fariña, Manuel — 709
 Faure, Edgar — 56
 Fawzi, Dr. Mahmoud — 619, 630
 Feldmann, Dr. Wilhelm — 637, 667
 Fischer, Oskar — 549, 550
 Fischer, Richard — 558, 564, 574
 Florin, Peter — 153, 210, 244, 278, 308, 331, 341, 401, 418, 508, 533, 534, 558, 601
 Fodrooz, Lajos — 533
 Freitas, Geoffrey de — 685
 Friedrich, Ursula — 365
 Friedrich, Prof. Dr. Dr. Walther — 504
 Fröhlich, Paul — 598
 Fuchs, Gisela — 365
- Gawehn, Kurt — 660
 Gedwilas — 369
 Gerassimow — 234
 Gerlach, Manfred — 244, 278
 Geyer, Dr. Fritz — 240, 308, 609
 el-Ghazzi, Said — 669, 670
 Gheorghiu-Dej, Gheorghe — 538
 Girmus, Dr. Wilhelm — 332
 Götting, Gerald — 365, 533
 Goldenbaum, Ernst — 344, 346, 371, 522, 533—535, 597, 598
- Goschütz, Richard — 185, 363, 609
 Gosztonyi, Dr. Janos — 533
 Gregor, Kurt — 352, 624, 625, 627, 628, 636—638, 642—644, 663, 666, 667, 709
 Gretschnko, A. A. — 209, 210, 212, 213, 217, 231, 329, 336, 343, 363, 364
 Grimm, Alfred — 658
 Grizenko — 362
 Groh-Kummerlów, Grete — 535
 Gromyko, A. A. — 211, 212, 328—332
 Grosse, Fritz — 244, 278, 308, 401, 418, 462, 558, 601
- Grotewohl, Otto
 Regierungserklärungen — 25, 116, 288
 Verständigung und Wiedervereinigung — 19, 21, 22, 143, 144, 230, 259, 570, 680
 Rede zum 6. Jahrestag der Gründung der DDR am 6. Oktober 1955 — 44
 Saarfrage — 54, 106, 108
 Genfer Außenministerkonferenz — 59, 79
 Über Spionagearbeit imperialistischer Geheimdienste — 96
 Internationale Probleme — 98, 100, 144, 230, 342
 Beziehungen zur UdSSR — 19, 208, 210—212, 215, 216, 218, 228, 229, 231, 244, 245, 247, 248, 252, 256, 275, 278, 281, 283, 286, 288, 306, 311—313, 327, 328 bis 332, 335—337, 340, 342, 348, 354—356, 363, 385
 Beziehungen zur Volksrepublik China — 394, 400—404, 409, 416, 418, 419, 423, 424, 426, 429, 430, 447
 Beziehungen zur Volksrepublik Polen — 462, 469, 484 bis 487, 491, 493, 497, 507
 Beziehungen zur Tschechoslowakischen Republik — 510, 511, 522
 Beziehungen zur Ungarischen Volksrepublik — 531

- Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik — 429, 430, 436, 554, 557, 558, 561, 562, 565, 567, 569, 572, 574, 577, 582, 586—588
 Beziehungen zur Volksrepublik Albanien — 594
 Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik — 429, 430, 436, 601, 602, 604
 Beziehungen zu anderen Ländern — 633, 639, 640—642, 645, 648, 649, 653, 655, 656, 661, 662, 666, 668, 671, 688, 691, 693—696
 Groza, Dr. Petru — 540
 Gruenther, Alfred — 103, 271
 Grüttner, Alexander — 663, 667
 Gyptner, Richard — 308, 398, 401, 402, 418, 608

H
 Hager, Prof. Kurt — 208, 231, 449
 Haile Selassie I. — 671
 Hallstein, Prof. Dr. Walter — 88
 Hamdi — 622
 Hamed Mohammed Aly, Dr. Abd el — 632
 Handke, Georg
 Beobachter in Genf — 25, 59, 74, 82, 331, 332
 Abrüstung und kollektive Sicherheit — 100
 Internationale Zusammenarbeit — 196, 430
 Beziehungen zur UdSSR — 308, 331, 332, 344
 Beziehungen zur Volksrepublik Polen — 484
 Beziehungen zur Rumänischen Volksrepublik — 543
 Beziehungen zur Volksrepublik Albanien — 595
 Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam — 609
 Beziehungen zu anderen Ländern — 695
 Han Gi Tsan — 565, 576
 Harig, Prof. Dr. Gerhard — 456
 Hegedüs, András — 159, 168, 526, 530
 Hegen, Josef — 535
 Heiß, Kurt — 574
 Helmer, Rudolf — 536

 Hendrych, Jiří — 517
 Henke, Georg — 574
 Hertz, Prof. Dr. Gustav — 169
 Heusinger, Adolf — 155
 Heymann, Stefan — 495, 499
 Hitzig, Dr. — 651
 Ho Chi Minh — 605, 608
 Hodscha, Enver — 594, 595
 Hoffmann, Heinz — 213
 Homann, Heinrich — 344, 371, 533
 Hon Men Chi — 559
 Horn, Werner — 401, 418, 558, 602
 Horváth, Ede — 533
 Hsia Jen — 456
 Hüttenrauch, Willy — 552, 636
 Hummeltensberg, Dr. Max — 667
 Hussel, Prof. Dr. Lothar — 512
 Huynh Ba Van — 606, 607

I
 Ibrahim, Hassan — 624, 625, 627, 630
 Iljitschow, L. F. — 330, 341
 Ishag, Ibrahim Osman — 664

J
 Jablonsky, Christa — 401, 418, 558, 601
 Jadamshaw, N. — 602
 Jaworska, Helena — 459
 Jedrychowski, Stefan — 459
 Jiwkoff — 546
 Joganson — 234
 Johne, Fritz — 495
 Józwiak-Witold, Franciszek — 495, 500
 Juszkiewicz, Aleksander — 459

K
 Kabanow, I. G. — 279, 352
 Kaftanow — 234, 238
 Kaganowitsch, L. M. — 245, 285
 Kaila, Olli — 647
 Kalina, Jan — 515, 520
 Kanow, Martha — 598
 Kaprielowa, Jordanka — 552
 Kaschnikow — 243
 Kasjatko — 234
 Kati, Vasil — 597
 Katschkow, S. A. — 344
 Katz-Suchy, Dr. — 192

- el-Kaysouni, Dr. Abd el Moneim — 620
 Kekkonen, Urho Kaleva — 641, 645, 648
 Kemenow — 234
 Kerber, Erwin — 505, 546, 597, 636, 639
 el-Kholi, Taher — 621, 624
 Kim Bjon Deh — 564, 576
 Kim Du Bon — 431, 554, 556, 558, 563
 Kim Du San — 563
 Kim Hen Juk — 564
 Kim Ir — 559
 Kim Ir Sen — 431, 555, 556, 558, 561, 562, 564, 565, 567, 568, 574, 576, 577, 582, 584, 586—589
 Klaja, Franciszek — 459
 Klimek, Mieczysław — 459
 König, Johannes — 232—234, 240, 243, 244, 278, 366—370, 386, 601
 Koenen, Wilhelm — 534
 Konew, I. S. — 160
 Korinek, Dr. — 703
 Kostoussow — 362
 Kotomkin, I. A. — 308
 Ko Tschun Tek — 564, 576
 Kovács, István — 529
 Kowrigina, M. D. — 344
 Kozusznik, Dr. Bogusław — 499, 508
 Kramer, Erwin — 535, 633, 657
 Krenz, Kurt — 365
 Kristóf, István — 529, 533—535
 Kropczynski, Tadeusz — 505
 Krosnář, Josef — 517
 Kulczynski, Stanisław — 459
 Kulikow, K. N. — 308
 Kunc, Prof. Dr.-Ing. Emil — 512
 Kundermann, Anne — 308
 Kuntzen, Adolf — 155
 Kunze, Prof. Dr. Horst — 389
 Kutin — 201
 Kuusinen, O. W. — 355
 el-Kuwatli, Schukri — 670
 Lahoud, Selim — 659
 Lange, Fritz — 208, 336, 341, 383, 495, 540
 Lange, Walfried — 667
 Lantos, Deszö — 531
 Lapin, S. G. — 279, 330, 341, 368
 Lazis, W. T. — 309, 366, 373
 Lebedew — 370
 Lekczynska, Jadwiga — 459
 Lemser, Rolf — 183
 Le Quang Hiep — 609
 Lessing, Dr. Gottfried — 615, 621, 703
 Le Troquer, André — 676
 Leuschner, Bruno — 208, 244, 278, 336, 341, 577
 Liau Lu-jän — 419
 Li Djon Ok — 564, 575, 576
 Li Don Gen — 564
 Linhart, Lubomir — 517, 523
 Liu Lan-tao — 449
 Liu Schau-tschi — 396, 404, 450
 Li Syng Man — 436, 571, 573
 Ljubaschin, N. D. — 207
 Lleshi, Haxhi — 593—595, 598
 Loch, Dr. Hans — 208, 210, 212, 216, 229, 231, 311, 327, 330, 336, 341, 343, 363, 371, 429, 449, 565, 567, 577, 586, 595, 609, 610, 688, 691, 693, 695
 Lopes, Armenio Fonseca — 705
 Lubsan, S. — 602
 Lulo, Ulvi — 590
 Machado, Fernando Alves — 705
 MacMillan, Harold — 80
 Malenkov, G. M. — 245, 285, 363
 Malyschew — 362
 Mao Tse-tung — 396, 398, 403, 413, 418, 428, 431, 447, 450
 Markowski — 621
 Maron, Karl — 567, 577, 586, 633
 Marshall, George C. — 46
 Masepa — 234
 Matern, Hermann — 208, 210, 212, 216, 229, 231, 311, 327, 330, 336, 341, 365, 459
 Matern, Jenny — 499, 508
 Medwedkow, J. S. — 308
 Meier, Otto — 205, 206
 Meißner, Wilhelm — 308, 332
 Meloh — 564
 Menon, Krishna — 441
 Menzel, Rudolf — 458, 512
 Merkel, Curt-Heinz — 621, 660, 663, 668, 669, 695

- Meyer, Herbert — 641, 649
 Mintscheff, Mintscho — 551
 Mirotworzew — 362
 Mirza, Iskander — 704
 Mohammed V, Sultan — 700
 Mollet, Guy — 99, 101, 120, 143, 683
 Molotow, W. M.
 Genfer Konferenz der Regierungschefs, 18. bis 23. Juli 1955 — 211, 212
 Genfer Außenministerkonferenz, 27. Oktober bis 16. November 1955 — 74, 328, 331, 332, 334, 336, 339, 341
 Prager Konferenz, 27./28. Januar 1956 — 160, 168
 Abrüstung — 490
 Wiedervereinigung Deutschlands — 46
 Beziehungen zur DDR — 245, 307, 328—332, 336, 337, 339—342, 354
 Morawski, Jerzy — 500
 Moritz, Dr. Heinrich — 598
 Morosow, P. F. — 344
 Mückenberger, Erich — 212, 216, 231, 330, 336, 517, 565, 587
 Müller, Dr. Johannes — 389
 el-Mufti, Sayed Ibrahim — 660, 664—667

 Nagy, Kalman — 533
 Naidenoff, Radi — 550
 Nakhleh, Dr. Isa — 688
 Nam Ir — 556, 559, 564, 567, 574—576
 Nasser, Gamal Abd el — 620, 629, 630, 634
 Nehru, Jawaharlal — 405, 411, 438, 440, 469, 490, 649—651, 653
 Nesmejanow, Prof. A. N. — 389
 Neumann, Alfred — 208, 330, 565
 Neye, Prof. Dr. Walter — 401, 418, 558, 601
 Nezval, Ferenz — 533
 Nguyen Song Tung — 609
 Niederberger, Herbert — 662
 Nieh Jung-tschen — 160, 449
 Nöldecke, Walther — 201
 Nógrádi, Sándor — 529

 Norden, Prof. Albert — 231, 331, 449, 565
 Nosseir, Dr. Mohammed Abou — 619—622, 624, 625
 Novak, František — 520
 Nowoselow — 362
 Nurutdinow, S. — 344
 Nuschke, Dr. h. c. Otto — 208, 210, 216, 229, 231, 233, 240, 244, 247, 248, 261, 265, 278, 311, 327, 336, 341, 343, 429, 449, 459, 462, 565, 567, 577, 586, 688, 691, 693, 695
 Nushi, Gogo — 597, 598
 Nutting, Anthony — 123

 Oelßner, Prof. Fred — 208, 210, 212, 213, 216, 229, 231, 327, 330, 336, 341, 429, 449, 565, 567, 577, 586, 666, 691
 Olichejko, B. S. — 207
 Opitz, Max — 348, 429, 448, 543, 627, 655, 692, 695
 Orlow, A. L. — 207, 240, 330, 341
 Ostrow, J. P. — 344
 Owsiannikow, A. I. — 344

 Paasikivi, Juho Kusti — 641, 642, 645, 646
 Pätzold, Hans — 647
 Pak Den Ai — 559, 564, 576
 Pak I Wan — 559
 Pak Kil Jon — 556, 559, 563, 565, 567, 575, 576, 586
 Pak Kym Tscher — 559
 Pak Tschan Ok — 559
 Panikkar, P. K. — 655, 656
 Pantschewski, P. — 159, 168
 Pas, Ion — 540
 Patolitschew, N. S. — 343, 345, 347—350
 Paze, Gago — 590, 595
 Pegow, N. M. — 247, 368
 Peng Tschen — 409
 Peristeri, Pilo — 595
 Perwuchin, M. G. — 245, 285, 367
 Petrow — 234
 Petruchin, N. A. — 344
 Pferdenges, Robert — 113
 Pfützner, Rudolf — 605

- Pham Van Dong — 608
Phan Anh — 611, 612
Pieck, Arthur — 503, 520, 544
Pieck, Wilhelm
 Abrüstung und Wiedervereinigung — 102
 Beziehungen zur UdSSR — 241, 243, 247, 273, 278, 298, 304, 312, 316, 335, 339, 346, 361
 Beziehungen zur Volksrepublik China — 394, 398, 409, 447, 451, 452
 Beziehungen zur Volksrepublik Polen — 461, 488
 Beziehungen zur Tschechoslowakischen Republik — 522, 523
 Beziehungen zur Ungarischen Volksrepublik — 531, 536
 Beziehungen zur Rumänischen Volksrepublik — 542, 543
 Beziehungen zur Volksrepublik Bulgarien — 546, 549
 Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik — 567, 568, 576, 586
 Beziehungen zur Volksrepublik Albanien — 590, 592, 594
 Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam — 609
 Beziehungen zu anderen Ländern — 634, 644, 647, 655, 656, 673, 690, 693, 696, 699, 704, 707
Pinay, Antoine — 80
Pioker, Ignaz — 533
Pirvulescu, Constantin — 449, 540
Pisnik, Alois — 538
Pisternik — 183
Pitowranow, J. P. — 308, 330, 341
Plenikowski, Anton — 535, 633, 692, 695
Plojhar, Dr. h. c. — 520
Polak, Prof. Dr. Karl — 365
Popescu, Marcel — 544
Poser, Lydia — 598
Pospelow, P. N. — 355
Prenzel, Kurt — 308, 592, 593, 597
Puschkin, G. M. — 207, 209—213, 217, 229, 231, 247, 248, 279, 308, 311, 313, 327, 329—332, 336, 340, 341, 345, 348, 350, 351, 355, 363, 364, 371
Puusep, E. K. — 344
Puvak, Iosif — 542, 543
Rákosi, Mátyás — 530
Rambusch, Dipl.-Phys. — 169, 170
Rammler, Prof. Dr.-Ing. — 185
Rapacki, Adam — 459
Rau, Heinrich
 Beziehungen zur UdSSR — 327, 336, 341, 343, 352
 Beziehungen zur Volksrepublik China — 396, 397
 Beziehungen zur Volksrepublik Polen — 505
 Beziehungen zur Tschechoslowakischen Republik — 519
 Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik — 565, 567, 577, 586
 Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam — 611
 Beziehungen zu anderen Ländern — 88, 620—622, 627, 629—632, 635—637, 645, 649 bis 652, 659, 662—665, 669, 670, 681, 685, 691—693, 695, 696
Rawdan, S. — 601, 602
Reichelt, Hans — 186
Reimann, Max — 327, 330, 341, 343, 430, 449, 565, 587, 693
Rentmeister, Maria — 514
Riesner, Hans — 233
Ritter, Prof. Dr. — 186
Rösser, Wolfgang — 365
Rokossowski, Konstanty — 159, 168
Rompe, Prof. Dr. Robert — 169
Rose, Berthold — 244, 266, 278
Rotkiewicz, Jan — 459
Rübensam, Dr. — 180, 553
Rühle, Prof. Dr. Otto — 598
Ruh, Anton — 186
Rummelsburg, D. — 674
Rumpf, Willi — 336, 341
Rustecki, Jan — 458
Saburow, M. S. — 245
Safrankó, Emánuel — 529, 533 bis 535, 667
Salajan, Leontin — 159, 168

- Salem, Gamal — 620, 622, 623, 625, 630
 Salomon, Karl — 503
 Sambu, J. — 431, 600, 601, 604
 Sao Hkun Hkio — 635, 640
 Sárfi, Rosa — 533
 el-Sayali, el-Kadi Abdurahman — 688, 692, 695
 Schäffer, Fritz — 126
 Schagbaral — 604
 Scharab — 601
 Scheffler, Erhard — 592
 Schelepin — 369
 Schen Jän-bing 419
 Schirdewan, Karl — 208, 212, 213, 216, 229, 231, 327, 330, 341, 344, 350, 449, 539, 565, 586
 Schirendyb, B. — 602
 Schirmer-Pröscher, Wilhelmine — 344
 Schmidt, Prof. Martin — 695
 Schmidt, Waldemar — 365, 693
 Scholz, Ernst — 669
 Scholz, Paul — 208, 210, 212, 216, 229, 231, 311, 327, 328, 330, 336, 341, 363, 365, 429, 480, 538, 565, 567, 577, 586, 627, 688, 691, 693, 695
 Schwab, Sepp — 195, 574, 633, 691, 695
 Schwernik, N. M. — 370
 Sebes, István — 533
 Seidel, Rudolf — 653
 Seigewasser, Hans — 508
 Selbmann, Fritz — 185, 212, 336, 341, 363, 586, 627, 691, 693
 Seltjakow — 352
 Semjonow, W. S. — 207, 234, 247, 248, 279, 366, 368, 370, 383, 384
 Senin — 369
 Seppaelae, R. R. — 647
 Serdjuk, S. — 343
 Sergejew, S. M. — 308
 Seydewitz, Max — 233
 Shastri, Lal Bahadur — 657
 Shehu, Mehmet — 159, 160, 168, 592, 594, 595
 Shtylla, Behar — 595
 Shukow, G. K. — 160, 163, 208, 210—212
 Si Bekkai — 700
 Sierau, Otto — 365
 Simonen, Aarre — 642
 Sinizyn, I. F. — 344
 Široký, Viliam — 153, 513, 514
 Skrzyszewski, Stanisław — 495
 Snadden, Sir Richard — 201
 Sokolowski, W. D. — 328—332, 336, 340, 341
 Solod, D. S. — 620
 Sorin, W. A. — 205, 206, 280, 284
 Speidel, Dr. Hans — 155
 Stachelski, Jerzy — 499
 Staimer, Eleonore — 525, 607
 Stassowa, E. D. — 355
 Steidle, Luitpold — 519
 Steinitz, Prof. Dr. Wolfgang — 495
 Stejskal, Vaclav — 512
 Sterky, Hakan — 181
 Stingaciu, Vladimir — 544
 Stoica, Chivu — 159, 168
 Stoica, Gheorghe — 540, 542
 Stoph, Willi — 153, 159, 168, 208, 210, 231, 244, 278, 311, 328, 330, 336, 341, 343, 429, 449, 459, 462, 480, 483, 495, 539, 663
 Storch, Anton — 201
 Suhrbier, Dr. Max — 365
 Sujewa — 234
 Surin — 352, 383
 Suslow, M. A. — 245, 311—313, 325—327
 Swerew, A. G. — 369
 Szczepecki, Fritz — 515, 520
 Tamer, Philippe — 659
 Tarassow, M. P. — 240
 Thieme, Siegrid — 365
 Thun, Ferdinand — 348, 655
 Tichomirow, S. M. — 311, 313
 Tjan In Tche — 575
 Tkocz, Karol — 459
 Todoroff — 553
 Toeplitz, Dr. Heinrich — 401, 418, 558, 601
 Ton Duc Thang — 608—610
 Toptschjew, A. W. — 169
 Tran Thouy Hien — 609
 Trofimenkow, N. I. — 344
 Tschang Wen-tien — 419
 Tschebotarew — 389
 Tschen Jün — 419
 Tscherwenkoff, Wylko — 547 bis 549, 551

- Tschi Peng-fei — 419
 Tscho Kim Son — 565, 576
 Tschon Sin Bok — 565, 576
 Tschou En-lai — 396, 398, 402, 404, 405, 411, 416, 419, 423, 424, 426, 428, 431, 432, 435, 447, 450, 455, 469
 Tschu Teh — 404, 449, 450
 Tseng Jung-tschuan — 396, 397, 401, 419, 448, 449
 Tuominen — 641
- Ulbricht, Walter**
 Abrüstung und Wiedervereinigung — 109
 Prager Konferenz, 27./28. Januar 1956 — 153, 159, 168
 Beziehungen zur UdSSR — 244, 247, 248, 256, 265, 275, 276, 278, 311, 313, 327—330, 332, 336, 340—342, 350, 355
 Beziehungen zur Volksrepublik China — 400, 429, 449
 Beziehungen zur Volksrepublik Polen — 462, 497, 507
 Beziehungen zur Tschechoslowakischen Republik — 522
 Beziehungen zur Ungarischen Volksrepublik — 531
 Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik — 577, 586
 Beziehungen zur Volksrepublik Albanien — 594
 Beziehungen zu anderen Ländern — 641, 685, 686, 693—695
- U Nu — 636, 639
 U Yi Tip — 635, 638
- Virolainen, Dr. J. — 642
 Votruba, Prof. Dr. Vaclav — 172
- Wach, Curt — 336, 341, 637
 Wächter, Erich — 531, 544, 636
- Wandel, Dr. h. c. Paul — 208, 231, 330, 587, 595
 Wang Ping-nan — 332
 Warnke, Herbert — 216, 231, 330
 Wasilkowska, Zofia — 500
 Weidauer, Walter — 233
 Weidenbach, Cäcilie — 365
 Weiprecht, Heino — 179
 Weiß, Gerhard — 185, 633, 636, 647, 655, 685, 692, 695, 709
 Wende, Jan Karol — 500
 Wenzlowa, A. T. — 344
 Westphal, Kurt — 595
 Weyrauch, Dr. Wilhelm — 538
 Wiese, Dr. Carlfriedrich — 500
 Winkler, Dr. Werner — 185
 Winzer, Otto — 348, 543, 655
 Wittkowski, Dr. Grete — 612
 Wolf, Ernst — 169
 Wolf, Kurt — 188, 200, 671
 Wolkow, A. P. — 309, 366, 373
 Wolter, Werner — 614
 Woroschilow, K. J. — 207, 246, 247, 335, 355, 356, 368, 373
 Wünsche, Kurt — 598
 Wulff, Ernst — 401, 418, 558, 602
- el-Yafi, Abdallah — 659, 660
 Yeh Chi-chuang — 635, 637
- Zankoff, Georgij — 550
 Zápotocký, Antonín — 513
 Zarpapkin, S. K. — 169
 Zawadzki, Aleksander — 487, 498, 500, 501
 Zedenbal, Jumshagin — 431, 600, 602, 604
 Zend, L. — 602
 Ziegler, Walter — 94
 Ziller, Gerhart — 208, 212, 231, 330, 363, 565
 Zoi Hen — 564, 576
 Zoi Jon Gen — 558
 Zoi Tschan Ik — 559

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
I. Außenpolitische Erklärungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands	17
II. Die Beteiligung der Deutschen Demokratischen Republik an Konferenzen mit der UdSSR und den Ländern der Volksdemokratie	149
III. Die Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Republik in internationalen Organisationen	177
IV. Die Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik	
a) zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken . . .	203
b) zu den Ländern der Volksdemokratie	391
1. Volksrepublik China	393
2. Volksrepublik Polen	458
3. Tschechoslowakische Republik	510
4. Ungarische Volksrepublik	525
5. Rumänische Volksrepublik	537
6. Volksrepublik Bulgarien	545
7. Koreanische Volksdemokratische Republik . . .	554
8. Volksrepublik Albanien	590
9. Mongolische Volksrepublik	599
10. Demokratische Republik Vietnam	605
11. Föderative Volksrepublik Jugoslawien	613
c) zu anderen Ländern	617
V. Zeittafel (22. Mai 1955 bis 30. Juni 1956)	711
VI. Namenregister	743

*

Bei Dokumenten ohne Quellenangabe handelt es sich um bisher unveröffentlichtes Material.

STANDARD FORM NO. 64

10-10-53

TO: The Director, Federal Bureau of Investigation
FROM: The Chief of Police, New York City
SUBJECT: [Illegible]

Reference is made to your letter of 10-10-53, captioned as above.

The following information is being furnished to you for your information:

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]